Boston Athenæum.

From the Bequest of
George Bemis.

CANCELLED

Received July 10, 1901.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM.

"If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matters shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set."

[10,000 June '00]

UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries

http://www.archive.org/details/staatsarchiv64inst

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Vierundsechzigster Band.

CANCELLED

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1901.

327.08
S775
v.64

65075
Bernis 7
Aug 10, 1901
E R
.1 St 2
(v.64)

Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

1896.	Juni	2.	Vertragsstaaten und Marokko. Zollvertrag. „Règlement concernant le droit des portes (article 13 de la Convention de Madrid) concerté entre Sid Mohammed Torres, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Chérifienne, Sid Abdelkrim Brisha, Envoyé spécial de Sa Majesté Chériffienne, et les Réprésentants des autres Puissances signataires de la Convention de Madrid; et destiné à remplacer les paragraphes 10 à 17 du règlement du 30 Mars 1881 . . . . . 12242.
„	„	2.	— — Abkommen über den Tabakzoll . . . . . 12243.
1897.	Jan.	26.	Grofsbritannien und Chile. Auslieferungsvertrag . . . . 12246.
1897/98.	Novbr. 30. / Febr. 15.		Deutsches Reich und Brasilien. Notenaustausch und Vereinbarung zwischen dem Reiche und den Vereinigten Staaten von Brasilien über die Mitwirkung der beiderseitigen konsularischen Vertreter bei der Regelung von Nachlässen ihrer Staatsangehörigen. — Erläuternde Denkschrift . . . . . 12236.
1898.	April	26.	Italien und Costa Rica. Postvertrag . . . . . 12072.
„	Juni	14.	Grofsbritannien und Frankreich. Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen östlich und westlich vom Niger und der Interessensphären östlich vom Niger. — Erklärung vom 21. März 1899 . . . . . 12237.
„	Septbr.	26.	Grofsbritannien und Niederlande. Auslieferungsvertrag . . 12245.
1899.	März	21.	Grofsbritannien und Frankreich. Deklaration über die britische und französische Interessensphäre in Centralafrika . . 12238.
„	April 19. / Mai 1.		Pforte und Serbien. Zollabkommen . . . . . 12244.
„	Mai	20.	Japan und Griechenland. Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag . . . . . 12071.
„	Juni	5.	Deutsches Reich und Uruguay. Übereinkunft zwischen dem Reiche und der Orientalischen Republik Uruguay über das Wiederinkrafttreten des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 20. Juni 1892 . . . . . 12233.
„	„	8.	Vertragsstaaten. Konvention zur Beschränkung der Einfuhr von Spirituosen in bestimmte Gebiete Afrikas . . . . 12234.
„	„	11./23.	Rufsland und Siam. Handelsvertrag . . . . . 12241.
„	Novbr.	7.	Deutsches Reich, Vereinigte Staaten von Amerika und Grofsbritannien. Abkommen behufs schiedsgerichtlicher Regelung gewisser Schadensersatzansprüche auf Samoa 12070.
„	„	14.	Deutsches Reich und Grofsbritannien. Vertrag über Samoa, die Tonga-Inseln, Salomonsinseln und Zanzibar . . . 12068.

1899. Novbr. 29. Grofsbritannien und Siam. Abkommen über die Grenze auf der Malaiischen Halbinsel . . . . . 12239.
„ „ 29. — — Vertrag über die Registrierung britischer Unterthanen in Siam . . . . . 12240.
„ Dezbr. 2. Deutsches Reich, Vereinigte Staaten von Amerika und Grofsbritannien. Aufhebung der Samoaakte von 1889 . 12069.
1900. Jan. 24. Vertragsstaaten. Erklärung über eine Abänderung der Sanitätskonvention vom 19. März 1897. (Nr. 11651) . 12232.
„ Juli 9./21. Deutsches Reich. Vertrag mit der Aktiengesellschaft „Deutsche Ostafrikalinie" über die Einrichtung und die Unterhaltung von Postdampferverbindungen mit Afrika . . . . . 12230.
„ Septbr. 6. / Oktbr. 8. — Nachtrag zum Vertrag über die Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien 12. September / 30. Oktober 1898. (Vgl. 11998.) . . . . . 12231.
„ Novbr. 14. — Denkschrift dem deutschen Reichstage über Nr. 12234 vorgelegt . . . . . 12235.

Die Friedenskonferenz im Haag 1899.

1898. Aug. 24. Rufsland. Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der fremden Mächte in Petersburg. Einladung zur Beschickung einer internationalen Friedenskonferenz . . . . . 12128.
1899. Jan. 11. — Rundschreiben an die Geschäftsträger in Petersburg. Nähere Bestimmungen der Aufgaben der Friedenskonferenz . . . . . 12129.
„ Febr. 14. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Annahme der Einladung . . . 12130.
„ „ 9. Rufsland. Rundschreiben an die Geschäftsträger in Petersburg. Die Friedenskonferenz wird im Haag stattfinden 12131.
„ Mai 16. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. Ernennt ihn zum Bevollmächtigten für die Friedenskonferenz und giebt ihm Instruktionen . . . . . 12133.
„ „ 18. Konferenzstaaten. Eröffnungssitzung . . . . . 12134.
„ „ 20. — Protokoll der 2. Sitzung. Telegramme der Königin Wilhelmine und des Zaren. Bildung von drei Kommissionen 12135.
„ „ 26. Rufsland. Vorschlag zur Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts . . . . . 12136.
„ „ 31. Grofsbritannien. Vorschlag zur Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts . . . . . 12137.
„ „ 31. Vereinigte Staaten von Amerika. Vorschlag über das internationale Schiedsgericht . . . . . 12138.
„ Juni 5. Konferenzstaaten. Projekt zur Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg . . . . . 12139.
„ „ 9. Rufsland. Vorschlag zur Beschränkung der Waffen . . . 12140.
„ „ 6. Konferenzstaaten. Konferenzprotokoll, Beratung über die Stellung der Neutralen . . . . . 12141.
„ „ 9/12. Vertragsstaaten. Kommissionsbeschlufs über die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts . . . . . 12142.
„ „ 11. — Kommissionsberatung über die Beschaffenheit der Kriegswaffen . . . . . 12143.
„ „ 23. Belgien. Rede des Bevollmächtigten Beernaert in der Kommission über die Beschränkung der Rüstungen . . . . 12144.
„ „ 23. Rufsland. Rede des russischen Bevollmächtigten Baron Staal über dasselbe . . . . . 12145.
„ „ 23. — Vorschlag zur Beschränkung der Rüstungen zu Lande 12146.
„ „ 23. — Vorschlag zur Beschränkung der Seerüstungen . . . . 12147.

1899 Juni 20. Vereinigte Staaten. Vorschlag über die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege . . . . . 12148.

„ „ 26. Vertragsstaaten. Kommissionsberatung über die Beschränkung der Rüstungen . . . . . 12149.

„ Juli 6. Konferenzstaaten. Kommissionsbeschlufs über Abänderung der Brüsseler Deklaration von 1874 . . . . . 12150.

„ „ 20. — Kommissionsbeschlüsse über die Beschränkung der Waffen und Rüstungen 12151

„ „ 27. — Vorschlag und Beschlufs über den Beitritt der nicht in der Konferenz vertretenen Mächte zu den Beschlüssen (Artikel 60) . . . . . 12152.

„ „ 29. — Protokoll der Schlufssitzung. Resultate der Konferenz. Mitteilung eines Briefwechsels zwischen Königin Wilhelmine und dem Papst. — Schlufsansprachen . . . . 12154.

„ „ 29. — Schlufsakte . . . . . 12155.

„ „ 29. — Übereinkommen über eine Verordnung zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten der Nationen untereinander 12156.

„ „ 29. — Convention concernant les Lois et Coutumes de la Guerre sur Terre . . . . . 12157.

„ „ 29. — Annexe à la Convention. Règlement concernant les Lois et Coutumes de la Guerre sur Terre . . . . . 12158.

„ „ 29. — Deklaration . . . . . 12159.

„ „ 29. — Deklaration . . . . . 12160.

„ „ 29. — Deklaration . . . . . 12161.

„ „ 29. — Convention pour l'adaptation à la Guerre Martime des principes de la Convention de Genève du 22 Août, 1864 12162.

„ „ 31. Grofsbritannien. Der Bevollmächtigte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Ansicht der englischen Regierung zu Nr. 12152 . . . . . 12153.

Verhandlung zwischen Grofsbritannien und Rufsland über die Abgrenzung ihrer Eisenbahninteressen in China 1898/1899.

1898. Febr. 12 Grofsbritannien. Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Hat der russischen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen England der chinesischen Regierung eine Anleihe gewähren will . . 12084.

„ März 13. — Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Forderungen Rufslands in Bezug auf die Bahn nördlich von Tientsin . . . . . 12085.

„ Juni 7. Grofsbritannien und China. Präliminar-Abkommen zwischen dem Hongkong- und Shanghai-Bankkonsortium und der Generalverwaltung der Eisenbahnen über eine Anleihe . 12086.

„ Aug. 6. Grofsbritannien. Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Widerspruch Rufslands gegen das Abkommen . . . . . 12087.

„ „ 8. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Peking. Rufslands Widerspruch ist ungerechtfertigt . . . . . 12088.

„ „ 13. — Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Besprechung mit dem russischen Geschäftsträger über die chinesische Eisenbahnfrage . . . . . 12089.

„ „ 17. — Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Soll gegen das Auftreten des russischen Gesandten in Peking protestieren . . . . . 12090.

„ „ 18. — Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Antwort auf das Vorige. Unterredung mit Murawiew über eine Verständigung . . . . . 12091.

1898.	Aug.	19.	Grofsbritannien.	Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Bemerkungen zu Murawiews Äufserungen .	12092.
„	„	27.	—	Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Stand der Verständigungsangelegenheit	12093.
„	Septbr.	2.	—	Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Vorschlag Murawiews	12094.
„	„	2.	—	Derselbe an Dasselbe. Dasselbe	12095.
„	„	2.	—	Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Zusatz zum Vorschlage Murawiews	12096.
„	„	3.	—	Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Murawiew ist einverstanden	12097.
„	„	5.	—	Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Konkurrenz der Russisch-Chinesischen Bank in der Nordbahnfrage	12098.
„	„	7.	—	Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Murawiew über das Vorige	12099.
„	„	10.	—	Derselbe an Denselben. Murawiew und Witte sind für ein englisch-russisches Abkommen	12100.
„	„	19.	—	Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Der Zar billigt den Abschlufs eines Abkommens	12101.
„	„	19.	—	Der Botschafter in Petersburg an das russische auswärtige Amt	12102.
„	„	21.	Grofsbritannien und Rufsland.	Vertragsentwurf über die chinesischen Eisenbahnkonzessionen	12103.
„	Oktbr.	8.	China.	Offizielle Beschreibung der Eisenbahnen Nordchinas, die zur Garantie der britisch-chinesischen Anleihe dienen sollen	12104.
„	„	10.	Grofsbritannien und China.	Vertrag zwischen Hongkong- und Shanghai-Bankkonsortium und der Verwaltung der Eisenbahnen Nordchinas	12105.
„	„	10.	—	— Konzessionsvertrag über die Nan P'iao-Kohlenwerke	12106.
„	Novbr.	2.	Grofsbritannien.	Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Finanzminister Witte über die chinesische Eisenbahnfrage . .	12107.
„	Dezbr.	10.	—	Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Ratifikation von Nr 12106 und 12107	12108.
1899.	Febr.	1.	—	Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Murawiew beschwert sich über das Vorgehen Englands in China	12109.
„	„	2.	—	Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Peking. Verlangt Auskunft über das Vorige	12110.
„	„	7.	Rufsland.	Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Petersburg. Vorschlag über das Abkommen	12111.
„	„	9.	Grofsbritannien.	Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das Vorige	12112.
„	„	27.	—	Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Bemerkungen zu Nr. 12111	12113.
„	„	28.	—	Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Einwendungen des russischen Gesandten gegen Nr. 12105	12114.
„	März	2.	—	Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Peking. Antwort auf das Vorige	12115.
„	„	8.	—	Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Instruktion der russischen Regierung an ihren Gesandten in Peking	12116.
„	„	15.	—	Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Neuer Vorschlag Murawiews	12117.
„	„	16.	—	Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Antwort auf das Vorige	12118.

1899. März 22. Grofsbritannien. Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Neue Unterredung mit Murawiew über das Abkommen . . . . . 12119.
„ „ 29. — Derselbe an Denselben. Dasselbe . . . . . 12120.
„ April 7. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Vorschläge über die Linie Hsiao-hei-Shan und Sin-Minting . . . . . 12121.
„ „ 9. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Linie nach Sin-Min-Ting 12122
„ „ 12. Rufsland. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Petersburg. Antwort auf das Vorige . 12123.
„ „ 17. Grofsbritannien. Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Murawiew schlägt einen Notenaustausch vor . . . . . 12124.
„ „ 19. — Derselbe an Denselben. Übersendet den Text der identischen Noten . . . . . 12125.
„ „ 22. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Abänderungsvorschläge . . . . . 12126.
„ „ 28. Grofsbritannien und Rufsland. Endgiltiger Text der identischen Noten . . . . . 12127.

Berichte der deutschen Gesandtschaft in Peking über den Boxeraufstand und die Ermordung des deutschen Gesandten.

1899. Mai 31. Deutsches Reich. Der Gesandte in Peking an den Reichskanzler. Unruhen in China; Verhandlungen der Gesandtschaften mit der chinesischen Regierung; Berufung europäischer Schutztruppen . . . . . 12222.
„ Juni 1. — Der Gesandte in Peking an den Reichskanzler. Ankunft von Schutztruppen . . . . . 12223.
„ „ 4. — Derselbe an Denselben. Ankunft deutscher und österreichischer Schutztruppen . . . . . 12224.
„ „ 10. — Derselbe an Denselben. Bericht über Unruhen und Verkehrsstörungen. Konsularbericht . . . . . 12225.
„ „ 12. — Der Gesandte in Peking an das auswärtige Amt. Feindselige Haltung der chinesischen Regierung. Angriff auf die Gesandtschaften bevorstehend . . . . . 12226.
„ Aug. 25. — Die Gesandtschaft in Peking an den Reichskanzler. Die Boxer in Peking; Haltung der Regierung; erste Angriffe auf die Gesandtschaften; Ermordung Kettelers . . . 12227.
„ „ 29. — Die Gesandtschaft in Peking an den Reichskanzler. Genauer Bericht über die Ermordung Kettelers. Aussage des Augenzeugen, Gesandtschafts-Dolmetschers Cordes 12228.
„ Septbr. 25. — Legationsrat von Below in Peking an den deutschen Gesandten in China. Bericht über den Mörder des Gesandten von Ketteler . . . . . 12229.

Thätigkeit der Untersuchungskommission auf Samoa 1899.

1899. April 13. Grofsbritannien. Der Minister des Auswärtigen an Mr. Eliot. Unterrichtet ihn über die Vorgänge auf Samoa und teilt ihm mit, dafs er zum Mitgliede der von den drei Mächten eingesetzten Untersuchungskommission ernannt ist . . 12080.
„ Juli 18. Vertragsstaaten. Die Kommission an den englischen Minister des Auswärtigen. Bericht über ihre Thätigkeit . . . 12081.
„ Juli. — Vorschlag der Kommission zur Abänderung der Samoaakte 12082.
„ „ 26. Grofsbritannien. Der englische Bevollmächtigte an den Minister des Auswärtigen. Weiterer Bericht über die Thätigkeit der Kommission . . . . . 12083.

Grofsbritannien und Südafrikanische Republik. Verhandlungen über das Dynamitmonopol.

1899. Jan. 13. Grofsbritannien. Der Kolonialminister an den Oberkommissar in Kapstadt. Die englische Regierung protestiert gegen die Verlängerung des Dynamitmonopols . . . . . 12073.

„ Febr. 3. — Der Agent in Pretoria an den Oberkommissar in Kapstadt. Die Bergwerksinteressenten bieten die Expropriation des Dynamitmonopols an . . . . . 12074.

„ März 9. Südafrikanische Republik. Die „Presse" veröffentlicht das Votum des State Attorney über das Dynamitmonopol . 12075

„ „ 9. — Der Staatssekretär an den englischen Agenten in Pretoria. Antwort auf Nr. 12073 . . . . . 12076.

„ „ 14. Grofsbritannien. Der Agent in Pretoria an den Oberkommissar in Kapstadt. Die Dynamitgesellschaft hat einen neuen Vorschlag gemacht . . . . . 12077.

„ „ 15. — Derselbe an Denselben. Ablehnung des Vorschlags . . 12078

„ April 21. — Der Kolonialminister an den Oberkommissar in Kapstadt. Die britische Regierung erkennt die Argumente von Reitz nicht an . . . . . 12079.

Aktenstücke zur Geschichte des Südafrikanischen Krieges 1899.

1899. Aug. 29. Grofsbritannien. Der Kolonialminister an den Gouverneur von Natal. Er soll keine Kriegsvorräte durchlassen . . . 12189.

„ „ 30. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Haltung der Kapregierung. Frage der Waffeneinfuhr in die Republiken . . . . . 12190.

„ Septbr. 6. — Derselbe an Denselben. Dasselbe . . . . . 12191.

„ „ 15. — Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Bemerkungen über die Lage, die öffentliche Meinung, die Haltung der Eingeborenen . . . . . 12198.

„ „ 22. Südafrikanische Republik. Der Staatssekretär an den englischen Agenten in Pretoria. Antwort auf Nr. 12040 . 12202.

„ „ 25. Oranje-Freistaat. Der Präsident an den englischen Oberkommissar in Kapstadt. Fordert Aufklärung über Truppenansammlungen . . . . . 12199.

„ „ 25. Grofsbritannien. Der Oberkommissar an den Präsidenten des Oranje-Freistaats. Antwort auf das Vorige . . . 12200.

„ „ 29. Südafrikanische Republik. Konfiskationsgesetz . . . . 12201.

„ „ 30. Grofsbritannien. Der Oberkommissar in Kapstadt an den Kolonialminister. Aufwiegelungsversuche . . . . . 12192.

„ Oktbr. 3. Oranje-Freistaat. Der Präsident an den englischen Oberkommissar. Vorstellungen über die Truppenansammlungen 12203.

„ „ 4. Grofsbritannien. Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Besorgnisse in Natal vor einem Angriffe . . 12193.

„ „ 7. — Der Kolonialminister an den Oberkommissar in Kapstadt. Antwort auf Nr. 12192 . . . . . 12194.

„ „ 9. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Übersendet einen Aufruf zur Revolution an die Kapholländer . . 12209.

„ „ 10. — Der Oberkommissar in Kapstadt an den Kolonialminister. Appell an die gröfsten englischen Städte zur Hülfeleistung 12195.

„ „ 11. Oranje-Freistaat. Proklamation des Präsidenten an die Burghers . . . . . 12213.

„ „ 12. Grofsbritannien. Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Aufruf an die Kapkolonisten, treu zu bleiben . . . . 12196.

1899.	Oktbr.	12.	Grofsbritannien. Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Übersendet den Inhalt der holländischen Proklamation an die Kapburen	12197.
„	„	12./13.	— Erlasse des Gouverneurs von Natal über die Ausdehnung des Kriegsrechts	12215.
„	„	14.	Oranje-Freistaat. Proklamation des Präsidenten an die Kapkolonie	12206.
„	„	15.	Grofsbritannien. Proklamation des Gouverneurs von Natal .	12214.
„	Mitte	Oktbr.	Südafrikanische Republik. Proklamation des Staatssekretärs an die Freistaatburen	12217.
„	Oktbr.	16.	Grofsbritannien. Proklamation des Oberkommissars in Kapstadt, anläfslich des Krieges	12212.
„	„	17.	— Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Übersendet eine Korrespondenz der Kapminister mit dem Oranje-Freistaat über event. Neutralität der Kapkolonie . . .	12211.
„	„	23.	— Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Annexion durch den Oranje-Freistaat	12204.
„	„	23.	— Proklamation des Gouverneurs von Natal. Ausdehnung des Kriegsrechts	12216.
„	„	25.	— Der Kolonialminister an den Oberkommissar. Antwort auf das Vorige	12205.
„	„	28.	— Proklamation des Oberkommissars gegen eine Annexion der Südafrikanischen Republik	12207.
„	„	28.	— Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Keine genauen Nachrichten über die mitgeteilten Proklamationen und Annexionen	12208.
„	Nov.	3.	— Proklamation des Gouverneurs von Natal gegen eine Annexion des Oranje-Freistaats	12218.
„	„	4.	— Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Annexion durch den Oranje-Freistaat	12210.
„	„	10.	Südafrikanische Republik. Proklamation Jouberts	12220.
„	„	14.	Oranje-Freistaat. Proklamation über die Verwaltung der occupierten Gebiete	12219.
„	Dezbr.	27.	Grofsbritannien. Proklamation der Königin an die britischen Unterthanen. Verbot die Burenrepubliken zu unterstützen	12221.

Verhandlungen zwischen Grofsbritannien und dem Deutschen Reiche über die Beschlagnahme deutscher Schiffe 1899/1900.

1899.	Dezbr.	16.	Grofsbritannien. Die Admiralität an das auswärtige Amt. Das deutsche Schiff „Herzog“ passiert den Suezkanal .	12163.
„	„	29.	— Admiral Harris an die Admiralität. Meldet die Beschlagnahme des „Bundesrat“	12164.
„	„	30.	— Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Graf Bülow fordert Aufklärung über die Wegnahme des „Bundesrat“	12165.
„	„	29.	— Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Der deutsche Konsul protestiert gegen die Wegnahme . .	12166.
„	„	31.	— Admiral Harris an die Admirmalität. Die Ladung des „Bundesrat“ ist verdächtig	12167.
1900.	Jan.	1.	— Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Baron Richthofen	12168.
„	„	3.	— Der Kolonialminister an den Gouverneur von Natal. Anordnungen über die Behandlung des „Bundesrat“ .	12169.
„	„	4.	Deutsches Reich. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Fordert Freigabe des „Bundesrat“	12170.

1900. Jan. 5. Grofsbritannien. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Baron Richthofen protestiert gegen die Beschlagnahme . . . . . 12171.

„ „ 5. Deutsches Reich. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Fordert Freigabe des „General“ und Achtung des Völkerrechts . . . . . 12172.

„ „ 4. Grofsbritannien. Die Admiralität an den ältesten Seeoffizier in Aden. Behandlung des „General“ . . . . . 12173.

„ „ 6. — Der älteste Seeoffizier in Aden an die Admiralität. Bericht über die Beschlagnahme des „General“ . . . . 12174.

„ „ 6. — Die Admiralität an das auswärtige Amt. Teilt die Beschlagnahme des „Herzog“ mit . . . . . 12175.

„ „ 7. — Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Protest des deutschen Konsuls gegen die Beschlagnahme des „Herzog“ . . . . . 12176.

„ „ 7. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Graf Bülow fordert Abstellung der deutschen Beschwerden . . . . . 12177.

„ „ 6. — Der Kommandeur des Kapgeschwaders an die Admiralität. Bericht über die Durchsuchung des „Herzog“ . . . . 12178.

„ „ 7. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Hat zwei scharfe deutsche Noten erhalten . . 12179.

„ „ 8. — Der älteste Offizier in Aden an die Admiralität. Untersuchung des „General“ ist beendet . . . . . 12180.

„ „ 8. — Die Admiralität an den Admiral Harris. Befiehlt eventuelle Freilassung des „Herzog“ . . . . . 12181.

„ „ 9. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Unterredung mit einem deutschen Geschäftsträger . . 12182.

„ „ 10. — Derselbe an Denselben. Bemerkungen zu Nr. 12170 . 12183.

„ „ 14. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Neue Instruktionen an die Seeoffiziere . . . . . 12184.

„ „ 15. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Die deutsche Regierung wünscht Modifikationen zum Vorigen . . . . . 12185.

„ „ 16. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Dasselbe 12186

„ „ 17. — Derselbe an Denselben Bemerkungen zu Nr. 12172 . 12187.

„ „ 19. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Baron Richthofen über das Vorige . 12188.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

Nr. 12068. DEUTSCHES REICH und GROSSBRITANNIEN. — Vertrag über Samoa, die Tonga-Inseln, Salomonsinseln und Zanzibar.

London, 14. November 1899.

Konvention.

Nachdem die Kommissare der drei beteiligten Regierungen in ihrem Bericht vom 18. Juli d. J. die auf eingehende Prüfung der Sachlage begründete Ansicht ausgesprochen haben, dafs es unmöglich sein würde, den Unruhen und Mifsständen, von welchen die Samoa-Inseln gegenwärtig heimgesucht werden, wirksam abzuhelfen, so lange die Inseln der gemeinschaftlichen Verwaltung der drei Regierungen unterstellt blieben, erscheint es wünschenswert, eine Lösung zu suchen, die diesen Schwierigkeiten ein Ende machen und gleichzeitig den legitimen Interessen der drei Regierungen Rechnung tragen würde. || Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, sind die mit gehörigen Vollmachten ihrer hohen Souveräne versehenen Unterzeichneten über die nachstehenden Punkte übereingekommen:

Artikel I.

Grofsbritannien verzichtet zu gunsten Deutschlands auf alle seine Rechte auf die Inseln Upolu und Savaii, einschliefslich des Rechts, daselbst eine Marine- und Kohlenstation zu errichten, und des Rechts auf Exterritorialität auf jenen Inseln. || In gleicher Weise verzichtet Grofsbritannien zu gunsten der Vereinigten Staaten von Amerika auf alle seine Rechte auf die Insel Tutuila und auf die anderen östlich des 171. Längengrads von Greenwich gelegenen Inseln der Samoagruppe. || Grofsbritannien erkennt an, dafs die Gebiete im Osten der neutralen Zone, welche durch das Abkommen von 1888 in Westafrika geschaffen worden ist, an Deutschland fallen. Die Grenzen des Deutschland zukommenden Teils der neutralen Zone werden durch Artikel V der vorliegenden Konvention festgesetzt.

Artikel II.

Deutschland verzichtet zu gunsten Grofsbritanniens auf alle seine Rechte auf die Tonga-Inseln mit Einschlufs Vavaus und auf Savage Island, einschliefs-

Nr. 12068. Deutsches Reich und Grofsbritannien. 14. Nov. 1899.

lich des Rechts, daselbst eine Marine- und Kohlenstation zu errichten und des Rechts auf Exterritorialität in den vorstehend bezeichneten Inseln. || In gleicher Weise verzichtet Deutschland zu gunsten der Vereinigten Staaten von Amerika auf alle seine Rechte auf die Insel Tutuila und auf die anderen östlich des 171. Längengrads von Greenwich gelegenen Inseln der Samoagruppe. || Es erkennt an, dafs von der deutschen Salomonsgruppe die östlich beziehungsweise südöstlich von Bougainville gelegenen Inseln, welches letztere nebst der zugehörigen Insel Buka bei Deutschland verbleibt, an Grofsbritannien fallen. || Der westliche Teil der neutralen Zone in Westafrika, wie derselbe in Artikel V der vorliegenden Konvention festgesetzt ist, wird ebenfalls an Grofsbritannien fallen.

Artikel III.

Die beiderseitigen Konsuln in Apia und in den Tonga-Inseln werden bis auf weiteres abberufen. || Die beiden Regierungen werden sich über die in der Zwischenzeit im Interesse ihrer Schiffahrt und ihres Handels in Samoa und auf den Tonga-Inseln zu treffenden Einrichtungen verständigen.

Artikel IV.

Die zur Zeit zwischen Deutschland und Grofsbritannien bestehende Übereinkunft, betreffend das Recht Deutschlands, auf den Grofsbritannien gehörigen Salomons-Inseln Arbeiter frei anzuwerben, wird auch auf die in Artikel I bezeichneten deutschen Salomons-Inseln, die an Grofsbritannien fallen sollen, ausgedehnt.

Artikel V.

In der neutralen Zone wird die Grenze zwischen den deutschen und den grofsbritannischen Gebieten durch den Daka-Flufs bis zum Schnittpunkt desselben mit dem 9. Grad nördlicher Breite gebildet werden; von dort soll die Grenze in nördlicher Richtung, indem sie den Ort Morozugu an Grofsbritannien läfst, laufen und an Ort und Stelle durch eine gemischte Kommission der beiden Mächte in der Weise festgesetzt werden, dafs Gambaga und die sämtlichen Gebiete von Mamprusi an Grofsbritannien, Yendi und die sämtlichen Gebiete von Chakosi an Deutschland fallen.

Artikel VI.

Deutschland ist bereit, etwaigen Wünschen der grofsbritannischen Regierung in Bezug auf die Gestaltung der beiderseitigen Zolltarife in Togo und der Goldküste nach Möglichkeit und in weitgehendster Weise entgegenzukommen.

Artikel VII.

Deutschland giebt seine exterritorialen Rechte in Zanzibar auf; jedoch ist gleichzeitig verabredet, dafs dieser Verzicht erst mit dem Zeitpunkt in Kraft treten soll, an welchem die anderen Nationen dort zustehenden Exterritorialitätsrechte ebenfalls aufgehoben sein werden.

Artikel VIII.

Nr. 12068. Deutsches Reich und Grofsbritannien. 14. Nov. 1899.

Die vorliegende Konvention soll sobald als möglich ratifiziert werden und unmittelbar nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten. || Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten sie vollzogen und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu London, den 14. November 1899.

(L. S.) Hatzfeldt.
(L. S.) Salisbury.

Deklaration.

Es herrscht Einverständnis darüber, dafs Deutschland durch den Artikel II der am heutigen Tage vollzogenen Konvention seine Zustimmung dazu erklärt, dafs die ganze Gruppe der Howe-Inseln, welche einen Teil der Salomons-Inseln bildet, an Grofsbritannien fallen soll. || Es ist gleichfalls ausgemacht, dafs die Bestimmungen der von den beiden Regierungen am 10. April 1886 zu Berlin unterzeichneten Deklaration, betreffend die Handelsfreiheit im westlichen Stillen Ozean, auf die in der vorstehenden Konvention erwähnten Inseln anwendbar sind. || Es ist ebenso verabredet worden, dafs die zur Zeit bestehende Übereinkunft über die Anwerbung von Arbeitern auf den Salomons-Inseln durch deutsche Reichsangehörige den letzteren gestattet, diese Arbeiter unter denselben Bedingungen anzuwerben, welche grofsbritannischen, nicht auf jenen Inseln wohnhaften Unterthanen auferlegt sind oder noch auferlegt werden.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu London, den 14. November 1899.

(L. S.) Hatzfeldt.
(L. S.) Salisbury.

Nr. 12069. DEUTSCHES REICH, VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA und GROSSBRITANNIEN. — Aufhebung der Samoaakte von 1889.

Washington, 2. Dezember 1899.

Nr. 12069. Deutsches Reich, Vereinigte Staaten von Amerika und Grofsbritannien. 2. Dez. 1899.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preufsen, im Namen des Deutschen Reichs, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, von dem Wunsche geleitet, auf freundschaftlichem Wege die Fragen, welche in betreff der Samoa-Inseln sich ergeben haben, zu erledigen, und allen künftigen Mifsverständnissen über gemeinschaftliche oder besondere Besitzrechte und Ansprüche oder über Ausübung der Gerichtsbarkeit auf diesen Inseln vorzubeugen, sind übereingekommen, alles dies durch eine besondere Konvention zu ordnen und festzulegen. Nachdem zwischen den Regierungen Deutschlands und Englands, mit Übereinstimmung derjenigen der Vereinigten Staaten, über ihre wechselseitigen Rechte und Interessen an diesen Inseln bereits ein Übereinkommen getroffen worden ist, haben die drei vorgenannten Mächte im Hinblick auf das vorerwähnte Ziel

Nr. 12069. Deutsches Reich, Vereinigte Staaten von Amerika und Grofsbritannien. 2. Dez. 1899.

nachstehende Bevollmächtigte ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preufsen: || Allerhöchstihren aufserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, Wirklichen Geheimen Rat, Dr. von Holleben; || der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika: || den Staatssekretär der Vereinigten Staaten The Honorable John Hay; || Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland: || Allerhöchstihren aufserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter The Right Honorable Lord Pauncefote of Preston, G. C. B., G. C. M. G., || welche nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart und ausgemacht haben:

Artikel I.

Die von den vorgenannten Mächten am 14. Juni 1889 in Berlin abgeschlossene und unterzeichnete Generalakte wird hiermit aufgehoben; desgleichen werden alle dieser Akte vorausgegangenen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen aufgehoben.

Artikel II.

Deutschland verzichtet zu gunsten der Vereinigten Staaten von Amerika auf alle seine Rechte und Ansprüche an der Insel Tutuila und an allen anderen östlich des 171. Längengrades westlich von Greenwich gelegenen Inseln der Samoagruppe. || In gleicher Weise verzichtet Grofsbritannien zu gunsten der Vereinigten Staaten von Amerika auf alle seine Rechte und Ansprüche an der Insel Tutuila und an allen anderen östlich des 171. Längengrades westlich von Greenwich gelegenen Inseln der Samoagruppe. || In gleicher Weise verzichten die Vereinigten Staaten von Amerika zu gunsten Deutschlands auf alle ihre Rechte und Ansprüche auf die Inseln Upolu und Savaii und alle anderen westlich des 171. Längengrades westlich von Greenwich gelegenen Inseln der Samoagruppe.

Artikel III.

Es wird ausdrücklich ausgemacht und vereinbart, dafs jede der drei unterzeichneten Mächte auch fernerhin für ihren Handel und für ihre Handelsschiffe in allen Inseln der Samoagruppe die gleichen Vorrechte und Zugeständnisse genieſsen soll, welche die souveräne Macht in allen den Häfen genieſst, die dem Handel einer dieser Mächte offen stehen.

Artikel IV.

Die vorliegende Konvention soll sobald als möglich ratifiziert werden und unmittelbar nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten. || Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten sie vollzogen und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in dreifacher Ausfertigung zu Washington, den 2. Dezember 1899.

(L. S.) Holleben.
(L. S.) John Hay.
(L. S.) Pauncefote.

Nr. 12070. DEUTSCHES REICH, VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA und GROSSBRITANNIEN. — Abkommen behufs schiedsgerichtlicher Regelung gewisser Schadensersatzansprüche auf Samoa.

Washington, 7. November 1899.

Nr. 12070. Deutsches Reich, Vereinigte Staaten von Amerika und Grofsbritannien. 7. Nov. 1899.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preufsen, im Namen des Deutschen Reiches, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland, geleitet von dem Wunsche, die durch die jüngst auf den Samoa-Inseln stattgefundenen militärischen Aktionen veranlafsten Schadensersatzansprüche der dortselbst ansässigen Angehörigen der beteiligten Reiche und Staaten baldigst und allseitig zufriedenstellend zu erledigen, und entschlossen, ein Abkommen behufs schiedsgerichtlicher Regelung dieser Frage abzuschliefsen, haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preufsen: || Allerhöchstihren Gesandten in aufserordentlicher Mission den Geheimen Legationsrat Dr. jur. Mumm von Schwarzenstein; || der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika: || den Staatssekretär der Vereinigten Staaten The Honorable John Hay; || Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland: || Allerhöchstihren Geschäftsträger ad interim Mr. Reginald Tower; || welche, nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgende Bestimmungen vereinbart und ausgemacht haben:

Artikel I.

Alle Ansprüche, welche von Deutschen, von amerikanischen Bürgern oder von britischen Unterthanen und zwar sowohl von Einzelpersonen wie auch von Gesellschaften wegen Ersatzes von Schäden geltend gemacht werden, welche sie infolge der ungerechtfertigten militärischen Aktion deutscher, amerikanischer oder englischer Offiziere, sofern eine solche nachgewiesen wird, in dem Zeitabschnitt vom 1. Januar d. J. bis zu dem Tage erlitten zu haben vorgeben, an welchem die Ankunft der Kommission erfolgt ist, sollen durch einen nach Grundsätzen des Rechts oder nach Erwägungen der Billigkeit zu fällenden Schiedsspruch erledigt werden.

Artikel II.

Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen wird seitens der drei Regierungen ersucht werden, das Amt des Schiedsrichters anzunehmen. Durch diesen Schiedsspruch soll ferner entschieden werden, ob die eine oder die andere der drei Regierungen, allein oder in Verbindung mit einer der anderen Regierungen oder in Verbindung mit beiden anderen Regierungen diese Schäden zu ersetzen hat und eventuell in welchem Umfange.

Artikel III.

Jeder der drei Regierungen soll es, nachdem sie in jedem Falle die vorhergehende Zustimmung der anderen Regierungen erlangt hat, gestattet sein,

Nr. 12070. Deutsches Reich, Vereinigte Staaten von Amerika und Grofsbritannien. 7. Nov. 1899.

dem Schiedsspruche des Königs auch ähnliche Ansprüche von solchen nicht eingeborenen Personen zu unterbreiten, welche unter dem Schutze der betreffenden Macht stehen und nicht den oben erwähnten Kategorien angehören.

Artikel IV.

Das gegenwärtige Abkommen soll von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preufsen, von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika unter Zuziehung und mit Zustimmung des Senates der Vereinigten Staaten und von Ihrer Majestät der Königin des Vereinigten Königreichs von Grofsbritannien und Irland ratifiziert werden; und die Ratifikationsurkunden sollen in vier Monaten von dem heutigen Tage an gerechnet oder wenn möglich früher in Washington ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben wir, die unterfertigten Bevollmächtigten, dieses Abkommen unterzeichnet und unsere Siegel beigedrückt.

So geschehen in dreifacher Ausfertigung zu Washington, den siebenten November eintausendachthundertneunundneunzig.

(L. S.) A. von Mumm.
(L. S.) John Hay.
(L. S.) Reginald Tower.

Nr. 12071. JAPAN und GRIECHENLAND. — Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Athen, 20. Mai 1899.

Nr. 12071. Japan und Griechenland. 20. Mai 1899.

His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the King of the Hellenes, being equally animated by a desire to establish upon a firm and lasting foundation, relations of friendship and commerce between their respective States and subjects, have resolved to conclude a Treaty of Amity, Commerce and Navigation, and have for that purpose named as their respective Plenipotentiaries, that is to say: || His Majesty the Emperor of Japan, M. Makino Nobuaki, Jushii, Third Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, His Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary; || And His Majesty the King of the Hellenes, M. Athos Romanos, Knight of the Royal Order of the Saviour, His Majesty's Minister for Foreign Affairs; || Who, having communicated to each other their respective Full Powers, and found them in good and due form, have agreed upon the following articles:—

Article I.

There shall be firm and perpetual peace and amity between the Empire of Japan and the Kingdom of Greece, and their respective subjects.

Article II.

His Majesty the Emperor of Japan may, if He sees fit, accredit a Diplomatic Agent to Greece, and His Majesty the King of the Hellenes, may

equally, if He thinks proper, accredit a Diplomatic Agent to Japan; and each of the High Contracting Parties shall have the right to appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents, to reside in all the ports and places within the territories and possessions of the other Contracting Party, where similar Consular officers of the most favored nation are permitted to reside; but before any Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent shall act as such, he shall, in the usual form, be approved and admitted by the Government to which he is sent. ‖ The Diplomatic and Consular officers of each of the two High Contracting Parties shall, subject to the stipulations of this Treaty, enjoy in the territories and possessions of the other whatever rights, privileges, exemptions and immunities which are, or shall be granted there to officers of corresponding rank of the most favored nation.

Article III.

There shall be between the territories and possessions of the two High Contracting Parties reciprocal freedom of commerce and navigation. The subjects respectively of each of the High Contracting Parties shall have the right to come freely and securely with their ships and cargoes to all places, ports and rivers, in the territories and possessions of the other, where subjects or citizens of the most favored nation are permitted so to come; they may remain and reside at all the places or ports where subjects or citizens of the most favored nation are permitted to remain and reside, and they may there hire and occupy houses and warehouses, and may there trade by wholesale or retail in all kinds of products, manufactures and merchandise of lawful commerce. ‖ In all that concerns the acquisition, enjoyment and disposition of property of all kinds, the subjects of one of the High Contracting Parties shall be placed in the territories and possessions of the other, on a footing of equality with the subjects or citizens of the nation most favored.

Article IV.

The High Contracting Parties agree that, in all that concerns residence, travel, commerce and navigation, any privilege, favor or immunity which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant, to the Government, ships, subjects, or citizens of any other State, shall be extended immediately and unconditionally to the Government, ships, subjects, or citizens of the other Contracting Party, it being their intention that the trade and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of the most favored nation.

Article V.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into Japan of any article the produce or manufacture of Greece, and, reciprocally no other or higher duties shall be imposed on the importation into Greece of

Nr. 12071. Japan und Griechenland. 20. Mai 1899.

any article, the produce or manufacture of Japan, than are or shall be payable on the importation, for the same purpose, of the like article being the produce or manufacture of any other foreign country. Nor shall any other or higher duties or charges be imposed in the territories or possessions of either of the two High Contracting Parties on the exportation of any article to the territories or possessions of the other than such as are or may be payable on the exportation of the like article to any other foreign country. No prohibition shall be imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the Territories or Possessions of either of the High Contracting Parties into the Territories or Possessions of the other, which shall not equally extend to the importation of the like article being the produce or manufacture of any other country. Nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the Territories or Possessions of either of the High Contracting Parties to the Territories or Possessions of the other, which shall not equally extend to the exportation of the like article to the territories of all other Nations.

Article VI.

In all that relates to transit, warehousing, bounties, facilities and drawbacks, the subjects of each of the High Contracting Parties, shall in the Territories and Possessions of the other, be placed in all respects upon the most favored nation footing.

Article VII.

No other or higher duties or charges on account of tonnage, light or harbor dues, pilotage, quarantine, salvage in case of damages, or any other similar or corresponding duties or charges of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind, shall be imposed in any of the ports of Japan on vessels of Greece or in any of the ports of Greece on vessels of Japan, than are or may hereafter be payable in like cases in the same ports on vessels of the most favored nation.

Article VIII.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty. It shall be regulated by the Laws, Ordinances and Regulations of the two countries respectively.

Article IX.

All vessels which, according to Japanese law are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which, according to Hellenic law are to be deemed Hellenic vessels, shall, for the purposes of the present Treaty, be deemed Japanese and Hellenic vessels respectively.

Article X.

Any ship-of-war or merchant vessel of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable by national vessels. In case, however, the master of a merchant vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expenses, he shall be bound to conform to the regulations and Tariffs of the place to which he may have come. If any ship-of-war or merchant vessel of one of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, such stranded or wrecked ship or vessel, and all parts thereof, and all furnitures and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandise saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents, when claimed by them: If such owners or agents are not on the spot, the same shall be delivered to the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls or Consular Agents upon being claimed by them within the period fixed by the laws of the country, and such Consular officers, owners or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandise saved from the wreck shall be exempt from all the duties of the Customs unless cleared for consumption, in which case they shall pay the ordinary duties. || When a ship or vessel belonging to the subjects of one of the Contracting Parties is stranded or wrecked in the territories of the other, the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents shall be authorized, in case the owner or master, or other agent of the owner, is not present, to lend their official aid in order to afford the necessary assistance to the subjects of the respective States. The same rule shall apply in case the owner, master or other agent is present, but requires such assistance to be given.

Article XI.

The subjects and vessels of Greece resorting to Japan, or to the territorial waters thereof, shall, so long as they there remain, be subject to the laws of Japan and to the jurisdiction of Japan; and, in the same manner, the subjects and vessels of Japan resorting to Greece and to the territorial waters of Greece shall be subject to the laws and jurisdiction of Greece.

Article XII.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall, in the Territories and Possessions of the other respectively enjoy perfect protection for

Nr. 12071. Japan und Griechenland. 20. Mai 1899.

their persons and property; they shall have free and open access to the Courts of justice for the prosecution and defence of their rights; and they shall equally with native subjects be at liberty to employ advocates, attorneys or agents to represent them before such Courts of justice. || They shall also enjoy entire liberty of conscience and subject to the laws, ordinances and regulations for the time being in force, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship, and also the right of burying their respective countrymen according to their religious customs, in such suitable and convenient places as may be established and maintained for the purpose.

Article XIII.

In regard to billeting; forced or compulsory military service, whether by land or sea; contributions of war; military exactions or forced loans, the subjects of each of the two High Contracting Parties shall in the Territories and Possessions of the other, enjoy the same privileges, immunities and exemptions as the subjects or citizens of the nation most favored in these respects.

Article XIV.

The dwellings, warehouses and shops of the subjects of each of the High Contracting Parties in the Territories and Possessions of the other, and all premises appertaining thereto destined for purposes of residence or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to make a search of, or a domiciliary visit to such dwellings and premises, or to examine or inspect books, papers or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the laws, ordinances and regulations for subjects of the country.

Article XV.

The present Treaty shall take effect immediately after the exchange of ratifications, and shall continue in force for the period of twelve years from the date it goes into operation. || Either of the two High Contracting Parties shall have the right, at any time after eleven years shall have elapsed from the date this Treaty takes effect, to give notice to the other of its intention to terminate the same and at the expiration of twelve months after such notice is given this Treaty shall wholly cease and determine.

Article XVI.

The present Treaty shall be signed in duplicate in the Japanese, Greek and English languages and in case there should be found any discrepancy between the Japanese and Greek texts, it will be decided in conformity with the English text, which is binding upon both Governments.

Article XVII.

The present Treaty shall be ratified by the two Contracting Parties, and the ratifications shall be exchanged at Rome as soon as possible. || In witness

whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Treaty and hereunto affixed their respective seals. Nr. 12071. Japan und Griechenland. 20. Mai 1899.

Done in sextuplicate at Athens this first day of the sixth month of the thirty-second year of Meiji, corresponding to the twentieth day of May of the year one thousand eight hundred and ninety-nine of the Christian Era.

(L. S.) N. Makino.

(L. S.) A. Romanos.

Nr. 12072. ITALIEN und COSTA RICA. — Postvertrag.

Rom, 26. April 1898.

Nr. 12072. Italien und Costa Rica. 26. April 1898.

Il Governo del Regno d'Italia e quello della Repubblica di Costa-Rica, desiderando di facilitare le relazioni commerciali fra i due paesi, mercè il cambio dei pacchi postali, || I sottoscritti, debitamente autorizzati, hanno convenuto nelle seguenti disposizioni:

Art. 1. Nei rapporti tra il Regno d'Italia e la Repubblica di Costa-Rica è messa in esecuzione la convenzione relativa al cambio dei pacchi postali ed il corrispondente regolamento di esecuzione, stipulato a Vienna il 4 luglio 1891.

Art. 2. Il cambio è limitato ai pacchi senza dichiarazione di valore e senza assegno. Ciascun pacco non potrà eccedere il peso di 5 chilogrammi, nè le dimensioni di 60 centimetri in un senso qualunque.

Art. 3. 1° La tassa di ciascun pacco dall'Italia per la Costa-Rica e viceversa, si compone:

Quota dell'Italia . . .	L. 0,75
Quota della Costa-Rica .	„ 0,75
Trasporto marittimo . .	„ 1,—
Totale . .	L. 2,50

Ciascuna amministrazione avrà facoltà di ridurre a 50 centesimi la quota di centesimi 75.

2° Le due amministrazioni si bonificheranno reciprocamente le quote che loro spettano.

3° Per i pacchi in transito ciascuna amministrazione bonificherà all'altra le tasse indicate nel respettivo quadro *A*.

Art. 4. Il cambio dei pacchi postali sarà effettuato tra l'ufficio di Genova-Porto e quello di Porto Limon, per mezzo dei piroscafi italiani.

Art. 5. Questa convenzione andrà in vigore dal giorno che sarà fissato d'accordo tra le due amministrazioni postali, e potrà essere rescissa da una delle due Parti col preavviso di un anno. || Nel caso che la Costa-Rica aderisse in seguito alla convenzione dei pacchi postali della Unione, questa convenzione

Nr. 12072. Italien und Costa Rica. 26. April 1898.

speciale cesserà dal giorno in cui la Costa-Rica metterà in esecuzione quella della Unione.

In fede di che, i sottoscritti, debitamente autorizzati, hanno firmato la presente convenzione e vi hanno apposto i loro suggelli particolari.

Fatta in doppio esemplare a Roma, li 26 aprile 1898.

Il Ministro degli affari esteri d'Italia

(L. S.) Visconti Venosta.

Il Console generale
della Repubblica di Costa Rica in Roma

(L. S.) Rafael Montealegre.

Grofsbritannien und Südafrikanische Republik. Verhandlungen über das Dynamitmonopol.*)

Nr. 12073. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Kolonialminister an den Oberkommissar in Kapstadt. Die engl. Regierung protestiert gegen die Verlängerung des Dynamitmonopols.

Downing Street, January 13, 1899.

Sir, || The question of the importation of explosives into the South African Republic has, as you are aware, been brought to my notice by British manufacturers, who complain that their manufactures are refused admittance into the Republic, and that they are thereby debarred from carrying on their commerce within the Republic conformably to Article XIV. of the London Convention. || 2. On receipt of these representations, it became my duty to give the whole subject my full and careful consideration. || 3. It is not necessary for the present purpose to make more than passing reference to the circumstances of the monopoly granted in 1887 to Mr. Edward Lippert, which gave ground for strong representations on the part of Her Majesty's Government, and which was formally cancelled in 1892. The present circumstances are, nominally at all events, somewhat different, the Volksraad in 1893 having declared the traffic in explosives to be a Government monopoly, the execution of which might, with the consent of the Executive, be transferred to other persons, subject to Regulations laid down by the Volksraad. || 4. Accordingly, in October, 1893, the Government concluded a contract with Mr. L. G. Vorstmann, by which he was appointed sole agent for fifteen years for carrying out the monopoly. Under this contract the agent was given the right to establish a Company for the purpose, he was allowed to charge certain maximum prices for dynamite, amounting, in the case of Dynamite No. 1, to £ 4 15 s. per case, and was to pay to the Government 5 s. per case of dynamite sold, as well as an amount not exceeding 20 per cent. of the "surplus," which was defined to be the balance remaining after deduction of all costs, wear and tear, the usual writings off, and interest of 8 per cent. on the capital. The agent further engaged to erect manufactories within the two and a half years allowed by the Volksraad Regulations, and, pending their erection, the Government were themselves to import all materials required, and place them at the disposal of the agent, who was to hand over to the Government

*) Blaubuch C. 9317. Vgl. Bd. 63. Red.

Nr. 12073. Grofsbritannien. 13. Jan. 1899.

the proceeds of the sale, from which the Government were to deduct 5 s. per case and the sums paid for the materials imported, returning the balance to the agent. || 5. Her Majesty's Government are advised that the creation of a monopoly in favour of the State is not necessarily inconsistent with Article XIV. of the London Convention, even when exercised by a concessionnaire, provided that the concession is intended in good faith to benefit the State generally, and not simply to favour the concessionnaire. || 6. The question, then, which presented itself to me was whether the dynamite monopoly, as exercised under the contract with Mr. Vorstmann, was for the benefit of the State generally, or for the benefit of the concessionnaire.

7. From the report of the Commission of the Volksraad appointed in February 1897, to inquire into the working of the monopoly, a translation of which is included in the papers laid before Parliament in April of that year, I gathered the following facts:— || The Company which the Government Agent was empowered to form was constituted under the designation of the "Zuid Afrikaansche Fabrieken voor Ontplofbare Stoffen, Beperkt" (South African Explosives Company, Limited). They did not complete their factory within the period of two and a half years allowed by their contract, but in October 1896 they claimed to be in a position to manufacture 80,000 cases annually, the total requirements of the country being estimated at 200,000 cases, and thereupon the Executive Council, contrary to a resolution of the Volksraad of September 1894, which expressly forbade any departure from the regulations, allowed the Company a further two and a half years for erecting factories sufficient to supply the needs of the country. Under the most favourable conditions, and assuming that the expectations held out by the Company were fully realized, the Commission estimated that for the four years, 1897—1900, it would be necessary to import at least 430,000 cases over and above what could be produced by the Company. The treatment in the factory of the imported dynamite and blasting gelatine was stated to consist of the simple process of making them up into cartridges, while as regards the comparatively small proportion which the Company claimed to manufacture, it appeared that all the essential raw materials had to be imported, as they were not produced within the State, nor was there any likelihood in the near future that they would be. In this connection the Committee observed: "It is therefore clear that the Government Agent has not fulfilled the promise he made in the contract, viz., to produce dynamite and other explosive materials in such quantities as the needs and demands within the South African Republic require." || Dealing with the profits made by the Company on the importation of explosives, as distinct from the profit on those manufactured by them, the report contains the following statements:— || "This importation brings the Company extremely great profits that have nothing to do with those arising from the explosive materials manufactured by the Company itself. || Your Commission finds from the accounts which have been laid

before it by the State Secretary, that the profits made by the Company on explosive gelatine and guhrimpregné, imported and paid for by the State, amount to close upon £ 2 per case, of which only 5 s. per case comes to the Republic. || Applying the above calculation to the 430,000 cases, the minimum that must be imported in the next four years, we obtain the result that, if the State imported, the Treasury would benefit to the amount of £ 860,000, whilst if the Company does so the profit to the State would only be £ 107,500, thus making a difference to the disadvantage of the State of £ 752,500. || The advantage accruing to the State by importing on its own account would probably be still greater after 1900, on account of the increased demand."

8. It seemed from this impossible to doubt that the monopoly as then exercised involved an infringement of Article XIV. of the London Convention; that it was not a monopoly for the benefit of the State generally; and that it served no purpose of State by making the Republic independent of outside sources, while financially the result to the State was a loss to be measured in hundreds of thousands of pounds. || 9. Her Majesty's Government did not, however, make known their views on the subject, because, in April 1897, a Commission was appointed by the Government of the South African Republic to inquire into all matters which hindered the development of the mining industry, and to make such recommendations as might tend to their improvement and amendment. In view of the circumstances set forth in the report already quoted, Her Majesty's Government were confident that any competent Commission could not fail to condemn the abuses of the system, and they hoped that the Government of the South African Republic would deal with these abuses independently and at the instance of a Commission appointed by themselves.

10. As regards the recommendations of the Government Commission, the expectations of Her Majesty's Government were fully justified. || The Commission, after examining a number of witnesses, including leading representatives of the mining industry and Mr. Phillip, Director of the South African Company of Explosives, reported on the 27th July that the price of all kinds of explosives was unreasonably high. "When we bear in mind," they said, "that the excess charge of 40 s. to 45 s. per case sold does not benefit the State, but serves to enrich individuals for the most part resident in Europe, the injustice of such a tax on the staple industry becomes more apparent, and demands immediate removal." They found, like the Volksraad Commission, that none of the raw material for manufacture is found in the country, or only in such small quantities as to make it practically valueless for the purpose required (an opinion further confirmed by the technical report of Dr. Loevy, published by the Transvaal Government in July 1898), and they asserted that such drawbacks to the manufacture of explosives in the Transvaal existed that they make it "almost impossible to establish a bona fide industry." |

Nr. 12073. Grofsbritannien. 13. Jan. 1899.

They were "forced to the conclusion that the factory has not attained the object with which it was established, and that there is no reasonable prospect of its doing so. || "That there are good grounds for believing that the Contractors have failed to comply with the conditions of their contract, which required them to establish, complete, and bring into operation, on or before the 24th April, 1896, one or more factories for the manufacture of dynamite and other explosives of such nature and quality and of such quantity as the requirements and demands within the South African Republic shall require and demand." || The Committee proceeded to report as follows: — || "For the aforesaid reasons, and in view of the opinion, expressed by the Volksraad Dynamite Committee, that the legal position of the Government against the Contractors is undoubtedly strong, your Commission desire to recommend that the case be placed in the hands of the legal advisers of the State, with a view to ascertain whether the contract can be cancelled. || "Meanwhile, your Commission recommend that the Government avail itself forthwith of its right under Article 15 of the Regulations, namely:— || 'The Government will reserve for itself—(*a.*) The right, when the interests of the State render it necessary, to take away the agency of trading in gunpowder, dynamite, cartridges, and other explosive stuffs, from above-mentioned persons,' &c., || and at once take into its own hands the importation of dynamite and other explosives for the benefit of the mining industry, subject to duty of not more than 20 s. per case, or such other less sum as may be determined on from time to time. This protecting duty, while considerably increasing the revenue of the State, would, at the same time, afford ample protection to any industry of this description in the Republic."

11. The expectation of Her Majesty's Government that the Government of the South African Republic would act in accordance with these recommendations has not, however, as yet, been realised. || After a lapse of nearly eighteen months the monopoly still exists without any modification. || 12. In August 1897 the Government asked the First Volksraad to appoint a further Commission to consider the report of the Government Commission on the Mining Industry, and this was accordingly done. || Of the report, dated the 16th October, 1897, which was made by that Commission of the Volksraad I need not say more than that Commission appear to have been singularly ill-informed as to the price of dynamite; but the report gave rise to a long and very interesting debate in the Volksraad, in the course of which General Joubert declared that the monopoly "was in fact no longer a State monopoly, but Lippert's monopoly, for he still made most profit out of it." His Honour continued that the same reasons which existed for cancelling the contract with Lippert still existed, and he expressed the hope that the Volksraad would cancel the "Lippert alias Vorstman Contract" as they had cancelled the former Lippert Contract. I do not in fact find in the arguments of those members who supported the monopoly any serious attempt to disprove the

facts and figures adduced to show that the monopolist Company is making an enormous profit without benefit to the State. || Ultimately the following resolution was carried on the 4th November, 1897, by a majority of one: — || "The First Volksraad having taken into consideration Chapter VII. of the report of the Commission regarding dynamite and explosive materials now being dealt with, and the memorials in connection with it, further considering that with reference to this matter a contract has been entered into by the Government with L. G. Vorstmann, further considering the report of the Commission and the explanations and facts adduced by various members that the Company has not acted strictly in accordance with the contract, resolves to charge the Executive Council to place this matter in the hands of the State Attorney and other legal authorities, in order to ascertain what steps can be taken in it, and then to act according to circumstances, in order to provide the mines with cheaper dynamite, either by allowing importation under permits, subject to the payment of the ordinary customs dues, or otherwise as the Executive Council thinks desirable."

Nr. 12073. Grofsbritannien. 13. Jan. 1899.

13. It appears that the Volksraad placed the matter at the discretion of the Executive. || All that has hitherto been effected, however, is a reduction of 10 s. per case in the price of dynamite, the Company agreeing to surrender 5 s., and the Government also surrendering 5 s. || The reduction would be unimportant were it not that the surrender of the 5 s. by the Government, being the whole amount of the royalty to which they are entitled, makes it more than ever difficult to understand in what way the monopoly can be considered to be a State monopoly. It is, indeed, true that the Government is entitled to a share not exceeding 20 per cent. of the surplus profits, but even were large sums paid to the Government on that account, which, I understand, owing to the system of writings off, is not the case, it can scarcely be held that a contingent right to a small share in the profits of the monopoly makes it a bonâ fide Government monopoly. || 14. No report by the legal advisers of the Government has yet been published, though on the 15th November, 1898, during a debate in the Volksraad on a memorial from the Chamber of Mines, praying for the cancellation of the monopoly, the State Attorney promised that the report would be laid before the Raad before long. || 15. Her Majesty's Government have now learned with surprise that the Government of the Republic has asked the Volksraad to extend the duration of the monopoly for a further period of fifteen years, in return for another small reduction of 5 s. per case in the price of explosives, and that it is proposed, at the same time, so to modify the Concession as to virtually put it out of the power of the Government to cancel it on any of the grounds which now form a menace to the Company's position.

16. From the figures given by the Government Commission already quoted, it appears that, even after a further reduction of 5 s. per case, the price to be charged by the Company would still be 25 s. to 30 s. per case in excess

Nr. 12073. Grofsbritannien. 13. Jan. 1899.

of that at which the same quality of dynamite could be imported and laid down in Johannesburg. || On 200,000 cases, which was reported by the Volksraad Commission to be the annual consumption in February 1897, this would represent a loss to the mining industry of from £ 250,000 to £ 300,000 per annum. The same Commission estimated the average annual consumption for the four years 1897—1900 at 250,000 cases. At the same rate of increase the average annual consumption during the last four years of the term for which the Concession was originally granted, would be 350,000 cases, representing a loss of from £ 437,500 to £ 525,000, while if the concession were extended for fifteen years further, the annual loss before the end of that term would be no less than from £ 687,500 to £ 825,000. Even if the greater part only of this gigantic sum found its way into the coffers of the State, it is reasonable to suppose that the burden of taxation on the general community would to that extent be lightened. || 17. The Volksraad has not indeed, so far, accepted the proposal referred to, as its consideration has been deferred till the next Session. || In view, however, of such a proposal having been made, Her Majesty's Government feel that they must no longer delay to make known their view of the matter to the Government of the South African Republic, and to protest not only against the prolongation of a monopoly which they hold to be inconsistent with the provisions of the London Convention, but against any further delay in taking steps to cancel the concession, or so to reform it that it may be exercised in good faith for the benefit of the State. || 18. If the Government of the South African Republic should persist in the proposal to extend the term for which the monopoly has been granted, they must clearly understand that Her Majesty's Government reserve to themselves the right to renew their protest, notwithstanding the grant of such an extension, and Her Majesty's Government must not be understood as in any sense admitting the legality of the original concession or of its extension. || 19. I request that you will instruct Her Majesty's Agent at Pretoria to communicate a copy of this despatch to the Government of the South African Republic.

J. Chamberlain.

Anlage.

The dynamite war.

Regulations versus Contract.

Allusion has so frequently been made to the discrepancies to be found in the contract entered into between the Government and Mr. L. G. Vorstmann, dated October 25, 1893, and the Volksraad Regulations in accordance with which the contract was supposed to have been drawn up, that for general information we now print the regulations and the contract.

Volksraad Regulations.

The following are the regulations as adopted by the Volksraad: — ||

1. The monopoly of the manufacture, trading in, and sale of powder, ammu-

nition, fireworks, and all other explosives of every description, remains with the Government of the South African Republic. || 2. Importation of all explosives is allowed to everyone after having obtained a written permit from the Government; and upon the payment of a maximum special duty of 9 d. per lb. on dynamite or other explosives, unless importation is forbidden as mentioned in Article 3. || 3. The Government, with the consent of the Executive Council, is empowered to make regulations concerning the importation of, issue, and sale of powder, ammunition, dynamite, and other explosives, and, when it appears desirable, to forbid importation. || 4. The Government, with the advice of the Executive Council, has the power to transfer the monopoly for the manufacture, importation, and sale of powder, ammunition, fireworks, and all other explosives to other persons. || 5. The persons to whom the Government may transfer such monopoly shall take over from the Government the land, buildings, machinery, and all appliances, dwelling-house, furniture, &c., at present known as the Powder Factory, on the farm Baviaanspoort, district Pretoria, of which the Government is the owner, at an annual rental of not less than £ 3,760, payable quarterly, and shall be obliged to keep all the machinery, buildings, &c., in good order, and eventually redeliver them to the Government in good condition, the customary wear and tear and depreciation in value excepted. || 6. The maximum price of powder of every description shall not exceed 1 s. 6 d. per lb.; and cartridges shall not be higher than the price for which they can be imported from Europe and elsewhere, taking the import duty into account. All prices shall be reckoned as cash prices. The prices stipulated here for gunpowder and other ammunition shall be fixed for a period of three years. After the expiration of that period the prices shall be fixed for a period of three years, and so on in the future, at the end of every three years. At the time when prices are fixed the general European market prices of the same articles shall be taken as a basis, and should the European prices rule higher or lower since the last previous fixing, the Transvaal prices shall be correspondingly raised or lowered. The maximum price for dynamite shall be reckoned as follows:—

For dynamite known as No. 1 . . .	£	5	0 0
„ „ „ „ No. 2 . . .	£	4	7 0
„ „ „ „ No. 3 . . .	£	3	15 0

Per case of 50 lbs. nett.

Other qualities of dynamite and other explosives shall not be charged at higher prices than in comparison with their power and value as compared with the foregoing, which shall always be subject to the approval of the Government of the South African Republic. These shall be cash prices, without discount, goods to be delivered at the factory in quantities of not less than 100 cases. The prices of dynamite and other similar explosives are fixed for a period of eight years. After the expiration of eight years, should

Nr. 12073. Grofsbritannien. 13. Jan. 1899.

the European prices rule higher or lower than those stipulated in these regulations, the above prices shall be proportionately raised or reduced.

7. Should it be shown to the satisfaction of the Government that the materials required in the manufacture of the explosives have increased in price subsequent to the issuing of these instructions to such an extent that the cost of manufacture would thereby be materially affected, the maximum prices laid down in Article 6 may be increased (so as to compensate for the increased prices), by the Government, with the consent of the Executive; and also when the price of these materials falls, the Government shall have the right, with the consent of the Executive Council, to reduce the maximum prices laid down in Article 6 by the same amount as the prices of these articles shall have fallen: this increase and reduction of prices shall only hold good during the time of the increase or decrease in the price of the materials. || 8. Provision shall be made that the buildings or the factory, belonging to the Government, shall not be endangered by the manufacture of powder, or other explosives, and the above-mentioned persons shall be responsible to the Government for any damage done to the buildings, or any loss the Government may sustain in connection with the buildings. || 9. The qualities and quantities of all articles provided shall be in accordance with the needs and requirements of the Government and the public of the South African Republic, and the articles, of every description, shall be of the best quality. || 10. The Government, with the advice and consent of the Executive Council, shall give instructions that one or more factories shall be completed and brought in working order within the shortest possible period, and at the utmost within two and a half years, for the manufacture of dynamite and other explosives of such nature and such quantities as the needs and requirements within the South African Republic may demand, subject to the following conditions: — *a.* In the said manufacture, all necessary raw materials procurable within the territory of the Republic shall be used, providing such raw material can be found in quantities and of such quality as shall not be prejudicial to the manufacture, or hinder it. *b.* No explosives of any description shall be imported by the agents, except under the provisions of Article 2. *c.* Should it appear that materials required for the manufacture of powder or explosives that can be found in sufficient quantity in this Republic are imported from elsewhere, a special duty may be imposed by the Government, acting with the consent or advice of the Executive Council, or by the Volksraad, for the purpose of stopping such importation. || 11. The Government shall require from the agents to which it may delegate the execution of these instructions, apart from the rental of the factory as described in Article 5, not less than £ 3,760 per annum, the sum of 5 s. for each case of dynamite or other similar explosives sold (with the exception of the matters referred to in Article 6), weighing 50 lbs. net, and sold by them. Above this the Government shall be entitled to 20 per cent. of the profits. || 12. No patent of in-

vention for any discovery of any explosives shall be granted, after the issuing of these instructions, except with the express consent of the Government, and subject to such conditions as the Government, with the advice and consent of the Executive Council of the South African Republic, may find good. || 13. In case any explosive already known, or discovered subsequently, shall be required in the Republic, and should the persons referred to above be unable, or be unprepared, to supply such explosive, or cause it to be imported, or manufactured, the importation to take place under the conditions of Article 2. || 14. The Government is empowered to exempt persons employed in the execution of these instructions from war service, commando, or field service. || 15. The Government shall reserve to itself: — *a.* The right to withdraw the agency for the manufacture of powder, cartridges, dynamite, &c., from the persons afore referred to, should the interests of the State require it. In that case the Government shall be obliged to take over from the agents such provision as they have made for storage and sale, and such contracts as they may previously have made for the supply of the above-mentioned articles, but only such contracts as shall at the offset have been approved by the Government, with the consent of the Executive Council. *b.* The right to sell dynamite or other similar explosives (powder and ammunition not included), in case such explosives have been purchased for certain purposes and subsequently found unnecessary. *c.* The right to forbid the exportation of all these articles in case political circumstances, for example the obligation of neutrality, require it, and the right to limit the issue of such explosives, or to stop the issue altogether, as may appear desirable. *d.* The right to have all orders given by the Government executed before all others. *e.* In case the persons above mentioned fail to supply the necessary material ordered by the Government, within the stipulated time, or in case the articles supplied are not of the required quality, and the Government may have need for such articles at the time, the Government has the right to procure such articles elsewhere, at the expense of the above-named persons. *f.* Should the above-mentioned persons fail to execute an order given by the Government within twelve months, the Government has the right to withdraw the agency for the execution of this monopoly, unless the cause of failure or delay is to be ascribed to war, or higher power. *g.* Should the above-mentioned persons fail to comply with any of the regulations agreed upon with the Government, the latter has the right to cancel the agreement. || 16. The agreement entered into between the Government and any persons as above mentioned shall exist for not longer than fifteen years. || 17. In the meanwhile, previous to the completion of the factory, the Government itself may import dynamite or other explosives, which the Government may deem necessary for the requirements of the country, and shall make the necessary arrangements concerning such importation. The arrangements, however, shall not be for a longer period than two and a half years.

Nr. 12073. Grofsbritannien. 13. Jan. 1899.

The Contract.

On October 25 the following contract was entered into between the Government and Mr. L. G. Vorstmann: —

The State Monopoly.

Contract between the Government of the South African Republic and Lambertus Gerardus Vorstmann, of Pretoria, concerning the carrying out of the State monopoly for the manufacture, sale, trade, and import and export of gunpowder, ammunition, dynamite, and all other explosives. || The Government of the South African Republic, acting with advice and consent of the Executive Council, in accordance with resolution, dated October 9, 1893, Article 573, being truly and lawfully represented by the Honourable the Acting State Secretary, Mr. Cornelis van Boeschoten, who, in its name, subscribes the same and has been authorised to conclude this agreement, by resolution of the Honourable the First Volksraad, dated September, 1893, hereinafter to be named the Government, on the one part, and Lambertus Gerardus Vorstmann, of Pretoria, of the other part, have agreed as follows:— || Article 1. The Government appoints the second undersigned, to the exclusion of all other persons, as the sole agent for the carrying out of the monopoly for the manufacture, the importation and exportation, the trade in the sale of gunpowder, fireworks, ammunition, dynamite. and other explosives of whatsoever nature. The Agent shall have the right to establish a company for that purpose. || Article 2. The duration of this agency shall be for fifteen years from the date of this agreement. || Where nothing is said in this agreement, the regulations laid down by the resolutions of the Honourable the First Volksraad, dated September 1 to 5, 1893, above-mentioned, and copy of which is annexed, shall be binding.

Article 3. The Government undertakes that if it issues permits to persons, as mentioned in Article 2 of the regulations, the following conditions shall be of force.— || *a.* Permits shall only be issued to persons or companies who have given a declaration in writing that they require the explosives only for their own use, and the quantity shall in no case be greater than for a consumption of three mouths. || *b.* No permits shall be of force longer than four months from the day of issue. || *c.* All explosives under such permits will be subject to a special import duty of $8^1/_2$ d. (eightpencehalfpenny) per lb. above the ordinary ad valorem duty. || *d.* The Government shall, on application concerning same, nominate to the Agent an official who will give him monthly information how many and to whom permits for the importation of dynamite, &c, have been granted, and whether and when such dynamite has been imported, in order to be able to take measures with respect to the quantities required for consumption. || Article 4. The rent of the gunpowder manufactory, as mentioned in Article 5 of the regulations, in hereby fixed at £ 3,750 per year. || The Government shall have the right to take the gunpowder manufactory at any time during the continuance of this contract against payment

to the agent for the extraordinary improvements that have been effected, and which have been approved of by the Government, provided these are serviceable, and the value they have at the moment of the taking over, wear and tear, &c., being taken into consideration. || In this case, the payment of the rent shall only take place to the day of taking over.

Article 5. The maximum prices, as mentioned in Article 6 of the regulations, which the agent shall be allowed to charge shall be reckoned as follows:

For dynamite known as	No. 1 . . .	£	4	15	0
Do. do.	No. 2 . . .	£	4	5	0
Do. do.	No. 3 . . .	£	3	15	0

The Agent shall, in supplying cartridges to the Government, be held and be obliged to charge no higher price than that for which the same can be imported from Europe, not including the import duties and the Government reserves the itself to right to supply the burghers of this Republic with such cartridges as it may deem fit, but only for own consumption. || Article 6. The Agent undertakes to erect the manufactories mentioned in Article 10 of the regulations at such spots or places as the Agent shall appoint in consultation with the Government, at the outside within two years and a half from the date of the signing of this contract. || The Agent undertakes to pay the rent fixed in Article 11 of the regulations, and the sum of 5 s. on each case of dynamite sold, every three months, accompanied by duly certified statements, as well as an amount not exceeding 20 per cent. of the surplus. By surplus is understood the balance which remains after deductions of all cost, wear and tear, the usual writings off, and an interest of 8 per cent. (eight per cent.) on the capital. || The Agent shall be bound to keep proper books, in commercial style, as is customary in institutions of this nature, and the Government shall have the right at all times to cause those books to be inspected by an official, or person, or a commission of officials or persons, to be appointed thereto. || A proper balance-sheet shall be made up annually, whereby, in terms of this article, the surplus shall be shown. Thereafter a certified copy shall be sent to the Government, and the amount due to it shall be paid. || Article 7. The Government undertakes, with respect to the letters patent mentioned in Article 12 of the regulations, that the following stipulations shall be of force: — || In the event of the Government granting letters patent for any explosive, such letters of patent shall, however, not give the right to anybody else than to the Agent to whom the carrying out of these instructions is entrusted by the Government to manufacture the material therein mentioned, and to sell the same within the boundaries of the South African Republic. || Should the Government or the Agent deem it desirable to apply or bring into use the said invention, and should the Government in that case not be able to come to terms with the owner of, or the person entitled to, that invention with regard to the application of the same, then the parties

Nr. 12073. Großbritannien. 13. Jan. 1899.

(Government and Patentee) shall each nominate an arbitrator, whilst the third arbitrator, or umpire, if necessary, shall be appointed by the Chief Justice, whose decision shall be final. || Article 8. This agreement shall be of force within the territory of the South African Republic, in so far as it now extends or eventually may be extended. || If the territority of the S. A. R. should in the future contain districts or provinces in which provision already has been made with respect to the materials or substances which form the subject of the agreement, it will depend upon the Government whether these instructions will also be applied to the new districts or provinces. || Article 9. Should the Agent of the Government, during a defined period, not be able to satisfy the requirements for explosives within this Republic, in consequence of explosions, accidents, calamities, or other superior force and causes arising beyond the control or fault of the Agent, the Government may import these materials until the Agent shall be able to supply the required materials. In that case the Government gives to the Agent the preference for the carrying out of the same. The Agent shall be obliged, after any accident, as mentioned in this article, to place the manufactories again in working order within the shortest possible time.

Article 10. If the Government imports any explosive, as mentioned in Article 13 of the regulations, it gives the preference to the Agent to do such in its name. || Article 11. All persons employed by the Agent are hereby freed from personal military service on commando or in the field, provided their contracts are drawn up with the condition that the Government shall have the right at any time, if deemed necessary, to take over the contracts, and they bind themselves to serve the period of service with the Government. || Article 12. Should the Government avail itself of Article 15A of the regulations, it shall be bound to buy the explosives required in the country in terms of this contract from the Agent, costs of trade deducted. || The period in Article 15F of the regulations is hereby fixed at six months. || Should the Agent, by his own interference, fault, negligence, or default fail to carry out the conditions of this agreement, after having been required in writing to do so, and after having been allowed at the outside a period of six weeks to do so, the Government will have the right to cancel this agreement; if the default and neglect is to be attributed to malice, the Government will have the right to cancel this contract without any notice. || Article 13. The Agent is entitled to entrust the sale of the articles mentioned in this agreement to one or more persons. || Article 14. The Agent of the Government is obliged to pay import duties on the machinery and tools required in the carrying out of this agreement. || Article 15. The Government may prescribe measures of precaution or safety with reference to the transport and storage of the said materials. || The Government shall not hinder the export of these materials, except for reasons of danger to the State, or other weighty reasons. || Article 16. With reference to Article 17 of the Regulations, the Government makes the follo-

wing arrangements with the Agent to the exclusion of everybody else: — || *a.* During the time that the manufactories to be erected by the Agent are not completed, the Government itself shall import all materials and substances required for the manufacture of dynamite and other explosives in the magazines of the Agent, and according to a tariff of prices, quality, and quantity to be approved of by the Government, with this understanding, that this importation shall only continue during the time that the manufactory or manufactories shall not have been completed, and in any case not longer than during a period of two and a half years. || *b.* The Government shall place the said materials and substances at the disposal of the Agent for the manufacture, trade, and sale, according to the conditions above mentioned, and the Agent shall manufacture, trade in, and sell on the order and for account of the Government under the conditions above mentioned, in so far as they apply here. || *c.* The Agent shall send statements to the Government every month, detailing the manufacture, trade, and sale, and shall pay to it all moneys received for the sale thereof, from which, after deduction of 5 s. per case, and the moneys paid by the Government for the materials imported, the balance shall be handed to the Agent.

Article 17. The Agent shall be obliged, within eight days after the signing of this contract, to give proper security for the due performance of the obligation to erect the manufactories mentioned herein, and the carrying out of the contract until the manufactories shall have been erected and shall be in working order, to an amount of £ 30,000, for which all his assets in this country shall be available, and proper deeds of hypothecation shall be passed. || Article 18. All disputes as to the meaning or reading of this agreement that may arise between the parties shall be decided, to the exclusion of the ordinary judges, by arbitrators as in highest instance, and shall be finally binding on the parties. || Should the parties not be able to come to an amicable arrangement with regard to the interpretation of this agreement, the one party shall give notice in writing to the other, and whatever the questions of dispute arising out of this agreement, they shall submit the same to the decision of the arbitrators. || The parties then shall each nominate an arbitrator, who, together, shall nominate a third. Decisions shall be given at the outside within three months. If one of the parties should not in good time appoint an arbitrator, or in the event of the two arbitrators not agreeing in the choice of a third, then the Chief Justice, or his substitute in the Supreme Court of this Republic, shall make a nomination, the parties having been heard or summoned. || Thus done and contracted at Pretoria this 25th day of the month of October, 1893, in the presence of the subscribed witnesses.

(Signed.) C. van Boeschoten, Acting State Secretary.

(Signed.) L. G. Vorstmann.

Witnesses:

(Signed.) W. E. Hollard. (Signed.) P. L. A. Goldman.

Nr. 12074. GROSSBRITANNIEN. — Der Agent in Pretoria an den Oberkommissar in Kapstadt. Die Bergwerksinteressenten bieten die Expropriation des Dynamitmonopols an.

Pretoria, February 3, 1899.

Nr. 12074. Grofsbritannien. 3. Feb. 1899.

Sir, || With reference to previous correspondence on the subject of the dynamite monopoly, I have the honour to enclose a report*) of a special meeting of the Chamber of Mines of the Republic, held yesterday, at which a proposal to offer this Government a loan of £ 600 000 wherewith, if necessary, to expropriate the Dynamite Company, was carried unanimously, the proposed loan being guaranted by all the financial houses of importance upon the Rand, including both the representatives of the Dresdner and the Deutsche Banks, whose attitude towards the Dynamite Company had hitherto been somewhat uncertain. || It is unnecessary for me to recapitulate the reasons and arguments advanced by the Industry for the cancellation of the monopoly, as I have already given them in previous despatches, but I may note the declaration that the industry has no fear of difficulties from the side of Nobel's dynamite ring, as offers have been received from both European and American companies to supply the Rand Mines at about one-half of the price charged by the monopolists here. || The announcement of this offer, which has been made very publicly through the press reports of the meeting, has caused considerable sensation, as being the first occasion on which the industry has offered to come to the aid of the Republic with direct financial assistance. A deputation from the Chamber of Mines has asked leave to wait upon the Government, to explain their offer, next week.

Edmund Fraser.

Nr. 12075. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Die „Presse" veröffentlicht das Votum des State Attorney über das Dynamitmonopol.

9. März 1899.

Nr. 12075. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

The following is the opinion of the State Attorney regarding the Dynamite Concession which was laid before the Raad yesterday:— || This matter was referred by the First Volksraad on November 4, 1897, to the Government with the instruction to obtain legal advice and to act according to circumstances. The then State Attorney, the present Chief Justice, obtained then the opinions of Advocates Curlewis, Reitz, and Schreiner (of the Cape Colony). Before, however, he had given his own written opinion to the Government, he was appointed Chief Justice, and, therefore, his final opinion was not formally made known to the Government. After my appointment as State Attorney, the Government delegated to me the task of going into the

*) Hier fortgelassen. Red.

matter, and to communicate to it my own opinion. Through the heavy work of my department I was, however, not in a position to address myself seriously to the matter before the beginning of September. I have since earnestly studied the case, and frequently weighed the opinions of my legal colleagues, and have finally come to the conclusion that on some of the principal points I must differ from them. I shall now as concisely as possible set forth on what grounds I am of opinion that the Government of the South African Republic is not now entitled to cancel the said monopoly. Although the case is not without its own peculiar difficulties, I am of opinion, nevertheless, that the final decision must rest on a few simple points.

I. Questions Arising Out of the Origination of the Contract. — In December, 1888, the Government gave a concession to a certain E. Lippert for the establishment of a factory for the manufacture of powder, dynamite, and other explosive materials in the South African Republic. Shortly thereafter Lippert made this concession over to a Company, consisting largely of French shareholders, whereof L. G. Vorstmann, as Managing Director, and E. Lippert, as Head Agent, were appointed. This Company, however, instead of manufacturing explosives within this Republic, appears to have exclusively confined itself with the importation of material already manufactured, in conflict with the terms of the concession. On this ground the British Government enterred a strong protest against the existence of the concession in the hands of the Company, as they asserted that existence was in conflict with Art. 14 of the London Convention, inasmuch as French subjects were benefited above British. While diplomatic negotiations were still proceeding, the case of the Company came before the First Raad, and after investigation by a Commission on August 24, 1892, the Government was instructed to deal with the matter as it best appeared to it, and to report the following session. Thereupon the Government gave effect thereto, in that the concession to Lippert was declared cancelled. In consequence of this cancellation, however, the Government became diplomatically involved with the French Government, which appeared in defence of its subjects. I make mention of these difficulties because, in my opinion, they were not without influence on the contract eventually entered into on October 25, 1893, with Mr. Vorstmann. || After the concession to Lippert was cancelled, and probably to prevent any further diplomatic difficulties, the Government gave the right equally to certain English, French, and German subjects, to import explosives into this Republic. Meanwhile, the old French Company proceeded with threats of instituting an action against the Government for damages. || In September (1 to 5), 1893, the First Raad passed the regulations whereby the Government could exercise the State monopoly for the importation, manufacture, and dealing in explosive materials, and on October 25, 1895, followed the original contract with Vorstmann in terms of those regulations. The regulations themselves I shall refer to later; here I only wish to marshal the principal facts which throw light

Nr. 12075. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

on the origin of the contract. || It appears that already before September, 1893, the old French Company and Vorstmann (who had been its managing director) intended to make application for the agency for the carrying out of the State Monopoly that would later be brought into existence by the regulations. It appears further that the Government was willing to grant it the agency; and this willingness was most probably due to the strong wish of the Government to do away with, for good, the differences called into being by the French Government through the cancellation of the first concession. || In place, however, of granting the agency to the French Company, on October 25, 1893, the contract of that date was given to Vorstmann. This sudden alteration finds its explanation when it is considered that on October 24, 1893 — thus one day before the contract with Vorstmann was entered into — the French Company addressed a note to the Government, whereby it withdrew all its claims against the Government arising out of the cancellation. This explanation can only be this, that, although the contract was formally entered into with Vorstmann, the French Company would thereby be practically indemnified, and that the Government assented to or concurred with this position. || That the Company was certain that it would obtain the agency appears from the contract, dated August 25, 1893, between it and Lippert, wherein Lippert, presumably in consideration for certain services as its general agent, was appointed to carry out the agency under the pending regulations, and as such was to draw seven to ten per cent, of the proceeds per case. It appears to me as if these pretended services were nothing else than the withdrawal of his alleged claim against the Government for indemnification, for by this withdrawal the Government would be placed in a position to agree, free and unrestricted, with the Company with regard to the agency. I presume thus that the Government was orignally acquainted with this contract, for it knew that the difficulties with Lippert must first be removed. || On November 4, 1893, however, a supplement to this contract was signed, whereunder, as a further consideration in favour of Lippert, it was stipulated that he should get 2 s. per case of dynamite for three years, £ 25,000 in cash, and 25,000 paid-up shares in the new Company which was to be formed to exploit the agency. These further terms are evidently an inseparable part of the contract of August 25, and must, although not signed, still have already been agreed to upon that date. It is difficult to comprehend why they were signed separately and at a later date. One point, however, of convincing importance holds good, namely, that on January 20, 1894, both contracts were formally handed in to the Government, and that the Government neither then nor later protested against the terms thereof. In the light of these and other facts it is almost impossible for the Government to now offer the contention that on January 20, or shortly thereafter, it was not acquainted with the terms of these contracts or acquiesced therein. || On February 26, 1894—thus after January 20, 1894—the contract was entered into, whereby really the agent

for the carrying out of the State Monopoly—the present South African Factory for Explosive Materials—was called into being. That contract was entered into between the old French Company and the Dynamite Actiengesellschaft (Nobel and Co.), an Anglo-German Co. Therein Noble and Co. undertook to float the South African Factory for Explosives with a capital of £ 450,000 shares of £ 1 each, divided in the following manner:—

a. 220,000 shares to be issued against payment. || *b.* 25,000 shares to be granted to Lippert (in terms of the contract of November 4, 1893, aforesaid). || *c.* 182,000 shares to be granted to the French Co. (as indemnification for the cancellation of its contract by the Government). || *d.* 22,500 shares to be granted to Dr. Gobert, a German lawyer, "for services rendered." || *e.* Further, there must be paid to Lewis and Marks 2s. per case of dynamite, and || *f.* The obligation undertaken by the old Company against Lippert must be fulfilled by the South African Factory for Explosives.

Although I have not been able to ascertain when this agreement was formally brought to the notice of the Government, it is yet clear that it only gave effect to an understanding, and to obligations wherewith the Government was well acquainted, and whereto it expressly or practically agreed to. In equity it can thus be accepted that the Government was also acquainted with this agreement, and the Company has in its returns frequently referred to this agreement. || After all this had happened and was agreed to, the agency was granted to Vorstmann on October 25, ultimately carried over the South African Factory for Explosives in the flotation of June, 1894. || I have set forth these facts here because they are of great importance for the decision of the question in how far the Government has reason against the Company for fraud committed at the time of its origin. It is, namely, stipulated in the contract between Vorstmann and the Government that the Government shall receive 20 per cent. of the profit on the sale of explosives, and it can now be alleged that the giving away of all the shares of the Company, besides 220,000 to third persons, greatly prejudices the Government in its right to 10 per cent. of the profits. The question arises then, in how far the Government can now object to the giving away of shares to the old French Company, to Lippert, and Dr. Gobert, and the granting of share in the profits to Lippert and Lewis and Marks. || On the facts set out I come to the conclusion that the Government had knowledge at least of the principal rights so granted to others, and expressly or silently agreed thereto. || It appears to me as if the Government, most of all, was eager to avoid, or to remove diplomatic difficulties, and that it was its intention that the old French Company should be indemnified, notwithstanding the cancellation of its concession; on this point especially is the evidence strong. Further, it appears to me that the Government at least had part knowledge of the agreements between the French Company and Lippert, whereby certain rights were granted to the latter; and it is further very possible that it was also originally

Nr. 12075. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

acquainted with the obligations undertaken as regards Lewis and Marks. Certain it is that when the Government later obtained knowledge thereof, it offered no objection. On these facts, taken in connection with accessory circumstances of the case, I am of opinion that Advocate Curlewis is right in his conclusion: "That, whereas the Government had knowledge of the circumstances and silently acquiesced therein, it cannot now allege that it was defrauded by its agent, and in consequence end the agency, because of the improper conduct of the agent." In any case, he who bases a claim on fraud must come to Court with a pure and clear case, and this the Government cannot do, because, as I have shown, the primâ facie impression of the facts is strongly against it. || In how far the Government, apart from the question of fraud, can object to rights granted to third parties, in reckoning the 20 per cent. of the profits due to it, I shall consider when I come to the question of reckoning.

II. Delay in Completing the Factories. — I now come to a much more important point, namely, the questions connected with the non-fulfilment of the contract with Vorstmann in terms of the Volksraad Regulations. || On September 1 to 5, 1893, the Volksraad passed certain regulations relating to the State monopoly for the manufacture, the sale, the dealing in, and the import and export of powder, ammunition, dynamite, and other explosives. These regulations were in the form of an instruction to the Government whereby the latter, as Executive agent of the Raad, was given the power to invest certain person or persons with the exclusive right to manufacture, &c., said explosives, and the conditions under which the Government could depute that right were narrowly defined, inter alia, there appear there three Articles in the regulations, whose correct interpretation in my opinion is decisive for the whole case. || "Art. 9. The quality and quantity of all manufactured articles must be in accordance with the needs and desires of the Government and the public of the South African Republic, and the articles must for each sort be of the best quality. || "Art. 10. The Government, with advice and consent of the Executive Council, may give instructions within the shortest possible time, but at the utmost within two and half a years, for one or more factories to be erected, to complete and to bring into working order for the manufacture of dynamite and other explosives of such nature and consistence and in such quantities as the needs and demands within the South African Republic may create or require, and that under the following regulations, &c.:|| "Art. 15G. If the above-named persons do not comply with any of the stipulations agreed with the Government, the latter can cancel such agreement." || Before coming the facts of this case, it will be necessary to consider and determine the real application of these three articles, because it is just upon this weighty point that I have to differ with the other legal counsel. || The question then is this: Under Art. 15G. it is stipulated that, in case the concessionaires do not comply with any of the stipulations agreed to with the

Government, the Government can cancel such agreement. The word „can" is used in contradistinction to "shall," and in place of its being made obligatory for the Government the cancel the concession in case of non-fulfilment, a discretion is distinctly allowed thereanent. This is, however, acknowledged, and the only point upon which difference of opinion exists concerns the extent of the discretion. The legal advisers, for instance, are of opinion that the discretion does not extend to the subjects falling under the said Arts. 9 and 10 of the regulations. And this explanation they base somewhat upon the following reasoning:— The Volksraad had the time wherein the factory must be completed fixed as an irrefragable condition of any contract that might be made, and the same holds good with regard to the condition that enough material must always be manufactured to meet the demands of the Government and the public. On this point the Raad has expressed its will in the most unequivocal manner, and it would be ridiculous, after the Raad has stipulated such strict conditions for the contract, that they should still be left to the caprice of the Government. Indeed, ask the lawyers what would be the use of drawing up any regulations and to give instructions to the Government were the whole or part non-fulfilment thereof left to its arbitrary discretion. They arrive thus to the conclusion that the discretion given to the Government under Art. 15G cannot touch or effect the points under Arts. 9 and 10 of the regulations. Although there is something to be said for this contention, I am still respectfully of opinion that the lawyers have been misled upon this point. My opinion I base upon the following grounds:—

a. The logical consequence of their interpretation is that the discretion given to the Government under Art. 15G is confined only to such conditions as are not stipulated for in the regulations. In other words, those that the Government on its own initiative might place in the contract, because, naturally, if its discretion cannot touch the points stipulated in the regulations, they can only have reference to points not dealt with in the regulations, though introduced by the Government into the contract. And in order to make the object in Art. 15G clear, the Raad ought to have said: "If the above-named persons do not comply with any of the stipulations, above and besides those herein dealt with, and which, although not herein set forth, nevertheless agreed to with the Government, then can the latter cancel such contract." It can be seen how unnatural such an interpretation is; it quite reverses the primâ facie signification and contention of Art. 15G, and brings therein an exception whereof there is no question. So long as a natural and reasonable interpretation can be given of Art. 15G, this unnatural explanation must be removed, in accordance with the common rules of the law interpretation. That such a natural interpretation can be given, Sub. *d* will show. || *b.* Another objection weighs still heavier against the opinion of the lawyers. It was the plain and express intention of the Raad to lay down in these regulations the stipulations to be embodied by the Government in the contract to be even-

Nr. 12075. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

tually made. When thus in Art. 15G the Raad speaks of stipulations agreed to between the concessionaire and the Government, the stipulations already contained in the regulations, inter alia, Arts. 9 and 10 thereof, are also plainly intended. If this is not so, then we come to the nonsensical conclusion that the Volksraad did not intend that these regulations should be embodied in the contract to be concluded between the Government and the concessionnaire. || *c.* This unsound interpretation of Art. 15G makes the said Article absolutely senseless and purposeless. The Government has naturally the right to add other terms to the contract than those stipulated by the Raad; should these terms be essential and be broken, the Government has naturally the right of cancellation, and it was unnecessary and purposeless to stipulate this in a special Article of the regulations. Now, it is an acknowledged principle of law interpretation that an explanation, where possible, must not be explained in such a way, that it becomes useless and senseless, for that assumes that the maker of the explanation (in this case the Raad) did not exercise its best sense in making or drawing up the explanation; and on this point I strongly doubt whether a Court would attach the faulty interpretation to Art. 15G. || *d.* I now come to what I think to be the true meaning and intention of Art. 15G. Here it must be kept in view that, where possible, all the regulations must be taken and explained in connection with each other; they form a whole and not fifteen Articles separate from each other. And where an explanation, based on the presumption that the various Articles are mutually agreed and connected, leads to a tenable result, then must such interpretation be accepted as the correct interpretation of such Articles. Starting from this standpoint, it appears to me that in Arts. 9, 10, and 15g of the regulations, the Raad had in view, and intended that, namely, certain conditions in the contract with the future concessionaire should be embodied; that no other conditions, with regard to the points concerned should be agreed to, that the period of completion in Art. 10, and the compliance with all needs and requirements according to Art. 9 in the contract, should be embodied without any alteration. In this manner must the contract be made; but the question remains still, in what manner should that contract be carried out? Had nothing been said with regard to the last question, then everything in conflict with Arts. 9 and 10 would, ipso facto made the contract null and void, for a contract made beyond the competency of one of the contracting parties is powerless. || In the regulations, Art. 15G, the Raad has, however, avoided this by making an express stipulation in regard to the performance and observance of the contract. Actually the Raad has said to the Government: "You may make a certain contract; in the contract there must be certain terms embodied; however, when these terms are embodied, but are not observed, we leave it to your discretion to cancel the contract or let it continue to exist." || When this interpretation is taken in connection with the peculiar position of Raad and Government, of principal and

agent in this matter, then becomes the reasonableness thereof still clearer. || In all cases the Volksraad is a body that can lay down laws and regulations easily enough, but can with difficulty rule or control the observance or performance thereof; it is not in a position to decide upon special circumstances arising, and has not also ordinarily the circumstances before it necessary to a just decision, and especially in this case was it reasonable for the Raad to leave the performance of this contract in the hands of the Government. There was to be a great work to be established within a given time, and it would not only have been uncommon, but even unreasonable, if the contract were declared cancelled, and all the completed work made worthless—if, for instance, the contractor was behind a few weeks or even months. || The requirements of reasonableness, as well as the strict technical rules of law interpretation lead me to the conclusion that in this case it was really the intention of the Raad to give the Government discretion with regard to the performance of the contract to be closed, even on those points, falling under Arts. 9 and 10 of the regulations. It was the intention of the Raad to get a proposed contract, but not that the non-observance thereof should make it void; in such case the Raad intended that it was for the Government to decide whether, under the circumstances, the contract should be or not be cancelled. || If this interpretation (which I respectfully submit) is the correct one, then it is very easy to decide upon the facts. || What are now the facts? On October 25, 1893, a contract was concluded between E. G. Vorstmann and the Government, whereby Vorstmann obtained the carrying out of the monopoly for the manufacture of explosives in the South African Republic, under the conditions, inter alia, contained in Arts. 9 and 10. On May 24, 1894, this contract was in some important respects amended; and one June 8, 1894, the concessionaires asked for an extension of time wherein the factory must be completed, while on July 14, 1894, the Government granted the request, and stipulated that the period of two and a half years should begin on May 24, 1894, instead of October 25, 1893. Under the extension it was not necessary that the factory should be completed before November 24, 1896. On September 14, 1894, however, the Government applied to the Raad with a request for an extension of the two and a half years laid down in the regulations, but the Raad refused emphatically to grant such extension, and instructed the Government to act strictly in accordance with the regulations. The Volksraad resolutions do not actually bring about any change in the position, for as the Government was instructed to act according to the regulations, the question always remained what the intention of the regulations was. || What was then the effect of the extension granted by the Government? Simply the following: The Government had, namely, the right, under the regulations, as already shown, on non-completion of the factory within two and a half years from October 25, 1893, either to cancel or to leave it untouched. Had it decided to cancel the contract, then

Nr. 12075. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

Nr. 12075. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

notice to the concessionaire was necessary, as cancellation depended on its discretion, and the exercise of this discretion had to be made known to the concessionaire. This notice is also required in terms of Art. 12 of the contract. || Instead, however, of exercising this right of cancellation and giving notice thereof, the Government, in the exercise of the discretion entrusted to it, granted an extension, and to the present day it has never given notice to the concessionaire of its intention to cancel the contract. Through this action of the Government in terms of Art. 15g of the regulations the Raad is also bound, and the right of cancellation has never arisen. Not only has the Government foregone its right of cancellation, but has also granted to the concessionaire the right to erect still more factories (per Executive Council resolution of October 14, 1896), which the concessionaires have done and are still busy doing. There can thus exist no reasonable doubt that the Government is prevented from cancelling the contract, and action from its side can be thrown out on the exception exceptio doli mali. || I have tried to speak on this point without the resolution of the First Raad in re the Jeppe report of February, 1897. That resolution approved of the recommendation of the Commission, namely, that the occurrences at the end of 1895 and the beginning of 1896 could be reasonably taken into consideration when the Company was accused of not having observed its obligations. This resolution is clearly ambiguous, but in many respects it can be considered by the Government as a condonation of the neglect of duty by the Company, taking for granted that the Company did neglect its obligations in respect of the building of the factory. The Volksraad accepted, namely, that the occurrences of the Jameson Inroad formed a sort of vis major, which kept the concessionaire back from the close observance to time of his obligations.

III. Manufacture of Insufficient Quantity of Explosives.—The same argument also holds with regard to the observance of Art. 9 of the regulations. On October 14, 1896, the Executive Council decided practically that the manufacture of 80,000 cases of the dynamite per year would be a sufficient compliance with the needs of the public and the Government, and it gave the concessionaires the right to erect further factories within a further term of two and a half years. The factories necessary for the manufacture of the said 80,000 cases were completed before November 24, 1896. It appears, however, that even on that date 80,000 cases were not sufficient; indeed, the concessionaire obtained further instructions for the erection of more factories, and in the following year he himself notified the Government the factories could not comply with the public demands. Now can it be asserted that Art. 9 of the regulations have not been observed; that the quantity of the manufactured material was not in accordance with the public demand is apparent, and thus that the Government had the right to cancel the contract? || In answer hereto I need only show that also in this respect the Government had a discretion; that it exercised this discretion by passing the resolution of

October 14, 1896, and that the Government, as well as the Raad, is bound thereby. In this case it is especially reasonable to accept that the concessionaire can rely on the estimates furnished by the Government; for who has a more intimate knowledge of the public needs than the Government of the country? Also, it must not be lost sight of that both the Government and concessionaire were astounded by the enormous growth of the public needs for dynamite since the original agreement, and it can thus be well understood why the Government was desirous to deal reasonably with the concessionaire, and to meet him instead of cancelling the contract. || In any case was a demand (the interpellation of the common law) absolutely necessary in order to place the concessionaire in mora before an action could be commenced. The demand was not only necessary according to common law, but also according to express agreement. || Art. 12 of the agreement reads:— || „If the agent, through his own action, fault, or neglect, fails to perform the conditions of this agreement, after being warned in writing to do so, and after a period of compliance of six weeks at the uttermost, the Government shall have the right to cancel this agreement. If the neglect or failure is due to wilfulness, the Government shall have the right of cancellation of this contract without any notice."

Nr. 12075. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

It is now also too late to make this demand or notice. Other factories have since been built with the consent of the Government, and through its acts and its permission the Government is now prevented from cancelling the contract for non-fulfilment of Art. 9 of the regulations in 1896 and 1897.

J. C. Smuts, State Attorney.

Nr. 12076. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Der Staatssekretär an den englischen Agenten in Pretoria. Antwort auf Nr. 12073.

Department of Foreign Affairs,
Government Office, Pretoria, March 9, 1899.

Nr. 12076. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

(Translation.) || Honourable Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 6th February last, in which was enclosed a despatch from Mr. Chamberlain to His Excellency the High Commissioner, dated 13th January, 1899, with reference to the State Monopoly of Explosives in this Republic. || 2. In paragraph 5 of that document, it is stated Her Britannic Majesty's Government is advised that "the creation of a monopoly in favour of the State is not necessarily inconsistent with Article 14 of the London Convention, even when exercised by a Concessionnaire, provided that the concession is intended in good faith to benefit the State generally, and not simply to favour the Concessionnaire" || On considering the question as to whether the Monopoly, as exercised under the existing contract, is for the

Nr. 12076. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

benefit of the State generally, or for the benefit of the Concessionnaire, Her Britannic Majesty's Government arrives at the conclusion that the benefit is on the side of the Concessionnaire, and, consequently, that the said Monopoly is in conflict with the London Convention. || 3. No reason are stated as to how Her Britannic Majesty's Government have arrived at this last conclusion, a conclusion which is not clear to this Government, and which does not agree with the opinions obtained by it. According to these opinions, neither the contract for the manufacture of explosives, nor the manner in which it is carried out, is in conflict with the 14th Article of the London Convention. The spirit and aim of this Article is clearly to the effect that strangers sojourning here will enjoy and be subject to the same trading rights and obligations as Burghers, which is the case under the existing State Monopoly. || 4. As Mr. Chamberlain admits, the Republic has the right to create a State Monopoly for the manufacture of explosives, and to allow it to be carried out by a Concessionnaire. As long, therefore, as the manufacture is a bonâfide manufacture (as in the present instance), the Republic is acting quite within its rights, and has exclusively the right to specify on what conditions that manufacture shall take place. || 5. This Government cannot admit that in this matter the question as to whether the Concession was intended in good faith to benefit the State generally, and not simply to favour the Concessionnaire, is of consequence. But, even should that point be of consequence (which in the opinion of this Government, as stated, is not the case), then this Government could still assert, with right, that only the Republic itself can and must decide what is best for itself, and that in that decision, financial considerations must not alone be consulted, but all circumstances which are or could be of importance to the country. The standard by which the interest of the State in the retention of a Monopoly should be measured, is not so much the greater or less sum of money which the Government derives or may derive direct from the Monopoly, as the benefit and the welfare which the State would miss if the Monopoly did not exist, or were cancelled. The Government of the South African Republic is entitled to have its own views as to what, in connection with the Monopoly, is in the interest of the country.

6. The monopoly in ammunition and explosives in this Republic arose regularly from lawful conditions, of which the Grondwet of 1858 already contains the first regulation, and on which foundation everything has been built in this matter. Other considerations of State interest than simply pecuniary benefit have prevailed with the Volksraad and the Government. || State monopolies exist which bring in large sums of money for the State, but, in the opinion of many, in no way tend "to benefit the State generally"; for instance, the opium monopoly. But, on the other hand, monopolies are conceivable which yield trifling direct pecuniary benefits and yet serve in a high degree the State interests. || The Government does not intend, by the foregoing, to

admit that the existing monopoly is pecuniarily in favour of the concessionaire exclusively. If this were now in question, it could show that the conclusions of Mr. Chamberlain on this point are not correct, and that the pecuniary profits of the State do not compare unfavourably with those of the concessionaire. || 8. It is not clear to this Government in what degree its gift of 5/- per case of dynamite to the mining industry makes the State monopoly less bona fide. Arguing according to the principle laid down in paragraph 5 of the despatch now under reply, it could even be objected that the surrender of 5/- per case is "to benefit the State generally." Even if the Government wished to make a present to the mining industry of all its revenue from the monopoly, no one could make this a matter of reproach to them, or assert that it thereby ceased to be a bona fide State monopoly. || 9. In different paragraphs of the aforesaid despatch under reply, quotations are made from Commission Reports. On this point this Government wishes to remark that Mr. Chamberlain himself does not always acknowledge the correctness of those Reports, and uses the strong expression, "singularly ill-informed" in connection with them. Apart from the question of whether Mr. Chamberlain has always rightly understood those Commission Reports, and of whether those Reports are not sometimes the outcome of incorrect or incomplete information (questions into which the Government does not wish to enter), the Government will confine itself to remarking thereon that it is apparent, from Mr. Chamberlain's letter, that it is dangerous to accept unconditionally the facts mentioned therein. Furthermore, those Reports treat of a state of affairs such as previously existed, and not such as at present exists. And only this last mentioned is of actual interest here.

Nr. 12076. Südafrikan. Republik. 9. März 1899.

The proposed reform of the existing contract would be an encroachment on existing and established rights and thus directly destined to exercise an injurious influence on the good name and the welfare of this Republic. || 10. On the above grounds, this Government is of opinion that Her Britannic Majesty's Government are not entitled to a protest such as now formulated by it.

F. W. Reitz,
State Secretary.

Nr. 12077. GROSSBRITANNIEN. — Der Agent in Pretoria an den Oberkommissär in Kapstadt. Die Dynamitgesellschaft hat einen neuen Vorschlag gemacht.

March 14, 1899.

Telegram. || A fresh proposal from Dynamite Company to Government is announced to-day, namely, to fix price as in former offer at seventy shillings and ninety shillings for dynamite and blasting gelatine, respectively, provided Government does not reclaim his five shillings which they now forego, otherwise price per case will be increased by that amount. The stipulation for a

Nr. 12077. Grofsbritannien. 14. März 1899.

Nr. 12077. Grofsbritannien. 14. März 1899.

fifteen year extension is withdrawn, but should the above be agreed to, it is understood that Government undertake to take over factory at expiration of present contract at a price to be mutually agreed, or failing that, by arbitration. Company retain right to claim preference should Government release or sell factories. Clause respecting importation of explosives by Government is omitted. (Greene.)

Nr. 12078. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Ablehnung des Vorschlags.

March 15, 1899.

Nr. 12078. Grofsbritannien. 15. März 1899.

Telegram. || Debate on amended proposal of Dynamite Company was concluded yesterday, when Raad resolved, by 15 to 13 votes, to reject offer, and referred matter back to the Government with instructions to act in strict accordance with the resolution of Raad of November, 1897. A proposal made by member for Johannesburg for production of the other legal opinions referred to in State Attorney's recent report was defeated. (Greene.)

Nr. 12079. GROSSBRITANNIEN. — Der Kolonialminister an den Oberkommissar in Kapstadt. Die brit. Regierung erkennt die Argumente von Reitz nicht an.

Downing Street, April 21, 1899.

Nr. 12079. Grofsbritannien. 21. Apr. 1899.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your despatch of the 15th ult., transmitting a copy of the reply of the Government of the South African Republic to the representations made in my despatch of the 13th of January, on the subject of the Dynamite Monopoly. || I do not find that that reply in any way meets the arguments contained in my despatch, and I request that you will instruct the British Agent at Pretoria so to inform the Government of the Republic, and to intimate to them that Her Majesty's Government adhere to their protest and reserve their rights in the matter. I have, &c. J. Chamberlain.

Thätigkeit der Untersuchungskommission auf Samoa 1899.*)

Nr. 12080. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an Mr. Eliot. Unterrichtet ihn über die Vorgänge auf Samoa und teilt ihm mit, dafs er zum Mitgliede der von den drei Mächten eingesetzten Untersuchungskommission ernannt ist.

Foreign Office, April 13, 1899.

Nr. 12080. Grofs-britannien. 13. Apr. 1899.

Sir, || The events which have recently occurred in the Samoan Islands have engaged the serious attention of Her Majesty's Government, and have formed the subject of communications with the Governments of Germany and the United States, the Powers who, with Great Britain, were parties to the Final Act on the affairs of Samoa, signed at Berlin on the 14th June, 1889. | Malietoa Laupepa, who had been King of Samoa since 1889, died on the 22nd August last. || He was specially selected for the office by the Plenipotentiaries at Berlin, as explained in the 1st Article of the Final Act, with a view to the prompt restoration of peace and good order in the islands, and in view of the difficulties which would have surrounded an election in the disordered state of the Government which then existed. || As a general principle, however, the Act declared that the three Powers recognized the independence of the Samoan Government, and the free right of the natives to elect their Chief or King, and choose their form of government according to their own laws and customs. Further, by Article 3, section 6, it was provided that in case any question should arise in Samoa, respecting the rightful election of King, or of any other Chief claiming authority over the islands, or respecting the validity of the powers which the King or any Chief might claim in the exercise of his office, such question should not lead to war, but should be presented for decision to the Chief Justice of Samoa, who should decide it in writing, conformably to the provisions of the Act, and to the laws and customs of Samoa not in conflict therewith, and that the Signatory Governments would accept and abide by such decision. || After the death of

*) Blaubuch C. 9506. Vgl. Nr. 11945–47, 12068–70 und Europäischer Geschichtskalender Jhrgg. 1899, Übersicht. Red.

Nr. 12080. Grofs-britannien. 13. Apr. 1899.

Malietoa an exchange of views took place between the Powers, and it was agreed that there should be no interference with the right of the Samoans to elect a King, and that the election should proceed strictly in accordance with the provisions of the Final Act. || Some time elapsed before any action was taken, pending the completion of certain ceremonial usages customary in Samoa on the death of a High Chief. || Meanwhile, the natives from the various islands assembled in the neighbourhood of Apia, the capital. || As soon as the funeral ceremonies were at an end, deliberation and discussion among the Chiefs ensued. There were in the first instance several candidates for the succession. Their number was eventually reduced to two: || 1. Malietoa Tanu, the son of the late King. || 2. The High Chief Mataafa. || This Chief had been in rebellion against Malietoa Laupepa, but had suffered defeat, and with other Chiefs had been deported, by agreement between the three Powers, to the Marshall Islands. On the recommendation of the Consular officers at Apia, the Powers, in July 1898, consented to his return, the condition being his signature of a Protocol in the following terms,—

"I, Mataafa, now held at the Island of Jaluit, do solemnly promise, agree, and declare: That if I am permitted to return to Apia, Samoa, and there remain, I will at all times be and remain loyal to the Government of Samoa as established under the Berlin Final Act as concluded on the 14th June, 1889, and the Government as heretofore existing under King Malietoa Laupepa, and to the successor of the said King Malietoa, when chosen; that I will remain at Mulinuu, the present seat of the Samoan Government and will not depart therefrom without the written consent of the Consuls of the three Treaty Powers; that I will not encourage or participate in any hostile action against the Government, nor will I permit my relatives or adherents to engage in any hostile action against the Government, and that I will to the best of my ability uphold, aid, and support the Government as now established under the Treaty, and that I will use my influence to promote the peace of Samoa, and to strengthen the loyalty of the people towards the Government; and I agree that my return to Samoa and continued residence there shall depend upon my faithful performance of the conditions above named, and the wilful disregard of the conditions above named shall be sufficient cause for my removal from Samoa, or for other punishment."

On the 19th September, Mataafa and the other exiled Chiefs landed in Samoa. It does not appear that he took any overt steps to claim the vacant throne, but a section of the natives pronounced in his favour and announced on the 12th November to the Consuls and to the Chief Justice that he had been duly elected King. || On the 13th November the opposing faction declared that the real election of a King had not taken place, and on the following day announced that their choice had fallen upon Malietoa Tanu. || Both parties appealed to Mr. Chambers, the Chief Justice, who considered himself then in a position to take cognisance of the matter, according to the

provisions of the Final Act, a question having arisen "in Samoa respecting the rightful election or appointment of King." || Communications with the Chiefs on either side occasioned some further delay, and it was not until the 19th December that the investigation was opened. Both candidates were represented by European Counsel, and witnesses on either side were exhaustively examined-in-chief and cross-examined. Oral argument followed, each party being permitted all the time requested by them. || On the last day but one of the trial a copy of the Protocols and Final Act of the Berlin Conference was submitted in evidence for the purpose of proving that Mataafa was excluded from the Kingship as long as the Act was in force and unchanged. || This contention was based on the statement made by Count Bismarck, at the fifth sitting of the Conference, that, while accepting the principle that the Samoans should have the right of freely electing their King, he was bound to make one exception, in the person of Mataafa, on account of the outrages committed by his people, and under his authority, upon dead and wounded German sailors lying on the field of action. || The outrages to which Count Bismarck made allusion occurred in December, 1888, during hostilities between two rival factions in Samoa. A detachment of marines from the Imperial ship "Olga," which had been landed to protect the German plantations, was on that occasion attacked and more than fifty officers and men were killed and wounded. || The decision of the Chief Justice was given on the 31st December. Referring to the veto placed upon Mataafa, in 1889, he stated:—

"Had this question arisen in the first stages of the investigation, and it had been thought wise to make a decision thereon, much time and labour might have been saved, but it would not have been decided at any time before the conclusion of the case as originally outlined for the good reasons— || 1. That the defeated contestant and his followers would have justly felt that they had not been permitted the investigation that they asked for, and which had been promised them by the Chief Justice; and || 2. Because the contest presented the first, possibly the last, and unquestionably the most favourable opportunity for a thorough inquiry and judicial ascertainment of the laws and customs of Samoa relating to the choice of a King. || No question or doubt as to the eligibility of Mataafa to the Kingship of Samoa had been entertained until after the beginning of this investigation, and it was not seriously considered until it formally arose during the last two days of the investigation."

In conclusion, he declared:— || "As the Judicial Officer, nominated by three Signatory Powers, agreed to and commissioned by the Government of Samoa, and thus designated by them all to decide this question and appealed to by contestants, I cannot throw off the obligation to obey the plain and emphatic declaration of the framers of the Treaty when they declare that one exception must be made amongst all the people of Samoa from eligibility

Nr. 12080. Grofs-britannien. 13. Apr. 1899.

to the Kingship. It is plainly stated by one of the Powers represented in the Conference, as a condition precedent to its consent to the principle of the election of a King, that there must be one exception. That exception is mentioned in the person of Mataafa. Reasons were given for making the exception which not only commended themselves to the other Plenipotentiaries and commanded their assent, but appealed to the highest instincts of universal humanity. || As long as this condition remains in the Protocol, and until it is stricken out or altered by the same Powers that placed it there, a Judicial Officer, whose right to exercise the functions of his office depends upon the same Treaty and Protocols, cannot give any interpretation to Article I than that so manifestly and mandatorily stated in the Protocols of the fifth session of the Conference. || It is therefore decided that Mataafa, because of his ineligibility, has not been rightfully elected or appointed King of Samoa conformably to the provisions of the Berlin Treaty; it is therefore unnecessary to discuss at this time whether there has been a compliance with the laws and customs of Samoa not in conflict therewith in connection with his alleged election. || It is furthermore decided that Malietoa Tanumafili, being the only candidate for the Kingship eligible thereto, whose election has been reported to the Chief Justice, and who is the contestant and claimant in this proceeding for the office, is elected King of Samoa, and this decision is made in writing conformably to the provisions of the Berlin Act, and to the laws and customs of Samoa not in conflict therewith."

The adherents of Mataafa refused to accept the decision of the Chief Justice, and a serious conflict, involving loss of life, occurred. The followers of Malietoa Tanu were defeated, a large number sought the protection of Her Majesty's ship "Porpoise" which together with the Imperial German vessel of war "Falke" was, and has been for some time previously, lying in the harbour of Apia. Malietoa Tanu himself, Tamasese his principal supporter, and Mr. Chambers, the Chief Justice, were granted asylum on board Her Majesty's ship. || Much destruction and pillage of native property is reported to have taken place and some damage to the property of Europeans also occurred. Repeated conferences were held between the Consuls of the three Powers, the Naval Commanders, the Chief Justice, and the President of the Municipal Council of Apia. || On the 4th January it was decided to establish a Provisional Government, and the following Proclamation was issued:—

"Owing to the events of the last days, and to the urgent necessity to establish a strong Provisional Government of Samoa, we, the undersigned Consular Representatives of the three Treaty Powers, declare as follows — || 1. The Mataafa party, represented by the High Chief Mataafa and the following thirteen Chiefs: Lemana, Morfaano, Lanaki, Toelupe, Molioo, Fue, Laufa, Antagavaia, Asiata, Leiatana, Tufuga, Leiato, and Suatele, who lately acted on behalf of said party, and who are now in de facto possession of the Samoan Government, are recognized to be the Provisional Government of

Samoa pending instructions from the three Treaty Powers. || 2. The President to be the Executive Head Officer of the said Provisional Government. || 3. Nothing in this Proclamation shall be taken as modifying or abrogating the rights and privileges of the three Treaty Powers in Samoa either individually or collectively, or of their Consular Representatives as now existing.

Nr. 12080. Grofsbritannien. 13. Apr. 1899.

Given at Apia, this 4th day of January, 1899.

(Signed) Rose, Imperial German Consul-General.
L. W. Osborn, United States' Consul-General.
Ernest G. B. Maxse, Her Britannic Majesty's Consul."

Owing to the grave position of affairs Her Majesty's ship "Royalist" was ordered to proceed to Apia, and on the 6th March the United States' ship "Philadelphia," carrying the flag of Admiral Kautz, arrived there. || Further disturbances have unfortunately occurred. The intelligence having only been received by telegraph from Her Majesty's Consul full details are wanting, but the serious character of the outbreak is evident from the fact that Apia was bombarded by the „Philadelphia," Her Majesty's steam-ship „Porpoise" and „Royalist" joining, that parties landed from those vessels came into collision with the natives, and that three British sailors and one American lost their lives. || It has thus become evident that, from whatever cause, the local officials have for the time become incapable of restraining the native population, that the institutions founded on the Berlin Act are threatened, and that the interests of the European residents, no less than those of the natives, are imperilled. || The difficulty of arriving at any definite solution is greatly enhanced by the conflicting evidence which such events not unusually elicit, and by the fact that in consequence of the absence of direct telegraphic communication with Samoa it is impossible to make timely provision for the various contingencies as they arise. Her Majesty's Government and the Governments of Germany and the United States, considering it imperative to adopt prompt measures to remedy the disorder which prevails and to prevent, if possible, any recurrence of conflict, have therefore determined to send Commissioners at once to Samoa for that purpose; and I have to inform you that, with the Queen's approval, you have been selected to be British Commissioner and I inclose Her Majesty's commission appointing you in that capacity. || I inclose to you a copy of a Memorandum which has been accepted by the three Powers and which will sufficiently indicate to you the nature of the duties you will have to perform, and the extent of the authority under which you will act. || Her Majesty's Consul at Apia will be informed of the decision taken by the Powers, and will be instructed during your Mission to consider himself subordinate to you. Salisbury.

Anlage.

In view of the troubles which have recently taken place in Samoa, and for the purpose of restoring tranquillity and order therein, the Three Powers,

Nr. 12080. Grofsbritannien. 13. Apr. 1899.

parties to the Conference of Berlin, have appointed a Commission to undertake the provisional Government of the islands. || For this purpose they shall exercise supreme authority in the islands. Every other person or persons exercising authority therein, whether acting under the Final Act of Berlin or otherwise, shall obey their orders; and the Three Powers will instruct their Consular and Naval Officers to render similar obedience. No action taken by the Commissioners in pursuance of the above authority shall be valid unless it is assented to by all three Commissioners. || It will fall within the attributions of the Commissioners to consider the provisions which they may think necessary for the future Government of the islands, or for the modification of the Final Act of Berlin, and to report to their Governments the conclusions to which they may come.

Nr. 12081. VERTRAGSSTAATEN. — Die Kommission an den englischen Minister des Auswärtigen. Bericht über ihre Thätigkeit.

Apia, Samoa, July 18, 1899. (Received August 19.)

Nr. 12081. Vertragsstaaten. 18. Juli 1899.

My Lord. || We have the honour to submit herewith to the consideration of our three Governments the inclosed draft of a modified and amended version of the Act of Berlin. || In preparing these modifications and amendments our method has been to consider, first, what are the evils which have caused the recent troubles in Samoa, and the generally unsatisfactory condition of the islands; and, secondly, what are the measures most likely to remove or minimize those evils. || The chief evils may be, in our opinion, grouped under four heads: — || 1. Those which appear to inevitably attend the election of a King in Samoa, and his subsequent efforts to exert his authority. || 2. Those which are due to the rivalry of the foreign nationalities between themselves, and to their disposition to take sides in the native politics and thus increase the importance and bitterness of the disputes which arise. || 3. A third class of evils have their origin in the fact that for many years there has been no law or Government in Samoa other than native custom outside the limits of the Municipality. Murder and other serious crimes have remained unpunished when committed by persons of rank, and the Supreme Court and the nominal Government at Mulinuu have been equally powerless to exert any controlling force. || 4. The insufficient enforcement of the Customs Regulations has allowed unscrupulous traders to distribute large numbers of arms among a native population rent by political factions and ready to fight both one another and Europeans.

To meet the first of these evils we have temporarily abolished the Kingship, and recommend that it be permanently abolished. The action which we have taken in the matter does not appear to have aroused any hostile

feeling among the natives. || No doubt many great Chiefs regret that they will no longer have an opportunity of gratifying their ambitions and indulging that passion for rank and ceremony which is innate in the breast of every Samoan. || But even the Chiefs have acquiesced in the change; some of the most important have stated that they think it is for the good of Samoa, and we believe that the mass of the population, unless worked upon by extraneous influences (which is unhappily not impossible), will assent to the abolition without a murmur and without regret. || Every white man—German, English, and American alike—who has given evidence before the Commission (with the exception of one or two lawyers who had private interests in the case) has recommended the Commission to do away with the Kingship, and we may also refer to the opinion of Sir E. Malet, recorded in the Protocols of the Conference of Berlin, and of Mr. Bates in his Report on Samoa. || It seems impossible to say of the office any good whatever. It is comparatively modern as an institution. It served no useful purpose. || In recent years at any rate the King had no authority or practical power to even collect taxes beyond the limits of the Municipality, and within those limits his authority was superfluous. The greater part of the population was for all intents and purposes in permanent rebellion against him, and the mere fact that orders were issued through him was liable to provoke disobedience in many districts. || Further, it seems impossible to devise any plan by which an undisputed or even peaceful succession can be secured. The Kingship depends on the grant of certain titles by certain districts. They are in the gift not of the whole population but of small bodies of electors who owe their position to their rank. Even among these electors the principle that the majority of the vote bestows the title is not accepted and the gist of all the "laws and customs of Samoa" is that there is nothing to prevent two candidates from being duly elected King at the same time. || Formerly the claims of such rivals were decided by force of arms, but the framers of the Act of Berlin, who evidently thoroughly understood Samoan custom and practice in this matter, laid down that "questions respecting the rightful appointment of King shall not lead to war, but shall be presented for decision to the Chief Justice of Samoa." Recent experience has unhappily proved that an attempt to settle the question this way also leads to war, and we are therefore strongly of opinion that the only chance of preventing such dissensions in the future is to abolish the offices which provokes them. || In the place of the Kingship, we propose to create a system of native Government analogous to that which works successfully in Fiji. The islands will be divided into certain administrative districts (corresponding as near as possible with those recognized by Samoan usage), for each of which a Chief will be responsible, and these Chiefs will meet annually at Apia in a Native Council to discuss such matters as interest them, and make recommendations to the Administrator and Council. || Native Courts will be allowed to punish minor crimes according to native law and customs,

Nr. 12081. Vertragsstaaten. 18. Juli 1899.

and every provision has been made to secure to the Samoan population complete independence and self-government. We fear, however, that the same causes which produced rival Kings will long continue to produce rival Chiefs, who will claim the post of Provincial Governor, and create continual dissension. || To guard against this danger, we have made a provision in Article 3 which empowers the Administrator to himself appoint the Provisional Governor in case any dispute should occur. || Perhaps the evils which it is least easy to cure are the second class—those which arise from the rivalry and mutual hostility of the different nationalities. || This hostility permeates all departments of life. The traders on one side combine against those on the other. The Municipal Council is divided into two parties, each determined to support its own programme, and defeat that of the other.

Proposed reforms and measures are judged not on their merits, but by party considerations, and officials, however impartial they may wish to be, are considered to belong to one side or the other according to their nationality, and inevitably and by becoming more or less partisans. || From the very commencement of the late contest for the Kingship, it was no mere native quarrel between Mataafa and Tanu. On the one side were ranged one foreign nationality and its officials, and on the other side two other nationalities with their officials, and the contest was prolonged, and not allowed to reach its natural termination. || We do not think it will ever be possible to do away with this state of things under a tripartite Administration, and we take this opportunity of recording our opinion that the only natural and normal form of government for these islands, and the only system which can assure permanent prosperity and tranquillity, is a Government by one Power. We regard it, however, as beyond our province to make any but a general statement on such a subject, and we have endeavoured to amend existing arrangements in such a manner that they may prove, if not entirely satisfactory, at least workable. || We propose to introduce an element of unity and centralization into the Government by the appointment of an Administrator, who will doubtless be chosen from some disinterested Power. He will be assisted by a Council of Delegates from the three Governments, who might exercise such Consular functions as are necessary in Samoa. We propose to give this Administrator a large measure of authority, which, if exercised by a just and capable man, should enable him to put an end to many disputes. || We propose that the Administrator and the three Delegates should form a Legislative Council, and we have introduced into the Act several clauses giving them power to modify existing Laws and Ordinances. || We are of opinion that the original Act of Berlin was drafted and has been construed in too rigid a manner, and that greater elasticity in its provisions would have a beneficial effect. || We have, therefore, empowered the Council to make such alterations as it may think fit in the boundaries of districts, the details of native Government, and other matters enumerated in the proposed Amended Act. ||

Thirdly, we hope to create a greater harmony among the white residents by abolishing Consular jurisdiction. We believe that in other parts of the world such jurisdiction prevails only where the laws of a country are for religious or other reasons not suitable for application to foreigners. But the Chief Justice of Samoa is an American or European, and administers American or European law. It would appear, therefore, that there is no reason why he should not take cognizance of all suits brought against foreigners, nor why foreigners should enjoy privileges of extra-territoriality except that of not being amenable to the jurisdiction of Native Courts, which will deal only with such matters as are decided according to native custom. Hitherto, Consular jurisdiction has been a powerful means of embittering international strife in Apia. Each nationality has had its own law, and the Consul who administered that law was popularly regarded, not as an impartial Judge, but as the protector of his own nationality. || We believe that by abolishing this outward sign of separate national institutions and by submitting all nationalities to one Court and one law, a great advance will be made in the direction of removing petty rivalries and jealousies and restoring good relations between the various white colonies. || The third class of evils arises from the lawlessness now prevailing in Samoa outside the Municipality. For many years there has been no law in these districts, and native institutions permitted Chiefs to commit crimes with impunity. Murder, theft, and other offences were left unpunished, and trade suffered owing to the difficulty of affording planters adequate legal protection in their dealings with the aborigines. We hope to improve this state of things by giving the Chief Justice an enlarged jurisdiction over all the islands, so as to include all cases between natives and foreigners as well as the higher grade of crimes committed by natives against each other. || To lighten the work of the Supreme Court we have made the Municipal Magistrate a Court of First Instance within the limits of the Municipality. || Fourthly, we have felt it our duty to deal somewhat severely with the importation of arms and ammunition into Samoa. The prohibition existing in the Treaty has become a dead letter; the management of the customs has been exceedingly lax, having been largely in the hands of merchants who naturally found it convenient to have easy Regulations. || Private commercial houses have been allowed to discharge goods direct into their own receiving sheds without any examination, and, though we make no specific accusations, it is clear that there can have been no difficulty in introducing large quantities of arms, and that arms were so introduced. || We therefore feel it essential that the Customs Regulations should be stringently enforced under the supervision of the Administrator, and that adequate customs accommodation with an adequate staff shall be provided with as little delay as possible. || The amendments to the Treaty of Berlin, which are herewith submitted for the consideration of the Great Powers, have been determined upon after consultation with all the leading white inhabitants of Apia and after conferences with all the

Nr. 12081. Vertragsstaaten, 18. Juli 1899.

leading Chiefs on the islands. || The Commission visited every district of the islands in person, and held meetings of the natives, brought about reconciliations between the Tanu and Mataafa factions, and learned the views of the people in regard to the forms of native government most acceptable and best adapted to their requirements. || The Commission, thereafter, on the 14th July, 1899, so soon as it had formulated its views and determined upon the amendments necessary and proper to be made, called a meeting of all the leading and common Chiefs of both the Malietoa and Mataafa factions at Apia, at which meeting about 450 Chiefs of all rank were present, and the Commissioners there explained the general propositions contained in the proposed amendments, and the same were then and there agreed to and unanimously adopted, and thirteen Chiefs from either side were selected to ratify and adopt such proposed amendments by affixing their names thereto, and their names will be found appended to the copy of the Amended General Act which is herewith submitted.

We have, &c.

(Signed) C. N. E. Eliot.
Bartlett Tripp.
H. Sternburg.

Nr. 12082. VERTRAGSSTAATEN. — Vorschlag der Kommission zur Abänderung der Samoaakte.

Juli 1899.

Article I.

Nr. 12082. Vertragsstaaten. Juli 1899.

A Declaration respecting the Neutrality of the Island of Samoa, and assuring to the respective Citizens and Subjects of the Signatory Powers equality of Rights in said Islands, and providing for the immediate restoration of Peace and Good Order therein.

It is declared that the islands of Samoa are neutral territory, in which the citizens and subjects of the three Signatory Powers have equal rights of residence, trade, and personal protection. None of the Powers shall exercise any separate control over the islands or the Government thereof. || It is further declared with the view of the permanent restoration of peace and good order in the said islands, and in view of the difficulties which have always attended the selection of a King and the maintenance of his authority against the frequent rebellions incited by the rival Chiefs, that the office and title of King is, and for ever shall be, abolished in Samoa, and that the authority of Chiefs therein shall hereafter be limited to the district in which it may be recognized as hereinafter provided.

Article II.

A Declaration respecting the Modification of existing Treaties.

Considering that the following provisions of this General Act cannot be fully effective without a modification of certain provisions of the Treaties

heretofore existing between the three Powers respectively, and the Government of Samoa, it is mutually declared that in every case where the provisions of this Act shall be inconsistent with any provisions of such Treaty or Treaties, the provisions of this Act shall prevail.

Article III.

A Declaration as to Executive Powers.

The executive powers shall be vested in an Administrator of Samoa, who shall be appointed by the three Signatory Powers in common accord, or, failing their agreement, by the King of Sweden and Norway. || He shall receive an annual salary of 6,000 dollars in gold, or its equivalent, to be paid out of the revenues of the Samoan Government. Any deficiency therein shall be made good by the three Powers in equal shares. || The Administrator shall execute all laws in force in the islands of Samoa. He shall have power to grant reprieves and pardons for offences against the Government of Samoa. He shall have power, by and with the consent and advice of the Executive Council, to appoint all officers whose appointment is not herein otherwise provided for. He shall have power to fill all vacancies in office temporarily and until appointments to such offices shall have been regularly made, and to designate persons to act in place of officers temporarily absent from Samoa. ||

It shall be the duty of the Administrator, by and with the consent of the Executive Council, to divide the islands of Samoa, outside of the Municipal District of Apia, into a suitable number of districts, which may from time to time be increased or decreased in size and number, as deemed advisable, and in each district to appoint a Governor, who shall be charged with the collection of all taxes and with the maintenance of peace and good order within the district. || The Governors shall hold their office for a term of three years; they may be reappointed at the expiration of the term, and they may at any time be removed by the Administrator for misbehaviour. They shall be appointed on the nomination of the natives of their districts; but should the natives fail to agree upon a nomination, the Administrator shall appoint such Chief of the district as he thinks fit. || The Local Government of such districts shall be left, so far as may be, to be administered by the natives themselves, in accordance with the laws and customs of Samoa.

Article IV.

A Declaration as to Legislative Powers.

1. The legislative power shall be vested in the Administrator and Legislative Council. The Council shall consist of three members, one of whom shall be appointed by the United States, one by the Empire of Germany, and one by the United Kingdom of Great Britain and Ireland. || The Administrator

Nr. 12082. Vertragsstaaten. Juli 1899.

and Council shall constitute a legislative body, of which the Administrator shall be the President. || He shall have a voice in considering and a vote in determining all questions that may come before it. || Three of the four members composing the Legislative Body shall constitute a quorum for the transaction of business: Provided, however, that no law shall be enacted, and that no rule or regulation having the force of law shall be made without the concurrence of at least three members in open Session. || The legislative power of the Administrator and Council shall extend to all rightful subjects of legislation, and in particular they shall have power to levy and collect such taxes, duties, imposts, and excises as may be necessary for the public revenues, and for this purpose they shall have power to change and modify the taxes, duties, imposts and excises provided for in this Act. || They shall have power to establish post-offices, post roads, and a uniform postal system. They shall have power to establish Municipal and District Governments, and to limit and define their powers. || But the three Great Powers reserve to themselves at all times the right and power to modify or annul any legislative act of the Samoan Government. || 2. The members of the Legislative Council shall also constitute an Executive Council, which shall from time to time counsel and advise the Administrator in his executive capacity, as may be required. || The members of the Legislative and Executive Councils shall also, when designated by the Administrator, act in the capacity of Assessor and Collector of Customs and Revenues, Treasurer, Attorney-General, and such other executive officers of the Government as may be provided for. || They may also, if required, act in the capacity of Consuls or Consular Agents of their respective Governments. || 3. There shall be a Native Assembly, composed of the Governors of the different districts of the islands. The members of the Native Assembly shall hold their office for three years, but the Administrator shall have power to dismiss any of them for misbehaviour. The Native Assembly shall meet annually at Mulinuu at such time as may be designated by the Administrator, but such Session shall not continue for a longer time than thirty days in any one year, except for reasons approved by the Administrator. The Native Assembly shall be presided over by the Chief Justice or some other white official designated by the Administrator, but the President so designated shall not have a vote, and his functions shall be merely to control and direct the proceedings of the Assembly with a view to the dispatch of business. The Native Assembly shall be empowered to deal with all questions concerning district government, including Native Courts, and with all matters which affect natives only. Its Resolutions and recommendations shall be referred to the Administrator and Legislative Council, who shall approve, disapprove, or return them, with such modifications as they may deem proper: Provided always that no Resolution or other action of the Native Assembly shall have any binding force or effect until the same shall have been approved by the Administrator and Legislative Council.

Article V.

A Declaration respecting the Establishment of a Supreme Court of Justice for Samoa, and defining its Jurisdiction.

Section 1. A Supreme Court shall be established in Samoa, to consist of one Judge, who shall be styled Chief Justice of Samoa, and who shall appoint a clerk and all necessary officers of the Court; and record shall be kept of all orders and decisions made by the Court, or by the Chief Justice in the discharge of any duties imposed on him under this Act. The clerk and other officers shall be allowed reasonable fees to be regulated by order of the Court. || Sec. 2. With a view to secure judicial independence and the equal consideration of the rights of all parties, irrespective of nationality, it is agreed that the Chief Justice shall be appointed by the three Signatory Powers in common accord, or, failing their agreement, he may be appointed by the King of Sweden and Norway. He shall be learned in law and equity, of mature years, and of good repute for his sense of honour, impartiality, and justice.

His decision upon questions within his jurisdiction shall be final. The three Powers, however, reserve to themselves the right to modify or annul decisions of the Supreme Court involving any question of a political or administrative character or principle of international law. He shall receive an annual salary of 5,000 dollars in gold, or its equivalent, to be paid out of the revenues of the Samoan Government. Any deficiency therein shall be made good by the three Signatory Powers in equal shares. || The powers of the Chief Justice, in case of a vacancy of that office from any cause and during any temporary absence of the Chief Justice from the islands of Samoa, shall be exercised by such person as may be designated by the Administrator. || Sec. 3. In case any of the four Governments shall at any time have cause of complaint against the Chief Justice for any misconduct in office, such complaint shall be presented to the authority which nominated him, and, if in the judgment of such authority there is sufficient cause for his removal, he shall be removed. If the majority of the three Treaty Powers so request, he shall be removed. In case of removal, or in case the office shall become otherwise vacant, his successor shall be appointed as hereinbefore provided. || Sec. 4. The Chief Justice is authorized at his own discretion, and upon the written request of either party litigant, to appoint Assessors or jurors not exceeding three in number nor of the nationality of either party to hear and determine any issue of fact arising in the case. || Sec. 5. In case any difference shall arise between either or any of the Treaty Powers and Samoa which they shall fail to adjust by mutual accord, such difference shall not be held cause for war, but shall be referred for adjustment on the principles of justice and equity to the Chief Justice of Samoa, who shall make his decision thereon in writing. || Sec. 6. The Chief Justice may recommend to the Go-

Nr. 12082. Vertragsstaaten. Juli 1899.

vernment of Samoa the passage of any Law which he shall consider just and expedient for the prevention and punishment of crime, and for the promotion of good order in Samoa and the welfare of the same. || Sec. 7. The Supreme Court shall have original and final jurisdiction of— || 1. All questions arising under the provisions of this Amended General Act. || 2. All civil suits concerning real property situated in Samoa, and all rights affecting the same. || 3. All civil suits of any kind between natives and foreigners or between foreigners, irrespective of their nationality. || 4. All crimes and offences committed by natives against foreigners, by foreigners against natives, or by foreigners against each other, irrespective of nationality, except violations of Municipal Ordinances and Regulations of which the Municipal Magistrate is given jurisdiction. || 5. Of all felonies committed by natives against each other. || Sec. 8. The Supreme Court shall have appellate jurisdiction over all Municipal Magistrates and Municipal Courts in civil cases where the amount of the judgment rendered exceeds 10 dollars, and in criminal cases where the fine exceeds 20 dollars or the imprisonment ten days. || Sec. 9. The practice and procedure of common law, equity, and Admiralty, as administered in the Courts of England, may be, so far as applicable, the practice and procedure of this Court; but the Court may modify such practice and procedure from time to time as shall be required by local circumstances. Until otherwise provided by law, the Court shall have authority to impose, according to the crime, the punishment established therefore by the laws of the United States, of England, or of Germany, as the Chief Justice shall decide most appropriate; or, in the case of native Samoans and other natives of the South Sea Islands, according to the laws and customs of Samoa. || Sec. 10. Nothing in this Article shall be so construed as to affect existing Consular jurisdiction over all questions arising between masters and seamen of their respective national vessels; nor shall the Court take any ex post facto or retroactive jurisdiction over crimes or offences committed prior to the organization of the Court. The Supreme Court shall have power to issue writs of injunction, attachment, mandamus, and other remedial writs known to the Common Law. The writ of habeas corpus shall not be suspended except in time of actual war. || Sec. 11. The Legislative Council shall have power to create and provide such other and inferior Courts and judicial Tribunals in Samoa, as from time to time may be found necessary and proper, provided that the jurisdiction of the Courts and judicial Tribunals so created shall not extend to civil cases involving an amount or property exceeding in value 50 dollars, nor to criminal cases where the penalty exceeds a fine of 200 dollars or imprisonment for a longer term than 180 days. || Sec. 12. The Chief Justice shall hold the terms of the Supreme Court in Apia, and at such other places in the islands of Samoa as in his discretion may be necessary and proper.

Article VI.

A Declaration respecting Titles to Land in Samoa, and restraining the Disposition thereof by Natives; and providing for the Registration of valid Titles.

Section 1. In order that the native Samoans may keep their lands for cultivation by themselves and by their children after them, it is declared that all future alienation of lands in the islands of Samoa to the citizens or subjects of any foreign country, whether by sale, mortgage, or otherwise, shall be prohibited, subject to the following exceptions:— || (*a.*) Town lots and lands within the limits of the Municipal Districts as defined in this Act, may be sold or leased by the owner for a just consideration when approved in writing by the Chief Justice of Samoa. || (*b.*) Agricultural lands in the islands may be leased for a just consideration and with carefully defined boundaries for a term not exceeding fifty years, when such lease is approved in writing by the Chief Executive authority of Samoa and by the Chief Justice. But care should be taken that the agricultural lands and natural fruit lands of Samoans shall not be unduly diminished. || Sec. 2. The Court shall make provision for a complete registry of all valid titles to land in the islands of Samoa, which are or may be owned by foreigners or natives. || Sec. 3. All lands acquired before the 28th day of August, 1879 — being the date of the Anglo-Samoan Treaty — shall be held as validly acquired — but without prejudice to rights of third parties — if purchased from Samoans in good faith, for a valuable consideration in a regular and customary manner. Any dispute as to the fact or regularity of such sale shall be examined and determined by the Court.

Article VII.

A Declaration respecting the Municipal District of Apia, providing a Local Administration therefore, and defining the Jurisdiction of the Municipal Magistrate.

Section 1. The Municipal District of Apia is defined as follows: beginning at Vailoa, the boundary passes thence westward along the coast to the mouth of the River Fuluasa, thence following the course of the river upwards to a point at which the Alafuala road crosses said river, thence following the line of said road to the point where it reaches the River Vaisinago, and thence in a straight line to the point of beginning at Vailoa, embracing also the waters of the harbour of Apia. Provided, that the Administrator and Council shall have power to interpret, limit, and define the boundary of the municipal district of Apia. || Sec. 2. Within the aforesaid district shall be established a Municipal Council consisting of six members and a Mayor, who shall preside at all meetings of the Council, and who shall, in case of unequal division, have a casting vote. The Mayor shall be appointed by the Municipal Council with the approval of the Administrator. || In case the Municipal Council shall be unable to come to an agreement they shall submit to the Administrator the names of the candidates whom they recommend for the

Nr. 12082. Vertragsstaaten. Juli 1899.

office of Mayor, and the Administrator shall choose the Mayor from among them. || The Mayor and Councillors shall be residents of the said district, and owners or real estate, or conductors of a profession or business in said district which is subject to a rate of tax not less in amount than 5 dollars per annum. || For the purpose of the election of members of the Council the said district shall be divided into three electoral districts, from each of which an equal number of Councillors shall be elected by the taxpayers thereof qualified as aforesaid, and the members elected from each electoral district shall have resided therein for at least six months prior to their election. It shall be the duty of the Administrator to make the said division into electoral districts as soon as practicable. || Subsequent changes in the number of Councillors or the number and location of electoral districts may be provided for by Municipal Ordinance, subject to reference to the Administrator as hereinafter provided. || The Mayor shall hold his office for one year, and until his successor shall be elected and qualified. || The Councillors shall hold their office for a term of two years, and until their successors shall be elected and qualified. || In the absence of the Mayor the Council may elect a Chairman pro tempore. || Consular officers shall not be eligible as Councillors or Mayor, nor shall Councillors or Mayor exercise any Consular functions during their term of office. || Each member of the Municipal Council, including the Mayor, shall, before entering upon his functions, make and subscribe before the Chief Justice an oath or affirmation that he will well and faithfully perform the duties of his office. || Sec. 3. The Municipal Council shall have jurisdiction over the Municipal district of Apia, so far as necessary to enforce therein the provisions of this Act which are applicable to the said district, including the nomination of a Municipal Magistrate, who shall be appointed in the same manner as the Mayor. The Council shall also have power to appoint all necessary subordinate officers of justice and of administration in the said district, and to provide for the security of person and property therein; and to assess such municipal rates and taxes as they may agree upon, and to provide proper fines and penalties for the violation of the Laws and Ordinances which shall be in force in said district, and not in conflict with this Act, including Sanitary and Police Regulations. || They shall establish pilot charges, port dues, Quarantine and other Regulations of the port of Apia. They shall also fix the salary of the Municipal Magistrate, and establish the fees and charges allowed to other municipal officers of the district. || All Ordinances, Resolutions, and Regulations shall be referred by the Municipal Council to the Administrator, who shall express his consent or disapproval, or suggest amendments. Provided always that no Ordinances, Resolutions, and Regulations passed by this Council shall become law before receiving the approval of the Administrator. || Sec. 4. The Municipal Magistrate shall have exclusive jurisdiction in the first instance over all persons,, irrespective of nationality, in case of infraction of any Laws, Ordinance, or Regulation passed

by the Municipal Council, in accordance with the provisions of this Act, and of all misdemeanors committed within the Municipal District of Apia, provided that the penalty does not exceed a fine of 200 dollars, or imprisonment for a longer term than 180 days with or without hard labour. The Municipal Magistrate shall also have jurisdiction within the Municipality of Apia in all civil suits not affecting the right of real property between natives and foreigners, or between foreigners irrespective of nationality where the value of the property or the amount involved does not exceed the sum of 50 dollars. || Sec. 5. The Mayor shall superintend the Harbour and Quarantine Regulations, and shall be in charge of the administration of the Laws and Ordinances applicable to the Municipal District of Apia. || Sec. 6. The Administrator and Council shall fix an annual sum to be paid out of the revenues of the island to the Municipal Council for the expenses of the Municipal Government and the execution of public works.

Article VIII.

A Declaration respecting Taxation and Revenue in Samoa.

Section I. Until further provided by law, the port of Apia shall be the port of entry for all dutiable goods arriving in the Samoan Islands; and all foreign goods, wares, and merchandize landed on the islands shall be there entered for examination; but coal and naval stores which either Government has by Treaty reserved the right to land at any harbour stipulated for that purpose are not dutiable when imported as authorized by such Treaty, and may be there landed as stipulated without such entry or examination. || Sec. 2. To enable the Samoan Government to obtain the necessary revenue for the maintenance of government and good order in the islands, the following duties, taxes, and charges may be levied and collected: —

		Dol. c.
A. Import Duties.		
1. On ale and porter and beer	Per doz. qts.	0 50
2. On spirits	Per gallon	2 50
3. On wine, except sparkling	„	1 00
4. On sparkling wines	„	1 50
5. On tobacco	Per lb.	0 50
6. On cigars	„	1 00
7. On sporting arms	Each	4 00
8. On gunpowder	Per lb.	0 25
9. Statistical duty on all merchandize and goods imported, except as aforesaid	*Ad valorem*	2 per cent.
B. Export Duties.		
On copra	*Ad valorem*	2½ per cent.
On coffee	„	2 „
On cotton	„	1½ „
C. Taxes to be annually levied.		
1. Capitation tax on Samoans and other Pacific Islanders over the age of 18 and under the age of 45 years, not included under Nr. 2	Per head	2 00

		Dol. c.
2. Capitation tax on coloured plantation labourers, other than Samoans	Per head	2 00
3. On boats, trading and others (excluding native canoes and native boats carrying only the owner's property)	Each	4 00
4. On fire-arms	„	2 00
5. On dwelling-houses (not including the dwelling-houses of Samoan natives) and on land and houses used for commercial purposes	*Ad valorem*	1 per cent.
6. Special taxes on traders as follows –		
Class I—		
On stores of which the monthly sales are 2000 dollars or more	Each store	100 00
Class II—		
Below 2000 dollars and not less than 1000 dollars	„	48 00
Class III—		
Below 1000 dollars and not less than 500 dollars	„	36 00
Class IV—		
Below 500 dollars and not less than 250 dollars	„	24 00
Class V—		
Below 250 dollars	„	12 00
D. Occasional Taxes.		
1. On trading vessels not exceeding 100 tons burden calling at Apia	Each call	10 00
2. Upon deeds of real estate, to be paid before registration thereof can be made, and without payment of which title shall not be held valid, upon the value of the consideration paid	. . . .	$^1/_2$ per cent.
3. Upon other written transfers of property, upon the selling price	. . . .	1 „
Evidence of the payment of the last two taxes may be shown by lawful stamps affixed to the title paper, or otherwise by the written receipt of the proper tax collector.		
4. Unlicensed butchers in Apia shall pay upon their sales	. . . .	1 „
E. Licence Taxes.		
No person shall engage as proprietor or manager in any of the following professions or occupations except after having obtained a licence therefor, and for such licence the following tax shall be paid in advance:—		
Tavern-keeper	Per month	10 00
Attorney, barrister, or solicitor	Per annum	60 00
Doctor of medicine or dentistry	„	30 00
Auctioneer or commission agent	„	40 00
Baker	„	12 00
Banks or companies for banking	„	60 00
Barber	„	6 00
Blacksmith	„	5 00
Boat builder	„	6 00
Butcher	„	12 00
Cargo-boat or lighter	„	6 00
Carpenter	„	6 00
Photographer or artist	„	12 00
Engineer	„	12 00
„ assistants	„	6 00
„ apprentices	„	3 00
Hawker	„	1 00
Pilot	„	24 00
Printing press	„	12 00
Sail-maker	„	6 00

		Dol. c.
Ship-builder	Per annum	6 00
Shoemaker	„	6 00
Land surveyor	„	6 00
Tailor	„	6 00
Waterman	„	6 00
Salesmen, bookkeepers, clerks, paid not less than 75 dollars a-month	„	3 00
Same, when paid over 75 dollars a-month	„	6 00
White labourers and domestics, per head	„	5 00
Factory hands and independent workmen	„	5 00

Sec. 3. It is understood that "dollars" and "cents," terms of money used in this Act, describe the standard money of the United States of America, or its equivalent in other currencies.

Article IX.

A Declaration respecting Arms and Ammunition and Intoxicating Liquors, restraining their Sale and Use.

Section 1. The importation into the Islands of Samoa of arms and ammunition by the natives of Samoa, or by the citizens and subjects of any foreign country, is prohibited, except in the following cases:— || (*a*) Guns and ammunition for sporting purposes, for which written licence shall have been previously obtained from the Administrator. || (*b.*) Small arms and ammunition carried by travellers as personal appendage. || The supply of arms and ammunition by any foreigner to any native Samoan subject or other Pacific islander resident in Samoa is prohibited. || The penalty for so supplying arms shall be a fine not exceeding 2,500 dollars, or a term of imprisonment not exceeding two years, or both, in the discretion of the Court, and the arms shall be confiscated. Half the fine shall go to the informer. || Any native found in the possession of arms or ammunition other than such as are used for sporting purposes shall be liable to a fine not exceeding 200 dollars, and a term of imprisonment not exceeding six months, or both in the discretion of the Court, and the arms shall be confiscated. Half the fine shall go to the informer. || The Samoan Government retains the right to import free of duty suitable arms and ammunition to protect itself and maintain order. || All arms without exception coming into Samoa shall be entered at the Customs and marked there with a stamp, and the possession by any Samoan or foreigner of any arms not to stamped shall be primâ facie evidence that such arms were imported in violation of law. || The three Governments reserve to themselves the future consideration of the further restrictions which it may be necessary to impose upon the importation and use of arms in Samoa. || Sec. 2. No spirituous, vinous, or fermented liquors, or intoxicating drinks whatever, shall be sold, given, or offered to any Samoan or South Sea Islander resident in Samoa to be taken as a beverage. || Adequate penalties, including imprisonment, for the violation of the provisions of this section shall be established by the Administrator and Council.

Nr. 12082. Vertragsstaaten. Juli 1899.

General Customs Regulations.

Sec. 3. It is hereby provided that no person or persons in Samoa shall enjoy any immunity from a strict examination by the Customs of all articles imported. All goods shall be landed at the receiving sheds of the Customs. The Administrator and Council are authorized to enact Laws and Ordinances providing for Custom-house Regulations, with suitable penalties for breach of the same.

Article X.

The provisions of this Act shall continue in force until changed by consent of the three Powers. Upon the request of either Power after three years from the signature hereof, the Powers shall consider by common accord what ameliorations, if any, may be introduced into the provisions of this General Act. In the meantime, any special amendment may be adopted by the consent of the three Powers, with the adherence of Samoa: Provided, however, that no amendment of any section or Article of this General Act shall in any way affect private rights acquired under such section or Article prior to such amendment.

Nr. 12083. GROSSBRITANNIEN. — Der englische Bevollmächtigte an den Minister des Auswärtigen. Weiterer Bericht über die Thätigkeit der Kommission.

Apia, Samoa, July 26, 1899.

Nr. 12083. Grofsbritannien. 26. Juli 1899.

My Lord, || I Have the honour to submit to your Lordship the following brief continuous narrative of the proceedings of the Samoan High Commission:— || We arrived at Apia on the United States' ship "Badger" on the 13th May, and found the island of Upolu divided into two hostile camps. Apia and the central region were occupied by the troops of Malietoa, under the superintendance of British naval officers, while on either side to the west and east of this area were the troops of Mataafa. We were naturally anxious to restore the island to its normal condition, and to break up these camps, but the operation presented considerable difficulties. It would have been a doubtful advantage so simply disband the troops of both parties, and disperse large bodies of armed men among the villages where they were likely to continue their quarrels and be subject to no European control. One of the greatest difficulties in Samoa is that, outside the narrow limits of the municipality, there is absolutely no power, police or other, which is capable of maintaining order, and, though the Commission was nominally invested with supreme authority over the islands, it had no means of enforcing that authority. || The German Commissioner felt unable to consider the questions of who was the rightful King of Samoa, and whether the continuance of the Kingship was desirable as long as the forces of Malietoa and Mataafa remained under arms in their camps, and we therefore decided to not only

disband but disarm the two parties, while leaving open the legal questions arising out of Chief Justice Chambers' decision. In so doing we ran a considerable risk of issuing an order which might be disobeyed, but we were led to believe that the natives would probably be ready to give up their guns in return for fair compensation. || We received both Chiefs a few days after our arrival. Malietoa behaved with perfect propriety, and visited the Commission as instructed, accompanied by only a few Chiefs and in a boat flying the flags of the three Powers. Mataafa, however, declined to acquiesce in this arrangement, or to use the boat sent to meet him, and was very improperly allowed to come to Apia in his own war canoe, with a following of more than 100 men. The substance of both interviews was the same. The two high Chiefs were asked whether they would give up their arms to the Commission, whether they would accept as King any person named by the Commission, and whether they would assent to the abolition of the Kingship, if it were ordered. They returned an affirmative answer to all these questions. || As the troops of Mataafa were encamped both to the east and west of the Malietoa lines, and communication between the two divisions could only take place by sea, we thought it fair to allow him some days to collect his arms, and finally arranged to receive them at Malua on the 31st May. || Malietoa was informed that if Mataafa gave up his arms in a satisfactory manner, the other side would also be expected to immediately disarm.

On the 31st May we proceeded to Malua on the "Badger." Mataafa brought off about 1,800 guns in boats, but no ammunition to speak of. This number probably represented about two-thirds of the arms in the possession of his followers, and was thought to indicate a bonâ fide desire to obey the Commission. He was directed to disband his troops, and retire himself to his own district of Aleipata and await our decision respecting the Kingship. The Commission then returned to Apia, which was not reached until late in the afternoon of the 31st May, and during that night and the next day received about 1,300 guns from Malietoa. Of the 700 guns distributed to native troops by the British officers, 600 were returned, but 100 men of "Gaunt's Brigade" were retained under arms to act as a police force under the orders of the Commission. It was understood that the arms surrendered before the 20th June would be returned on the restoration of peace, or else a fair compensation be given for them; but the possession of arms by Samoans after the 20th June was declared to be a penal offence. || The followers of Mataafa dispersed over the island in the first days of June, but Malietoa and some of his Chiefs were allowed to remain at Mulinuu, the traditional seat of government. Malietoa and Tamasese had both lived long in this place, and it might fairly be regarded as their home, and there was a better chance of avoiding collisions and quarrels if the leaders of the two parties did not return to their villages simultaneously. Those adherents of Malietoa, however, who came from the islands of Tutuila and Savaii

Nr. 12083. Grofs-britannien. 26. Juli 1899.

were immediately taken back to their homes by ships of war. || The Commission then proceeded to consider the question of the Kingship. We were unanimous on two points, first, that the decision of the Chief Justice naming Tanu King was legally irreversible; and, secondly, that the Kingship should be abolished. It is admitted that the Chief Justice had jurisdiction in the case, and that there is no appeal from his decision. If so, the argument that the decision was wrong or contrary to the customs of Samoa is irrelevant, even if it were true. If the public had a right to disobey this decision, they would have on the same principle the right to disobey all other decisions, and the Judgments of the Supreme Court would have neither authority nor finality. With regard to the Kingship, we were of opinion that the office had never been anything but a source of trouble and contention, seeing that for many years no Samoan Monarch had been able to command the allegiance of the whole population and exercise the most ordinary functions of Government, while the peculiar native customs which regulate the election of a King render an appeal to arms almost inevitable, despite all Treaty stipulations to the contrary. || I was myself of opinion that it would have been well to recognize Tanu provisionally as King, and refer the question of the abolition of the Kingship to the Powers together with the other recommendations of the Commission. This course would have had the advantage of teaching respect for law and of making the natives understand that judicial decisions must be obeyed even if distasteful to a part of the population. Further, it may be safely said that had Tanu been recognized by the Representatives of the three Powers as King de facto, the strength of the Mataafa party would have been broken. The most important Chiefs were ready to give their adhesion to the winning side, and the others would have acquiesced. The German Commissioner, however, while admitting that the Chief Justice's decision was valid and binding, felt unable to allow Tanu to exercise even nominal authority for a limited period. Actuated in this, as in many other cases, by a desire to assent to any compromise which would be acceptable to Baron Sternburg without a sacrifice of principle, I agreed that the Commission should publicly acknowledge the validity of Mr. Chambers' decision and by implication the impropriety of resisting it, but that simultaneously with the publication of this Proclamation Tanu should abdicate. This involved no personal hardship to Tanu. He is not ambitious, and was known to wish to retire and complete his education in Australia. He signed an act of abdication and also visited the Commissioners as legal King of Samoa, and informed them verbally of his intention to resign. || A Proclamation was issued on the 10th June, signed by the three Commissioners, stating that Chief Justice Chambers' decision was valid and binding, that Tanu had resigned the office of King, and that the office was abolished. It further ordered that, during the period of the Commissioners' stay in the islands, the Consuls of the three Powers should perform the duties of the

King and his Councillors, and Dr. Solf act as President of the Municipal Council. This latter provision was necessary, because the President is nominated by the Powers, but appointed by the Samoan Government, and Dr. Solf had refused to accept any appointment from the Government of Tanu.

About the middle of June a lawyer, engaged by the Mataafa party, arrived in Apia, nominally for the object of assisting them to make out claims for damages sustained during the recent disturbances. A number of Mataafa Chiefs came to Apia to consult him, and several white men were present at the conferences. Though it is difficult to dispute the right of natives to seek legal advice if they choose, these proceedings had a most unfortunate result, as they gave rise to an impression that the Mataafa faction was organizing and consolidating itself, whereas the Commission were anxious to do away with party distinctions. The Malietoa Chiefs became alarmed, and Tanu, who has wished to leave at once for Fiji on his way to Sidney, wrote to us renouncing his intention and saying that he intended to remain in Samoa till peace should be assured. We were of opinion that the presence of so many Chiefs of both parties in Apia was dangerous. Efforts were made to remove the Mataafa Chiefs from the town, and Tanu and the Malietoa Chiefs were ordered to leave Mulinuu and retire to their private residences. Before their departure a meeting was held on board the „Badger," at which the principal men of the two parties were reconciled to one another by various Samoan ceremonies. Tanu and Tamasese expressed their readiness to meet Mataafa and become reconciled with him, and we accordingly invited him to come to Apia for this purpose. But he sent back an arrogant answer and refused. || On the 22nd June we left for the Island of Tutuila, where we visited Leone Bay and Pango Pango, returning to Apia on the 26th June. From this time until the 5th July we were chiefly occupied in discussing and drafting the recommendations for the future government of the islands, which we have had the honour to submit to the three Treaty Powers. This occupation was somewhat disturbed by conflicts which occurred in villages of mixed population where the Malietoa men, returning from Mulinuu, were assaulted by the other party. One of these outbreaks (at Safata) threatened to assume a serious character, as several men were killed, and we thought it desirable to send both a German and a British man-of-war to nip the trouble in the bud. Order was restored, and the natives found in possession of arms were brought to Apia for trial.|| On the 5th July we started on the steamer "Tutanekai," which the New Zealand Government had courteously placed at our disposal, for a trip round the Islands of Upolu and Savaii. Our object was partly to familiarize ourselves with the local conditions of the various districts, and partly to disseminate among the natives accurate information as to our doings and intentions, which were often misrepresented. Our tour lasted until the 12th July. On the 14th July we held a large fono, or public assembly, at Mulinuu, at which over 400 natives of both parties were present. We read to them a state-

Nr. 12083. Grofs-britannien. 26. Juli 1899.

ment describing the system of native self-government which we proposed to introduce, if approved by the Powers. It was accepted by the whole meeting and the next day thirteen Chiefs from each side signed a formal declaration of acceptance. Tanu and Tamasese also affixed their signatures but Mataafa declined to appear on the pretext of ill-health. He may be held to be bound by the signatures of his Chiefs, but his repeated refusal to meet the other party and make peace inspires the gravest apprehensions for the future. We addressed a letter to him reminding him that his further stay in Samoa depended on the observance of the promises which he had made before returning. || We had now finished the greater part of our task. We had put an end to the state of war and restored relative, if not absolute, tranquillity and order. We had also prepared the recommendations to be submitted to the three Powers. But there was some difference of opinion as to whether we ought to continue to administer the provisional government of the islands, at least until the receipt of instructions, or the leave at once. The American Commissioner decided the matter by stating that for health and other private reasons he could remain no longer, and we had therefore to consider what form of government we should leave behind us. We were all of opinion that it would have been desirable to appoint some one head for this provisional Administration, but, as no qualified neutral candidate was forthcoming, we were unable to find any expedient which would safeguard the interests of the three Powers in Samoa except government by a Consular Board. This system is by no means satisfactory, but we endeavoured to impart to it greater strength, activity and coherency, firstly, by authorizing a majority of the Consuls to decide in most cases, and, secondly, by providing for the establishment of regular Government offices and a clerical staff. Dr. Solf was continued in his appointment as President of the Municipal Council, and the United States' Consul-General was appointed Acting Chief Justice, in the absence of Mr. Chambers, who departed on the leave on the 14th July. || The Commission left Apia on the 18th July. C. N. E. Eliot.

Verhandlung zwischen Grofsbritannien und Rufsland über die Abgrenzung ihrer Eisenbahninteressen in China 1898|1899*).

Nr. 12084. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Hat der russischen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen England der chinesischen Regierung eine Anleihe gewähren will.

St. Petersburgh, February 12, 1898. (Received February 16.)

Nr. 12084. Grofsbritannien. 12. Feb. 1898.

(Extract.) || I communicated to Count Lamsdorff yesterday in the absence of Count Mouravieff the conditions on which Her Majesty's Government agreed to make a loan to China, and Count Lamsdorff informed me of the conditions alleged by the Chinese Government to have been preferred. These conditions did not differ from those I had stated except that they included certain mining and railway privileges in Pechili. || Count Lamsdorff was not able to speak officially but he did not seem to think that there was any serious obstacle as far as Russia was concerned to the loan with the exception of the clause relative to the opening of Talienwan. He hinted, however, that the Russian Government would try to profit by the conclusion of the loan to obtain the fulfilment of certain promises made to them by China, but I could not extract from him their exact nature. He again repeated his assurance that the Russian Government would be quite willing, as soon as they had come to an arrangement with China, to open Talienwan to foreign trade and that they had no idea of attempting to impose higher Tariffs at this port or throughout the north of China than was authorized by existing Treaties between China and Foreign Powers.

---

*) Blaubuch C. 9329. Red.

Nr. 12085. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Forderungen Rufslands in Bezug auf die Bahn nördlich von Tientsin.

Peking, March 18, 1898. (May 1.)

Nr. 12085. Grofsbritannien. 18. März 1898.

(Extract.) || Having heard that M. Pavloff, the Russian Chargé d'Affaires, has again addressed the Yamên on the subject of the removal of Mr. Kinder from his position as Superintendent of the railway lines north of Tien-tsin, I had an interview with the Yamên, and asked them whether this was the case. || They replied in the affirmative, and said that the Russian Chargé d'Affaires had both written and spoken very strongly on this point, and had in a recent despatch requested the removal of Mr. Kinder from the line of Tien-tsin to Shan-hai-Kuan, and his replacement by a Russian, and had also stated that the line north of Shan-hai-Kuan should be constructed by Russian engineers and with Russian capital. || The Tsung-li Yamên added that M. Pavloff was very persistent, and used very strong language with regard to this question, and was pressing very strongly for the removal of Mr. Kinder, but that they had made no promises. || At an interview I had with M. Pavloff yesterday I mentioned that the Tsung li Yamên had denied that they had ever given him any promises with regard to the employment of Russian engineers or Russian capital on the line north of Shan-hai-Kuan. M. Pavloff replied that their statement was absolutely untrue, and added that at the interview which he had with them last December he again brought up this question, and they assented to the employment of Russian capital and Russian engineers only on the line from Shan-hai-Kuan towards the Russian frontier. The same day he wrote a despatch to the Yamên, placing the above on record, and expressing his satisfaction at their acquiescence. To this despatch he had received no answer, and he therefore considered that the matter had been settled, and had informed his Government in that sense. || I said I did not know what policy Her Majesty's Government would take with regard to the line north of Shan-hai-Kuan, but the removal of Mr. Kinder from lines which had been constructed under his superintendence, and of which he was now in charge, against the wishes of the Chinese Government and at the demand of Russia, would, I was sure, be looked upon as a most unfriendly act by my Government. || M. Pavloff said that there was no intention or desire on the part of his Government to have Mr. Kinder removed from the lines he had constructed, and of which he was now in charge. I said I was very glad to hear from him in so formal a manner that his Government had no intention of asking for the removal of Mr. Kinder, or of interfering with him in the position he at present held. || M. Pavloff repeated his assurance.

Nr. 12086. GROSSBRITANNIEN und CHINA. — Präliminar-Abkommen zwischen dem Hongkong- und Shanghai-Bankkonsortium und der Generalverwaltung der Eisenbahnen über eine Anleihe.

Nr. 12086. Großbritannien u. China.

This is a preliminary Agreement made between His Excellency Hu, Governor of Peking and Administrator-General of the Imperial Railways of North China within and without the Great Wall, hereinafter called the Administrator-General, of the one part; and the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation representing a British Syndicate hereinafter called the Syndicate, of the other part. || 1. The Syndicate is hereby authorized by the Administrator-General to make arrangements to float and issue, on behalf of the Railway administration on the best terms obtainable on the market, a sterling loan for the equivalent of about (16,000,000 taels), for the construction of a railway-line from Chung-hou-sou to Hsin Ming-tien, and a branch line to Ying-tsou, and for the redemption of existing loans to the Tien-tsin-Shan-hai-kuan and Tien-tsin-Su-kou-chiao lines. || 2. The security for the loan shall be the permanent way, rolling-stock, and entire property, together with the freight and earnings of the existing lines between Peking, Tien-tsin, Tang-ku and Chung-hou-sou, and also of the proposed new lines between Peking, Tien-tsin, Tang-ku, and Chung-hou-sou, and also of the proposed new lines when constructed, in addition to the rights of mining coal and iron, which will be retained by the Railway administration on each side of the proposed new lines, for a distance to be determined. In the event of default or arrears in payment of interest or repayments of principal, the said railway lines and mines shall be handed over to representatives deputed by the Syndicate to manage them on their behalf, until principal and interest of the loan are redeemed in full, when the management will revert to the Railway Administration. || It will, however, be provided that if such arrears are for a small sum, and it appears desirable to the Syndicate to extend the due date of their payment for a term not exceeding three months, it shall be open to the Syndicate to do so. || In the event of any special circumstances arising necessitating the introduction of important changes by the management aforesaid, these changes shall be effected in consultation with the Administrator-General, and in the best interests of the railway. In the case of war or famine, troops and grain will be transported over the lines on terms to be arranged hereafter. || No further loan, charge, or mortgage shall be charged on the security named above until this loan is redeemed. || 3. During the currency of their loan, the principal members of the railway staff shall be capable and experienced Europeans who shall be, as at present, appointed by the Administrator-General of the Railway, and may be, in the event of their misconduct or incompetency, dismissed, after consultation with the Chief Engineer. If there are Chinese with sufficient engineering or traffic experience, they may be appointed as well as Europeans.

Nr. 12086. Grofsbritannien u. China.

Should it be necessary to appoint a new Chief Engineer, such appointment shall be made in consultation with the Syndicate. || In addition to above, a capable and experienced European railway accountant shall be appointed to inspect all the accounts of the railways. || All receipts and earnings of the lines herein specified shall be paid into the credit of the Railway Administration with the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, Tien-tsin, together with 50,000 taels annually payable under the Board of Revenue's arrangement, approved by the Throne, by each of the Provinces of Shansi, Shensi, Honan, and Annui for railway purposes for ten years. || All expenses of repairing and maintaining lines will be paid from this account, the remainder of which shall then be charged with the service of this loan.

4. The rate of interest, price, term of years, and other particulars shall be left to the Syndicate to arrange on the best terms possible on the market when the moment appears favourable for floating the loan. Instalments of proceeds will be arranged as far as possible to suit the progress of construction and the requirements of the Administrator-General, interest being calculated from the date of such payments. The Loan will be redeemable by annual drawings to be scheduled in the final Agreement. Besides the drawings so scheduled, the Administrator-General may from time to time, on giving due notification to the Syndicate, call for extra drawings to be held, bonds so drawn being redeemed by the Railway Administration at 20 per cent. premium on their par value. || 5. If it should be found that the Loan cannot be floated without the introduction of some special attraction, the Administrator-General shall memorialize the Throne, recommending that a Concession of mining rights be granted to the Syndicate at a point or points on the lines, and on terms to be arranged with the Syndicate on the basis of the mining Regulations newly established by the Tsung-li Yamên. The requests of the Syndicate will be confined to mines within a distance of 5 li of the railway. || 6. The date of issue of this loan shall be left to the discretion of the Syndicate, to be fixed in accordance with the state of the market, but should it be found impossible to issue it before the 1st day of October next, the Syndicate will arrange to advance to the Administrator-General on or about that date, an instalment of about 2,000,000 taels on account of, and repayable out of the proceeds of the loan when floated. The terms of this advance shall be left to the arrangement of the Syndicate on the best terms obtainable, interest not to exceed the rate of 5 $^1/_2$ per cent. per annum, and the Syndicate shall be authorized to issue temporary bonds for the amount if required. || 7. For the satisfaction of the investing public who are unacquainted with China, a satisfactory report will be required from District Engineer, Mr. J. Ginnell, as to the condition and earning power of the old lines, and as to the route, prospects, and mineral wealth of the new lines to be constructed, and Mr. Ginnell shall be instructed by the Administrator-General to proceed to London as soon as possible after the signing of this preliminary Agreement, to confer with the Syndicate on

these matters. || 8. The terms of this preliminary Agreement will, immediately after signature, be submitted by the Administrator-General to the Throne for sanction by Imperial Edict, which shall be officially communicated by the Tsung-li Yamên to the British Minister in Peking. || 9. Three months from the date of signature of this preliminary Agreement shall be allowed to the Syndicate to accept or decline its terms. Upon their confirmation by the Syndicate, this preliminary Agreement shall be replaced by a definitive Agreement, providing for all details. || Signed at Peking, this 7th day of June, 1898, being the 19th day of the 4th moon of the 24th year of the Emperor Kuang Hsü. Nr. 12086. Grofsbritannien u. China.

(Seal of Administrator-General of Railways within and without the Shan-hai-kuan boundary.)

For the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation,

(Signed) E. G. Hillier, Agent.

Nr. 12087. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Widerspruch Rufslands gegen das Abkommen.

Peking, August 6, 1898. (August 6.)

(Telegraphic.) || Northern Extension Railway Loan. || I have received a despatch from the Chinese Government informing me that they can allow no European control and no mortgage of the line to be part of the loan Agreement, as such terms would be an infringement of an Agreement they have already entered into with M. Pavloff. This, according to the agent of the Hongkong and Shanghae Bank here, makes it impossible for the Bank to float the loan as a commercial enterprise. || The Emperor has, however, already granted power of signing the definite loan Agreement to Hu Yü-fên, the Director-General of Northern Railways. || I have an interview with the Yamên this afternoon, at which I propose informing the Ministers that I have referred the matter to your Lordship, and that meanwhile I do not assent to the terms of their despatch. Nr. 12087. Grofsbritannien. 6. Aug. 1898.

Nr. 12088. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Peking. Rufslands Widerspruch ist ungerechtfertigt.

Foreign Office, August 8, 1898.

(Telegraphic.) || This afternoon I saw the Chinese Minister. I informed him that Russia had no right whatever to object to a mortgage loan being made by the Hong Kong and Shanghae Bank to the Newchwang Railway, and that I strongly advised China to pay no regard to the Russian Government's objection. Nr. 12088. Grofsbritannien. 8. Aug. 1898.

Nr. 12089. GROSSBRITANNIEN. — Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Besprechung mit dem russischen Geschäftsträger über die chinesische Eisenbahnfrage.

Foreign Office, August 13, 1898.

Nr. 12089. Grofsbritannien. 13. Aug. 1898.

(Telegraphic.) || Yesterday I had an interview with the Russian Chargé d'Affaires. I pointed out to him the very grave position into which the two Governments had been brought by M. Pavloff's action in connection with the Newchwang Railway. An undoubted breach of our Treaty rights with China was involved therein, rights which Russia had promised to respect (see Sir N. O'Conor's telegram of the 16th March). || M. Lessar said that the objection of Russia was not to the construction of the railway, but only to the control of it being secured to British officials by the terms of the contract with China, and to the fact of its being mortgaged to a British bank. M. Lessar did not deny that what was contemplated constituted a breach of the Treaty of Tien-tsin, but said that it was not a more serious breach than our arrangement in regard to the successors of Sir Robert Hart. He suggested, as far as I understood him, that a satisfactory arrangement might be come to if England, while refraining from insisting that the line should be mortgaged to the Hong Kong and Shanghae Bank, consented to adequate security being provided from other sources for the bank's advance, Russia to withdraw all objection to the construction of the line, and to agree to abstain from taking any share in obtaining or working concessions in the region of the Yang-tsze, a similar arrangement being made by us in regard to Manchuria. I gave no indication that such an arrangement would be regarded by us as a satisfactory solution of the grave difficulties in which the two countries have been placed by M. Pavloff's action.

Nr. 12090. GROSSBRITANNIEN. — Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Soll gegen das Auftreten des russischen Gesandten in Peking protestieren.

Foreign Office, August 17, 1898.

Nr. 12090. Grofsbritannien. 17. Aug. 1898.

(Telegraphic.) || I have to request you to call the attention of Count Mouravieff to M. Pavloff's action in connection with the Railway to Newchwang. It should be pointed out to him that it is inconsistent with the Treaty rights conceded by China to this country, and with the pledges of Russia that these Treaty rights shall be respected. || Her Majesty's Government cannot possibly acquiesce in an arrangement which leaves all China open to the railway enterprises of Russia while excluding England from her share in the railway enterprises of Manchuria. If persisted in, such a pretension must inevitably produce international difficulties of the most serious kind. A feeling of great exasperation has already been aroused by it in this country.

Nr. 12091. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Antwort auf das Vorige. Unterredung mit Murawiew über eine Verständigung.

St. Petersburgh, August 18, 1898. (August 18.)

(Telegraphic.) || With reference to your telegram of yesterday: || I went to see Count Mouravieff, and in the course of a long interview I spoke seriously to his Excellency in the exact sense of your telegram referred to above, and pointed out that the enterprise which was being blocked by M. Pavloff's action was of a purely commercial character. || Count Mouravieff, in reply, disclaimed any intention or desire on the part of Russia to block British enterprise anywhere in China. He wished that conciliatory articles, inspired by a real conception of Russia's action, might allay the public alarm in England which the exaggerated reports in the press had aroused. As regarded this particular line to Newchwang, which was so close to the Russian lease, and to the line which formed the outlet of the Siberian railway, it had been the subject of a special Agreement between Russia and China, and before the Hong Kong Bank became interested in it, the Chinese Government undertook not to let this particular line be mortgaged or fall under the control of foreigners, and not to construct it except with their own money. By Chinese money, as was subsequently explained to China, might be meant money borrowed on any other guarantee excepting the control of or mortgage on the line in question. || When it was found that this engagement of the Yamên was being violated, M. Pavloff was bound to remind them of it. || That this engagement infringes our most favoured treatment rights Count Mouravieff denies, for by the term foreigners, all non-Chinese, even Russians, are included, for Russia has no wish or intention to obtain possession of the line, nor does she desire to raise obstacles to, or compete with, British railway enterprise in other parts of China — above all, in those in our particular sphere of interest. || His Excellency showed me a telegram which he had sent in this sense on the 10th instant to M. Lessar for his guidance when speaking on this subject to you. || In conclusion, Count Mouravieff expressed a strong desire of the Emperor and of Russia that an understanding might be come to — satisfactory to the interests of both England and Russia.

Nr. 12091. Grofsbritannien. 18. Aug. 1898.

Nr. 12092. GROSSBRITANNIEN. — Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Bemerkungen zu Murawiews Äufserungen.

Foreign Office, August 19, 1898.

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of the 17th instant, Russian Minister for Foreign Affairs seems to be in error in supposing that Russo-Chinese Agreement about Newchwang Railway preceded interest, which Hong Kong and Shanghae Bank takes in it. The offer by Chinese Director-

Nr. 12092. Grofsbritannien. 19. Aug. 1898.

Nr. 12092. Grofsbritannien. 19. Aug. 1898.

General to latter was made before the 25th April, and the consequent negotiations were in progress before M. Pavloff signed his Agreement with the Tsung-li Yamên. || Am I right in understanding Count Mouravieff to suggest as a way out of the present difficulty: || 1. That the building of the Newchwang Railway should be proceeded with, and, if need be, by means of a loan from the Hong Kong and Shanghae Bank; but that the line should be Chinese under Chinese control, and should not be mortgaged to any Company of non-Chinese nationality? || 2. That Russia should engage not to take part in or to press for railway Concessions in the Yang-tsze basin, nor to throw obstacles in the way of such Concessions being obtained by England, England entering as regards Manchuria into a corresponding agreement? || If so, I think perhaps this might be made the basis of a settlement.

Nr. 12093. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Stand der Verständigungsangelegenheit.

St. Petersburgh, August 27, 1898. (August 27.)

Nr. 12093. Grofsbritannien. 27. Aug. 1898.

(Telegraphic.) || I May find difficulty in communicating confidentially with Count Mouravieff on the subject of your telegram of yesterday, as both he and Count Lamsdorff have accompanied the Emperor to Moscow, and will be away five days. || After my last interview with his Excellency on the 24th, the position was as follows:— || I was better, he thought, to leave M. Lessar's personal suggestion as a germ capable of being developed, and not to make any definite suggestion for the present. || In the absence of further instructions, I refrained from putting forward the suggestion contained in your telegram of the 19th instant, as I was doubtful as to whether it would prove to be entirely acceptable unless control by default and mining concessions in Manchuria were expressly excluded by it. || Is it your desire that I should, without waiting further, make the suggestion in your above-mentioned telegram? || It is possible that M. de Staal may have instructions; he has just left for London.

Nr. 12094. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Vorschlag Murawiews.

St. Petersburgh, September 2, 1898. (September 2.)

Nr. 12094. Grofsbritannien. 2. Sept. 1898.

(Telegraphic.) || I saw Count Mouravieff yesterday evening. He informed me that the Emperor had expressed his entire approval of Count Mouravieff's suggestion, that an engagement between our Governments might satisfactorily settle the difficulty. Such an engagement to be — || 1. That the Newchwang line should be built, and, if necessary, by means of a loan from the Hong Kong and Shanghae Bank, but that the line should be a Chinese one, under

Chinese control, and not to be mortgaged to a non-Chinese Company. || 2. Russia would bind herself not to press for, or take part in any Railway Concessions in the basin of the Yang-tzse, provided that England undertakes the same engagement in regard to Manchuria. || I informed Count Mouravieff that I undertook to transmit this suggestion to Her Majesty's Government for their consideration. Nr. 12094. Grofsbritannien. 2. Sept. 1898.

Nr. 12095. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Dasselbe.

St. Petersburgh, September 2, 1898. (September 2.)

(Telegraphic.) || My telegram of to-day. || The words "and not to throw obstacles in the way of Great Britain obtaining the same" do not appear in the suggestion which Count Mouravieff was authorized to make as a basis of settlement; his Excellency's idea being that His Imperial Majesty might take very natural exception to this phrase, which could possibly be misunderstood, and held to imply the power or intention of either of the two Governments to throw obstacles in the way of the other in its recognized sphere of interest, and in general to imply a want of confidence in the sincerity of the engagement. || If, in our opinion, a stronger form of engagement were considered necessary, one might be suggested by us couched in terms differing slightly from these. || Count Mouravieff went on to say, that in the event of this suggestion being accepted as a basis of settlement, he considered that, before concluding the engagement it would be necessary to know what are exactly the limits of the district described as the basin of the Yang-tsze, and also to find out how far private banks and private enterprise would be bound by the engagement. Nr. 12095. Grofsbritannien. 2. Sept. 1898.

Nr. 12096. GROSSBRITANNIEN. — Das auswärtige Amt an den Botschafter in Petersburg. Zusatz zum Vorschlage Murawiews.

Foreign Office, September 2, 1898. (September 2.)

(Telegraphic.) || With reference to your telegram of the 2nd instant, Count Mouravieff's proposals would, I think, be satisfactory, provided the words "or to throw obstacles in the way of Great Britain obtaining them" were added after the word "Yang-tsze" in clause 2. || Of course, there is no objection to the loan from the Hong Kong and Shanghae Bank being secured on the line west of the Great Wall already in existence. Nr. 12096. Grofsbritannien. 2. Sept. 1898.

Nr. 12097. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an das auswärtige Amt. Murawiew ist einverstanden.

St. Petersburgh, September 3, 1898. (September 3.)

Nr. 12097. Grofsbritannien. 3. Sept. 1898.

(Telegraphic.) || Count Mouravieff expressed to me his gratitude for the friendly disposition shown to his proposal by you in your telegram of yesterday. || With reference to the words which you would desire to add at the end of the second clause, Count Mouravieff is ready to accept the engagement which they convey as being implied in the previous wording of the clause, and as necessarily following from it. His Excellency, however, for the reasons submitted by me in my telegram of yesterday, would wish that, in any written Agreement that may be drawn up, the engagement should be recorded in a more friendly from. || He told me that before expressing an opinion on the question of a security for the Bank on a portion of the line now existing, west of the Great Wall, he would have to refer to the Ministry of Finance.

Nr. 12098. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Konkurrenz der Russisch-Chinesischen Bank in der Nordbahnfrage.

Peking, September 5, 1898. (September 5.)

Nr. 12098. Grofsbritannien. 5. Sept. 1898.

(Telegraphic.) || The London Syndicate for the Northern Extension Railway Loan have telegraphed to the Agent of the Hong Kong and Shanghae Bank here that an Anglo-Russian Agreement provides that the railway cannot be given as security, nor can it be mortgaged. The telegram further lays down certain financial terms which the bank agent is authorised to offer. || The Russo-Chinese Bank are offering terms making competition impossible for any bank which is not supported by its Government. || If the above-mentioned Agreement exists, does it contain a proviso that the Russo-Chinese Bank shall withdraw from competition?

Nr. 12099. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Murawiew über das Vorige.

St. Petersburg, September 7, 1898. (September 7.)

Nr. 12099. Grofsbritannien. 7. Sept. 1898.

(Telegraphic.) || Having had occasion to see Count Mouravieff subsequently to the receipt of Sir C. MacDonald's telegram of the 5th instant, I called his Excellency's attention to the reported attitude of the Russo-Chinese Bank, and to the danger of its prejudicing the practical value of the suggested Agreement between our two Governments, as a settlement, satisfactory to the interests of both countries, was to be the main object of that Agreement. ||

This danger was quite apparent to Count Mouravieff; he promised to ascertain the real relations of the Russo-Chinese Bank to the Newchwang line and loan by immediate inquiries at the Ministry of Finance, for his impression had always been that the bank did not desire an interest in either. His Excellency said, further, that he would inform me of the result of his inquiries after he had sent in his report to the Emperor, and he also confirmed the view which I had the honour of expressing to your Lordship yesterday in my telegram, to the effect that Russian banks as well as English ones would be debarred from obtaining a mortgage on, or a control over, the railway line in question when once the Agreement was completed.

Nr. 12099. Grofsbritannien. 7. Sept. 1898.

Nr. 12100. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Murawiew und Witte sind für ein englisch-russisches Abkommen.

St. Petersburgh, September 10, 1898. (September 10.)

(Telegraphic.) || The following confidential communication was made to me to-day by Count Mouravieff. || He had conferred with the Acting Minister of Finance, and had been satisfied by him that there was no intention on the part of the Russo-Chinese Bank to compete for a loan for the Newchwang line. His Excellency had, moreover, found him disposed to regard with favour the following proposal, which he requested me to consider confidential until it had received the Emperor's approval. || That what he has suggested to me in his conversations as the basis should be embodied in an Agreement in writing, by which the two Governments should be bound. That as information of an accurate nature respecting all the projects and engagements of the Hong Kong and Russo-Chinese Banks could not be obtained in either London or St. Petersburgh, our respective Representatives in China should receive instructions to bring about a friendly communication between the two banks, and to use their best endeavours to reconcile their interests, and to obtain their confirmity with the Agreement between our two countries. || Count Mouravieff said he would promise me beforehand that instructions should be sent to M. Pavloff to do so with every regard for the Treaty rights and interests of Great Britain.

Nr. 12100. Grofsbritannien. 10. Sept. 1898.

Nr. 12101. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Der Zar billigt den Abschlufs eines Abkommens.

St. Petersburgh, September 19, 1898. (September 19.)

(Telegraphic.) || I have the honour to report, with reference to the telegram I addressed to your Lordship on the 16th instant, that His Imperial Majesty has signified his approval of the suggestion made by Count Moura-

Nr. 12101. Grofsbritannien. 19. Sept. 1898.

Nr. 12101. Grofsbritannien. 19. Sept. 1898.

vieff to the effect that the proposed basis of settlement should be embodied in an Agreement in writing between the British and Russian Governments, and that the Representatives of the two Countries at Peking should receive instructions to seek to reconcile the interests of the Russo-Chinese and Hong Kong and Shanghae Banks in compliance with it; also that no objection will be offered by the Imperial Government to the existing portion of the line— to the west of the Great Wall — being the security for the loan. || The next messenger to the Emperor leaves on the 21st, and Count Lamsdorff would wish, if possible, to send by him to His Imperial Majesty a draft Agreement of some sort, which could also be submitted for approval or correction to your Lordship. || Have I your Lordship's authority to join Count Lamsdorff in drawing up this draft of Agreement, and, in that case, could the exact delimitation of the Yang-tsze district, and of Manchuria stand over for examination at a subsequent date?

Nr. 12102. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an das russische auswärtige Amt.

Pro-memoriâ.

Nr. 12102. Grofsbritannien. 19. Sept. 1898.

On the 6th (18th) August, by direction of Mr. Balfour, I called Count Mouravieff's serious attention to the action taken by M. Pavloff in strenously opposing at Peking the completion of a Contract entered into with the Chinese Railway Department by the Shanghae and Hong Kong Bank for a loan for the construction of a railway from Shanhaikuan to Newchwang. || I pointed out to his Excellency that this was a purely commercial private enterprise strictly in accordance with the rights secured by Treaty with China to British subjects, and that M. Pavloff's opposition to its completion seemed inconsistent with the promises given by the Russian Government to respect those rights. || I was desired to add that it was impossible for Her Majesty's Government to acquiesce in any arrangement which, while leaving all China open to Russian railway enterprise, would exclude England from her share in the railway enterprises of Manchuria, and that any such pretension would, if persisted in, inevitably lead to very serious international difficulties. || Count Mouravieff, in reply, disclaimed any such pretension on the part of the Russian Government, which was prepared to respect all Treaty engagements taken by China with foreign Governments, and said that the nature of M. Pavloff's action had evidently been gravely misunderstood in England. || His Excellency drew a distinction between railway enterprise in the north of China and in the provinces south of Peking; the interests of Russia were, he explained, mainly political, and confined to the north of Peking, while those of England were understood to be mainly commercial in the centre and south of China, and especially in the basin of the Yang-tsze. The Russian Government were prepared to recognize and respect those interests, and had no desire or intention to hinder or compete with our railway enterprise in those districts. ||

As regards the projected railway from Shanhaikuan to Newchwang, he said that this particular line had formed the subject of a special Agreement between the Russian and Chinese Governments, concluded before the Russian Government had any idea of an interest being taken in this line by the British Bank. According to this arrangement, China had engaged that this line should be constructed with her own money, and that as a necessary consequence it should remain a Chinese line under Chinese control, and not be mortgaged to any non-Chinese Company. When M. Pavloff found that this engagement was being violated by the terms of the Contract negotiated with the Hong Kong Bank, he was bound to forcibly remind the Chinese Government of their prior engagement with Russia. || The outcome of several verbal communications with Count Mouravieff on this question was that his Excellency authorised me to suggest to Her Majesty's Government as a possible base for a satisfactory settlement of this difficulty for which both our Governments were equally desirous—

1. An engagement between our Governments that the Shanhaikuan-Newchwang line should be built, and, if necessary, by means of a loan obtained from the Hong Kong Bank, provided that it is to be a Chinese line, under Chinese control, and that is it not to be mortgaged to any non-Chinese Company. || 2. That Russia would engage not to press for obtaining or to take part in working railway Concessions in the basin of the Yang-tsze, if England would undertake a similar engagement as regards Manchuria. || To this suggestion I was enabled to reply that, if Count Mouravieff would consent to add the words "nor to throw obstacles in the way of England obtaining such Concessions" after the words "basins of the Yang-tsze," Mr. Balfour thought that his Excellency's suggestion might form a possible base for a satisfactory solution. || Count Mouravieff seemed to regard this addition in the particular wording suggested liable to misinterpretation, and unnecessary, as the friendly nature of the proposed Agreement naturally implied that neither Government would throw impediments in the way of the other obtaining the Concessions which it has agreed no to acquire for its own account. || He was, however, prepared, if we thought it necessary, to accept the engagement in principle, in another wording more in accordance with this friendly understanding. || As it appeared advisable before proceeding further in this matter to ascertain how far our two Governments had the necessary legal powers to impose the obligations of such an engagement between them on the private enterprise of their subjects, and also what were the precise geographical limits of the terms Yang-tsze Basin and Manchuria, we agreed to make the necessary inquiries; and Count Mouravieff subsequently informed me that, with regard to the first point, the possibility of bringing the Russian and British Banks into conformity with the proposed Agreement, he was taking the Emperor's pleasure with regard to a further suggestion of which he gave me in confidence the leading idea. || I understand that your Excellency

Nr. 12102. Grofsbritannien. 19.Sept.1898.

is now in a position to communicate to me His Imperial Majesty's decision in regard to this further suggestion, and I have ascertained that, as far as Lord Salisbury is able to judge of it from Count Mouravieff's confidential communication to me, he considers it an acceptable one, although he is naturally unable to say whether he could approve of the proposed Agreement until he sees a draft of it in writing.

St. Petersburgh, September 7 (19), 1898.

Nr. 12103. GROSSBRITANNIEN und RUSSLAND. — Vertragsentwurf über die chinesischen Eisenbahnkonzessionen.

Nr. 12103. Grofsbritannien u. Rufsland. 21.Sept.1898.

Animated by a sincere desire to arrive at a friendly settlement of all questions raised between them in connection with the proposed construction of a line of railway between Shanhaikuan and Newchwang, the two Governments have agreed as follows:— || 1. That the line Shanhaikuan-Newchwang shall be built, and, if necessary, by means of a loan from the Shanghae and Hong Kong Bank, but that the line in question is to remain a Chinese line, under Chinese control, and not to be mortgaged to any non-Chinese Company. || 2. The two Governments have also agreed with regard to the general question of railway Concessions in China. || (*a*) That the Russian Government engages not to seek to obtain for its own account or for Russian subjects any Concessions or shares in Concessions for railways in the region of the Yang-tsze nor to offer any direct or indirect opposition to applications supported by the British Government for such Concessions. || (*b*) The British Government engages not to seek to obtain for itself or for British subjects Concessions or shares in Concessions for railways in Manchuria, nor to oppose directly or indirectly applications supported by the Imperial Government for such Concessions. || It is further agreed between the two Governments that no preferential railway rates or differential treatment are to be established on lines in the aforesaid regions for which they may obtain Concessions. || The definition of the geographical limits of the two regions as understood in this Agreement, to be fixed on further examination by a later Agreement. || Agreement to communicate this Agreement when concluded between the Government to their Representatives at Peking, and to instruct them to bring the British and Russian Banks or Syndicates interested in these Concessions into communication, and to use their best efforts in inducing them to reconcile their interests and entreprises in strict conformity with the Agreement between the two Governments.

St. Petersburgh, September 9 (21), 1898.

Nr. 12104. CHINA. — Offizielle Beschreibung der Eisenbahnen Nordchinas, die zur Garantie der brit.-chinesischen Anleihe dienen sollen.

Imperial Railways of North China.

London, October 8, 1898.

Nr. 12104. China. 8. Okt. 1898.

Gentlemen, || In pursuance of instructions from the Imperial Chinese Railway Administration through their Engineer-in-chief, Mr. C. W. Kinder, I have made preliminary surveys and investigations for the proposed extension railways in Southern Manchuria, and have also looked into the construction and working and the traffic prospects generally of the railways now in operation, in order to convey vivâ voce to your Board official engineering information as to the value of the property to be offered as security for the loan under consideration, and I have now the honour to submit the following statement for your guidance:— || The railways to be mortgaged to you for the loan are all of standard English gauge, and consist of the following sections, as shown upon the accompanying diagram—

	Miles.
Peking to Tien-tsin—A double track line laid with 85-lb. steel rails, and including a short spur to the west from the Peking Junction in commencement of the Hankow system	83¾
Tien-tsin to Tang Ku—A single track line laid with 70-lb. rails	27
Tang Ku to Shan-hai-Kuan—A single track line laid with 60—lb. rails	146¾
Total length of lines to be mortaged	257½

There is a further section of 40 miles in operation outside the Great Wall (Shan-hai-Kuan to Chung-hou-so), the earnings of which, together with those of the 258 miles of extensions proposed to be built out of the proceeds of this loan, are to be pledged as additional security. || The value of the lines to be mortgaged may be gathered from the following details:—

Permanent Way.

The permanent way is substantially laid, and is maintained under a staff of British engineers and superintendents. || The country through which the lines pass is generally an alluvial plain, consequently the grades are very moderate and the principal curves good, the waterways forming the chief items of engineering difficulty and expense.

Bridges.

The double track bridges from Peking to Tien-tsin make an aggregate length of 7,140 feet, and consist of steel girders resting on masonry or concrete piers and abutments sunk by compressed air to a proper foundation. || The single track bridges aggregate 17,147 feet of similar construction, with the exception of 800 feet of steel girders on timber piers, and this is about being brought into substantial conformity with the remainder of the line. || The

Nr. 12104. China. 8. Okt. 1898.

largest viaduct is that over the deep gorge of the Lan Ho, and is 2,200 feet face to face.

Station, Shops, &c.

There is a fine station building almost completed at the Peking terminus, and an elaborately designed station yard capable of accommodating a large passenger and goods traffic. From the terminus to Peking city a heavy rail tramway has been laid, and is being equipped for electrical working. || At Fengtai, 5 miles south of the terminus, is the junction with the Hankow system, which is destined in the process of railway development to become a very important centre, and is a fixed point on this western route owing to its proximity to the heavy viaduct across the Hun Ho at Lu Kia Chiao city, from whence the line as far as Pao Ting Fu is being constructed departmentally. At this junction extensive provision has been made for handling heavy traffic, and sheds, stores, shops, &c., have been erected of a substantial and commodious character. || The other stations, station accommodation, water supply, turn-tables, shops, sheds, stores, &c., are generally in keeping with the character of the character of the line and suited to the requirements of traffic and of efficient working. || The sidings on the line to be mortgaged make an additional aggregate length of $30^1/_2$ miles.

Wharves.

The wharves at Tien-tsin		have a river frontage of .	600	feet.
„	„	„	an area of	180	acres.
„	Hsin Ho	„	a river frontage of .	2,750	feet.
„	„	„	an area of	150	acres.
„	T'ang Ku	„	a water frontage of .	3,300	feet.
„	„	„	a timber wharf of .	720	„
„	„	„	an area of	83	acres.
„	„	„	sidings of	$5^1/_2$	miles.

T'ang-Ku, on the Pei Ho, a few miles up stream from the Ta Ku forts, is the port of Peking and of the contiguous districts of North China. There is a large and growing export and import trade, as may be gathered from the Customs Reports, and, owing to the silting up of the Pei Ho (Tien-tsin River), steamers, instead of going up to Tien-tsin, discharge at T'ang-Ku, and a large and increasing percentage of this cargo goes up to Tien-tsin by rail and a decreasing quantity by boat. The value of the property at T'ang-Ku is now estimated at fully 500,000 taels, although the original cost was trifling. || At T'angshan are situate the principal workshops, where there are 2,000 men employed in carriage and waggon building and general repairs to rolling-stock, the outpout from which last year was 400 vehicles of various denominations. || At T'angshan and vicinity are situate the Kaiping Coal Company's mines, which form an important source of traffic. The mines are working as a Chinese concern exclusively, and employ about 6,000 men with an outpout of 2,500 tons per day. || At Shan-hai-Kuan are situate the shops

for girder building in full working order, where appliances and hands are employed capable of turning out about 6,000 tons of girder work per annum. The value of the principal workshops, including machinery, stores, and spare parts, is estimated by Mr. Kinder as under:—

		Taels.
Fengtai—Repair shops for rolling stock . .	value	60,000
Tangshan—For construction and repairs . .	„	400,000
Shan-hai-Kuan—For girder building . . .	„	200,000
Total value . .	„	660,000

Rolling Stock.

The rolling stock is built somewhat after the best American types, and designed by the Engineer-in-chief with a boldness of conception unhampered by the settled conservatism of the home railways. Particularly in the freight trains is the contrast so remarkable between the North China trains of 40 to 50 30-ton cars, and the freight trains on the home lines of a fifth or sixth of this capacity. The heavy freight and passenger locomotives number 34, and the tighter types for auxiliary work 22. The vehicles of all denominations number 1,545. The passenger cars consist of two classes, with the exception of mail trains (Peking-Tien-tsin), on which there is extra first-class accommodation provided aboard the postal cars. The passenger coaches are built on the American principle, having through passage and end platforms. They are 60 feet long, carried on bogies, the second class accommodating 90 passengers each. In the freight stock the 30-ton capacity long-frame bogey cars are a special feature, and are availed of to the utmost. Westinghouse air-brakes are on all express trains, and hand-brakes on the freight cars.

Imperial State Car.

It may be mentioned incidentally, as a sample of Tiangshan work, that the principal Imperial State car is 75 feet long, 10 feet wide, and 15 feet high from rails, carried on two bogies, each resting on six 42-inch wheels, electric light from axle, Stone's patent steam-heating, Westinghouse air brakes, and the general design, workmanship, and finish are of the highest order. The locomotive engineers, inspectors, and passenger drivers are British, as are also the traffic manager and principal conductors. The Secretarial Department, Directorate, and such accountancy as exists are exclusively Chinese. The privilege of appointing an English accountant of your choice, and to be, in effect, under your control, is to be made a condition of your Agreement, and this fact, in itself, enabling you, as it will, to publish certified periodical traffic Returns, should be regarded with satisfaction, and I may add that it is indicative of the bonâ fide action, spirit of liberality, and business-like capacities which characterize the present heads of the Imperial Railway Department.

Nr. 12104. China. 8. Okt. 1898.

Capital Cost of Line.

The capital cost of the existing railway property, including the 40 miles outside the Great Wall, is put down by Mr. Kinder at 16,000,000 taels. || Owing to the Chinese method of book-keeping this amount cannot be subdivided or appertioned. || At present the Engineer-in-chief requires a considerable sum for renewals and repairs, and to develop still further the efficiency of the line, but it is well, at the same time to point out the enormously enhanced value of the wharf and land property.

New Extensions.

The new extensions proposed to be built out of the proceeds of this loan extend from Chung-hou-so to Ying Kau, with branch to Sin-min-ting, and make a total length of 258 miles in all, of which you are to have an unalienable interest collateral with the mortage. || For 90 miles of these extensions beyond Chung-hou-so the line has been partially constructed; and the earthworks and bridges, particularly for a length of 70 miles to Kinchou city, are in a forward state. The remainder of the extensions to Ying-Kau and Sin-min-ting, which are untouched, save in respect of my preliminary surveys, traverse principally an alluvial plain, and although involving heavy waterways and flood openings, offer no very serious engineering difficulties. The plain is exclusively agricultural, and is thickly peopled with a settled and prosperous peasantry. The soil is rich, free to work, and very productive. No actual figures can be given as to the rural population or area under cultivation. The country is thickly studded over with large villages and marked towns, and is plentifully intersected by highways, and for the greater part of the route few countries outside China can compare with it in the extent to which its available surface is tilled. || Sin-min-ting, the northern objective point, is a large native settlement, and the centre of a very extensive grain trade, principally supplied from the western watershed of the Liao-ho. || The cart traffic through all these districts is very heavy, and there can be no doubt that in a country yielding such a volume of road traffic, a railway offering the facilities of a speedier and cheaper transit will, as on the lines in operation, be availed of to the utmost.

Traffic generally.

The railway accounts being in the hands of Chinese officials, and kept according to Chinese ideas, it is impossible to obtain figures to establish a definite traffic Return of the usual kind, and even if any figures were obtainable it would obviously be more satisfactory to rely upon personal observation and the experience of those who have been connected with the railways from their commencement, and who have watched, during their career, the development of every phase of their existence. || In addition to actual knowledge of the heavy traffic carried over the line, I have the statement

of Mr. Kinder, who, as the founder of the railways, and under whose guidance and initiative the lines have been built and worked, and than whom no European knows more about the railway and other commercial resources of North China. || Mr. Kinder states that for the lines in operation, including the 40 miles outside Wall, "the annual receipts will average 2,000,000 taels, and the working expenses, 1,200,000 taels." || This, at the present rate of exchange, means, in round figures:—

	Taels.		£
Annual receipts	2,000,000	=	266,666
Working expenses	1,200,000	=	160,000
Balance—Net receipts . .	800,000	=	106,666

This balance would yield a clear $5^1/_3$ per cent. on a loan of 2,000,000 l., and it may be remarked that this result is obtained notwithstanding the fact that the line stops short 40 miles outside the Great Wall at a merely insignificant place en route for the objective points of Ying Kau and the centres of grain trade in the North—so that as at present working at least 100 miles of the line cannot be said to be earning anything like what it should command if its objective points had been reached. || A knowledge of the volume of passenger and goods traffic carried over the lines is quite sufficient to convince any one accustomed to the working of railways that with proper management the foregoing is a moderate estimate of the earning power of the line. || The port of T'ang Ku with the very important distributing centres of Tien-tsin and Peking—the coal mines of T'angshan, the military forts and encampments at Taku and Lutai; the rising watering place and sanitorium for foreign settlers at Pei-tai-ho so extensively patronised, together with the facts of the people being everywhere anxious to avail themselves of the facilities of transit afforded them, the vast population to be served, and the general recources of the country to be dealt with, offer on the whole the best possible guarantee for the remunerativeness of judicious expenditure on railway accommodation. || It may be of interest to remark that the climate of Manchuria is thoroughly healthy—our nearest home parallel being Canada: a rainless winter, cold but delightfully dry, bright and brisk; very little snow—the spring and fall of the year being exceptionally temperate, and only a short period of summer forming the rainy season in which the heat is at all oppressive. || With regard to the prospects of traffic on the extensions (in which your Board is to have a collateral interest), it may be said that they are at least quite as good as on the lines in operation. || The country north-east of the city of Kin-chou, forming the lower watershed of the Ta-ling Ho and Liao Ho, is an immense fertile plain all under cultivation, and producing largely in excess of its local requirements. || The trend of trade in this extensive agricultural district bounded on the north by the waters of the Liao Ho is all towards Ying Kau and inside Wall. || In addition to the ordinary sources of railway traffic in

Nr. 12104. China. 8. Okt. 1898.

the country, there is in prospect the development of a very large coal traffic from the Nau Piao Coal Mines, situate some 30 miles north-west of our extension line from Kiao-chau. It is intended to connect these with our line by a branch, later on, and to work them as a separate undertaking; but as you are at present only interested in these to the extent of their value as a source of railway traffic, it will suffice to quote Mr. Kinder on these and extension traffic generally where he says:— || "I am confident that the opening up of the (Nau Piao) mines and others near to will have a splended future, as the demand for this fuel is rapidly increasing all along the China coast, while a large native consumption is assured when a cheaper means of transport will be provided by the railway. Sin-min-ting it the centre of an important grain trade, most of which will go west by rail or to Ying Kau for shipment to Japan and the China coast. I have, therefore, no doubt at all that these (extension) lines can, when once in full working order, say, two years after opening for traffic, pay 4 per cent. interest on the outlay incurred." || I may remark that the earning power of these extensions is estimated by Mr. Kinder with a large margin of reserve or high factor of safety, so very commendable in dealing with a railway in its infancy in a new country and constituting a new enterprize, in spite of all the evidence that exists to warrant the presumption of a more liberal return. || The produce and requirements of this country to the south and west of the Liao Ho form an important factor in the trade of Ying Kau, and when the coal of Nan-Piao (which there is nothing in North China to equal in quality and in facility of access) will be secured, a very large trade may be anticipated. || In view of the extensive requirements of traffic to the sea-port, a very fine site of 1,000 acres with deep water frontage for wharves, &c., has been obtained on the western bank of the Liao Ho at Ying Kau. || I may add, in conclusion, a résumé of the points affecting the security for the loan: | The security to be offered for the loan now under negotiation is— || 1. A mortgage of $257^1/_2$ miles of railway (plus the earnings of a further 40 miles) all in operation, and including rolling-stock and all appurtenances belonging to a railway system in a sound and thriving condition, and with an estimated earning power more than sufficient to pay interest on the loan. The capital sterling cost of this part of the security alone is considerably in excess of the amount of the loan required. || 2. The loan now sought is to be applied to the building of 258 miles of new extensions, and to the improvement of portions of the existing line, additional workshops and wharfage, accommodation, &c., and the profits arising from all this expenditure—the distribution of which is secured under British control and management—are estimated to amount to at least another 4 per cent., forming on the whole an aggregate security of over 9 per cent. on the amount of your loan, accruing from a property upon which over 4,000,000 l. will have been expended. || 3. To the foregoing is to be added an Imperial guarantee for the payment of interest and

repayment of principal. || Should you want information upon any other phase of the subject, I shall be most happy to supply it before my return to China. Nr. 12104. China. 8. Okt. 1898.

James Ginnell, District Engineer, Imperial Chinese Railways.

To the Chairman and Directors, British and Chinese Corporation, Limided, 3, Lombard Street, London, E.C.

Nr. 12105. GROSSBRITANNIEN und CHINA. — Vertrag zwischen dem Hongkong- und Shanghai-Bankkonsortium und der Verwaltung der Eisenbahnen Nordchinas.

10. Oktober 1898.

This Agreement is made between his Excellency Hü, Governor of Peking, as Administrator-General of the Railways of North China within and without Shan-hai-Kuan, acting under the authority of the Imperial Chinese Government, hereinafter called the "Administrator-General," of the one part, and the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, for themselves and on behalf of the British firm of Jardine, Matheson, and Co., representing as joint agents the British and Chinese Corporation (Limited), hereinafter called the "Corporation," of the other part: || Whereas, on the 7th day of June, 1898, being the 19th day of the 4th month of the 24th year of the Emperor Kuang-Hsü, a preliminary Agreement was signed at Peking between the Administrator-General and the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, representing a British Syndicate, for a sterling loan for the equivalent of about 16 000 000 taels for the construction of a railway line from Chung-hou-so to Hsin-ming-t'ing and a branch line to Ying-tsu, and for the redemption of existing loans made to the Tien-tsin-Shan-hai-Kuan and Tien-tsin-Lucouchiao Railway lines; and || Whereas in terms of the preliminary Agreement a period of three months from its date was allowed to the Syndicate to accept or decline its conditions; and || Whereas the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, before the expiration of the period named, duly notified the Administrator-General that it is prepared, with certain modifications, to arrange the issue of the loan upon the conditions named in the preliminary Agreement: It is now agreed as follows: — || 1. The Corporation agrees to issue on behalf of the Administrator-General a sterling loan for the amount of 2 300 000 l., the proceeds of which are to be applied in the order following: — || (1.) To the redemption forthwith or at maturity of the loans and advances specified in the statement attached to this Agreement which have been made by foreign banks to the Tien-tsin-Shan-hai-Kuan and the Tien-tsin-Lucouchiao Railway lines. The Administrator-General hereby certifies that the total amount of the liabilities due by the lines named does not exceed the sum of 3 000 000 taels. || (2.) To the carrying out within a period of three years from the date of this Agreement of certain improvements and additions to rolling-stock on the existing lines between Peking and Shan-hai-Kuan, re- Nr. 12105. Grofsbritannien u. China. 10. Okt. 1898.

Nr. 12105. Großbritannien u. China. 10. Okt. 1898.

commended by the European Chief Engineer, and estimated by him to cost about 1 500 000 taels. || (3.) To the construction of a railway line from Chung-hou-so to Hsin-ming-t'ing, and one from a point on that line near Shih-san-chan to Ying-tzu, and of a branch line from Nu-erh-ho to the collieries of Nanp'iao. || The Administrator-General engages that the construction of the new lines here specified shall be completed within a period of three years from the date of this Agreement. || 2. In the event of the proceeds of this loan being insufficient for the completion of the new lines here specified, the Administrator-General will provide or will arrange with the Imperial Government of China to provide funds from other sources sufficient to complete their construction. || 3. This loan shall be a first charge upon the security of the permanent way, rolling-stock, and entire property, with the freight and earnings of the existing lines between Peking and Shan-hai-Kuan, and on the freights and earnings of the new lines when constructed. The Administrator-General shall, during the continuance of this loan, maintain the railway buildings, works, rolling-stocks and dependencies in good order and condition, and shall increase the rolling-stock from time to time to such extent as shall be necessary for the requirements of the traffic. || Should it be decided hereafter to construct branch lines or extensions connecting with the lines herein named, their construction shall be undertaken by the Railway Administration, and should the funds of the Railway Administration be insufficient for that purpose, it shall apply to the Corporation for the same. || 4. The principal and interest of this loan are guaranteed by the Imperial Government of China, and in the event of default in payment of interest or repayment of principal at due date, the Corporation shall immediately notify the Imperial Government of China thereof, and the Imperial Government of China will thereupon provide the funds necessary to meet such payment in sterling in London. In the event of the Imperial Government of China being unable to provide the funds necessary to meet a payment of interest or principal when called upon by the Corporation to do so in terms of this clause, the said railway lines and entire property shall thereupon be handed over to representatives deputed by the Corporation to manage, on their behalf, until principal and interest of the loan have been redeemed in full, when the management will revert to the Railway Administration. It is provided that should arrears of interest or principal be for a small sum, and it appears desirable to the Corporation to extend the due date of their payment for a term not exceeding three months, it shall be open to the Corporation to do so. || This arrangement, which differs from other contracts in that the Administrator-General retains control of the railway lines so long as the principal and interest of this loan are regularly paid, has been agreed to in consequence of the friendly relations which have long existed between the Contracting Parties.

5. No further loan shall be charged upon the security named above, except through the Corporation, until this loan is redeemed, and the Tsung-li

Yamên will hand to the British Minister in Peking a written undertaking on behalf of the Imperial Government of China that the railway lines named in this Agreement shall never be alienated or parted with. || 6. During the currency of this loan the Chief Engineer of the railways shall be a British subject. The principal members of the railway staff shall be capable and experienced Europeans, who shall be, as at present, appointed by the Administrator-General of the Railways, and may be, in the event of their misconduct or incompetency, dismissed after consultation with the Chief Engineer. || If there are Chinese with sufficient engineering or traffic experience they may be appointed as well as Europeans. || Should it be necessary to appoint a new Chief Engineer, such appointment shall be made in consultation with the Corporation. || In addition to the above, a capable and efficient European Railway Accountant shall be appointed, with full powers to organize and direct the keeping of the railway accounts, and to act with the Administrator-General and the Chief Engineer of the railway in the supervision of receipts and expenditure. || 7. The railway lines named in this Agreement being Imperial Chinese Government lines, in the event of war or famine, Chinese Government troops and grain may be transported over the lines free. || 8. All receipts and earnings of the lines herein specified shall be paid into the credit of the Railway Administration with the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, Tien-tsin, together with 50 000 taels annually, payable under the Board of Revenue's arrangement approved by the Throne, by each of the Provinces of Shansi, Shensi, Honan, and Anhui, for railway purposes for ten years. || All expenses of working and maintaining the lines will be paid from their receipts and earnings, the remainder of which, together with the provincial funds above named, shall then be charged with the service of this loan. Payments of interest and repayments of principal shall be made in equal monthly instalments, and in accordance with the amounts and dates of a yearly Schedule, which will be furnished to the Administrator-General by the Bank. These payments shall be made by the Administrator-General to the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, Tien-tsin, in Hongp'ing sycee sufficient to provide the sterling amount due to the bondholders in terms of the prospectus of the loan, the rate of exchange for these payments being fixed by that Bank as each such payment becomes due. In reimbursement of expenses incurred in connection with the distribution of the service to the bondholders of the principal and interest of the loan, the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, Tien-tsin, shall receive from the Railway Administration a commission of $^1/_4$ per cent. on the annual loan service, which will be included in the yearly Schedule for the same. || 9. The term of the loan shall be forty-five years, and, subject to the modification mentioned hereinafter, repayment of principal shall be made, so far as regards the bondholders, in forty equal annual instalments, commencing with the sixth year. || 10. Interest on the loan shall be charged at the rate of 5 per cent. per annum on the

Nr. 12105. Grofsbritannien u. China. 10. Okt. 1898.

nominal principal, and shall be calculated on the balance of such principal at any time outstanding, payments of interest being made by the Administrator-General in accordance with the amounts and dates specified in the yearly Schedule to be provided. || 11. The loan will be redeemed by anuual drawings in London as provided for in the prospectus. Besides the drawings as provided for, the Administrator-General may, on giving three months' notice to the Corporation, call for extra drawings to be held, for any amount. Bonds so drawn to be redeemed by the Railway Administration at 20 per cent. premium on their par value. Any such extra drawings must take place on the date of the ordinary drawing provided by the prospectus. || In the event of such extra drawings taking place, subsequent payments of interest will be adjusted in the yearly Schedule to be provided, but repayments of principal shall continue unaltered in terms of clause 9 of this Agreement until the loan is redeemed. || The Imperial Government of China hereby engages that this loan shall not be redeemed or converted otherwise than as herein provided.

12. The price agreed upon for this loan is 90 per cent. net of the nominal principal, but should an unfavourable state of the market prevail at the time of issuing the prospectus, the Corporation is hereby authorized to reduce the price of the loan, at its own discretion, to not less than 88 per cent. net to the Railway Administration. || 13. The Corporation are hereby authorized to issue to subscribers to the loan bonds for the total amount of the loan in pounds sterling, in such form and for such amounts as shall appear desirable to the Corporation, and the Minister for China in London will seal all such bonds with his official seal, as evidence that the Imperial Government of China is bound thereby. Each such bond shall bear the following clause: — || "The Imperial Government of China, pursuant to an Imperial Edict, dated , unconditionally guarantees and declares itself responsible for the payment of the principal moneys and interest hereby secured, and in faith thereof it has specially authorized the Chinese Minister in London to seal this bond with his official seal." || 14. All bonds and coupons and payments made and received in connection with this loan shall be exempt from Chinese taxes and imposts for ever. || 15. All details necessary for the prospectus and connected with the service to the bondholders of the interest and repayment of principal of this loan, not herein explicitly provided for, shall be left to the arrangement of the Corporation, who are hereby authorized to issue a prospectus of the loan as soon as possible after the signing of this Agreement. || The Tsung-li Yamên will instruct the Chinese Minister in London to co-operate with the Corporation in any matters requiring conjoint action. || 16. The loan shall be issued to the public as soon as possible after the signing of this Agreement, and shall date from the first day of the month of its issue. Payment of the entire proceeds will be made in London to the order of the Administrator-General not later than

the 31st day of March. 1899; of the above proceeds, the Corporation will advance to the order of the Administrator-General in London, on or before the 31st day of October next, the sum of 250 000 l.; this advance will bear interest at the rate of 5 $^1/_2$ per cent. per annum until such time as the first instalment of the loan proceeds shall be available, when it shall be deducted from those proceeds by the Corporation. || 17. In the event of an unfavourable state of the market rendering the issue of this loan, and the payment of its proceeds to the Railway Administration impossible on the terms named without loss to the Corporation, the Corporation shall be granted such extension of time for the performance of its contract with the Administrator-General as the circumstances demand, any advances or instalments of proceeds already made to the Railway Administration being in that case treated as regards payment of interest, repayment of principal, security, and Imperial Chinese Government guarantee in terms of this present Agreement, and as forming part of the principal amount of this loan. Similar extension of time for the issue of this loan and payment of its proceeds shall also be granted in the event of the Deutsch-Asiatische Bank, Berlin, objecting to its issue before the month of April next, in accordance with the terms of clause 9 of the Agreement for the Chinese Imperial Government 4 $^1/_2$ per Cent. Sterling Loan of 1898. || 18. Immediately after the signature of this Agreement, and before the issue of the prospectus of the loan to the public, the Administrator-General will memorialize the Throne and obtain an Imperial Edict confirming and sanctioning the provisions of this Agreement, the Imperial Edict so received being then communicated officially and without delay by the Tsung-li Yamên to the British Minister in Peking. || 19. The Corporation may, subject to all its obligations, transfer or delegate all or any of its rights, powers, and discretions to any British Company, Directors, or Agents, in consultation with the Administrator-General, with or without power of further transfer and sub-delegation. || 20. This Agreement is executed in quadruplicate in English and Chinese, one copy to be retained by the Administrator-General, one by the Tsung-li Yamên, one by the British Minister in Peking, and one by the Corporation. Should any doubt arise as to the interpretation of the contract, the English text shall be accepted as the standard. || Signed at Peking by the Contracting Parties this 25th day of the eighth month of the twenty-fourth year of the Emperor Kuang-Hsü, being the 10th day of October, 1898, Western Calendar.

Statement of Loans and Advances by Foreign Banks to the Imperial Railways Administration to be redeemed in terms of this Contract.

By the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation:—

2nd November, 1894, to Shan-hai-Kuan Section .	Hongp'ing taels	200 000
23rd October, 1896, to Lucouchiao Section . . .	„	400 000

Nr. 12105. Grofsbritannien u. China. 10. Okt. 1898.

8th June, 1897, to Lucouchiao Section	Kuping taels	300 000
8th June, 1897, to Railway Bonds	„	140 000
3rd December, 1897, to Peking Section	„	200 000
By the Russo-Chinese Bank: —		
One due January 1900	Hongp'ing taels	200 000
One repayable by monthly instalments of 10000 taels, commencing 1898	„	400 000
By the Deutsch-Asiatische Bank: —		
One due spring 1899, 90 000 l. say	Hongp'ing taels	700 000

Nr. 12106. GROSSBRITANNIEN und CHINA. — Konzessionsvertrag über die Nan P'iao-Kohlenwerke.

10. Oktober 1898.

Nr. 12106. Grofsbritannien u. China. 10. Okt. 1898.

This is an Agreement between his Excellency Hu, Governor of Peking, Administrator-General of the Railways of North China, within and without Shanghaikuan, hereinafter called the "Administrator-General", of the one part, and the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation, for themselves and on behalf of the British firm of Jardine, Matheson, and Co., representing as joint agents the British and Chinese Corporation (Limited), hereinafter called the "Corporation", of the other part.

1. The Administrator-General having purchased the coal mines known as Shang P'iao, Chung P'iao, and Hüa P'iao, at Nan P'iao, in the district of Ch'ao Yang, now enters into an Agreement with the Corporation to operate the same on joint account. Any other mines in the neighbourhood of the above, or of the railway line between Nu-erh-ho and Nan P'iao, and between Nan P'iao and Chinchou that may subsequently be acquired by purchase or otherwise by the Administrator-General, shall also come under the terms of this Agreement for operation either on joint account or by the Corporation alone, it being always provided that all operations under the terms of this Agreement are optional to the Corporation, and subject to a favourable report from its Mining Engineer. || 2. The Corporation shall send its own Mining Engineer as soon as possible to examine the property acquired, and will indicate, after consultation with the Administrator-General and the Chief Engineer of the Railway Administration, the points at which it is desirable to sink shaft and commence operations. The Mining Engineer of the Corporation will also make a survey of the whole area above named, with a view to the extension of operations, and on the receipt of his Report upon the same, the Administrator-General will take immediate steps for the purchase of the necessary property at the points recommended in the Report. No compulsion shall be used in the purchase of such property if the owner refuses to part with it, but in such case it will be arranged that the Administrator-General shall have the first refusal thereafter. || 3. An estimated

capital of 1,000,000 Hongp'ing taels for the opening and working of the mines shall be provided in equal shares by the Administrator-General and the Corporation, either by private subscription, the public issue of script, or in such other manner as each party may deem necessary in its own interests. Of the estimated capital of 1,000,000 taels the sum of 125,000 taels shall be deposited by the Corporation at the Hong Kong and Shanghae Bank, London, in £ sterling not later than the 30th November, 1898, and the sum of 125,000 taels shall be deposited by the Administrator-General at the Tien-tsin branch of the same bank on or before the same date. The balance of the estimated capital, namely, 750,006 taels, shall be similarly provided in equal shares by each party not later than the 30th November, 1899. All such deposits shall be held by the bank to the order of the Corporation for the purchase of plant and the opening and working of the mines. Should an increase of capital be found necessary later on, it shall be similarly provided in equal shares by the Administrator-General and the Corporation. || 4. The construction of the branch line from Nu-erh-ho to the Nan P'iao colleries will be carried out by the Administrator-General in terms of his Agreement with the Corporation for the Shanghaikuan-Newchwang main line and dependencies.

5. All matters of exploitation, administration, employés, and finances shall be undertaken by the Corporation in co-operation with the Administrator-General of Railways. || 6. The mines shall have one foreign Manager, appointed by the Corporation, and one Chinese Manager, appointed by the Administrator-General; the foreign Manager will control the works, and the Chinese Manager will attend to all questions between natives and foreigners. || Accounts shall be kept on the foreign system by an European Accountant. || All receipts and payments of money will be controlled by the foreign Manager, and audited by the Chinese Manager. || Chinese shall be employed in the mines as much as possible, and where aptitude is shown, opportunity will be given to Chinese to fit themselves for posts of responsibility. || 7. The royalty and taxes to be paid by the mines are restricted to the following: — || (1.) To the Taotai of Jehol an annual fee of 15 taels. || (2.) To the Imperial Government of China a royalty of 5 per cent. of the output of coal, or its value, at the pit's mouth. || (3.) To the Mongolian Chief of the district a commuted payment of 1,500 taels per annum. || (4.) Duty payable by the Shang, Chung, and Hsia P'iao mines, amounting to a total sum of 790 taels per annum.

8. Machinery and materials required for the use of the mines shall pay one customs duty and a-half on importation, in accordance with the Regulations of the Haiping mines, and shall thereafter be free from all li-kin or other imposts whatever. The products of the mines when exported from a seaport, shall pay export duty according to the Customs Tariff on the produce of Chinese Government mines. || 9. The Railway Administration agrees to carry over its lines the output of the mines at rates not exceeding a basis of 720

Nr. 12106. Grofsbritannien u. China. 10. Okt. 1898.

big cash per ton from Nan P'iao to Nu-erh-ho up to a monthly tonnage of 30,000 tons, anything above that quantity to be carried at 25 per cent. discount on this Tariff, and 10 big cash per ton per mile on the main lines. These rates include conveyance of the coal from the junction of colliery sidings to the Mining Company's yard at Yingkou, the filling and discharge of cars being done by the Mining Company. These rates may be modified from time to time by arrangement between the Administrator-General, the Chief Engineer of the Railways, and the Corporation; cases of dispute shall be referred to an arbitrator to be agreed upon by the parties concerned, and so far as they refer to the handling of coal at the mines, wharves, docks, &c., the rules of the Haiping mines shall be taken as a precedent. || 10. In consideration of the special transport rates given by the Railway Administration to the Mining Company, that Company will provide fuel to the railway at the following rates: — || (1.) Best hand-picked lump coal for locomotives, 4,000 big cash, free in cars, per ton at colliery. || (2.) Ordinary lump coal for stationary boilers, &c., 3,000 big cash, free in cars, per ton at colliery. || (3.) Small coal for kilns and tank heating, 2,200 big cash, free in cars, per ton at colliery. || (4.) Best coke, 8,000 big cash, free in cars, per ton at colliery. || Other qualities to be arranged on the above basis of charges, as may be from time to time necessary. || 11. In matters of compensation to miners for injuries, of limit of working hours, &c., the Corporation shall be guided by European and American Mining Regulations bearing on these questions, so far as these are applicable. || 12. Should the Corporation desire to issue a prospectus for the mines and invite subscriptions from the public at any time, the Administrator-General will grant his official seal to such documents as may be necessary for the ratification to the public of the Corporation's rights. || 13. Wherever it shall be necessary to construct roads, bridges, or accessories necessary for the working of the mines, or for the transport of their produce, the Corporation will notify the Administrator-General, who shall thereupon make prompt arrangements with the local officials to facilitate the carrying out of the same. || 14. At the end of every half-year, an account of profit and loss, signed by the foreign and Chinese Managers, shall be rendered to the Administrator-General. All the working expenses of the mines, deterioration of plant, salaries of Europeans and Chinese staff, the royalty and taxes on output, customs import and export dues, and disbursements of every nature shall be placed to the debit of this account, the net balance of which, if a profit shall be shared equally by the Administrator-General and the Corporation, if a loss, will fall equally on both parties. || 15. Immediately after the signature of this Agreement the Administrator-General will memorialize the Throne, and obtain an Imperial Edict confirming and sanctioning the provisions of this Agreement. || The Imperial Edict so received will be then communicated officially and without delay by the Tsung-li Yamên to the British Minister at Peking, that he may take the

usual steps with regard to commercial undertakings. || 16. This Agreement is executed in quadruplicate, in English and Chinese, one copy to be retained by the Administrator-General, one by the Tsung-li Yamên, one by the British Minister at Peking, and one by the Corporation. Should any doubt arise as to the interpretation of the contract the English text shall be accepted as the standard. Nr. 12106. Grofs-britannien. 10. Okt. 1898.

Signed at Peking by the Contracting Parties this twenty-fifth day of the eight month of the twenty-fourth year of the Emperor Kuang Hsü, being the tenth day of October, one thousand eight hundred and ninety-eight, Western Calendar.

(Seal of the Railway Administration.)
(For the Hong Kong and Shanghae Banking Corporation),
(Signed.) E. G. Hillier, Agent.
Attorney for the British and Chinese Corporation (Limited).

Nr. 12107. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Finanzminister Witte über die chinesische Eisenbahnfrage.

St. Petersburgh, November 2, 1898. (November 7.)

(Extract.) || I have had the first opportunity of conversation with M. de Witte, who was good enough to call on me yesterday. || I told his Excellency that both Count Mouravieff and Count Lamsdorff had expressed a wish that I should have an early opportunity of learning from himself his views of the proposed base of Agreement between our Governments on the question of railway concessions in China, as the details of this question more particularly concerned his Department as Finance Minister, and that they had encouraged me to speak frankly and openly with him on this subject. || I said that his Excellency was already aware that the sole aim of Her Majesty's Government in this question was to retain, for our trade and enterprise in China, equal opportunities, with a fair field and no favour, and that the object of the proposed Agreement was to prevent the development of the commerce and enterprise of both countries being blocked by the exercise of foreign diplomatic influence at Peking, in opposing the grant of railway concessions or loans for their construction, or by the creation of artificial barriers such as differential treatment or preferential railway rates in favour of any particular nation. || The idea, as I understand it, being that it was quite possible to reconcile the respective interests of the private enterprise of both countries which seemed to be mainly concerned with separate geographical spheres of action by mutual agreement and concessions, without the necessity of making their rival schemes the subject of irritating diplomatic questions between the two Governments. || M. de Witte said he entirely shared this view, and he desired to Nr. 12107. Grofs-britannien. 2. Nov. 1898.

Nr. 12107. Grofsbritannien. 2. Nov. 1898.

assure me, as he had often assured Sir Nicholas O'Conor, that there was nothing he had more at heart that the establishment of a thoroughly sincere and satisfactory understanding, and of frank and friendly relations between Russia and Great Britain on this and on all other questions. || These views were not merely platonic or disinterested personal views — these were those firmly impressed on him in his position as Russian Minister of Finance; he had absolute need of a good and frank understanding between Russia and England, the greatest commercial nation in the world, and the continuance of any unsatisfactory relations or misunderstandings between the two countries or their Governments was a positive injury to the real interests of Russia, and a grievous impediment in his way as Minister of Finance. || "We must also remember," he said, "that we are not alone in seeking railway concessions in China, and the delimitation of spheres of interest, unless part of a general international agreement, might give rise to difficulties, as our respective banks might lend their assistance to foreign enterprises, and while keeping ostensibly to the letter violate the spirit of the Agreement between the Governments, and even in the event of strained relations between the two nations in other parts of the world, some loophole might be found in the wording of this Agreement to take advantage of, and exercise, counter-pressure."

Nr. 12108. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Ratifikation von Nr. 12106 und 12107.

Peking, December 10, 1898. (December 10.)

Nr. 12108. Grofsbritannien. 10. Dez. 1898.

(Telegraphic.) || The ratification of the Agreements concerning the railway and coal mine, mentioned in my telegram of the 11th October, took place, the former on the 27th ultimo, and the latter the day before yesterday.

Nr. 12109. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Murawiew beschwert sich über das Vorgehen Englands in China.

St. Petersburgh, February 1, 1899. (February 1.)

Nr. 12109. Grofsbritannien. 1. Feb. 1899.

(Telegraphic.) || Count Mouravieff, who on Monday had held out hopes to me of being in a position to communicate to me a formula of Agreement respecting China to-day, went down yesterday to see the Emperor again on the subject. While there a telegram was received from China reporting that our Legation at Peking had taken some strong action connected with some claim at Newchwang hostile to the interests of Russia in the Manchuria Railway line. || This action, at a moment when our negotiations were approaching a satisfactory conclusion, greatly disturbed and surprised the Emperor, who ordered Count Mouravieff not to go any farther with the negotiations

until particulars and explanations had been obtained through the Russian Ambassador in London and myself. || I replied that I had no knowledge of any claim being pressed at Newchwang, and that I was at a loss to understand what action was alluded to, but that inquiries would at once be made. || In Count Mouravieff's opinion the claim was evidently a very serious one, and he said that the information was official, and came apparently from the Tsung-li Yamên. He could not tell me whether explanations had been sought from Sir Claude MacDonald by the Russian Minister at Peking.

Nr. 12109. Grofsbritannien. 1. Feb. 1899.

Nr. 12110. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Peking. Verlangt Auskunft über das Vorige.

Foreign Office, February 2, 1899.

(Telegraphic.) || Can you explain what is referred to in Sir C. Scott's telegram of the 1st February, repeated to you? Have you made any demand of the Tsung-li Yamên within the last three weeks connected with Newchwang which is likely to exasperate the Russians? || Please let me have a full report on the matter.

Nr. 12110. Grofsbritannien. 2. Feb. 1899.

Nr. 12111. RUSSLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Petersburg. Vorschlag über das Abkommen.

Ministère des Affaires Etrangères, Saint-Pétersbourg, le 26 Janvier (7 Février), 1899.

M. l'Ambassadeur, || Le Ministère Impérial n'a pas manqué de soumettre à un examen approfondi les propositions que le Gouvernement Britannique lui avait adressées dès l'année dernière en vue d'établir entre les deux Puissances un accord destiné à écarter les causes de conflits que faisaient naître depuis quelque temps les compétitions de leurs sujets respectifs dans les affaires économiques de la Chine, devenues si importantes depuis que le Gouvernement de Pékin s'est décidé à favoriser la construction de chemins de fer sur son vaste territoire. || La nature même des questions si compliquées soumises à cet examen ne nous a pas permis de formuler des propositions précises et définies, pouvant répondre pleinement au but de conciliation qui avait motivé de part et d'autre les négociations dont il s'agit. Désirant toutefois ne pas retarder l'établissement d'un accord de principe qui constaterait la ferme décision de la Russie et de la Grande-Bretagne d'éviter tout antagonisme, en travaillant, dans un esprit de paix et de conciliation, au développement de leurs intérêts industriels et commerciaux en Chine, le Gouvernement Impérial est d'avis qu'on ne saurait pour le moment mieux faire que de s'arrêter, en ce qui concerne les affaires de l'Extrême-Orient, aux propositions précitées. || Si le Gouvernement de Sa Ma-

Nr. 12111. Grofsbritannien. 26. Januar / 7. Feb. 1899.

Nr. 12111. Grofsbritannien. 26. Januar 7. Feb. 1899.

jesté la Reine partageait cet avis, il serait possible, sans toucher prématurément à des questions spéciales et de détail, qui pourrait être réglées au fur et à mesure que la nécessité s'en présenterait, d'établir dès aujourd'hui les grandes lignes d'un accord sur la base de la répartition de la prépondérance d'intérêts dans les sphères de gravitation économique ou géographique de chacune des deux Puissances. Et puisque ce sont surtout les questions relatives à la construction et à l'exploitation de chemins de fer en Chine qui occupent dans le moment actuel les Cabinets de Saint-Petersbourg et de Londres, il serait naturel de commencer par s'entendre à ce sujet. || On pourrait ainsi convenir tout d'abord: — || 1. Que la Russie ne contrecarrerait pas les entreprises de chemins de fer de la Grande-Bretagne dans le bassin du Yan-Tze; et || 2. Que la Grande-Bretagne de son côté ne contrecarrerait pas les entreprises de la même nature de la Russie au nord du Grand Mur de Chine. || Une entente sur cette base semblerait d'autant plus facile à établir, qu'elle rentrerait dans les cadres des propositions qui nous avaient été faites par le Gouvernement Britannique il y a un an, et qu'elle répondrait à l'idée de la délimitation des sphères d'intérêts, idée que le Marquis de Salisbury regrettait récemment de ne pas voir servir de base aux négociations engagées. || Il va de soi que les deux Parties Contractantes, n'ayant nullement en vue de porter une atteinte quelconque aux droits souverains de la Chine, ainsi qu'aux Traités existants, ne manqueront pas de faire part au Gouvernement Chinois du présent Arrangement qui, en écartant toute cause de complication entre elles, est de nature à consolider la paix dans l'Extrême-Orient et à servir aux intérêts primordiaux de la Chine elle-même. || En attendant la réponse que votre Excellence voudra bien me donner au nom de son Gouvernment, je la prie, &c.

Comte Mouravieff.

Nr. 12112. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das Vorige.

Peking, February 9, 1899. (February 9.)

Nr. 12112. Grofsbritannien. 9. Feb. 1899.

(Telegraphic.) || Newchwang. || I have never, either verbally or in writing, supported to the Tsung-li Yamên any claim for an extension of our Settlement at the above port. || Had my intervention been necessary, however, I should not, of course, have hesitated to press the claim on the Chinese Government. || The extension obtained by Her Majesty's Consul contains no Russian-owned lots, and does not in any way interfere with the Russian railway. The former fact is more than the Russians can say with regard to British-owned property in their Concession at Hankow, and of this Count Mouravieff is aware. || The history of our extension is that the gradual washing away by the river of much of the old Settlement led to Her Majesty's Consul

to ask last June for an extension, which the Chinese authorities granted in December. The negotiations were carried through without any necessity arising for reference to me in the matter. || Simultaneously with our extension the Japanese obtained a Settlement which adjoins it.

Nr. 12112. Grofsbritannien. 9. Feb. 1899.

Nr. 12113. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Bemerkungen zu Nr. 12111.

Foreign Office, February 27, 1899.

Sir, || I have the honour to acknowledge your despatch of the 8th February, inclosing an official note from the Russian Foreign Office, in which are contained proposals for concluding an Agreement with Her Majesty's Government, with reference to certain railway questions in China. It is the outcome of communications which have extended over a considerable period, and of which the course has been repeatedly interrupted by accidental circumstances. The idea of an Agreement between the two countries upon the question of Chinese railways, as originally indicated by M. Lessar in August last, consisted in an undertaking that Russia should abstain from taking any share in obtaining or working Concessions in the region of the Yang-tsze; while a similar engagement was made by us with respect to Manchuria. || In the course of discussion it appeared to the Russian Government that it was difficult to phrase such an undertaking in terms sufficiently precise so as to meet all the contingencies that might arise, and Count Mouravieff now proposes that the engagement shall be confined for the present to the following undertaking: that Russia will not place obstacles in the way of the railway enterprises of Great Britain in the Yang-tsze Basin, and that Great Britain on her part will not place obstacles in the way of Russian enterprises of the same nature to the north of the Great Wall. Her Majesty's Government recognize that the Agreement in this form is of a considerably less extensive character than that which was originally contemplated at the beginning of these negotiations. The former proposal would have prevented England and Russia from supporting railways in Manchuria and the Yang-tsze respectively. The proposal now before us only imposes upon England and Russia the obligation of abstaining from opposing Russian and English railways in Manchuria and the Yang-tsze Basis respectively. Her Majesty's Government, however, are not disposed to take any objection to the proposal now made by Count Mouravieff on account of its more limited application. England and Russia will still each be bound to abstain from opposing the railway projects of the other in its own sphere of interest; but they are not bound each to abstain from projecting railways of its own in the other's sphere of interest. This latter method of opposition is not one that is likely in either case to be adopted; but it cannot be said to impose any special disadvantage on Great Britain. || I am glad to note that

Nr. 12113. Grofsbritannien. 27. Feb. 1899.

Nr. 12113. Grofsbritannien. 27. Feb. 1899.

in forwarding the proposal for this Agreement, Count Mouravieff speaks of it as recording "the firm decision of Great Britain and Russia to avoid antagonism by working in a spirit of peace and conciliation for the development of their industrial and commercial interests in China." His Excellency, as you reported to me, also observes that "It is well understood that the two Contracting Parties, having no intention whatever of infringing in any way the sovereign rights of China, or existing Treaties, will not fail to communicate to the Chinese Government the present arrangement, which, by removing all cause of complications between them, is by its nature calculated to consolidate the peace of the Far East, and serve the primordial interests of China herself." Her Majesty's Government heartily concur in the sentiments thus expressed to you on behalf of the Russian Government by Count Mouravieff, and they willingly recognize that though the Agreement which it is now proposed to sanction is not wide in its scope, and is not likely to be soon brought into practical operation by the course of events, so far as they can be at present foreseen, yet that it is an earnest of the pacific and friendly intentions of the two Governments, and that it will furnish a basis upon which further agreement can be founded, if any future cause of difference should make it necessary. || I intimated to your Excellency by telegraph on the 22nd instant, that Her Majesty's Government were prepared to concur in the general scope of this Agreement. || There was, however, in the Agreement as originally drafted and inclosed in your Excellency's despatch of the 22nd September last a clause providing that the line of railway from Shanhaikuan to Newchwang should be built, and, if necessary, by means of a loan from the Shanghae and Hong Kong Bank. || The question of the loan has now been settled, but it will still be necessary that words should be introduced into the present Agreement which will make it quite clear that its terms in no way affect the rights acquired by the Bank on behalf of the British and Chinese Corporation in their Agreement with regard to the above-mentioned line. Salisbury.

Nr. 12114. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Peking an den Minister des Auswärtigen. Einwendungen des russischen Gesandten gegen Nr. 12105.

Peking, February 28, 1899. (February 28.)

Nr. 12114. Grofsbritannien. 28. Feb. 1899.

(Telegraphic.) || The Yamên have informed me that on the 26th instant verbal objections were lodged by M. de Giers against the provision in clause 3 of the Northern Railways Agreement (vide inclosure in my despatch of the 11th October, 1898), which makes the loan a first charge on "freights and earnings of the new lines when constructed". The Russian Minister also objected to the following provisions in clause 6: "During the currency of the loan the Chief Engineer of the railways shall be a British subject . . . . Should it be necessary to appoint a new Chief Engineer, such appointment

shall be made in consultation with the Corporation . . . . A European Railway Accountant shall be appointed with full powers to organize and direct the keeping of the railway accounts." || M. de Giers said that these provisions were not in accord with the assurances which had been given in July 1898 to the Russian Chargé d'Affaires by the Chinese Government. || He also informed the Yamên that he would send them a complete statement containing his objections after he had thoroughly examined the loan prospectus which had been published. || I drew attention to clause 5, pointing out that the accountant and engineer were appointed by the Chinese Government, as the declared object of the assurances referred to was to prevent ownership or control of the new lines passing to foreigners.

Nr. 12114. Grofsbritannien. 28. Feb. 1899.

Nr. 12115. GROSSBRITANNIEN. — Der Ministér des Auswärtigen an den Gesandten in Peking. Antwort auf das Vorige.

Foreign Office, March 2, 1899.

(Telegraphic.) || Newchwang Railway Loan: Your telegrams of the 28th February. || The understanding between Russia and England of September which terminated by a compromise the then existing controversy between them in regard to the Newchwang Railway question superseded the Russo-Chinese Agreement, whatever may be the strained interpretation put upon the latter by the Russian Chargé d'Affaires and accepted by the Tsung-li Yamên in August last. || The terms of that understanding were — || "That the line Shanhaikuan-Newchwang shall be built, and, if necessary, by means of a loan from the Hong Kong and Shanghae Bank, but that the line in question is to remain a Chinese line under Chinese control, and not to be mortgaged to any non-Chinese Company." || I have to request you to point out to the Tsung-li Yamên that this Agreement does not support the protests of the Russian Minister for the employment of a European railway accountant and an English engineer does not constitute foreign control of the railway, and the charge on "the freights and earnings of the new lines when constructed" does not, in the event of default on the loan, involve possession or control of such lines. || The British and Chinese Corporation have given assurances as to this latter point, and they have been communicated to the Russian Government. || Her Majesty's Government will hold the Chinese Government responsible should they, in consequence of the representations made by the Russian Minister, repudiate, or fail to adhere to an Agreement formally and voluntarily entered into by them with the British subjects interested. || The Chinese Government will, on the other hand, receive the support of Her Majesty's Government in refusing to accede to any demands inconsistent with the arrangement made in September last between Russia and England. || Do your best to impress upon the Tsung-li Yamên these considerations.

Nr. 12115. Grofsbritannien. 2. März 1899.

Nr. 12116. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Instruktion der russischen Regierung an ihren Gesandten in Peking.

St. Petersburgh, March 8, 1899. (March 8.)

Nr. 12116. Grofsbritannien. 8. März 1899.

(Telegraphic.) || The following instructions, as communicated to me to-day by Count Mouravieff, have been sent to the Russian Minister at Peking by the Emperor's orders: — || "You will abstain from further explanations with Chinese Government on the subject of the Contract relating to the construction of the Newchwang Railway. The object of our observations was not to oppose the conclusion in England of a loan for the construction of this railway, but only to call the attention of the Chinese Government to the tendency it displays of not keeping its prior engagements with Russia. You are at liberty to show this telegram to your English colleague." || In reply to my question whether this meant that the Russian Government would no longer continue to object to the terms of the loan, Count Mouravieff said that the question might now be regarded as settled, as the Imperial Government would not proceed with its objections.

Nr. 12117. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Neuer Vorschlag Murawiews.

St. Petersburgh, March 15, 1899. (March 15.)

Nr. 12117. Grofsbritannien. 15. März 1899.

(Telegraphic.) || I have just received a further note addressed to me by Count Mouravieff on the subject of the proposed China Railways Agreement. || In this note Count Mouravieff proposes, as a proof of the desire of the Russian Government to meet your Lordship's views and of its conciliatory disposition, that the wider scope contemplated at the outset of the negotiations in September should now be given to the railway Agreement proposed in his last note, and that it should run as follows: — || 1. Russia engages not to seek for her own account or for Russian subjects any railway Concessions in the Yang-tsze Basin, nor to obstruct directly or indirectly in that region applications for railway Concessions supported by Her Majesty's Government. || 2. Similar wording for engagement on the part of Her Majesty's Government as regards railway Concessions north of the Great Wall. || The Russian Government will be ready to recognize, in the event of this Agreement being concluded, that the rights acquired by the Hong Kong Bank on behalf of the British and Chinese Corporation with regard to the railway from Shanhaikuan to Newchwang are not in any way infringed by its terms; but that it is clearly understood that a right of property or of foreign control over the line in question would not be constituted under these arrangements. || The note concludes by requesting a reply, after expressing a hope that it will be found

that this wording fully meets the views of Her Majesty's Government, and that it will be accepted as eloquent evidence that the Russian Government desires to establish a working arrangement with us in the Far East. Nr. 12117. Grofsbritannien. 15. März 1899.

Nr. 12118. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Antwort auf das Vorige.

Foreign Office, March 16, 1899.

(Telegraphic.) || I have received your Excellency's telegram of yesterday relative to the proposed Agreement between Great Britain and Russia in regard to railways in China. || The words "These arrangements are not to constitute a right of property or foreign control upon the line in question" may be interpreted in two ways. || As the provision for the appointment of a British engineer and a European accountant for the Newchwang Railway is part of the security on which the money for the construction of the line has been raised, that provision cannot be abandoned. It does not, however, appear to constitute foreign control. Nr. 12118. Grofsbritannien. 16. März 1899.

Nr. 12119. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Neue Unterredung mit Murawiew über das Abkommen.

St. Petersburgh, March 22, 1899. (March 22.)

(Telegraphic.) I have received your Lordship's telegram of the 18th instant on the subject of the China Railways agreement. || Although Count Mouravieff has never stated that in his opinion a control will not be constituted by the appointment of a foreign engineer and accountant his Excellency made no protest, but said that the question might be regarded as settled, when I made an assertion to the above effect. || Count Mouravieff, on my repeating this assertion to-day in connection with the wording of his note, quoted in your Lordship's telegram of the 16th instant, said that he did not see how it could be admitted by the Russian Government that a control in the sense of the agreement is not constituted by the functions of these authorities. || Your Lordship's message, however, appreciating the conciliatory spirit of the proposals contained in his last note, greatly gratified him, and he said that if I would write to him to this effect, and also lay the disputed point before him in the same light as I had represented it to him, as not inconsistent with the assurances which had been given to the Russian Ambassador in London, he would see what could be done to surmount the difficulty after talking with M. Witte and taking the Emperor's pleasure. || I am complying to-day with Count Mouravieff's request. Nr. 12119. Grofsbritannien. 22. März 1899.

Nr. 12120. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Dasselbe.

St. Petersburgh, March 29, 1899. (March 29.)

Nr. 12120. Grofsbritannien. 29. März 1899.

(Telegraphic.) || I have the honour to inform your Lordship, with reference to my despatch of the 22nd instant, that a communication in writing was made to me to-day by Count Mouravieff, in which his Excellency stated that the interpretation in my private letter of the 20th instant is accepted by the Russian Government, and that it does not object to a British engineer and a European accountant being appointed, on the understanding that a foreign right of property or of control is not constituted by this, as Mr. Brodrik stated in the House on the 7th instant. || Count Mouravieff wishes me to clear up the following point, in order that all misunderstanding with regard to the line referred to may be avoided. || There has only been question of one line during the whole course of the negotiations between the Russian Government and the Embassy, i. e., the line from Shanhaikuan to Newchwang. The press, however, now makes mention of another distinct line to Sin-Minting, a place which the Russian Government has discovered to be very far north, close to Mukden, but which I cannot find marked in any map which I possess. It is self-understood, Count Mouravieff says, that when addressing me his last note he was not referring to this further line.

Nr. 12121. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Vorschläge über die Linie Hsiao-hei-Shan und Sin-Minting.

Foreign Office, April 7, 1899.

Nr. 12121. Grofsbritannien. 7. April 1899.

(Telegraphic.) || With reference to your telegram of the 29th March in regard to the Agreement with Russia respecting railways in China, inform Count Mouravieff that Her Majesty's Government have learnt with much regret of the further objection now taken to the Loan Contract concluded with the British and Chinese Corporation. || Point out to his Excellency that the line to Sin-Minting is specifically mentioned in the prospectus and shown on the map attached to it. The prospectus was issued on the 3rd February, and was referred to in a communication which M. de Staal made here on the 10th February, when the question of British control over the lines was the only one in regard to which objection was raised. || The Sin-Minting line forms part of the security on which the loan has been raised, and in regard to it the Corporation are pledged to the shareholder. || As, however, Her Majesty's Government are most anxious to meet the Russian Government's views, they have, with this object, been in communication with the Corporation on the subject. || They are now prepared to agree that the line between Hsiao-hei-Shan (where it branches off to Newchwang) and Sin-Minting shall be constructed by the Chinese on the condition that a competent European

engineer—not necessarily British—shall periodically inspect it, and certify as to the work being properly executed. It would be understood that no obstacle to the building of the line would be raised by the Russian Government. Nr. 12121. Grofsbritannien. 7. April 1899

Nr. 12122. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Denkschrift über die Linie nach Sin-Min-Ting.

The branch line to Sin-Min-Ting is specially mentioned in the Loan Prospectus, and is marked on the map attached to it. This prospectus was published on the 22nd January (3rd February), and on the 29th January (10th February) M. de Staal referred to it in a communication which he made at the Foreign Office, but took exception only to the paragraphs which seemed to imply foreign control. || Her Majesty's Government learn now with much regret that the Russian Government raise further objections to the Loan Contract concluded by the British and Chinese Corporation with the Chinese Government on account of the line to Sin-Min-Ting. || The construction of this line forms part of the security on which the loan has been raised, and the Corporation is pledged to the bondholders with regard to it. || Her Majesty's Government, with the sincere desire to meet the views of the Imperial Government, have been in communication on the subject of their further objections with the Corporation, and are now prepared, on the understanding that Russia will not oppose the construction of the line, to agree that, between Hsiaohei Shan (at which point it branches off to Newchwang) and Sin-Ming-Ting the line shall be built by China herself, subject to the condition of her allowing European—not necessarily British—engineers to inspect it periodically, and to verify and certify that the work is being properly executed. Nr. 12122. Grofsbritannien.

St. Petersburgh, March 28 (April 9), 1899.

Nr. 12123. RUSSLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Petersburg. Antwort auf das Vorige.

En réponse au Mémorandum du 28 Mars courant le Ministère Impérial croit devoir constater, que c'est par cette communication que le prospectus de l'Emprunt Chinois du Chemin de Fer de 2 300 000 l. lui a été officiellement transmis pour la première fois. Jusqu'ici le Ministère, conformément à la correspondence échangée entre les deux Cabinets, n'avait eu en vue qu'une ligne directe allant à Newchwang et ne s'était occupé que de la question de garantie et de contrôle qui s'y rattache. Ce n'est qu'en dernier lieu que, voyant le nom de Sin-Min-Ting mentionné dans les journaux, le Ministère s'est vu obligé de demander des explications concernant ce nouvel embranchement. || Ne désirant toutefois pas que le malentendu survenu réagisse sur l'entente Nr. 12123. Grofsbritannien.

Nr. 12123. Grofsbritannien. amicale négociée entre les deux Puissances, le Gouvernement Imperial consent à ne pas élever d'objections à la construction de l'embranchement se dirigeant vers Sin-Min-Ting aux conditions indiquées dans le Mémorandum. || Mais, en prenant acte des assurances données dans le Mémorandum concernant la construction et l'inspection de la ligne susdite, le Gouvernement Impérial se réserve, bien entendu, d'appuyer, s'il le juge opportun, des demandes de Concessions de chemins de fer que des sujets ou établissements Russes pourraient réclamer au sud-ouest de la ligne principale se dirigeant vers Port Arthur, dans la même région qui sera desservie par la ligne concédée à la "British and Chinese Corporation."

Saint-Pétersbourg, le 31 Mars (12 Avril), 1899.

Nr. 12124. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Murawiew schlägt einen Notenaustausch vor.

St. Petersburgh, April 17, 1899. (April 17.)

Nr. 12124. Grofsbritannien. 17. Apr. 1899. (Telegraphic.) || Count Mouravieff expressed his satisfaction at the settlement of the difficulty on my delivering the message contained in your Lordship's telegram of the 15th instant. || His Excellency suggests an exchange of notes as the form for embodying the Agreement. || The text, which I gather will be in accordance with Count Mouravieff's notes of the 7th February and 15th March, and will include the recognition of existing Treaties and the understanding arrived at in regard to the railway loan contract, will be submitted to me on Wednesday in order that I may communicate it to your Lordship.

Nr. 12125. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Übersendet den Text der identischen Noten.

St. Petersburgh, April 19, 1899. (April 20.)

Nr. 12125. Grofsbritannien. 19. Apr. 1899. (Telegraphic.) Following is literal translation of the French text suggested by Minister for Foreign Affairs for identic notes to be exchanged by us: —

"The Undersigned, &c., duly authorized for this effect, has the honour to communicate to, &c., the following Declaration: — "Great Britain and Russia, animated by a sincere desire to avoid in China all causes of conflict on questions where their interests meet, and taking into consideration the economic and geographical gravitation of certain parts of that Empire, have agreed as follows: — 1. Russia engages not to seek for her own account or for Russian subjects any railway Concessions in the basin of the Yang-tsze, nor to obstruct, directly or indirectly, in that region any applications for

railway Concessions supported by the British Government. || 2. Great Britain, on her part, engages not to seek for her own account or for British subjects any railway Concessions north of the Great Wall of China, or to obstruct directly or indirectly, in that region any applications for railway Concessions supported by the Russian Government. || The two Contracting Parties, having nowise in view to infringe in any way the sovereign rights of China or existing Treaties, will not fail to communicate to the Chinese Government the present Arrangement, which, by averting all cause of complications between them, is of a nature to consolidate peace in the Far East, and serve the primordial interests of China herself."

Nr. 12125. Großbritannien. 19. Apr. 1899.

Following is text suggested for supplementary notes to be exchanged at the same time respecting Newchwang Railway: —

"To complete the notes exchanged this day respecting the partition of spheres for Concessions and working of railways in China, it has been agreed to record in the present Additional Note the Arrangement arrived at in regard to the line Shanhaikuan-Newchwang, for the construction of which a loan has been already contracted by the Chinese Government with the Shanghae-Hong Kong Bank on behalf of the British and Chinese Corporation. || The general Arrangement established by the notes referred to above is not to infringe in any way the rights acquired under the said Loan Contract, and the Chinese Government may appoint both an English engineer and a European accountant to supervise the construction of the line in question and the expenditure of the money appropriated to it. || But it remains understood that this fact cannot be taken as constituting a right of property or foreign control, and that the line in question is to remain a Chinese line under control of the Chinese Government, and cannot be mortgaged or alienated to a non-Chinese Company. || As regards the branch line from Siaoheichan to Sinminting, in addition to the aforesaid restrictions, it has been agreed that it is to be constructed by China herself, who may permit European (not necessarily British) engineers to periodically inspect it, and verify and certify that the work is being properly done. || The present Agreement is, naturally, not to interfere in any way with the right of the Russian Government, if it thinks fit, to support applications of Russian subjects or establishments for Concessions for railways which, starting from the main Manchurian line in a south-western direction, would traverse the region in which the Chinese line, terminating at Sinminting and Newchwang, is to be constructed."

Nr. 12126. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Abänderungsvorschläge.

Foreign Office. April 22, 1899.

Nr. 12126. Großbritannien. 22. Apr. 1899.

(Telegraphic.) || I have received your Excellency's telegram of the 19th instant relative to the proposed Anglo-Russian Agreement in regard to rail-

Nr. 12126. Grofsbritannien 22. Apr. 1899.

ways in China. || I should prefer to say, in paragraph numbered 1 — || „Russia engages not to seek for its own account, or for that of others, any railway Concessions, &c." || And similarly to say, in paragraph numbered 2 — || "Great Britain, on her part, engages not to seek for her own account, or for that of others, any railway Concessions, &c." || It might be held as the text stands in your telegram, that the words "Russian subjects" in paragraph 1 and "British subjects" in paragraph 2 leave it open to Russia to support applications for Concessions in the Yang-tsze Basin on the part of other foreigners, and to England to support applications of foreigners north of the Great Wall of China. || Otherwise, the text of the proposed notes is satisfactory, and you may sign subject to the alteration proposed above.

Nr. 12127. GROSSBRITANNIEN und RUSSLAND. — Endgiltiger Text der identischen Noten.

1) Der englische Botschafter in Petersburg an den russischen Minister des Auswärtigen.

Nr. 12127. Grofsbritannien u. Rufsland.

The Undersigned, British Ambassador, duly authorized to that effect, has the honour to make the following declaration to his Excellency Count Mouravieff, Russian Minister for Foreign Affairs: | || Great Britain and Russia, animated by a sincere desire to avoid in China all cause of conflict on questions where their interests meet, and taking into consideration the economic and geographical gravitation of certain parts of that Empire, have agreed as follows:— || 1. Great Britain engages not to seek for her own account, or on behalf of British subjects or of others, any railway Concessions to the north of the Great Wall of China, and not to obstruct, directly or indirectly, applications for railway Concessions in that region, supported by the Russian Government. || 2. Russia, on her part, engages not to seek for her own account, or on behalf of Russian subjects or of others, any railway Concessions in the basin of the Yang-tsze, and not to obstruct, directly or indirectly, applications for railway Concessions in that region supported by the British Government. || The two Contracting Parties having nowise in view to infringe in any way the sovereign rights of China or existing Treaties, will not fail to communicate to the Chinese Government the present Arrangement, which, by averting all cause of complications between them, is of a nature to consolidate peace in the Far East, and to serve the primordial interests of China herself.

St. Petersburgh, April 28, 1899. Charles S. Scott.

In order to complete the notes exchanged this day respecting the partition of spheres for Concessions for the construction and working of railways in China, it has been agreed to record in the present Additional Note the arrangement arrived at with regard to the line Shanhaikuan-Newchwang, for the construction of which a loan has been already contracted by the Chinese

Government with the Shanghae-Hong Kong Bank, acting on behalf of the British and Chinese Corporation. || The general arrangement established by the above-mentioned notes is not to infringe in any way the rights acquired under the said Loan Contract, and the Chinese Government may appoint both an English engineer and an European accountant to supervise the construction of the line in question, and the expenditure of the money appropriated to it. || But it remains understood that this fact cannot be taken as constituting a right of property or foreign control, and that the line in question is to remain a Chinese line, under the control of the Chinese Government, and cannot be mortgaged or alienated to a non-Chinese Company. || As regards the branch line from Siaoheichan to Sinminting, in addition to the aforesaid restrictions, it has been agreed that it is to be constructed by China herself, who may permit European—not necessarily British—engineers to periodically inspect it, and to verify and certify that the work is being properly executed. || The present special Agreement is naturally not to interfere in any way with the right of the Russian Government to support, if it thinks fit, applications of Russian subjects or establishment for Concessions for railways, which, starting from the main Manchurian line in a south-westerly direction, would traverse the region in which the Chinese line terminating at Sinminting and Newchwang is to be constructed.

St. Petersburgh, April 28, 1899. Charles S. Scott.

2) Der russische Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Petersburg.

(Traduction.) || Le Soussigné, Ministre des Affaires Étrangères de Russie, dûment autorisé à cet effet, a l'honneur de faire à son Excellence Sir Charles Scott, Ambassadeur Britannique, la déclaration suivante:— || La Russie et la Grande-Bretagne, animées du sincère désir d'éviter en Chine toute cause de conflits dans les questions où leurs intérêts se rencontrent et prenant en considération la gravitation économique et géographique de certaines parties de cet Empire, sont convenues de ce qui suit:— || 1. La Russie s'engage à ne pas réclamer pour son compte et en faveur de sujets Russes ou autres des Concessions quelconques de chemins de fer dans le Bassin du Yang-tsze et à ne pas contrecarrer directement ou indirectement dans cette région les demandes de Concessions de chemins de fer, appuyées par le Gouvernement Britannique. || 2. La Grande-Bretagne, de son côté, s'engage à ne pas réclamer pour son compte et en faveur de sujets Britanniques ou autres des Concessions quelconques de chemins de fer au nord du Grand Mur de Chine et à ne pas contrecarrer directement ou indirectement dans cette région les demandes de Concessions de chemins de fer, appuyées par le Gouvernement Russe. || Les deux Parties Contractantes, n'ayant nullement en vue de porter une atteinte quelconque aux droits souverains de la Chine, ainsi qu'aux Traités existants, ne manqueront pas de faire part au Gouvernement Chinois du pré-

Nr. 13127. Grofs-britannien u. Rufsland.

sent arrangement qui, en écartant toute cause de complication entre elles, est de nature à consolider la paix dans l'Extrême-Orient et à servir aux intérêts primordiaux de la Chine elle-même. Comte Mouravieff.

(Traduction.) || Pour compléter les notes échangées aujourd'hui concernant la répartition des sphères de Concessions et d'exploitation des chemins de fer en Chine, il a été convenue de consigner dans la présente note additionnelle l'Accord survenu au sujet de la ligne Shanghaïkuan-Newchwang, pour la construction de laquelle un emprunt a déjà été contracté par le Gouvernement Chinois à la Banque de Shang-Haï-Hong Kong, agissant au nom de la "British and Chinese Corporation". || L'arrangement général, établi par les notes précitées, ne portera aucune atteinte aux droits acquis en vertu du Contract de l'emprunt susdit, et il sera loisible au Gouvernement Chinois de nommer tant un ingénieur Anglais qu'un comptable Européen pour surveiller la construction de la ligne de chemin de fer en question et la dépense des sommes y affectées. Mais il reste bien entendu que ce fait ne saurait constituer un droit de propriété ou de contrôle étranger et que la ligne en question doit rester Chinoise, soumise au contrôle du Gouvernement Chinois, et ne pourra être engagée ou aliénée à une Compagnie non Chinoise. || Pour ce qui est de l'embranchement, se dirigeant de Siaoheïchan à Sinminting outre les restrictions susdites, il a été convenu qu'il sera construit par la Chine elle-même, qui pourra admettre des ingénieurs Européens, pas nécessairement Anglais, pour l'inspecter périodiquement, vérifier et certifier que les travaux sont dûment exécutés. || Le présent Accord spécial ne saurait, naturellement, entraver d'aucune façon le droit du Gouvernement Russe d'appuyer, s'il le juge opportun, des demandes de sujets ou établissements Russes, relatives à des Concessions de chemins de fer qui, partant de la ligne principale de Mandchourie et se dirigeant au sud-ouest, traverseraient la région où sera construite la ligne Chinoise aboutissant à Sinminting et Newchwang.

Saint-Pétersbourg, le 16 (28) Avril, 1899. Comte Mouravieff.

Die Friedenskonferenz im Haag 1899.*)

Nr. 12128. **RUSSLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter der fremden Mächte in Petersburg. Einladung zur Beschickung einer internationalen Friedenskonferenz.

St. Pétersbourg, 12./24. août 1898.

Nr. 12128. Rußland. 12./24. Aug. 1898.

Le maintien de la paix générale et une réduction possible des armements excessifs qui pèsent sur toutes les nations se présentent, dans la situation actuelle du monde entier, comme l'idéal auquel devraient tendre les efforts de tous les Gouvernements. || Les vues humanitaires et magranimes de Sa Majesté l'Empereur, mon Auguste Maître, y sont entièrement acquises. || Dans sa conviction que ce but élevé répond aux intérêts les plus essentiels et aux voeux légitimes de toutes les Puissances, le Gouvernement Impérial croit que le moment actuel serait très favorable à la recherche, dans la voie d'une discussion internationale, des moyens les plus efficaces d'assurer à tous les peuples les bienfaits d'une paix réelle et durable, et de mettre avant tout un terme au développement progressif des armements actuels. || Au cours de vingt dernières années, les aspirations à un apaisement général se sont particulièrement affirmées dans la conscience des nations civilisées. La conservation de la paix a été posée comme but de la politique internationale; c'est en son nom que les grands Etats ont conclu entre eux de puissantes alliances; c'est pour mieux garantir la paix qu'ils ont développé dans des proportions inconnues jusqu'ici les forces militaires et qu'ils continuent encore à les accroître sans reculer devant aucun sacrifice. || Tous ces efforts, pourtant, n'ont pu aboutir encore aux résultats bienfaisants de la pacification souhaitée. || Les charges financières, suivant une marche ascendante, atteignent la prosperité publique dans sa source; les forces intellectuelles et physiques des peuples, le travail et le capital sont en majeure partie detournés de leur application naturelle et consumés improductivement. Des centaines de millions sont employés à acquérir des engins de destruction effroyables qui, considérés aujourd'hui comme le dernier mot de la science sont destinés demain à perdre toute valeur à la suite de quelque nouvelle découverte de ce domaine.

*) Blaubuch C. 9534. — Vgl. Staatsarchiv Bd. 27 u. 28. Nr. 5342 bis 5379 und Europäischer Geschichtskalender Jahrgang 1874 und 1899. Red.

Nr. 12128. Rufsland. 12./24. Aug. 1898.

La culture nationale, le progrès économique, la production des richesses se trouvent paralysés ou faussés dans leur développement. || Aussi, à mesure que s'accroissent les armements de chaque Puissance, répondent-ils de moins en moins au but que les Gouvernements s'étaient posé. Les crises économiques dues en grande partie au régime des armements à outrance, et le danger continuel qui gît dans cet amoncellement du matériel de guerre, transforment la paix armée de nos jours en un fardeau écrasant que les peuples ont de plus en plus de peine à porter. Il paraît évident, dès lors, que, si cette situation se prolongeait, elle conduirait fatalement à ce catelysme même, qu' on tient à écarter et dont les horreurs font frémir à l'avance toute pensée humaine. || Mettre un terme à ces armements incessants et rechercher les moyens de prévenir les calamités qui menacent le monde entier, tel est le devoir suprême qui s'impôse aujourd'hui à tous les Etats. || Pénétré de ce sentiment, Sa Majesté l'Empereur a daigné m'ordonner de proposer à tous les Gouvernements dont les Représentants sont accrédités près la cour Impériale, la réunion d'une Conférence qui aurait à s'occuper de ce grave problème. || Cette conférence serait, dieu aidant, d'un heureux présage pour le siècle qui va s'ouvrir. Elle rassemblerait dans un puissant faisceau les efforts de tous les Etats qui cherchent sincèrement à faire triompher la grande conception de la paix universelle sur les éléments de trouble et de discorde. Elle cimenterait en même temps leur accord par une consécration solidaire des principes d'équité et de droit, sur lesquels reposent la sécurité des Etats et le bien-être des peuples.

Comte Mouravieff.

Nr. 12129. RUSSLAND. — Rundschreiben an die Geschäftsträger in Petersburg. Nähere Bestimmung der Aufgaben der Friedenskonferenz.

St. Pétersbourg, le 30 Décembre, 1898. (11 Janvier 1899).

Nr. 12129. Rufsland. 30 Dez. 1898. 11. Jan. 1899.

M. l'Ambassadeur, || Lorsqu'au mois d'Août dernier mon auguste Maître m'ordonnait de proposer aux Gouvernements dont les Représentants se trouvent accrédités à Saint-Pétersbourg la réunion d'une Conférence destinée à rechercher les moyens les plus efficaces d'assurer à tous les peuples les bienfaits d'une paix réelle et durable et de mettre avant tout un terme au développement progressif des armements actuels, rien ne semblait s'opposer à la réalisation plus ou moins prochaine de ce projet humanitaire. || L'accueil empressé fait à la démarche du Gouvernement Impérial par presque toutes les Puissances ne pouvait que justifier cette attente. Appréciant hautement les termes sympathiques dans lesquels était conçue l'adhésion de la plupart des Gouvernements, le Cabinet Impérial a pu recueillir en même temps avec une vive satisfaction les témoignages du plus chaleureux assentiment qui lui étaient adressés, et ne cessent de lui parvenir, de la part de toutes les classes de la société de différents points du globe terrestre. || Malgré le grand courant

d'opinion qui s'était produit en faveur des idées de pacification générale, l'horizon politique a sensiblement changé d'aspect en dernier lieu. Plusieurs Puissances ont procédé à des armements nouveaux, s'efforçant d'accroître encore leurs forces militaires, et, en présence de cette situation incertaine, on pouvait être amené à se demander si les Puissances jugeaient le moment actuel opportun à la discussion internationale des idées émises dans la Circulaire du 12 (24) Août. || Espérant toutefois que les éléments de trouble qui agitent les sphères politiques feront bientôt place à des dispositions plus calmes et de nature à favoriser le succès de la Conférence projetée, le Gouvernement Impérial est, pour sa part, d'avis qu'il serait possible de procéder dès à présent à un échange préalable d'idées entre les Puissances dans le but:— Nr. 12129. Rufsland. 30. Dez. 1898. 11. Jan. 1899.

(*a.*) De rechercher, sans retard, les moyens de mettre un terme à l'accroissement progressif des armements de terre et de mer, question dont la solution devient évidemment de plus en plus urgente en vue de l'extension nouvelle donnée à ces armements; et || (*b.*) De préparer les voies à une discussion des questions se rapportant à la possibilité de prévenir les conflits armés par les moyens pacifiques dont peut disposer la diplomatie internationale.

Dans le cas où les Puissances jugeraient le moment actuel favorable à la réunion d'une Conférence sur ces bases, il serait certainement utile d'établir entre les Cabinets une entente au sujet du programme de ses travaux. || Les thèmes à soumettre à une discussion internationale au sein de la Conférence pourraient, en traits généraux, se résumer comme suit:—

1. Entente stipulant la non-augmentation, pour un terme à fixer, des effectifs actuels des forces armées de terre et de mer, ainsi que des budgets de guerre y afférents; étude préalable des voies dans lesquelles pourrait même se réaliser, dans l'avenir, une réduction des effectifs et des budgets ci-dessus mentionnés. || 2. Interdiction de la mise en usage dans les armées et les flottes, de nouvelles armes à feu quelconques et de nouveaux explosifs, aussi bien que de poudres plus puissantes que celles adoptées actuellement, tant pour les fusils que pour les canons. || 3. Limitation de l'emploi dans les guerres de campagne des explosifs d'une puissance formidable, déjà existants, et prohibition du lancement de projectiles ou d'explosifs quelconques, du haut des ballons, ou par des moyens analogues. || 4. Défense de l'emploi dans les guerres navales de bateaux-torpilleurs sous marins ou plongeurs, ou d'autres engins de destruction de la même nature; engagement de ne pas construire à l'avenir de navires de guerre à éperon. || 5. Adaptation aux guerres maritimes des stipulations de la Convention de Genève de 1864, sur la base des Articles Additionnels de 1868. || 6. Neutralisation, au même titre, des navires ou chaloupes, chargés du sauvetage des naufragés pendant ou après les combats maritimes. || 7. Revision de la Déclaration concernant les lois et coutumes de la guerre, élaborée en 1874 par la Conférence de Bruxelles, et restée non

Nr. 12129. Rußland. 30. Dez. 1898. 11. Jan. 1899.

ratifiée jusqu'à ce jour. || 8. Acceptation en principe de l'usage des bons offices, de la médiation, et de l'arbitrage facultatif, pour des cas qui s'y prêtent, dans le but de prévenir des conflits armés entre nations; entente au sujet de leur mode d'application, et établissement d'une pratique uniforme dans leur emploi.

Il est bien entendu que toutes les questions concernant les rapports politiques des États, et l'ordre de choses établi par les Traités, comme, en général, toutes les questions qui ne rentreront pas directement dans le programme adopté par les Cabinets, devront être absolument exclues des délibérations de la Conférence. || En vous adressant, M. l'Ambassadeur, la demande de bien vouloir prendre au sujet de ma présente communication les ordres de votre Gouvernement, je vous prie en même temps de porter à sa connaissance que, dans l'intérêt de la grande cause qui tient si particulièrement à cœur à mon auguste Maître, Sa Majesté Impériale juge qu'il serait utile que la Conférence ne siège pas dans la capitale de l'une des Grandes Puissances où se concentrent tant d'intérêts politiques qui pourraient peut-être réagir sur la marche d'une œuvre à laquelle sont intéressés à un égal degré tous les pays de l'univers.

Nr. 12130. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Annahme der Einladung.

Foreign Office, February 14, 1899.

Nr. 12130. Großbritannien. 14. Feb. 1899.

Sir, || I have duly laid before the Queen your Excellency's despatch of the 12th ultimo, forwarding copy of a further note from the Russian Minister for Foreign Affairs with regard to the Conference proposed by His Majesty the Emperor of Russia to consider the means of insuring the general peace and of putting a limit to the progressive increase of armaments. || Her Majesty's Government have learnt with satisfaction that the Russian Government persevere in their efforts towards this desirable object. It is undoubtedly true, as stated in Count Mouravieff's note, that since the first proposal made on this subject in August 1898 there has been some increase in the armament of several Powers, but this increase in which, unless Her Majesty's Government are erroneously informed, the Russian Government have themselves in some degree participated, has, in their opinion been more of a precautionary than of an aggressive nature, and need not be considered as indicating any diminution of the general interest and sympathy with which the Emperor's first proposal was received. || Her Majesty's Government will, therefore, gladly accept the invitation which Count Mouravieff contemplates for a Conference to discuss the best methods of attaining the two objects specified in his Excellency's note, namely, the diminution of armaments by land and sea and the prevention of armed conflicts by pacific diplomatic procedure. With

regard to the eight points enumerated by Count Mouravieff as proper subjects for discussion by the Conference, Her Majesty's Government would prefer for the present to abstain from expressing any definite opinion. They note that Count Mouravieff himself stated to your Excellency that the Russian Government must for the present observe a similar attitude. It is indeed clear that in regard to some of these points, much must depend upon the views and intentions which may be found to be entertained by the majority of the Powers, and a conclusion in respect to them can scarcely be arrived at without careful expert examination. As regards the eighth point, it is not necessary for Her Majesty's Government to make any fresh declaration of their earnest desire to promote, by all possible means, the principle of recourse to mediation and arbitration for the prevention of war. || Her Majesty's Government accept willingly the proviso made by Count Mouravieff, that questions concerning the political relations between States, the order of things established by Treaties, and generally all questions not directly included in the programme of the Conference, should be excluded from its deliberations. || They also agree with Count Mouravieff that it may be desirable that the meeting should be held at some other place than the capital of one of the Great Powers, although it would have been a satisfaction to them that the Conference, which owes its initiative to the Emperor, should have assembled at St. Petersburgh, had His Imperial Majesty thought fit to propose it. || You will read this despatch to Count Mouravieff, and leave his Excellency a copy of it.

Salisbury.

Nr. 12130. Grofsbritannien. 14. Feb. 1899.

Nr. 12131. **RUSSLAND.** — Rundschreiben an die Geschäftsträger in Petersburg. Die Friedenskonferenz wird im Haag stattfinden.

St. Pétersbourg, le 28 Janvier 1899.

M. l'Ambassadeur, || Pour faire suite à la communication Circulaire en date du 30 Décembre, 1898, j'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement Impérial s'est mis en rapport avec le Gouvernement de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas au sujet du choix de La Haye comme siège éventuel de la Conférence projetée. || Le Gouvernement des Pays-Bas ayant exprimé son assentiment à cet égard, j'ai l'honneur de vous prier d'informer votre Gouvernement de ce choix, qui sera sans nul doute accueilli avec une sympathie générale.

Comte Mouravieff.

Nr. 12131. Rufsland. 28. Jan. 1899.

Nr. 12132. NIEDERLANDE. — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Einladung zur Beschickung der Friedenskonferenz.

118, Eaton Square, Londres, le 7 Avril, 1899. (Received April 8.)

Nr. 12132. Niederlande. 7. Apr. 1899.

M. le Marquis. || Le Gouvernement Impérial de Russie a adressé, sous la date du 12 (24) Août, 1898, aux Représentants Diplomatiques accrédités auprès de la Cour de Saint-Pétersbourg, une Circulaire exprimant le désir de voir se réunir une Conférence Internationale qui serait chargée de rechercher les moyens les plus efficaces pour assurer aux peuples une paix durable et mettre un terme au développement progressif des armements militaires. || Cette proposition, due à la noble et généreuse initiative de l'auguste Empereur de Russie, ayant rencontré partout un accueil des plus reconnaissants et obtenu l'assentiment général des Puissances, son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères de Russie a adressé le 30 Décembre, 1898 (11 Janvier, 1899), aux mêmes Représentants Diplomatiques une seconde Circulaire, donnant une forme plus concrète aux généreuses idées préconisées par le magnanime Empereur et indiquant certaines questions qui pourraient spécialement être soumises aux délibérations de la Conférence projetée. || Pour des motifs d'ordre politique le Gouvernement Impérial Russe a jugé qu'il ne serait pas désirable que la réunion de cette Conférence se fit dans la capitale d'une des Grandes Puissances, et après s'être assuré de l'assentiment des Gouvernements intéressés il s'est adressé au Cabinet de La Haye, afin d'obtenir son agrément au choix de cette résidence comme siège de la Conférence en question. Le Ministre des Affaires Étrangères s'est empressé de prendre les ordres de Sa Majesté la Reine à l'égard de cette demande, et je suis heureux de pouvoir porter à votre connaissance que Sa Majesté mon auguste Souveraine a daigné l'autoriser à répondre qu'il lui serait particulièrement agréable de voir la Conférence projetée se réunir à La Haye. || Par conséquent mon Gouvernement, d'accord avec le Gouvernement Impérial Russe, me charge d'inviter le Gouvernement de Sa Majesté la Reine de Grande-Bretagne et d'Irlande de bien vouloir se faire représenter à la Conférence susmentionnée afin de discuter les questions exposées dans la seconde Circulaire Russe du 30 Décembre, 1898 (11 Janvier, 1899), ainsi que toutes autres questions se rattachant aux idées émises dans la Circulaire du 12 (24) Août, 1898, avec exclusion toutefois délibérations de tout ce qui touche aux rapports politiques des États ou à l'ordre des choses établi par les Traités. || Mon Gouvernement aime à croire, M. le Marquis, que le Gouvernement Britannique voudra bien s'associer à la grande œuvre humanitaire entreprise sous les auspices de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, et qu'il sera disposé à accepter cette invitation et à prendre les mesures nécessaires pour que ses Représentants soient réunis à La Haye le 18 Mai prochain pour l'ouverture de la Conférence, à laquelle chaque Puissance, quelque soit le nombre de ses Délégués, n'aura qu'un seul vote.

Nr. 12133. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. Ernennt ihn zum Bevollmächtigten für die Friedenskonferenz und giebt ihm Instruktionen.

Foreign Office, May 16, 1899.

Nr. 12133. Grossbritannien. 16. Mai 1899.

Sir, || I have the honour to inform your Excellency that Her Majesty has been graciously pleased to appoint you, in conjunction with Sir Henry Howard, Her Majesty's Minister at the Hague, to be one of the Plenipotentiaries to represent this country at the Conference on Armaments, which is to meet at the Hague on the 18th of this month. Vice-Admiral Sir J. Fisher, K. C. B., and Major-General Sir J. Ardagh, K. C. I. E., C. B., have been appointed by Her Majesty to assist you and Sir H. Howard in the discussion of the naval and military questions which will come before the Conference. || The original proposal for this Conference came, as your Excellency is aware, from the Emperor of Russia, and was placed before all the Powers who have Representatives at the Court of St. Petersburgh in a Memorandum dated the 12th (24th) August last. Her Majesty's Government cordially accepted the invitation. || On the 11th January the Russian Minister for Foreign Affairs addressed to Her Majesty's Ambassador at St. Petersburgh and to the other Representatives a second note, enumerating in a general manner the subjects which might be discussed by the Conference, and suggesting that questions concerning the political relations between States, the order of things established by Treaties, and generally all questions not directly included in the Programme of the Conference should be excluded from its deliberations. || Her Majesty's Government willingly accepted this latter proviso. They agreed to the general definition of the objects of the Conference given in Count Mouravieff's note, namely, the diminution of armaments by land and sea, and the prevention of armed conflicts by pacific diplomatic procedure. || With regard to the eight points enumerated by his Excellency as proper subjects for discussion by the Conference, Her Majesty's Government thought it best to abstain from expressing any definite opinion beyond repeating their earnest desire to promote, by all possible means, the principle of recourse to mediation and arbitration for the prevention of war which formed the eighth and last point of Count Mouravieff's Programme. || Until the Conference has met and the order of discussion has been in some degree settled, it seems scarcely possible to give you and Sir H. Howard any detailed instructions on those points of the Programme which concern the question of disarmament. || With regard to the question of making the employment of arbitration or mediation more general and effective for the settlement of international disputes, it is unnecessary for me to say that it is a matter to which Her Majesty's Government attach the highest importance, and which they are desirous of furthering by every means in their power. During the negotiations which your Excellency

Nr. 12133. Grofsbritannien. 16. Mai 1899.

has conducted at Washington for the conclusion of a Treaty of General Arbitration between this country and the United States, you were placed in full possession of the views of Her Majesty's Government on the subject. Those views have further received practical application in the conclusion of a Treaty, also negotiated by your Excellency, for the submission to arbitration of the disputed questions of frontier between British Guiana and Venezuela. The success with which you conducted both these negotiations induces Her Majesty's Government to feel sanguine that on the present occasion your efforts may be equally productive of good result. || I request that your Excellency will keep me constantly informed of the proceedings of the Conference, which Her Majesty's Government will watch with much interest.

Salisbury.

Nr. 12134. KONFERENZSTAATEN. — Eröffnungssitzung.

18. Mai 1899.

Nr. 12134. Konferenzstaaten. 18. Mai 1899.

Les Gouvernements de l'Allemagne, des États-Unis d'Amérique, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, de la Chine, du Danemark, de l'Espagne, de la France, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande, de la Grèce, de l'Italie, du Japon, du Luxembourg, du Mexique, du Monténégro, des Pays-Bas, de la Perse, du Portugal, de la Roumanie, de la Russie, de la Serbie, du Siam, de la Suède et Norvège, de la Suisse, de la Turquie, et de la Bulgarie, ayant, sur la proposition du Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies et sur l'invitation du Gouvernement de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, accepté de rechercher les moyens les plus efficaces pour assurer aux peuples une paix durable et mettre un terme au développement progressif des armaments militaires, MM. les Délégués des dits Gouvernements se sont réunis en Conférence aujourd'hui, le 18 Mai, à 2 heures, dans le Palais du Bois.

Étaient présents: (Folgen die Namen der Bevollmächtigten.)

Son Excellence M. de Beaufort, Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas, ouvre la séance et prononce le discours suivant:—

„Au nom de Sa Majesté, mon auguste Souveraine, j'ai l'honneur de vous souhaiter la bienvenue et d'exprimer à cette place mes sentiments de profond respect et de vive reconnaissance envers Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, qui en désignant La Haye comme siège de la Conférence de la Paix, a fait un grand honneur à notre pays. || „Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, en prenant la noble initiative qui a été applaudie dans tout le monde civilisé, a voulu réaliser le vœu exprimé par un de ses plus illustres prédécesseurs, l'Empereur Alexandre I, de voir tous les Souverains et toutes les nations de l'Europe s'entendre entre eux pour vivre en frères, en s'aidant dans leurs besoins réciproques. S'inspirant de ces nobles traditions de son auguste aïeul, Sa Majesté a proposé à tous les Gouvernements dont

Nr. 12134. Konferenzstaaten. 18. Mai 1899.

les Représentants se trouvent ici, la réunion d'une Conférence qui aura la mission de rechercher les moyens pour mettre un terme aux armements incessants et pour prévenir des calamités qui menacent le monde entier. || „Le jour de la réunion de cette Conférence sera sans contredit un des jours qui marqueront dans l'histoire du siècle qui va finir; il coïncide avec la fête que tous les sujets de Sa Majesté célèbrent comme une fête nationale et en m'associant du fond de mon cœur à tous les souhaits pour le bonheur du magnanime Souverain, je me permettrai de me faire l'interprète des vœux de tout le monde civilisé en exprimant l'espoir que Sa Majesté, en voyant la réalisation de ses desseins généreux par les efforts de cette Conférence, puisse considérer dans l'avenir ce jour comme un des jours les plus heureux de son règne. || „Sa Majesté mon auguste Souveraine, pénétrée des mêmes sentiments qui ont inspiré Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, a voulu mettre à la disposition de cette Conférence le plus beau monument historique qu'elle possède. La salle où vous vous trouvez, décorée par les meilleurs artistes du dix-septième siècle, a été édifiée par la veuve du Prince Frédéric Henri à la mémoire de son noble époux. Parmi les groupes et les figures allégoriques que vous admirerez ici, il y en a une se rattachant à la Paix de Westphalie qui mérite tout spécialement votre attention. C'est celle où vous voyez la paix entrant dans cette salle pour fermer le Temple de Janus. J'espère, Messieurs, que cette belle allégorie sera de bon augure pour vos travaux et qu'après les avoir terminés, vous pourrez dire que la paix que l'art a fait pénétrer dans cette salle, en est sortie pour répandre ses bienfaits sur l'humanité entière. (Assentiment unanime.) || „Ma tâche est finie. || „J'ai l'honneur de vous soumettre deux propositions: premièrement d'offrir à Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies nos respectueuses félicitations par la voie télégraphique dans ces termes:—

„‚La Conférence de la Paix dépose aux pieds de votre Majesté ses respectueuses félicitations à l'occasion de son anniversaire et exprime le sincère désir de coopérer à l'accomplissement de la grande et noble œuvre dont votre Majesté a pris la généreuse initiative et pour laquelle elle la prie d'agréer son humble et profonde gratitude.'

„Ma seconde proposition aura le même accueil. Je me permets d'exprimer le voeu de voir déférer la présidence de votre assemblée à son Excellence M. de Staal, Ambassadeur de Russie."

Cette proposition est adoptée à l'unanimité.

Son Excellence M. de Staal prend place au fauteuil présidentiel et prononce l'allocution suivante:—

„Messieurs, || „Mon premier devoir est d'exprimer à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas toute ma gratitude pour les nobles paroles qu'il vient de prononcer à l'adresse de mon auguste Maître. Sa Majesté sera profondément touchée des sentiments élevés dont M. de Beaufort s'est inspiré, ainsi que de la spontanéité avec laquelle les membres de

Nr. 12134. Konferenzstaaten. 18. Mai 1899.

cette haute assemblée s'y sont associés. || "Si c'est à l'Empereur de Russie qu'appartient l'initiative de la réunion de la Conférence, nous devons à Sa Majesté la Reine des Pays-Bas de nous avoir convoqués dans sa résidence. C'est d'un heureux présage pour le succès de nos travaux d'être réunis sous les auspices d'une jeune Souveraine, dont le charme s'exerce bien loin autour d'elle et dont le coeur, accessible à tout ce qui est grand et généreux, a témoigné de tant de sympathie pour la cause qui nous amène ici. Dans ce milieu calme de La Haye au sein d'une nation qui constitue un facteur aussi marquant de la civilisation universelle, nous avons sous les yeux un exemple éclatant de ce que peuvent faire pour le bien des peuples la vaillance, le patriotisme, et l'énergie soutenue. C'est sur le sol historique des Pays-Bas que se sont discutés les plus grands problèmes de la vie politique de ces États; c'est ici, on peut le dire, le berceau de la science du droit international; durant des siècles, les principales négociations entre les Puissances Européennes se sont poursuivies ici; c'est ici enfin que fût signée la remarquable transaction qui imposait la ‚trêve' dans les luttes sanglantes entre les États. Nous nous trouvons donc en pleine tradition historique. || „Il me reste à remercier M. le Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas des termes si flatteurs, trop flatteurs, dont il s'est servi à mon intention. Je suis sûr d'exprimer les sentiments de tous les membres de cette haute assemblée, en assurant son Excellence M. de Beaufort, combien nous aurions été heureux de le voir présider nos réunions. Sa place à la présidence était indiquée non seulement par les précédents suivis en pareille occasion, mais encore par les qualités de l'homme d'État éminent qui dirige actuellement la politique étrangère des Pays-Bas. Sa présidence eût été, en outre, un hommage de plus que nous aurions aimé rendre à l'auguste Souveraine qui a daigné nous offrir sa gracieuse hospitalité. || „Quant à moi, je ne puis considérer la désignation qui a été faite de ma personne que comme étant motivée par ma qualité de Plénipotentiaire de l'Empereur, mon Maître, l'auguste initiateur de la pensée de la Conférence. C'est à ce titre que j'accepte avec une profonde reconnaissance l'insigne honneur que m'ont fait M. le Ministre des Affaires Étrangères en me proposant la présidence, et MM. les membres de la Conférence en voulant bien ratifier ce choix. J'emploierai tous mes efforts à justifier cette confiance, mais je me rends parfaitement compte que l'âge avancé que j'ai atteint est, hélas, un triste privilège et un faible auxiliaire. J'espère, du moins, Messieurs, qu'il me sera un titre à votre indulgence. || „Je vous propose maintenant d'adresser à Sa Majesté la Reine, dont nous sommes ici les hôtes reconnaissants, le message dont je vais vous donner lecture:—

„‚Réunis pour la première fois dans le beau Château du Bois, les membres de la Conférence s'empressent de déposer leurs meilleurs voeux aux pieds de votre Majesté en la priant d'agréer l'hommage de toute leur gratitude pour l'hospitalité que vous avez si gracieusement, Madame, daigné leur offrir.'

„Je vous propose de conférer la présidence d'honneur de la Conférence Internationale de la Paix à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas et de nommer Vice-Président de cette assemblée M. le Jonkheer van Karnebeek, Premier Délégué des Pays-Bas." (Assentiment.) Nr. 12134. Konferenzstaaten. 18. Mai 1899.

Sur la proposition du Président, la Conférence désigne pour composer son Secrétariat:—

(Folgen die Namen.)

Le Président consulte la Conférence sur le point de savoir si elle est d'avis de maintenir le secret de ses délibérations aussi bien pour les séances plénières que pour les séances des Commissions. || Cette proposition est adoptée. || Le Président, avec l'assentiment de l'assemblée, fixe à Samedi, 20 Mai, a 11 heures du matin, la prochaine séance plénière.

La séance est levée à 2 heures et demie.

Le Président,
(Signé) De Staal.

Les Secrétaires,
(Signé) J. C. N. van Eys.
Raffalovich.
Albert Legrand.
E. de Grelle Rogier.
W. de Rappard.
A. G. Schimmelpenninck.
Max Jarousse de Sillac.
J. J. Rochussen.

Nr. 12135. KONFERENZSTAATEN. — Protokoll der 2. Sitzung. Telegramme der Königin Wilhelmina und des Zaren. Bildung von drei Kommissionen.

20. Mai 1899.

La séance est ouverte à 11 heures. || Le Président donne lecture du télégramme que Sa Majesté la Reine a daigné lui adresser en réponse au message de la Conférence:— Nr. 12135. Konferenzstaaten. 20. Mai 1899.

Hausbaden, le 19 Mai, 1899.

„En remerciant votre Excellence, ainsi que les membres de la Conférence de la Paix, pour les sentiments exprimés dans votre télégramme, je saisis avec plaisir cette occasion de vous réitérer mes souhaits de bienvenue dans mon pays. Je forme les voeux les plus sincères qu'avec l'aide de Dieu l'oeuvre de la Conférence réalise la pensée généreuse de votre auguste Souverain.

(Signé) „Wilhelmina".

(Applaudissements.)

Le Président donne lecture ensuite du télégramme que Sa Majesté l'Empereur de Russie a daigné adresser en réponse au télégramme de M. le Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas:—

Nr. 12135. Konferenzstaaten. 20. Mai 1899.

„Saint-Pétersbourg, le 19 Mai, 1899.

„L'Empereur vous prie de vouloir bien être auprès de la Conférence l'interprète de ses sincères remerciements et de ses voeux les plus chaleureux.

„Mon auguste Maître me charge de ne point laisser ignorer à votre Excellence combien Sa Majesté a été sensible au télégramme que vous lui avez adressé.

(Applaudissements.)

(Signé) „Comte Mouravieff."

Le Secrétaire-Général fait part à la Conférence d'une invitation du Gouvernement des Pays-Bas à une fête artistique qui aura lieu le 17 Juin. ||

Le Président dit qu'au moment d'inaugurer les travaux de la Conférence, il croit utile d'en résumer la pensée et les tendances générales, et il s'exprime en ces termes: —

„Rechercher les moyens les plus efficaces d'assurer à tous les peuples les bienfaits d'une paix réelle et durable, tel est, aux termes de la Circulaire du 12 Août, le but principal de nos délibérations. || „Le nom de ‚Conférence de la Paix', que l'instinct des peuples, devançant la décision prise à cet égard par les Gouvernements, a donné à notre réunion, indique bien l'objet essentiel de nos travaux; la ‚Conférence de la Paix' ne peut faillir à la mission qui lui incombe, elle doit faire sortir de ses délibérations un resultat tangible que l'humanité entière attend avec confiance. || „L'empressement que toutes les Puissances ont mis à accepter la proposition contenue dans les Circulaires Russes est le plus éloquent témoignage de l'unanimité acquise aux idées pacifiques. C'est donc pour moi un agréable devoir de prier les Délégués de tous les États représentés ici de transmettre à leurs Gouvernements respectifs l'expression réitérée des remerciements du Gouvernement Russe. || „La composition même de cette réunion est un sûr garant de l'esprit dans lequel nous aborderons la tâche qui nous est confiée. Les Gouvernements y sont représentés par des hommes d'État qui ont eu leur part d'action dans les destinées de leur pays, par des diplomates éminents qui ont été mêlés aux plus grandes affaires, et qui savent tous que le premir besoin des peuples est le maintien de la paix. Auprès d'eux se trouvent des savants qui, dans le domaine du droit international, jouissent d'un renom justement mérité. Les officiers généraux et supérieurs des armées de terre et de mer qui nous assisteront dans nos travaux, nous apporteront aussi le concours de leur haute compétence. || „La diplomatie, comme nous le savons tous, a pour mission de prévenir et d'aplanir les conflits entre les États, de tempérer les rivalités, de concilier les intérêts, d'écarter les malentendus, et de substituer l'entente au désaccord. || „Il me sera permis de dire que, subissant une loi générale, la diplomatie n'est plus seulement un art dans lequel l'habileté personnelle joue un rôle exclusif; elle tend à devenir une science qui doit avoir ses règles fixes pour la solution des conflits internationaux. C'est là aujourd'hui le but idéal qu'elle doit avoir devant les yeux, et incontestablement un grand progrès aura été accompli si

la diplomatie parvient à établir ici déjà quelques-unes des règles dont je viens de parler. Aussi nous nous attacherons, d'une façon toute spéciale, à généraliser, à codifier la pratique de l'arbitrage et de la médiation ou des bons offices. Ces idées forment pour ainsi dire, l'essence même de notre tâche, le but le plus général proposé à nos efforts: prévenir les conflits par les moyens pacifiques. Il ne s'agit pas d'entrer dans le domaine de l'utopie. Dans l'oeuvre que nous allons entreprendre il faudra tenir compte du possible, ne pas s'attacher à poursuivre des abstractions. Sans rien sacrifier de nos espérances ultérieures, nous devons rester sur le terrain de la réalité, scruter celle-ci dans toute sa profondeur, afin de jeter des fondements solides, de poser des bases concrètes. || „Or, la réalité que nous montre-t-elle? Nous apercevons entre les nations une communauté d'intérêts matériels et moraux qui ne cesse de s'accroître. Les liens qui unissent toutes les parties de la grande famille humaine deviennent toujours plus étroits. Voulût-elle rester isolée, une nation ne le pourrait pas; elle est prise comme dans un engrenage vivant, fécond en bienfaits pour toutes; elle fait partie d'un même organisme. Sans doute les rivalités existent, mais ne semble-t-il pas qu'elles se portent plutôt actuellement sur le terrain économique, sur celui des grandes expansions commerciales qui naissent d'un même besoin de répandre au dehors le surplus de l'activité qui ne trouve pas d'emploi suffisant dans la mère patrie? La rivalité ainsi comprise peut encore être bonne, pourvu qu'au-dessus d'elle planent l'idée de justice et le sentiment élevé de la grande fraternité humaine. || „Si donc les nations sont unies par des liens si multiples, n'y a-t-il pas lieu de rechercher les conséquences qui en découlent? Lorsqu'un dissentiment se produit entre deux ou plusieurs nations, les autres, sans y être mêlées directement, en sont profondément affectées; les effets d'un conflit international se produisant sur un point quelconque du globe, se répercutent de tous les côtés. Et c'est pour cela que les tiers ne peuvent rester indifférents à ce conflit; il faut que leur action conciliante s'exerce pour l'apaiser. Ces vérités ne sont pas nouvelles; à toutes les époques il s'est trouvé des penseurs pour les suggérer, des hommes d'État pour les appliquer. Mais elles s'imposent plus que jamais de notre temps, et le fait qu'elles aient été proclamées par une assemblée telle que la nôtre, marquera une date considérable dans l'histoire de l'humanité.

„Les nations ont un ardent besoin de paix, et nous devons à l'humanité, nous devons aux Gouvernements qui nous ont confié ici leurs pouvoirs, et qui ont la charge du bien de leurs peuples, nous devons à nous-mêmes de faire oeuvre utile en précisant le mode d'emploi de quelques-uns des moyens destinés à assurer la paix. || „Parmi ces moyens, il faut placer l'arbitrage et la médiation. La diplomatie les a admis depuis longtemps dans sa pratique, mais elle n'a pas précisé les modalités de leur emploi, elle n'a pas défini les cas auxquels ils seraient applicables. C'est à cette oeuvre élevée que nous allons consacrer nos efforts, soutenus par la conviction que nous travaillons

Nr. 12135. Konferenzstaaten. 20. Mai 1899.

pour le bien de l'humanité tout entière dans la voie que nous ont tracée les générations précédentes. || „Mais, puisque nous sommes fermement résolus à nous tenir éloignés de la chimère, puisque nous reconnaissons tous que notre tâche actuelle, pour grande qu'elle soit, a ses limites, nous devons aussi nous préoccuper d'une autre face de la situation. || „Du moment où toute chance de conflit armé entre les nations ne peut pas être écartée d'une manière absolue, en mitiger les horreurs serait encore travailler dans un but d'humanité. Les Gouvernements des États civilisés ont déjà conclu des accords internationaux qui ont marqué des étapes importantes. Il s'agit pour nous d'en établir de nouvelles, et, pour cette catégorie de questions, le concours de tant de personnes compétentes, présentes à cette réunion, ne peut manquer d'être très précieux. || „Mais il est, en outre, des matières d'une portée très haute et très ardue qui se rattachent également à l'idée du maintien de la paix et dont l'examen a semblé au Gouvernement Impérial de Russie pouvoir rentrer dans le cadre des travaux de la Conférence. Il y aurait lieu de se demander si le bien des peuples n'exigerait pas une limitation des armements progressifs; c'est aux Gouvernements qu'il appartient, dans leur sagesse, de peser à cet égard les intérêts dont ils ont la charge. || „Telles sont, Messieurs, les idées essentielles qui paraissent devoir diriger l'ensemble de nos délibérations. || „Nous allons, j'en suis sûr, les examiner dans un esprit élevé et sincèrement conciliant, afin de marcher dans la voie qui conduira à la consolidation de la paix. Nous ferons ainsi une oeuvre utile, dont les générations futures devront savoir gré aux Souverains et Chefs des États représentés dans cette enceinte. (Applaudissements.) || „Messieurs, une de nos préoccupations doit être d'assurer la bonne marche de nos travaux, de procéder à une division du travail, à une répartition de la besogne. || „Je me permets donc de soumettre à votre approbation le projet suivant: — || „‚Il sera constitué trois Commissions: || „‚La première Commission sera compétente pour les Articles 1, 2, 3, et 4 de la Circulaire du 30 Décembre, 1898. || „‚La seconde Commission sera compétente pour les Articles 5, 6, et 7 de la dite Circulaire. || „‚La troisième Commission sera compétente pour l'Article 8 de la même Circulaire. || „‚Chaque Commission pourra se subdiviser en Sous-Commissions. || „‚Il est entendu qu'en dehors des points mentionnés ci-dessus la Conférence ne se considère comme compétente pour l'examen d'aucune autre question. En cas de doute, la Conférence aurait à décider si telle ou telle proposition, émise dans les Commissions, rentrerait ou non dans le cadre tracé par ces points. || „‚Chaque État aura la faculté de se faire représenter dans chacune des Commissions. || „‚Les premiers Délégués désigneront ceux des membres de leurs Missions respectives qui devront faire partie de chacune des Commissions. Ceux-ci pourront d'ailleurs faire partie de deux ou plusieurs Commissions. || „‚Ainsi qu'il est établi pour les réunions plénières, chaque État n'aura qu'un vote unique dans chaque Commission. || „‚Les Délégués, représentants des Gouvernements, pourront prendre part aux travaux de toutes les séances des Commissions. || „‚Les

Délégués, techniques et scientifiques, pourront assister aux réunions plénières de la Conférence. || „‚Les Commissions constitueront elles-mêmes leurs bureaux et régleront l'ordre de leurs travaux.'" Nr. 12135. Konferenzstaaten. 20. Mai 1899

La proposition du Président est adoptée. || Le Président prie MM. les chefs des délégations de vouloir bien communiquer au bureau les noms des Délégués qui seront désignés pour faire partie des différentes Commissions. || Il prie ensuite ceux de ses collègues qui ne l'ont pas encore fait, de bien vouloir remettre au bureau de la Conférence leurs pleins pouvoirs. Quant à ceux qui ne sont pas encore en possession de leurs pleins pouvoirs, il les prie de vouloir bien les remettre au bureau au fur et à mesure de leur réception. || Le Président: „Nous nous sommes engagés à observer le secret de nos délibérations aussi bien pour les séances plénières que pour les séances des Commissions. Sans déroger à cette règle si importante, il y aura lieu, dans la mesure du possible, de tenir compte de la curiosité légitime du public attentif à nos travaux, et je vous demande de bien vouloir autoriser le bureau, sous la haute surveillance de votre Président, à organiser un service de communications à la presse." (Assentiment.) || Le procès-verbal de la séance d'ouverture est adopté. || Le Président annonce que les membres de la Conférence seront prévenus par les soins du Secrétariat de la date et de l'heure de la prochaine réunion.

La séance est levée à 11 heures et trois quarts.

Nr. 12136. RUSSLAND. — Vorschlag zur Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts.

26. Mai 1899.

Bons Offices et Médiation.

Article 1. A l'effet de prévenir, autant que possible, le recours à la force dans les rapports internationaux, les Puissances Signataires sont convenues d'employer tous leurs efforts pour amener, par des moyens pacifiques, la solution des conflits qui pourraient surgir entre elles. || Art. 2. En conséquence, les Puissances Signataires ont décidé qu'en cas de dissentiment grave ou de conflit, avant d'en appeler aux armes, elles auront recours, en tant que les circonstances l'admettraient, aux bons offices ou à la médiation d'une ou de plusieurs Puissances amies. || Art. 3. En cas de médiation, acceptée spontanément par des États se trouvant en conflit, le but du Gouvernement médiateur consiste dans la conciliation des prétentions opposées et dans l'apaisement des ressentiments qui peuvent s'être produits entre ces États. || Art. 4. Le rôle du Gouvernement médiateur cesse du moment que la transaction proposée par lui ou les bases d'une entente amicale qu'il aurait suggérées ne seraient point acceptées par les États en conflit. || Art. 5. Les Puissances jugent utile que, dans les cas de dissentiment grave ou de conflit entre États civilisés concernant des questions d'intérêt politique — indépendamment du recours que Nr. 12136. Rufsland. 26. Mai 1899.

Nr. 12136. Rufsland. 26. Mai 1899.

pourraient avoir les Puissances en litige aux bons offices ou à la médiation des Puissances non impliquées dans le conflit — ces dernières offrent de leur propre initiative, en tant que les circonstances s'y prêteraient, aux États en litige leurs bons offices ou leur médiation, afin d'aplanir le différend survenu, en leur proposant une solution amiable qui, sans toucher aux intérêts des autres États, serait de nature à concilier au mieux les intérêts des parties en litige. || Art. 6. Il demeure bien entendu que la médiation et les bons offices, soit sur l'initiative des parties en litige, soit sur celle des Puissances neutres, ont strictement le caractère de conseil amical, et nullement force obligatoire.

Arbitrage International.

Art. 7. En ce qui regarde les cas de litige se rapportant à des questions de droit, et, en premier lieu, à celles qui concernent l'interprétation ou l'application des Traités en vigueur — l'arbitrage est reconnu par les Puissances Signataires comme étant le moyen le plus efficace et en même temps le plus équitable pour le règlement à l'amiable de ces litiges. || Art. 8. Les Puissances Contractantes s'engagent par conséquent à recourir à l'arbitrage dans les cas se rapportant à des questions de l'ordre mentionné ci-dessus en tant que celles-ci ne touchent ni aux intérêts vitaux, ni à l'honneur national des parties en litige. || Art. 9. Chaque État reste seul juge de la question de savoir si tel ou tel cas doit être soumis à l'arbitrage, excepté ceux énumérés dans l'Article suivant et dans lesquels les Puissances Signataires du présent acte considèrent l'arbitrage comme obligatoire pour elles. || Art. 10. A partir de la ratification du présent Acte par toutes les Puissances Signataires, l'arbitrage est obligatoire dans les cas suivants, en tant qu'ils ne touchent ni aux intérêts vitaux, ni à l'honneur national des États Contractants: — || I. En cas de différends ou de contestations se rapportant à des dommages pécuniaires éprouvés par un État, ou des ressortissants, à la suite d'actions illicites ou de négligence d'un autre État ou des ressortissants de ce dernier. || II. En cas de dissentiments se rapportant à l'interprétation ou l'application des Traités et Conventions ci-dessous mentionnés: — || (1.) Traités et Conventions postales et télégraphiques, de chemins de fer ainsi qu'ayant trait à la protection des câbles télégraphiques sous-marins; règlements concernant les moyens destinés à prévenir les collisions de navires en pleine mer; Conventions relatives à la navigation des fleuves internationaux et canaux interocéaniques. || (2.) Conventions concernant la protection de la propriété littéraire et artistique, ainsi que la propriété industrielle (brevets d'invention, marques de fabrique ou de commerce et nom commercial); Conventions monétaires et métriques; Conventions sanitaires, vétérinaires, et contre le phylloxera. || (3.) Conventions de succession, de cartel, et d'assistance judiciaire mutuelle. || (4.) Conventions de démarcation, en tant qu'elles touchent aux questions purement techniques, et non politiques. || Art. 11. L'énumération des cas mentionnés dans l'Article ci-dessus pourra être complétée par des accords subséquents entre les

Puissances Signataires du présent Acte. || En outre, chacune d'entre elles pourra entrer en accord particulier avec une autre Puissance, afin de rendre l'arbitrage obligatoire pour les cas susdits avant la ratification générale, ainsi que pour étendre sa compétence à tous les cas qu'elle jugera possible de lui soumettre. || Art. 12. Pour tous les autres cas de conflits internationaux, non mentionnés dans les Articles ci-dessus, l'arbitrage, tout en étant certainement très désirable et recommandé par le présent Acte, n'est cependant que purement facultatif, c'est-à-dire ne peut être appliqué que sur l'initiative spontanée de l'une des parties en litige et avec le consentement exprès et de plein gré de l'autre ou des autres parties. || Art. 13. En vue de faciliter le recours à l'arbitrage et son application, les Puissances Signataires ont consenti à préciser, d'un commun accord, pour les cas d'arbitrage international, les principes fondamentaux à observer pour l'établissement et les règles de procédure à suivre pendant l'instruction du litige, et le prononcé de la sentence arbitrale. || L'application de ces principes fondamentaux, ainsi que de la procédure arbitrale, indiquée dans l'Appendice au présent Article, pourrait être modifiée en vertu d'un accord spécial entre les États qui auraient recours à l'arbitrage.

Commissions Internationales d'Enquête.

Art. 14. Dans les cas où se produiraient entre les États Signataires des divergences d'appréciation par rapport aux circonstances locales ayant donné lieu à un litige d'ordre international qui ne pourrait pas être résolu par les voies diplomatiques ordinaires, mais dans lequel ni l'honneur, ni les intérêts vitaux de ces États ne seraient engagés, les Gouvernements intéressés conviennent d'instituer une Commission Internationale d'Enquête, afin de constater les circonstances ayant donné matière au dissentiment et d'éclaircir sur les lieux par un examen impartial et consciencieux toutes les questions de fait. || Art. 15. Ces Commissions Internationales sont constituées comme suit: chaque Gouvernement intéressé nomme deux membres et les quatre membres réunis choisissent le cinquième membre, qui est en même temps le Président de la Commission. S'il y a partage de voix pour l'élection d'un Président, les deux Gouvernements intéressés s'adressent d'un commun accord, soit à un Gouvernement tiers, soit à une personne tierce qui nommera le Président de la Commission. || Art. 16. Les Gouvernements entre lesquels s'est produit un dissentiment grave ou un conflit dans les conditions indiquées plus haut, s'engagent à fournir à la Commission d'Enquête tous les moyens et toutes les facilités nécessaires pour une étude approfondie et consciencieuse des faits qui y ont donné matière. || Art. 17. La Commission d'Enquête Internationale, après avoir constaté les circonstances dans lesquelles le dissentiment ou le conflit s'est produit, présente aux Gouvernements intéressés son Rapport, signé par tous les membres de la Commission. || Art. 18. Le Rapport de la Commission d'Enquête n'a nullement le caractère d'une sentence arbitrale; il laisse aux Gouvernements en conflit entière faculté, soit de conclure un arrangement

Nr. 12136. Rufsland. 26. Mai 1899.

à l'amiable sur la base du Rapport susmentionné, soit de recourir à l'arbitrage en concluant un accord ad hoc, soit enfin de recourir aux voies de fait admises dans les rapports mutuels entre les nations.

Appendice à l'Article 13.

Projet de Code d'Arbitrage.

Article 1er. Les Puissances Signataires ont approuvé les principes et règles ci-dessous pour la procédure d'arbitrage entre nations, sauf les modifications qui pourraient y être introduites dans chaque cas spécial d'un commun accord par les Gouvernements en litige. || Art. 2. Les États intéressés, ayant accepté l'arbitrage, signent un acte spécial (Compromis), dans lequel sont nettement précisées les questions soumises à la décision de l'arbitre, l'ensemble des faits et des points de droit qui s'y rattachent et, enfin, se trouve confirmé formellement l'engagement des deux Parties Contractantes de se soumettre, de bonne foi et sans appel, à la sentence arbitrale qui sera prononcée. || Art. 3. Les compromis ainsi conclus de plein gré par les États, peuvent établir l'arbitrage soit pour toutes contestations survenant entre eux, soit pour les contestations d'une catégorie déterminée. || Art. 4. Les Gouvernements intéressés peuvent confier les fonctions d'arbitre au Souverain ou au Chef d'État d'une Puissance tierce avec l'assentiment de ce dernier. Ils peuvent également confier ces fonctions soit à une personne seule, choisie par eux, soit à un tribunal d'arbitrage constitué à cet effet. || Dans le dernier cas et en vue de l'importance du litige, le tribunal d'arbitrage pourrait être constitué de la manière suivante: chaque Partie Contractante choisit deux arbitres et tous les arbitres réunis choisissent le sur-arbitre qui est de jure le Président du tribunal d'arbitrage. || En cas de partage des voix, les Gouvernements en litige s'adresseront d'un commun accord à un Gouvernement tiers ou à une personne tierce, qui nommera le sur-arbitre. || Art. 5. Si les parties en litige n'arrivent pas à un accord sur le choix du Gouvernement tiers ou d'une personne tierce mentionnés dans l'Article précédent, chacune de ces parties nommera une Puissance non impliquée dans le conflit, afin que les Puissances ainsi choisies par les parties en litige, désignent, d'un commun accord, un sur-arbitre. || Art. 6. L'incapacité ou la récusation valable, fût-ce d'un seul des arbitres susindiqués, ainsi que le refus d'accepter l'office arbitral après l'acceptation ou la mort d'un arbitre choisi, infirme le compromis entier, sauf les cas où ces faits sont prévus et réglés d'avance d'un commun accord des Parties Contractantes. || Art. 7. Le siège du tribunal d'arbitrage est désigné, soit par les États Contractants, soit par les membres du tribunal eux-mêmes. Le changement de ce siège du tribunal n'est loisible qu'en vertu d'un nouvel accord entre les Gouvernements intéressés ou, en cas de force majeure, sur l'initiative du tribunal même. || Art. 8. Les États en litige ont le droit de

nommer des délégués ou agents spéciaux, attachés au tribunal d'arbitrage avec la charge de servir d'intermédiaires entre le tribunal et les Gouvernements intéressés. || Outre ces agents les susdits Gouvernements sont autorisés à charger de la défense de leurs droits et intérêts devant le tribunal d'arbitrage des Conseils ou avocats nommés à cet effet. || Art. 9. Le tribunal d'arbitrage décide dans quelles langues devront avoir lieu ses délibérations et les débats des parties. || Art. 10. La procédure arbitrale doit généralement parcourir deux phases: préliminaire et définitive. || La première consiste dans la communication aux membres du tribunal d'arbitrage, par les agents des États Contractants, de tous les actes, documents, et arguments imprimés ou écrits relatifs aux questions en litige. || La seconde — définitive ou orale — consiste dans les débats devant le tribunal d'arbitrage. || Art. 11. Après la clôture de la procédure préliminaire commencent les débats devant le tribunal d'arbitrage, qui sont dirigés par le Président. || De toutes les délibérations sont tenus des procès-verbaux, rédigés par des Secrétaires, nommés par le Président du tribunal. Ces procès-verbaux seuls ont force légale. || Art. 12. La procédure préliminaire étant close, le tribunal d'arbitrage a le droit de refuser tous les nouveaux actes ou documents que les représentants des parties voudraient lui soumettre. || Art. 13. Toutefois, le tribunal d'arbitrage reste souverainement libre de prendre en considération les nouveaux documents ou actes, dont les délégués ou Conseils des deux Gouvernements en litige ont profité dans leurs explications dont il aura besoin. || Ce dernier a le droit de requérir la représentation de ces actes ou documents et d'en donner connaissance à la partie adverse. || Art. 14. Le tribunal d'arbitrage, outre cela, a le droit de requérir des agents des parties la présentation de tous les actes ou explications dont il aura besoin. || Art. 15. Les agents et Conseils des Gouvernements en litige sont autorisés à présenter au tribunal d'arbitrage oralement toutes les explications ou preuves au profit de la cause à défendre. || Art. 16. Ces mêmes agents et Conseils ont également le droit de s'adresser au tribunal avec des motions sur les matières à discuter. || Les décisions du tribunal concernant ces motions sont définitives et ne peuvent donner lieu à aucune discussion. || Art. 17. Les membres du tribunal d'arbitrage ont le droit de poser aux agents ou Conseils des parties contractantes des questions ou demander des éclaircissements sur des points douteux. || Ni les questions posées, ni les observations faites par les membres du tribunal pendant le cours des délibérations ne sauraient être regardées comme énonciations des opinions du tribunal en général, ou de ses membres en particulier. || Art. 18. Le tribunal d'arbitrage est seul autorisé à déterminer sa compétence par l'interprétation des clauses du Compromis, et selon les principes du droit international ainsi que les stipulations des Traités particuliers qui peuvent être invoqués dans la matière. || Art. 19. Le tribunal d'arbitrage a le droit de rendre des ordonnances de procédure sur la direction du procès, de déterminer les formes et délais dans lesquels chaque partie devra présenter ses conclusions et de statuer sur l'interprétation des docu-

Nr. 12136. Rußland. 26. Mai 1899.

ments produits et communiqués aux deux parties. || Art. 20. Les agents et Conseils des Gouvernements en litige ayant présenté tous les éclaircissements et preuves pour la défense de leurs causes, le Président du tribunal d'arbitrage prononcera la clôture de la discussion. || Art. 21. Les délibérations des membres du tribunal d'arbitrage sur le fond du litige ont lieu à huis clos. || Toute décision définitive ou provisoire est prise à la majorité des membres présents. || Le refus d'un membre du tribunal de prendre part au vote doit être constaté dans le procès-verbal. || Art. 22. La sentence arbitrale, votée à la majorité des voix, doit être rédigée par écrit et doit être signée par chacun des membres du tribunal d'arbitrage. || Ceux des membres du tribunal qui sont restés dans la minorité constatent, en signant, leur dissentiment. || Art. 23. La sentence arbitrale est lue solennellement en séance publique du tribunal et en présence des agents et Conseils des Gouvernements en litige. || La sentence arbitrale, dûment prononcée et notifiée aux agents des Gouvernements en litige, décide définitivement et sans appel la contestation entre les parties et clôt toute la procédure arbitrale instituée par le Compromis. || Art. 25. Chaque partie supportera ses propres frais et la moitié des frais du tribunal d'arbitrage, sans préjudice de la décision du tribunal touchant l'indemnité que l'une ou l'autre des parties pourra être condamnée à payer. || Art. 26. La sentence arbitrale est nulle en cas de compromis nul, ou d'excès de pouvoir ou de corruption prouvée d'un des arbitres. || La procédure indiquée ci-dessus concernant le tribunal d'arbitrage s'applique également à partir du § 7, commençant par les mots: „Le siège du tribunal d'arbitrage“ dans le cas où l'arbitrage est confié à une personne seule au choix des Gouvernements intéressés. || Dans le cas où le Souverain ou le Chef d'État se réserverait de prononcer personnellement comme arbitre, la procédure à suivre serait fixée par le Souverain ou le Chef d'État lui-même.

Weiterer russischer Vorschlag.

Articles qui pourraient remplacer l'Article 13.

Article 1er. En vue de consolider, en tant que possible, la pratique de l'arbitrage international, les Puissances Contractantes sont convenues d'instituer pour la durée de ans, un Tribunal d'Arbitrage, auquel seraient soumis les cas d'arbitrage obligatoire énumérés dans l'Article 10, à moins que les Puissances intéressées ne tombent d'accord sur l'établissement d'un tribunal d'arbitrage spécial pour la solution du conflit survenu entre elles. || Les Puissances en litige pourront également avoir recours au tribunal ci-dessus indiqué dans tous les cas d'arbitrage facultatif, si un accord spécial à ce sujet s'établit entre elles. || Il est bien entendu que toutes les Puissances, sans en excepter celles non contractantes ou celles qui auraient fait des réserves, pourront soumettre leurs différends à ce tribunal en s'adressant au bureau permanent prévu par l'Article de l'Appendice (A). || Art. 2. L'organisation du tribunal d'arbitrage est indiquée dans l'Appendice (A) au présent Article. || L'organisation des tribunaux

d'arbitrage institués par des accords spéciaux entre les Puissances en litige, ainsi que les Règles de Procédure à suivre pendant l'instruction du litige et le prononcé de la sentence arbitrale sont déterminés dans l'Appendice (B). || Les dispositions contenues dans ce dernier Appendice pourront être modifiées en vertu d'un accord spécial entre les Etats qui auront recours à l'arbitrage. Nr. 12136. Rufsland. 26. Mai 1899.

Annexe à la Proposition Russe.

En cas d'acceptation des Articles 1 et 2, il y aurait lieu: — || 1. De rédiger l'Appendice (A) mentionné dans l'Article; || 2. D'introduire dans le projet du code d'arbitrage des modifications correspondantes.

Nr. 12137. GROSSBRITANNIEN. — Vorschlag zur Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts.

31. Mai 1899.

Dans le but de faciliter le recours immédiat à l'arbitrage pour les États qui n'auraient pas réussi à régler leurs différends par la voie diplomatique, les Puissances Signataires s'engagent à organiser de la manière suivante un tribunal permanent d'arbitrage, accessible en tous temps, et qui sera régi par le Code d'Arbitrage prescrit dans cette Convention, en tant qu'il serait applicable et conforme aux dispositions arrêtées dans le compromis entre les parties litigantes. || 2. A cet effet un Bureau Central sera établi en permanence à , dans lequel les archives du tribunal seront conservées, et qui sera chargé de la gestion de ses affaires officielles. || Un Secrétaire permanent, un Archiviste, et un personnel suffisant seront nommés, qui habiteront sur les lieux. || Le bureau sera l'intermédiaire des communications relatives à la réunion du tribunal à la requête des parties litigantes. || 3. Chaque Puissance Signataire transmettra aux autres les noms de deux personnes de sa nationalité reconnues dans leur pays comme juristes ou publicistes de mérite, et jouissant de la plus haute considération quant à leur intégrité, qui seraient disposées à accepter les fonctions d'arbitre, et posséderaient toutes les qualités requises. Les personnes ainsi désignées seront membres du tribunal, et seront inscrites comme tels au Bureau Central. || En cas de décès ou de retraite d'un membre du tribunal, il sera pourvu à son remplacement de la même manière que pour sa nomination, || 4. Les Puissances Signataires désirant avoir recours au tribunal pour le règlement pacifique des différends qui pourraient surgir entre elles notifieront ce désir au Secrétaire du Bureau Central, qui leur fournira sur le champ la liste des membres du tribunal. Elles choisiront dans cette liste le nombre d'arbitres convenu dans le compromis. Elles auront en outre la faculté de leur adjoindre des arbitres autres que ceux dont les noms seront inscrits dans la liste. Les arbitres ainsi choisis formeront le tribunal pour cet arbitrage. Ils se réuniront à la date fixée par les parties en litige. || Le tribunal siégera d'ordinaire à , mais il aura la faculté de siéger ailleurs, et de changer son siège de temps en temps, selon les circonstances et sa convenance, Nr. 12137. Grofs-britannien. 31. Mai 1899.

Nr. 12137. Grofs-britannien. 31. Mai 1899.

ou celle des parties en litige. || 5. Tout État, quoique n'étant pas une des Puissances Signataires, pourra avoir recours au tribunal dans les conditions prescrites par les Règlements. || 6. Le Gouvernement de est chargé d'installer à , au nom des Puissances Signataires, le plus tôt possible après la ratification de cette Convention, un Conseil d'Administration permanent, qui sera composé de cinq membres et d'un Secrétaire. || Ce Conseil aura pour devoir d'établir et d'organiser le Bureau Central, qui sera sous sa direction et son contrôle. || Il émettra de temps en temps les Règlements nécessaires au bon fonctionnement du Bureau Central. Il réglera de même toutes les questions qui pourraient surgir touchant le fonctionnement du tribunal, ou qui lui seraient référées par le Bureau Central. Il aura des pouvoirs absolus quant à la nomination, la suspension, ou la démission de tous les fonctionnaires et employés; il fixera leurs salaires et il contrôlera la dépense générale. || Le Conseil élira son Président, qui aura voix prépondérante. La présence de trois membres suffira pour constituer les séances, et les décisions seront prises à la majorité des voix. || Les honoraires des membres du Conseil seront fixés par un accord entre les Puissances Signataires. || 7. Les Puissances Signataires s'engagent à supporter par parties égales les frais du Conseil d'Administration et du Bureau Central. || Les frais se rattachant à chaque arbitrage incomberont aux États en litige en partie égale.

Nr. 12138. VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Vorschlag über das internationale Schiedsgericht.

31. Mai 1899.

Nr. 12138. Vereinigte Staaten von Amerika. 31. Mai 1899.

(Traduction Française.) || Il est décidé que, en vue d'aider à prévenir les conflits armés par des moyens pacifiques, les Représentants des Puissances Souveraines assemblés à cette Conférence sont invités par la présente Résolution à proposer à leurs Gouvernements respectifs d'entrer en négociations aux fins de conclure un Traité Général qui aura pour objet le plan ci-dessous avec telles modifications qui seraient indispensables pour assurer l'adhésion d'au moins neuf Puissances Souveraines, desquelles huit au moins devront être des Puissances Européennes ou Américaines, et quatre au moins devront avoir été au nombre des Signataires de la Convention de Paris, l'Empire d'Allemagne étant considéré comme succédant à la Prusse et le Royaume d'Italie à la Sardaigne. || 1. Le tribunal sera composé de personnes se recommandant par leur haute intégrité et leur compétence dans le droit international qui seront nommées par la majorité des membres de la plus Haute Cour de Justice existant dans chacun des États adhérents. Chaque État Signataire du Traité aura un Représentant au tribunal. Les membres de celui-ci siégeront jusqu'à ce que des successeurs leur aient été donnés en due forme par le même mode d'élection. || 2. Le tribunal s'assemblera, en vue de s'organiser,

à une époque et à un endroit dont conviendront les différents Gouvernements. Toutefois, il ne faudra pas que ce soit plus de six mois après la ratification du Traité Général par les neuf Puissances mentionnées ci-dessus. Le tribunal désignera un greffier permanent et tels autres employés qui seront jugés nécessaires. Le tribunal aura le pouvoir de désigner le lieu où il se réunira et pourra en changer de temps en temps, selon que les intérêts de la justice ou les convenances des litigants sembleront l'exiger. Il fixera les règles de la procédure qu'il suivra. || 3. Le tribunal aura un caractère permanent et sera toujours prêt à accueillir, dans les limites de ses règles propres de procédure, les cas nouveaux et les cas contraires, soit que ces cas lui soient soumis par les nations Signataires, soit qu'ils le soient par toutes autres nations qui désireraient recourir à lui; tous les cas et cas contraires, ainsi que les témoignages et les arguments pour les appuyer ou les combattre devront être écrits ou imprimés. Tous cas, cas contraires, dépositions, arguments et considérants de jugements devront, après que la sentence aura été prononcée, être à la disposition de tous ceux qui seraient disposés à payer les frais de leur transcription. || 4. Tout différend quel qu'il soit entre Puissances Signataires peut, de commun accord, être soumis par les nations intéressées au jugement de ce tribunal international, mais, dans tous les cas où le tribunal sera saisi, les intéressés devront s'engager, en s'adressant à lui, à accepter sa sentence. || 5. Dans chaque cas particulier la Cour sera composée d'après les conventions intervenues entre les nations litigantes, soit que le tribunal tout entier siège, soit que les nations litigantes désignent quelques-uns seulement de ses membres en nombre impair et non inférieur à trois. Dans le cas où la cour ne comprendrait que trois juges, aucun d'eux ne pourra être originaire, sujet ou citoyen des États dont les intérêts sont en cause. || 6. Les frais généraux du tribunal seront répartis également ou en proportion équitable entre les Puissances adhérentes, mais les frais occasionnés par chaque cas particulier seront à la charge de ceux que le tribunal indiquera. Les traitements des juges pourront être fixés de telle façon qu'ils ne soient payables que lorsque lesdits juges rempliront effectivement leurs fonctions au tribunal. Les cas dans lesquels l'une des parties ou toutes les deux seraient un État non-adhérent ne seront admis qu'à la condition que les États litigants prennent de commun accord l'engagement de payer respectivement telle somme que le tribunal fixera pour couvrir les frais de la procédure. || 7. Tout litigant qui aura soumis un cas au tribunal international aura droit à une seconde audition de sa cause devant les mêmes juges, en dedans les trois mois après que la sentence aura été notifiée, s'il déclare pouvoir invoquer des témoignages nouveaux ou des questions de droit non soulevées et non tranchées la première fois. || 8. Le Traité proposé ici entrera en force quand neuf États Souverains, dans les conditions indiquées dans la Résolution, auront ratifié ses stipulations.

Nr. 12139. KONFERENZSTAATEN. — Projekt zur Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg.

5. Juni 1899.

Nr. 12139. Konferenzstaaten. 5. Juni 1899.

Article 1er. Les bâtiments-hôpitaux militaires, c'est-à-dire, les bâtiments construits ou aménagés par les États spécialement et uniquement en vue de porter secours aux blessés, malades, et naufragés, et dont les noms auront été communiqués, avant toute mise en usage, aux Puissances belligérantes, seront respectés et ne pourront être capturés pendant la durée des hostilités. || Art. 2. Les bâtiments-hospitaliers, équipés en totalité ou en partie aux frais des particuliers ou des Sociétés de Secours officiellement reconnues, sont également respectés et exempts de capture si la Puissance belligérante dont ils dépendent leur a donné une commission officielle, et en a notifié les noms à la Puissance adverse avant toute mise en usage. || Ces navires devront être porteurs d'un document de l'autorité maritime compétente déclarant qu'ils ont été soumis à son contrôle pendant leur armement et à leur départ final. || Art. 3. Les bâtiments-hospitaliers, équipés en totalité ou en partie aux frais des particuliers ou des Sociétés officiellement reconnues de pays neutres, sont respectés et exempts de capture, si la Puissance neutre dont ils dépendent leur a donné une commission officielle, et en a notifié les noms aux Puissances belligérantes avant toute mise en usage. || Art. 4. Les bâtiments qui sont mentionnés dans les Articles 1, 2, et 3, porteront secours et assistance aux blessés, malades, et naufragés des belligérants, sans distinction de nationalité. || Les Gouvernements s'engagent à n'utiliser ces bâtiments pour aucun but militaire. || Ces bâtiments ne devront gêner en aucune manière les mouvements des combattants. || Pendant et après le combat, ils agiront à leurs risques et périls. || Les belligérants auront sur eux le droit de contrôle et de visite. Ils pourront refuser leur concours, leur enjoindre de s'éloigner, leur imposer une direction déterminée, et même les détenir, si la gravité des circonstances l'exigeait. || Art. 5. Les bâtiments-hôpitaux militaires seront distingués par une peinture extérieure blanche avec une bande horizontale verte de 1 mètre et demi de largeur. || Les autres bâtiments seront distingués par une peinture extérieure blanche avec une bande horizontale rouge de 1 mètre et demi de largeur. || Les embarcations des bâtiments qui viennent d'être mentionnés comme les petits bâtiments qui pourront être affectés au service hospitalier, se distingueront par une peinture analogue. || Tous les bâtiments-hospitaliers se feront reconnaître en hissant, avec leur pavillon national, le pavillon blanc à croix rouge, prévu par la Convention de Genève. || Art. 6. Les bâtiments de commerce, yachts, ou embarcations neutres portant des blessés, des malades, ou des naufragés des belligérants ne peuvent être capturés pour le fait de ce transport, mais ils restent exposés à la capture pour les violations de neutralité qu'ils auraient commises. || Art. 7. Le personnel religieux, médical, et hospitalier de tout bâtiment capturé est inviolable, et ne peut être fait prisonnier de guerre. Il emporte, en quittant le navire, les objets et les instruments de

chirurgie qui sont sa propriété particulière. || Ce personnel continuera à remplir ses fonctions tant que cela sera nécessaire, et il pourra ensuite se retirer lorsque le Commandant-en-chef le jugera possible. || Les belligérants doivent assurer au personnel ennemi tombé entre leurs mains la jouissance intégrale de son traitement. || Art. 8. Les marins et les militaires embarqués, blessés ou malades, à quelque nation qu'ils appartiennent, seront protégés et soignés par les capteurs. || Art. 9. Les naufragés, blessés ou malades, d'un belligérant qui tombent au pouvoir de l'autre sont prisonniers de guerre. Il appartient au vainqueur de décider suivant les circonstances s'il convient de les garder, de les diriger sur un port de sa nation, sur un port neutre, ou même sur un port de l'adversaire. Dans ce dernier cas, les prisonniers ainsi rendus à leur pays ne pourront servir pendant la durée de la guerre. || Art. 10. Les naufragés, blessés ou malades, qui sont débarqués dans un port neutre, du consentement de l'autorité locale, devront y être gardés par celle-ci de manière qu'ils ne puissent pas de nouveau prendre part aux opérations de la guerre. | Les frais d'hospitalisation et d'internement seront supportés par l'État dont relèvent les naufragés blessés ou malades. Nr. 12139. Konferenzstaaten. 5. Juni 1899.

Nr. 12140. RUSSLAND. — Vorschlag zur Beschränkung der Waffen.

9. Juni 1899.

M. Schéine propose que les Gouvernements s'engageront: — || 1. A ne pas dépasser un calibre de 17 pouces, soit 431.7 millim. pour toutes espèces de canons; || 2. Que la longueur des canons soit fixée à un maximum de 45 calibres; || 3. Que la vitesse initiale n'excède pas 3000 pieds, soit 914 mètres; || 4. Pour les cuirasses le maximum de la force de résistance sera celle d'une cuirasse de 355 millim. fabriquée d'après la dernière patente Krupp. || L'engagement serait pris pour une durée de temps ne dépassant pas cinq ans. || M. Schéine demande que les Délégués transmettent à leurs Gouvernements respectifs sa proposition, et qu'ils fassent renseigner en même temps sur les chiffres que ces Gouvernements seraient disposés à adopter, si les chiffres sus-indiqués ne leur convenaient pas. Nr. 12140. Rufsland. 9. Juni 1899.

Nr. 12141. KONFERENZSTAATEN. — Konferenzprotokoll. Beratung über die Stellung der Neutralen.

6. Juni 1899.

On passe à la discussion des Articles 53, 54, et 55 du projet de Déclaration de la Conférence de Bruxelles de 1874*): „Des belligérants internés et des blessés soignés chez les neutres.“ || Son Excellence M. Eyschen (Premier Nr. 12141. Konferenzstaaten. 6. Juni 1899.

*) Vgl. Nr. 5374.

Nr. 12141. Konferenzstaaten. 6. Juni 1899.

Délégué du Luxembourg), appelle l'attention de la Commission sur la situation particulière que le Traité de Londres du 11 Mai, 1867, fait à son pays vis-à-vis de la matière réglée par l'Article 53. || La Sous-Commission donne acte à M. Eyschen de ce qu'il a signalé à la Conférence les Articles 2, 3, et 5 du dit Traité et qu'il entend réserver à son pays tous les droits qui en découlent. || Les Articles 53 et 54 du projet de Déclaration de la Conférence de Bruxelles ont été adoptés sans modifications en ces termes: — || „Article 53. L'État neutre qui reçoit sur son territoire des troupes appartenant aux armées belligérantes, les internera, autant que possible, loin du théâtre de la guerre. „Il pourra les garder dans des camps et même les enfermer dans les forteresses ou dans des lieux appropriés à cet effet. || „Il décidera si les officiers peuvent être laissés libres en prenant l'engagement sur parole de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation. || „Article 54. A défaut de Convention spéciale, l'État neutre fournira aux internés les vivres, les habillements, et les secours commandés par l'humanité. || „Bonification sera faite, à la paix, des frais occasionnés par l'internement."

M. de Khuepach ayant proposé d'ajouter dans le premier alinéa de l'Article 55 aux mots „ni personnel ni matériel de guerre" ceux de „qui dépasseraient les limites du nécessaire pour soigner les blessés et les malades du convoi," la Sous-Commission est d'avis que tel est bien le sens de l'Article et décide que cette interprétation sera insérée au procès-verbal. || Par suite d'objections soulevées par M. le Général Mounier, une discussion s'élève à propos de l'Article 55. Ont notamment pris la parole: leurs Excellences MM. Beernaert, Eyschen, le Comte Nigra, MM. le Chevalier Descamps, de Martens, de Gross de Schwarzhoff, et Lammasch. On décide de renvoyer la rédaction de cet Article à une prochaine réunion. || Avant d'aborder l'examen des Chapitres 1, 2, et 9 du projet de la Déclaration susmentionnée, son Excellence M. Beernaert fait quelques observations qui lui semblent communes à tous les trois. || Sur la proposition de M. Beldiman, on décide que le discours de son Excellence M. Beernaert sera imprimé et distribué avant la prochaine réunion.*) || Après le discours de son Excellence M. Beernaert, le Président ayant pris la parole, M. Bihourd propose de faire également imprimer et distribuer la teneur de la réponse de M. de Martens, et d'ajourner la discussion jusqu'au Jeudi, 8. Juin. || Cette proposition est adoptée. || La séance est levée à midi et quart.

Nr. 12142. VERTRAGSSTAATEN. — Kommissionsbeschluſs über die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts.

9./12. Juni 1899.

Texte adopté par le Comité dans ses Séances du 9 et 12 Juin.[3]

Nr. 12142. Vertragsstaaten. 9./12. Juni 1899.

1. Dans le but de faciliter le recours immédiat à l'arbitrage pour les différends internationaux qui n'auraient pu être réglés par la voie diplomatique,

*) Cette communication se fera séparément.

les Puissances Signataires s'engagent à organiser de la manière suivante un (tribunal) permanent d'arbitrage accessible en tout temps, et qui sera régi, sauf stipulation contraire des parties en litige, par le Code d'Arbitrage inséré dans la présente Convention. || 1 bis. Ce tribunal sera compétent pour tous les cas d'arbitrage, soit obligatoire, soit facultatif, à moins que les Puissances en litige ne s'entendent pour l'établissement d'une juridiction spéciale d'arbitrage. || 2. Un Bureau (Central) est établi à La Haye [par le soin et sous la haute surveillance du Gouvernement des Pays-Bas]. Ce bureau est placé sous la direction d'un Secrétaire-Général résident. Il sert de greffe au (tribunal) arbitral. Il est l'intermédiaire des communications relatives à la réunion du tribunal. Il a la garde des archives et la gestion de toutes les affaires administratives. || 3. Chaque Puissance Signataire désignera dans les trois mois qui suivront la ratification du présent Acte deux personnes d'une compétence reconnue en droit international, jouissant de la plus haute considération morale, et disposées à accepter la fonction d'arbitre. Les personnes ainsi désignées seront inscrites, au titre de membres du tribunal, sur une liste, qui sera notifiée à toutes les Puissances Signataires par les soins du Bureau Central. || Deux ou plusieurs États peuvent s'entendre pour la désignation en commun de deux membres. La même personne peut être désignée par des États différents. Les membres du tribunal sont nommés pour une durée de six ans. Leur mandat peut être renouvelé. || En cas de décès ou de retraite d'un membre du tribunal, il sera pourvu à son remplacement selon les mêmes règles. || 4. Les Puissances Signataires qui désirent avoir recours au tribunal pour le règlement des différends survenus entre elles, notifieraient leur intention au Secrétaire-Général du Bureau, qui leur fournira sans retard la liste des membres du tribunal. Elles choisiront dans cette liste le nombre d'arbitres convenu dans le compromis. A défaut de stipulation contenue à cet égard dans le compromis, les arbitres seront désignés sur cette liste, suivant les règles fixées par les Articles du Code d'Arbitrage. Les Arbitres ainsi choisis formeront le tribunal pour cet arbitrage. Ils se réuniront à la date fixée par les parties en litige. || 4 bis. Le tribunal siégera d'ordinaire à La Haye, mais il aura la faculté de siéger ailleurs et de changer son siège selon les circonstances et sa convenance ou celle des parties en litige. || 5. Tout État quoique n'étant pas une des Puissances Signataires pourra avoir recours au tribunal dans les conditions prescrites par les Règlements.

Nr. 12143. VERTRAGSSTAATEN. — Kommissionsberatung über die Beschaffenheit der Kriegswaffen.

11. Juni 1899.

Nr. 12143. Vertragsstaaten. 11. Juni 1899.

Rapport présenté au nom de la Première Sous-Commission par le Général Den Beer Poortugael.

Messieurs: || Ayant eu l'honneur d'être nommé Rapporteur de la Sous-Commission Militaire de la Première Commission, je m'efforcerai d'être à la hauteur de la mission dont la confiance de mes collègues m'a investi; je vous exposerai aussi fidèlement que possible le tableau succinct de nos délibérations, des votes et des propositions, que la Sous-Commission a à vous soumettre. || La Sous-Commission, s'inspirant des idées magnanimes émanées de l'initiative généreuse de l'Empereur de Russie, a examiné avec un grand soin, avec une attention consciencieuse, les points de la Circulaire Russe du 30 Décembre, 1898, qui ont été renvoyés à son examen.

Poudres.

Dans la discussion générale, le Capitaine Crozier (États-Unis) déclare que l'interdiction de l'emploi de poudres plus puissantes que celles adoptées actuellement, pourrait aller à l'encontre de l'un des principaux buts de la proposition russe, savoir l'économie. || Une poudre étant puissante en proportion de la production de gaz fourni par la charge et la température de combustion, on pourrait très bien produire une poudre, qui, fournissant un plus grand volume de gaz à une température plus basse de combustion, pourrait être plus puissante qu'aucune poudre actuellement en usage et qui en même temps, en raison de la basse température, fatiguerait moins le fusil, ce qui permettrait de le conserver plus longtemps. || Les Délégués se prononcent à l'unanimité en faveur de la liberté absolue de chaque État en ce qui concerne l'emploi de poudres nouvelles de chargement.

Explosifs dans les Guerres de Campagne.

Quant à l'emploi des explosifs dans l'artillerie de campagne, M. le Colonel Gilinsky, au nom du Gouvernement Russe, propose de ne pas faire usage dans cette artillerie des obus brisants ou à fougasses et de se limiter aux explosifs existants, avec interdiction des explosifs formidables qui sont employés pour les sièges. || A une demande de M. le Colonel de Gross de Schwarzhoff (Allemagne) sur le vrai sens de la proposition, le Président dit, que la portée en est que les États s'interdiraient l'emploi en campagne des explosifs très puissants adoptés déjà dans quelques armées. || La question de l'interdiction dans l'artillerie de campagne des obus brisants ou à fougasses est mise aux voix: 10 États répondent Oui (Belgique, Danemark, Pays-Bas, Perse, Portugal, Serbie, Russie, Siam, Suisse, Bulgarie), 11 répondent Non. || Sur la question de savoir s'il y a lieu d'interdire l'emploi d'explosifs nouveaux non encore utilisés, 12 États répondent Non (Allemagne, États-Unis, Autriche-Hongrie,

Danemark, Espagne, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Roumanie, Suède et Norvège, Turquie), les autres, 9 Oui. Nr. 12143. Vertragsstaaten. 11. Juni 1899.

Canons.

Le Colonel Gilinsky (Russie) propose que dans un but d'économie les États conviennent de ne pas changer dans l'artillerie de campagne le canon actuel. Toutefois les pays arriérés auraient la faculté de se mettre au niveau des autres. || A la suite d'une observation du Général Zuccari (Italie) le Président demande si l'on est d'accord qu'il serait en tous cas permis aux pays arriérés de perfectionner leur armement pour le mettre au niveau de ceux qui sont actuellement plus avancés. || M. Bihourd (France), ayant fait observer que cette formule irait à l'encontre du but d'économie visé, le Président provoque un vote sur la question de savoir si dans le cas où l'on s'interdirait de nouveaux perfectionnements, cette interdiction permettrait néanmoins à tous l'adoption des types les plus perfectionnés actuellement en usage. || Les votes ont fait apparaître la grande difficulté d'un accord; comme l'a fait remarquer le Colonel Gilinsky, beaucoup d'États ne sont pas en possession de types satisfaisants, voisins, les uns des autres, comme c'est le cas pour les fusils. || Cinq États seulement (États-Unis, Belgique, Italie, Serbie, et Siam) ont voté Oui; les Délégués d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, des Pays-Bas, de Suisse s'abstiennent à cause de certaines restrictions, qui s'imposent. Le Délégué du Danemark dit que son pays doit changer son matériel, qu'il serait nécessaire d'essayer les types pour prendre le meilleur, mais que les États qui les possèdent ne le communiqueront pas; donc il serait nécessaire de dire exactement, ce qui est admissible et ce qui ne l'est pas. || Dans le même sens se prononcent les Délégués de l'Espagne, de la France, du Japon, du Portugal et de la Roumanie. Le Délégué de Russie déclare que la proposition Russe tend à permettre l'adoption du meilleur canon actuel, c'est-à-dire du canon à tir rapide. Les Délégués de Perse et de Bulgarie se rangent à la proposition de la Russie. Le Délégué de la Grande-Bretagne dit que son Gouvernement n'est pas disposé à accepter aucune limitation. Les Délégués de Suède et Norvège et de la Turquie font des réserves. || Par suite de ce vote le Président croit devoir poser la question de principe. Y a t-il lieu, pour les nations représentées à la Conférence, de s'interdire, pour un temps à fixer et notamment par des motifs d'économie, de modifier leur armement-canons, en excluant l'emploi de toute invention nouvelle? || Toutes les délégations répondent Non, excepté la Russie et la Bulgarie, qui s'abstiennent et le Siam, qui répond affirmativement. Le Président, constatant qu'une très grande majorité est hostile à toute limitation en ce qui concerne les canons, considère que sur ce point il n'y a plus lieu à discussion.

Balles.

Dès la première séance de la Sous-Commission le Colonel Künzli (Suisse) a proposé l'interdiction de certaines projectiles, qui aggravent les blessures et

Nr. 12143. Vertragsstaaten. 11. Juni 1899.

augmentent les souffrances des blessés. Il a dit avoir en vue les balles dites dum-dum. || Le Délégué Néerlandais, Den Beer Poortugael, a adheré à cette proposition, son Gouvernement l'ayant chargé de demander l'interdiction formelle de l'emploi des dum-dums et des projectiles analogues, qui font des blessures non-guérissables. Il dit que les balles dum-dum, dont le nez est très mou, le manteau du projectile très dur, l'intérieur formé d'une substance plus molle, font à la moindre résistance, en se déformant, des ravages énormes dans le corps, l'entrée du projectile étant très mince, mais la sortie très grande et, comme il suffit de mettre l'homme armé hors de combat pendant la durée de la campagne, de tels ravages ne sont pas nécessaires. || Sir John Ardagh (Angleterre) dit qu'il doit y avoir malentendu, vu que les dum-dum sont des balles comme les autres, des projectiles ordinaires. || Le Président fait remarquer que la proposition du Gouvernement Néerlandais n'est qu'une extension du principe consacré à Saint-Petersbourg en 1868 et il demande pour la séance prochaine des textes précis et clairs. || Deux formules ont été présentées— || Celle du Colonel Künzli: || "Interdiction des projectiles d'infanterie, dont la pointe du manteau est trouée ou limée, et de ceux dont le passage direct à travers le corps est entravé par un vide intérieur ou par l'emploi de plomb mou." || Et celle du Gouvernement Russe:— || "L'emploi des balles, dont l'enveloppe ne couvrirait pas entièrement le noyau à la pointe, ou serait pourvue d'incisions, et, en général, l'emploi des balles, qui s'épanouissent ou s'aplatissent facilement dans le corps humain, doit être interdit, n'étant pas conforme à l'esprit de la Déclaration de Saint-Pétersbourg de 1868."

M. le Colonel de Khuepach (Autriche) est d'avis qu'il faudrait se borner à interdire conventionnellement l'emploi des balles, qui produisent des blessures inutilement cruelles, sans entrer dans les détails, et d'autant plus, qu'il ne sera pas possible d'éviter complètement les mutilations. || Sir John Ardagh, d'accord avec le Délégué Autrichien, ajoute qu'il existe une différence entre la guerre entre nations civilisées et celles contre des sauvages. Si, dans la première, un soldat est blessé par un petit projectile, il se retire à l'ambulance, mais le sauvage, quoique transpercé deux ou trois fois, ne cesse pas d'avancer. || Pour cette raison, le Délégué Anglais réclame la liberté d'employer contre les populations sauvages des projectiles d'une efficacité suffisante. || M. Raffalovich expose que les idées émises par Sir John Ardagh sont contraires à l'esprit humanitaire qui domine cette fin du dix-neuvième siècle. Il fait remarquer d'ailleurs que la différenciation des ennemis à combattre et des projectiles à employer amènerait nécessairement des complications d'équipement. || Le Colonel Gilinsky a fait observer que la balle du fusil de petit calibre n'arrête pas l'attaque des sauvages, non pas parce qu'ils sont des sauvages; elle n'arrêtera pas davantage l'attaque d'une armée civilisée, car tel est l'effet du petit calibre. En effet l'homme grièvement blessé peut encore avancer pendant quelque temps et même combattre. C'est donc là un argument en faveur de

calibres plus gros. Le calibre Russe de $7^1/_2$ millim. arrête très bien l'attaque. En diminuant continuellement le calibre, on arrive à un calibre trop petit et à la nécessité d'employer les balles dum-dum. Quant aux savages, ils ne sont malheureusement pas garantis contre l'emploi des balles explosibles. Dans la Déclaration de Saint-Pétersbourg de 1868, les Puissances Contractantes ont décidé de ne pas employer ces balles dans la guerre entre elles. Il est évident qu'il y a une lacune dans la Déclaration de 1868, lacune qui permet d'employer contre les sauvages, non seulement des balles dum-dum, mais même des balles explosibles. || Le Président croit exprimer l'opinion de l'assemblée en disant qu'il ne saurait être établi de distinction entre les projectiles permis et les projectiles interdits suivant les ennemis contre lequel on combat, fussent-ils des sauvages. || Comme suite de la discussion, la formule Russe, qui avait rencontré l'adhésion de la majorité, a reçu la rédaction suivante arrêtée d'accord entre les Délégués de Russie, de France, et de Roumanie:— || "L'emploi des balles qui s'épanouissent ou s'aplatissent facilement dans le corps humain, telles que les balles explosibles, les balles à enveloppe dure dont l'enveloppe ne couvrirait pas entièrement le noyau ou serait pourvue d'incisions, doit être interdit." || Dix-neuf États se sont prononcés affirmativement (Allemagne, les États-Unis de l'Amérique, Belgique, Danemark, Espagne, France, Japon, Pays-Bas, Perse, Portugal, Italie, Roumanie, Russie, Serbie, Siam, Suède et Norvège, Suisse, Turquie, et Bulgarie). || Un État pour la négative (Grande-Bretagne); un État (Autriche-Hongrie) s'est abstenu.

Nr. 12143. Vertragsstaaten. 11. Juni 1899.

Lancement de Projectiles du haut des Ballons.

La proposition du Gouvernement Russe de prohiber le lancement de projectiles ou d'explosifs quelconques du haut des ballons ou par des moyens analogues est mise en discussion et votre Rapporteur déclare que son Gouvernement l'a autorisé à l'appuyer. D'après lui, permettre d'employer de telles machines infernales qui semblent tomber du ciel, dépasse les limites. Quand on est contraint de faire la guerre, il faut la faire aussi énergiquement que possible, mais cela n'implique pas que tous les moyens soient permis. || Il rappelle les Articles 12 et 13 du Protocole Final de la Conférence de Bruxelles de 1874 et finit en disant qu'avec les progrès de la science les choses qui, hier encore, paraissaient incroyables, se réalisent aujourd'hui. On peut donc même prévoir l'emploi de projectiles ou autres engins, remplis de gaz délétères, soporifiques, qui, précipités du haut des ballons au milieu des troupes, les mettraient du coup hors de combat. Comme on ne peut se garder contre de tels procédés, cela ressemble à une perfidie, et tout ce qui y ressemble doit être écarté scrupuleusement. Soyons chevaleresques même dans la manière de faire la guerre. || Le Colonel de Schwartzhoff (Allemagne) ayant fait constater qu'il ne s'agit pas d'interdire l'emploi de mortiers ou d'autres canons à tir élevé, mais que les mots "moyens analogues" s'appliquent seulement à des manières nouvelles, pas encore inventées, la Sous-Commission,

Nr. 12143. Vertragsstaaten. 11. Juni 1899.

d'accord avec cette interprétation, ajoute pour écarter tout malentendu le mot "nouveaux" entre les mots "moyens" et "analogues." || Le Colonel Gilinsky fait observer en outre, que, de l'avis du Gouvernement Russe, les différentes manières actuelles de nuire à l'ennemi sont bien suffisantes. || La proposition est mise aux voix et tous les Délégués se prononcent pour l'interdiction à l'exception de celui de la Grande-Bretagne et des Délégués Français et Roumains qui désirent limiter l'entente à cinq ans.

Fusils.

La question des fusils est celle qui a occupé le plus longuement la Sous-Commission, elle a fait l'objet des délibérations de quatre séances. || Le Colonel Gilinsky (Russie) a donné connaissance d'une proposition dont l'adoption empêcherait de nouvelles dépenses. Le fusil en usage dans les principales armées étant à peu près de même calibre, de même qualité, le Gouvernement Russe propose que les divers États s'engagent conventionnellement, pour un nombre d'années à déterminer, à ne pas remplacer par d'autres les fusils actuellement en service. Il ne s'agirait que de fixer pour un certain temps le type actuel, en excluant par exemple le fusil automatique qui, pour le moment, n'existe qu'à l'état de projet et n'est encore adopté nulle part. Les perfectionnements, qui ne modifieraient pas essentiellement le fusil actuel et ne le transformeraient pas, seraient permis. || M. le Capitaine Ayres d'Ornellas (Délegué du Portugal) ne conteste pas que le fusil est à peu près le même dans les différentes armées, mais fait observer que le calibre diffère, variant entre 6 et 8; il demande si la stipulation proposée vise seulement les fusils et les canons en usage ou si elle s'applique également aux armes à l'étude et en voie d'être adoptées. || Le Président suppose qu'il serait entendu que les nations arriérées pourraient se mettre au niveau des autres. || Il demande s'il ne conviendrait pas de présenter une formule précise quant à un minimum de calibre, et le Délégué des Pays-Bas propose d'accepter tout calibre de 6 à 8 millim. || Après un échange de vues sur la proposition Russe, quant à des détails techniques, la discussion se termina le 26 Mai par des déclarations, dont il ressortait qu'il y avait une très grande divergence de vues entre les Délégués, la plupart d'entre eux demandant des formules nettes et précises. || Le Président exprime l'espoir que pour la prochaine réunion de semblables formules seront présentées. Il serait bon de fixer le minimum du calibre, le poids du projectile, la vitesse initiale, le nombre maximum de coups par minute, et d'exclure le chargement automatique. || Le Comte Barantzew (Délégué Russe) ayant transmis par le télégraphe ces vœux à son Gouvernement, les membres ont, peu après, eu communication, en dehors de la proposition primitive, de deux propositions, l'une du Gouvernement Russe, l'autre du Délégué des Pays-Bas. || La proposition Russe indique les modifications, améliorations, ou transformations qu'il serait permis de faire au fusil, pendant un certain temps, à déterminer:— || 1. Le minimum du poids du fusil est

fixé à 4 kilog. || 2. Le minimum du calibre à $6^1/_2$ millim. || 3. Le poids de la balle ne sera pas moindre que $10^1/_2$ grammes. || 4. La vitesse initiale ne dépassera pas 720 mètres. || 5. La rapidité du feu se tiendra à 25 coups par minute. || 6. Les balles explosibles et dilatables, ainsi que le chargement automatique, sont interdits.

La formule présentée par le Général den Beer Poortugael était la suivante:— || "Les États conviennent de ne faire usage dans leurs armées et flottes, pendant cinq ans, à partir du moment où le présent acte sera signé, que des fusils en usage ou à l'étude en ce moment. || "Pour les fusils à l'étude, ne seront tolérés que ceux d'un type existant et d'un calibre ne variant qu'entre 6 et 8 millim. || "Les perfectionnements permis devront être de nature à ne changer ni le type, ni le calibre, ni la vitesse initiale existants." || Après une discussion sur les balles, les poudres, et les canons, la question des fusils a été de nouveau entamée dans la séance du 31 Mai. || Le Colonel Comte Barantzew a tenu à dire que, bien que la Sous-Commission se trouvât en présence d'une seconde formule Russe, donnée par déférence au désir exprimé, il souhaitait qu'on en revint au texte de la proposition primitive, qui répondait mieux aux intentions de son Gouvernement (arrêter les dépenses en stabilisant le fusil). Il craint que les données détaillées de la seconde formule ne donnent matière à des controverses. || A la suite d'un échange de vues entre plusieurs Délégués, le Président a mis d'abord aux voix le texte proposé par votre Rapporteur, texte accepté par le Délégué Russe. || Le Colonel de Gross de Schwarzhoff a exprimé l'opinion que la proposition ne semblait pas pouvoir être acceptée, parce qu'elle permet des perfectionnements aux fusils existants sans donner de ceux-ci une définition nette et précise. Il serait très difficile d'établir quelles sont les améliorations permises ou interdites. Où est l'autorité qui déciderait cette question? En cas de doute, il faudrait pour remplir loyalement les clauses de la Convention, faire connaître le nouveau modèle aux autres Puissances, leur demander leur consentement avant de l'adopter et comme cela n'est pas possible, il aura le regret de devoir voter négativement. || Les Délégués des États-Unis, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Italie, du Japon, du Portugal, de la Serbie, et de la Turquie exprimèrent le même sentiment. || Ont voté Oui les Délégués de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, des Pays-Bas, de la Perse, de la Russie, du Siam, de la Suède et Norvège, de la Suisse, et de la Bulgarie, ce dernier sous réserves. || Le Délégué de la Roumanie s'abstient à défaut d'instruction de son Gouvernement. || Le vote se résume donc en 9 Oui, 1 Oui avec réserve, 10 Non, et une abstention. || Le Président met ensuite aux voix le texte Russe; le Colonel de Gross de Schwarzhoff a critiqué un à un les différents détails de cette formule, pour en conclure que, d'après lui, cette proposition était inacceptable. Il a voté contre. || Le Délégué d'Autriche-Hongrie, le Lieutenant-Colonel de Khuepach, pourrait accepter une restriction conventionnelle, mais seulement sur une question de principe. Si l'on entre dans les détails, il

Nr. 12143. Vertragsstaaten. 11. Juni 1899.

croit qu'il faudrait que des personnes compétentes de tous les pays représentés s'entendissent sur les limitations possibles, avant de les rendre obligatoires, comme on a procédé pour la revision de la Convention de Genève. || Il a voté Non, ainsi que les Délégués des États-Unis, de la Belgique, du Danemark, de l'Espagne, de l'Italie, du Japon, du Portugal, de la Roumanie, de la Serbie, du Siam, de la Suisse, et de la Turquie. || Ont voté Oui les Délégués des Pays-Bas, de la Perse, de la Russie, et de la Bulgarie, ce dernier ad referendum. Le Délégué de la France a déclaré qu'il attendait des instructions. || Il y a donc eu 14 Non, 3 Oui, 1 Oui avec réserve, une abstention. || Peu de jours après la Sous-Commission s'est réunie encore pour examiner une nouvelle proposition présentée par le Délégué Néerlandais, à savoir:— || "Pour une période de cinq ans, à compter de la date du présent Acte, les États conviennent de ne pas remplacer les fusils actuellement en usage dans leurs armées par des fusils d'un autre type. Mais ils ne s'interdisent pas d'apporter aux fusils actuellement en usage toute amélioration ou tout perfectionnement qui leur paraîtrait avantageux. || "Les États qui ont un fusil de modèle arriéré, c'est-à-dire d'un calibre supérieur à 8 millim. ou sans magasin, pourront adopter des modèles existants."

Le Délégué Néerlandais a expliqué dans un discours qui, sur la proposition de M. le Président et de M. Raffalovich, a été inséré au procès-verbal et imprimé, les motifs économiques et politiques qui l'ont déterminé à faire cette nouvelle proposition. || Le Colonel de Schwarzhoff fait remarquer que le but de faire des économies ne serait pas atteint, parce que les perfectionnements introduits pour les fusils d'un pays obligeraient les autres Gouvernements d'en adopter à leur tour, et que ceux-ci, une fois forcés de dépenser pour leurs fusils des sommes plus ou moins considérables, devaient au moins garder la liberté de choisir le fusil qui leur semblerait le meilleur. Ne sachant pas d'avance si leur fusil actuellement en usage se prêterait aux transformations nécessaires, ils ne pourraient prendre l'engagement d'en conserver le type. Le délai fixé à cinq ans amènerait probablement de doubles dépenses, d'abord pour des améliorations des fusils en usage, ensuite pour la construction d'un nouveau fusil. || L'auteur de la proposition a répondu qu'il était peu vraisemblable que, dans la courte durée de cinq ans, on eût besoin de procéder à des perfectionnements notables aux fusils existants, et il ajoute qu'en tous cas il existe une différence considérable entre les dépenses à faire en vue d'introduire un perfectionnement au fusil existant, dépenses ordinairement peu considérables, et celles imposées par une transformation complète de l'armement, lequel exige trois fusils par homme et revient pour une armée de 500 000 hommes d'infanterie à 75 000 000 florins. || MM. les Délégués de la Bulgarie, MM. Stancioff et Hessaptchieff, ont objecté que si l'on adoptait la proposition, les États qui ont des fusils de 8 millim. et qui ne pourraient pas les changer seraient dans une condition d'infériorité vis-à-vis des pays actuellement arriérés, qui auraient la liberté d'adopter un type meilleur. ||

L'auteur de la proposition a répliqué que les fusils de 8 millim. sont très satisfaisants, que plusieurs armées en sont pourvues et que la Russie, de qui émane la proposition, a un fusil dont le calibre diffère très peu de 8 millim. || M. Myatovich (Serbie) dit qu'il accepte la rédaction proposée en suggérant d'ajouter que les États arriérés auront eux aussi la faculté d'améliorer leur fusil. || Il n'insiste pas sur cet amendement en présence de la Déclaration du Président que le paragraphe 1er de la Résolution du Délégué Néerlandais sauvegarde ce droit aussi pour les États arriérés. || A l'objection portant sur l'impossibilité du contrôle à exercer, soulevée incidemment par le Délégué Anglais et le Délégué Néerlandais, MM. Raffalovich et Gilinsky ont répondu que la garantie la plus efficace se trouverait dans la bonne foi des Gouvernements contractants, ainsi que dans le contrôle de l'opinion. || Le Colonel de Gross de Schwarzhoff fit remarquer qu'il ne s'agit pas de contrôle contre la mauvaise foi; il a en vue les contestations qui peuvent surgir de bonne foi relativement à la portée de certaines modifications. || Au vote, 2 États seulement ont voté Non (Allemagne, Italie). || Neuf États ont voté Oui (Danemark, Espagne, Pays-Bas, Perse, Roumanie, Russie, Serbie, Siam, Suède et Norvège). || Neuf États se sont abstenus: les États-Unis, l'Autriche-Hongrie, la France, le Japon, la Turquie, la Bulgarie (faute d'instructions), la Grande-Bretagne, le Portugal, et la Suisse. || De ce qui précède il résulte, Messieurs, que votre Sous-Commission n'a à vous soumettre que la proposition relative à l'interdiction des balles s'épanouissant ou s'aplatissant facilement en pénétrant dans le corps humain, ainsi que celle relative au lancement de projectiles du haut de ballons. Quant à la question du fusil elle reste ouverte, six des Délégués qui se sont abstenus l'ayant fait par manque d'instructions de leurs Gouvernements respectifs. || Messieurs: Vous serez d'accord avec moi pour exprimer notre reconnaissance à notre honorable Président pour la façon magistrale dont il a dirigé nos débats, pour la lucidité extrême avec laquelle il a éclairé les points techniques les plus difficiles; en vous le proposant, je ne fais que devancer vos désirs, de même que lorsque je vous demande d'adresser nos remercîments à nos Secrétaires; ceux-ci ont apporté une impartialité entière, un soin extrême à rédiger les procès-verbaux de nos séances. Cela a été une tâche considérable et difficile.

Nr. 12143. Vertragsstaaten. 11. Juni 1899.

Den Beer Poortugael.

Nr. 12144. BELGIEN. — Rede des belgischen Bevollmächtigten Beernaert in der Kommission über die Beschränkung der Rüstungen.

23. Juni 1899.

Messieurs, || Nous arrivons maintenant au grave problème que le Gouvernement Russe a soulevé tout d'abord, et en termes qui ont aussitôt commandé l'attention du monde. || Fidèle aux traditions de ses prédécesseurs et notamment d'Alexandre I qui, dès 1816, voulait tenter de fonder sur le dés-

Nr. 12144. Belgien. 23. Juni 1899.

Nr. 12144. Belgien. 23. Juni 1899.

armement une paix éternelle, le Tsar Nicolas demande la réduction des dépenses militaires, ou tout au moins un arrêt dans leur progression. Et il le fait en termes sur la gravité desquels on ne saurait assez s'apesantir. || C'est cette fois un grand Souverain qui estime que les charges énormes qui, depuis 1871, résultent de l'état de paix armée où vit l'Europe, sont de nature à atteindre et à paralyser la prospérité publique à sa source et que leur marche toujours ascendante entraînerait un fardeau écrasant que les peuples auraient de plus en plus de peine à porter. C'est à ce mal qu'il voudrait que l'Europe trouvât un remède. || La Circulaire du Comte Mouravieff serre d'un peu plus près le problème, en le présentant sous ce double aspect: Quels sont les moyens de mettre un terme à l'accroissement progressif des armements? Les nations pourraient-elles s'engager de commun accord à ne plus les augmenter, ou même à les réduire? || Mais c'est là plutôt indiquer le but que préciser une solution et j'estime que celle-ci devrait être nettement formulée. || La matière est difficile et il serait impossible d'en exagérer l'importance, car la question de la paix armée n'est pas seulement liée à celle de la richesse publique et du progrès sous sa forme la plus haute, mais aussi à celle de la paix sociale. Raison de plus pour que l'on donne à nos discussions des bases nettes et formelles. Ainsi, par exemple, l'engagement devrait-il porter sur le chiffre des effectifs ou sur celui des budgets des dépenses militaires ou à la fois sur l'un et sur l'autre point? Comment fixer ces chiffres et les vérifier? Prendrait-on comme point de départ les armées d'aujourd'hui? Y admettrait-on quelque dernier complément ou arrêterait-on une autre proportion? S'agirait-il des forces de mer, comme des forces de terre? Que ferait-on des défenses coloniales? || J'espère que notre éminent Président, son Excellence M. de Staal, qui vient de me demander la parole, nous éclairera sur ces divers points.

Nr. 12145. RUSSLAND. — Rede des russischen Bevollmächtigten Baron Staal über dasselbe.

23. Juni 1899.

Nr. 12145. Rußland. 23. Juni 1899.

M. le Président, || Je tiendrais à ajouter quelques mots aux paroles si éloquentes que vous venez de prononcer; je voudrais préciser la pensée dont s'est inspiré le Gouvernement Russe et indiquer en même temps les étapes par lesquelles a passé la question qui nous occupe. || Dès le mois d'Août 1898 le Gouvernement Russe a invité les Puissances à rechercher, dans la voie de la discussion internationale, les moyens les plus efficaces de mettre un terme au développement progressif des armements actuels. || Un accueil empressé et sympathique fut fait à la demande du Gouvernement Impérial par toutes les Puissances qui sont représentées ici. Toutefois, malgré l'enthousiasme qui avait salué cette proposition, le Gouvernement Russe a jugé nécessaire de se renseigner auprès des Cabinets pour savoir si le moment actuel semblait

favorable à la convocation d'une Conférence dont le premier but serait juste- Nr. 12145. Rußland. 23. Juni 1899.
ment cette restriction des armements. || Les réponses qui nous ont été données, l'acceptation du programme esquissé dans le Circulaire du 30 Décembre, 1898, et dont le premier point vise la non-augmentation pour un terme à fixer des effectifs militaires actuels, nous ont décidés à prendre l'initiative de la Conférence de la Paix. C'est ainsi, Messieurs, que nous nous trouvons réunis à La Haye, animés d'un esprit de conciliation et que nos bonnes volontés se rencontrent en vue d'une oeuvre commune à accomplir. || Nos deux Sous-Commissions ont pris pour cadres les points 2, 3, et 4 de la Circulaire du 30 Decembre. Ce sont, sans doute, des difficultés techniques et spéciales, dont je ne suis pas en mesure d'apprécier la portée, qui ont empêché de prendre toutes les décisions désirées. La Commission d'ailleurs a exprimé le voeu de renvoyer quelques-unes de ces questions à une Conférence ultérieure. || Mais nous avons encore à examiner un point essentiel qui est du ressort de la Commission: c'est la question de la limitation des budgets et des effectifs militaires. Il me paraît d'autant plus nécessaire d'insister pour que cette importante question fasse l'objet de l'étude la plus approfondie, qu'elle renferme, je le répète, l'idée première qui nous a réunis, celle d'alléger le plus possible le fardeau effroyable qui pèse sur les peuples, qui entrave leur développement matériel et même moral. Les fruits de l'activité humaine sont absorbés dans une proportion croissante par les dépenses des budgets de la guerre et de la marine. Ainsi que l'a fort éloquemment dit l'honorable Général den Beer Poortugael, il est d'importantes fonctions des nations civilisées qui souffrent de cet état de choses et qui sont reléguées au second plan. || La paix armée entraîne aujourd'hui des dépenses plus considérables que les guerres les plus onéreuses d'autrefois. Si une autre Commission a reçu le mandat d'alléger, de mitiger les horreurs de la guerre, à vous, Messieurs, incombe la mission tout aussi grande d'alléger les charges de la paix, telles qu'elles résultent de cette concurrence incessante dans la voie des armements. || Il me sera permis d'espérer que, sur ce point tout au moins, l'attente des populations anxieuses, qui suivent avec un intérêt soutenu nos travaux, ne sera pas trompée. La déception serait cruelle. || C'est pour cette raison que je vous prie de porter toute votre attention sur les propositions que MM. les Délégués Techniques de Russie vont développer devant vous; vous verrez que ces propositions constituent véritablement un minimum. || Ai-je besoin de dire qu'il ne s'agit point d'utopies ni de mesures chimériques? Il ne s'agit pas de procéder à un désarmement. Ce que nous souhaitons c'est d'arriver à une limitation, à un temps d'arrêt dans la marche ascendante des armements et des dépenses. Nous le proposons dans la conviction que, si l'accord s'établit, on verra un mouvement en sens contraire s'accentuer peu à peu: l'immobilité n'est point du domaine de l'histoire et, si pendant quelques années nous aurons pu garder une certaine stabilité, tout porte à croire que la tendance bienfaisante à la diminution des charges militaires pourra s'affirmer et se développer. Ce mouvement

Nr 12145. Rufsland. 23. Juni 1899. répondra entièrement aux idées qui ont inspiré les Circulaires Russes. || Mais nous n'en sommes pas encore là. Pour le moment nous ne tendons qu'à la stabilisation, pour un terme à fixer, des effectifs et des budgets militaires.

Nr. 12146. RUSSLAND. — Vorschlag zur Beschränkung der Rüstungen zu Lande.

23. Juni 1899.

Nr. 12146. Rufsland. 23. Juni 1899. 1. Etablissement d'une entente internationale pour un terme de cinq ans, stipulant la non-augmentation du chiffre actuel des effectifs de paix des troupes entretenues dans les métropoles. || 2. Fixation, en cas de cette entente, s'il est possible, du chiffre des effectifs de paix des armées de toutes les Puissances, non compris les troupes coloniales. || 3. Maintien pour le même terme de cinq ans du montant du budget militaire actuellement en vigueur.

Nr. 12147. RUSSLAND. — Vorschlag zur Beschränkung der Seerüstungen.

23. Juni 1899.

Nr. 12147. Rufsland. 23. Juni 1899. Accepter le principe de fixer, pour un terme de trois ans, le montant des budgets de la marine avec l'engagement de ne pas en augmenter le total pendant cette période triennale et l'obligation de faire connaître à l'avance pour la dite période: — || 1. Le total des tonnes des vaisseaux de guerre, qu'on se propose de construire, sans préciser les types mêmes des bâtiments; || 2. Le nombre des officiers et des équipages de la marine; || 3. Les dépenses pour les travaux des ports tels que forts, bassins, arsenaux, &c.

Nr. 12148. VEREINIGTE STAATEN. — Vorschlag über die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege.

Lettre adressée à son Excellence M. de Staal, Président de la Conférence de la Paix.

La Haye, le 20 Juin, 1899.

Nr. 12148. Vereinigte Staaten. 20. Juni 1899. Excellence, || Conformément aux instructions de son Gouvernement, la délégation des États-Unis désire présenter à la Conférence de la Paix, par l'intermédiaire de votre Excellence, en sa qualité de Président, une proposition concernant l'inviolabilité sur mer, en temps de guerre, de toute propriété privée, excepté la contrebande de guerre. || Nous rappellerons à votre Excellence ainsi qu'à la Conférence, qu'en soulevant cette question nous agissons non seulement d'après les instructions du Gouvernement actuel des États-Unis, mais aussi en conformité avec une politique que le Gouvernement de notre pays a soutenue pendant plus d'un siècle auprès des différentes Puissances, en toutes les occasions qui se sont présentées. || Dans le Traité conclu par les

États-Unis et la Prusse en 1785 on trouve la clause suivante: — || „Tous les vaisseaux marchands et commerçantes employés à l'échange des productions de différents endroits, et, par conséquent, destinés à faciliter et à répandre les nécessités, les commodités, et les douceurs de la vie, passeront librement et sans être molestés. . . . . Et les deux Puissances Contractantes s'engagent à n'accorder aucunes commissions à des vaisseaux assurés en course, qui les autorisent à prendre ou à détruire ces sortes de vaisseaux marchands ou à interrompre le commerce." (Article XXIII.)

En 1823, Mr. Monroe, Président des États-Unis, après avoir discuté les droits et devoirs des neutres, a mis en avant la proposition suivante: — || „Aucune des Parties Contractantes n'autorisera des vaisseaux de guerre à capturer ou à détruire les dits navires (de commerce et de transport), ni n'accordera ou ne publiera aucune commission à aucun vaisseau de particulier armé en course pour lui donner le droit de saisir ou détruire les navires de transport ou d'interrompre leur commerce."

En 1854 le Président, Mr. Pierce, a fait une proposition analogue, dans un Message au Congrès des États-Unis. || En 1856, à la Conférence de Paris, le Gouvernement des États-Unis s'est déclaré prêt à adhérer à la proposition des Grandes Puissances Européennes d'abolir la course, à condition toutefois que l'inviolabilité de toute propriété privée, sauf la contrebande de guerre, fût admise par rapport à la guerre maritime, de même qu'elle l'était déjà par rapport à la guerre sur terre. || En 1858, sous la Présidence de Mr. Buchanan, un Traité fut conclu entre les États-Unis et la Bolivie, dans lequel fut insérée une clause visant une entente ultérieure à l'effet de renoncer au droit de capturer la propriété privée sur mer. || En 1871, dans leur Traité avec l'Italie les États-Unis ont encore une fois adhéré au même principe. L'Article XII de ce Traité est conçu en ces termes: — || „The High Contracting Parties agree that, in the unfortunate event of a war between them, the private property of their respective citizens and subjects, with the exception of contraband of war, shall be exempt from seizure or capture, on the high seas or elsewhere, by the armed vessels or by the military forces of either Party, it being understood that this exemption shall not extend to vessels and their cargoes which may attempt to enter a port blockaded by the naval forces of either Party."

Il y a lieu de constater ici qu'à plusieurs occasions diverses Puissances représentées à la Conférence ont manifesté aux États-Unis leur volonté de conclure des arrangements, sous certaines conditions, pour exempter de capture la propriété privée sur mer. || Il est, en outre, opportun de mentionner ici que la doctrine du Traité de 1871 entre l'Italie et les États-Unis avait été sanctionnée autérieurement dans le „Code Italien de la Marine Marchande" en ces termes: — || „La capture et la prise des navires marchands d'un État ennemi par les navires de guerre seront abolies par voie de réciprocité à l'égard des États qui adoptent la même mesure envers la marine marchande

Nr. 12148. Vereinigte Staaten. 20. Juni 1899.

Italienne. La réciprocité devra résulter de lois locales, de Conventions diplomatiques, ou de Déclarations faites par l'ennemi avant le commencement de la guerre." (Article 211.)

De plus, le Comte de Nesselrode, l'éminent homme d'État Russe, a mentionné dans sa correspondance avec Mr. Middleton, représentant les Etats-Unis près la Cour de Russie, que „l'Empereur avait accueilli les désirs et les opinions des États. Unis avec sympathie, et qu'aussitôt que les Puissances, dont le concours lui semblait être indispensable, auraient manifesté la même volonté, il ne tarderait pas à autoriser ses Ministres à discuter les différents Articles d'un Acte qui couronnerait de gloire la diplomatie moderne." || Dans cet aperçu rapide de la voie que les États-Unis ont suivie depuis plus d'un siècle, votre Excellence trouvera une abondante confirmation du fait que nous avons mentionné plus haut. Elle verra que notre Gouvernement, en nous donnant les instructions d'après lesquelles nous agissons maintenant, n'a point adopté une nouvelle politique, et ne s'est nullement inspiré d'une impulsion populaire momentanée; mais que ces instructions nous ont été données en vertu d'une politique suivie par les États-Unis dès les premiers jours de leur existence nationale, et dont ils se sont rendus depuis les zélés propagateurs. || Votre Excellence voudra bien se rappeler que d'éminents hommes d'État et diplomates au service de différentes Grandes Puissances ont jugé ces principes dignes d'être discutés en connexité avec la recherche de dispositions plus efficaces pour assurer la paix internationale, et atténuer les horreurs de la guerre. Cette doctrine a aussi été approuvée récemment par des autorités éminentes dans le domaine du droit international, comme Bluntschli, Pierantoni, de Martens, Bernard, Massé, de Laveleye, Nys, Calvo, Maine, Hall, Woolsey, Field, Amos, et beaucoup d'autres. || Nous nous permettons aussi d'attirer l'attention de votre Excellence sur le fait qu'à deux reprises l'Institut de Droit International s'est prononcé en sa faveur. || La proposition que nous sommes chargés de présenter peut être formulée comme suit: — || „La propriété privée de tous les citoyens ou sujets des Puissances Signataires, à l'exception de la contrabande de guerre, sera exempte en pleine mer ou autre part de capture ou de saisie par les navires armés ou par les forces militaires des dites Puissances. Toutefois cette disposition n'implique aucunement l'inviolabilité des navires qui tenteraient d'entrer dans un port bloqué par les forces navales des susdites Puissances ni des cargaisons des dits navires."

En ce qui regarde la soumission de cette question à la Conférence au moment actuel, nous nous permettons d'ajouter les considérations suivantes: — || A la seconde séance de la Conférence, le 20 Mai, il a été décidé, à la suite de la constitution des trois Commissions, entre lesquelles a été répartie la considération des différents paragraphes de la Circulaire Russe du 30 Décembre, 1898 (11 Janvier, 1899), ainsi qu'il suit: — || „Il est entendu qu'en dehors des points mentionnés ci-dessus la Conférence ne se considère comme compétente pour l'examen d'aucune autre question. En cas de doute la Con-

férence aurait à décider si telle ou telle proposition émise dans les Commissions rentrerait ou non dans le cadre tracé par ces points." || Le fait que nous avons reçu du Président des États-Unis les instructions que nous venons de citer, prouve que notre Gouvernement a considéré le cadre de la Conférence comme assez large pour inclure cette question. || L'invitation du Gouvernement des Pays-Bas, en vertu de laquelle nous sommes ici, avait la portée suivante: || „Afin de discuter les questions exposées dans la seconde Circulaire Russe du 30 Décembre, 1898 (11 Janvier, 1899), ainsi que toutes autres questions se rattachant aux idées émises dans la Circulaire de 12 (24) Août, 1898, avec exclusion, toutefois, des délibérations de tout ce qui touche aux rapports politiques des États, ou à l'ordre de choses établi par les Traités."

Nr. 12148. Vereinigte Staaten. 20. Juni 1899.

Nous émettons très respectueusement la considération qu'une règle tendant à atténuer les maux de la guerre maritime se rattache aussi bien aux idées émises dans la Circulaire Russe du 12 (24) Août, 1898, que le font les stipulations de la Convention de Genève ou les lois et coutumes relatives à la guerre sur terre proposées par la Conférence de Bruxelles en 1874. Le Gouvernement des États-Unis a supposé que si la Circulaire Russe du 30 Décembre, 1898 (11 Janvier, 1899), n'a pas fait une mention spéciale de cette question, cela a été parce que le Gouvernement du Tzar désirait laisser à la Conférence le soin de décider si elle serait discutée. || Il ressort certainement de ces considérations qu'il y a ici, pour le moins, un cas de doute qui demande à être soumis à la Conférence, comme il est prévu par la Résolution adoptée dans la séance du 20 Mai.

En vue de cet état de choses, la Délégation des États-Unis d'Amérique prie respectueusement votre Excellence de bien vouloir soumettre la question à la Commission compétente, ou à la Conférence elle-même, afin qu'il soit décidé si notre proposition est de celles pour lesquelles nous avons le droit de revendiquer l'examen de la Conférence. || En présentant cette requête nous prions votre Excellence de bien vouloir agréer, &c. (Unterschriften.)

Nr. 12149. VERTRAGSSTAATEN. — Kommissionsberatung über die Beschränkung der Rüstungen.

26. Juni 1899.

Le Colonel Gilinsky prend la parole en ces termes: || "Après la séance du Vendredi, 23 Juin, on m'a adressé plusieurs questions concernant les propositions Russes que j'ai eu l'honneur de soumettre à la discussion de la Première Commission, et je demande à présent la permission de donner quelques explications. || On m'a fait observer que les deux premières propositions traitent la même question: pourquoi donc la partager en deux parties? Il y a pourtant une différence entre ces deux propositions; c'est-à-dire que la seconde est la suite de la première. La première traite la question en général: la question de principe. La Russie vous propose d'établir une entente

Nr. 12149. Vertragsstaaten. 26. Juni 1899.

Nr. 12149. Vertragsstaaten. 26. Juni 1899.

stipulant la non-augmentation du chiffre actuel des effectifs de paix entretenus dans les métropoles. Si nous arrivons à une pareille entente, c'est alors que paraît la seconde proposition, la question des chiffres. Chaque pays devra déclarer, si nous le trouvons nécessaire, le total en chiffres ronds ou en chiffres précis — c'est encore selon notre décision — de ses troupes entretenues en temps de paix. Il est à définir s'il est question du nombre des soldats seulement sans compter les officiers et les sous-officiers. Notre proposition vise seulement le nombre total des soldats. || Il faudra déclarer ensuite le nombre total des recrues pour chaque année qui ne pourra pas être dépassé pendant la durée de l'entente. Enfin il faudra fixer le nombre d'années que le soldat reste sous les drapeaux, car vous savez bien, Messieurs, que le changement de ce terme influe sur le total de l'armée territoriale. || Voilà de quoi il s'agit dans le second paragraphe de la proposition Russe. || Dans les deux propositions il s'agit des troupes entretenues dans le pays; les troupes coloniales sont exclues, car les Colonies se trouvant toujours en danger ou même en état de guerre, il ne paraît donc pas possible d'interdire l'augmentation des troupes coloniales. La Russie n'a pas de Colonies proprement dites, des possessions absolument séparées par la mer. Mais nous avons des territoires qui, sous le point de vue de leur défense se trouvent dans les mêmes conditions que les Colonies, car ils sont séparés du pays sinon par la mer mais du moins par des distances énormes et la difficulté des communications; c'est l'Asie Centrale et la circonscription militaire de l'Amour. Les deux sont extrêmement éloignées du centre de l'Empire; dans les deux les troupes sont peu nombreuses et se trouvent en face d'armées très considérables qui sont plus près de nos troupes que les renforts que nous pouvons envoyer de Russie. Il n'y a donc pas moyen de mettre ces territoires éloignés dans les mêmes conditions que le centre du pays et de s'interdire la possibilité d'augmenter ces troupes en cas de nécessité; par conséquent ces territoires doivent être considérés comme des Colonies. || Le troisième point vise le budget ordinaire, c'est-à-dire le budget nécessaire pour l'entretien des troupes existantes; la fabrication des armes et les constructions qui ne sortent pas de l'ordinaire. Mais quand il s'agit du changement complet de canons ou de fusils ainsi que de la reconstruction des places fortes exigée par l'effet du nouveau canon de siège, la fabrication de la nouvelle arme demande des sommes énormes qui ne peuvent être trouvées dans les limites du budget ordinaire. Ces sommes-là sont demandées par les Gouvernements de tous les pays en dehors du budget ordinaire; c'est le budget extraordinaire qui ne peut être ni prévu ni fixé. La haute assemblée ayant sanctionné le changement des armements, a sanctionné d'avance aussi le budget extraordinaire."

Le Président demande si d'autres membres ont à développer quelque proposition concernant le premier thème de la Circulaire du Comte Mouravieff. || Personne ne demandant la parole, il ouvre la discussion sur les propositions Russes et demande si tous les Délégués ont reçu de leurs Gouverne-

ments respectifs des instructions qui leur permettent de se prononcer. || Les Délégués de Siam, du Danemark, et de Serbie déclarent que les instructions qu'ils avaient demandées ne leur sont pas encore parvenues. || Mr. Uyehara (Délégué du Japon) dit qu'il ne s'est pas encore adressé à son Gouvernement afin de recevoir des instructions. || Le Président consulte la Commission sur la question de savoir s'il y a lieu d'aborder immédiatement la discussion du fond, ou s'il y aurait lieu de charger les deux Sous-Commissions Techniques ou d'autres Délégués d'un examen préalable. || Le Colonel de Schwarzhoff juge préférable d'entamer immédiatement la discussion générale; on pourra décider après s'il y a lieu oui ou non de renvoyer l'examen aux deux Sous-Commissions. || Cette manière de procéder est adoptée. || La discussion générale est ouverte.

Nr. 12149. Vertragsstaaten. 26. Juni 1899.

M. le Colonel de Schwarzhoff, dit: — || "M. le Colonel Gilinsky nous a demandé non pas de voter mais de discuter les propositions qu'il nous a soumises. Je suis prêt à me rendre à cet appel et je le ferai en toute franchise et sans aucune arrière-pensée. Mais tout d'abord je veux répondre quelques mots au Général den Beer Poortugael. || Tout en reconnaissant sa haute éloquence, je ne saurais m'associer aux idées qu'il a exprimées et je ne voudrais pas que mon silence fût pris pour un assentiment. || Le peuple Allemand n'est pas écrasé sous le poids des charges et des impôts, il n'est pas entraîné sur la pente de l'abîme, il ne court pas à l'épuisement et à la ruine. Bien au contraire; la richesse publique et privée augmente, le bien-être commun, le 'standard of life', s'élève d'une année à l'autre. || Quant au service obligatoire qui est intimement lié à ces questions, l'Allemand ne le regarde pas comme un fardeau pesant, mais comme un devoir sacré et patriotique à l'accomplissement duquel il doit son existence, sa prospérité, son avenir. || Je reviens aux propositions du Colonel Gilinsky et aux arguments mis en avant, qui à mon avis ne concordent pas tous entre eux. || D'une part on craint que les armements excessifs puissent amener la guerre, de l'autre que l'épuisement des moyens économiques ne rende la guerre impossible. || Moi, j'ai trop de confiance en la sagesse des Souverains et des nations pour partager des craintes semblables. || D'un côté on prétend de ne demander que des choses qui se pratiquent depuis longtemps dans quelques pays et que dans ce cas il ne se présenterait pas de difficultés techniques. || D'autre part on a dit que c'était justement la question la plus difficile à résoudre pour laquelle il faudrait un effort suprême. || Je suis tout à fait de ce dernier avis. Nous rencontrerons en effet des obstacles insurmontables, des difficultés qu'on peut appeler techniques dans un sens un peu élargi du terme. || Je pense que la question des effectifs ne peut pas être envisagée toute seule, à part, dégagée d'une foule d'autres questions auxquelles elle est presque subordonnée. || Tels sont par exemple le degré d'instruction publique, la durée du service actif, le nombre des cadres établis, les effectifs des unités de troupes, le nombre et la durée des rappels sous les drapeaux, c'est-à-dire les obligations militaires

Nr. 12149. Vertragsstaaten. 26. Juni 1899.

des anciens soldats, l'emplacement des corps de troupes, le réseau des chemins de fer, le nombre et la situation des places fortes. || Dans une armée moderne tout cela se tient et forme en son ensemble la défense nationale que chaque peuple a organisée d'après son caractère, son histoire, ses traditions, tout en tenant compte de ses ressources économiques, de sa situation géographique et des devoirs qui lui incombent. || Je crois qu'il serait très difficile d'opposer à cette œuvre éminemment nationale une Convention Internationale. On ne saurait fixer l'étendue et la grandeur d'une seule partie de ce rouage compliqué. || On ne peut pas parler des effectifs sans tenir compte des autres éléments, que j'ai énumérés d'une façon très incomplète. || Du reste, on parle seulement des troupes entretenues dans les métropoles; le Colonel Gilinsky nous en a donné la raison, mais il y a des territoires qui ne font pas partie de la métropole mais en sont si rapprochés que les troupes y stationnées participeront certainement à une guerre continentale. Et les pays d'outre-mer? Comment pourraient-ils admettre une limitation de leurs troupes si les armées coloniales qui seules les menacent restent en dehors de la Convention? || Je me suis borné à indiquer d'un point de vue général quelques-unes des raisons qui d'après moi s'opposent à la réalisation du désir, certes unanime, d'aboutir à une entente générale. || J'ajouterai quelques mots sur la situation spéciale de l'Allemagne. || En Allemagne le chiffre des effectifs résulte d'une entente entre les Gouvernements et le Reichstag. || Pour ne pas répéter chaque année les mêmes débats on est convenu de fixer ce chiffre d'abord pour sept, puis pour cinq ans. || C'est un des arguments dont M. le Colonel Gilinsky s'est servi. Certainement à première vue cet arrangement pourrait paraître nous faciliter l'adhésion, mais abstraction faite de la grande différence entre une loi interne et une Convention Internationale, c'est précisément ce quinquennat qui nous empêcherait en réalité de prendre l'engagement voulu. || Deux raisons s'y opposent. D'abord le délai international de cinq ans ne concorderait pas avec le terme national de cinq ans, ce qui constituerait un grave inconvénient. || Ensuite la loi militaire actuellement en vigueur ne donne pas un chiffre fixe et immuable des effectifs, mais en prévoit au contraire une augmentation constante jusqu'en 1902 ou 1903, date à laquelle la réorganisation commencée au cours de cette année-ci sera terminée. Jusque-là il serait donc impossible pour nous de maintenir même pour deux années consécutives le même chiffre des effectifs."

Le Colonel Gilinsky répond qu'il lui est impossible de parler contre les raisons d'ordre intérieur qu'a fait valoir le Délégué d'Allemagne. S'il propose une entente, c'est qu'il croit possible pour les États de prendre des arrangements adéquates. || En ce qui concerne l'Allemagne, l'augmentation en cours n'est pas tellement considérable qu'on ne puisse l'arrêter pour la courte période de cinq ans ou même moins. || L'armée Allemande n'en souffrirait point. || Quant à la richesse du pays, le Colonel Gilinsky n'a pas dit que tous les pays appauvrissent; il y en a qui progressent malgré les charges militaires, mais

celles-ci ne sont certainement pas un auxiliaire de la prospérité publique. Les armements successifs ne sont pas de nature à augmenter la richesse des Gouvernements bien qu'ils puissent profiter à quelques personnes. Il concède volontiers que les chemins de fer ont une grande influence sur la défense du pays. Une armée devrait être beaucoup plus nombreuse si elle n'était pas reliée à l'intérieur par de nombreuses voies ferrées. || Les chemins de fer augmentent la possibilité de porter secours sur tous les points de la frontière. C'est pourquoi justement un pays riche en chemins de fer peut diminuer son armée ou du moins ne plus l'augmenter. || En ce qui touche les pays d'outre-mer il admet des exceptions, notamment pour ceux dans lesquels l'armée est petite ou en train de se former. Il s'agit ici non pas d'adopter en bloc une règle générale, mais de trouver une formule qui donne satisfaction sinon à tous, du moins à un grand nombre. || Le Colonel de Schwarzhoff n'a que quelques mots à répondre. Il craint de ne pas avoir été compris. || Il n'a pas nié qu'on pût trouver un autre emploi peut-être plus humanitaire à l'argent dépensé pour les armements, il a seulement voulu répondre à un langage, qui peut-être et d'après lui sûrement, est un peu excessif. Le chiffre des effectifs seul ne donne pas une juste base de comparaison de la force des armées, mais il y a une foule d'autres choses qu'il faut prendre en considération. Tout en gardant le chiffre de ses effectifs une Puissance quelconque peut augmenter ses forces guerrières. L'équilibre qui est censé exister à présent sera détruit. || Pour le rétablir, il faut bien que les autres Puissances qui, peut-être, ne seront pas à même d'employer les mêmes mesures, soint libres de choisir entre tous les moyens qui leur conviennent. || M. de Karnebeek désire prendre la parole, non seulement parce que le Délégué Allemand a mis le Général den Beer Poortugael personnellement en cause, mais parce que ces considérations touchaient également un côté de la question qui pouvait être abordé par les Délégués non-techniques. || Il déclare que si le Colonel de Schwarzhoff soutient que les propositions Russes soulèvent des difficultés techniques très grandes, peut-être même insurmontables, ce n'est pas lui qui prétendra le contraire. Si cependant le sens des paroles du Colonel est que la question ne mérite pas l'attention la plus sérieuse de la Conférence et même du monde entier, et que les raisons qui ont décidé le Gouvernement Russe à soumettre ces propositions à la Conférence ne sont pas fondées, il se permet de déclarer qu'il est d'un avis diamétralement opposé, et il ne sera pas le seul à l'être. || Certes, il se peut que dans quelques pays les charges militaires pèsent moins lourdement qu'ailleurs, mais il faut bien reconnaître que les sommes consacrées aux armements pourraient, même dans ces pays, être employées plus utilement dans un but différent. || Il est d'autres pays où l'on ne se place pas au point de vue du Délégué Allemand, et où les charges pèsent d'une façon évidente sur la prospérité publique. || M. de Schwarzhoff sera le premier à avouer que la question ne doit pas seulement être envisagée du point de vue des pays dont la prospérité en apparence n'a pas encore souffert par les armements, mais

Nr. 12149. Vertragsstaaten. 26. Juni 1899.

même dans ces États on doit se demander si ces dépenses sont vraiment nécessaires pour la défense nationale, ou si elles sont plutôt la conséquence de la concurrence internationale sur ce terrain. Or l'idée fondamentale des propositions Russes est justement qu'on pourrait arriver à diminuer le fardeau des armements, si on parvenait à s'entendre pour diminuer cette concurrence internationale. || Mais en outre il y a un autre point de vue pour envisager la question. || Pour les différents Gouvernements il y a non seulement un danger extérieur à prévoir, mais ils ont aussi à tenir compte de l'opinion intérieure qui peut devenir à la longue un péril. || Les charges militaires énormes qui pèsent sur les nations peuvent donner des armes dangereuses contre l'ordre social établi dans les différents pays. || Et si, en raison des difficultés techniques, nous nous déclarions trop facilement incapables de faire un effort pour arriver à une solution de cette importante question, nous jouerions le jeu de ceux qui trouvent leur avantage dans un soulèvement contre l'ordre existant.

M. le Dr. Stancioff (Premier Délégué de la Bulgarie) fait le discours suivant:— || "M. le Président. || J'ai l'honneur de prendre la parole pour affirmer la sympathie de la délégation Bulgare en faveur d'une proposition de quelque source qu'elle vienne, qui tendrait à ne pas augmenter l'effectif actuel des forces armées pendant une époque déterminée. || Car si chaque nation est une mère partiale à l'égard de son enfant privilégié, 'le soldat,' pour qu'il ne soit jamais en état d'infériorité vis-à-vis de ceux qui l'entourent, il n'est pas moins certain que la possibilité d'un arrêt dans l'augmentation de l'armement serait une économie et une source de richesse pour les peuples qui y souscriraient. La paix armée est ruineuse pour des petits pays, dont les besoins sont nombreux, et qui auraient tout à gagner en plaçant leurs ressources dans le développement de l'industrie, de l'agriculture, et la nécessité du progrès. || C'est à ce point de vue que je me place en désirant emporter de la Conférence l'assurance de voir grandir la Bulgarie à l'intérieur, sans souci d'une augmentation d'effectif. || Dès que la Circulaire de son Excellence le Comte Mouravieff a été publiée et livrée à la discussion, j'ai entendu dire souvent que la proposition qui nous occupe serait une atteinte aux droits et à la liberté des nations. Mais puisque nous la discutons librement, nous l'appliquerons aussi de notre bon vouloir quand elle aura puisé sa force dans l'unanimité des consentements. || Et sans avoir la prétention d'influencer qui que ce soit, je signale d'avance mon vote pour laisser deviner aux pays qui entourent le mien, l'idée qui nous inspire et le développement pratique, que nous souhaitons à notre patrie pour son bonheur moral et pour sa prospérité." || Le Général den Beer Poortugael tient à constater qu'il s'est borné à défendre le thème premier de la Circulaire Mouravieff et en faire ressortir en termes généraux la portée humanitaire. || En ce qui concerne cette perte inévitable vers laquelle les nations sont entraînées, il n'a pas eu en vue l'état actuel des choses, mais l'avenir, c'est pour ce motif qu'il a employé les mots: "en continuant dans cette voie." || Il rappelle en outre qu'il est un chaud partisan du service per-

sonnel, dont il a défendu le principe depuis quarante ans, mais que, n'ayant pas parlé dans son discours du service personnel, tout ce que M. le Délégué Allemand en a dit ne peut avoir aucun rapport avec ce discours-là. || Personne ne demandant plus la parole, le Président déclare la discussion générale close. || Il fait remarquer que les objections présentées ne se rapportaient qu'aux propositions relatives aux forces des armées de terre. Les propositions du Délégué Russe quant à la marine n'ont même pas encore été développées. || Il demande à l'assemblée s'il lui convient de discuter les questions de détail séance tenante ou s'il ne serait pas préférable d'en confier l'examen soit aux Sous-Commissions Techniques, soit à un Comité special, où seront surtout représentées les Grandes Puissances, dont seules dépend une solution. || M. Raffalovich appuie le renvoi aux deux Sous-Commissions, les deux propositions Russes ayant une base différente. || Son Excellence Sir Julian Pauncefote préférerait qu'un Comité spécial fût institué pour l'examen de l'une et de l'autre proposition. || M. Bourgeois ne voit pas d'inconvénient à l'institution de ce Comité, mais il désirerait que les petits États, qui sont nécessairement enclins au maintien de la paix y fussent représentés également. || Le Président met aux voix la question par division. || Il est décidé de renvoyer les propositions Russes à un examen technique par 17 voix (États-Unis, Belgique, Espagne, France, Grande-Bretagne, Italie, Japon, Pays-Bas, Perse, Portugal, Roumanie, Russie, Serbie, Siam, Suède et Norvège, Turquie et Bulgarie); contre 2 (Allemagne et Autriche-Hongrie); et trois abstentions (Danemark, Grèce, Suisse). || M. Raffalovich suggère de charger chaque Sous-Commission de constituer et de former un Comité spécial. Cette motion est adoptée.

Nr. 12149. Vertragsstaaten. 26. Juni 1899.

Nr. 12150. KONFERENZSTAATEN. — Kommissionsbeschluſs über Abänderung der Brüsseler Deklaration von 1874.

6. Juli 1899.

De l'Autorité Militaire sur le Territoire de l'État Ennemi.

Nr. 12150. Konferenzstaaten. 6. Juli 1899.

Article 1.

Un territoire est considéré comme occupé lorsqu'il se trouve placé de fait sous l'autorité de l'armée ennemie. || L'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie et en mesure de s'exercer.

Article 2.

L'autorité du pouvoir légal ayant passé de fait entre les mains de l'occupant, celui-ci prendra toutes les mesures qui dépendent de lui en vue de rétablir et d'assurer, autant qu'il est possible, l'ordre et la vie publique en respectant, sauf empêchement absolu, les lois en vigueur dans le pays.

Article 5.

Si l'occupant prélève dans le territoire occupé les impôts, droits, et péages établis au profit de l'État, il le fera autant que possible d'après les

Nr. 12150. Konferenzstaaten. 6. Juli 1899.

règles de l'assiette et de la répartition en vigueur et il en résultera pour lui l'obligation de pourvoir aux frais de l'Administration du territoire occupé dans la mesure où le Gouvernement légal y était tenu.

Article 6.

L'armée qui occupe un territoire ne pourra saisir que le numéraire, les fonds, et les valeurs exigibles appartenant en propre à l'État, les dépots d'armes, moyens de transport, magasins et approvisionnements et, en général, toute propriété mobilière de l'État de nature à servir aux opérations de la guerre. || Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre y compris les câbles d'aterrissage, les téléphones, les bateaux à vapeur et autres navires, en dehors des cas régis par la loi maritime, de même que les dépôts d'armes et, en général, toute espèce de munitions de guerre, quoique appartenant à des Sociétés ou à des personnes privées, sont également des moyens de nature à servir aux opérations de la guerre et qui peuvent ne pas être laissés par l'armée d'occupation à la disposition de l'ennemi. Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre, y compris les câbles d'aterrissage et les téléphones, de même que les bateaux à vapeur et autres navires susmentionnés, seront restitués et les indemnités réglées à la paix.

Le matériel des chemins de fer provenant d'États neutres, qu'il appartienne à ces tats ou à des Sociétés ou personnes privées, leur sera renvoyé aussitôt que possible.

Article 7.

L'État occupant ne se considérera que comme administrateur et usufruitier des édifices publics, immeubles, forêts et exploitations agricoles appartenant à l'État ennemi et se trouvant dans le pays occupé. Il devra sauvegarder le fonds de ces propriétés et les administrer conformément aux règles de l'usufruit.

Article 8.

Les biens des communes, ceux des établissements consacrés aux cultes, à la charité et à l'instruction, aux arts et aux sciences, même appartenant à l'État, seront traités comme la propriété privée. || Toute saisie, destruction, ou dégradation intentionnelle de semblables établissements, de monuments historiques, d'oeuvres d'art et de science est interdite et doit être poursuivie.

Qui doit être reconnu comme partie belligérante; des combattants et des non-combattants.

Article 9.

Les lois, les droits, et les devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires réunissant les conditions suivantes: — || 1. D'avoir à leur tête une personne

responsable pour ses subordonnés; || 2. D'avoir un signe distinctif fixe et reconnaissable à distance; || 3. De porter les armes ouvertement, et || 4. De se conformer, dans leurs opérations, aux lois et coutumes de la guerre. || Dans les pays où les milices constituent l'armée ou en font partie, elles sont comprises sous la dénomination „d'armée".

Article 10.

La population d'un territoire non occupé qui, à l'approche de l'ennemi, prend spontanément les armes pour combattre les troupes d'invasion sans avoir eu le temps de s'organiser conformément à l'Article 9, sera considérée comme belligérante si elle respecte les lois et coutumes de la guerre.

Article 11.

Les forces armées des parties belligérantes peuvent se composer de combattants et de non-combattants. En cas de capture par l'ennemi, les uns et les autres jouiront des droits de prisonniers de guerre.

Des moyens de nuire à l'Ennemi.

Article 12.

Les belligérants n'ont pas un droit illimité quant au choix des moyens de nuire à l'ennemi.

Article 13.

Sont notamment interdits: — || (*a.*) L'emploi du poison ou d'armes empoisonnées. || (*b.*) Le fait de tuer par trahison des individus appartenant à la nation ou à l'armée ennemie; || (*c.*) Le fait de tuer un ennemi qui, ayant mis bas les armes ou n'ayant plus les moyens de se défendre, s'est rendu à discrétion; || (*d*). La déclaration qu'il ne sera pas fait de quartier; || (*e.*) L'emploi d'armes, de projectiles, ou de matières propres à causer des maux superflus, ainsi que l'usage des projectiles prohibés; || (*f.*) L'abus du pavillon parlementaire, du pavillon national, ou des insignes militaires et de l'uniforme de l'ennemi, ainsi que des signes distinctifs de la Convention de Genève. || (*g.*) Toute destruction ou saisie de propriétés ennemies qui ne serait pas impérieusement commandée par les nécessités de guerre.

Article 14.

Les ruses de guerre et l'emploi des moyens nécessaires pour se procurer des renseignements sur l'ennemi et sur le terrain (sauf les dispositions de l'Article 36) sont considérés comme licites.

Des Sièges et Bombardements.

Article 15.

Les villes, villages, habitations, ou bâtiments qui ne sont pas défendus ne peuvent être ni attaqués ni bombardés.

Nr. 12150 Konferenz staaten. 6. Juli 1899

Article 16.

Le Commandant des troupes assaillantes, avant d'entreprendre le bombardement, et sauf le cas d'attaque de vive force, devra faire tout ce qui dépend de lui pour avertir les autorités.

Article 17.

Dans les sièges et bombardements, toutes les mesures nécessaires doivent être prises pour épargner, autant que possible, les édifices consacrés aux cultes, aux arts, aux sciences, et à la bienfaisance, les hôpitaux et les lieux de rassemblement de malades et de blessés, à condition qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire. || Le devoir des assiégés est de désigner ces édifices par des signes visibles spéciaux à indiquer d'avance à l'assiégeant.

Article 18.

Il est interdit de livrer au pillage une ville prise d'assaut.

Des Espions.

Article 19.

Ne peut être considéré comme espion que l'individu qui, agissant clandestinement ou sous de faux prétextes, recueille ou cherche à recueillir des informations dans les territoires occupés par l'ennemi avec l'intention de les communiquer à la partie adverse.

Article.

Ainsi les militaires non déguisés qui ont pénétré dans la zone d'operations de l'armée ennemie à l'effet de recueillir des informations, ne sont pas considérés comme espions. || De même, ne sont pas considérés comme espions: les militaires et les non-militaires, accomplissant ouvertement leur mission, chargés de transmettre des dépêches destinées soit à leur propre armée, soit à l'armée ennemie. || A cette catégorie appartiennent également les individus envoyés en ballon pour transmettre les dépêches, et, en général, pour entretenir les communications entre les diverses parties d'une armée ou d'un territoire.

Article 20.

L'espion pris sur le fait ne pourra être puni sans jugement préalable.

Article 21.

L'espion qui, ayant rejoint l'armée à laquelle il appartient, est capturé plus tard par l'ennemi, est traité comme prisonnier de guerre et n'encourt aucune responsabilité pour ses actes antérieurs.

Des Prisonniers de Guerre.

Article 23.

Les prisonniers de guerre sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps qui les ont capturés. || Ils doivent être traités

avec humanité. || Tout ce qui leur appartient personnellement, excepté les armes, les chevaux, et les papiers militaires, reste leur propriété. Nr. 12150. Konferenzstaaten. 6. Juli 1899.

Article 24.

Les prisonniers de guerre peuvent être assujettis à l'internement dans une ville, forteresse, camp ou localité quelconque, avec obligation de ne pas s'en éloigner au delà de certaines limites déterminées; mais ils ne peuvent être enfermés que par mesure de sûreté indispensable.

Article 25.

L'État peut employer, comme travailleurs, les prisonniers de guerre, selon leur grade et leurs aptitudes. Ces travaux ne peuvent être excessifs; ils ne peuvent avoir de rapport avec les opérations de la guerre. || Les prisonniers peuvent être autorisés à travailler pour le compte d'Administrations Publiques ou de particuliers, ou pour leur propre compte. || Les travaux faits pour l'État sont payés d'après les tarifs en vigueur pour les militaires de l'armée nationale exécutant les mêmes travaux. || Lorsque les travaux ont lieu pour compte d'autres Administrations Publiques ou pour des particuliers, les conditions en sont réglées d'accord avec l'autorité militaire. || Le salaire des prisonniers contribuera à adoucir leur position, et le surplus leur sera compté au moment de leur libération, sauf défalcation des frais d'entretien.

Article 27.

Le Gouvernement au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre est chargé de leur entretien. || Les conditions de cet entretien peuvent être établies par une entente mutuelle entre les parties belligérantes. || A défaut de cette entente, et comme principe général, les prisonniers de guerre seront traités pour la nourriture, le couchage, et l'habillement sur le même pied que les troupes du Gouvernement qui les aura capturés.

Article 28.

Les prisonniers de guerre seront soumis aux lois, règlements, et ordres en vigueur dans l'armée de l'État au pouvoir duquel ils se trouvent. || Tout acte d'insubordination autorise à leur égard les mesures nécessaires. || Les prisonniers évadés, qui seraient repris avant d'avoir pu rejoindre leur armée ou avant de quitter le territoire occupé par l'armée qui les aura capturés, sont passibles de peines disciplinaires. || Les prisonniers qui, après avoir réussi à s'évader, sont de nouveau faits prisonniers, ne sont passibles d'aucune peine pour la fuite antérieure.

Article 29.

Chaque prisonnier de guerre est tenu de déclarer, s'il est interrogé à ce sujet, ses véritables noms et grade et, dans le cas où il enfreindrait cette règle, il s'exposerait à une restriction des avantages accordés aux prisonniers de guerre de sa catégorie.

Nr. 12150. Konferenzstaaten. 6. Juli 1899.

Article 31.

Les prisonniers de guerre peuvent être mis en liberté sur parole, si les lois de leurs pays les y autorisent, et, en pareil cas, ils sont obligés, sous la garantie de leur honneur personnel, de remplir scrupuleusement, tant vis-à-vis de leur propre Gouvernement que vis-à-vis de celui qui les a faits prisonniers, les engagements qu'ils auraient contractés. || Dans le même cas leur propre Gouvernement est tenu de n'exiger ni accepter d'eux aucun service contraire à la parole donné.

Article 32.

Un prisonnier de guerre ne peut pas être contraint d'accepter sa liberté sur parole; de même le Gouvernement ennemi n'est pas obligé d'accéder à la demande du prisonnier réclamant sa mise en liberté sur parole.

Article 33.

Tout prisonnier de guerre, libéré sur parole et repris portant les armes contre le Gouvernement envers lequel il s'était engagé d'honneur ou contre ses alliés, peut être privé des droits de prisonnier de guerre et traduit devant les Tribunaux.

Article 34.

Les individus qui suivent une armée sans en faire directement partie, tels que les correspondants, les reporters de journaux, les vivandiers, les fournisseurs, qui tombent au pouvoir de l'ennemi et que celui-ci juge utile de détenir, bénéficieront du traitement des prisonniers de guerre, à condition qu'ils soient munis d'une légitimation de l'autorité militaire de l'armée qu'ils accompagnaient.

Article.

Il est constitué, dès le début des hostilités, dans chacun des États belligérants et, le cas échéant, dans les pays neutres qui auront recueilli des belligérants sur leur territoire, un bureau de renseignements sur les prisonniers de guerre. Ce bureau, chargé de répondre à toutes les demandes qui les concernent, reçoit des divers services compétents toutes les indications nécessaires pour lui permettre d'établir une fiche individuelle pour chaque prisonnier de guerre. Il est tenu au courant des internements et des mutations, ainsi que des entrées dans les hôpitaux et des décès. || Le bureau de renseignements est également chargé de recueillir et de centraliser tous les objets d'un usage personnel, valeurs, lettres, &c., qui seront trouvés sur les champs de bataille ou délaissés par des prisonniers décédés dans les hôpitaux et ambulances, et de les transmettre aux intéressés.

Article.

Les Sociétés de Secours pour les prisonniers de guerre, régulièrement constituées selon la loi de leur pays, et ayant pour objet d'être les intermédiaires de l'action charitable, recevront, de la part des belligérants, pour

elles et pour leurs agents dûment accrédités, les facilités nécessaires, dans les limites tracées par les nécessités militaires et les règles administratives, pour qu'elles puissent accomplir efficacement leur tâche d'humanité. Les Délégués de ces Sociétés pourront être admis à distribuer des secours dans les dépôts d'internement, ainsi qu'aux lieux d'étape des prisonniers rapatriés, moyennant une permission personnelle délivrée par l'autorité militaire, et en prenant l'engagement par écrit de se soumettre à toutes les mesures d'ordre et de police que celle-ci prescrirait.

Article.

Les bureaux de renseignements jouissent de la franchise de port. Les lettres, mandats, et articles d'argent, ainsi que les colis postaux destinés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux, seront affranchis de toutes taxes postales, aussi bien dans les pays d'origine et de destination que dans les pays intermédiaires. || Les dons et secours en nature destinés aux prisonniers de guerre seront admis en franchise de tous droits d'entrée et autres, ainsi que des taxes de transport sur les chemins de fer exploités par l'État.

Article.

Les officiers prisonniers pourront recevoir le complément, s'il y a lieu, de la solde qui leur est attribuée dans cette situation par les règlements nationaux, à charge de remboursement par leur Gouvernement.

Article.

Toute latitude est laissée aux prisonniers de guerre pour l'exercice de leur religion, y compris l'assistance aux offices de leur culte, à la seule condition de se conformer aux mesures d'ordre et de police prescrites par l'autorité militaire.

Article.

Les testaments de prisonniers de guerre sont reçus ou dressés dans les mêmes conditions que pour les militaires de l'armée nationale. || On suivra également les mêmes règles en ce qui concerne les pièces relatives à la constatation des décès, ainsi que pour l'inhumation des prisonniers de guerre, en tenant compte de leur grade et de leur rang.

Article.

Après la conclusion de la paix, le rapatriement des prisonniers de guerre s'effectuera dans le plus bref délai possible.

Des Malades et des Blessés.

Article 35.

Les obligations des belligérants concernant le service des malades et des blessés sont régies par la Convention de Genève du 22 Août, 1864, sauf les modifications dont celle-ci pourra être l'objet.

Nr. 12150. Konferenzstaaten. 6. Juli 1899

Du Pouvoir Militaire à l'égard des Personnes Privées.

Article 36.

La population d'un territoire occupé ne peut être forcée de prendre part aux opérations militaires contre son propre pays.

Article 37.

La population d'un territoire occupé ne peut être contrainte de prêter serment à la Puissance ennemie.

Article 38.

L'honneur et les droits de la famille, la vie des individus et la propriété privée, ainsi que les convictions religieuses et l'exercice des cultes doivent être respectés. || La propriété privée ne peut pas être confisquée.

Article 39.

Le pillage est formellement interdit.

Des Contributions et des Réquisitions.

Article.

Si, en dehors des impôts visés à l'Article précédent, l'occupant prélève d'autres contributions en argent dans le territoire occupé, ce ne pourra être que pour les besoins de l'armée ou de l'administration de ce territoire.

Article.

Aucune peine collective, pécuniaire ou autre, ne pourra être édictée contre les populations à raison de faits individuels dont elles ne pourraient être considérées comme solidairement responsables.

Article.

Aucune contribution ne sera perçue qu'en vertu d'un ordre écrit et sous la responsabilité d'un Général-en-chef. || Il ne sera procédé autant que possible à cette perception de contributions que d'après les règles de l'assiette et de la répartition des impôts en vigueur. || Pour toute contribution un reçu sera délivré aux contribuables.

Article.

Des réquisitions en nature et des services ne pourront être réclamés des communes ou des habitants, que pour les besoins de l'armée d'occupation. Ils seront en rapport avec les ressources du pays et de telle nature qu'ils n'impliquent pas pour les populations l'obligation de prendre part aux opérations de la guerre contre leur patrie. || Ces réquisitions et ces services ne seront réclamés qu'avec l'autorisation du Commandant dans la localité occupé. || Les prestations en nature seront autant que possible payées au comptant, sinon elles seront constatées par des reçus.

Des Parlementaires.

Article 43.

Est considéré comme parlementaire l'individu autorisé par l'un des belligérants à entrer en pourparlers avec l'autre et se présentant avec le drapeau blanc, accompagné d'un trompette, clairon ou tambour, ou aussi d'un porte-drapeau ou d'un interprète. Il a droit à l'inviolabilité ainsi que le trompette, clairon ou tambour, et le porte-drapeau ou l'interprète qui l'accompagnent.

Article 44.

Le chef auquel un parlementaire est expédié n'est pas obligé de le recevoir en toutes circonstances et dans toutes conditions. || Il lui est loisible de prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher le parlementaire de profiter de son séjour dans le rayon des positions de l'ennemi au préjudice de ce dernier, et si le parlementaire s'est rendu coupable de cet abus de confiance, il a le droit de le retenir temporairement.

Article 45.

Le parlementaire perd ses droits d'inviolabilité s'il est prouvé d'une manière positive et irrécusable qu'il a profité de sa position privilégiée pour provoquer ou commettre un acte de trahison.

Des Capitulations.

Article 46.

Les conditions des Capitulations sont débattues entre les Parties Contractantes. || Elles doivent tenir compte des règles de l'honneur militaire. || Une fois fixées par une Convention, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux Parties.

De l'Armistice.

Article 47.

L'armistice suspend les opérations de guerre par un accord mutuel des Parties belligérantes. Si la durée n'en est pas déterminée, les Parties belligérantes peuvent reprendre en tout temps les opérations, pourvu, toutefois, que l'ennemi soit averti en temps convenu, conformément aux conditions de l'armistice.

Article 48.

L'armistice peut être général ou local. Le premier suspend partout les opérations de guerre des États belligérants; le second, seulement entre certaines fractions des armées belligérantes et dans un rayon déterminé.

Article 49.

L'armistice doit être officiellement et sans retard notifié aux autorités compétentes et aux troupes. Les hostilités sont suspendues immédiatement après la notification ou à un terme ultérieur fixé.

Nr. 12150. Konferenzstaaten. 6. Juli 1899.

Article 50.

Il dépend des Parties Contractantes de fixer, dans les clauses de l'armistice, les rapports qui pourraient avoir lieu avec et entre les populations sur le théâtre de guerre.

Article 51.

Toute violation grave de l'armistice par l'une des Parties donne à l'autre le droit de le dénoncer et même, en cas d'urgence, de reprendre immédiatement les hostilités.

Article 52.

La violation des clauses de l'armistice par des particuliers, agissant de leur propre initiative, donne droit seulement à réclamer la punition des coupables et, s'il y a lieu, une indemnité pour les pertes éprouvées.

Des Belligérants internés et des Blessés soignés chez les Neutres.

Article 53.

L'État neutre qui reçoit sur son territoire des troupes appartenant aux armées belligérantes, les internera, autant que possible, loin du théâtre de la guerre. || Il pourra les garder dans des camps et même les enfermer dans des forteresses ou dans des lieux appropriés à cet effet. || Il décidera si les officiers peuvent être laissés libres en prenant l'engagement sur parole de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation.

Article 54.

A défaut de Convention spéciale, l'État neutre fournira aux internés les vivres, les habillements, et les secours commandés par l'humanité. || Bonification sera faite, à la paix, des frais occasionnés par l'internement.

Article 55.

L'État neutre pourra autoriser le passage sur son territoire des blessés ou malades appartenant aux armées belligérantes, sous la réserve que les trains qui les amèneront ne transporteront ni personnel ni matériel de guerre. En pareil cas, l'État neutre est tenu prendre les mesures des sûreté et de contrôle nécessaires à cet effet. || Une fois admis sur le territoire neutre les malades ou blessés ne peuvent être rendus qu'à leur pays d'origine.

Article 56.

La Convention de Genève s'applique aux malades et aux blessés internés sur territoire neutre.

Nr. 12151. KONFERENZSTAATEN. — Kommissionsbeschlüsse über die Beschränkung der Waffen und Rüstungen.

20. Juli 1899.

Nr. 12151. Konferenzstaaten. 20. Juli 1899.

La Première Commission a eu pour tâche d'examiner les quatre premières propositions de la Circulaire de son Excellence le Comte Mouravieff. Ainsi qu'il était prévu elle s'est subdivisée pour étudier les questions posées con-

cernant les engins de guerre en deux Sous-Commissions, l'une pour les armées, l'autre pour les flottes, tandis que la première proposition du Comte Mouravieff, visant la limitation des armements, a été réservée à la Commission entière. || 1. L'étude des deux Sous-Commissions n'a fait ressortir que trois points sur lesquels un engagement a pu être voté par la Commission. || (1.) Celui de s'interdire de lancer de projectiles et des explosifs du haut de ballons ou par d'autres modes analogues nouveaux. || Cet engagement ne serait pris que pour une durée de cinq ans et a été voté à l'unanimité. || (2.) Celui de s'interdire de l'emploi de projectiles qui ont pour but unique de répandre des gaz asphyxiants ou délétères. || Il a été voté à l'unanimité moins une voix. || (3.) Celui de s'interdire de l'emploi de balles qui s'épanouissent ou s'aplatissent facilement dans le corps humain, telles que les balles à enveloppe dure dont l'enveloppe ne couvrirait pas entièrement le noyau ou serait pourvue d'incisions. || Il a été voté à l'unanimité moins deux voix contre et une abstention. || Quoique les deux premiers points ne paraissent pas avoir une très grande importance et que l'unanimité ait manquée aux votes sur les deux derniers, la Commission croit ne pas devoir négliger ces résultats et propose à la Conférence une Déclaration ou une Convention portant un engagement sur ces trois points.

2. Vu l'importance de ces questions pour les budgets, les deux Sous-Commissions se sont longuement occupées de rechercher s'il n'y aurait pas moyen de se mettre d'accord pour prévenir, ne fut-ce que pendant un certain temps, la mise en usage de nouveaux types et calibres de fusils et de canons; mais les propositions plus ou moins détaillées qui ont été discutées ont toutes rencontré des objections, en premier lieu par cause de l'impossibilité d'obtenir pendant la Conférence des instructions suffisamment précises pour pouvoir prendre des décisions qui auraient une valeur pratique. L'examen des propositions mises en avant de différents côtés a chaque fois démontré que pour pouvoir résoudre ces questions il faudrait dans la plupart des pays une étude préalable technique, minutieusement faite et appuyée par des épreuves. || En présence de cette difficulté la Commission a dû se borner à proposer à la Conférence d'émettre le voeu que les Gouvernements représentés veuillent chacun de son côté mettre à l'étude de problème, spécialement en ce qui touche aux fusils et à l'artillerie de marine, afin de parvenir, si c'est possible, à une solution unanimément reconnue comme désirable qui pourrait être déterminée dans une Conférence ultérieure. Peut-être que l'échange de vues relaté dans les procès-verbaux des deux Sous-Commissions pourrait servir à ces études. || La proposition a été votée à l'unanimité par la Commission.

3. Un examen non moins consciencieux a été voué à la possibilité de fixer les effectifs des forces armées de terre et de mer, ainsi que des budgets de guerre y afférents. || Deux propositions ont été faites à cet effet par la Russie. La première de ces propositions tendait à fixer pour un terme de cinq ans les effectifs actuels des troupes entretenues dans les métropoles,

Nr. 12151. Konferenzstaaten. 20. Juli 1899.

c'est-à-dire sans comprendre les troupes coloniales, et à limiter pour le même terme les budgets militaires à leurs montants actuellement en vigueur. || Renvoyée à la Première Sous-Commission cette proposition a été examinée et discutée d'abord par un Comité Technique spécial composé de MM. le Colonel de Gross de Schwarzhoff, le Capitaine Crozier, le Lieutenant-Colonel de Khuepach, le Général Mounier, le Général Sir John Ardagh, le Général Zuccari, le Colonel Coanda, le Colonel Gilinsky, et le Colonel Brändström, qui après un échange de vues approfondi est arrivée, sans compter M. le Colonel Gilinsky, l'auteur de la proposition, unanimement aux conclusions suivantes: — || (1.) Qu'il serait très difficile de fixer, même pour une période de cinq ans, le chiffre des effectifs, sans régler en même temps d'autres éléments de la défense nationale. || (2.) Qu'il serait non moins difficile de régler par une Convention Internationale les éléments de cette défense, organisée dans chaque pays d'après des vues très différentes. || En conséquence le Comité regrette de ne pouvoir conseiller l'acceptation de la proposition; mais la majorité de ses membres a estimé qu'une étude plus approfondie de la question par les Gouvernements eux-mêmes serait à désirer. || En présence de ce résultat la Commission n'a pu, à son regret, que se rendre compte de l'impossibilité d'arriver dans cette Conférence à une entente positive et immédiate sur la question des effectifs et des budgets militaires, mais avec le désir de voir les Gouvernements eux-mêmes reprendre l'étude des questions soulevées par le thème premier de la Circulaire du Comte Mouravieff. || La pensée cependant qu'au point de vue général il importe d'arrêter les armements militaires et de recommander la solution de cette question à la plus sérieuse attention, s'est montrée vivante dans la Commission. En conséquence, après avoir adopté à l'unanimité les propositions du Comité Technique, la Commission a adopté également à l'unanimité, pour traduire cette pensée, la résolution qui à cet effet lui a été proposée par le Premier Délégué de France en ces termes: — || „La Commission estime que la limitation des charges militaires qui pèsent actuellement sur le monde est grandement désirable pour l'accroissement du bien-être matériel et moral de l'humanité."

La Commission propose en conséquence à la Conférence d'adopter de son côté cette résolution. || 4. L'autre proposition Russe se rapportait à la marine, et tendait à faire accepter le principe de fixer pour un terme de trois ans le montant des budgets de la marine, tout en laissant à chaque Gouvernement la liberté d'établir ce montant selon ses propres vues, mais avec l'engagement de ne pas augmenter pendant la période triennale la somme indiquée par lui-même. || Cette proposition s'est heurtée, comme l'autre, dans la Sous-Commission chargée de l'examiner, à des difficultés. En outre de celles qui éventuellement se présenteraient lorsqu'il s'agirait de régler le mode d'exécution, une objection grave a été constatée pour les pays parlementaires par rapport au droit de vote budgétaire des Assemblées Législatives. || La Commission, quel que fut son désir de s'engager dans la voie ouverte par la proposition

de la Russie, n'a pu que reconnaître qu'elle se trouvait en présence d'une question qu'elle ne pouvait résoudre et qui exigerait de la part des Gouvernements, appelés à se prononcer par des instructions, une enquête approfondie pour laquelle le temps nécessaire manquerait pendant cette Conférence. || La Commission s'est donc ralliée à l'idée de référer cette question, ainsi que celle concernant les forces armées de terre, aux Gouvernements, afin que ceux-ci, s'ils le jugent utile, puissent les mettre à l'étude en tenant compte des propositions qui ont été faites. || La Commission soumet cette idée à l'approbation de la Conférence.

Nr. 12151. Konferenzstaaten. 20. Juli 1899.

Nr. 12152. KONFERENZSTAATEN. — Vorschlag und Beschlufs über den Beitritt der nicht in der Konferenz vertretenen Mächte zu den Beschlüssen. (Artikel 60.)

27. Juli 1899.

Entwurf.

Les Puissances qui n'ont pas été représentées à la Conférence Internationale de la Paix pourront être admises à adhérer à la présente Convention. Elles auront à cet effet à faire connaître leur demande d'adhésion au moyen d'une notification écrite adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée sans délai par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || La demande d'adhésion ne produira ses effets que si dans les six mois de la date de la communication de cette notification, aucune des Puissances Contractantes n'y a fait opposition au moyen d'une notification par écrit adressée aux Puissances Contractantes par l'intermédiaire du Gouvernement des Pays-Bas. || Si dans ce délai aucune notification d'opposition n'est parvenue au Gouvernement des Pays-Bas, l'adhésion sera constatée par un Acte, signé par la Puissance adhérente et communiqué par le Gouvernement des Pays-Bas aux autres Puissances Contractantes.

Nr. 12152. Konferenzstaaten. 27. Juli 1899.

Beschlufs.

Les conditions auxquelles les Puissances qui n'ont pas été représentées à la Conférence Internationale de la Paix, pourront adhérer à la présente Convention, formeront l'objet d'une entente ultérieure entre les Puissances Contractantes.

Nr. 12153. GROSSBRITANNIEN. — Der Bevollmächtigte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Ansicht der englischen Regierung zum Vorigen.

The Hague, July 31, 1899. (Received August 1.)

My Lord, || In continuation of my previous despatch of this date, I have the honour to transmit herewith copy of the procès-verbal of the sitting of the full Conference on the 27th instant, at which Professor Renault presented,

Nr. 12153. Grofsbritannien. 31. Juli 1899.

Nr. 12153. Grofs-britannien. 31. Juli 1899.

on behalf of the "Comité de Rédaction de l'Acte Final," an oral report on the text of the preamble and Final Articles of the Arbitration Convention as prepared by the Committee. || The only Article of importance was that relating to the adhesion to that Convention of non-Signatory Powers not represented at the Peace Conference. In consequence of certain differences of opinion well known to exist in relation to the framing of this Article, I was courteously invited by the Committee to take part in its discussions. || I strongly urged, in accordance with your Lordship's instructions, that the adhesion should be made subject to the assent of all the Signatory Powers. I was unable, however, to induce the Committee to adopt this course, and in consequence it was proposed by Count Nigra, the First Delegate of Italy, that the right of adhesion should be absolute if not vetoed by any Signatory Power within a fixed period after the application. I opposed this plan as throwing a most invidious task on any objecting Government, and a discussion ensued which threatened to disturb the equanimity and good feeling which had hitherto prevailed in the Conference. The question involved political considerations which the Committee had no authority to discuss, and which, moreover, are interdicted by the Circular of Count Mouravieff. || The following day I suggested to some of the members of the Committee that for the reasons above mentioned it would be wiser to leave the question of adhesion to be settled by a future accord among the Signatory Powers. || This idea which, I was told, had also suggested itself to some other members of the Committee, fortunately gained ground rapidly, and relieved the increasing tension. Ultimately Professor Asser, the President of the Committee, proposed a form of Article to carry it out, and after a certain amount of opposition it was finally adopted, and, as your Lordship will see from Professor Renault's Report, it was accepted by the full Conference, and it now takes the place of the original Article LX of the Convention proposed by the Committee. || I may add that this solution of a thorny question calculated to endanger the entente cordiale at the close of the Conference has given widespread satisfaction.

M. le Chevalier Descamps, whose very able Report on the Arbitration Convention I transmit in another despatch, was authorized to supplement his Report with the new Article LX, which together with Articles LVIII, LIX, and LXI, will come under the heading of "Dispositions Finales." || I inclose separately, and for convenience of reference, the text of the original Article LX and that of the new Article which now takes its place.

Julian Pauncefote.

Nr. 12154. KONFERENZSTAATEN. — Protokoll der Schlufssitzung. Resultate der Konferenz. — Mitteilung eines Briefwechsels zwischen Königin Wilhelmine und dem Papst. — Schlufsansprachen.

29. Juli 1899.

Présidence de son Excellence M. de Staal.

La séance est ouverte à 10 heures. || Le Président dit que le procès-verbal de la dernière séance sera distribué en épreuve et il prie les Délégués de vouloir bien renvoyer leur exemplaire au Secrétariat avec les rectifications nécessaires. || Le Président fait savoir à la Conférence que l'Acte Final, les Conventions, et Déclarations dont elle a adopté le texte sont prêts à recevoir la signature des Plénipotentiaires et il suspend la séance pour permettre à ces derniers de signer les Actes. || La séance est reprise à 3 heures. || Son Excellence M. de Beaufort, Ministre des Affaires Étrangères, et son Excellence M. Pierson, Ministre des Finances, assistent à la séance. || M. de Karnebeek donne lecture du tableau des signatures qui ont été apposées sur l'Acte Final, les Conventions, et les Déclarations.

Tableau des Signatures.

I. — Acte Final.

Signé par toutes les Puissances représentées à la Conférence.

Allemagne.	Grande-Bretagne.	Roumanie.
Autriche-Hongrie.	Grèce.	Russie.
Belgique.	Italie.	Serbie.
Chine.	Japon.	Siam.
Danemark.	Luxembourg.	Suède et Norvège.
Espagne.	Monténégro.	Suisse.
États-Unis d'Amérique.	Pays-Bas.	Turquie.
États-Unis du Mexique.	Perse.	Bulgarie.
France.	Portugal.	

II. — Conventions.

(A.) — *Convention pour le règlement pacifique des Conflits Internationaux.*

Belgique.	France.	Roumanie.
Danemark.	Grèce.	Russie.
Espagne.	Monténégro.	Siam.
États-Unis d'Amérique.	Pays-Bas.	Suède et Norvège.
États-Unis du Mexique.	Perse.	Bulgarie.
	Portugal.	

(16 Puissances.)

(B.) — *Convention sur les Lois et Coutumes de la Guerre sur Terre.*

Belgique.	Grèce.	Roumanie.
Danemark.	Monténégro.	Russie.
Espagne.	Pays-Bas.	Siam.
Mexique.	Perse.	Suède et Norvège.
France.	Portugal.	Bulgarie.

(15 Puissances.)

Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

(C.) — *Convention pour l'adaptation à la Guerre Maritime des principes de la Convention de Genève.*

Belgique.	Grèce.	Roumanie.
Danemark.	Monténégro.	Russie.
Espagne.	Pays-Bas.	Siam.
Mexique.	Perse.	Suède et Norvège.
France.	Portugal.	Bulgarie.

(15 Puissances.)

III. — Déclarations.

(A.) — *Concernant l'interdiction de lancer des Projectiles du haut de Ballons, &c.*

Belgique.	Grèce.	Russie.
Danemark.	Monténégro.	Siam.
Espagne.	Pays-Bas.	Suède et Norvège.
États-Unis d'Amérique.	Perse.	Turquie.
États-Unis du Mexique.	Portugal.	Bulgarie.
France.	Roumanie.	

(17 Puissances.)

(B.) — *Concernant l'interdiction d'employer des Projectiles à Gaz asphyxiants.*

Belgique.	Grèce.	Russie.
Danemark.	Monténégro.	Siam.
Espagne.	Pays-Bas.	Suède et Norvège.
Mexique.	Perse.	Turquie.
France.	Portugal.	Bulgarie.
	Roumanie.	

(16 Puissances.)

(C.) — *Concernant l'interdiction des Balles qui s'épanouissent, &c.*

Belgique.	Grèce.	Russie.
Danemark.	Monténégro.	Siam.
Espagne.	Pays-Bas.	Suède et Norvège.
Mexique.	Perse.	Turquie.
France.	Roumanie.	Bulgarie.

(15 Puissances.)

Le Président dit que le Gouvernement des Pays-Bas l'a prié de donner connaissance à la Conférence d'une lettre adressée par Sa Majesté la Reine des Pays-Bas à Sa Sainteté le Pape, lui faisant part de la réunion de la Conférence de la Paix à La Haye, ainsi que de la réponse de Sa Sainteté à cette communication:—

Lettre de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas.

"Très auguste Pontife! || "Votre Sainteté, dont la parole éloquente s'est toujours élevée avec tant d'autorité en faveur de la paix, ayant tout récemment dans son allocution du 11 Avril dernier, exprimé ces sentiments généreux plus spécialement par rapport aux relations des peuples entre eux, j'ai cru de

mon devoir de lui communiquer qu'à la demande et sur l'initiative de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, j'ai convoqué pour le 18 prochain une Conférence à La Haye, qui sera chargée de rechercher les moyens propres à diminuer les écrasantes charges militaires actuelles et à prévenir si possible les guerres ou du moins à en adoucir les conséquences. || "Je suis persuadée que votre Sainteté verra d'un œil sympathique la réunion de cette Conférence et je serais très heureuse si, en me témoignant l'assurance de cette haute sympathie, elle voulait bien donner son précieux appui moral à la grande œuvre qui, d'après les généreux desseins du magnanime Empereur de Toutes les Russies, sera élaborée dans ma résidence. || "Je saisis avec empressement l'occasion présente, très auguste Pontife, pour renouveler à votre Sainteté l'assurance de ma haute estime et de mon dévouement personnel. Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

(Signé) "Wilhelmina.

"Hausbaden, le 7 Mai, 1899."

Réponse de Sa Sainteté.

"Majesté! || "Nous ne pouvons qu'avoir pour agréable la lettre par laquelle votre Majesté nous faisant part de la réunion dans la capitale de son royaume, de la Conférence pour la Paix, a eu l'attention de solliciter pour cette assemblée notre appui moral. || "Nous nous empressons d'exprimer nos vives sympathies, soit pour l'auguste Initiateur de la Conférence et pour votre Majesté, qui s'est empressée de donner à celle-ci une honorable hospitalité, soit pour le but éminemment moral et bienfaisant auquel tendent les travaux qui déjà y sont inaugurés. || "Pour de telles entreprises, nous estimons qu'il entre tout spécialement dans notre rôle non seulement de prêter un appui moral, mais d'y coopérer effectivement, car il s'agit d'un objet souverainement noble de sa nature, et intimement lié avec notre auguste Ministère, lequel, de par le Divin Fondateur de l'Église, et en vertu de traditions bien des fois séculaires, possède une sorte de haute investiture comme médiateur de la paix. En effet, l'autorité du Pontificat Suprême dépasse les frontières des nations; elle embrasse tous les peuples, afin de les confédérer dans la vraie paix de l'Évangile; son action pour promouvoir le bien général de l'humanité s'élève au-dessus des intérêts particuliers qu'ont en vue les divers Chefs d'États, et mieux que personne elle sait incliner à la concorde tant de peuples au génie si divers. || "L'histoire à son tour vient témoigner de tout ce qu'ont fait nos prédécesseurs pour adoucir par leur influence les lois malheureusement inévitables de la guerre, arrêter même, quand surgissaient des conflits entre Princes, tout combat sanguinaire, terminer à l'amiable les controverses les plus aiguës entre nations, soutenir courageusement le droit des faibles contre les prétentions des forts. Et nous aussi, malgré l'anormale condition où nous sommes réduits pour l'heure, il nous a été donné de mettre fin à de graves différends entre des nations illustres comme la Germanie et l'Espagne; et aujourd'hui même nous avons la confiance de pouvoir bientôt établir l'harmonie

Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

entre deux nations de l'Amérique du Sud qui ont soumis à notre arbitrage leur contestation. || "Malgré les obstacles qui peuvent surgir, nous continuerons, puisque le devoir nous en incombe, à remplir cette traditionnelle mission, sans aspirer à d'autre but que le bien public, sans convoiter d'autre gloire que celle de servir la cause sacrée de la civilisation Chrétienne. || "Nous prions votre Majesté de vouloir bien agréer les sentiments de notre particulière estime et l'expression sincère des vœux que nous formons pour sa prospérité et celle de son royaume.

(Signé) "Leo PP. XIII.

"Du Vatican, le 29 Mai, 1899."

Le Président dit que le texte de ces deux lettres sera inséré au procès-verbal de la séance et il prononce le discours suivant:—

"Messieurs, || "Nous sommes arrivés aux termes de nos travaux. Avant de nous séparer et de nous serrer la main une dernière fois dans ce beau Palais du Bois, je viens vous prier de vous joindre à moi pour renouveler le tribut de notre reconnaissance à la gracieuse Souveraine des Pays-Bas pour l'hospitalité qui nous a été si largement accordée. Les souhaits que Sa Majesté formulait récemment d'une voix si charmante et si ferme, ont été de bon augure pour la marche de nos délibérations. Puisse Dieu combler de ses faveurs le règne de Sa Majesté la Reine pour le bien du noble pays placé sous son autorité! || "Nous prions M. de Beaufort, en sa qualité de Président d'honneur de la Conférence, de vouloir bien faire parvenir aux pieds de Sa Majesté l'hommage de nos vœux. Nous demandons également à son Excellence et au Gouvernement Néerlandais d'accepter l'expression de toute notre gratitude pour le concours bienveillant qu'ils nous ont prêté et qui a si grandement facilité notre tâche. || "C'est de tout cœur que je me fais l'organe de vos remerciements les plus chaleureux auprès des hommes d'État et des jurisconsultes éminents qui ont présidé aux travaux de nos Commissions, de nos Sous-Commissions, et de nos Comités: ils y ont déployé les plus rares qualités et nous sommes heureux de pouvoir les en féliciter ici. || "Nos Rapporteurs aussi ont droit à votre reconnaissance; ils ont déposé dans leurs comptes-rendus, qui sont de vrais chefs d'œuvre, le commentaire autorisé des textes arrêtés. || "Avec un zèle digne de tout éloge notre Secrétariat s'est acquitté d'une tâche ardue: les procès-verbaux fidèles et complets de nos longues et fréquentes séances sont là pour en offrir le témoignage. || "J'ai à vous remercier enfin moi-même, Messieurs, de toute l'indulgente bienveillance dont vous avez fait preuve à l'endroit de votre Président. C'est certainement l'un des plus grands honneurs de ma vie déjà longue, consacrée tout entière au service de mes Souverains et de mon pays, d'avoir été appelé par vous à la présidence de notre haute assemblée. Dans le cours des années, durant lesquelles j'ai assisté en témoin attentif et parfois en modeste ouvrier aux événements qui formeront l'histoire de notre siècle, j'ai vu grandir peu à

peu l'influence des idées morales dans les rapports politiques. Cette influence a atteint aujourd'hui un stage mémorable. || "Sa Majesté l'Empereur de Russie, s'inspirant des traditions de famille, comme l'a heureusement rappelé M. Beernaert, et animé d'une constante sollicitude pour le bien des nations, a ouvert en quelque sorte l'accès de la réalité à ces conceptions. Vous, Messieurs, qui êtes plus jeunes que votre Président, vous parcourrez sans doute de nouvelles étapes sur la route où nous nous sommes engagés. || "Après une session aussi longue et aussi laborieuse, alors que vous avez sous les yeux le résultat de vos travaux, je me garderai bien de vous imposer le récit historique de ce que vous avez accompli au prix de tant d'efforts. Je me bornerai à en dégager quelques idées générales. || "Répondant à l'appel de l'Empereur, mon auguste Maître, la Conférence a accepté le programme tracé par les Circulaires du Comte Mouravief et en a fait l'objet d'un examen prolongé et attentif. || "Si la Première Commission qui avait pris à sa charge les questions militaires, la limitation des effectifs et des budgets, n'est pas arrivée à des résultats matériels considérables—c'est qu'elle s'est heurtée à des difficultés techniques et à une série de considérations connexes dont elle ne s'est pas reconnue en mesure d'aborder l'examen. Mais la Conférence a demandé aux divers Gouvernements de reprendre l'étude de ces thèmes. Elle s'est ralliée unanimement à la résolution proposée par M. le Premier Délégué de France, savoir: 'que la limitation des charges militaires qui pèsent actuellement sur le monde, est grandement désirable pour l'accroissement du bien-être matériel et moral de l'humanité.' || "La Conférence a accepté également toutes les propositions humanitaires déférées à l'examen de la Deuxième Commission. || "Dans cet ordre d'idées, elle a pu donner satisfaction au désir, depuis longtemps exprimé, d'étendre à la guerre sur mer l'application de principes analogues à ceux qui font l'objet de la Convention de Genève. || "Reprenant une œuvre inaugurée à Bruxelles, il y a vingt-cinq ans, sous les auspices de l'Empereur Alexandre II, la Conférence a réussi à donner une forme plus précise aux lois et coutumes de la guerre sur terre. || "Ce sont là, Messieurs, des résultats positifs acquis après de consciencieux travaux. || "Mais l'œuvre qui ouvre une ère nouvelle, pour ainsi dire, dans le domaine du droit des gens, c'est la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux. Comme en tête elle porte l'inscription: 'Du maintien général de la Paix.' || "Il y a quelques années, en clôturant l'arbitrage de la Mer de Behring, un éminent diplomate Français s'exprimait comme suit: 'Nous nous sommes efforcés de maintenir intacts les principes fondamentaux de cet auguste droit des gens qui s'étend comme la voûte des cieux au-dessus de toutes les nations et qui emprunte les lois de la nature elle-même pour protéger, les uns à l'égard des autres, les peuples de la terre en leur inculquant les prescriptions du bon vouloir mutuel.' || "La Conférence de la Paix, avec l'autorité qui s'attache à une assemblée où sont réunis les États civilisés, s'est efforcée, elle aussi, de sauvegarder dans des questions d'intérêt capital, les principes fondamentaux du droit international.

Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Elle a pris à tâche de les préciser, de les développer, de les appliquer d'une manière plus complète. Elle a créé sur plusieurs points un droit nouveau répondant à des nécessités nouvelles, au progrès de la vie internationale, aux exigences de la conscience publique, aux meilleures aspirations de l'humanité. Elle a notamment accompli une œuvre que l'avenir appellera sans doute 'le premier code international de la Paix' et auquel nous avons donné le nom plus modeste de 'Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux.' || "En inaugurant les séances de la Conférence, je signalais comme un des éléments principaux de notre commune étude et comme 'l'essence même de notre tâche' la réalisation des progrès si impatiemment attendus en matière de médiation et d'arbitrage. Je ne m'étais pas trompé en estimant que nos travaux dans cet ordre prendraient une exceptionnelle importance. || "L'œuvre est accomplie aujourd'hui. Elle atteste la haute sollicitude des Gouvernements pour tout ce qui touche au développement pacifique des relations internationales et au bien-être des peuples. || "Cette œuvre n'est point parfaite sans doute, mais elle est sincère, pratique, et sage. Elle s'efforce de concilier en les sauvegardant, les deux principes qui sont la base du droit des gens, le principe de la souveraineté des États et le principe d'une juste solidarité internationale. Elle donne le pas à ce qui unit sur ce qui divise. Elle affirme que dans les temps nouveaux où nous entrons, ce qui doit dominer ce sont les œuvres nées d'un besoin de concorde et fécondées par la collaboration des États poursuivant la réalisation de leurs intérêts légitimes dans une paix solide réglée par la justice. || "La tâche remplie par la Conférence de La Haye dans cet ordre est vraiment méritoire et belle. Elle répond aux sentiments magnanimes de son auguste Initiateur, elle aura l'appui de l'opinion universelle et recueillera, je l'espère, les suffrages de l'histoire. || "Je n'entrerai pas, Messieurs, dans les détails de l'Acte que plusieurs d'entre nous viennent de signer. Ils sont exposés et analysés dans l'incomparable Rapport qui se trouve entre vos mains. || "A l'heure présente il est peut-être prématuré d'ailleurs de juger dans son ensemble l'œuvre à peine terminée. Nous sommes encore placés trop près du berceau: la perspective aérienne nous fait défaut. Ce qui est certain c'est que cette œuvre entreprise sur l'initiative de l'Empereur, mon auguste Maître et sous les auspices de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas se développera dans l'avenir. Comme l'a dit dans une circonstance mémorable le Président de notre Troisième Commission, 'Plus on s'avancera sur la route du temps, plus clairement apparaîtra son importance.' || "Eh bien, Messieurs, le premier pas est fait. Unissons nos volontés et sachons profiter de l'expérience. || "La bonne graine est semée. Laissons venir la moisson. || "Quant à moi qui suis arrivé au terme de ma carrière et au déclin de la vie, je considère comme une consolation suprême de voir s'ouvrir de nouvelles perspectives au bien de l'humanité et de pouvoir porter mes regards dans les clartés de l'avenir." (Applaudissements prolongés.)

Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Son Excellence le Comte de Münster prononce le discours suivant:—

"Messieurs, || "Vous me permettrez comme doyen d'âge de cette assemblée de répondre aux belles paroles que nous venons d'entendre et vous vous associerez à moi pour remercier MM. de Staal et de Karnebeek, Président et Vice-Président de la Conférence. || "M. de Staal a puissamment contribué à la réussite de nos travaux. Par sa grande amabilité envers nous tous, il a su maintenir les bons rapports qui ont existé parmi tous les Délégués. Il est bien rare qu'une assemblée qui a duré deux mois et demi puisse montrer une entente aussi parfaite que celle qui a toujours régné dans cette salle. || "M. de Karnebeek a été la cheville ouvrière de la Conférence. Il a travaillé plus que nous tous et nous lui devons beaucoup. Nous avons à le remercier aussi pour la grande hospitalité que nous avons trouvée ici depuis le Trône jusqu'au plus humble des sujets. || "M. de Karnebeek s'est inspiré de l'exemple de son auguste Souveraine qui nous a honorés d'un accueil que nous n'oublierons jamais. || "Si la Conférence n'a pas réalisé tous les désirs—et les désirs et les illusions allaient très loin—elle aura du moins une grande influence dans l'avenir et la semence qu'elle a jetée est sûre d'éclore. Son principal résultat sera donc l'influence que la réunion de tant d'hommes éminents ne saurait manquer d'avoir sur l'entente de toutes les nations. Cette Conférence sera un de nos plus beaux souvenirs et dans ce souvenir deux noms brilleront toujours, ceux de MM. de Staal et de Karnebeek. Je vous prie de vous lever en leur honneur." (Vifs applaudissements.)

Le Président répond qu'il est profondément touché des paroles éloquentes qui viennent d'être prononcées et il remercie du fond du cœur son Excellence le Comte Münster et tous ceux dont il a exprimé les sentiments. Dans les souvenirs qu'il emportera de la Conférence, celui des bons rapports qu'il a entretenus avec tous ses collègues ne sortira jamais de sa mémoire. (Applaudissements.) || M. de Karnebeek dit qu'il est également sensible aux paroles de son Excellence le Comte de Münster. Il hésite cependant à accepter pour lui les éloges qui lui ont été adressés. Si l'on croit qu'il a pu faire quelque chose pour la réussite de l'œuvre commune et qu'il a été en quelque sorte la personnification de l'esprit et du travail de cette Conférence, M. de Karnebeek déclare qu'il n'a été que le miroir de l'esprit qui animait tous les Délégués et de ce qu'ils ont fait eux-mêmes. (Applaudissements.)

M. le Baron d'Estournelles s'exprime en ces termes:—

"Avec la permission de notre honoré Président, je voudrais soumettre à la Conférence un vœu personnel avant de nous séparer. || "On pourra discuter notre œuvre et la juger trop modeste, mais, comme vient de le dire M. le Comte de Münster, on ne contestera pas que nous ayons travaillé de tout notre cœur depuis deux mois et demi. Nous sommes venus à La Haye de tous les points du globe, sans nous connaître les uns les autres, avec plus de préjugés peut être et d'incertitude que d'espérance; aujourd'hui bien des préjugés ont disparu; des liens de confiance et de sympathie se sont formés entre

Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

nous. Grâce à cet accord né de l'attachement de tous à l'œuvre commune, nous avons pu franchir une première étape; on reconnaîtra peu à peu que les résultats obtenus ne sont pas négligeables et qu'ils constituent un germe fécond. Mais ce germe, pour qu'il se développe, doit être l'objet d'une constante sollicitude, et c'est pourquoi il faut souhaiter que notre Conférence ne se sépare pas à tout jamais. || "Elle aura été un commencement, elle ne doit pas être une fin. Faisons le vœu, Messieurs, que nos pays, provoquant d'autres réunions comme celle-ci, continuent à servir ensemble la cause de la civilisation et de la paix." (Applaudissements.)

Son Excellence M. de Beaufort prend la parole en ces termes:—

"Avant que la séance d'aujourd'hui soit levée, je tiens à cœur de vous adresser quelques paroles. || "Le Gouvernement des Pays-Bas a été heureux de vous voir ici; il a suivi vos délibérations avec le plus grand intérêt, et il se réjouit de ce que vos travaux aient porté des fruits. || "Si la Conférence de la Paix n'a pas pu réaliser les rêves des utopistes, il convient de ne pas perdre de vue qu'elle a eu cela de commun avec toutes les réunions d'hommes sérieux et intelligents, ayant en vue un but pratique; si, d'un autre côté, elle a démenti les sombres prévisions des pessimistes qui ne voyaient en elle qu'un effort généreux prêt à se perdre dans l'énumération de quelques vœux, elle a démontré par cela même la justesse de vue de l'auguste Monarque qui pour l'initiative de sa réunion a choisi le moment propice. || "Je ne veux pas en ce moment appuyer sur la haute importance des résultats acquis. Il est vrai que l'accord unanime sur le principe du désarmement n'a pas pu se traduire dans une formule pratique applicable aux législations intérieures des différents pays et en harmonie avec leurs besoins divergents. Rappelons nous à ce sujet le mot d'un éminent historien, le Duc de Broglie, qui, il y a quelques semaines a dit à propos de la Conférence: 'Nous vivons dans un temps où il faut tenir autant et plus de compte de l'effet moral d'une grande mesure que de ses résultats matériels et immédiats.' || "Sans doute l'effet moral de vos délibérations déjà sensible, se fera sentir de plus en plus et ne manquera pas de se manifester dans l'opinion publique d'une manière éclatante; il secondera puissamment les Gouvernements dans leurs efforts pour résoudre cette question de la limitation des armements qui restera la grave et légitime préoccupation des hommes d'État de tous les pays. || "Permettez-moi, avant de terminer, d'exprimer l'espoir que Sa Majesté l'Empereur de Russie puisse trouver, dans un renouvellement d'énergie pour continuer la grande œuvre qu'il a entreprise, la consolation la plus efficace dans la grande et cruelle épreuve qu'il a traversée. Pour nous, le souvenir de votre séjour ici restera à jamais un point lumineux dans les annales de notre pays, parce que nous avons la ferme conviction que ce séjour a ouvert une nouvelle ère dans l'histoire des relations internationales entre les peuples civilisés." (Applaudissements unanimes.)

Le Président dit que les réunions de la Conférence de la Paix sont closes et que la séance est levée. Nr. 12154. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Le Président,
(Signé) De Staal.

Les Secrétaires, (Unterschriften).

Nr. 12155. KONFERENZSTAATEN. — Schlufsakte.

29. Juli 1899.

La Conférence Internationale de la Paix, convoquée dans un haut sentiment d'humanité par Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, s'est réunie, sur l'invitation du Gouvernement de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, à la Maison Royale du Bois à La Haye, le 18 Mai, 1899. || Les Puissances, dont l'énumération suit, ont pris part à la Conférence, pour laquelle elles avaient désigné les Délégués nommés ci-après:— Nr. 12155. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Pour l'Allemagne— || Son Excellence le Comte de Münster, Ambassadeur d'Allemagne à Paris, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Baron de Stengel, Professeur à l'Université de Munich, Second Délégué. || M. le Dr. Zorn, Conseiller Intime de Justice, Professeur à l'Université de Königsberg, Délégué Scientifique. || M. le Colonel de Gross de Schwarzhoff, Commandant du 5e Régiment d'Infanterie, No. 94, Délégué Technique. || M. le Capitaine de Vaisseau Siegel, Attaché Naval à l'Ambassade Impériale à Paris, Délégué Technique.

Pour l'Autriche-Hongrie— || Son Excellence le Comte R. Welsersheimb, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. Alexandre Okolicsányi d'Okolicsna, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Second Délégué, Plénipotentiaire. || M. Gaétan Mérey de Kapos-Mére, Conseiller d'Ambassade et Chef de Cabinet du Ministre des Affaires Étrangères, Délégué adjoint. || M. Henri Lammasch, Professeur à l'Université de Vienne, Délégué adjoint. || M. Victor de Khuepach Zu Ried, Zimmerlehen et Haslburg, Lieutenant-Colonel de l'État-Major Général, Délégué adjoint. || M. le Comte Stanislas Soltyk, Capitaine de Corvette, Délégué adjoint.

Pour la Belgique — || Son Excellence M. Auguste Beernaert, Ministre d'État, Président de la Chambre des Représentants, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Comte de Grelle Rogier, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Chevalier Descamps, Sénateur, Délégué Plénipotentiaire.

Pour la Chine— || M. Yang Yü, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Saint-Pétersbourg, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. Lou-Tseng-Tsiang, Second Délégué. || M. Hoo-Wei-Teh, Second Délégué. || M. Ho-Yen-Cheng, Conseiller de Légation, Délégué adjoint.

Pour le Danemark— || M. le Chambellan Fr. E. de Bille, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Londres, Premier Délégué, Plénipoten-

Nr. 12155. Konferenz-Staaten. 29. Juli 1899.

tiaire. || M. J. G. F. von Schnack, Colonel d'Artillerie, ancien Ministre de la Guerre, Second Délégué, Plénipotentiaire.

Pour l'Espagne— || Son Excellence le Duc de Tetuan, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. W. Ramirez de Villa Urrutia, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Bruxelles, Délégué Plénipotentiaire. || M. Arthur de Baguer, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Comte del Serrallo, Colonel, Attaché Militaire à la Légation d'Espagne à Bruxelles, Délégué adjoint.

Pour les États-Unis d'Amérique— || Son Excellence M. Andrew D. White, Ambassadeur des États-Unis à Berlin, Délégué Plénipotentiaire. || L'Honorable Seth Low, Président de l'Université Columbia à New-York, Délégué Plénipotentiaire. || M. Stanford Newel, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire. || M. Alfred T. Mahan, Capitaine de Vaisseau, Délégué Plénipotentiaire. || M. William Crozier, Capitaine d'Artillerie, Délégué Plénipotentiaire. || M. Frederick W. Holls, Avocat à New-York, Délégué et Secrétaire de la Délégation.

Pour les États-Unis Mexicains— || M. de Mier, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Paris, Délégué Plénipotentiaire. || M. Zenil, Ministre-Résident à Bruxelles, Délégué Plénipotentiaire.

Pour la France— || M. Léon Bourgeois, ancien Président de Conseil, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Membre de la Chambre des Députés, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. Georges Bihourd, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Deuxième Délégué, Plénipotentiaire. || M. le Baron d'Estournelles de Constant, Ministre Plénipotentiaire, Membre de la Chambre des Députés, Troisième Délégué, Plénipotentiaire. || M. Mounier, Général de Brigade, Délégué Technique. || M. Péphau, Contre-Admiral, Délégué Technique. || M. Louis Renault, Professeur à la Faculté de Droit de Paris, Jurisconsulte Conseil du Ministère des Affaires Étrangères, Délégué Technique.

Pour la Grande-Bretagne et Irlande — || Son Excellence le Très Honorable Sir Julian Pauncefote, Membre du Conseil Privé de Sa Majesté, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire du Royaume-Uni à Washington, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || Sir Henry Howard, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Second Délégué, Plénipotentiaire. || Sir John A. Fisher, Vice-Admiral, Délégué Technique. || Sir J. C. Ardagh, Général-Major, Délégué Technique. || M. le Lieutenant-Colonel C. à Court, Attaché Militaire à Bruxelles et à La Haye, Délégué Technique adjoint.

Pour la Grèce— || M. N. Delyanni, ancien Président du Conseil, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Paris, Délégué Plénipotentiaire.

Pour l'Italie— || Son Excellence le Comte Nigra, Ambassadeur d'Italie à Vienne, Sénateur du Royaume, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. le Comte A. Zannini, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye,

Deuxième Délégué, Plénipotentiaire. || M. le Chevalier Guido Pompilj, Député au Parlement Italien, Troisième Délégué, Plénipotentiaire. || M. le Chevalier Louis Zuccari, Général-Major, Délégué Technique. || M. le Chevalier Auguste Bianco, Capitaine de Vaisseau, Attaché Naval à l'Ambassade Royale à Londres, Délégué Technique. Nr. 12155. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Pour le Japon— || M. le Baron Hayashi, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Saint-Pétersbourg, Prémier Délégué, Plenipotentiaire. || M. I. Motono, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Bruxelles, Second Délégué, Plénipotentiaire. || M. Uyehara, Colonel, Délégué Technique. || M. Sakamoto, Capitaine de Vaisseau, Délégué Technique. || M. Nagao Ariga, Professeur de Droit International à l'École Supérieure de Guerre et à l'École de Marine à Tokio, Délégué Technique.

Pour le Luxembourg— || Son Excellence M. Eyschen, Ministre d'État, Président du Gouvernement Grand-Ducal, Délégué Plénipotentiaire. M. le Comte de Villers, Chargé d'Affaires à Berlin, Délégué Plénipotentiaire.

Pour le Monténégro — || Son Excellence M. le Conseiller Privé actuel de Staal, Ambassadeur de Russie à Londres, Délégué Plénipotentiaire.

Pour les Pays-Bas— || M. le Jonkheer A. P. C. van Karnebeek, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Membre de la Seconde Chambre des États-Généraux, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Général J. C. C. den Beer Poortugael, ancien Ministre de la Guerre, Membre du Conseil d'État, Délégué Plénipotentiaire. || M. T. M. C. Asser, Membre du Conseil d'État, Délégué Plénipotentiaire. || M. E. N. Rahusen, Membre de la Première Chambre des États-Généraux, Délégué Plénipotentiaire. || M. A. P. Tadema, Capitaine de Vaisseau, Chef de l'État-Major de la Marine Néerlandaise, Délégué Technique.

Pour la Perse— || M. l'Aide-de-camp Général Mirza Riza Khan (Arfa-ud-Dovleh), Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Saint-Pétersbourg et à Stockholm, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. Mirza Samad Khan, Montazis-Saltaneh, Conseiller de Légation à Saint-Pétersbourg, Délégué adjoint.

Pour le Portugal— || M. le Comte de Macedo, Pair du Royaume, ancien Ministre de la Marine et des Colonies, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Madrid, Délégué Plénipotentiaire. || M. d'Ornellas Vasconcellos, Pair du Royaume, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Saint-Pétersbourg, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Comte de Sélir, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Capitaine de Vaisseau Augusto de Castilho, Délégué Technique. || M. le Capitaine de l'État-Major Général Ayres d'Ornellas, Délégué Technique.

Pour la Roumanie— || M. Alexandre Beldiman, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Berlin, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. Jean N. Papiniu, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye, Second Délégué, Plénipotentiaire. || M. le Colonel Aide-de-camp Constantin

Nr. 12155. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Coanda, Directeur de l'Artillerie au Ministère de la Guerre, Délégué Technique.

Pour la Russie || Son Excellence M. le Conseiller Privé actuel de Staal, Ambassadeur de Russie à Londres, Délégué Plénipotentiaire. || M. de Martens, Membre Permanent du Conseil du Ministère Impérial des Affaires Étrangères, Conseiller Privé, Délégué Plénipontentiaire. || M. le Conseiller d'État actuel de Basily, Chambellan, Directeur du Premier Département du Ministère Impérial des Affaires Étrangères, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Conseiller d'État actuel Raffalovich, Agent du Ministère Impérial des Finances en France, Délégué Technique. || M. Gilinsky, Colonel de l'État-Major Général, Délégué Technique. || M. le Comte Barantzew, Colonel de l'Artillerie Montée de la Garde, Délégué Technique. || M. Schéine, Capitaine de Frégate, Agent Naval de Russie en France, Délégué Technique. || M. Ovtchinnikow, Lieutenant de Vaisseau, Professeur de Jurisprudence, Délégué Technique.

Pour le Serbie — || M. Miyatovitch, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Londres et à La Haye, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Colonel Maschine, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Cettigné, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Dr. Voïslave Veljkovitch, Professeur à la Faculté de Droit de Belgrade, Délégué adjoint.

Pour le Siam — || Son Excellence Phya Suriya Nuvatr, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Saint-Pétersbourg et à Paris, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || Son Excellence Phya Visuddha Suriya Sakdi, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à La Haye et à Londres, Deuxième Délégué Plénipotentiaire. || M. Ch. Corragioni d'Orelli, Conseiller de Légation, Troisième Délégué. || M. Édouard Rolin, Consul-Général de Siam en Belgique, Quatrième Délégué.

Pour la Suède et la Norvège — || M. le Baron de Bildt, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près la Cour Royale d'Italie, Délégué Plénipotentiare.

Suède: || M. P. H. E. Brändström, Colonel, Chef du 1er Régiment des Grenadiers de la Garde, Délégué Technique. || M. C. A. M. de Hjulhammar, Capitaine de Vaisseau, Délégué Technique.

Norvège: || M. W. Konow, Président de l'Odelsting, Délégué Technique. || M. J. J. Thaulow, Général-Major, Médecin-Général de l'Armée et de la Marine, Délégué Technique.

Pour la Suisse — || M. le Dr. Arnold Roth, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Berlin, Délégué Plénipotentiaire. || M. le Colonel Arnold Künzli, Conseiller National, Délégué. || M. Édouard Odier, Conseiller National, Délégué Plénipotentiaire.

Pour la Turquie — || Son Excellence Turkhan Pacha, ancien Ministre des Affaires Étrangères, Membre du Conseil d'État, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || Noury Bey, Secrétaire-Général au Ministère des Affaires Étrangères, Délégué Plénipotentiaire. || Abdullah Pacha, Général de Division d'État-Major,

Délégué Plénipotentiaire. || Mehemed Pacha, Contre-Admiral, Délégué Plénipotentiaire. Nr. 12155. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Pour la Bulgarie— || M. le Dr. Dimitri I. Stancioff, Agent Diplomatique à Saint-Pétersbourg, Premier Délégué, Plénipotentiaire. || M. le Major Christo Hessaptchieff, Attaché Militaire à Belgrade, Second Délégué, Plénipotentiaire.

Dans une série de réunions, tenues du 18 Mai au 29 Juillet, 1899, où les Délégués précités ont éte constamment animés du désir de réaliser, dans la plus large mesure possible, les vues généreuses de l'auguste Initiateur de la Conférence et les intentions de leurs Gouvernements, la Conférence a arrêté, pour être soumis à la signature des Plénipotentiaires, le texte des Conventions et Déclarations énumérées ci-après et annexées au présent Acte:—

I. Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux.

II. Convention concernant les lois et coutumes de la guerre sur terre.

III. Convention pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève du 22 Août, 1864.

IV. Trois Déclarations concernant:

1. L'interdiction de lancer des projectiles et des explosifs du haut de ballons ou par d'autres modes analogues nouveaux. || 2. L'interdiction de l'emploi des projectiles qui ont pour but unique de répandre des gaz asphyxiants ou délétères. || 3. L'interdiction de l'emploi de balles qui s'épanouissent ou s'aplatissent facilement dans le corps humain, telles que les balles à enveloppe dure dont l'enveloppe ne couvrirait pas entièrement le noyau ou serait pourvue d'incisions.

Ces Conventions et Déclarations formeront autant d'Actes séparés. Ces Actes porteront la date de ce jour et pourront être signés jusqu'au 31 Décembre, 1899, par les Plénipotentiaires des Puissances représentées à la Conférence Internationale de la Paix à La Haye. || Obéissant aux mêmes inspirations, la Conférence a adopté à l'unanimité la Résolution suivante:—

"La Conférence estime que la limitation des charges militaires qui pèsent actuellement sur le monde est grandement désirable pour l'accroissement du bien-être matériel et moral de l'humanité."

Elle a, en outre, émis les voeux suivants;— || 1. La Conférence, prenant en considération les démarches préliminaires faites par le Gouvernement Fédéral Suisse pour la revision de la Convention de Genève, émet le voeu qu'il soit procédé à bref délai à la réunion d'une Conférence spéciale ayant pour objet la révision de cette Convention. || Ce voeu a été voté à l'unanimité. || 2. La Conférence émet le voeu que la question des droits et des devoirs des neutres soit inscrite au programme d'une prochaine Conférence. || 3. La Conférence émet le voeu que les questions relatives aux fusils et aux canons de marine, telles qu'elles ont été examinées par elle, soient mises à l'étude par les Gouvernements, en vue d'arriver à une entente concernant la mise en usage de nouveaux types et calibres. || 4. La Conférence émet le voeu que les Gouvernements, tenant compte des propositions faites dans la Conférence, mettent

Nr. 12155. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

à l'étude la possibilité d'une entente concernant la limitation des forces armées de terre et de mer et des budgets de guerre. || 5. La Conférence émet le voeu que la proposition tendant à déclarer l'inviolabilité de la propriété privée dans la guerre sur mer soit renvoyée à l'examen d'une Conférence ultérieure. || 6. La Conférence émet le voeu que la proposition de régler la question du bombardement des ports, villes, et villages par une force navale soit renvoyée à l'examen d'une Conférence ultérieure. || Les cinq derniers voeux ont été votés à l'unanimité, sauf quelques abstentions.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent Acte, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à La Haye, le 29 Juillet, 1899, en un seul exemplaire, qui sera déposé au Ministère des Affaires Étrangères, et dont des copies, certifiées conformes, seront délivrées à toutes les Puissances représentées à la Conférence.

(Unterschriften.)

Nr. 12156. KONFERENZSTAATEN. — Übereinkommen über eine Verordnung zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten der Nationen untereinander.

29. Juli 1899.

Nr. 12156. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté le Roi de Danemark; Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en son nom Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume; le Président des États-Unis d'Amérique; le Président des États-Unis Mexicains; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi des Hellènes; Son Altesse le Prince de Monténégro; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; Sa Majesté Impériale le Schah de Perse; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves; Sa Majesté le Roi de Roumanie; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; Sa Majesté le Roi de Siam; Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège; et Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie, animés de la ferme volonté de concourir au maintien de la paix générale;

Résolus à favoriser de tous leurs efforts le règlement amiable des conflits internationaux; || Reconnaissant la solidarité qui unit les membres de la société des nations civilisées; || Voulant étendre l'empire du droit et fortifier le sentiment de la justice internationale; || Convaincus que l'institution permanente d'une juridiction arbitrale, accessible à tous, au sein des Puissances indépendantes peut contribuer efficacement à ce résultat; || Considérant les avantages d'une organisation générale et régulière de la procédure arbitrale; || Estimant avec l'auguste Initiateur de la Conférence Internationale de la Paix qu'il importe de consacrer dans un accord international les principes d'équité et de droit sur lesquels reposent la sécurité des États et le bien-être des peuples; || Désirant conclure une Convention à cet effet, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || (Folgen die Namen.) || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes: —

Titre I. — *Du Maintien de la Paix Générale.*

Article I.

En vue de prévenir autant que possible le recours à la force dans les rapports entre les États, les Puissances Signataires conviennent d'employer tous leurs efforts pour assurer le règlement pacifique des différends internationaux.

Titre II. — *Des Bons Offices et de la Médiation.*

Article II.

En cas de dissentiment grave ou de conflit, avant d'en appeler aux armes, les Puissances Signataires conviennent d'avoir recours, en tant que les circonstances le permettront, aux bons offices ou à la médiation d'une ou de plusieurs Puissances amies.

Article III.

Indépendamment de ce recours, les Puissances Signataires jugent utile qu'une ou plusieurs Puissances, étrangères au conflit, offrent de leur propre initiative, en tant que les circonstances s'y prêtent, leurs bons offices ou leur médiation aux États en conflit. || Le droit d'offrir les bons offices ou la médiation appartient aux Puissances étrangères au conflit, même pendant le cours des hostilités. || L'exercice de ce droit ne peut jamais être considéré par l'une ou l'autre des parties en litige comme un acte peu amical.

Article IV.

Le rôle du médiateur consiste à concilier les prétentions opposées et à apaiser les ressentiments qui peuvent s'être produits entre les États en conflit.

Article V.

Les fonctions du médiateur cessent du moment où il est constaté, soit par l'une des parties en litige, soit par le médiateur lui-même, que les moyens de conciliation proposés par lui ne sont pas acceptés.

Article VI.

Les bons offices et la médiation, soit sur le recours des parties en conflit, soit sur l'initiative des Puissances étrangères au conflit, ont exclusivement le caractère de conseil, et n'ont jamais force obligatoire.

Article VII.

L'acceptation de la médiation ne peut avoir pour effet, sauf convention contraire, d'interrompre, de retarder, ou d'entraver la mobilisation et autres mesures préparatoires à la guerre. || Si elle intervient après l'ouverture des hostilités, elle n'interrompt pas, sauf convention contraire, les opérations militaires en cours.

Article VIII.

Les Puissances Signataires sont d'accord pour recommander l'application, dans les circonstances qui le permettent, d'une médiation spéciale sous la

Nr. 12156. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

forme suivante: — || En cas de différend grave compromettant la paix, les États en conflit choisissent respectivement une Puissance à laquelle ils confient la mission d'entrer en rapport direct avec la Puissance choisie d'autre part, à l'effet de prévenir la rupture des relations pacifiques. || Pendant la durée de ce mandat dont le terme, sauf stipulation contraire, ne peut excéder trente jours, les États en litige cessent tout rapport direct au sujet du conflit, lequel est considéré comme déféré exclusivement aux Puissances Médiatrices. Celles-ci doivent appliquer tous leurs efforts à régler le différend. || En cas de rupture effective des relations pacifiques, ces Puissances demeurent chargées de la mission commune de profiter de toute occasion pour rétablir la paix.

Titre III. — *Des Commissions Internationales d'Enquête.*

Article IX.

Dans les litiges d'ordre international n'engageant ni l'honneur ni des intérêts essentiels et provenant d'une divergence d'appréciation sur des points de fait, les Puissances Signataires jugent utile que les parties qui n'auraient pu se mettre d'accord par les voies diplomatiques instituent, en tant que les circonstances le permettront, une Commission Internationale d'Enquête chargée de faciliter la solution de ces litiges en éclaircissant, par un examen impartial et consciencieux, les questions de fait.

Article X.

Les Commissions Internationales d'Enquête sont constituées par convention spéciale entre les parties en litige. || La Convention d'Enquête précise les faits à examiner et l'étendue des pouvoirs des Commissaires. || Elle règle la procédure. || L'enquête a lieu contradictoirement. || La forme et les délais à observer en tant qu'ils ne sont pas fixés par la Convention d'Enquête, sont déterminés par la Commission elle-même.

Article XI.

Les Commissions Internationales d'Enquête sont formées, sauf stipulation contraire, de la manière déterminée par l'Article XXXII de la présente Convention.

Article XII.

Les Puissances en litige s'engagent à fournir à la Commission Internationale d'Enquête, dans la plus large mesure qu'elles jugeront possible, tous les moyens et toutes les facilités nécessaires pour la connaissance complète et l'appréciation exacte des faits en question.

Article XIII.

La Commission Internationale d'Enquête présente aux Puissances en litige son Rapport signé par tous les membres de la Commission.

Article XIV.

Le Rapport de la Commission Internationale d'Enquête, limité à la constatation des faits, n'a nullement le caractère d'une sentence arbitrale. Il

laisse aux Puissances en litige une entière liberté pour la suite à donner à cette constatation. Nr. 12156. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Titre IV. — *De l'Arbitrage International.*

Chapitre I. — *De la Justice Arbitrale.*

Article XV.

L'arbitrage international a pour objet le règlement de litiges entre les États par des juges de leur choix et sur la base du respect du droit.

Article XVI.

Dans les questions d'ordre juridique, et en premier lieu dans les questions d'interprétation ou d'application des Conventions Internationales, l'arbitrage est reconnu par les Puissances Signataires comme le moyen le plus efficace et en même temps le plus équitable de régler les litiges qui n'ont pas été résolus par les voies diplomatiques.

Article XVII.

La convention d'arbitrage est conclue pour des contestations déjà nées ou pour des contestations éventuelles. || Elle peut concerner tout litige ou seulement les litiges d'une catégorie déterminée.

Article XVIII.

La convention d'arbitrage implique l'engagement de se soumettre de bonne foi à la sentence arbitrale.

Article XIX.

Indépendamment des Traités généraux ou particuliers qui stipulent actuellement l'obligation du recours à l'arbitrage pour les Puissances Signataires, ces Puissances se réservent de conclure, soit avant la ratification du présent Acte, soit postérieurement, des accords nouveaux, généraux, ou particuliers, en vue d'étendre l'arbitrage obligatoire à tous les cas qu'elles jugeront possible de lui soumettre.

Chapitre II. — *De la Cour Permanente d'Arbitrage.*

Article XX.

Dans le but de faciliter le recours immédiat à l'arbitrage pour les différends internationaux qui n'ont pu être réglés par la voie diplomatique, les Puissances Signataires s'engagent à organiser une Cour permanente d'arbitrage, accessible en tout temps et fonctionnant, sauf stipulation contraire des parties, conformément aux Règles de Procédure insérées dans la présente Convention.

Article XXI.

La Cour Permanente sera compétente pour tous les cas d'arbitrage, à moins qu'il n'y ait entente entre les parties pour l'établissement d'une juridiction spéciale.

Nr. 12156. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Article XXII.

Un Bureau International établi à La Haye sert de greffe à la Cour. || Ce bureau est l'intermédiaire des communications relatives aux réunions de celle-ci. || Il a la garde des archives et la gestion de toutes les affaires administratives. || Les Puissances Signataires s'engagent à communiquer au Bureau International de La Haye une copie certifiée conforme de toute stipulation d'arbitrage intervenue entre elles et de toute sentence arbitrale les concernant et rendue par des juridictions spéciales. || Elles s'engagent à communiquer de même au bureau les Lois, Règlements, et documents constatant éventuellement l'exécution des sentences rendues par la Cour.

Article XXIII.

Chaque Puissance Signataire désignera, dans les trois mois qui suivront la ratification par elle du présent Acte, quatre personnes au plus, d'une compétence reconnue dans les questions de droit international, jouissant de la plus haute considération morale et disposées à accepter les fonctions d'arbitres. || Les personnes ainsi désignées seront inscrites, au titre de membre de la Cour, sur une liste qui sera notifiée à toutes les Puissances Signataires par les soins du bureau. || Toute modification à la liste des arbitres est portée, par les soins du bureau, à la connaissance des Puissances Signataires. || Deux ou plusieurs Puissances peuvent s'entendre pour la désignation en commun d'un ou de plusieurs membres. || La même personne peut être désignée par des Puissances différentes. || Les membres de la Cour sont nommés pour un terme de six ans. Leur mandat peut être renouvelé. || En cas de décès ou de retraite d'un membre de la Cour, il est pourvu à son remplacement selon le mode fixé pour sa nomination.

Article XXIV.

Lorsque les Puissances Signataires veulent s'adresser à la Cour Permanente pour le règlement d'un différend survenu entre elles, le choix des arbitres appelés à former le tribunal compétent pour statuer sur ce différend, doit être fait dans la liste générale des membres de la Cour. || A défaut de constitution du tribunal arbitral par l'accord immédiat des parties, il est procédé de la manière suivante: — || Chaque partie nomme deux arbitres et ceux-ci choisissent ensemble un surarbitre. || En cas de partage des voix, le choix du surarbitre est confié à une Puissance tierce, désignée de commun accord par les parties. || Si l'accord ne s'établit pas à ce sujet, chaque partie désigne une Puissance différente, et le choix du surarbitre est fait de concert par les Puissances ainsi désignées. || Le tribunal étant ainsi composé, les parties notifient au bureau leur décision de s'adresser à la Cour et les noms des arbitres. || Le tribunal arbitral se réunit à la date fixée par les parties. || Les membres de la Cour, dans l'exercice de leurs fonctions et en dehors de leur pays, jouissent des privilèges et immunités diplomatiques.

Article XXV.

Le tribunal arbitral siège d'ordinaire à La Haye. || Le siège ne peut, sauf le cas de force majeure, être changé par le tribunal que de l'assentiment des parties.

Article XXVI.

Le Bureau International de La Haye est autorisé à mettre ses locaux et son organisation à la disposition des Puissances Signataires pour le fonctionnement de toute juridiction spéciale d'arbitrage. || La juridiction de la Cour Permanente peut être étendue, dans les conditions prescrites par les Règlements, aux litiges existant entre des Puissances non-Signataires ou entre des Puissances Signataires et des Puissances non-Signataires, si les parties sont convenues de recourir à cette juridiction.

Article XXVII.

Les Puissances Signataires considèrent comme un devoir, dans le cas où un conflit aigu menacerait d'éclater entre deux ou plusieurs d'entre elles, de rappeler à celles-ci que la Cour Permanente leur est ouverte. || En conséquence, elles déclarent que le fait de rappeler aux parties en conflit les dispositions de la présente Convention, et le conseil donné, dans l'intérêt supérieur de la paix, de s'adresser à la Cour Permanente ne peuvent être considérés que comme actes de bons offices.

Article XXVIII.

Un Conseil Administratif Permanent composé des Représentants Diplomatiques des Puissances Signataires accrédités à La Haye et du Ministre des Affaires Étrangères des Pays-Bas qui remplira les fonctions de Président, sera constitué dans cette ville le plus tôt possible après la ratification du présent Acte par neuf Puissances au moins. || Ce Conseil sera chargé d'établir et d'organiser le Bureau International, lequel demeurera sous sa direction et sous son contrôle. || Il notifiera aux Puissances la constitution de la Cour et pourvoira à l'installation de celle-ci. || Il arrêtera son règlement d'ordre ainsi que tous autres règlements nécessaires. || Il décidera toutes les questions administratives qui pourraient surgir touchant le fonctionnement de la Cour. || Il aura tout pouvoir quant à la nomination, la suspension, ou la révocation des fonctionnaires et employés du bureau. || Il fixera les traitements et salaires et contrôlera la dépense générale. || La présence de cinq membres dans les réunions dûment convoquées suffit pour permettre au Conseil de délibérer valablement. Les décisions sont prises à la majorité des voix. || Le Conseil communique sans délai aux Puissances Signataires les règlements adoptés par lui. Il leur adresse chaque année un Rapport sur les travaux de la Cour, sur le fonctionnement des services administratifs et sur les dépenses.

Nr. 12156. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Article XXIX.

Les frais du bureau seront supportés par les Puissances Signataires dans la proportion établie pour le Bureau International de l'Union Postale Universelle.

Chapitre III. — *De la Procédure Arbitrale.*

Article XXX.

En vue de favoriser le développement de l'arbitrage, les Puissances Signataires ont arrêté les règles suivantes qui seront applicables à la procédure arbitrale, en tant que les parties ne sont pas convenues d'autres règles.

Article XXXI.

Les Puissances qui recourent à l'arbitrage signent un acte spécial (Compromis) dans lequel sont nettement déterminés l'objet du litige ainsi que l'étendue des pouvoirs des arbitres. Cet acte implique l'engagement des parties de se soumettre de bonne foi à la sentence arbitrale.

Article XXXII.

Les fonctions arbitrales peuvent être conférées à un arbitre unique ou à plusieurs arbitres désignés par les parties à leur gré, ou choisis par elles parmi les membres de la Cour permanente d'arbitrage établie par le présent Acte. || A défaut de constitution du tribunal par l'accord immédiat des parties, il est procédé de la manière suivante: || Chaque partie nomme deux arbitres et ceux-ci choisissent ensemble un surarbitre. || En cas de partage des voix, le choix du surarbitre est confié à une Puissance tierce, désignée de commun accord par les parties. || Si l'accord ne s'établit pas à ce sujet, chaque partie désigne une Puissance différente et le choix du surarbitre est fait de concert par les Puissances ainsi désignées.

Article XXXIII.

Lorsqu'un Souverain ou un Chef d'État est choisi pour arbitre, la procédure arbitrale est réglée par lui.

Article XXXIV.

Le surarbitre est de droit Président du tribunal. || Lorsque le tribunal ne comprend pas de surarbitre, il nomme lui-même son président.

Article XXXV.

En cas de décès, de démission, ou d'empêchement, pour quelque cause que ce soit, de l'un des arbitres, il est pourvu à son remplacement selon le mode fixé pour sa nomination.

Article XXXVI.

Le siège du tribunal est désigné par les parties. A défaut de cette désignation le tribunal siège à La Haye. || Le siège ainsi fixé ne peut, sauf le

cas de force majeure, être changé par le tribunal que de l'assentiment des parties.

Article XXXVII.

Les parties ont le droit de nommer auprès du tribunal des délégués ou agents spéciaux, avec la mission de servir d'intermédiaires entre elles et le tribunal. || Elles sont en outre autorisées à charger de la défense de leurs droits et intérêts devant le tribunal, des Conseils ou avocats nommés par elles à cet effet.

Article XXXVIII.

Le tribunal décide du choix des langues dont il fera usage et dont l'emploi sera autorisé devant lui.

Article XXXIX.

La procédure arbitrale comprend en règle générale deux phases distinctes: l'instruction et les débats. || L'instruction consiste dans la communication faite par les agents respectifs, aux membres du tribunal et à la partie adverse, de tous actes imprimés ou écrits et de tous documents contenant les moyens invoqués dans la cause. Cette communication aura lieu dans la forme et dans les délais déterminés par le tribunal en vertu de l'Article XLIX. || Les débats consistent dans le développement oral des moyens des parties devant le tribunal.

Article XL.

Toute pièce produite par l'une des parties doit être communiquée à l'autre partie.

Article XLI.

Les débats sont dirigés par le Président. || Ils ne sont publics qu'en vertu d'une décision du tribunal, prise avec l'assentiment des parties. || Ils sont consignés dans des procès-verbaux rédigés par des Secrétaires que nomme le Président. Ces procès-verbaux ont seuls caractère authentique.

Article XLII.

L'instruction étant close, le tribunal a le droit d'écarter du débat tous actes ou documents nouveaux qu'une des parties voudrait lui soumettre sans le consentement de l'autre.

Article XLIII.

Le tribunal demeure libre de prendre en considération les actes ou documents nouveaux sur lesquels les agents ou Conseils des parties appelleraient son attention. || En ce cas, le tribunal a le droit de requérir la production de ces actes ou documents, sauf l'obligation d'en donner connaissance à la partie adverse.

Article XLIV.

Le tribunal peut, en outre, requérir des agents des parties la production de tous actes et demander toutes explications nécessaires. En cas de refus le tribunal en prend acte.

Nr. 12156. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Article XLV.

Les agents et les Conseils des parties sont autorisés à présenter oralement au tribunal tous les moyens qu'ils jugent utiles à la défense de leur cause.

Article XLVI.

Ils ont le droit de soulever des exceptions et incidents. Les décisions du tribunal sur ces points sont définitives et ne peuvent donner lieu à aucune discussion ultérieure.

Article XLVII.

Les membres du tribunal ont le droit de poser des questions aux agents et aux Conseils des parties et de leur demander des éclaircissements sur les points douteux. || Ni les questions posées, ni les observations faites par les membres du tribunal pendant le cours des débats ne peuvent être regardées comme l'expression des opinions du tribunal en général ou de ses membres en particulier.

Article XLVIII.

Le tribunal est autorisé à déterminer sa compétence en interprétant le Compromis ainsi que les autres Traités qui peuvent être invoqués dans la matière, et en appliquant les principes du droit international.

Article XLIX.

Le tribunal a le droit de rendre des ordonnances de procédure pour la direction du procès, de déterminer les formes et délais dans lesquels chaque partie devra prendre ses conclusions et de procéder à toutes les formalités que comporte l'administration des preuves.

Article L.

Les agents et les Conseils des parties ayant présenté tous les éclaircissements et preuves à l'appui de leur cause, le Président prononce la clôture des débats.

Article LI.

Les délibérations du tribunal ont lieu à huis clos. || Toute décision est prise à la majorité des membres du tribunal. || Le refus d'un membre de prendre part au vote doit être constaté dans le procès-verbal.

Article LII.

La sentence arbitrale, votée à la majorité des voix, est motivée. Elle est rédigée par écrit et signée par chacun des membres du tribunal. || Ceux des membres qui sont restés en minorité peuvent constater, en signant, leur dissentiment.

Article LIII.

La sentence arbitrale est lue en séance publique du tribunal, les agents et les Conseils des parties présents ou dûment appelés.

Article LIV.

La sentence arbitrale, dûment prononcée et notifiée aux agents des parties en litige décide définitivement et sans appel la contestation.

Article LV.

Les parties peuvent se réserver dans le Compromis de demander la révision de la sentence arbitrale. || Dans ce cas et sauf convention contraire, la demande doit être adressée au tribunal qui a rendu la sentence. Elle ne peut être motivée que par la découverte d'un fait nouveau qui eût été de nature à exercer une influence décisive sur la sentence et qui, lors de la clôture des débats, était inconnu du tribunal lui-même et de la partie qui a demandé la révision. || La procédure de révision ne peut être ouverte que par une décision du tribunal constatant expressément l'existence du fait nouveau, lui reconnaissant les caractères prévus par le paragraphe précédent et déclarant à ce titre la demande recevable. || Le Compromis détermine le délai dans lequel la demande de révision doit être formée.

Article LVI.

La sentence arbitrale n'est obligatoire que pour les parties qui ont conclu le Compromis. || Lorsqu'il s'agit de l'interprétation d'une Convention à laquelle ont participé d'autres Puissances que les parties en litige, celles-ci notifient aux premières le compromis qu'elles ont conclu. Chacune de ces Puissances a le droit d'intervenir au procès. Si une ou plusieurs d'entre elles ont profité de cette faculté, l'interprétation contenue dans la sentence est également obligatoire à leur égard.

Article LVII.

Chaque partie supporte ses propres frais et une part égale des frais du tribunal.

Dispositions Générales.

Article LVIII.

La présente Convention sera ratifiée dans le plus bref délai possible. || Les ratifications seront déposées à La Haye. || Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances qui ont été représentées à la Conférence Internationale de la Paix de La Haye.

Article LIX.

Les Puissances non-Signataires qui ont été réprésentées à la Conférence Internationale de la Paix pourront adhérer à la présente Convention. Elles auront à cet effet à faire connaître leur adhésion aux Puissances Contractantes, au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes.

Nr. 12156. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Article LX.

Les conditions auxquelles les Puissances qui n'ont pas été représentées à la Conférence Internationale de la Paix, pourront adhérer à la présente Convention, formeront l'objet d'une entente ultérieure entre les Puissances Contractantes.

Article LXI.

S'il arrivait qu'une des Hautes Parties Contractantes dénonçât la présente Convention, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leurs sceaux.

Fait à La Haye, le 29 Juillet, 1899, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances Contractantes. (Unterschriften.)

Nr. 12157. KONFERENZSTAATEN. — Convention concernant les Lois et Coutumes de la Guerre sur Terre.

Nr. 12157. Konferenzstaaten.

Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté le Roi de Danemark; Sa Majesté le Roi d'Espagne, et, en son nom, Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume; le Président des États-Unis Mexicains; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi des Hellènes; Son Altesse le Prince de Monténégro; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; Sa Majesté Impériale le Schah de Perse; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves; Sa Majesté le Roi de Roumanie; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; Sa Majesté le Roi de Siam; Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, et Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie; || Considérant que, tout en recherchant les moyens de sauvegarder la paix et de prévenir les conflits armés entre les nations, il importe de se préoccuper également du cas où l'appel aux armes serait amené par des événements que leur sollicitude n'aurait pu détourner; || Animés du désir de servir encore, dans cette hypothèse extrême, les intérêts de l'humanité et les exigences toujours progressives de la civilisation; || Estimant qu'il importe, à cette fin, de reviser les lois et coutumes générales de la guerre, soit dans le but de les définir avec plus de précision, soit afin d'y tracer certaines limites destinées à en restreindre autant que possible les rigueurs; || S'inspirant de ces vues recommandées aujourd'hui, comme il y a vingt-cinq ans, lors de la Conférence de Bruxelles de 1874, par une sage et généreuse prévoyance;

Ont, dans cet esprit, adopté un grand nombre de dispositions qui ont pour objet de définir et de régler les usages de la guerre sur terre. || Selon les

Nr. 12157. Konferenzstaaten.

vues des Hautes Parties Contractantes, ces dispositions, dont la rédaction a été inspirée par le désir de diminuer les maux de la guerre, autant que les nécessités militaires le permettent, sont destinées à servir de règle générale de conduite aux belligérants, dans leurs rapports entre eux et avec les populations. || Il n'a pas eté possible toutefois de concerter dès maintenant des stipulations s'étendant à toutes les circonstances qui se présentent dans la pratique. || D'autre part, il ne pouvait entrer dans les intentions des Hautes Parties Contractantes que les cas non prévus fussent, faute de stipulation écrite, laissées à l'appréciation arbitraire de ceux qui dirigent les armées. || En attendant qu'un code plus complet des lois de la guerre puisse être édicté, les Hautes Parties Contractantes jugent opportun de constater que, dans les cas non compris dans les dispositions réglementaires adoptées par elles, les populations et les belligérants restent sous la sauvegarde et sous l'empire des principes du droit des gens, tels qu'ils résultent des usages établis entre nations civilisées, des lois de l'humanité et des exigences de la conscience publique; || Elles déclarent que c'est dans ce sens que doivent s'entendre notamment les Articles I et II du Règlement adopté; || Les Hautes Parties Contractantes désirant conclure une Convention à cet effet ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir; || (folgen die Namen) || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:—

Article I.

Les Hautes Parties Contractantes donneront à leurs forces armées de terre des instructions qui seront conformes au "Règlement concernant les Lois et Coutumes de la Guerre sur Terre," annexé à la présente Convention.

Article II.

Les dispositions contenues dans le Règlement visé à l'Article Ier ne sont obligatoires que pour les Puissances Contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles. || Ces dispositions cesseront d'être obligatoires du moment où, dans une guerre entre des Puissances Contractantes, une Puissance non-Contractante se joindrait à l'un des belligérants.

Article III.

La présente Convention sera ratifiée dans le plus bref délai possible. || Les ratifications seront déposées à La Haye. || Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances Contractantes.

Article IV.

Les Puissances non-Signataires sont admises à adhérer à la présente Convention. || Elles auront, à cet effet, à faire connaître leur adhésion aux Puissances Contractantes au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouverne-

Nr. 12157. Konferenzstaaten.

ment des Pays-Bas, et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes.

Article V.

S'il arrivait qu'une des Hautes Parties Contractantes dénonçât la présente Convention, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leurs cachets.

Fait à La Haye, le 29 Juillet, 1899, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances Contractantes. (Unterschriften.)

Nr. 12158. KONFERENZSTAATEN. — Annexe à la Convention. Règlement concernant les Lois et Coutumes de la Guerre sur Terre.

29. Juli 1899.

Section I. — *Des Belligérants.*

Chapitre I. — *De la Qualité de Belligérant.*

Article I.

Nr. 12158. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Les lois, les droits, et les devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires réunissant les conditions suivantes: — || 1. D'avoir à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés; || 2. D'avoir un signe distinctif fixe et reconnaissable à distance; || 3. De porter les armes ouvertement; et || 4. De se conformer dans leurs opérations aux lois et coutumes de la guerre. || Dans les pays où les milices ou des corps de volontaires constituent l'armée ou en font partie, ils sont compris sous la dénomination "d'armée".

Article II.

La population d'un territoire non occupé qui, à l'approche de l'ennemi, prend spontanément les armes pour combattre les troupes d'invasion sans avoir eu le temps de s'organiser conformément à l'Article Ier, sera considérée comme belligérante si elle respecte les lois et coutumes de la guerre.

Article III.

Les forces armées des parties belligérantes peuvent se composer de combattants et de non-combattants. En cas de capture par l'ennemi, les uns et les autres ont droit au traitement des prisonniers de guerre.

Chapitre II. — *Des Prisonniers de Guerre.*

Article IV.

Les prisonniers de guerre sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps qui les ont capturés. || Ils doivent être traités avec humanité. || Tout ce qui leur appartient personnellement, excepté les armes, les chevaux, et les papiers militaires, reste leur propriété.

Article V.

Les prisonniers de guerre peuvent être assujettis à l'internement dans une ville, forteresse, camp, ou localité quelconque, avec obligation de ne pas s'en éloigner au delà de certaines limites déterminées; mais ils ne peuvent être enfermés que par mesure de sûreté indispensable.

Article VI.

L'État peut employer, comme travailleurs, les prisonniers de guerre, selon leur grade et leurs aptitudes. Ces travaux ne seront pas excessifs et n'auront aucun rapport avec les opérations de la guerre. || Les prisonniers peuvent être autorisés à travailler pour le compte d'Administrations Publiques ou de particuliers, ou pour leur propre compte. || Les travaux fait pour l'État sont payés d'après les tarifs en vigueur pour les militaires de l'armée nationale exécutant les mêmes travaux. || Lorsque les travaux ont lieu pour le compte d'autres Administrations Publiques ou pour des particuliers, les conditions en sont réglées d'accord avec l'autorité militaire. || Le salaire des prisonniers contribuera à adoucir leur position, et le surplus leur sera compté au moment de leur libération, sauf défalcation des frais d'entretien.

Article VII.

Le Gouvernement au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre est chargé de leur entretien. || A défaut d'une entente spéciale entre les belligérants, les prisonniers de guerre seront traités, pour la nourriture, le couchage, et l'habillement, sur le même pied que les troupes du Gouvernement qui les aura capturés.

Article VIII.

Les prisonniers de guerre seront soumis aux lois, règlements, et ordres en vigueur dans l'armée de l'État au pouvoir duquel ils se trouvent. || Tout acte d'insubordination autorise, à leur égard, les mesures de rigueur nécessaires. || Les prisonniers évadés, qui seraient repris avant d'avoir pu rejoindre leur armée ou avant de quitter le territoire occupé par l'armée qui les aura capturés, sont passibles de peines disciplinaires. || Les prisonniers qui, après avoir réussi à s'évader, sont de nouveau faits prisonniers, ne sont passibles d'aucune peine pour la fuite antérieure.

Article IX.

Chaque prisonnier de guerre est tenu de déclarer, s'il est interrogé à ce sujet, ses véritables noms et grade et, dans le cas où il enfreindrait cette

N. 12158 . Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

règle, il s'exposerait à une restriction des avantages accordés aux prisonniers de guerre de sa catégorie.

Article X.

Les prisonniers de guerre peuvent être mis en liberté sur parole, si les lois de leur pays les y autorisent, et, en pareil cas, ils sont obligés, sous la garantie de leur honneur personnel, de remplir scrupuleusement, tant vis-à-vis de leur propre Gouvernement que vis-à-vis de celui qui les a faits prisonniers, les engagements qu'ils auraient contractés. || Dans le même cas, leur propre Gouvernement est tenu de n'exiger ni accepter d'eux aucun service contraire à la parole donnée.

Article XI.

Un prisonnier de guerre ne peut être contraint d'accepter sa liberté sur parole; de même le Gouvernement ennemi n'est pas obligé d'accéder à la demande du prisonnier réclamant sa mise en liberté sur parole.

Article XII.

Tout prisonnier de guerre, libéré sur parole et repris portant les armes contre le Gouvernement envers lequel il s'était engagé d'honneur, ou contre les alliés de celui-ci, perd le droit au traitement des prisonniers de guerre et peut être traduit devant les Tribunaux.

Article XIII.

Les individus qui suivent une armée sans en faire directement partie, tels que les correspondants et les reporters de journaux, les vivandiers, les fournisseurs, qui tombent au pouvoir de l'ennemi et que celui-ci juge utile de détenir, ont droit au traitement des prisonniers de guerre, à condition qu'ils soient munis d'une légitimation de l'autorité militaire de l'armée qu'ils accompagnaient.

Article XIV.

Il est constitué, dès le début des hostilités, dans chacun des États belligérants et, le cas échéant, dans les pays neutres qui auront recueilli des belligérants sur leur territoire, un bureau de renseignements sur les prisonniers de guerre. Ce bureau, chargé de répondre à toutes les demandes qui les concernent, reçoit des divers services compétents toutes les indications nécessaires pour lui permettre d'établir une fiche individuelle pour chaque prisonnier de guerre. Il est tenu au courant des internements et des mutations, ainsi que des entrées dans les hôpitaux et des décès. || Le Bureau de Renseignements est également chargé de recueillir et de centraliser tous les objets d'un usage personnel, valeurs, lettres, &c., qui seront trouvés sur les champs de bataille ou délaissés par des prisonniers décédés dans les hôpitaux et ambulances, et de les transmettre aux intéressés.

Article XV.

Les Sociétés de Secours pour les prisonniers de guerre, régulièrement constituées selon la loi de leur pays et ayant pour objet d'être les inter-

médiaires de l'action charitable, recevront, de la part des belligérants, pour elles et pour leurs agents dûment accrédités, toute facilité, dans les limites tracées par les nécessités militaires et les règles administratives, pour accomplir efficacement leur tâche d'humanité. Les Délégués de ces Sociétés pourront être admis à distribuer des secours dans les dépôts d'internement, ainsi qu'aux lieux d'étape des prisonniers rapatriés, moyennant une permission personnelle délivrée par l'autorité militaire, et en prenant l'engagement par écrit de se soumettre à toutes les mesures d'ordre et de police que celle-ci prescrirait. Nr. 12158. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Article XVI.

Les Bureaux de Renseignements jouissent de la franchise de port. Les lettres, mandats, et articles d'argent, ainsi que les colis postaux destinés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux, seront affranchis de toutes taxes postales, aussi bien dans les pays d'origine et de destination que dans les pays intermédiaires. || Les dons et secours en nature destinés aux prisonniers de guerre seront admis en franchise de tous droits d'entrée et autres, ainsi que des taxes de transport sur les chemins de fer exploités par l'État.

Article XVII.

Les officiers prisonniers pourront recevoir le complément, s'il y a lieu, de la solde qui leur est attribuée dans cette situation par les Règlements de leur pays, à charge de remboursement par leur Gouvernement.

Article XVIII.

Toute latitude est laissée aux prisonniers de guerre pour l'exercice de leur religion, y compris l'assistance aux offices de leur culte, à la seule condition de se conformer aux mesures d'ordre et de police prescrites par l'autorité militaire.

Article XIX.

Les testaments des prisonniers de guerre sont reçus ou dressés dans les mêmes conditions que pour les militaires de l'armée nationale. || On suivra également les mêmes règles en ce qui concerne les pièces relatives à la constatation des décès, ainsi que pour l'inhumation des prisonniers de guerre, en tenant compte de leur grade et de leur rang.

Article XX.

Après la conclusion de la paix, le repatriement des prisonniers de guerre s'effectuera dans le plus bref délai possible.

Chapitre III.—*Des Malades et des Blessés.*

Article XXI.

Les obligations des belligérants concernant le service des malades et des blessés sont régies par la Convention de Genève du 22 Août, 1864, sauf les modifications dont celle-ci pourra être l'objet.

Nr. 12158. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Section II.—*Des Hostilités.*

Chapitre I.—*Des moyens de nuire à l'Ennemi, des Sièges et des Bombardements.*

Article XXII.

Les belligérants n'ont pas un droit illimité quant au choix des moyens de nuire à l'ennemi.

Article XXIII.

Outre les prohibitions établies par des Conventions spéciales, il est notamment interdit:— || (*a.*) D'employer du poison ou des armes empoisonnées; || (*b.*) De tuer ou de blesser par trahison des individus appartenant à la nation ou à l'armée ennemie; || (*c.*) De tuer ou de blesser un ennemi qui, ayant mis bas les armes ou n'ayant plus les moyens de se défendre, s'est rendu à discrétion; || (*d.*) De déclarer qu'il ne sera pas fait de quartier; || (*e.*) D'employer des armes, des projectiles, ou des matières propres à causer des maux superflus; || (*f.*) D'user indûment du pavillon parlementaire, du pavillon national, ou des insignes militaires et de l'uniforme de l'ennemi, ainsi que des signes distinctifs de la Convention de Genève; || (*g.*) De détruire ou de saisir des propriétés ennemies, sauf les cas où ces destructions ou ces saisies seraient impérieusement commandées par les nécessités de la guerre.

Article XXIV.

Les ruses de guerre et l'emploi des moyens nécessaires pour se procurer des renseignements sur l'ennemi et sur le terrain sont considérés comme licites.

Article XXV.

Il est interdit d'attaquer ou de bombarder des villes, villages, habitations, ou bâtiments qui ne sont pas défendus.

Article XXVI.

Le Commandant des troupes assaillantes, avant d'entreprendre le bombardement, et sauf le cas d'attaque de vive force, devra faire tout ce qui dépend de lui pour en avertir les autorités.

Article XXVII.

Dans les sièges et bombardements, toutes les mesures nécessaires doivent être prises pour épargner, autant que possible, les édifices consacrés aux cultes, aux arts, aux sciences, et à la bienfaisance, les hôpitaux et les lieux de rassemblement de malades et de blessés, à condition qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire. || Le devoir des assiégés est de désigner ces édifices ou lieux de rassemblement par des signes visibles spéciaux qui seront notifiés d'avance à l'assiégeant.

Article XXVIII.

Il est interdit de livrer au pillage même une ville ou localité prise d'assaut.

Chapitre II.—*Des Espions.*

Article XXIX.

Ne peut être considéré comme espion que l'individu qui, agissant clandestinement ou sous de faux prétextes, recueille ou cherche à recueillir des informations dans la zone d'opérations d'un belligérant, avec l'intention de les communiquer à la partie adverse. || Ainsi les militaires non déguisés qui ont pénétré dans la zone d'opérations de l'armée ennemie, à l'effet de recueillir des informations, ne sont pas considérés comme espions. De même, ne sont pas considérés comme espions: les militaires et les nonmilitaires, accomplissant ouvertement leur mission, chargés de transmettre des dépêches destinées soit à leur propre armée, soit à l'armée ennemie. A cette catégorie appartiennent également les individus envoyés en ballon pour transmettre les dépêches, et en général, pour entretenir les communications entre des diverses parties d'une armée ou d'un territoire.

Article XXX.

L'espion pris sur le fait ne pourra être puni sans jugement préalable.

Article XXXI.

L'espion qui, ayant rejoint l'armée à laquelle il appartient, est capturé plus tard par l'ennemi, est traité comme prisonnier de guerre et n'encourt aucune responsabilité pour ses actes d'espionnage antérieurs.

Chapitre III. — *Des Parlementaires.*

Article XXXII.

Est considéré comme parlementaire l'individu autorisé par l'un des belligérants à entrer en pourparlers avec l'autre et se présentant avec le drapeau blanc. Il a droit à l'inviolabilité ainsi que le trompette, clairon, ou tambour, le porte-drapeau et l'interprète qui l'accompagneraient.

Article XXXIII.

Le Chef auquel un parlementaire est expédié n'est pas obligé de le recevoir en toutes circonstances. || Il peut prendre toutes les mesures nécessaires afin d'empêcher le parlementaire de profiter de sa mission pour se renseigner. || Il a le droit, en cas d'abus, de retenir temporairement le parlementaire.

Article XXXIV.

Le parlementaire perd ses droits d'inviolabilité, s'il est prouvé, d'une manière positive et irrécusable, qu'il a profité de sa position privilégiée pour provoquer ou commettre un acte de trahison.

Nr. 12158. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Chapitre IV. — *Des Capitulations.*

Article XXXV.

Les Capitulations arrêtées entre les Parties Contractantes doivent tenir compte des règles de l'honneur militaire. || Une fois fixées, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux parties.

Chapitre V. — *De l'Armistice.*

Article XXXVI.

L'armistice suspend les opérations de guerre par un accord mutuel des parties belligérantes. Si la durée n'en est pas déterminée, les parties belligérantes peuvent reprendre en tout temps les opérations, pourvu toutefois que l'ennemi soit averti en temps convenu, conformément aux conditions de l'armistice.

Article XXXVII.

L'armistice peut être général ou local. Le premier suspend partout les opérations de guerre des États belligérants; le second, seulement entre certaines fractions des armées belligérantes et dans un rayon déterminé.

Article XXXVIII.

L'armistice doit être notifié officiellement et en temps utile aux autorités compétentes et aux troupes. Les hostilités sont suspendues immédiatement aprés la notification ou au terme fixé.

Article XXXIX.

Il dépend des Parties Contractantes de fixer, dans les clauses de l'armistice, les rapports qui pourraient avoir lieu, sur le théâtre de la guerre, avec les populations et entre elles.

Article XL.

Toute violation grave de l'armistice, par l'une des parties, donne à l'autre le droit de le dénoncer et même, en cas d'urgence, de reprendre immédiatement les hostilités.

Article XLI.

La violation des clauses de l'armistice par des particuliers agissant de leur propre initiative, donne droit seulement à réclamer la punition des coupables et, s'il y a lieu, une indemnité pour les pertes éprouvées.

Section III. — *De l'Autorité Militaire sur le Territoire de l'État Ennemi.*

Article XLII.

Un territoire est considéré comme occupé lorsqu'il se trouve placé de fait sous l'autorité de l'armée ennemie. || L'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie et en mesure de s'exercer.

Article XLIII.

L'autorité du pouvoir légal ayant passé de fait entre les mains de l'occupant, celui-ci prendra toutes les mesures qui dépendent de lui en vue de rétablir et d'assurer, autant qu'il est possible, l'ordre et la vie publics en respectant, sauf empêchement absolu, les lois en vigueur dans le pays.

Article XLIV.

Il est interdit de forcer la population d'un territoire occupé à prendre part aux opérations militaires contre son propre pays.

Article XLV.

Il est interdit de contraindre la population d'un territoire occupé à prêter serment à la Puissance ennemie.

Article XLVI.

L'honneur et les droits de la famille, la vie des individus et la propriété privée, ainsi que les convictions religieuses et l'exercice des cultes, doivent être respectés. || La propriété privée ne peut pas être confisquée.

Article XLVII.

Le pillage est formellement interdit.

Article XLVIII.

Si l'occupant prélève, dans le territoire occupé, les impôts, droits et péages établis au profit de l'État, il le fera, autant que possible, d'après les règles de l'assiette et de la répartition en vigueur, et il en résultera pour lui l'obligation de pourvoir aux frais de l'administration du territoire occupé dans la mesure où le Gouvernement légal y était tenu.

Article XLIX.

Si, en dehors des impôts visés à l'Article précédent, l'occupant prélève d'autres contributions en argent dans le territoire occupé, ce ne pourra être que pour les besoins de l'armée ou de l'administration de ce territoire.

Article L.

Aucune peine collective, pécuniaire ou autre, ne pourra être édictée contre les populations à raison de faits individuels dont elles ne pourraient être considérées comme solidairement responsables.

Article LI.

Aucune contribution ne sera perçue qu'en vertu d'un ordre écrit et sous la responsabilité d'un Général-en-chef. || Il ne sera procédé, autant que possible, à cette perception que d'après les règles de l'assiette et de la répartition des impôts en vigueur. || Pour toute contribution un reçu sera délivré aux contribuables.

Nr. 12158. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Article LII.

Des réquisitions en nature et des services ne pourront être réclamés des communes ou des habitants, que pour les besoins de l'armée d'occupation. Ils seront en rapport avec les ressources du pays et de telle nature qu'ils n'impliquent pas pour les populations l'obligation de prendre part aux opérations de la guerre contre leur patrie. || Ces réquisitions et ces services ne seront réclamés qu'avec l'autorisation du Commandant dans la localité occupée. || Les prestations en nature seront, autant que possible, payées au comptant; sinon elles seront constatées par des reçus.

Article LIII.

L'armée qui occupe un territoire ne pourra saisir que le numéraire, les fonds et les valeurs exigibles appartenant en propre à l'Etat, les dépôts d'armes, moyens de transport, magasins et approvisionnements et, en général, toute propriété mobilière de l'État de nature à servir aux opérations de la guerre. || Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre, les téléphones, les bateaux à vapeur et autres navires, en dehors des cas régis par la loi maritime, de même que les dépôts d'armes et en général toute espèce de munitions de guerre, même appartenant à des Sociétés ou à des personnes privées, sont également des moyens de nature à servir aux opérations de la guerre, mais devront être restitués, et les indemnités seront réglées à la paix.

Article LIV.

Le matériel des chemins de fer provenant d'États neutres, qu'il appartienne à ces États ou à des Sociétés ou personnes privées, leur sera renvoyé aussitôt que possible.

Article LV.

L'État occupant ne se considérera que comme administrateur et usufruitier des édifices publics, immeubles, forêts et exploitations agricoles appartenant à l'État ennemi et se trouvant dans le pays occupé. Il devra sauvegarder le fonds de ces propriétés et les administrer conformément aux règles de l'usufruit.

Article LVI.

Les biens des communes, ceux des établissements consacrés aux cultes, à la charité et à l'instruction, aux arts et aux sciences, même appartenant à l'État, seront traités comme la propriété privée. || Toute saisie, destruction ou dégradation intentionnelle de semblables établissements, de monuments historiques, d'œuvres d'art et de science, est interdit et doit être poursuivie.

Section IV. — *Des Belligérants Internés et des Blessés Soignés chez les Neutres.*

Article LVII.

L'État neutre qui reçoit sur son territoire des troupes appartenant aux armées belligérantes, les internera, autant que possible, loin du théâtre de la

guerre. || Il pourra les garder dans des camps, et même les enfermer dans des forteresses ou dans des lieux appropriés à cet effet. || Il décidera si les officiers peuvent être laissés libres en prenant l'engagement sur parole de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation. Nr. 12158. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Article LVIII.

A défaut de Convention spéciale, l'État neutre fournira aux internés les vivres, les habillements, et les secours commandés par l'humanité. || Bonification sera faite, à la paix, des frais occasionnés par l'internement.

Article LIX.

L'État neutre pourra autoriser le passage sur son territoire des blessés ou malades appartenant aux armées belligérantes, sous la réserve que les trains qui les amèneront ne transporteront ni personnel ni matériel de guerre. En pareil cas, l'État neutre est tenu de prendre les mesures de sûreté et de contrôle nécessaires à cet effet. || Les blessés ou malades amenés dans ces conditions sur le territoire neutre par un des belligérants, et qui appartiendraient à la partie adverse, devront être gardés par l'État neutre, de maniére qu'ils ne puissent de nouveau prendre part aux opérations de la guerre. Celui-ci aura les mêmes devoirs quant aux blessés ou malades de l'autre armée qui lui seraient confiés.

Article LX.

La Convention de Genève s'applique aux malades et aus blessés internés sur territoire neutre.

Nr. 12159. KONFERENZSTAATEN. — Deklaration.

29. Juli 1899.

Les Soussignés, Plénipotentiaires des Puissances représentées à la Conférence Internationale de la Paix à La Haye, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, s'inspirant des sentiments qui ont trouvé leur expression dans la Déclaration de Saint-Pétersbourg du 29 Novembre (11 Décembre), 1868, || Déclarent: Nr. 12159. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Les Puissances Contractantes consentent, pour une durée de cinq ans, à l'interdiction de lancer des projectiles et des explosifs du haut de ballons ou par d'autres modes analogues nouveaux. || La présente Déclaration n'est obligatoire que pour les Puissances Contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles. || Elle cessera d'être obligatoire du moment où dans une guerre entre des Puissances Contractantes, une Puissance non-Contractante se joindrait à l'un des belligérants. || La présente Déclaration sera ratifiée dans le plus bref délai possible. || Les ratifications seront déposées à La Haye. || Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances

Nr. 12159. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Contractantes. || Les Puissances non-Signataires pourront adhérer à la présente Déclaration. Elles auront, à cet effet, à faire connaître leur adhésion aux Puissances Contractantes, au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || S'il arrivait qu'une des Hautes Parties Contractantes dénonçât la présente Déclaration, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Déclaration et l'ont revêtue de leurs cachets.

Fait à La Haye, le 29 Juillet, 1899, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances Contractantes. (Unterschriften.)

Nr. 12160. KONFERENZSTAATEN. — Deklaration.

29. Juli 1899.

Nr. 12160. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Les Soussignés, Plénipotentiaires des Puissances représentées à la Conférence Internationale de la Paix à La Haye, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, s'inspirant des sentiments qui ont trouvé leur expression dans la Déclaration de Saint-Pétersbourg du 29 Novembre (11 Décembre), 1868, || Déclarent:

Les Puissances Contractantes s'interdisent l'emploi de balles qui s'épanouissent ou s'aplatissent facilement dans le corps humain, telles que les balles à enveloppe dure dont l'enveloppe ne couvrirait pas entièrement le noyau ou serait pourvue d'incisions. || La présente Déclaration n'est obligatoire que pour les Puissances Contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles. || Elle cessera d'être obligatoire du moment où dans une guerre entre des Puissances Contractantes, une Puissance non-Contractante se joindrait à l'un des belligérants. || La présente Déclaration sera ratifiée dans le plus bref délai possible. || Les ratifications seront déposées à La Haye. || Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances Contractantes. || Les Puissances non-Signataires pourront adhérer à la présente Déclaration. Elles auront, à cet effet, à faire connaître leur adhésion aux Puissances Contractantes, au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || S'il arrivait qu'une des Hautes Parties Contractantes dénonçât la présente Déclaration, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par celui-ci à toutes les autres Puissances

Contractantes. || Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Déclaration et l'ont revêtue de leurs cachets. Fait à La Haye, le 29 Juillet, 1899, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances Contractantes.

(Unterschriften.)

Nr. 12160. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Nr. 12161. KONFERENZSTAATEN. — Deklaration.

29. Juli 1899.

Les Soussignés, Plénipotentiaires des Puissances représentées à la Conférence Internationale de la Paix à La Haye, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, s'inspirant des sentiments qui ont trouvé leur expression dans la Déclaration de Saint-Pétersbourg du 29 Novembre (11 Décembre), 1868, || Déclarent:

Nr. 12161. Konferenzstaaten. 29. Juli 1899.

Les Puissances Contractantes s'interdisent l'emploi de projectiles qui ont pour but unique de répandre des gaz asphyxiants ou délétères. || La présente Déclaration n'est obligatoire que pour les Puissances Contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles. || Elle cessera d'être obligatoire du moment où dans une guerre entre des Puissances Contractantes, une Puissance non-Contractante se joindrait à l'un des belligérants. || La présente Déclaration sera ratifiée dans le plus bref délai possible. || Les ratifications seront déposées à La Haye. || Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances Contractantes. || Les Puissances non-Signataires pourront adhérer à la présente Déclaration. Elles auront, à cet effet, à faire connaître leur adhésion aux Puissances Contractantes, au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || S'il arrivait qu'une des Hautes Parties Contractantes dénonçât la présente Déclaration, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Déclaration et l'ont revêtue de leurs cachets. || Fait à La Haye, le 29 Juillet, 1899, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances Contractantes.

(Unterschriften.)

Nr. 12162. KONFERENZSTAATEN. — Convention pour l'adaptation à la Guerre Maritime des principes de la Convention de Genève du 22 Août, 1864.

Nr. 12162. Konferenzstaaten.

Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté le Roi de Danemark; Sa Majesté le Roi d'Espagne, et, en son nom, Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume; le Président des États-Unis Mexicains; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi des Hellènes; Son Altesse le Prince de Monténégro; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; Sa Majesté Impériale le Schah de Perse; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves; Sa Majesté le Roi de Roumanie; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; Sa Majesté le Roi de Siam; Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège; et Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie; || Également animés du désir de diminuer autant qu'il dépend d'eux les maux inséparables de la guerre et voulant dans ce but adapter à la guerre maritime les principes de la Convention de Genève du 22 Août, 1864, ont résolu de conclure une Convention à cet effet: || Ils ont en conséquence nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || (folgen die Namen) || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:—

Article I.

Les bâtiments-hôpitaux militaires, c'est-à-dire, les bâtiments construits ou aménagés par les États spécialement et uniquement en vue de porter secours aux blessés, malades, et naufragés, et dont les noms auront été communiqués, à l'ouverture ou au cours des hostilités, en tout cas avant toute mise en usage, aux Puissances belligérantes, sont respectés et ne peuvent être capturés pendant la durée des hostilités. || Ces bâtiments ne sont pas non plus assimilés aux navires de guerre au point de vue de leur séjour dans un port neutre.

Article II.

Les bâtiments-hospitaliers, équipés en totalité ou en partie aux frais des particuliers ou des Sociétés de Secours officiellement reconnues, sont également respectés et exempts de capture si la Puissance belligérante dont ils dépendent leur a donné une commission officielle et en a notifié les noms à la Puissance adverse à l'ouverture ou au cours des hostilités, en tout cas avant toute mise en usage. || Ces navires doivent être porteurs d'un document de l'autorité compétente déclarant qu'ils ont été soumis à son contrôle pendant leur armement et à leur départ final.

Article III.

Les bâtiments-hospitaliers, équipés en totalité ou en partie aux frais des particuliers ou des Sociétés officiellement reconnues de pays neutres, sont

respectés et exempts de capture si la Puissance neutre dont ils dépendent leur a donné une commission officielle et en a notifié les noms aux Puissances belligérantes à l'ouverture ou au cours des hostilités, en tout cas avant toute mise en usage.

Article IV.

Les bâtiments qui sont mentionnés dans les Articles I, II, et III, porteront secours et assistance aux blessés, malades, et naufragés des belligérants sans distinction de nationalité. || Les Gouvernements s'engagent à n'utiliser ces bâtiments pour aucun but militaire. || Ces bâtiments ne devront gêner en aucune manière les mouvements des combattants. || Pendant et après le combat, ils agiront à leurs risques et périls. || Les belligérants auront sur eux le droit de contrôle et de visite; ils pourront refuser leur concours, leur enjoindre de s'éloigner, leur imposer une direction déterminée et mettre à bord un commissaire, même les détenir, si la gravité des circonstances l'exigeait. Autant que possible, les belligérants inscriront sur le journal de bord des bâtiments-hospitaliers les ordres qu'ils leur donneront.

Article V.

Les bâtiments-hôpitaux militaires seront distingués par une peinture extérieure blanche avec une bande horizontale verte d'un mètre et demi de largeur environ. || Les bâtiments qui sont mentionnés dans les Articles II et III seront distingués par une peinture extérieure blanche avec une bande horizontale rouge d'un mètre et demi de largeur environ. || Les embarcations des bâtiments qui viennent d'être mentionnés, comme les petits bâtiments qui pourront être affectés au service hospitalier, se distingueront par une peinture analogue. || Tous les bâtiments-hospitaliers se feront reconnaître en hissant, avec leur pavillon national, le pavillon blanc à croix rouge prévu par la Convention de Genève.

Article VI.

Les bâtiments de commerce, yachts, ou embarcations neutres, portant ou recueillant des blessés, des malades, ou des naufragés des belligérants, ne peuvent être capturés pour le fait de ce transport, mais ils restent exposés à la capture pour les violations de neutralité qu'ils pourraient avoir commises.

Article VII.

Le personnel religieux, médical, et hospitalier de tout bâtiment capturé est inviolable et ne peut être fait prisonnier de guerre. Il emporte, en quittant le navire, les objets et les instruments de chirurgie qui sont sa propriété particulière. || Ce personnel continuera à remplir ses fonctions tant que cela sera nécessaire, et il pourra ensuite se retirer lorsque le Commandant-en-chef

Nr. 12162. Konferenzstaaten.

le jugera possible. || Les belligérants doivent assurer à ce personnel tombé entre leurs mains la jouissance intégrale de son traitement.

Article VIII.

Les marins et les militaires embarqués blessés ou malades, à quelque nation qu'ils appartiennent, seront protégés et soignés par les capteurs.

Article IX.

Sont prisonniers de guerre les naufragés, blessés, ou malades, d'un belligérant qui tombent au pouvoir de l'autre. Il appartient à celui-ci de décider, suivant les circonstances, s'il convient de les garder, de les diriger sur un port le sa nation, sur un port neutre ou même sur un port de l'adversaire. Dans ce dernier cas, les prisonniers ainsi rendus à leur pays ne pourront servir pendant la durée de la guerre.

Article X.

Les naufragés, blessés ou malades, qui sont débarqués dans un port neutre, du consentement de l'autorité locale, devront, à moins d'un arrangement contraire de l'État neutre avec les États belligérants, être gardés par l'État neutre de manière qu'ils ne puissent pas de nouveau prendre part aux opérations de la guerre. || Les frais d'hospitalisation et d'internement seront supportés par l'État dont relèvent les naufragés, blessés, ou malades.

Article XI.

Les règles contenues dans les Articles ci-dessus ne sont obligatoires que pour les Puissances Contractantes, en cas de guerre entre deux ou plusieurs d'entre elles. || Les dites règles cesseront d'être obligatoires du moment où, dans une guerre entre des Puissances Contractantes, une Puissance non-Contractante se joindrait à l'un des belligérants.

Article XII.

La présente Convention sera ratifiée dans le plus bref délai possible. || Les ratifications seront déposées à La Haye. || Il sera dressé du dépôt de chaque ratification un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à toutes les Puissances Contractantes.

Article XIII.

Les Puissances non-Signataires, qui auront accepté la Convention de Genève du 22 Août, 1864, sont admises à adhérer à la présente Convention. || Elles auront, à cet effet, à faire connaître leur adhésion aux Puissances Contractantes, au moyen d'une notification écrite, adressée au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes.

Nr. 12162. Konferenzstaaten.

Article XIV.

S'il arrivait qu'une des Hautes Parties Contractantes dénonçât la présente Convention, cette dénonciation ne produirait ses effets qu'un an après la notification faite par écrit au Gouvernement des Pays-Bas et communiquée immédiatement par celui-ci à toutes les autres Puissances Contractantes. || Cette dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leurs sceaux. || Fait à La Haye, le 29 Juillet, 1899, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Puissances Contractantes.

(Unterschriften.)

Verhandlungen zwischen Grofsbritannien und dem Deutschen Reiche über die Beschlagnahme deutscher Schiffe 1899|1900*).

Nr. 12163. GROSSBRITANNIEN. — Die Admiralität an das Auswärtige Amt. Das deutsche Schiff „Herzog" passiert den Suezkanal.

Admiralty, December 16, 1899. (December 16.)

Nr. 12163. Grofsbritannien. 16. Dez. 1899.

Sir, || I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to request you will inform the Secretary of State that a telegram has been received from the Commander-in-chief on the Mediterranean Station:— || "German steam-ship 'Herzog', with a considerable number of male passengers, many in khaki, apparently soldiers, left the Canal for South Africa at 5 P.M. on 12th December. No troops were declared." || A similar communication has been addressed to the Colonial Office and War Office.

C. I. Thomas, pro Secretary.

Nr. 12164. GROSSBRITANNIEN. — Admiral Harris an die Admiralität. Meldet die Beschlagnahme des „Bundesrat".

Simonstown, December 29, 1899.

Nr. 12164. Grofsbritannien. 29. Dez. 1899.

(Telegraphic.) || German steam-ship "Bundesrath" arrived at Durban today in charge of "Magicienne", but no particulars of the capture have as yet reached me.

Nr. 12165. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Graf Bülow fordert Aufklärung über die Wegnahme des „Bundesrat".

Berlin, December 30, 1899. (December 30.)

Nr. 12165. Grofsbritannien. 30. Dez. 1899.

(Telegraphic.) || I was sent for by Count Bülow this evening to speak about the seizure of the "Bundesrath", the German mail-steamer which has been taken to Durban. || The Hamburg Company had given positive assurances

*) Vgl. „Europ. Geschichtskalender", Jahrgg. 1899. Red.

that she carried no contraband, and if this should be the case Count Bülow was desirous that she might be speedily released. Instructions had been given to Count Hatzfeldt to put the case before your Lordship. Nr. 12165. Grofsbritannien. 30. Dez. 1899.

Nr. 12166. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Der deutsche Konsul protestiert gegen die Wegnahme.

December 29, 1899.

(Telegraphic.) || Following telegram received from German Consul at Durban to-day:— || "Imperial German mail-steamer 'Bundesrath' just brought in as prize by Her Majesty's ship 'Magicienne'. In name of my Government I herewith protest against her being seized and detained." || I have informed German Consul that his telegram has been communicated to you and High Commissioner. Nr. 12166. Grofsbritannien. 29. Dez 1899.

Nr. 12167. GROSSBRITANNIEN. — Admiral Harris an die Admiralität. Die Ladung des „Bundesrats" ist verdächtig.

Simonstown, December 31, 1899.

(Telegraphic.) || "Magicienne" reports "Bundesrath" changed cargo's position on being chased, which is suspicious. || Large amount of sugar consigned to unknown person Delagoa Bay, and railway sleepers and small trucks, consigned to Wilkin and Ackermann, Delagoa Bay, but labelled Johannesburg, revealed by partial search. || It is expected that search will reveal arms among baggage of Germans on board, who state openly they are going to the Transvaal. || Senior Officer, Durban, reports he considers there is ample ground for discharging cargo and searching it. || Request authority of Crown to put vessel into Prize Court at Durban; request also instructions as to German passengers. Nr. 12167. Grofsbritannien. 31. Dez. 1899.

Nr. 12168. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Baron Richthofen.

Berlin, January 1, 1900. (January 1.)

(Telegraphic.) || I received a visit this morning from Baron von Richthofen, who gave me a Memorandum respecting the measures which can legally be taken by the Imperial Government against German subjects who take part in a war in which the neutrality of the Empire is observed. || The German Government had no knowledge of more than two officers having proceeded to the Transvaal, where they had been unable to obtain positions of command. || He asked me if I had any information on the subject of the seizure of the "Bundesrath". I said that Count Hatzfeldt would be kept fully informed, and that I knew no more than had been communicated to him. Nr. 12168. Grofsbritannien. 1. Jan. 1900.

Nr. 12169. GROSSBRITANNIEN. — Der Kolonialminister an den Gouverneur von Natal. Anordnungen über die Behandlung des „Bundesrat".

Downing Street, January 3, 1900.

Nr. 12169. Grofsbritannien. 3. Jan. 1900.

(Telegraphic.) || Your telegram of 1st January. || The "Bundesrath" and goods on board, including mails, are now presumably in custody of the Prize Court, and, except by order of that Tribunal, should not be touched. The capturing officer of Her Majesty's ship "Magicienne" should apply to Court to release mails at once, and you should support application. || If the application is granted by the Court, the person to whom the mails are released should offer to hand them over to the German Consul, to whom every possible facility should be given by you for their speedy transmission to their destination, either by British cruiser if available, or by mail-steamer, or otherwise. Every facility for proceeding to their destination should be afforded to any passenger whom the Court considers innocent.

Nr. 12170. DEUTSCHES REICH. — Der Botschafter in London an den engl. Minister des Auswärtigen. Fordert Freigabe des „Bundesrat".

German Embassy, London, January 4, 1900. (January 4.)

Nr. 12170. Deutsches Reich, 4. Jan. 1900.

(Translation.) || My Lord, || With reference to the seizure of the German steamer "Bundesrath" by an English ship of war, I have the honour to inform your Excellency, in accordance with instructions received, that the Imperial Government, after carefully examining the matter and considering the judicial aspects of the case, are of opinion that proceedings before a Prize Court are not justified. || This view is grounded on the consideration that proceedings before a Prize Court are only justified in cases where the presence of contraband of war is proved, and that, whatever may have been on board the "Bundesrath", there could have been no contraband of war, since, according to recognized principles of international law, there cannot be contraband of war in trade between neutral ports. || This is view taken by the British Government in 1863 in the case of the seizure of the "Springbok" as against the judgment of the American Prize Court, and this view is also taken by the British Admiralty in their "Manual of Naval Prize Law" of 1866. || The Imperial Government are of opinion that, in view of the passages in that Manual: "A vessel's destination should be considered neutral, if both the port to which she is bound and every intermediate port at which she is to call in the course of her voyage be neutral", and, the destination of the vessel is conclusive as to the destination of the goods on board", they are fully justified in claiming the release of the "Bundesrath" without investigation by a Prize Court, and that all the more because, since the ship is a mail-steamer with a fixed itinerary, she could not discharge her cargo at any other port than the neutral

port of destination. || In view of what is stated above, I have the honour to request your Excellency, in accordance with instructions from the Imperial Government, and with the reservation of what may further be decided, to order the release of the "Bundesrath", and since she was seized more than a week ago and the Imperial Government have not yet been informed of the reasons for the seizure, I should be obliged if I could be favoured with a reply at your earliest convenience.

Nr. 12170. Deutsches Reich. 4. Jan. 1900.

I have, &c.
(Signed) P. Hatzfeldt.

Nr. 12171. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Baron Richthofen protestiert gegen die Beschlagnahme.

Berlin, January 5, 1900. (January 5.)

(Telegraphic.) || Report has been received from German Consul at Durban stating that no contraband has been found on the "Bundesrath", although she has been searched for nine days. Baron von Richthofen said that public opinion here has been greatly excited by the seizure of the "Bundesrath" and the "General". The fact that the naval authorities had failed to discover contraband would seem to render their action unjustifiable; but the German Government maintain that, even if contraband had been discovered, England would have no right to interfere with neutral vessels going from one neutral port to another, and the task of preventing the transmission of contraband to the Transvaal would lie with the Portuguese Government. || When the war broke out, the Steam-ship Company disembarked some contraband of war at Dar-es-Salaam and Port Saïd in order to obviate any possible complication, and since then the Company has issued strict orders that contraband should not be embarked.

Nr. 12171. Grofs-britannien. 5. Jan. 1900.

Nr. 12172. DEUTSCHES REICH. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Fordert Freigabe des „General" und Achtung des Völkerrechts.

German Embassy, London, January 5, 1900. (January 5)

(Translation.) || My Lord, || According to a communication received by the Imperial Government by telegraph from Aden the day before yesterday, a second mail-steamer of the German East African line, the "General", has now been stopped there, occupied by force by British troops, and ordered to land her cargo. || In accordance with instructions received, I have the honour to inform your Excellency of the above, and, expressly reserving any claims for compensation, to request that orders may be given for the immediate

Nr. 12172. Deutsches Reich. 5. Jan. 1900

Nr. 12172. Deutsches Reich. 5. Jan. 1900.

release of the steamer and her cargo, for that portion of her cargo which has already been landed to be taken on board again, and for no hindrances to be placed in the way of the ship continuing her voyage to the places mentioned in her itinerary. || I am further instructed to request your Excellency to cause explicit instructions to be sent to the Commanders of British ships in African waters to respect the rules of international law, and to place no further impediments in the way of the trade between neutrals. || I should be obliged if your Excellency would send me a reply at your earliest possible convenience. I have, &c.

(Signed) P. Hatzfeldt.

Nr. 12173. GROSSBRITANNIEN. — Die Admiralität an den ältesten Seeoffizier in Aden. Behandlung des „General".

Admiralty, January 4, 1900.

Nr. 12173. Grofsbritannien. 4. Jan. 1900.

(Telegraphic.) || Steam-ship "General". Is search being conducted by you, or by whom? Unless contraband is found, search should be carried out as rapidly as possible. Undesirable to detain ship on suspicion only if she carries mails.

Nr. 12174. GROSSBRITANNIEN. — Der älteste Seeoffizier in Aden an die Admiralität. Bericht über die Beschlagnahme des „General".

Aden, January 6, 1900.

Nr. 12174. Grofsbritannien. 6. Jan. 1900.

(Telegraphic.) || On arrival of steam-ship "General" I boarded and detained her. || Having been informed of various suspicious articles on board for Delagoa Bay, including reported boxes of ammunition stowed in main hold, buried under reserve coal, I commenced search for contraband next morning. Ship will be got away as soon as possible. || I found, consigned on manifest to Mombasa, several large cases of rifle ammunition for Mauser, Manulicher, and sporting rifles. I believe these to be bonâ fide as consigned. Other suspected articles on manifest are waggon axles and chemicals. || Have cleared away just sufficient cargo to satisfy myself. At the bottom is a cargo of food for Delagoa Bay. || On top of coals are stowed boilers and heavy machinery. Found nothing, after examination by digging hole. || Cargo being restowed.

Nr. 12175. GROSSBRITANNIEN. — Die Admiralität an das Auswärtige Amt. Teilt die Beschlagnahme des „Herzog" mit.

Admiralty, January 6, 1900. (January 6.)

Nr. 12175. Grofsbritannien. 9. Jan. 1900.

Sir, || I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to transmit, for the information of the Secretary of State for Foreign Affairs, a

copy of a telegram, dated the 6th instant, from the Commander-in-chief, Cape of Good Hope Station, reporting the seizure of German steam-ship "Herzog". Nr. 12175. Grofs-britannien. 6. Jan. 1900.

I am, &c.

(Signed) Evan Macgregor.

Nr. 12176. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Protest des deutschen Konsul gegen die Beschlagnahme des „Herzog".

January 7, 1900.

(Telegraphic.) || Following telegram received from German Consul at Durban and Commander Schiebel, of His Imperial Majesty's ship "Condor". I replied I have communicated protest to Secretary of State for the Colonies and High Commissioner: — || „We herewith strongly protest in the name of our Government against seizure of Imperial German mail-steamer 'Herzog', and request permission for said steamer to proceed on voyage without any further delay. Captain of 'Herzog' informs me he has no goods on board which could be considered as contraband of war. Only suspected cargo are mails, small iron rails, and railway sleepers, which are destined for neutral port of Delagoa Bay". Nr. 12176. Grofs-britannien. 7. Jan. 1900.

Nr. 12177. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Graf Bülow fordert Abstellung der deutschen Beschwerden.

Berlin, January 7, 1900. (January 7.)

(Telegraphic.) || In consequence of the capture of a third German ship, the "Herzog", I received a message again this evening from Count Bülow asking me to pay him a visit, the vessel having on board a deputation of the Red Cross Society. A list of the members of this deputation has already been furnished by me to your Lordship. || His Excellency, after repeating to me all he had said relative to the "Bundesrath" and the "General", informed me that fresh instructions had been sent to Count Hatzfeldt to press your Lordship for a reply to the complaint which had already been submitted. He said that his most earnest desire was that orders should be sent for the prompt release of the vessels, for the payment of compensation for losses which had been sustained, and for the prevention of the recurrence of similar incidents. Nr. 12177. Grofs-britannien. 7. Jan. 1900.

Nr. 12178. GROSSBRITANNIEN. — Der Kommandeur des Kapgeschwaders an die Admiralität. Bericht über die Durchsuchung des „Herzogs".

Simonstown, January 6, 1900.

(Telegraphic.) || Senior Naval Officer, Durban, telegraphs: — || "Large ambulance party on board 'Herzog', most of whom have revolvers. Portuguese Governor of Zambezi and eight Portuguese officers aboard. Prize Court Nr. 12178. Grofs-britannien. 6. Jan. 1900.

Nr. 12178. Grofsbritannien. 6. Jan. 1900. has ordered their release. There are large quantities of provisions consigned to enemy's agents. From character of cargo and provisions there is reasonable ground for suspecting it as intended for enemy."

Nr. 12179. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Hat zwei scharfe deutsche Noten erhalten.

Foreign Office, January 7, 1900.

Nr. 12179. Grofsbritannien. 7. Jan. 1900. (Telegraphic.) || I have received two notes from German Ambassador, of a tone very unusual in diplomatic correspondence, respecting the arrest of the "Bundesrath" and the search of the "General." || We are pressing the authorities in Natal for prompt completion of investigation in case of the first-named ship, and making inquiry into the facts as regards the second. || The principle which we have maintained in regard to contraband of war is not that which the German Government supposes. || Both notes will be answered in due course under advice of the Law Officers of the Crown.

Nr. 12180. GROSSBRITANNIEN. — Der älteste Offizier in Aden an die Admiralität. Untersuchung des „General" ist beendet.

January 8, 1900.

Nr. 12180. Grofsbritannien. 8. Jan. 1900. (Telegraphic.) || Twelve hundred tons had to be taken out of "General" to get at cargo for examination, "Marathon's" ship's company, assisted by 100 coolies, working day and night throughout. "General" will sail as soon as cargo is replaced, probably Wednesday morning.*)

Nr. 12181. GROSSBRITANNIEN. — Die Admiralität an den Admiral Harris. Befiehlt eventuelle Freilassung des „Herzog".

Admiralty, January 8, 1900.

Nr. 12181. Grofsbritannien. 8. Jan. 1900. (Telegraphic.) || Your telegram of to-day. || Proceedings should be discontinued and "Herzog" released, unless provisions on board are destined for the enemy's Government or agents, and are also for the supply of troops or are specially adapted for use as rations for troops.**)

Nr. 12182. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Unterredung mit einem deutschen Geschäftsträger.

Foreign Office, January 9, 1900.

Nr. 12182. Grofsbritannien. 10. Jan. 1900. Sir, || Baron von Eckardstein called here to-day on behalf of the German Ambassador in connection with the seizure of the "Bundesrath." I told him that I could not undertake to arbitrate on any legal question under dispute,

*) Am 10. Januar lichtete der „General" die Anker. Red.

**) Am 9. Januar meldete Harris die erfolgte Freilassung. Red.

and could not express an opinion as to whether it would be desirable to do so until I saw precisely what the doctrine in controversy was; but that I thought that questions of indemnity, demurrage, or damages, if they arose, were very suitable for arbitration. || I told him the Admiralty had released the "General," and had suspended for the present examinations in the Red Sea on account of difficulties attaching to the decision of the accusation of carrying contraband of war at a place so far distant from the destination of the accused vessel. || I further informed him that I thought it quite possible the "Herzog" might be released, but I could give no promises on the point, as she was in the Prize Court. || I said we were considering how far we could abstain from arresting mail-steamers of any nation, unless their culpability was flagrant, because the inconvenience caused by their arrest was undoubtedly great. || I stated that we were wholly unable to agree with the German Government in the alleged right of a neutral to transmit contraband to a belligerent through a neutral port, but that we entirely concurred in the importance of pushing these cases through with as much rapidity as possible, and we had given repeated instructions to that effect. Salisbury.

Nr. 12182. Grofsbritannien. 10. Jan. 1900.

Nr. 12183. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Bemerkungen zu Nr. 12170.

Foreign Office, January 10, 1900.

Sir, || I Transmit to your Excellency herewith the translation of a note which I have received from the German Ambassador at this Court with regard to the seizure of the German steamer "Bundesrath" by Her Majesty's ship "Magicienne," on suspicion of carrying contraband of war destined for the South African Republics. || In this note Count Hatzfeldt states that the German Government, after careful examination of the judicial aspects of the case, are of the opinion that proceedings before a Prize Court are not justified. They base this view on the doctrine that, according to the recognized principles of international law, no question of contraband of war arises in trade between neutral ports. In support of this argument they cite the view which they state "to have been taken by Her Majesty's Government in 1863 in the case of the seizure of the 'Springbok'", as against the Judgment of the United States' Prize Court, and that which they consider to be taken "by the British Admiralty in their 'Manual on Naval Prize Law' of 1866." || Before examining the doctrine thus put forward by the German Government, it will be desirable to remove some errors of fact in regard to the authorities which they cite. It is not the case that the British Government in 1863 raised any claim or contention against the Judgment of the United States' Prize Court in the case of the "Springbok." On the first seizure of that vessel, and on an ex parte and imperfect statement of the facts by the owners, Earl Russell, then Secretary of State for Foreign Affairs, informed Her Majesty's Minister at Washing-

Nr. 12183. Grofsbritannien. 10. Jan. 1900.

Nr. 12183. Grofs-britannien. 10. Jan. 1900.

ton that there did not appear to be any justification for the seizure of the vessel and her cargo, that the supposed reason, namely, that there were articles in the manifest not accounted for by the captain, certainly did not warrant the seizure, more especially as the destination of the vessel appeared to have been bonâ fide neutral, but that, inasmuch as it was probable that the vessel had by that time been carried before a Prize Court of the United States for adjudication, and that the adjudication might shortly follow, if it had not already taken place, the only instruction that he could at present give to Lord Lyons was to watch the proceedings and the Judgment of the Court, and eventually transmit full information as to the course of the trial and its results. || The Prize Court of the United States, in a long and considered Judgment, decreed confiscation both of the vessel and the cargo. The owners applied for the intervention of Her Majesty's Government, and forwarded in support of their application an opinion by two English Counsel of considerable eminence. || The real contention advanced in this opinion was that the goods were, in fact, bonâ fide consigned to a neutral at Nassau. It cannot, therefore, be adduced in support of the doctrine now advanced by the German Government. But Her Majesty's Government, after consulting the Law Officers of the Crown, distinctly refused to make any diplomatic protest or enter any objection against the decision of the United States' Prize Court, nor did they ever express any dissent from that decision on the grounds on which it was based.

The volume which is described in Count Hatzfeldt's note as "The Manual of Naval Prize Law of the British Admiralty," and from which Count Hatzfeldt quotes certain phrases as expressing the view of the Lords Commissioners on this subject, is, in fact, a book originally compiled by Mr. (now Sir Godfrey) Lushington, which was published under the authority of the Lords Commissioners as stating in a convenient form the general principles by which Her Majesty's officers are guided in the exercise of their duties; but it has never been asserted and cannot be admitted to be an exhaustive or authoritative statement of the views of the Lords Commissioners. The preface to the book states that it does not treat of questions which will ultimately have to be disposed of by the Prize Court, but which do not concern the officer's duty of the place and hour. The directions in this Manual, which for practical purposes were sufficient in the case of wars such as have been waged by Great Britain in the past, are quite inapplicable to the case which has now arisen of war with an inland State, whose only communication with the sea is over a few miles of railway to a neutral port. In a portion of the Introduction the author discusses the question of destination of the cargo, as distinguished from destination of the vessel, in a manner by no means favourable to the contention advanced in Count Hatzfeldt's note. Moreover, Professor Holland, who edited a revised edition of this Manual in 1888, in a recent letter published in the "Times", has expressed an opinion altogether incon-

sistent with the view which the German Government endeavour to found upon the words of the Manual. || In the opinion of Her Majesty's Government, the passage cited from the Manual, "that the destination of the vessel is conclusive as to the destination of the goods on board", has no application to such circumstances as have now arisen. || It cannot apply to contraband of war on board of a neutral vessel if such contraband was at the time of seizure consigned or intended to be delivered to an agent of the enemy at a neutral port, or, in fact, destined for the enemy's country. || The true view in regard to the latter category of goods is, as Her Majesty's Government believe, correctly stated in paragraph 813 of Professor Bluntschli's "Droit International Codifié," as follows (I cite from the French translation of 1874, 2nd edition, of the work of this eminent German jurist):— || "Si les navires ou marchandises ne sont expédiés à destination d'un port neutre que pour mieux venir en aide à l'ennemi il y aura contrebande de guerre et la confiscation sera justifiée." || Her Majesty's Government are unable therefore to agree that there are grounds for ordering the release of the "Bundesrath" without examination by the Prize Court as to whether she was carrying contraband of war belonging to, or destined for, the South African Republics. But they fully recognize how desirable it is that this examination should be carried through at the earliest possible moment, and that all proper consideration should be shown for the owners and for innocent passengers and merchandize on board of her. Repeated and urgent instructions have been sent by telegraph for this purpose, and arrangements have been made for the speedy transmission of the mails. || Your Excellency will address a note to the German Minister for Foreign Affairs containing the above observations. Salisbury.

Nr. 12183. Grofsbritannien. 10. Jan. 1900.

Nr. 12184. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Neue Instruktionen an die englischen Seeoffiziere.

Foreign Office, January 14, 1900.

(Telegraphic.) || I have given to Baron von Eckardstein, for transmission to Count Bülow, the following verbal message: — || "Orders have been given to discontinue the search of vessels at Aden. || "The question of the instructions that can be sent to British naval officers to show special consideration to mail-steamers is under consideration. Orders have meanwhile been given that no German mail-steamers shall be arrested on suspicion alone until the examination of the 'Bundesrath' is completed and the result known."

Nr. 12184. Grofsbritannien. 14. Jan. 1900.

Nr. 12185. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Die deutsche Regierung wünscht Modifikationen zum Vorigen.

Berlin, January 15, 1900. (January 15.)

Nr. 12185. Grofsbritannien. 15. Jan. 1900.

(Telegraphic.) || I have the honour to inform your Lordship that the instructions which have been sent to-day to Count Hatzfeldt have been communicated to me by Count Bülow through Baron von Richthofen. || His Excellency's most earnest desire is to obtain the following modifications in the statement made to Baron Eckardstein by your Lordship: — || Firstly, that the orders forbidding the arrest of mail steam-ships until the completion of the examination of the "Bundesrath" may be prolonged; and, || Secondly, that the orders which have been issued for the discontinuance of the search of vessels at Aden may be made applicable to any place situated at a similar distance from the seat of war.

Nr. 12186. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Dasselbe.

Foreign Office, January 16, 1900.

Nr. 12186. Grofsbritannien. 16. Jan. 1900.

(Telegraphic.) || Baron von Eckardstein informed me to-day, with reference to the search of mail-steamers for contraband of war, that considerable anxiety was expressed in Berlin that some arrangement should be come to on this question. || I said that there were many difficulties regarding this question, which I was ready to discuss with the German Government, but that orders had been given for the present that no more mail-steamers were to be arrested on suspicion alone until further orders. || I observed that the term mail-steamer could not safely be applied to any steamer that had a bag of letters on board, and that it required definition. We understood by mail-steamers steamers of subsidized lines, and consequently owned by persons whom the German Government considered as respectable. || He further urged that we should extend the arrangement of giving up the examination of ships at Aden to all places equidistant with Aden from Delagoa Bay. || I said we did not object to this proposal. || With this information he appeared satisfied.

Nr. 12187. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Bemerkungen zu Nr. 12172.

Foreign Office, January 17, 1900.

Nr. 12187. Grofsbritannien. 17. Jan. 1900.

Sir, || I transmit to your Excellency herewith translation of a note which I received on the 5th instant from the German Ambassador at this Court, stating that, according to a communication received by his Government, the mail-steamer "General", of the German East African line, had been stopped at Aden, occupied by force by British troops, and ordered to land her cargo.

Nr. 12187. Grofsbritannien. 17. Jan. 1900.

Count Hatzfeldt proceeds to request that orders may be given for the immediate release of the steamer and her cargo, for that portion of her cargo which had already been landed being replaced on board, and for the vessel being permitted to continue her voyage to the places mentioned in her itinerary. His Excellency further requests that explicit instructions be sent to the Commanders of British ships in African waters to respect the rules of international law, and to place no further impediments in the way of trade between neutrals. ||

I received with some surprise a communication from the Representative of a Power with whom Her Majesty's Government believe themselves to be on the most friendly terms—worded in so abrupt a manner, and couched in language which imputed to Her Majesty's Naval Commanders that they had shown a disrespect to international law, and placed unnecessary impediments in the way of neutral commerce. There is no foundation for these imputations. || I at once requested the Lords Commissioners of the Admiralty and the Secretary of State for India to make inquiries whether the facts were as reported to the German Government. || From reports which have reached Her Majesty's Government by telegraph the following appear to be the facts of the case. ||

Before the arrival of the vessel at Aden it was already known that she had on board among her passengers thirty-one men of German and Flemish nationality who had all the appearance of their being on their way to the South African Republics for the purposes of military service there. On her arrival, information reached the British Resident that there were various suspicious articles on board destined for Delagoa Bay, and that boxes of ammunition were buried under the reserve store of coal. The Senior Naval Officer at Aden thereupon boarded her on the ground of strong suspicion of her carrying contraband of war destined for the enemy and commenced to search her.

The Lords Commissioners of the Admiralty on being informed of the detention of the vessel, telegraphed to the Senior Naval Officer that such detention on suspicion only, was undesirable if the vessel carried mails, unless contraband of war were found on board. The Senior Naval Officer was at the same time called upon to carry out the necessary search as quickly as possible, and there can be no doubt that in this respect he did his utmost to avoid any unnecessary delay. The crew of Her Majesty's ship "Marathon", assisted by 100 coolies, having worked day and night. The vessel having arrived on the 4th January he reported on the 6th that the search had been completed. The cargo was restored with the greatest possible rapidity and the vessel sailed on the morning of the 10th instant. || The Senior Naval Officer reported that he had found on board several large cases of rifle ammunition for Mauser, Mannlicher, and sporting rifles consigned to Mombasa; these were entered on the manifest and he believed them to be destined bonâ fide as consigned. He had found also on board consigments of axle-trees for waggons and chloride of lime for Delagoa Bay, both of which appeared on the mani-

Nr. 12187. Grofs-britannien. 17. Jan. 1900.

fest. The captain of the vessel gave an undertaking that these should be handed over to Her Majesty's Consul at Delagoa Bay. At the bottom of the hold was a cargo of food for Delagoa Bay. Heavy machinery and boilers appear to have been stowed on the top of the store of coals in which it was reported that ammunition was concealed. The search for the cases, therefore, must have been conducted under great difficulties. || There seems reason to believe that among the passengers on board going to the Transvaal were a number of trained artillerymen, but there was no sufficient evidence as to their destination to justify further action on the part of the officers conducting the search. || Until they receive the detailed reports, which will reach them by mail, Her Majesty's Government cannot decide whether the British naval officers in any respect exceeded the right of search accorded by international practice to belligerents. They recognize, however, that in the case of steamers carrying mails, that right should be exercised with all possible consideration and only resorted to when the circumstances are clearly such as to justify the gravest suspicion. || They regret the inconvenience which has been caused on the occasion. || Your Excellency will read this despatch to the German Minister for Foreign Affairs and leave him a copy of it. Salisbury.

Nr. 12188. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Baron Richthofen über das Vorige.

Berlin, January 19, 1900. (January 22.)

Nr. 12188. Grofs-britannien. 19. Jan. 1900.

My Lord, || Your Lordship's despatch of the 17th instant on the subject of the capture of the German mail-steamer „General" reached me last night, and as I was aware that Count von Bülow was to reply to-day to an interpellation in the Reichstag on the subject of the seizure of German ships by Her Majesty's Naval authorities I called upon Baron von Richthofen this morning, and begged him to communicate the substance of your Lordship's despatch, and more especially the passage in which your Lordship animadverts on the abrupt language of Count Hatzfeldt's note of the 5th instant, before Count Bülow should make his speech, and at the same time to request his Excellency to give me an opportunity later of carrying out your Lordship's instructions to read the despatch to him and leave him a copy of it. || Baron von Richthofen argued that, in the opinion of the German Government, the action of Her Majesty's naval officers in arresting the German ship had, in fact, been a violation of international law and an undue interference with neutral commerce, to which I replied that Her Majesty's Government did not share this view, and as there was a difference of opinion on the subject, it seemed to me that the German Government were going very far in asking that definite instructions should be sent to Her Majesty's Naval Commanders

Nr. 12188. Grofs-britannien. 19. Jan. 1900.

before even an inquiry had been instituted into the merits of the case. It was evident that your Lordship resented the tone and language of Count Hatzfeldt's note, and I was anxious that this fact should be brought to Count Bülow's notice before he made his speech in the Reichstag. || At Baron von Richthofen's request, I left with him your Lordship's despatch, of which I had not then had time to cause a copy to be made, and I have no doubt that he communicated it at once to Count Bülow. He has now returned it to me, and I shall take an early opportunity of formally carrying out your Lordship's instructions by reading it to Count Bülow, and leaving a copy of it with his Excellency.

Frank C. Lascelles.

Aktenstücke zur Geschichte des Südafrikan. Krieges 1899.*)

Nr. 12189. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Kolonialminister an den Gouverneur von Natal. Er soll keine Kriegsvorräte durchlassen.

(Sent, 3.25 p.m., August 29, 1899.)

Nr. 12189. Grofsbritannien. 29. Aug. 1899.

Telegram. || 29th August. Her Majesty's Government are compelled in present circumstances to request your Government not to allow arms or ammunition to pass to Transvaal or Orange Free State through Natal. Inform High Commissioner of this.

Nr. 12190. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Haltung der Kapregierung. Frage der Waffeneinfuhr in die Republiken.

Government House, Cape Town, August 30, 1899. (September 15, 1899.)

Nr. 12190. Grofsbritannien. 30. Aug. 1899.

Sir, || I have the honour to enclose a copy of correspondence**) which has passed between the Prime Minister of this Colony and myself with reference to the importation of arms and ammunition into the Orange Free State, under permits granted by Mr. Schreiner as Colonial Secretary. || By Section 4 of the Gunpowder and Arms Act, No. 13, of 1877, it is laid down that "no person shall remove or convey, or cause or procure to be removed or conveyed, from any part of this Colony to any place beyond the land boundaries thereof, any firearm or part of a firearm, or any gunpowder or percussion caps, not being for the private use of such person, without having a licence for conveying or removing the same signed by the Colonial Secretary or the Secretary for Native Affairs or by some person duly authorised in that behalf by either of such Secretaries." || The Customs Union Convention between Cape Colony, Natal and the Orange Free State includes arms, ammunition, appointments and uniforms for the regular military, naval, or volunteer Imperial or Colonial forces of Her Majesty, or for similar or burgher forces of any

*) Engl. Blaubuch Cd. 43. Vgl. die früheren Hefte. Red.

**) Hier fortgelassen. Red.

Government belonging to the Union among the articles free of duty. It makes no other special provisions as to their transit, for I cannot see that the Clause quoted in debate by Mr. Schreiner, whereby articles the importation of which is prohibited in one country in the Union may yet pass through such country if destined for another country in the Union where they are not prohibited, bears upon the case. The matter would, therefore, appear to be regulated by the ordinary considerations of comity as between neighbouring States. In other words, it would be unusual and unfriendly for the Government of the Cape Colony, though it has the legal power to do so, to refuse to permit the exportation from the Colony of arms and ammunition required by the Government of the neighbouring Republic. There might be reasons justifying such a step from the point of view of the Colony, but the Orange Free State would, under any circumstances, be entitled to make it a ground of complaint, and, if it saw fit, of actively resenting it. || This being the case, a nice question arises as to the duty of the Government of the Cape Colony with regard to such exportation at the present time. The Orange Free State is just now actively engaged in arming its burghers and in preparing for war. The only conceivable object of such preparations is to render assistance to the South African Republic, in case of hostilities between that Republic and Great Britain. Does this state of facts justify the Government of the Cape Colony — a part of the British Empire — in departing from the ordinary rules of friendly intercourse between neighbouring States and prohibiting the exportation to the Orange Free State of arms presumably intended for use against Her Majesty's forces?

For my own part, I think it does, though it seems to me that a great deal can be said for the view expressed in the debate of Monday last by Mr. Rose Innes, when he maintained that the Colony should leave it to the Imperial Government to take the initiative in the matter. The Orange Free State is an independent State, but the Colony is only part of the British Empire. It has indeed been the policy of Great Britain to encourage her Colonies in South Africa to deal directly with one another and with the Republics with regard to purely South African matters, af is they were so many independent States. The Customs Union Convention is one result of this policy. But when it comes to strict theory, it is not correct to describe the Orange Free State and the Colony as neighbouring States. It is the Orange Free State and the British Empire which are neighbouring States. Strictly speaking, the Colony has no foreign policy or foreign relations of its own. Its foreign relations are those of the Empire. It is, therefore, for the Imperial Government to decide whether the exportation of arms from the Colony to the Orange Free State at the present time constitutes a sufficient danger to the Empire to justify the breach of comity which would be involved in preventing it. If the Imperial Government were so to decide, then it would, according to Mr. Innes, be the duty of Colonial Ministers to carry out

Nr. 12190. Grofs-britannien. 30. Aug. 1899.

that decision. || It will be observed that Mr. Schreiner, while gladly availing himself of the defence which Mr. Inne's argument afforded him for not having taken the initiative in stopping the export of munitions of war to the Orange Free State, by no means committed himself to accepting the logical consequence of that view, viz., that he would be bound to stop such export, if requested to do so by the Imperial Government. On the contrary, many expressions of his speech are only compatible with the view that the Colony is virtually an independent State, which could, if it chose, remain neutral in a conflict in which the Empire was engaged. This position is altogether inconsistent with that of Mr. Innes. || If war was to come, Mr. Schreiner said, "it is the duty of every one on either side to maintain this Colony at any rate as a little place of peace—a little port, perhaps, in South Africa that is not to be riddled and rent by storm and thunder. That is the aim and object I have, to preserve the peace of Africa. If it is not to be given to me; if I am still to see, despite my best hopes and my deep convictions, that South Africa is to be the scene of war between whites, that one race is to be set against another race in any part of Africa, I shall still say, and I say this to-day, not merely to this Colony but to the world—that I shall do my very best to maintain for this Colony the position of standing apart and aloof from the struggle, both with regard to its forces, and with regard to its people. || The natural sympathy which one cannot but feel with Mr. Schreiner in his earnest desire to preserve the Colony from war cannot be allowed to obscure the import of this remarkable declaration. It would seem to be the opinion of the Prime Minister, doubtless representing in this the views of the Cabinet, that in case of the British Empire being at war—and at war with States bordering on the Colony—the Colony should take no part, and that its forces, every man of whom is enrolled in the name of and has taken the oath of allegiance to the Queen, should stand "apart and aloof from the struggle". These words seem to fall little short of a declaration of independence, and amount virtually to a policy of separating the Colony, if only *pro hac vice*, from the Empire of which it forms a part. || The position which would be created, if the Ministry were to carry out the policy indicated in Mr. Schreiner's speech, would be one new in the history of the relations between Great Britain and her self-governing Colonies. || Many wars have been waged by Great Britain in which these Colonies have taken no active part. They have been wars far from their borders, in which the Colonial forces, small in number, and intended only for local defence, could practically render little or no assistance, although such assistance has been volunteered, and in one instance—the Suakin Campaign of 1885—has been actually given, by a Colony, to Imperial forces engaged at a great distance and in a cause in which that Colony had no direct interest. || But the absence of active participation on the part of any Colony in a war waged by the Empire is something very different from the adoption of an attitude of neutrality. Such a position would be as unprece-

dented as it is untenable, alike in international law and in view of the constitutional relations of the Colonies to the mother-country.

In view of the declarations of the Prime Minister on more than one occasion that he is determined to discharge his duty as a loyal Minister of the Crown, I hesitate to assume that he would be prepared to carry out in practice the remarkable doctrine which seems to be indicated by the passage above quoted. Meanwhile the ambiguity of the position is creating the most intense anxiety throughout the Colony and the bitterest conflict of opinion between different sections of its inhabitants. Among the supporters of the Ministry there are no doubt very many whose racial sympathy with the ruling class in the South African Republic is stronger than their feeling of attachment to the Empire. They would contemplate with aversion the employment of the forces of the Colony against either of the Republics, and would, at best, sullenly acquiesce in the passage of Imperial forces through the Colony in connection with military operations beyond its borders. On the other hand there is a section equally or almost equally large, which, sympathising as it does intensely with the policy of Her Majesty's Government, and feeling the strongest attachment to the mother country, would bitterly resent any attitude approaching to apathy on the part of the Colony, in the case of a struggle, to say nothing of interference with the free movement of Imperial troops. The organised forces of the Colony, Cape Mounted Rifles, Cape Police and Volunteers, are mostly composed of men whose sympathies are strongly on the Imperial side. I anticipate that the immediate future will be productive of very strong protests on the part of the latter section of the population against the action of the Ministry, followed perhaps by counter-protests from its supporters. || In view of the many uncertainties of the immediate future, it is premature, and would, it seems to me, be undesirable to suggest what course it might be necessary to adopt, in dealing with the forces and resources of the Colony, in the event of the relations between Her Majesty's Government and either or both of the Republics assuming a more unfriendly character. But I have thought it well to acquaint you with the present position of affairs in order that Her Majesty's Government may be prepared for the urgent questions which might, in that case, suddenly arise with regard to the relations of the Colonial Ministry to the Governor and to Her Majesty's Government. I will only say, in conclusion, that two considerations ought, in my mind, to be kept in view. The first and paramount consideration is the maintenance of the principle that this Colony is, in every sense, part of Her Majesty's dominions, and cannot be allowed to separate itself, or stand aloof, from any conflict in which the Empire may be engaged. No Colonial Government would, in my opinion, be faithful to its duty which sought, under such circumstances, to hamper the action of Her Majesty's Government, or to withhold from it any support which the Colony was capable of giving. On the other hand, I believe it would be good policy on the part of the Imperial

Nr. 12190. Grofs-britannien. 30. Aug. 1899.

Power to have every regard, consistent with the maintenance of the principle just laid down, for the feelings of that large number of Cape Colonists who, unfortunately, are incapable of taking a fair view of the differences between Her Majesty's Government and the South African Republic or of sympathising with the former in a conflict with the latter, however justified such a conflict might be. It would be well, for that reason, to avoid, if possible, the direct employment of Colonial forces for any purposes but those of the defence of the Colony itself, though it would be impracticable, in view of the unforeseen contingencies of war, to lay it down as an absolute rule, that they should under no circumstances be so employed. || With regard to the immediate question of the use of the territory of this Colony as a thoroughfare for the conveyance of munitions of war to the Republics, I am strongly of opinion that, under present circumstances, the transit of any considerable quantity of such munitions should not be permitted. I hope the question may not arise, but, if it does, I think Her Majesty's Government should take up a decided attitude in opposition to such transit.

A. Milner,
Governor and High Commissioner.

Nr. 12191. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Dasselbe.

Government House, Cape Town, September 6, 1899. (September 27, 1899.)

Nr. 12191. Grofs-britannien. 6. Sept. 1899.

Sir, || In continuation of my despatch of the 30th ultimo, I have the honour to enclose copies*) of further communications with reference to the passage of arms and ammunition through this Colony to the Orange Free State. || I had an interview on this subject with the Prime Minister yesterday, in which I informed him that Her Majesty's Government had instructed me to request Ministers not to allow arms and ammunition to be exported either to the Orange Free State or the South African Republic. I told him that I regarded this instructions as applying to considerable quantities, not to small consignments to private persons, with regard to which I was satisfied with the arrangement arrived at and embodied in the Minutes which I enclose. || Mr. Schreiner asked that he might be informed of the decision of Her Majesty's Government in writing, and I accordingly sent him, after our interview, the letter which I enclose. || In the course of conversation, Mr. Schreiner expressed the feeling that his explanations on the subject in the House of Assembly had been greatly misunderstood. He protested against his words being interpreted as a declaration that the Colony should remain neutral in case of hostilities between Her Majesty's Government and the South African Republic. He had never harboured such an idea. I replied that in my opinion his words were open to this construction, and that I regretted them.

*) Hier fortgelassen. Red.

In reply he went on to explain at some length his point of view. The gist of it was that, while he fully admitted that in case of war between Her Majesty's Government and any other State, this Colony could not be neutral, yet he felt, that in the interests of the Empire itself the two main objects which Colonial Ministers should, in that case, keep in view, would be to prevent civil war breaking out in the Colony and to guard against the dangers of a native rising. Undoubtedly the forces of the Colony should be employed to protect the Colony, and he would regard any Minister as most culpable who ran any risk of damage being done to the Colony either from the South African Republic or the Orange Free State. What he deprecated was use of Colonial forces against Republics outside borders of Colony. If they were so used, he feared it might be impossible to restrain a rising on the other side, and there might be a conflict within the Colony itself. || I told him that I quite agreed that any action which might lead to a conflict of whites within the Colony and to consequent unrest and perhaps rebellion on the part of the natives, was to be deprecated. As a matter of grace and policy, Her Majesty's Government would, I believe, be unwilling, except in the last resort, to employ Colonial forces for any but purposes of defence. But it was quite impossible to say, though I did not at present contemplate such an eventuality, that the Colony might not become a base of operations against a neighbouring State, in which case the Government of the Colony must, of course, loyally co-operate with Her Majesty's Government and give every assistance to the Imperial military authorities. || I still hoped that the Orange Free State might be kept out of an eventual struggle. Her Majesty's Government had no quarrel with that State, but if it chose to interfere in the difference between Her Majesty's Government and the South African Republic, and espouse the cause of the South African Republic, it must take the consequences. In that case the Colony would be in greater danger, and would necessarily be involved in the struggle to a greater extent than if the Orange Free State remained neutral.

A. Milner,
Governor and High Commissioner.

Nr. 12191. Grofs-britannien. 6. Sept. 1899.

Nr. 12192. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar in Kapstadt an den Kolonialminister. Aufwiegelungsversuche.

(Received 6.30 p.m., September 30, 1899.)

Telegram. || (Extract.) || 30th September. No. 3. Very treasonable Circular is being circulated widely in the Colony which calls upon Colonial Boers to help the Transvaal. Several copies have been procured, and I have called upon Ministers to stop its distribution.

Nr. 12192. Grofs-britannien. 30. Sept. 1899.

Nr. 12193. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Besorgnisse in Natal vor einem Angriffe.

(Received 10.5 p.m., October 4, 1899.)

Nr. 12193. Grofsbritannien. 4. Okt. 1899.

Telegram. || (Extract.) || 4th October. No. 2. I have been consulted by Prime Minister as to whether attempt should be made to defend Newcastle, if it is attacked before troops can be sent up: and have felt constrained to advise, after consulting General Officer Commanding Natal, that no attempt be made to defend town, until General Officer Commanding is in a position to send up the necessary troops. I have stated that, should the town be taken, ample reparation will be exacted for any pecuniary loss that may be sustained by individual citizens or town: that citizens will not in my opinion have anything to fear on the score of their personal safety, if no resistance be offered, but that an opportunity of leaving or of sending away their families will be given to those who are anxious and may have fears on that score. I have advised that, if it be decided not to defend town, all rifles and ammunition be removed to a place of safety.

Nr. 12194. GROSSBRITANNIEN. — Der Kolonialminister an den Oberkommissar in Kapstadt. Antwort auf Nr. 12190.

Downing Street, October 7, 1899.

Nr. 12194. Grofsbritannien. 7. Okt. 1899.

Sir. || I have the honour to acknowledge the receipt of your Despatch of the 30th August, enclosing correspondence with the Prime Minister of the Cape Colony, regarding the importation of arms and ammunition into the Orange Free State, and commenting upon some remarks made by Mr. Schreiner in the House of Assembly with regard to the position of the Colony in the event of war with the South African Republic. || 2. I concur in the comments upon Mr. Schreiner's views with regard to the neutrality of the Colony made in your Despatch, and I am glad to learn from your subsequent Despatch of the 6th September that Mr. Schreiner has since explained that his words were not intended to bear the construction to which they were open. || 3. I also concur in your view that in case of war the Colonial forces should, as far as possible, not be employed directly in offensive operations.

J. Chamberlain.

Nr. 12195. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar in Kapstadt an den Kolonialminister. Appell an die gröfsten englischen Städte zur Hülfeleistung.

(Received 1.56 a.m., October 11, 1899.)

Nr. 12195. Grofsbritannien. 11. Okt. 1899.

Telegram. || 10th October. No. 3. Would you kindly communicate message from me to the Lord Mayors of London, Dublin, Liverpool, Manchester, and Birmingham and the Lord Provosts of Edinburgh and Glasgow.

Nr. 12195. Grofsbritannien. 11. Okt. 1899

Begins: In consequence of the enormous exodus of British subjects from Johannesburg, as well as from other parts of the South African Republic and the Orange Free State, the British Colonies in South Africa, and especially the seaport towns, are now flooded with refugees, many of them already in needy circumstances, and many more whose savings will shortly be exhausted; hitherto local charity, working in connection with the relief Committee at Johannesburg, which has displayed great generosity, has been able to cope with the influx, at least to extent of providing for women and children. But the numbers now pouring into British territories are more than our local resources can possibly deal with for long; the arrivals as Cape Town alone exceed 1,000 per diem, and it must be borne in mind that the vast majority of the refugees are not of Colonial but of British origin; the white population of the gold fields, amounting to at least 100,000, it is estimated that nearly half of these have left, and as almost all work is stopped many more will follow. In this time of great trial the refugees are as a body showing a courage and independence worthy of all praise; those who can are helping themselves. But there are thousands who need, or will need, some assistance either to return home or to maintain themselves in this country which, in the long run, can ill spare their skill and energy till the normal course of industry is restored. || In order to assist local effort to achieve these objects I appeal, in the name of British South Africa, to the generosity of the British public, trusting that your Lordships will see fit to take up our cause and to ask your fellow citizens to come to the aid of this vast body of British working people in their underserved suffering. Relief is being organized by local Committees in a practical way. Wherever possible employment is found and readily accepted. Where the refugees are anxious to go home and it seems wiser that they should do so help is, if necessary, given in that direction. But it is impossible to find work at once for more than a few, nor can those returned home be sent off all at once. || In the meantime food and shelter has to be found for ever increasing numbers; a strong Central Committee is being formed containing representatives from all the principal places to which refugees resort [in] large numbers to superintend the distribution of the fund according their needs among the several local relief Committees; the Standard Bank of South Africa has kindly undertaken to transmit to us without charge any funds subscribed in Great Britain, and the Bank of Africa will assist in the same direction. Governor, Natal, to which Colony a considerable number of refugees are resorting, desires to associate himself with me in making this appeal; hitherto Natal has coped with the difficulty out of its own resources, but on Natal also the burden will soon be too great. Ends.

If there are any other towns whose Mayors I ought to address would you kindly add them to the number.

Nr. 12196. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Aufruf an die Kapkolonisten, treu zu bleiben.

(Received, 5.45 p.m., October 12, 1899.)

Nr. 12196. Grofsbritannien. 12. Okt. 1899.

Telegram. || 12th October. No. 3. Ministers very anxious to issue Proclamation at once thinking it will tend to preserve order in Colony. Prime Minister is also strongly of opinion that a state of war does exist. I have accordingly agreed to immediate issue of Proclamation, which is as follows: ═

Begins: Whereas hostilities have broken out and a state of war exists between Her Majesty's Government and Government South African Republic, and also between Her Majesty's Government and Government Orange Free Staate; || And whereas it is therefore expedient and necessary to warn all Her Majesty's subjects and other persons in this Colony of their duties and obligations towards Her Majesty the Queen, Her Crown, and Government; || Now, therefore, in virtue of the authority committed to me as Governor of this Colony, I do hereby exhort all persons whomsoever to observe their duty and loyalty towards Her Majesty the Queen and Her Majesty's Government and to abstain from all treasonable or seditious acts or words against Her Majesty, Her Crown, and Government, and from all acts or words which may tend to excite disaffection or disloyalty towards Her Majesty, Her Crown, and Government, or disturb in any manner the peace and good order of this Colony, or any part thereof, and I do further warn all Her Majesty's subjects not to enlist or engage themselves in the military service of the Government of either of the said Republics, or in any way to aid, abet, or assist either of the said Republics in the prosecution of hostilities, and not to carry on any trade with, or supply any goods, wares, or merchandize to either of the said Republics, or any subjects thereof in the said Republics. || And I do hereby warn all persons that whoever, in contravention of the law, shall commit any of the aforesaid acts, will be duly prosecuted, and will be liable on conviction to such punishment as the law provides. Ends.

Nr. 12197. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Übersendet den Inhalt der holländischen Proklamation an die Kapburen.

(Received, 10.30 p.m., October 12, 1899.)

Nr. 12197. Grofsbritannien. 12. Okt. 1899.

Telegram. || 12th October. No. 5. Referring to your telegram of 11th October No. 2, Circular issued in English and Dutch, signed by Viljoen, Field Cornet, Johannesburg, headed Appeal to Afrikanders. Address to compatriots on both sides of the Orange River. Ask them to decide what they will do in the uncertain future. Recites England's proceedings with regard to Slachtersnek, Diamond Fields, Jameson Raid. England desires to avenge Amajuba, and destroy Afrikander nation. Owing to existence of two independent Afri-

kander in the English Colonies is still tolerated. If Republics fall into hands of England, Boers of Cape Colony and Natal will be disarmed. Hottentots will sit with them in Parliament. "Wherefore men belonging to our race that live under the British flag, know and understand full well that the destruction of the Boer Republics means the destruction of the Republics, the Afrikander nation; if the Republics go under, the Afrikander will merely be referred to as a nation that once existed. Know that in that event England's iron yoke will press upon and plague you to the last day. Wherefore, I ask: will you allow England to employ your Colony, your money, your cattle, yea, even yourselves, to destroy your brothers and compatriots? Afrikanders be true to your people."

Nr. 12197. Grofsbritannien. 12. Okt. 1899.

Circular sent home 11th October.

Nr. 12198. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Bemerkungen über die Lage, die öffentliche Meinung, die Haltung der Eingeborenen.

Government House, Pietermaritzburg, Natal, September 15, 1899. (October 17, 1899.)

(Extract.) || As I am in close communication with the High Commissioner on the subject of the South African situation, so far as it affects Natal, I have thought it better to abstain from trespassing on your time with weekly despatches of my own on the subject. My telegrams will have informed you, generally, of the condition of affairs here, and of the state of public feeling. Developments are so rapid, and the changes in the general situation so kaleidoscopic, that by the expiration of the three weeks which must elapse before a despatch reaches you, some of the recommendations it may contain may have to be considerably modified, and the despatch may have become, in some particulars, out of date. || You will, however, probably desire to be in possession of some more detailed account of the state of public feeling here, and of the present situation in Natal as regards the Transvaal than can be compressed within the limits of a telegram. I have, therefore, decided to submit to you the following observations. || The mass of the European population of Natal continue to give their hearty support to the determination of Her Majesty's Government to obtain equal rights and privileges for all Europeans throughout South Africa. They have laid aside considerations of local self-interest and commercial advantage—considerations which, it must be admitted, have to a certain extent influenced the attitude of the Colony in the past—in the firm trust that Her Majesty's Government will assert British Supremacy in South Africa in an unmistakable manner; will place it beyond the power of the oligarchy which has hitherto monopolised power in the Transvaal to cause Natal to suffer in the future for her uncompromising adherence to the interests of the Empire at large, and will secure such a settlement as will

Nr. 12198. Grofsbritannien. 15. Sept. 1899.

Nr. 1219S. Grofs-britannien. 15.Sept.1899.

render impossible a recurrence of the unrest and agitation which has been caused in South Africa by the attitude of the Transvaal Government during the last few years.

I need scarcely remind you that in her relations with the Transvaal, Natal is in a very vulnerable position. She has invested seven-ninths of the proceeds of her loan of £ 9,000,000 in a railway, which derives the bulk of its revenue from the overberg trade; and more than £ 1,000,000 besides on harbour works to facilitate the landing and shipment of goods which the railway carries. The railway competes for that trade with two other systems —the Cape-Free State system and the Delagoa Bay system—and all three systems centre in the Netherlands Railway over portions of which the whole of the overberg traffic must pass. It is, therefore, within the power of the Netherlands Railway to divert a considerable share of the overberg trade from one system to the other, at its pleasure; not only by alterations of rates (in this it is to a certain extent controlled by existing agreements), but by affording facilities to goods arriving by one or more systems which it may refuse to the others. That the Netherlands Railway can and does work in accord with the Government of the South African Republic has been sufficiently proved by the well-known "Drifts" incident. Apart, then, from commercial interests in Natal, and especially in Durban, which it is thus in the power of the Transvaal Government, working in accord with the Netherlands Railway Administration, to seriously damage, it will be easy for the Transvaal Government, if left with the power to do so, to materially cripple the source of revenue from which the interest of Natal's debt (a debt amounting to about £ 180 per head of the white population) is now derived. At the lowest, this would mean serious financial embarassment to Natal. || But it is not only on commercial grounds that an unmistakable assertion of British surpremacy in South Africa has (from Natal's point of view) become necessary. The attitude of the natives has been, so far, entirely satisfactory. I shall refer to this subject more at length in another part of this despatch. Meanwhile, I may point out that there are 750,000 natives in Natal; that they are watching the development of events with the closest interest; that they do not understand a diplomatic victory, and that although they have confidence in the strength of the Empire, they are already beginning to ask whether the English are afraid of the Dutch, that they do not settle with them out of hand. If the influence of the Government of Natal over the natives is to be maintained, British supremacy (things having gone so far as they have) must be asserted in an unmistakable manner, and in a manner the natives can understand. || You are aware that there has always been, heretofore, in Natal, a considerable body of opinion—until latterly a considerable majority of opinion—in favour of leaving South Africans to settle South African questions for themselves. So recently as three years ago, any such interference on the part of the Imperial Government as that which is now in

progress would probably have been resented by a majority of Natal politicians, as an unnecessary disturbance of the peace of South Africa. The developments of the last three years, however, have brought the great majority to think that the time has come when an end must be put to the unrest and agitation which has been growing, instead of decreasing, and is recognised to be due, in the main, to the apparent determination of the oligarchy in Pretoria, and its agents, to treat the British-born inhabitants of the Transvaal as a subject race. The interference of Her Majesty's Government has, therefore, been heartily supported by the mass of the European population of Natal. For the moment, that interference has, as was to be expected, produced greater unrest, stagnation of trade, stoppage of business; but this has been cheerfully submitted to in the hope of a radical cure.

It is not too much to say that from the time of the settlement of differences at the foundation of the Colony, there never was a Dutch-English question in Natal till after the retrocession of 1881. English and Dutch desired to live, and did live, amicably together; there have been many intermarriages, and, with perhaps few exceptions, there used to be nothing approaching to race-feeling. But, since 1881, and, in a greater degree, since 1895, the Dutch have apparently begun to look to Pretoria as to a national centre. Race-feeling which has been aroused in the Transvaal has begun to extend beyonds its borders, and there have been many signs of late years of the baneful influence of Pretoria politics on the relations of the two races in this Colony. Notwithstanding, an uneasy feeling that the Dutch were being taught to regard themselves as a race apart, and that South Africa belonged, really, to them, and that the English were to be regarded as interlopers, moderate men strove to shut their eyes to this, and by fair and considerate treatment of their Dutch fellow-colonists, to draw closer the bonds which the events of 1881 and of 1895-6 had loosened, and to work towards welding the two peoples into a homogeneous whole. Experience has shewn that where the British are supreme, and the Dutch in a small minority, as in Natal, the Dutch are welcomed, and are willingly given rights and privileges co-extensive with those enjoyed by the British. In Natal they are, and have always been, treated with special consideration. Special provision is made to have their language thoroughly taught in the schools which their children frequent, and to have laws, regulations, and agricultural reports which are likely to be of interest to the Dutch farmers translated into Dutch, and published in the Gazette, and in the Agricultural Journal; and such of them as are not already British subjects may, if they desire it, obtain naturalization with the utmost facility. There is, indeed, reason to believe that there are some names on the electoral register in Klip River County of men who are Burghers of the Free Staate. Whenever I have visited a district in Natal containing many Dutch farmers, the British-born residents have never failed to urge me to show special civility to their Dutch fellow-colonists, so anxious are they to

Nr. 12198. Grofsbritannien. 15.Sept.1899.

prevent them from thinking that because they are not of British descent, they are therefore liable to be treated differently from British-born colonists. The efforts which have been made to counteract the adverse influences emanating from Pretoria have not, however, been successful. So long as the oligarchy in the Transvaal is allowed to treat the British as a subject race such efforts would seem to be doomed to failure, except, indeed, on the hypothesis that the British would be willing to concede the supremacy of the Dutch, not only in the Transvaal, but throughout South Africa. || In the meanwhile, the events of the last six months and the necessary intervention of the British Government in Transvaal matters have accentuated the separation of the races. This result has been accepted as inevitable, under the circumstances, by the mass of European colonists in Natal—but always in the firm belief that by the assertion of British supremacy in an unmistakable manner, the evil will, in the end, be radically cured. || In view of the foregoing considerations, you will understand the strength of the feeling which would be aroused in Natal if anything short of a real and permanent settlement, connoting an unmistakable assertion of British supremacy in South Africa, were accepted by Her Majesty's Government; and, why I emphasised this point in my telegram of 26th July, No. 1, and other communications which I have addressed to you.

The letter from Mr. F. S. Tatham, which I have transmitted to you in another despatch, gives expression to views which are shared by a large body of his fellow-colonists on this subject. The letter probably represents what I may best describe as an advanced view; but I have gathered from many sources, including even men who, in the first instance, disapproved of the intervention of Her Majesty's Government, and were anxious that matters should be left to South Africa to settle, opinions which justify me in stating that the mass of the European population of Natal is practically unanimous in its desire for a real and permanent settlement, and for an unmistakable assertion of British supremacy in South Africa, even, if necessary, at the cost of war; and that, in the opinion of the majority, the least that will sufficiently impress the natives, and the Dutch, with the reality of British supremacy, is a military occupation of the country as a condition precedent to the reform of the Government of the Transvaal. || Turning to the present situation in Natal as regards the Transvaal, I must premise that, as I write these lines, the reply of the Government to the High Commissioner's last communication, on which so much hangs, is now being finally settled by the Raad; and that, before this despatch leaves South Africa, developments may have taken place which will have materially modified the situation as it now exists. || The attitude of the natives is satisfactory. From information which has reached us, there can be no doubt that attempts have been made to tamper with them, certainly by persons from the Orange Free State and from the Transvaal, and, there is reason to believe, on more than one occasion by Natal Dutchmen. Dinuzulu and Usibebu have both been approached, as has Newadi, the

chief of a large tribe at the sources of the Upper Tugela, and there have been other cases. These attempts, however, have failed of effect, and the reports from all parts of the Colony testify to the loyalty of the natives, and of their attachment to British rule. They are, however, in a nervous state, fearing that their cattle may be raided and they themselves killed. The Dutchmen who have interviewed them appear to have held high language, saying that the natives had better either keep quite still or take the side of the Dutch in the coming struggle, as the Dutch will shoot them and raid their cattle if they take the side of the British, who are certain to be defeated. Speaking generally, however, the natives have confidence in the power of the British, and provided (should war break out) the British troops suffer no reverse, I am confident there is no fear of any of them being persuaded to take part against us. They cannot, however, understand our inaction, in the face of the confident language held by the Dutch. A leading Zululand chief said to the Civil Commissioner some time ago. "We natives cannot understand you English people. You allow yourselves to be trampled on till flies settle on you, then you think it is time to take action. Whe have every confidence in the power of the British nation, and feel there can be only one result should war break out; at the same time we feel that there is danger of our being attacked by the Boers whilst our own Government is occupied in writing letters." Mr. Saunders, in reporting the conversation, states that this conveys pretty accurately the feeling of the natives in Zululand with regard to the situation. || The natives so cordially dislike the Transvaal Dutch, owing to the cruelty with which many have been treated by them, that nothing but the instinct of self-preservation would make them take their side. || The Government has received information from several sources that suggestions have been made to certain chiefs that they should take the opportunity of trouble between Dutch and English of fighting out old quarrels amongst themselves. Attempts have been made, for instance, to sow dissension between Dinuzulu and Usibebu, and, we believe, between Gayede and Hlangabeza, two chiefs in Umvoti county. It is not believed that the suggestions will be adopted, but the attitude of the chiefs in their relations towards each other is being vigilantly watched. || As the Natal mail-bags have been of late more than once tampered with on their way to Cape Town, I shall send this despatch by sea, which will delay its arrival in England for a week.

Nr. 12198. Grofsbritannien. 15.Sept.1899.

Nr. 12199. ORANJEFREISTAAT. — Der Präsident an den engl. Oberkommissar in Kapstadt. Fordert Aufklärung über Truppenansammlungen.

(Telegram.) || 25th September. Urgent. I have this day received information that considerable body of troops being moved northward along and

Nr. 12199. Oranje-Freistaat. 25.Sept.1899.

Nr. 12199. Oranje-Freistaat. 25.Sept.1899.

nearer our border from Ladysmith by rail. With a view to allaying undue excitement, I trust and would be pleased to learn from your Excellency that the report is devoid of truth. — Steyn.

Nr. 12200. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar an den Präsidenten des Oranje-Freistaats. Antwort auf das Vorige.

Nr. 12200. Grofs-britannien. 25.Sept.1899.

(Telegram.) || 25th September, 1899. Your Honour's telegram of to-day. Governor of Natal informs me that some troops are being moved from Ladysmith te Glencoe, and will be replaced at Ladysmith by troops from Maritzburg. There is no advance towards borders of Orange Free State, nor is there any justification for alarm. I am not aware of any change in situation since my telegram to your Honour of 19th. I adhere to the hope therein expressed as regards differences between Her Majesty's Government and the South African Republic, and repeat the assurance given to the Orange Free State.

Nr. 12201. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Konfiskationsgesetz.

29. September 1899.

Nr. 12201. Südafrikan. Republik. 29.Sept.1899.

The following is the full text of the Confiscation Law, the second reading of which was passed by the First Raad yesterday: —

Law No. —, 1899.

Whereas the necessity has appeared for the making of certain provisions by which the property of persons who make themselves guilty of crimes against this Republic, may be confiscated, it is hereby enacted that: — || 1. Any person within the Republic being guilty of the crime of public violence, high treason, or lèse majesté, or of inciting or instigating to the committing of any of these offences, shall be subject to the penalties stipulated for the said crimes under the Common Law; all property, either fixed or movable, owned by such persons, or on which they may or can make direct or indirect claim within this State at the time of the committing of the aforementioned offences, or at any subsequent time, may be declared confiscated in favour of the State without prejudice to the rights of bondholders, provided the bond was effected before the committing of the crime. || 2. When it is proved to the satisfaction of a competent Court, that any person or persons abroad have encouraged, incited, or instigated any inhabitants of this State to the committing of high treason, public violence, or lèse majesté, all properties, fixed or movable, belonging to such person or persons, or on which they may or can make any direct or indirect claim within this State at the time of the committing of such offences, or at any subsequent time, shall be declared confiscated in favour of the State, without prejudice to the rights of bondholders, and without

prejudice to the penalties which are imposed for such offences, according to the laws of this Republic. || 3. When it is proved to the satisfaction of any competent Court that any person or persons have planned attempts, or formed compacts with foreign Powers, or their representatives, in order to persuade them to the committing of hostility, or the undertaking of war against this Republic, or to afford them the means thereto, or to make attempts to commit high treason, their property wholly or partially, fixed or movable, or any rights, direct or indirect, to any such property to which such person or persons may or can lay claim at the time of the committing of the above-mentioned offences, or at any subsequent time, may be declared confiscated in favour of the State, without prejudice to the rights of bondholders, provided the bond was registered before the committing of the crime, and without prejudice to the penalties attached to the crimes of public violence, high treason, or lèse majesté, according to the laws of this Republic. || 4. When it is proved to the satisfaction of a competent Court that any burgher of the South African Republic has, after notice has been given to him by his officer to hold himself in readiness for any commando or active service, or after he has been ordered not to leave his ward with a view thereto, or after he has been commandeered for such service, left the country without permission from the officer concerned or the Government, his property, fixed or movable, or any rights, direct or indirect, to any such property to which such burgher may or can lay claim at the time of the committing of the above deed or at any subsequent time, shall be wholly or partially declared confiscated in favour of the State, without prejudice to the rights of bondholders, provided the bond was registered before the committing of the crime, and without prejudice to the penalties attached by other laws to such deed. || 5. All legal provisions, so far as they are in conflict with the above provisions, are hereby recalled. || 6. This Law comes into force immediately after publication in the Staatscourant. Nr. 12201. Südafrikan. Republik. 29.Sept.1899.

Nr. 12202. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Der Staatssekretär an den englischen Agenten in Pretoria. Antwort auf Nr. 12040.

Ministry for Foreign Affairs, Pretoria, September 22, 1899.

(Translation.) || Sir, || The Government of the South African Republic, acknowledging the receipt of a despatch of the Secretary of State for the Colonies of 27th of July, sent to it with your note of the 23rd of August, has the honour in reply to submit the following to you for communication to Her Majesty's Government. With regard to the assertion of Her Majesty's Government, "that the letter of the Convention of 1884 has been repeatedly broken, but the whole spirit of that Convention disregarded by the complete reversal of the conditions of equality between the white inhabitants of the Nr. 12202. Südafrikan. Republik. 22.Sept.1899.

Nr. 12202. Südafrikan. Republik. 22. Sept. 1899.

Transvaal which subsisted, and which, relying on the assurances of Boer leaders, Her Majesty believed would continue to subsist, when she granted to it internal independence in the preamble of the Convention of 1881, and when she consented to substitute the articles of the Convention of 1884 for those of the previous Convention", this Government wishes to remark that the discussion at Newcastle on the 10th of May, 1881, dealt with general freedom of trading in the Transvaal, in accordance with the Sand River Convention of 1852, which in Article 5 "granted mutual facilities and freedom to traders and travellers on both sides of the Vaal River," and in the way of this freedom no obstacle has ever been thrown, so that the assertion of Her Majesty's Government that on this point the Convention has been broken seems to be untrue, while neither in the treaty of Sand River, nor in the Convention of Pretoria, nor in the Convention of 1884 entered into at London, which entirely takes the place of that of Pretoria, is anything said of equality of political rights of any newcomers. || In quotation, No. 1037, Dr. Jorissen states supplementary to what has been said by Mr. Kruger (at present His Honour the President of this Republic) in No. 244: "In No. 244 was the question, Is there any difference with reference to privileges and rights of English in the Transvaal? and Mr. Kruger answered, 'No, there is no difference', and afterwards added, 'There might perhaps be some small difference in the case of a young person who has just come into the country'. I wish to say that this might give rise to a wrong impression. What Mr. Kruger intended to convey was this. According to our law a new incomer does not get his burgher rights immediately. The words 'young person' have no reference to age, but to the time of residence in the Republic. According to our old Grondwet (Constitution) people must reside one year in the country." || From this we must understand, according to the view of this Government, that the franchise is not immediately extended in this Republic to each new incomer, but that under the old Grondwet already a residence for a definite time was demanded before the franchise was granted, and then only after taking an oath of loyalty. From the current discussion, which make no part of the subsequent agreements, it appears clearly that it was then already the intention of the representatives of the people of the South African Republic to allow incomers to get the franchise, not at once, but only after some period of residence; it does not require proof that the necessity arose in the interest of the State and of the permanent inhabitants to make that period of residence longer, when a great influx of strangers took place, whose openly declared object was merely to stay long enough till they had made enough money.

In Article 12 of the Convention of 1881 full freedom, among other things, was granted to persons who had remained loyal to Her Majesty's Government during the hostilities which then took place to remain in the country, with enjoyment of all civil rights and protection for their persons and pro-

perties, while in Article 28 all persons who had fixed their residence in the Transvaal between 12th of April, 1877, and the date of that Convention coming into operation, and who had registered with the British Agent within twelve months after that date, and would be thereby discharged of all compulsory military service whatever. || In that Convention, moreover, no difficulty was raised to the principle of the admission of incomers to the exercise of civil rights and duties only after a certain period of residence. || Under its operation Law No. 7, 1882, was passed, by which the period for obtaining the franchise was increased from one to five years, and no objection to that was ever made from the side of Her Majesty's Government, nor was the assertion made that that law was in conflict with the existing Convention, or of assurances given at Newcastle by the Boer leaders. || When this Republic in 1884 first treated with Her Majesty for a new Convention, to replace the old one which was inefficient, and imposed burdens and obligations from which the Republic desired to be discharged, and afterwards made a new Convention, no single word was said against the regulation about the franchise in the Law of 1882, as little as were assurances asked for the grant of the franchise to British subjects without first having been settled some time in the country. In Article 15, however, the regulation was taken over from Article 28 of the Convention of Pretoria (viz., that persons having settled in the Transvaal between the 12th of April, 1877, and 8th of August, 1881, and who have had their names registered by the British Agent within 12 months after the last-named date, will be exempted from all compulsory military service), and if Her Majesty's Government had then seen reason to object to the principle confirmed and worked out in the Law of 1882, they would certainly have tried to come to an understanding with the Government of the South African Republic on that occasion, by which regulations about a certain period of residence before obtaining the franchise might be annulled.

Her Majesty's Government not only did not do so, but stipulated in Article 7 of that same Convention, just as in Article 14 of that of Pretoria, again only for civil rights for persons who had remained loyal during certain hostilities to Her Majesty, while in its 14th Article various civil (as distinguished from political) rights were assured to all persons, but under the express conditions that those persons should conform to the laws of the South African Republic, and those laws had long before already laid down or maintained the principle that the incomer had to have a certain period of residence before he could obtain the franchise. || From the foregoing it appears that the assertion of Her Majesty's Government "that all the restrictions as to franchise and individual liberty have not been brought into existence subsequently to the Conventions of Pretoria and London", (sic) but that the right of this Republic to make restrictions "as to franchise" was recognized tacitly, at least, by Her Majesty's Government itself.

These restrictions were extended in 1890, and increased from 5 to 14

Nr. 12202. Südafrikan. Republik. 22. Sept. 1899.

years, and no remarks were made on the part of Her Majesty's Government. At that time, too, no claim was made for equal political rights, and no assertion was ever made that this action had been in conflict with the Convention made in 1881 with the State of the Transvaal, or that of 1884 with the South African Republic, as also nothing of the kind happened when in 1894 the law on the franchise was again modified. || In 1894, when this Republic was involved in a war with certain coloured chiefs, various incomers of different nationalities were prepared to go to war for the land of their adoption, along with the burghers of this State, and many of them have subsequently become fully enfranchised burghers, because they had shown by deeds that they were ready to take the field like brothers with the older burghers for the defence of this Republic, but when some British subjects, also recent incomers, refused to do service on commando, Sir Henry Loch, the then High Commissioner, denied the right of this Republic to require them to do such service in the Republic, and although there was no convention or law to the contrary, this Government decided, with the authorisation of the representatives of the people, that British subjects, settled in this Republic, should not be called out for commando service. || This unwillingness, however, shows that neither Her Majesty's subjects nor Her Majesty's Government had then thought it desirable that British subjects should become burghers of this Republic, and thus enjoy the rights attached or bear the accompanying burdens. If ever, that would have been the opportunity for Her Majesty's Government to stipulate that restrictions in regard to the franchise should be removed. That Government did not then appeal to assurances given at Newcastle, but only desired that its subjects should be exempted from all compulsory military service, and remain British subjects. || After Her Majesty's Government had several times had the opportunity in negotiations with the Government of the Transvaal State or the South African Republic to stipulate for its subjects that restrictions upon the obtaining of the franchise should be done away with, it did not do so, but, on the contrary, it recognized, tacitly if not expressly, that this Republic lay under no obligation in that respect, and this Government regrets most deeply that Her Majesty's Government suddenly conceives it sees therein a breach and setting aside of the letter and spirit of the Convention of 1884, and for this conceives it its duty to accuse it of not having abided by the alleged assurances said to have been given by the Boer leaders in 1881, before contracting the Convention of 1881, for which that of 1884 has subsequently been substituted. || This Government conceives further, it may remark, that in the negotiations carried on at Newcastle in 1881 there was no mention made of giving assurances or incurring obligations with regard to granting rights to British subjects, but that only explanations were given to the Royal Commission about laws and their application, as they were carried out before April, 1877; and the quotations from the notes of that Commission do not show that at that time any assurance was given or obli-

gation incurred that from time to time the franchise would be given to all incomers irrespective of whether they had resided for a certain time in the Republic. The fact that the subject of their discussions was not taken up as a condition in the lapsed Convention of 1881, nor in that which now exists of 1884 proves in the clearest way that it was not then considered of any interest by Her Majesty's Government. || This Government also deplores in the most emphatic way that Her Majesty's Government should consider that the responsibility which it conceives it has for the treatment of the alien inhabitants is further increased by the fact that it was on the request of Her Majesty's High Commissioner that the population of Johannesburg in January, 1896, allowed itself to be disarmed, and that, after His Honour the State President had promulgated the Proclamation of 30th of December, 1895, and that the more because Her Majesty's Government seem to wish to convey that this Government had made promises or assurances, or had offered a prospect of the same on that occasion to the persons who had taken up arms against the Republic, while, as a fact, that Proclamation was promulgated before arms were taken up at Johannesburg, and in order to prevent such illegal actions, and, further, the disarmament of Johannesburg was done unconditionally on command of this Government, and the fact that Sir Hercules Robinson also urged the inhabitants of Johannesburg to lay down their arms was something done by His Excellency without this Government having urged him to do so by giving any promises. This appears from the correspondence which passed in those days, and also from another Proclamation of His Honour the State President of 9th of January, 1896, which was published, not only in the language of the country, but also in English. || This Government cannot understand how the Proclamation of 30th December, 1895, exhorting the inhabitants rather to lay their grievances before it than to transgress the limits of the law, which Proclamation, owing to the malevolence of those days, had no sequel (inasmuch as they nevertheless took up arms), can now be construed as a condition of disarmament, which was done unconditionally, as Her Majesty's High Commissioner requested.

Notwithstanding its continuous effort, during all the time which has elapsed since the commotions in Johannesburg, by means of liberal and practical legislation to bring the Uitlanders into a condition of satisfaction, the Government has always had to struggle with agitation caused by a portion of the population there, which, contrary to Article 14 of the Convention of London, 1884, does not wish to abide by the laws of the Republic, and always reject the hand of friendship extended to them by the Proclamation of 10th of January, 1896, and always still extended. Nevertheless, it has not omitted, since the melancholy occurrences of the beginning of 1896 at Johannesburg, to direct attempts to continuously further the interests of the mining population, and to improve their condition, grievances brought before it have been examined most earnestly by the Government itself or by Commissions appointed

Nr. 12202. Südafrikan. Republik. 22. Sept. 1899.

by it, who have heard evidence on the subject, and although the Volksraad has not always been able to agree with the measures indicated by such Commissions, has nevertheless always taken such measures to provide for the difficulties brought before it as it thought desirable in the general interests of the State. Many salutary laws and resolutions have been already made which may be useful and advantageous to the incomers, and this Government intends to propose gradually further changes which may appear desirable. Plans had already been contrived for the facilitation of obtaining the franchise, when the invitation to attend a conference at Bloemfontein was received, and this Government accepted it with pleasure, because it supposed that, taking counsel with the representative of a friendly Power, which, like this Republic, has great interests in South Africa, and the friendly hints of Her Majesty's Government, trough Her Majesty's High Commissioner, would facilitate the solution of its difficulties with a discontented Uitlander population. This Government has subsequently, keeping in view the views of Her Majesty's Government as obtained from His Excellency the High Commissioner, submitted the extension of the franchise anew to the Volksraad, and as a consequence to-day a law has been fixed, which is so liberal that in truth, if the newcomers wish to make use of it, it would ensure them an actual and immediate representation. The new burghers in the Gold Fields will, besides, secure a sufficient number of seats in the Volksraad, and then have the opportunity to discuss the grievances which the new population conceive it has, in the Volksraad and with the older burghers, and, as far as possible, to meet them. And this Government trusts that from now their grievances will belong largely to the past, and as it on its side is assured that efficient opportunity has been given the incomers, if they wish to make use of it, to get an actual and immediate representation, it cherishes the conviction that examinations into the efficiency of the new Franchise Law and the resolution with regard to representation, will more and more exhibit that efficiency, and can thereby lead to the realisation of the object it has contemplated by means of a vote to be given to the newcomers in the Volksraad to open an opportunity for co-operation in the removal of all the grievances and difficulties they think they have. This conviction has prevailed upon it to take into the most favourable consideration the request of Her Majesty's Government for the appointment of deputies by this Government and Her Majesty's Government for the discussion of the points, making a report and submitting recommendations, as it had the honour already to state in its despatch of the 2nd instant, on the understanding mentioned therein. || In the same note of the 2nd instant the Government has already stated that it would be obliged if it could obtain further explanations from Her Majesty's Government about the composition of an arbitration court, as Her Majesty's Government propose it is to be constituted in the note of 27th of July, and will be pleased to await what Her Majesty's Government wish to propose further on that subject, so that the two Governments may

come to an understanding as soon as possible, and decide the many differences, great and small, which have arisen during a considerable time between both Governments by way of an arbitration court, by which friendly relations, existing as happily until now, can be more and more extended, and in this Republic, as well as in Her Majesty's possessions in South Africa, the different nationalities be able to live fraternally together, and the race hatred so abhorred by both Governments may speedly become a thing of the past, and quite die out. Nr. 12202. Südafrikan. Republik. 22. Sept. 1899.

I have, &c.

F. W. Reitz, State Secretary.

Nr. 12203. ORANJE-FREISTAAT. — Der Präsident an den engl. Oberkommissar. Vorstellungen über die Truppenansammlungen.

(Telegram.) || October 3, 1899. I have the honour to acknowledge Your Excellency's telegram of this morning. I am as sincerely and strongly desirous as ever to see a speedy, peaceful, and satisfactory solution being arrived at, and to do all that lies in my power to try, even yet, to attain that result. I deem it my duty, however, to state emphatically that I do not consider that the movements of British troops, which have taken place in this country since the beginning of the present troubles, have been necessitated by the natural alarm of the inhabitants in exposed districts, nor in fact have I ever thought that there were any fair grounds justifying such movements. On the contrary, I have never for a moment had or expressed any other view than that the ever increasing military preparations which, both in England and in South Africa, have all along accompanied protestations for a desire to arrive at a peaceful and friendly settlement, have retarded and hampered the efforts of myself and all those who were sincerely working to maintain peace and effect a fair settlement. To the bitter and hostile tone of the utterances made, both by responsible men and by almost the whole English press in South Africa and in England, bristling with misrepresentations and constant menace to the Transvaal, accompanied by ever increasing military preparations on an extensive scale, not only in South Africa and in England, but throughout the British Empire, which are openly stated as being directed against and intended to coerce the Transvaal, I mainly attribute the failure hitherto of arriving at an amicable and satisfactory solution of existing difficulties. I wish to place on record my earnest conviction that on those in authority who introduced the military element, and who thereby inaugurated and have since continued a policy of menace and forcible intervention, will rest the responsibility, should all efforts fail to secure peace and honourable settlement of differences after the proofs already given by the Transvaal since the Conference to meet the views and wishes of the British Government. I consider the constant and systematic attemps to throw the blame for the present critical Nr. 12203. Oranje-Freistaat. 3. Okt. 1

Nr. 12203. Oranje-Freistaat. 3. Okt. 1899.

situation of affairs on the South African Republic unjust to and undeserved by the latter. Whilst I am not responsible for, but, on the contrary, for a long time successfully used my best endeavours to prevent the massing of burghers by the Government of the South African Republic on their borders, I cannot but recognise the fact that, in view of the action of the British authorities already alluded to, the Transvaal Government cannot be blamed for acting as they have done. I am more confirmed in this view by the fact that, whilst I am still without any reply to my telegraphic despatch of 27th ultimo, referred to by Your Excellency and in which I expressed my conviction as quoted by Your Excellency, and the reasonable request therein made that the increase and further movement of British troops should be stayed, and which if acceded to would probably have prevented the calling out of the burghers both in the South African Republic and in this State, has not only been ignored but activity in military preparations and the despatch of troops has been going on more persistently than ever. I am not in a position to judge whether the movement of British troops on the border of the South African Republic is comparable or not in magnitude with the recent massing of armed force of the South African Republic on the borders, but Your Excellency should not lose sight of the fact that on all sides in the English press and otherwise the assertion constantly finds expression that the British troops already in the country with their superior armament and discipline are more than a match for the undisciplined burgher force of the Republic, are intended for threat to enforce British demands on the Transvaal, and that, moreover, troops are being despatched almost daily from England, and military preparations are in active and constant progress which are utterly incompatible with the requirements of defence, and which would seem to more than sufficiently justify a conviction in the minds of the burghers of the South African Republic that England has abandoned any idea of attempting any longer to arrive at a solution of differences except by force. I trust that Your Excellency will receive this communication in the spirit in which it is honestly intended, namely to put the facts of the case and the situation as I see them, at this most critical time, clearly before you, so as to prevent any misunderstanding, not only, but in the hopes that by a clear comprehension of the views I hold, as the causes which have brought about the present crisis, Your Excellency may the better be enabled to form a judgment not based on ex parte information only. I feel deeply impressed with the danger of delay and with the urgent need of immediate action being taken if any further attempts are to be made to secure a peaceful solution. Once again I tender my best services towards the attainment of that object, but I fear that that will probably be useless and unavailing if not accompanied or preceded by the assurances requested in mine of 27th ultimo. — Steyn.

Nr. 12204. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Annexion durch den Oranje-Freistaat.

(Received 12.20 a.m., October 24, 1899.)

Nr. 12204. Grofsbritannien. 23. Okt. 1899.

(Telegram.) || 23rd October. No. 3. President Steyn has issued Proclamation declaring the country north of the Vaal River to be Orange Free State territory. The object is said to be that he intends to commandeer the people of the district, and thinks by annexing it to save those who obey from the consequences of taking up arms against the Queen. I regret to say that some of the inhabitants in the Barkly West district have actually taken up arms and joined the enemy. The number at present is inconsiderable. It is the first instance of an actual rising within Colony of which authentic information has yet reached me.

Nr. 12205. GROSSBRITANNIEN. — Der Kolonialminister an den Oberkommissar. Antwort auf das Vorige.

(Sent 2.55 p.m., October 25, 1899.)

Nr. 12205. Grofsbritannien. 25. Okt. 1899.

(Telegram.) || 25th October. No. 2. Referring to your telegram of 23rd October, No. 3. Proclamation ought to be at once issued stating that Steyn's Manifesto has no legal effect and warning inhabitants of territory that they will be still liable to penalties imposed on British subjects who infringe the law against treason and other offences. I assume that your Ministers will agree.

Nr. 12206. ORANJE-FREISTAAT. — Proklamation des Präsidenten an die Kapkolonie.

Nr. 12206. Oranje-Freistaat. 14. Okt. 1899.

I, Marthinus Theunis Steyn, State President of the Orange Free State, do inform the inhabitants of the Cape Colonial territory that the said territory is being occupied by the Free State armies. As Great Britain is at present in a state of war with the people of the Orange Free State, and the territory of Cape Colony is being used by it as a basis of military operations against this State, without the will of the peaceful inhabitants of that Colony being consulted therein: || Now, therefore, I have ordered my military officers to cross the borders of the Cape Colony with no other object than for the defence of my country and people, and for maintenance of our independence. As this State has no other enemy than the troops of Great Britain, and we wage war against the soldiers of Her Britannic Majesty, and not against the citizens of Cape Colony, the latter will continue to enjoy perfect freedom of person and property, so long as they do not forfeit the same by committing hostilities against the Burgher force of the Orange Free State. The Commandants or chief officers of the various Army Corps will fix special Regulations

Nr. 12206. Oranje-Freistaat. 14.Okt.1899.

and cause them to be published for information of public regarding the measures which will be taken against the communities or persons who act contrary to the usages of war. || Relying upon the friendly disposition of a sympathizing border population, and considering the troubles and calamities which it is unavoidable that an unjust war should already bring in its train on the innocent heads of those against whose will and desire has been forced upon us by the Government of Her Britannic Majesty, I have ordered my military officers to make no use of the right of war, according to which requisitions may be made from the farmer population of the territory occupied for supplying the needs of the troops, but the demand for the necessary provisions, &c., shall only be made upon cash payment or delivery of official receipts.

Bloemfontein, 14th October. Steyn.

Nr. 12207. GROSSBRITANNIEN. — Proklamation des Oberkommissars gegen eine Annexion der Südafrikan. Republik.

28. Oktober 1899. (Received 9.10 p.m., October 28, 1899.)

Nr. 12207. Grofsbritannien. 28.Okt.1899.

Begins: Whereas it has been reported to me that a Proclamation has been made by or on behalf of Government of South African Republic purporting to declare as part of the territory of the Republic certain portions of that part of this Colony situated north of the Orange River and which have been invaded by the forces of the said Government, || And whereas it is necessary to warn all Her Majesty's subjects, especially those resident in the aforesaid portions of this Colony, of the invalidity of such Proclamation, || Now, therefore, in virtue of the authority committed to me as Governor of this Colony, I do hereby proclaim and make known that any such Proclamation, if made, is null and void and of no effect, and I do hereby further warn and admonish all Her Majesty's subjects, especially those resident in the aforesaid portions of this Colony, that they do, in accordance with their duty and allegiance, disregard such Proclamation, as being of no force and effect whatsoever, and observe their obligations to Her Majesty, Her Crown and Government, and in no way voluntarily accept or recognize Government of South African Republic in any part of this Colony which may have been proclaimed territory of that Republic. || And I do further warn that any one failing, in contravention of the law, to obey the terms of this Proclamation will render himself liable to be prosecuted for the crime of high treason. Ends.

Nr. 12208. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Keine genauen Nachrichten über die mitgeteilten Proklamationen und Annexionen.

(Received 8.15 p.m., October 28, 1899.)

Nr. 12208. Grofsbritannien. 28. Okt.1899.

(Telegram.) || 28th October. No. 2. My telegram of to-day, No. 1. || It is impossible accurately to find out what has happened as regards the alleged

annexation by the Government of the South African Republic or Orange Free State of portions of the Cape Colony. No copies of any Proclamation by either Government to that effect have reached me here, but news coming from various parts of districts west and north of Kimberley clearly show(s) that the people there credit the annexation theory. It seems, however, more probable on the whole that it is the Government of the South African Republic which has annexed the district north of the Vaal River. With the consent of Ministers, I issued yesterday the Proclamation contained in my previous message in order to check mischief which this widespread report is causing. A similar Proclamation will be issued with regard to annexation by the Orange Free State as soon as we have any official confirmation of such action.

Nr. 12208. Grofs-britannien. 28. Okt. 1899.

Nr. 12209. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Übersendet einen Aufruf zur Revolution an die Kapholländer.

Government House, Cape Town, October 9, 1899. (November 1, 1899.)

Sir, || Referring to my telegram of 30th September, No. 3, I have the honour to enclose, for your information, a copy of a seditious circular by Mr. B. J. Viljoen.

Nr. 12209. Grofs-britannien. 9. Okt. 1899.

A. Milner,
Governor and High Commissioner.

Anlage.

Appeal to Africanders.

Compatriots on either side of the Orange River, at this significant period in our nation's history, I come to you as an old Colonial Afrikander, and ask you to consider and decide what you propose to do in the uncertain and pregnant future. You will have seen that Great Britain's ancient hatred and avarice have driven her so far that, if we are able to believe her, our little Republic is on the threshold of a sanguinary and unjustifiable war. || Hundreds of arguments are advanced by England, but who amongst us does not know that the only reason that would inspire England to war would be the fear that || *British Paramountcy* in South Africa is threatened by the victory of the Afrikander Bond in the Cape Colony; and that, when the two Boer Republics are once brought under British control, the Afrikander element in the Cape Colony will be made to disappear. || The Franchise is mentioned in England's latest despatches as the point of dispute. But look at the case in its true colours, and the question involuntarily occurs to every human being: What right has England to make demands with respect to a purely internal question, and dare England declare war upon it? England has just as much

Nr. 12209. Grofsbritannien. 9. Okt. 1899.

right to do this as I have to take or claim Sir Alfred Milner's watch. But history has demonstrated to the full that England is never very seriously disposed to establish a real casus belli for any war. Remember the frivolous charge upon which our countrymen were || *Murdered at Slachtersnek.* || In the presence of their wives and children they were undeservedly hanged by the necks; and even when Eternity refused to receive their innocent souls, and the gallows broke, the supplications of the wives, the children, and the relatives were made to deaf ears. For the second time the five Boers were drafted to the gallows in a most cruel manner. In what an unjust manner Natal was taken from our nation, after we had paid for it with so much blood and tears! And in the same manner the diamond fields, which were stolen from the Orange Free State in an even more shameless way. The persecution of our people dates from before 1834, and look how God snatched us, as if by miracles, from the claws of mighty England in 1881. What happened to the great Rhodes and his 800 freebooters in 1896? Although Providence placed them quickly in our hands, it did not occur without five innocent Boers being sacrificed. The nineteenth century is almost at an end, but England's persecution ceases not. It desires || *to avenge amaju* || *ba* and to destroy the Afrikander nation. England's iron yoke is getting heavier and more insufferable. We have conceded and surrendered, but, alas, we have reached the utmost limits, and if we have to abandon more of our rights we are surely committing national suicide, for peace without honour would have an irremediable, if not demoralising, effect upon our national character. If we concede the five years demanded by England without the guarantee that England will not again interfere in our internal affairs, and will not attempt to foist || *a non-existent over-lordship* || upon us—as happened with the Cape Boy question, the Coolie question, the Edgar case, and in many other connections—then, alas, the sacrifice is committed, and we wound our national character in such a manner that our national character can never be healed or restored as long as the world goes round. || If the South African Republic and the Orange Free State no longer exist as Afrikander Republics, the lives of the Afrikanders elsewhere will be rendered intolerable; that is as certain as the sun shines in the heavens. || Owing to the existence of the two independent Afrikander Republics, the Afrikander in the English Colonies is still recognised and tolerated. But if the Republics fall into the hands of England, the Boers of the Cape Colony and Natal || *will surely be disarmed,* || and one humiliation will follow quickly upon the heels of the other; Hottentots will not alone go with you to the polling booth and vote with you, and ride first-class with you, but they will sit with you, if not over you, in the Parliament; in short, the word Afrikander will disappear from the history and vocabulary of South Africa. The honourable place hitherto taken in South Africa's history will be assumed by lords, dukes, colonels, and other played-out scoundrels, and black filth ("uitgespeelde schurken en zwartgoed"); our posterity will be ||

governed and oppressed || by menials, and our children, like the Irish will only dare notify their origin in fear and trembling. || Wherefore, men of our race that live under the British flag, know and understand full well that the destruction of the Boer Republics means the destruction of the Afrikander nation; if the Republics go under, the Afrikander will merely be referred to as a nation that once existed. Know that, in that event, England's iron yoke will press upon and plague you till the last day. Wherefore, I ask: Will you allow England to employ your Colony, your money, your cattle, yea, even yourselves, to destroy your brothers and compatriots? || *the two Afrikander Republics* || have been driven by Great Britain, like the old people of Israel, to the Red Sea, and our liberation and redemption lies in the hand of God. We trust in God. He extricated our fathers from many serious dangers, and can, and will, probably, do so again. But, Afrikanders, to your own selves be true; be true to your people; and we can safely leave the issue in God's hands.

B. J. Viljoen.

Nr. 12209. Grofsbritannien. 9. Okt. 1899.

Nr. 12210 GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur von Natal an den Kolonialminister. Annexion durch den Oranje-Freistaat.

(Received 9.25 p.m., November 4, 1899.)

(Telegram.) || 4th November. No. 1. 9.15 a.m, Boers having issued Proclamation annexing Upper Tugela district of Natal to Orange Free State, I have issued counter-Proclamation similar to that issued by High Commissioner in case of Bechuanaland.

Nr. 12210. Grofsbritannien. 4. Nov. 1899.

Nr. 12211. GROSSBRITANNIEN. — Der Oberkommissar an den Kolonialminister. Übersendet eine Korrespondenz der Kapminister mit dem Oranje-Freistaat über event. Neutralität der Kapkolonie.

Government House, Cape Town, October 17, 1899.
(Received November 6, 1899.)

Sir, || I have the honour to transmit to you, for your information, a copy of a Minute from my Ministers, enclosing a copy of correspondence between the Prime Minister and the President of the Orange Free State, with respect to the non-violation of the territory of the Cape Colony by the forces of that State or the South African Republic. || I should explain that Mr. Schreiner spoke to me before initiating this correspondence, as he did not feel at liberty to communicate with President Steyn on the subject without previous reference to me. Having regard to all the circumstances, I did not attempt to dissuade him from a step which he was desirous of taking. || As a matter

Nr. 12211. Grofsbritannien. 17. Okt. 1899.

Nr. 12211. Grofsbritannien. 17. Okt. 1899.

of fact, the northern part of the Colony was invaded by a Boer force within a few hours of Mr. Schreiner's last message.

I have, &c.,
A. Milner,
Governor and High Commissioner.

Anlagen.

Ministers to Governor.

Prime Minister's Office, Cape Town, October 12, 1899.

(Minute.) || Ministers have the honour to transmit, for the information of His Excellency the Governor and High Commissioner, a copy of a telegraphic correspondence, which has taken place between the Prime Minister and His Honour the State President of the Orange Free State, on the subject of the non-violation of the territory of this Colony by the Governments of that State and of the South African Republic. W. P. Schreiner.

Prime Minister to His Honour the State President, Bloemfontein.

Telegram. || Urgent. Special despatch. 11th October. The intense strain of the position today causes me to remind Your Honour that I am confident that the territory of this Colony will not be invaded from your State, and to beg Your Honour to press the same abstinence upon His Honour the President of the South African Republic. The forces on our border are not more considerable that defence purposes require.

State President, Bloemfontein, to Prime Minister, Cape Town.

Telegram. || 11th October. Very urgent. Your wire to-day. Assurance could be given that Cape Colonial territory will not be invaded if you could give this Government a guarantee that this State will not be invaded from the territory of the Cape Colony and also that no troops will be allowed to go through the Cape Colony or moved from within the said territory towards the border of this State or that of the South African Republic. I have wired your telegram to South African Republic, and if you could give me the guarantee as above I will use my influence to get a similar assurance from the South African Republic. || Kindly reply without delay.

Prime Minister to His Honour the State President, Bloemfontein.

Telegram. || 11th October, 1899. Very urgent. Your telegram to-day in reply to mine, just received. It is, of course, not possible that I should give the assurance desired by Your Honour, as I have no control whatever with regard to the disposition of Imperial troops or their movements, my object being to urge upon Your Honour and the State President of the South African Republic the vital importance from every point of view of respecting the territory of this Colony even in the lamentable event of war. So long at

any rate, as the Imperial forces on the borders of this Colony do not amount to more than defensive purposes may, from a military point of view, require, it is my duty, although I cannot control the Imperial policy, to seek safeguards for this Colony against attack, and I shall still confide in the hope that such attack will not be made upon us. Nr. 12211. Grofs-britannien. 17. Okt. 1899.

Nr. 12212. GROSSBRITANNIEN. — Proklamation des Oberkommissars in Kapstadt, anläfslich des Krieges.

October 16, 1899.

Governor to Ministers.

Minute. || The Governor and High Commissioner begs to call the attentions of Ministers to the grave situation resulting from the invasion of the Colony in several places by the forces of the South African Republic and the Orange Free State, and from the danger of similar incursions in other quarters. || In view of this state of circumstances the thime has arrived when it is, in his opinion, necessary to call out any local forces available for the defence of the Colony. In the Cape Peninsula the Imperial garrison has been reduced by the necessity of sending troops to the front, and the local volunteers are the proper body to supply their places during their temporary absence. In the Eastern Districts also the Imperial garrison has been moved forward towards the frontier, but Volunteer Corps of appreciable strength are available at East London, Port Elizabeth, Grahamstown, Queenstown, and Cateart. Although no immediate danger is feared in that direction, it is necessary that these districts should be guarded against any possible raid from the North, and that for this purpose the Volunteers should be called out on active service. In view of the urgency of the case, a Proclamation, under Section 85 of the Colonial Forces Act, 1892, should issue immediately. || The Governor has reason to believe that Ministers share his view that the Volunteers, when called out, should be placed under the orders of the General Officer Commanding. Nr. 12212. Grofs-britannien. 16. Okt. 1899.

A. Milner,
Governor and High Commissioner.

I do hereby proclaim and make known that in accordance with the terms of Section 189 of the Army Act, Her Majesty's troops in this Colony are now on active service, and that all the provisions of the said Act relative to active service are in full force, and that all persons who by virtue of that Act are subject to Military Law when Her Majesty's troops are on active service, are now subject to Military Law.

A. Milner,
Governor and Commander-in-Chief.

Proclamation by His Excellency Sir Alfred Milner, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Knight

Nr. 12212. Grofsbritannien. 16. Okt. 1899.

Commander of the Most Honourable Order of the Bath, Governor and Commander-in-Chief of Her Majesty's Colony of the Cape of Good Hope in South Africa, and of the Territories and Dependencies thereof, and Her Majesty's High Commissioner, &c., &c., &c.

Whereas hostilities have commenced between Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic, and also between Her Majesty's Government and the Government of the Orange Free State; and whereas the forces of the enemy have invaded this Colony; and whereas it is therefore necessary that the Volunteer Corps hereinafter mentioned should be called out for active service for the defence of the several districts of this Colony in which they are enrolled and should be placed under the command of the General Officer commanding Her Majesty's forces in this Colony from the date of these presents until further notice: || Now, therefore, under and by virtue of the authority in me vested by "The Colonial Forces Act, 1892", I do hereby declare that the following Volunteer Corps, viz:— || The Cape Garrison Artillery, || The Prince Alfred's Own Cape Artillery, || The Duke of Edinburgh's Own Volunteer Rifles, || The Cape Town Highlanders, || The "B" Company Cape Medical Staff Corps, || The Prince Alfred's Volunteer Guard (Port Elizabeth), || The First City (Grahamstown) Volunteers, || The Queenstown Rifle Volunteers, || The Kaffrarian Rifles (East London), || The Frontier Mounted Rifles (Cathcart), || shall be and are hereby called out for active service as aforesaid and placed under the Command of the General Officer Commanding Her Majesty's Forces in this Colony.

God save the Queen!

Given under my hand and the Public Seal of the Colony of the Cape of Good Hope, this 16th day of October, 1899. A. Milner, Governor.

By Command of His Excellency the Governor in Council,
W. P. Schreiner.

Proclamation by His Excellency Sir Alfred Milner, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, Governor and Commander-in-Chief of Her Majesty's Colony of the Cape of Good Hope in South Africa, and of the Territories and Dependencies thereof, and Her Majesty's High Commissioner, &c., &c., &c.

Whereas hostilities have commenced between Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic, and also between Her Majesty's Government and the Government of the Orange Free State; and whereas the forces of the enemy have invaded this Colony; and whereas it is therefore expedient in certain districts of this Colony that measures should be taken for the more speedy trial and punishment of all persons giving information, succour, countenance or support to the said enemy: || Now, therefore, by

virtue of the authority vested in me, I do hereby proclaim and direct that from and after the promulgation of these presents Nr. 12212. Grofs-britannien. 16. Okt. 1899.

Martial Law

shall prevail and be in force throughout the Districts of Mafeking, Vryburg, Taung, Barkly West, Kimberley and Herbert.

God save the Queen!

Given under my hand and the Public Seal of the Colony of the Cape of Good Hope, this 16th day of October, 1899. A. Milner, Governor.

By Command of His Excellency the Governor in Council,
W. P. Schreiner.

Notice.

Notice is hereby given that in accordance with the terms of Section 189 of the Army Act, 1881, 44 and 45 Victoria, Ch. 58, Her Majesty's troops in this Colony are now on active service, and that all the provisions of the said Act relative to active service are in full force, and that persons who, by virtue of that Act, are subject to Military Law when Her Majesty's troops are on active service, are now subject to Military Law.

A. Milner.
Governor and Commander-in-Chief.

Nr. 12213. ORANJE-FREISTAAT. — Proklamation des Präsidenten an die Burghers.

An occasion which we would gladly have avoided, a time when we as a people are compelled to defend ourselves, with weapons, against injustice and a disgraceful use of force, has at length arrived, when our sister Republic on the North of the Vaal River is about to be attacked by an unscrupulous enemy, who has for several years already prepared himself, and has looked for a pretext for the violence of which he now makes himself guilty, the purpose whereof is to annihilate the Africander people. We are not only bound to our sister Republic by the ties of blood, by partaking of mutual interests, but also by the formal treaty (necessitated by circumstances), entered into with the object of assisting her, if the Transvaal should be unrighteously attacked, a circumstance which we, for a long time past, had reason to expect would occur. We cannot, therefore, possibly see injustice done to her and see our own dearly-bought freedom placed in jeopardy, but we are called upon as men to resist this. Trusting in the Almighty, in full confidence that He will never permit unrighteousness and injustice to triumph, and trusting to our just right in the eyes of Him and the whole world, we thus resist the powerful enemy, with whom we have always been desirous of continuing to live righteously and in friendship, in order to combat wrong and injustice done to us by his instrumentality in the past. We declare solemnly, and as Nr. 12213. Oranje-Freistaat. 11. Okt. 1899.

Nr. 12213. Oranje-Freistaat. 11. Okt. 1899.

if in the presence of the Almighty, that we are compelled to take this course through the injustice done to our kith and kin, being well aware that when their independence ceases our own existence as an independent nation will be meaningless, and that their fate, if they have to bow beneath an overwhelming Power, will also overtake us at no distant date. Solemn obligations have not protected our sister Republic against annexation, against conspiracy, against laying claim to a Suzerainty that is non-existent, against continual oppression and interference, and now against a fresh attack which has no other object than her destruction. Our own unfortunate experiences in the past have made it also sufficiently clear to us that one can place no reliance on the most solemn promises and obligations of Great Britain when she has an Administration at the helm which is prepared to tread under foot treaties, ant to find hypocritical pretexts for every breach of good faith committed by her. As the unrighteous and unlawful British intervention, when he had conquered a barbarian black race on our eastern borders, also the violent assumption of sovereignty over a portion of our territory where the discovery of diamonds had aroused the desire for gain (although in conflict with existing treaties). The desire and intention to trample under foot our rights as an independent and sovereign people, in defiance of a solemn Convention existing between the State and Great Britain have been more than once, and recently, again shown by the Administration at present governing in England by giving expression in public documents to an unfounded claim to paramountcy for the whole of South Africa, and thus also over this State. With reference also to the South African Republic, Great Britain has until the present day refused to agree that she shall recover her original position with reference to foreign relations, a position which she had never forfeited by any fault on her part. The original intention of the Conventions to which that Republic had agreed under pressure of circumstances has been twisted and continually used by the British Administration as a means of exercising tyranny and wrong, and further as a means of support of a violent propaganda in favour of Great Britain within that Republic. And while for injustice done to her on the part of the British Government no restitution, such as is demanded by justice, is offered, and while no gratitude is shown for the indulgence granted at the request of this Government to British subjects, who, according, to the laws of this Republic had forfeited their lives and property, no feeling of shame has restrained her, after gold mines of inestimable wealth were discovered in the country, from making claims against that Republic, the consequences whereof, if they had been acceded to, would have been that those, through the exertions of whom, or whose forefathers, the country was freed from barbarism, and who had given it civilisation with their blood and tears, would have been deprived of that measure of control over the interest of the country to which they were in justice, according to divine and human laws, entitled, and that the balance of power would be placed in the hands of one who, a stranger

Nr. 12213. Oranje-Freistaat. 11. Okt. 1899.

by birth, enjoyed the privilege of depriving the country of its principal treasure, while he never showed any loyalty but loyalty to a foreign Government. Besides that, the necessary result of compliance with those claims would be that the independence of the country as a self-governing, independent sovereign people would be irrevocably lost. For many years past British troops have been placed in great numbers on the borders of our sister Republic in order to compel it by terrorism to comply with claims which should be made on the same, and to excite a treasonable rising, and the crafty plans of those whose love of gold is the motive power of their shameful undertakings. These plans have now reached their zenith in the public violations to which the present British Government has now proceeded. While we candidly acknowledge the honourable character of thousands of Englishmen who abhor such deeds of robbery and wrong, we cannot do otherwise than execrate the shameless breach of treaties, the hypocritical pretexts for contraventions of law, the violations of international law and justice, and the numerous wrongful deeds of the British statesmen who now threaten the South African Republic with war. On their heads be the liability for bloodshed, and may a righteous Providence bring retribution on such as deserve it. || Burghers of the Orange Free State, stand up as one man against the oppressor and the violator of right.

In carrying on the conflict wich we are now compelled to undertake, let the deeds of none of you be such as to disgrace a Christian and a burgher and the Free State. Let us look forward with confidence to a successful issue of the struggle, trusting to that Higher Power without Whose assistance human weapons avail nothing. To the God of our fathers we humbly commend the justice of our cause. May He defend the right and may He bless our weapons! Under His banner we proceed to battle for freedom and for fatherland.

This given under my hand and the Great Seal of the Free State, this 11th day of October, 1899. M. T. Steyn, State President.

Nr. 12214. GROSSBRITANNIEN. — Proklamation des Gouverneurs von Natal.

15. Oktober 1899.

Nr. 12214. Grofsbritannien. 15. Okt. 1899.

Proclamation by His Excellency the Honourable Sir Walter Francis Hely-Hutchinson, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Governor and Commander-in-Chief in and over the Colony of Natal, Vice-Admiral of the same, and Supreme Chief over the Native Population.

Whereas the Colony of Natal has been invaded by the armed forces of the South African Republic, and of the Orange Free State, which have made war against Her Majesty, to the injury of Her Majesty's subjects in Natal: ||

Nr. 12214. Grofsbritannien. 15. Okt. 1899.

And whereas there is reason to believe that divers persons in this Colony have joined the forces of the South African Republic, and the Orange Free State, or have aided them or given information to them, and otherwise have adhered to Her Majesty's enemies and rebelled against Her Majesty, and have sought to stir up rebellion and disaffection against Her Majesty: || And whereas it is necessary to take prompt measures for the preservation of good order and for the suppression of rebellion and for the protection of Her Majesty's subjects in this Colony, and particularly in the Magisterial Divisions of Newcastle, Dundee, Klip River, Umsinga, and Upper Tugela: || Now, therefore, I do hereby proclaim and make known that the Magisterial Divisions of Newcastle, Dundee, Klip River, Umsinga, and Upper Tugela are placed and shall be under Material Law until this Proclamation be revoked.

God save the Queen!

Given under my hand and the Public Seal of the Colony, at Government House, Pietermaritzburg, Natal, this Fifteenth day of October, One Thousand Eight Hundred and Ninety-nine.

Charles J. Smithe,
Colonial Secretary.

Nr. 12215. GROSSBRITANNIEN. — Erlasse des Gouverneurs von Natal über Ausdehnung des Kriegsrechts.

12./13. Oktober 1899.

Nr. 12215. Grofsbritannien. 12./13. Okt. 1899.

Pursuant to Section 189 of the Army Act, 1881, Clause 2, I do hereby declare that by reason of the imminence of active service it is necessary for the public service that the forces in the Colony of Natal should be temporarily subject to the Army Act, 1881, as if they were on active service, up to and including the 11th day of January, 1900.

Walther Hely-Hutchinson, Governor.

Government House, Natal,
12th October, 1899.

Notice is hereby given that I have, in terms of Section 20 of the Volunteer Act, 1895, placed the Volunteer Force of the Colony of Natal under the command of the General Officer Commanding Her Majesty's Forces in Natal, and that, so far as the said Act has not provided for the government and discipline of such Force, the Army Act, 1881, and any other Act for the time being amending the same, shall apply to the said Volunteer Force, but subject nevertheless to such exceptions and modifications, not being inconsistent with the provisions of the said Volunteer Act of the Colony of Natal, as may specified in the General Orders of the General Officer Commanding Her Majesty's Forces within the Colony of Natal.

Walter Hely-Hutchinson, Governor.

Government House, Natal,
13th October, 1899.

Nr. 12216. GROSSBRITANNIEN. — Proklamation des Gouverneurs von Natal. Ausdehnung des Kriegsrechts.

Proclamation.

Nr. 12216. Grofsbritannien. 23. Okt. 1899.

By His Excellency the Honourable Sir Walter Francis Hely-Hutchinson, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Governor and Commander-in-Chief in and over the Colony of Natal, Vice-Admiral of the same, and Supreme Chief over the Native Population.

Whereas by my Proclamation, dated the 15th day of October, 1899, I made known that the Colony of Natal had been invaded by the armed forces of the South African Republic and the Orange Free State, and that there was reason to believe that divers persons within this Colony had joined the forces of the South African Republic and Orange Free Staate, or had aided them, or given information to them, and otherwise had adhered to Her Majesty's enemies, and had rebelled against Her Majesty and had sought to stir up rebellion and disaffection against Her Majesty, and that it was necessary to take prompt measures for the preservation of good order, and for the suppression of rebellion, and for the protection of Her Majesty's subjects in this Colony, and particularly in the Magisterial Divisions of Newcastle, Dundee, Klip River, Umsinga, and Upper Tugela, and did proclaim that the said Magisterial Divisions were placed, and should be under Martial Law till (such time as) the said Proclamation should be revoked: || And whereas by my further Proclamation, dated the said 15th day of October, 1899, I did exhort all persons whomsoever to observe their duty and loyalty towards Her Majesty the Queen and Her Government; and to abstain from all treasonable or seditious acts or words, and from disturbing in any manner the peace and good order of this Colony, or any part thereof, and warned all Her Majesty's subjects not to enlist or engage themselves in the military service of either of the said Republics in the prosecution of hostilities, and not to carry or any trade with or to supply any goods, wares, or merchandize to either of the said Republics or any subject thereof in the said Republics: || And whereas I have reason to believe that persons resident in other parts of the Colony, as well as persons resident in the said Magisterial Divisions, have failed to observe their duty and loyalty to Her Majesty the Queen, and have been guilty of treasonable and seditious acts and words, and have disturbed the peace and good order of the Colony, and supplied information to Her Majesty's enemies, and have otherwise aided and abetted them, and have endeavoured to intimidate certain of Her Majesty's subjects, and to restrain them from the performance of their duty to Her Majesty, and have carried on, or attempted to carry on, business or correspondence with the said Republics or the subjects thereof: || And whereas I have been advised and am of opinion that, for the preservation of good order and for the protection of Her Ma-

Nr. 12216. Grofs-britannien. 23. Okt. 1899.

jesty's interests and the interests of Her Majesty's loyal and faithful subjects in Natal, it is necessary that the whole Colony, including the Province of Zululand, should be placed under Martial Law: || Now, therefore, by virtue of the powers vested in me as Governor and Commander-in-Chief in and over the Colony of Natal, I do hereby proclaim and make known that the Colony of Natal, including the Province of Zululand, is placed and shall be under Martial Law from the date hereof until this Proclamation shall be revoked or amended. || Provided, however, that all cases and legal proceedings, civil, criminal, and mixed, pending at the date hereof in the Supreme Court, Native High Court, Magistrates' Courts, or the Courts of this Colony outside of the Magisterial Divisions of Newcastle, Dundee, Klip River, Umsinga, and Upper Tugela, may be proceeded with and prosecuted to sentence, judgment, and execution in ordinary course, unless the respective Courts shall otherwise order, and in the event of failure or inability of the said Courts to exercise jurisdiction, then the said proceedings shall be suspended till this Proclamation shall be revoked, withdrawn, or amended by me.

God Save the Queen.

Given under my hand and the Public Seal of the Colony, at Government House, Pietermaritzburg, Natal, this Twenty-third day of October, One Thousand Eight Hundred and Ninety-nine.

C. J. Smythe, Colonial Secretary.

Nr. 12217. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Proklamation des Staatssekretärs an die Freistaatburen.

Mitte Oktober 1899.

Nr. 12217. Südafrikan. Republik. Mitte Oktober 1899.

P. J. Blignaut, Esq., Government Secretary, Bloemfontein, Orange Free Strate, Honoured Friend, Free Staters, and Brother Afrikanders,—The catastrophe with which we have so long been threatened has at last overtaken us, and our country is to be bathed in blood. And why? Let the murderers, the peace and treaty-breakers, who are attacking us, answer the question. || With their usual unblushing effrontery they will now declare that not they, but we, are the aggressors. We the aggressors? Who is it that has answered all our attempts for a peaceful settlement with contempt and even threats? || Who is it that for months past has been mobilising troops on our border, from all parts of the world, to enforce their (friendly) advice? || Who is it that has for years past accused us of being oppressors and tyrants? || Who is it that, while hypocritically declaring that they did not wish to impair our independence, yet continually attempted to interfere in the internal affairs of our country? That also entrapped us, and even their own representative, in a mean and despicable manner in making certain proposals which they would be willing "to consider on their merits" even while they were ready as soon as these proposals (made undeniably at their own suggestion) were for-

mulated—to reject them as an insult to the British nation, put forward with the object of making mischief? || Who is it that, under the pretext of obtaining the redress of the supposed Uitlander grievances, have ranged themselves with the capitalists and rebels with the object of possessing themselves of Naboth's vineyard? || Who is it that have supported and aided that traitorous and rebellious organisation, so-called the "League," notwithstanding the warnings of their own Acting High Commissioner, Sir William Butler, an honourable, famous, and highly respected General, and of Mr. Schreiner, the Premier of the only South African Colony of any standing? || Who is it that openly accepted a false petition, filled with thousands of forged signatures and others obtained by fraud, without even attempting to prove any of those signatures? || Who is it that not only left the instigators of the shameful Jameson Raid practically unpunished, but even condoned the Raid and allowed the prime movers, with the aid of Her Majesty's High Commissioner and Her Majesty's Colonial Secretary, to insult, defraud, and libel the Afrikander nation in every possible way backed by all the influence which Mammon can subvert and control, to the undying disgrace of our times. Who are these people? || Is it Sir Alfred Milner, Her Majesty's High Commissioner in South Africa? || Is it Mr. Joseph Chamberlain, the Colonial Secretary? || Is it Lord Salisbury and the rest of the British Cabinet? || Is it Her Majesty the Queen of England? || Is it the British nation? || Alas! we had hoped to be able to answer the last two questions in the negative, but we cannot! || The British Cabinet—the British nation—the noble, peace-loving and aged Sovereign, honoured and respected by us all till now, they have all either condoned the injustice which is being done to us, or they have allowed themselves to be misled by a man like Chamberlain in a manner that a just God will not allow to pass unpunished. || If nations will be punished like individuals for condoning an offence, as well as for committing one, then this Prime Minister, this nation, this Sovereign, will not be able to defend themselves at the bar of the Great Judge for their unrighteous and unjust deeds. || The nation that has encouraged race hatred, their Prime Minister and their anointed Queen who have allowed such a disgrace, have made themselves equally guilty with the evil-doers, and if it should now happen in South Africa as was the case in North America a hundred years ago, that "Ichabod" become the password of the British Empire, on whom will the blame rest? || "If the blind lead the blind they will both fall into the pit," and who shall be able, who knows how soon, to declare of our enemies, that "whom God wishes to destroy He will first make insane." || The statemen of England, the warriors, the Press—ay, even the preachers—have so often declared to us and the whole world that the British Empire is a mighty Empire; but we know that whoever may be mighty, the Lord our God is Almighty. || Brothers Afrikanders! the great day is at hand. The God of our fathers will be with us in our struggles: the Lord, Whose arm has not been shortened so that He cannot help those who call to Him

Nr. 12217. Südafrikan. Republik. Mitte Oktober 1899

Nr. 12217. Südafrikan. Republik. Mitte Oktober 1899.

in their time of trouble. Let us lay aside our trust in princes, and raise our eyes in supplicaton to God, our Banner. By His help we will do great deeds. || Even as the mighty Spain, with her bloodthirsty Alva and Her invincible armies, had to swallow the bitterness of defeat, so, too, will God give our enemies into our hands. Who are we, that the mighthy England should send her thousands of mercenary troops against us? A young and weak nation, small in numbers and insignificant in military strength. || Tempted by the wealth of our mines, the enemy has cast about for an excuse to attack us. Let them deny that, if they are able. Who in South Africa will believe them? The cry is, "The Uitlanders in South Africa are oppressed, and they are debarred political rights." || Only after seven long years of waiting can they obtain the longed-for franchise, and not after five years—what an unheard-of injustice! || They are eager to forget that there are thousands of the so-called oppressed ones from whom it is possible on account of the retroactive force of the seven years'franchise law, to obtain the franchise at once—but decline to take it. || In England—that Free England, the newcomer must wait twelve years before he can vote for the House of Commons. || Of the House of Lords they will prefer to say nothing, because are not the members of that body rulers by birth? But in our Republic it must be five years or=WAR! || According to their Colonial Secretary, England has constituted herself champion of all the Uitlanders. And what do we find? || On the borders, side by side with our burghers, we find these same uitlanders in hundreds; Hollanders, Americans, Germans, Irishmen, Frenchmen, Belgians, Scandinavians,! and even Englishmen, ready to lay down their lives in order to rid themselves of these self-constituted champions. || Verily a fine champion of the oppressed is that nation which has ever since the birth of our nation been the oppressor of the Afrikander and the native alike. || From Slagter's Nek to Laing's Nek, from the Pretoria Convention to the Bloemfontein Conference—they have ever been the treaty-breakers and robbers. The Diamond Fields of Kimberley and the beautiful land of Natal were robbed from us, and now they want the Gold Fields of the Witwatersrand. || Where is Waterboer to-day? He who had to be defended against the Free State is to-day without an inch of ground. || Where lies Lobengula in his unknown grave to-day, and what filibusters and fortune hunters are possessors of his country? || Where are the Native Chiefs of Bechuanaland now, and who owns their land? || Read the history of South Afrika, and ask yourselves, "Has the British Government been a blessing or a curse to this sub-continent? || Brother Afrikanders! I repeat, the day is at hand on which great deeds are expected of us! WAR has broken out! What is it to be? A Wasted and Enslaved South Africa, or—a Free, United South Africa? || Come, let us stand shoulder to shoulder, and do our holy duty! The Lord of Hosts will be our Leader.

"Be of Good Cheer." F. W. Reitz.

Nr. 12218. GROSSBRITANNIEN. — Proklamation des Gouverneurs von Natal gegen eine Annexion des Oranje-Freistaats.

Proclamation.

Nr. 12218. Großbritannien. 3. Nov. 1899.

By His Excellency the Honourable Sir Walter Francis Hely-Hutchinson, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Governor and Commander-in-Chief in and over the Colony of Natal, Vice-Admiral of the same, and Supreme Chief over the Native Population.

Whereas it has been reported to me that a Proclamation has been made by or on behalf of the Government of the Orange Free State, purporting to declare as part of the Territory of that Republic the whole or a portion of the Upper Tugela Division of this Colony, which has been invaded by the forces of the said Government and the Government of the South African Republic: || And whereas it is necessary to warn all Her Majesty's subjects, especially those residing in the aforesaid Upper Tugela Division, and the other northern districts of the Colony, of the invalidity of the said Proclamation and of any similar Proclamation that may be issued by or on behalf of either the Government of the Orange Free State or the Government of the South African Republic: || Now, therefore, by virtue of the authority committed to me as Governor of this Colony, I do hereby proclaim and make known that any such Proclamation if made is null and void, and of no effect; and I do hereby further warn and admonish all Her Majesty's subjects, especially those residing in the aforesaid Upper Tugela Division, and the other northern districts of this Colony, that they do, in accordance with their duty and allegiance, disregard such Proclamation as being of no force and effect whatsoever, observe their obligations to Her Majesty, Her Crown, and Government, and that they do in no way voluntarily accept or recognise the Governments of the Orange Free State or South African Republic in any part of this Colony which may have been proclaimed part of the territory of either of the said Republics, and I do further warn them that any person failing, in contravention of the law, to obey the terms of this Proclamation, will render himself liable to be prosecuted for the crime of high treason.

God Save the Queen!

Given under my hand and the Public Seal of the Colony, at Government House, Pietermaritzburg, Natal, this Third day of November, One Thousand Eight Hundred and Ninety-nine.

Charles J. Smythe,
Colonial Secretary.

Nr. 12219. ORANJE-FREISTAAT. — Proklamation über die Verwaltung der occupierten Gebiete.

Proclamation.

Nr. 12219. Oranje-Freistaat. 14. Nov. 1899.

By the Head Commandant, Chief in Command of the Southern Division of the Free State Burgher Force, on the border of the Cape Colony.

I, Esais Reinier Grobler, Head Commandant of the Southern Division of the Burgher Forces of the Free State and the Force from the Transvaal joined thereto, having noted the Proclamation of His Honour the State President of Orange Free State, dated at Bloemfontein, the 14th October, 1899, whereby the Chief Commanders of the several divisions of the Burgher Forces of the Orange Free State are empowered to take steps in regard to the measures to be taken against communities, towns, or persons acting in conflict with the usages of the war which has been forced upon the people of the South African Republic and the Orange Free State by the Government of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland: || Seeing that the success of the arms of the United Republics has led to the taking possession of a portion of the Colony of the Cape of Good Hope, and that it appears necessary to take measures against the communities, towns, and persons in the said portion of the country taken by the burghers and troops of the South African Republic and Orange Free State, that act in conflict with the usages of warfare, and also to take measures in reference to the needs and for the support of the burghers and troops of the South African Republic and Orange Free State at present there stationed: || Have appointed and do hereby establish, by virtue of the power in me vested by the former detailed Proclamation, and do hereby generally make known the following rules and regulations:

1. In the territory, with its inhabitants, extending over the country at present occupied by the officers, burghers, and troops of the Orange Free State, or which may hereafter be occupied by them, the Martial Law of the Free State, as embodied in Law No. 10 of 1899, is hereby declared to be applicable to every deed which may tend to endanger the safety of the burghers and men, injure them, or assist the enemy. || 2. The Martial Law before mentioned is regarded as in force throughout the whole extent of a ward, district, or other division, or area of administration as soon as this Proclamation has been made known by placarding or by announcement in one of the communities thereof. || 3. All persons who do not constitute a portion of the British Army, and who || (A) Serve the enemy as spies; || (B) Cause the burghers and men of the South African Republic and Orange Free State to lose their way when acting as their guides; || (C) Kill, murder, or rob persons belonging to the men of the two Republics or form a part of their following and train; || (D) Destroy bridges or damage telegraph lines, heliographic apparatus, or railways, or in any way cause damage to parts or

portions of the same, whereby the Republics may be hindered, or her people or property damaged, or even they who in any way endeavour to repair or improve the damage done to property or apparatus, or who set fire to the ammunition, war supplies, quarters, or camps of the Republican Forces, or in any way damage them; || (E) Take up arms against the Forces of the said Republics — || Shall, at the discretion of the Council of War, be punished with death or imprisonment not exceeding fifteen years. || 4. The person entrusted with the prosecution or accusation will have to see that a Council of War is established for the purpose of going into the merits of each case, and the pronouncing of sentence. || 5. No verdict involving capital punishment shall be carried out before it has been confirmed by the President of the Free State. || 6. All Head Commandants or Commanding Officers of separate or independently acting troops, commandos, or divisions, have the right to requisition what is necessary for the support of the burghers and men. Requisitions for other necessaries which are considered essential for the well-being of the Army can only be ordered by the Head Commandant or the officer acting as such. || In any case, nothing will be demanded from the inhabitants except what is necessary for the support of the men, and everything will, if not paid for in cash, have an official receipt given for it.|| 7. And I hereby further officially notify that life and property will be secured to all who place themselves under the protection of the Government of the Orange Free State or of the South African Republic and their lawfully appointed officers and officials, whose laws and orders they will obey and carry out. || 8. No one who does not take up an inimical attitude towards the Governments of the Orange Free State or South African Republic, or their officers, officials, laws, or orders will experience any harm. || 9. Those who refuse to subject themselves are hereby granted permission to leave, within the period of fourteen days, the territory conquered by the Forces. || 10. All persons who have been driven from their farms or homes, or have fled, and who are now willing to subject themselves to the conditions of this Proclamation, may return to their homes.

Nr. 12219. Oranje-Freistaat. 14.Nov.1899.

Given and ordered by me at Colesberg, Cape Colony, this 14th day of November, 1899.

E. R. Grobler,
Head Commandant of the Southern Army
Division of the Orange Free State
Burgher Force.

Nr. 12220. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Proklamation Jouberts.

10. November 1899.

I, P. J. J. Joubert, Commandant-General, Commander-in-Chief of the Burger forces and commandos of the South African Republic, having noted the Proclamation of His Honour the President, dated Pretoria, 11th October

Nr. 12220. Südafrikan. Republik. 10.Nov.1899.

Nr. 12220. Südafrikan. Republik. 10. Nov. 1899.

1890, declaring martial law, and by which power was granted to me in capacity as Commander-in-Chief of the South African Republican forces, to take such measures as may be deemed necessary during the continuance of the war which has been forced upon the South African Republic by Her Majesty's Government:

Observing that the success of our united arms has led to the taking possession of a portion of the Colony of Natal and a portion of Bechuanaland, and whereas it is deemed expedient to take measures against those communities and persons in the said territories now in possession of the burghers and forces of the South African Republic, who act contrary to the usages of war; and moreover to take steps relative to the requisitions which are deemed necessary for the provisioning and maintenance of the burghers and troops now in the said territories: || Now, therefore, by virtue of the powers conferred upon me by the said recited law and proclamation, I have enacted, and I do hereby enact, and notify for general information, the following provisions and stipulations: —

1. Those districts, with their inhabitants extending over the territory occupied by the officers, burgers and troops, of the South African Republic and the Orange Free State, to wit, in the Colony of Natal, the districts or towns of Charlestown, Newcastle, Dundee, and portion of Ladysmith, known as Klip River Division; and in Bechuanaland, the territory bounded on the north by the Gaberones, and on the south by Fourteen streams, and such further territory as may subsequently be taken possession of, are hereby placed under martial law, No. 20, 1898, which law shall be made to apply to every act which may tend to impair the safety of the burgers and men, injuring their position, or supplying information to the enemy. || 2. The said martial law shall be deemed to be in force over the entire extent of any ward, district, or other administrative division so soon as the same has been posted up or public advertised in one of the districts forming part thereof. || 3. All persons who do not form part of the British Army and who. || (*a*) Serve the enemy as spies. || (*b*) Mislead the burgers when acting as guides. || (*c*) Kill, wound, or plunder any of the burgers or their followers. || (*d*) Destroy bridges, telegraph wires, &c., &c., or endeavour to restore or rectify any damage done to property or institutions, burn or damage ammunition, military stores or quarters of the forces of the said Republics. || (*e*) Take up arms against the forces of the said Republics

will incur the penalty of death or imprisonment not exceeding 15 years, according to the discretion of the Court Martial. || No sentence of death shall be carried into effect unless and until the same shall have been confirmed by the Commandant-General or Assistant General. || 4. All Commandants-General, Assistant Generals or Commanding Officers of separate forces and divisions shall be entitled to order the requisitioning of supplies for the maintenance of the burgers. || No more supplies shall be demanded from the inha-

bitants than necessary for the maintenance of the burgers, such supplies shall be paid for in cash or official receipts granted. || I hereby further declare that safety is guaranteed of life and property to all those who place themselves under the protection of the South African Republic and obey the laws and orders of the lawfully appointed officials. || Permission is hereby granted to such persons as are unwilling to so subject themselves, to quit the territory now occupied by the military forces within 8 days. All persons driven away from or having evacuated their farms may, upon compliance with the provisions of this Proclamation return to their farms.

Nr. 12220. Südafrikan. Republik. 10. Nov. 1899.

Given and orderod by me, P. J. Joubert, in the main laager at Ladysmith, this 10th day of November, 1899.

Nr. 12221. GROSSBRITANNIEN. — Proklamation der Königin an die britischen Unterthanen. Verbot die Burenrepubliken zu unterstützen.

Victoria, R. || Whereas a state of war exists between Us and the South African Republic and also between Us and the Orange Free State: || And whereas it is therefore expedient and necessary to warn all Our subjects of their duties and obligations towards Us, Our Crown, and Government: || Now, therefore, we do hereby warn all Our subjects not to enlist or engage themselves in the military service of the Government of either of the said Republics, or in any way to aid, abet, or assist either of the said Republics in the prosecution of hostilities, and not to carry on any trade with, or supply any goods, wares, or merchandize to either of the said Republics, or to any person resident therein, or to supply any goods, wares, or merchandize to any person for transmission to either of the said Republics, or to any person resident therein, and not to carry any goods, wares, or merchandise destined for either of the said Republics, or for any person resident therein. || And We do hereby further warn all persons that whoever, in contravention of the law, shall commit any of the aforesaid acts will be liable to such penalty as the law provides.

Nr. 12221. Grofsbritannien. 27. Dez. 1899.

Given at Our Court at Windsor, this 27th day of December, in the year of our Lord, 1899, and in the sixty-third year of Our reign.

God save the Queen.

Berichte der deutschen Gesandtschaft in Peking über den Boxeraufstand und die Ermordung des deutschen Gesandten.

Nr. 12222. DEUTSCHES REICH. — Der Gesandte in Peking an den Reichskanzler. Unruhen in China; Verhandlungen der Gesandtschaften mit der chinesischen Regierung; Berufung europäischer Schutztruppen.

Peking, den 31. Mai 1900.

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900

Nachdem die Anhänger der fremden- und christenfeindlichen Gesellschaft der Boxer in der Nähe der Provinzialhauptstadt Paotingfu und in der Umgegend von Peking Missionsanstalten, Kapellen und Wohnstätten der Christen der französischen Mission zerstört, in einem Dorfe 70 Christen massakriert, und endlich einen gegen dieselben ausgesandten chinesischen Oberst getödtet und dessen Truppe zersprengt hatten, wandten sie sich am 27. d. M. gegen die Eisenbahnlinien und deren Angestellte, mithin offenkundig gegen die Fremden und ihre Unternehmungen innerhalb Chinas. ‖ In der Nacht vor dem 28. Mai wurde die Eisenbahnlinie Peking—Hankau in ihrer Anfangsstrecke zwischen hier und Paotingfu von den Aufrührern zerstört, die fremden Wohnhäuser umzingelt, und die sich aufserhalb derselben befindlichen Angestellten mit Steinen beworfen, wobei ein französischer Ingenieur am Kopfe schwer verletzt wurde. Nachdem sodann folgenden Tages die in den Häusern belagerten Frauen und Kinder der französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten durch eine Anzahl bewaffneter Europäer befreit und nach hier in Sicherheit gebracht worden waren, tauchten zum ersten Male die von der hiesigen Regierung angeblich zum Schutze entsandten chinesischen Soldaten auf, plünderten die Häuser, und steckten sie, während die Fliehenden noch in Sicht waren, in Brand. Am Nachmittage des 28. Mai wurde auch die Tientsin—Peking-Bahn auf deren vorletzten Station Fen-tai, etwa 30 km von hier, zerstört, das Stationsgebäude, Lokomotiv- und Wagenschuppen in Brand gesteckt, und die Angestellten vertrieben. Auch die elektrische Bahn, welche die Firma Siemens & Halske vor Jahresfrist der chinesischen Eisenbahnverwaltung zum Betriebe vom Bahnhofe bis zum Stadtthor übergeben hatte, wurde bei ihrer Kraftstation von dem Pöbel derart bedroht, dafs der leitende Ingenieur, ein Deutscher, sich hierher

flüchten mufste. Trotz der fortgesetzten eindringlichen Mahnungen und ernstlichen Verwarnung des diplomatischen Korps liefs die hiesige Regierung weder den Willen noch den Versuch erkennen, diesen fremdenfeindlichen Ausschreitungen Einhalt zu thun. Den einschlägigen Notenwechsel des Doyens des diplomatischen Korps mit den Ministern des Tsungli Yamen beehre ich mich in Abschrift gehorsamst vorzulegen (s. Anlage 1). In einer Konferenz der fremden Vertreter wurde daher am 28. Abends der Entschlufs gefafst, die Entsendung von Schutzdetachements für die Gesandtschaftsgebäude, die Mitglieder der fremden Vertretungen und die hier ansässigen Staatsangehörigen, deren Zahl sich über die Stadt zerstreut, auf etwa 500 belaufen dürfte, herbeizuführen. Die gleiche, bereits im Jahre 1898 bei ähnlichen Ruhestörungen ergriffene Mafsregel hatte die hiesige Regierung zu dem Bewufstsein ihrer Verantwortlichkeit für den Schutz der hier lebenden Fremden gebracht, und liefs sich das nämliche Resultat auch in diesem Falle immerhin erhoffen. Demgemäfs verpflichteten sich die Vertreter Englands, Frankreichs, Rufslands, Japans, Italiens und Österreich-Ungarn, wie der Vereinigten Staaten, Schutzdetachements von 50 Mann oder mehr, bis zu 100 Marinesoldaten oder Matrosen ein jedes, hierher beordern zu wollen, und auch ich erklärte mich bereit, die entsprechenden Anträge zu stellen.

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900.

Da eine Unterbrechung der Telegraphenlinien zu befürchten war, so beeilte ich mich, am selben Abend Euerer Durchlaucht über die hiesige Lage und den Entschlufs der fremden Vertreter zu berichten, und die Entsendung eines Detachements von 50 Soldaten des Kaiserlichen III. See-Bataillons aus Tsingtau zu erbitten, indem ich gleichzeitig dem Herrn Chef des Kreuzergeschwaders und dem Kaiserlichen Herrn Gouverneur des Kiautschou-Gebiets von diesen meinem Antrage Kenntnis ertheilte und dieselben ersuchte, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Hier in der Gesandtschaft wurde gleichzeitig alles für die Unterbringung des Detachements in denselben Räumen und in gleicher Weise wie im Jahre 1898/99 eingerichtet, wozu noch ein Teil der vorjährigen Bestände vorhanden war. || Da das Erscheinen einer gröfseren Anzahl fremder Kriegsschiffe auf der Rhede von Taku zu erwarten stand, machte ich Seiner Excellenz dem Vize-Admiral Bendemann hiervon mit dem Anheimgeben Mitteilung, falls thunlich, eines S. M. Schiffe behufs Überführung des Detachements in Tsingtau bereit halten und noch ein oder zwei andere Schiffe in Taku bis zur erfolgten Ausschiffung des Detachements ankern lassen zu wollen. Ich hoffte durch die Anwesenheit unserer Kriegsschiffe vor oder in dem Ausschiffungshafen irgend welchem Einspruch oder etwaigen Schwierigkeiten zu begegnen, welche von chinesischer Seite der Landung eines deutschen Detachements entgegengestellt werden sollten. || Den Kaiserlichen stellvertretenden Konsul in Tientsin wies ich an, für Landung und Hierherbeförderung des Detachements die nötigen Vorkehrungen zu treffen, und sandte am 30. d. M. den zweiten Legations-Sekretär der Kaiserlichen Gesandtschaft Dr. von Bergen, nach Tientsin, um ihn hierbei zu unterstützen und das ge-

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900.

landete Detachement von Tientsin nach Peking zu geleiten. || Der Kaiserliche Herr Gouverneur des Kiautschou-Gebiets hatte mich inzwischen benachrichtigt, dafs ein Detachement bereit und des Befehls zur Abreise gewärtig stehe. Der Herr Geschwaderchef hat sodann S. M. Schiff „Kaiserin Augusta" zur Aufnahme des Detachements bestimmt und demselben ebenso wie S. M. Kreuzer „Iltis" Segelordre für Taku erteilt. || Euerer Durchlaucht darf ich für die hochgeneigtest übermittelte Genehmigung zur Ausschiffung und unverzüglichen Weiterbeförderung des Detachements nach Peking meinen ehrerbietigsten Dank abstatten.

Nach hier eingetroffenen Mitteilungen sollten, sobald die Transportverhältnisse von Tientsin dies gestatteten, die nachfolgenden Detachements anderer Mächte per Eisenbahn hier eintreffen:

Amerikaner 50 Mann,
Franzosen 75 Mann,
Russen 100 Mann,
Engländer 100 Mann,
Japaner 25 Mann,
Italiener 40 Mann.

Das österreichische Detachement ist erst gestern an Bord eines Kriegsfahrzeuges von Nagasaki in See gegangen. || Die Konsuln der Vertragsmächte in Tientsin sind mit der dortigen Eisenbahn-Verwaltung und dem General-Gouverneur der Provinz Chili wegen Beförderung des Detachements ins Benehmen getreten, worauf der Letztere vorgab, hierzu keinerlei Weisungen seiner Regierung zu haben, und die Mafsregel überhaupt als überflüssig bezeichnete. Dieser Widerstand der hiesigen Regierung und des Vize-Königs in Tientsin mufste sodann hier durch schriftliche und mündliche Vorstellungen des diplomatischen Korps beim Tsungli Yamen gebrochen werden, welches denn auch schliefslich in der Heraufbeförderung der Detachements in der im Jahre 1898 erreichten Kopfzahl, d. h. etwa je 30 bis 50 Mann, willigte. Es bleibt abzuwarten, ob die Engländer, Franzosen und Russen darnach die Stärke ihrer Detachements herabmindern werden.

Wenn ich mir zum Schlufs einen Überblick über die augenblickliche Lage in China und speziell im Norden gestatte, so möchte ich vorausschicken, dafs ich der Bewegung der aufrührerischen Sekten, gleichviel unter welchem Namen, eine staatsumwälzende Kraft nicht beizumessen vermag. Ihre Zahl ist nicht grofs genug, ihre Organisation bisher zu schlecht, und die ihnen zu Gebote stehenden Waffen zu primitiv, um sie an sich gefährlich erscheinen zu lassen. Dagegen ist die Wirkung, welche ihr ungestraftes Vorgehen gegen Christen, Fremde und deren Einrichtungen, auf die weiteren Volksschichten ausübt, keineswegs zu unterschätzen. Die Kaiserin-Wittwe hat sich mit der ihr ergebenen und um die Person des jungen Thronfolgers gruppierten Partei dem Treiben der Boxer gegenüber unverkennbar nachsichtig gezeigt, und ihre Ausbreitung entweder aus Nachlässigkeit oder geflissentlich gefördert. || Die

letzten beiden bereits unter dem Druck der Ereignisse erlassenen Kaiserlichen Edikte, von denen ich Übersetzung gehorsamst vorlege (s. Anlage 2), sind so knieschwach und zweideutig, dafs ihre Veröffentlichung schädlich wirken mufste, indem die Kaiserliche Behauptung, dafs es unter den Boxern gute und schlechte Leute gebe, von allen Anhängern naturgemäfs im ersteren Sinne auf ihre Person angewandt wird. || China ist jedoch stets ein aufnahmefähiger Boden für die Saat der fremdenaustreibenden Politik gewesen, und das unbekümmerte und unbestrafte Vorgehen der Boxer gegen die mit dem Auslande identifizierten Eisenbahnunternehmen wird die Propaganda der That erstarken lassen. Die momentane Gefahr liegt in der Zusammenziehung gröfserer chinesischer Truppenmassen in der Hauptstadt und in unmittelbarer Nähe derselben. Hiermit hat die chinesische Regierung und vornehmlich die hinter dem Thron stehenden Berater, allen voran der fremdenfeindliche Generallissimus der chinesischen Armee, Jung-lu, in den letzten Monaten zweifellos ein gefährliches, wenn nicht zweideutiges Spiel getrieben. || General Tung-fu-hsiang, der Kommandierende der Kansu-Truppen, dessen unbezahlte Söldlinge im Jahre 1898 die Ausschreitungen gegen Fremde verursachten, wegen welcher damals die fremden Schutzdetachements nach Peking beordert wurden, hatte in diesen Tagen, und zwar erst am 27. Mai, eine Audienz bei der Kaiserin-Wittwe, welche die Peking-Zeitung verzeichnet, und nachher, wie ich von glaubwürdiger Seite erfahre, mehrere längere Konferenzen mit dem Vertrauensmann und Neffen der Kaiserin-Wittwe, dem mit ihm an Fremdenhafs wetteifernden Grofssekretär Jung-lu. || Für die Sache selbst und deren etwaige Folgen ist es jedoch gleichgültig, ob der ganzen Bewegung gegen die Fremden ein genau durchdachter, von höchster Stelle genehmigter oder nur geduldeter Anschlag zu Grunde liegt, oder ob dieselbe einen spontanen Charakter trägt. || Die Boxer rechnen bekanntlich mit dem leicht anzufachenden Aberglauben der unteren Volksklassen, und von diesem ist die Soldateska ebenso wenig frei wie das Landvolk und die Dorf- und Stadtbewohner. Die kleinen Kampferfolge der Boxer gegenüber den sogenannten chinesischen Elitetruppen haben das Ansehen der ersteren in den Augen des Volkes wesentlich gehoben, während die Thatsache, dafs etwa 1000 Mann Soldaten regungslos zuschauten, wie die Boxer Eisenbahngebäude verbrannten und den Bahnkörper zerstörten, einen eklatanten Beweis für die Achtung, welcher sich die Aufständischen bei dem Militär erfreuen, liefert. || Sobald es aber den Soldaten, sei es durch ihre Vorgesetzten, oder durch Einflüsterungen von auswärts, klar gemacht wird, dafs die Regierung und speziell das Kaiserhaus die fremdenfeindlichen Unthaten der Boxer begünstigen, so werden die sämtlichen in und um Peking und Tientsin lagernden Truppen zu den Boxern übergehen und mit ihnen gemeinsame Sache machen, wenn sie nicht — was noch schlimmer sein würde — auf eigene Faust vorgehen. || Nachdem ich bis zu meinem Eintritt in den auswärtigen Dienst selbst Berufssoldat gewesen war, habe ich mich naturgemäfs in den langen Jahren meines Hierseins mit chinesischem Lagerleben und dem Soldaten-

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900.

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900.

stand in seiner Gesamtheit, wie seinen einzelnen Persönlichkeiten bekannt gemacht, und glaube daher in der Beurteilung desselben nicht fehlzugehen.

von Ketteler.

Anlage I

zum Berichte der Kaiserlichen Gesandtschaft zu Peking vom 31./5. 1900.

Übersetzung einer Note des Tsungli Yamen an den Doyen.

Le 26 de la 4ᵉ lune de la 26ᵉ année Kouang-Siu (24 mai 1900).

Le 23 de la 4ᵉ lune de la 26ᵉ année Kouang-Siu (21 mai 1900) nous avons reçu la dépêche par laquelle V. E. nous communiquait le texte détaillé d'une résolution prise, le 22 (20 mai), au sujet de la question des „Boxeurs", dans une réunion des Représentants des Puissances accrédités à Pékin. Vous ajoutiez que le Corps Diplomatique attendait dans le plus bref délai une réponse satisfaisante. || Notre Yamen a pris connaissance de cette communication dans tous ses détails et s'est convaincu de l'importance qu'attachent à cette question les Ministres Etrangers établis à Pékin. Je constate qu'en cette affaire, dès avant l'arrivée de votre dépêche, il avait, le 19 de la présente lune (17 mai) reçu un décret ordonnant au Yamen du Gouverneur militaire, à la Préfecture de Pékin et aux Censeurs des cinq villes d'élaborer pour le mieux un règlement destiné à assurer une stricte répression. Le système maintenant adopté concorde d'ailleurs dans ses grandes lignes avec les idées exprimées dans la dépêche que nous avons reçue de V. E. || Notre Yamen demande de nouveau qu'un décret ordonne au Vice-Roi du Tcheli ainsi qu'aux divers Yamens chargés de l'administration de la Capitale de prendre immédiatement des mesures efficaces, sans qu'il soit permis de se couvrir par de vaines paroles. || Nous pensons que la Société des „Boxeurs" se trouvera ainsi dissoute sans retard et qu'elle n'en arrivera pas à causer de nouveaux désordres. || Il convenait que nous adressions cette réponse officielle à V. E. pour son information, en la priant de vouloir bien la communiquer aux Représentants des Puissances accréditées à Pékin.

Le Prince et les Ministres du Tsongli Yamen.

A Son Excellence Monsieur Cologan, Ministre d'Espagne, Doyen du Corps Diplomatique à Pékin.

Note des Doyen an das Tsungli Yamen.

Pékin, le 26 mai 1900.

J'ai l'honneur d'adresser à V. A. et à V. V. E. E. le texte de la résolution prise aujourd'hui par les Représentants Etrangers: || Le Corps Diplomatique constate que la dépêche du Tsongli Yamen en date du 24 de ce mois ne répond pas à la question posée par les Représentants des Puissances Etrangères dans leur dépêche du 21 de ce mois. || Le Tsongli Yamen déclare que les procédés adoptés par le Gouvernement Impérial pour la répression des „Boxeurs" concordent dans leurs grandes lignes avec les idées exprimées par les Ministres

accrédités à Pékin. || Il ne dit pas s'il a accepté toutes ces mesures. || Le Tsongli Yamen ajoute qu'il a demandé qu'un nouveau décret ordonne au Vice-Roi du Tcheli ainsi qu'aux divers Yamens chargés de l'administration de la Capitale de prendre immédiatement des mesures efficaces, sans qu'il soit permis de se couvrir par de vaines paroles. || Cet édit n'est encore ni publié ni communiqué aux ministres étrangers. || Le Corps Diplomatique demande que les mesures qui auraient été prises conformément à sa dépêche du 21 lui soient immédiatement communiquées ainsi que l'édit précité.

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900.

Veuillez etc.

sign. B. J. Cologan.

S. A. J. le Prince et L. E. les Ministres du Tsongli Yamen.

Antwortnote des Tsungli Yamen vom 27. Mai 1900 auf die Note des Doyen vom 26. Mai 1900.

Le 28 de la 4ᵉ lune de la 26ᵉ année Kouang-Siu (26 mai 1900), nous avons reçu de V. E. la dépêche suivante:

En ce qui concerne la question des „Boxeurs" précédemment à la date du 19 de la 4ᵉ lune (17 mai) avait été reçu le décret Impérial suivant: || „Nous venons d'apprendre qu'à l'intérieur de la Capitale et au dehors des individus malfaisants se couvrent du nom de „Société des „Boxeurs" pour afficher partout des placards et jeter, par des rumeurs, le trouble dans le coeur de la population. Nous craignons profondément qu'il n'en résulte peu à peu des désordres. Quant aux mesures qu'il importe de prendre pour assurer l'ordre et la répression, nous ordonnons au Yamen du Gouverneur militaire, à la Préfecture de Pékin et aux Censeurs des cinq villes de s'entendre au mieux pour élaborer de concert un règlement et de le mettre immédiatement en pratique. En outre on Nous adressera tout d'abord un report en réponse sur les procédés que l'on compte adopter, Nous ordonnons aussi à Ju hou d'exercer de méme une répression rigoureuse." Reçu respectueusement.

Le 23 (21 mai) au reçu de la dépêche de V. E. nous communiquant les résolutions du Corps Diplomatique, notre Yamen adressa de nouveau un rapport au Trône, Le 26 (24 mai) était rendu le Décret Impérial suivant: || „Précédemment en raison des placards que publiaient les „Boxeurs" pour jeter par des rumeurs le trouble dans l'esprit du peuple, nous avons, à plusieurs reprises, donné l'ordre aux Yamens intéressés de s'entendre pour le mieux sur l'élaboration d'un règlement et de passer da suite à l'application. || Aujourd'hui, il résulte d'un rapport du Tsongli Yamen que la Société des „Boxeurs" répand partout des rumeurs, cherche à susciter des désordres et excite le peuple. Le coeur des hommes est flottant et mobile: il est aisé de soulever des troubles. || Il est de toute nécessité d'aviser d'une façon effective au règlement de cette situation. Nous ordonnons au Yamen du Gouverneur militaire, à la Préfecture de Pékin, aux Censeurs des cinq villes et au Vice-Roi du Tscheli de se reporter

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900.

aux textes précédents, de délibérer d'un commun accord et au mieux et de Nous adresser un rapport en réponse." || Reçu respectueusement.

Le 27 (25 mai) le Vice-Roi du Tscheli adressa un rapport sur la question des „Boxeurs." || De nouveau fut reçu le Décret Imperial suivant: || „La recherche et l'arrestation des principaux meneurs, la dispersion des adeptes, sont autant de procédés efficaces. Il faut que le Vice-Roi donne des ordres rigoureux pour l'envoi d'officiers civils et militaires qui selon les cas useront de vigueur ou d'indulgence." || Reçu respectueusement.

A la vérité c'est que le Gouvernement chinois s'est rendu compte de l'extrême gravité de la question. Déjà il a avisé d'une façon efficace aux moyens de la régler. || Maintenant notre Yamen adresse en annexes, les règlements adoptés, conformément aux Décrets Impériaux, par le Yamen du Gouverneur militaire et les Censeurs des cinq villes, ainsi que la proclamation, rhythmée par groupes de caractères, publiée par les Censeurs des Cinq villes. Nous vous prions de soumettre ces pièces à l'examen des Ministres Etrangers accrédités à Pékin. Cela leur permettra de reconnaître que les demandes formulées par eux dans la dépêche du 23 (21 mai) se trouvent toutes comprises dans les mesures prises, et qu'il y a étroite concordance (comme entre les livres) avec la pensée exprimée par les Représentants des Puissances à Pékin. || Nous les prions de se tranquilliser et si, à l'avenir il subsistait quelque désidératum qui n'ait pas encore reçu complète satisfaction, ils devront encore, suivant les événements, nous en informer.

Les annexes:

Une proclamation.

Deux copies.

Le 29 de la 4e lune de la 26e année Kouang-Siu (27 mai 1900).

Le Prince et les Ministres du Tsongli Yamen.

A Son Excellence Monsieur Cologan, Ministre d'Espagne. Doyen Du Corps Diplomatique à Pékin.

Anlage 2

zum Bericht der Kaiserlichen Gesandtschaft zu Peking vom 31. Mai 1900.

Übersetzung.

Aus der Peking-Zeitung vom 29. Mai 1900.

Kaiserliches Edikt.

In letzter Zeit hat sich die ländliche Bevölkerung in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt im militärischen Boxen geübt. Dabei sind gute und schlechte Elemente zusammengekommen, sodafs irgend welche Ausschreitungen ernstlich zu befürchten waren. Infolgedessen sind die Behörden aufserhalb Pekings schon mehrmals durch Edikte angewiesen worden, dieses Treiben energisch zu unterdrücken. Wie Wir vor kurzem erfuhren, haben sich die Boxer zusammengerottet und sind vagabondierende „Bravos" und Anhänger von Geheimbünden

zu ihnen gestofsen, die jede Gelegenheit benutzten, um Aufruhr zu stiften. Sie haben sogar einen Offizier erschlagen und Telegraphenstangen und Bahnstrecken verbrannt und zerstört. Durch diesen höchst bedauerlichen Mangel an Furcht vor den Gesetzen treten sie mit Rebellen auf gleiche Stufe. || Die abgesandten militärischen Höchstkommandierenden und die lokalen Zivil- und Militärbeamten erhalten hiermit Befehl, die Rädelsführer sofort zu verhaften und Diejenigen welche sich ihnen gezwungen angeschlossen haben, zu zerstreuen. Sollten die Aufständischen etwa wagen, ihnen im Kampfe Widerstand zu leisten, so mögen sie dieselben, so wie sich Gelegenheit bietet, zum abschreckenden Beispiel vernichten. || Es herrscht augenblicklich grofse Aufregung und entstehen bei jedem Anlafs allerhand Gerüchte. Alle Missionsanstalten und von chinesischen Christen bewohnten Gegenden sind deshalb mit allen Mitteln zu beschützen, damit Ruhe und Frieden erhalten bleiben und jedes Unglück abgewehrt wird.

Nr. 12222. Deutsches Reich. 31. Mai 1900.

Für die Übersetzung
gez. Forke.

Übersetzung.

Aus der geschriebenen Peking-Zeitung vom 30. Mai 1900.

Kaiserliches Edikt.

Wir haben bereits gestern in einer Verordnung befohlen, wie mit den aufrührerischen Boxern je nach ihrer Schuld verfahren werden soll. Da sich unter dem ungebildeten Landvolk gute und schlechte Elemente finden, so kann nur in der Weise dagegen eingeschritten werden, dafs die Hauptschuldigen verhaftet und diejenigen, welche gegen ihren Willen sich ihnen angeschlossen haben, zerstreut werden. || In der Provinz Chili und in der Nähe der Hauptstadt gährt es jetzt, wohin man kommt. Nur durch sofortige Mafsregeln kann dem gesetzwidrigen Treiben ein Riegel vorgeschoben und das Übel bei der Wurzel ausgerottet werden. || Der Gouverneur von Peking, der Stadtpräfekt, die Vorsteher der 5 städtischen Kreise und der General-Gouverneur von Chili erhalten hiermit Befehl, die ihnen unterstehenden Lokalbeamten und Truppen-Kommandanten strengstens anzuweisen, dafs sie diejenigen von den Boxern, welche wirklich die Gegend beunruhigt und mit Freuden an dem Aufruhr teilgenommen haben, mit allen Mitteln dingfest machen und aufs Strengste bestrafen. Niemand darf dabei die Verantwortung auf den Anderen schieben. Sollte noch weiter Obstruktion getrieben werden, so werden ganz bestimmt nun Chung-li und die übrigen Beamten ohne Gnade zur Verantwortung gezogen werden. || Diejenigen Boxer, von denen erwiesen ist, dafs sie zwar mit in dasselbe Horn geblasen, im übrigen aber keinen Anteil an dem Aufruhr genommen haben, sind ebenfalls eindringlich zu verwarnen und sofort zu zersprengen. Es darf ihnen keine weitere Gelegenheit zu Ausschreitungen gegeben werden.

Für die Übersetzung.
gez. Forke.

Nr. 12223. DEUTSCHES REICH. — Der Gesandte in Peking an den Reichskanzler. Ankunft von Schutztruppen.

Peking. den 1. Juni 1900.

Nr. 12223. Deutsches Reich. 1. Juni 1900

Die von der hiesigen englischen, amerikanischen, japanischen, russischen, französischen und italienischen Gesandtschaft requirierten Schutzdetachements trafen per Extrazug von Tientsin kommend, gestern Abend um 7 Uhr auf dem Bahnhof bei Peking ein und hielten mithin nach Eintritt der Dunkelheit ihren Einzug in die Stadt. Sie marschierten einzeln und kurz hintereinander folgend, wobei wegen Mitnahme gröfserer Bagage das englische und italienische Detachement als die letzten gegen $^1/_2$9 Uhr in den betreffenden Gesandtschaften ankamen. Auf dem ganzen fast $1^1/_2$ Stunde dauernden Marsch durch die Hauptstrafsen der Stadt ereignete sich kein störender Zwischenfall, die Bevölkerung verhielt sich teilnamlos, und blieb aufser einigen wenigen Zuschauern in ihren Häusern, während wohl der gröfste Teil derselben mit Rücksicht auf die späte Stunde die Ankunft der Detachements nicht mehr erwartete, oder von derselben überhaupt keine Kenntnifs hatte. || Die Stärke der gestern in Peking angelangten Schutzdetachements beziffert sich, wie folgt: || Englisches Detachement 3 Offiziere, 75 Mann Marine-Infanterie, 1 Revolverkanone. || Russisches Detachement 2 Offiziere, 75 Mann Matrosen. || Französisches Detachement 2 Offiziere, 75 Mann Matrosen. || Italienisches Detachement 2 Offiziere, 40 Mann Matrosen, 1 Revolverkanone. || Amerikanisches Detachement 1 Offizier, 40 Marinesoldaten. || Japanisches Detachement 1 Offizier, 22 Matrosen. || Von dem englischen, russischen, französischen und amerikanischen Detachement sind heute kleinere Abteilungen in die verschiedenen in der Hauptstadt zerstreut liegenden Missionsanstalten abgegeben worden.

von Ketteler.

Nr. 12224. DEUTSCHES REICH. — Derselbe an Denselben. Ankunft deutscher und österreichischer Schutztruppen.

Peking, den 4. Juni 1900.

Nr. 12224. Deutsches Reich. 4. Juni 1900.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich im Anschlufs an meinen Bericht vom 1. d. M., Nr. A. 106, die nachstehenden auf die Ankunft des deutschen Detachements in Peking bezüglichen Einzelheiten gehorsamst zu unterbreiten.

Das von dem Kaiserlichen III. See-Bataillon abgeordnete Detachement, bestehend aus 1 Offizier und Detachementsführer, Graf von Soden, 1 Feldwebel, 4 Unteroffizieren und 45 Mann, welches an Bord S. M. Schiff „Kaiserin Augusta“ aus Tsingtau kommend auf der Rhede von Taku eingetroffen war, wurde dortselbst gestern Morgen um 5 Uhr ausgeschifft, und auf einem Leichterfahrzeug im Tau eines Schleppdampfers bis in die unmittelbare Nähe der Eisenbahnstation Tongku gebracht. An diesem Punkte des Peiho-Flusses innerhalb der Taku-Forts lag seit einigen Tagen bereits S. M. Schiff „Iltis“ auf Wache. Von dort benutzte die Truppe

den um 9 Uhr Morgens abgehenden fahrplanmäfsigen Zug nach Peking. In Tientsin, wo um Mittag ein kurzer Aufenthalt stattfand, hatte es sich die deutsche Kolonie nicht nehmen lassen, unsere Soldaten und das gleichzeitig mit ihnen eintreffende Schutzdetachement von 3 Offizieren und 30 Matrosen des kleinen österreichischen Kreuzers „Zenta“ auf dem Bahnhofe zu begrüssen und reichlich zu bewirthen. Um 3 Uhr Nachmittags trafen die Detachements auf dem aufserhalb Pekings liegenden Bahnhofe Machiapu ein, woselbst ich die Ankunft der Kaiserlichen Truppe erwartete. In bereit gestellten Wagen der von der Firma Siemens u. Halske angelegten elektrischen Strafsenbahn wurde die Strecke bis an das äussere Stadtthor von Peking schnell zurückgelegt. Nachdem ich mich mit dem Herrn Detachementsführer zu Pferde an die Spitze der Truppe gesetzt hatte, erfolgte der Einmarsch in die Stadt, dicht gefolgt von der österreichischen Matrosenabtheilung. Bei hellem kühlen Wetter und staubfreien Strafsen durchzogen wir sodann die Stadt, angestaunt von einer zu beiden Seiten des Weges dichtgedrängten hunderttausendköpfigen Chinesenmenge, welche sich während des Einmarsches der Truppen kleinlaut und zaghaft verhielt. Der nahezu eine Stunde währende Marsch durch die Hauptverkehrsader Pekings wurde durch keinerlei Zwischenfall gestört. In die Legationsstrasse einbiegend, wurde zu den Klängen des Preufsenmarsches Tritt gefafst, und die letzte kurze Strecke bis an die Kaiserliche Gesandtschaft unter den Augen zahlreicher chinesischer Bewohner und der aus allen Gesandtschaften und fremden Häusern heraustretenden Fremden marschiert, welche dabei Gelegenheit hatten, das frische Aussehen unserer Leute, deren straffe Haltung und ihren mustergültigen Anzug zu bewundern. Vor der Kaiserlichen Gesandtschaft angekommen, wurde mit Sektionen eingeschwenkt, um das österreichische Detachement vorüberziehen zu lassen, und darauf in der schattigen Allee des Gartens unmittelbar vor den Quartieren des Detachements endgültig Halt gemacht. Hier begrüfste ich in einer kurzen Ansprache die Kaiserliche Truppe, hiefs sie auf deutschem Boden willkommen, und gab der Zuversicht Ausdruck, dafs sie mit dem im Vorjahre hierher entsandten Detachement ihres Truppentheils an Leistungsfähigkeit, Treue und Hingebung für Kaiser und Reich wetteifern und gleich jenem durch strenge Manneszucht den Ruf in Ehren bewahren würden, welcher den deutschen Soldaten vor allen anderen auszeichnet. Ich schlofs mit einem Hoch auf Seine Majestät unseren Allergnädigsten Kaiser und Herrn. Nachdem die Seesoldaten sich in ihren, früher als die Wohnungen des Legations-Sekretärs und 1. Dolmetschers dienenden Räumen schnell eingerichtet hatten, vereinigte die gern gesehenen Gäste ein fröhliches Mahl unter den Bäumen unseres Gartens. || Für den militärischen Schutz des Grundeigenthums der Kaiserlichen Gesandtschaft, wie für die Sicherheit der Beamten und Angestellten derselben, ist mithin in vollem Mafse Fürsorge getroffen. Auch die beiden einzigen in Peking bestehenden gröfseren Ladengeschäfte, welche sich in deutschen Händen befinden, sind mit Schutzmafsregeln bedacht, während das Maschinenhaus der elektrischen Lichtzentrale

Nr. 12224. Deutsches Reich 4. Juni 1900.

von Siemens u. Halske gleichfalls bewacht wird. || Ich darf bei dieser Gelegenheit auf das überaus freundwillige Entgegenkommen und die wohlgesinnte thatkräftige Unterstützung gehorsamst hinweisen, welche mir seitens des Kaiserlichen Chefs des Kreuzer-Geschwaders, Herrn Vize-Admiral Bendemann, und des Kaiserlichen Gouverneurs des Kiautschou-Gebiets, Herrn Kapitän zur See Jaeschke — mit denen der Kaiserliche Dienst nach mehr als zehnjähriger Unterbrechung mich zum zweiten Male in China vereint hat —, wie stets, so auch in diesem Fall erwiesen worden ist. von Ketteler.

Nr. 12225. DEUTSCHES REICH. — Derselbe an Denselben. Bericht über Unruhen und Verkehrsstörungen. Konsularbericht.

Peking, den 10. Juni 1900.

Nr. 12225. Deutsches Reich. 10. Juni 1900.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, in der Anlage Abschriften zweier Berichte des Kaiserlichen stellvertretenden Konsuls in Tientsien vom 8. d. M., über Unruhen im Norden Chinas, dadurch hervorgerufene Verkehrsstockungen und Heranziehung von Schutzdetachements für Tientsien und Peking, gehorsamst einzureichen. || Der Eisenbahnverkehr auf der Linie Paotingfu—Peking ist seit der am 28. v. M. erfolgten Zerstörung des Bahnkörpers, Verbrennung des rollenden Materials und der Stationsgebäude, und Vertreibung der Angestellten der Luhan-Bahn unterbrochen, und befindet sich die ganze von derselben durchlaufene fertige Strecke von der Provinzialhauptstadt Chilis bis nach der Reichshauptstadt Peking in den Händen der Aufständischen, gegen welche die chinesischen Beamten und Soldaten keineswegs einschreiten. || Der bereits vor dem 3. Juni d. J. einige Tage ausgesetzte Betrieb auf der Eisenbahn von dem Hafenplatze Tientsin nach hier ist seit dem 4. d. M. völlig eingestellt, und zwar infolge der von den Boxern verübten Beschädigung der Geleise, Brücken und Wasserdurchlässe, sowie der Einäscherung von 4 Stationsgebäuden. Die Briefsendungen zwischen Tientsin und hier werden seitdem durch Überlandcouriere des chinesischen fremden Seezollamts vermittelt, welche naturgemäfs nur leichte Posten zu tragen vermögen, und zu deren Besorgung 2 Tage gebrauchen. Dafs diese eine 83 englische Meilen lange Reise auf Eseln zurücklegenden chinesischen Boten, welche unbewaffnet durch die von Boxern gehaltenen Distrikte reiten, keinerlei Sicherheit für die Briefbeförderung bieten, liegt auf der Hand. Eine Anfrage bei den Ministern des Tsungli-Yamen, ob dieselben die sichere Überkunft eines von mir über Land nach Tientsin zu entsendenden deutschen Couriers gewährleisten könnten, mufsten dieselben heute verneinen. || Während die Eisenbahntelegraphen nunmehr seit Wochen nicht mehr funktionieren, war doch die eine Drahtleitung von hier nach Tientsin bisher unbeschädigt geblieben, bis auch deren Betriebseinstellung heute durch ein Rundschreiben des hiesigen Telegraphenamts angezeigt wurde. Es bleibt somit nur die Möglichkeit, mit dem Auslande über die direkt von

hier via Kiachta und Sibirien führende Landtelegraphenlinie zu verkehren. || Nachdem daher jede Reiseverbindung zwischen hier und der Küste abgeschnitten und die Hauptstadt von den aufrührerischen Banden der Boxer umzingelt war, die aufserhalb der Thore Pekings befindliches Missionseigenthum, wie ein dem Fremdenklub gehöriges Sommerhaus in Brand steckten und Ausländer auf den Landwegen wie in den Strafsen der Stadt attackierten und seitdem auch die telegraphische Verbindung mit den auf der Taku-Rhede liegenden Chefs der fremden Geschwader abgeschnitten wurde, schien der Augenblick gekommen, in welchem die hiesigen diplomatischen Vertreter den Befehlshabern der maritimen Streitkräfte die Mafsregeln zur Entsetzung Pekings, d. h. zur Befreiung der hier lebenden Fremden, überlassen zu müssen glaubten. || Der hiesige englische Gesandte, als Senior der in Frage kommenden Vertreter, setzte sich zu diesem Ende mit dem rangältesten britischen Vize-Admiral in Taku in Verbindung. Ketteler. Nr. 12225 Deutsches Reich. 10. Juni 1900.

Anlage 1

zum Berichte der Kaiserlichen Gesandtschaft zu Peking vom 10. Juni 1900.

Tientsin, den 8. Juni 1900.

Euerer etc. beehre ich mich zwei Zirkulare der chinesischen Eisenbahn- und Postverwaltungen gehorsamst einzureichen, wonach der Eisenbahnverkehr zwischen Tientsin und Peking bis auf weiteres unterbrochen und ein Postkurierdienst zwischen beiden Plätzen eingerichtet worden ist. Die Versuche, gestern weitere englische, italienische, österreichische und japanische Detachements per Bahn nach Peking zu befördern, sind gescheitert, da chinesischerseits ein Zug nicht zur Verfügung gestellt worden ist. In Tientsin befinden sich zur Zeit 815 fremde Mannschaften, nämlich || 61 Deutsche, || 105 Amerikaner, || 233 Engländer, || 65 Franzosen, || 40 Italiener, || 74 Japaner, || 77 Österreicher, || 160 Russen. || Die Zahl der in Taku und Tongku liegenden fremden Kriegsschiffe beläuft sich auf 28. Hierzu sind gestern Abend S. M. S. „Hansa“ und S. M. S. „Hertha“ mit dem Kaiserlichen Vize-Admiral Bendemann an Bord hinzugekommen, die von Tschifu anlangten. || Die Lage wird hier als sehr ernst angesehen. Die chinesischen Truppen scheinen in der That von Peking die Instruktionen erhalten zu haben, auf die Boxer nicht zu schiefsen. Man bezweifelt daher die bereits gemeldete Nachricht, dafs General Nieh wirklich gegen die Boxer gekämpft hat, befürchtet vielmehr, dafs die chinesischen Soldaten mit den Boxern sich vereinigen und gemeinsam gegen die Fremden vorgehen werden. Zur Beruhigung der hiesigen deutschen Kolonie und Entlastung des Freiwilligenkorps dürfte es sich empfehlen, an der bereits befürworteten Herbeorderung weiterer deutscher Truppen festzuhalten. Handel und Verkehr sind hier gänzlich ins Stocken gerathen. Ein grofser Teil der Dienerschaft der Fremdenbevölkerung und zahlreiche chinesische Angestellte der fremden Firmen sind flüchtig geworden. Die deutschen Kaufleute be-

Nr. 12225. Deutsches Reich. 10. Juni 1900.

haupten, bereits erhebliche Geschäftsnachteile erlitten zu haben, sie befürchten grofse Verluste, falls die Ordnung und Verkehrssicherheit nicht alsbald wieder hergestellt werden sollte. gez. Zimmermann.

An den Kaiserlichen Gesandten Herrn Freiherrn von Ketteler Hochwohlgeboren.

Anlage 2

zum Bericht der Kaiserlichen Gesandtschaft in Peking vom 10. Juni 1900.

Tientsin, den 8. Juni 1900.

Eurer etc. beehre ich mich beifolgend Abschrift und Übersetzung der mir auf vertraulichem Wege zugehenden, als völlig authentisch anzusehenden Meldung zu überreichen, die General Nieh über seinen Kampf mit den Boxern dem hiesigen General-Gouverneur und dem Grofssekretär Jungu erstattet hat. Wie mir soeben Oberst de Wogack mitteilt, hat Nieh inzwischen seine Unternehmungen gegen die Rebellen auf direkten Befehl aus Peking eingestellt. Herr de Wogack giebt ferner an, dafs Nieh in der letzten Nacht telegraphisch angewiesen worden ist, seine Truppen sofort nach Lutai zurückzusenden, und dafs heute Vormittag demgemäfs bereits 3000 Mann hier auf dem Rückwege nach dem genannten Militärlager durchpassiert sind. || Die Bahnstation Yangtsun soll gegenwärtig durch die Boxer bedroht sein. gez. Zimmermann.

An den Kaiserlichen Gesandten Herrn Freiherrn von Ketteler Hochwohlgeboren.

Beilage zur Anlage 2
des Berichtes aus Peking vom 10. Juni 1900.

Übersetzung eines Telegramms des Generals Nieh-shih-cheng vom 6. Juni 1900.

Soeben zerstörten zahlreiche Übelthäter in ihrer unruhigen Verrücktheit die Bahnhöfe von Huang-tsun bis Lang-fan inklusive. Vertrauend auf ihre grofse Zahl, fürchten sie nicht die Gesetze und unterbrachen den Verkehr auf der Eisenbahn Peking—Tientsin. Ohne sie gefangen zu nehmen oder zu schlagen, war die Sache nicht zu erledigen. Ich erhielt den Kaiserlichen Befehl, zu schützen. Dies war meine Verantwortlichkeit. Meine Gewissenhaftigkeit in Staatsgeschäften geht bis zur Furcht und Krankheit. Im Angesichte der gegenwärtigen Frechheit der Übelthäter habe ich meine Kavallerie und Infanterie selbst gegen jene geführt und sie mit der äufsersten Energie geschlagen. Ich hatte keine Zeit übrig, vorher Befehle einzuholen. Wenn die hohe Regierung später beschliefsen wird, mich dafür zu bestrafen, so werde ich nicht wagen, mich dagegen aufzulehnen.

Wichtiges Telegramm.

Für richtige Übersetzung:
gez. Krause.

An Ihre Excellenzen etc. Grofssekretär Yunglu und den General-Gouverneur in Tientsin.

Nr. 12226. DEUTSCHES REICH. — Der Gesandte in Peking an das Auswärtige Amt. Feindselige Haltung der chinesischen Regierung. Angriff auf Gesandtschaften bevorstehend.

Peking, den 12. Juni 1900.

Nr. 12226. Deutsches Reich. 12. Juni 1900.

(Telegramm.) || Die Minister des Tsungli Yamen verlangen, dafs die Entsendung von 1000 Matrosen nach Peking aufgehalten werden soll; die beteiligten Vertreter haben dies jedoch abgelehnt. Die Matrosen müssen auf dem Wege von Tientsin hierher Behinderung oder Waffenwiderstand gefunden haben, da sie sonst schon eingetroffen wären. Telegraphische Verbindung mit Tientsin ist unterbrochen. || Der fremdenfeindliche Prinz Tuan, der Vater des Thronfolgers, ist neben Prinzen Ching zum Mitleiter Tsungli Yamens ernannt. In der Nacht zum 10. d. M. ist die Sommerresidenz der englischen Gesandtschaft, nahe bei Peking, die unter chinesischer Obhut war, niedergebrannt. Gestern wurde der japanische Attaché auf dem Wege zum Bahnhof ermordet und seiner Leiche der Kopf abgeschlagen. Es besteht die Befürchtung, dafs die Soldaten gegen die hiesigen Fremden losgelassen werden.

gez. Ketteler.

Nr. 12227. DEUTSCHES REICH. — Die Gesandtschaft in Peking an den Reichskanzler. Die Boxer in Peking; Haltung der Regierung; erste Angriffe auf die Gesandtschaften; Ermordung Kettelers.

Peking, den 25. August 1900.

Nr. 12227. Deutsches Reich. 25. Aug. 1900

Euerer Durchlaucht beehre ich mich über die Unruhen, welche in Peking während der Zeit vom 12. bis 20. Juni infolge der Boxerbewegung stattgefunden haben, nachstehend gehorsamst zu berichten. || Zunächst darf ich Euerer Durchlaucht noch nachträglich die von dem verstorbenen Kaiserlichen Herrn Gesandten verfafsten Berichte überreichen, die nach vollständiger Einstellung des Bahnbetriebs zwischen hier und Tientsin am 4. Juni infolge der von den Rebellen verübten Zerstörungen mangels einer sicheren Postverbindung nicht mehr ihrer Bestimmung zugeführt werden konnten. || Das letzte von Baron Ketteler abgesandte amtliche Telegramm Nr. 68 war vom 12. Juni datiert, und wurde über Kiachta befördert. Eine Stunde nach seiner Abgabe auf dem hiesigen Telegraphenbureau erfolgte die Anzeige von der Betriebseinstellung auch auf dieser Linie, und damit war jede Möglichkeit geschwunden, mit dem Auslande von hier aus in direkte telegraphische Verbindung zu treten. || Die von dem General-Zolldirektor Sir Robert Hart seit Einstellung der Eisenbahnverbindung entsandten Überlandkuriere nach Tientsin verrichteten ihre Botendienste bis zum 15. Juni, konnten dann aber die Reihen der Rebellen nicht mehr passieren, sodafs sich von diesem Zeitpunkt ab auch für gewöhnliche

Nr. 12227. Deutsches Reich, 25. Aug. 1900.

Briefsendungen keine Gelegenheit mehr bot. || Man war somit vollständig von der Welt abgeschnitten. || Nachdem die Mitglieder der Faustsekte bis zum 12. Juni die Eisenbahnstrecke und alles Eigentum der Europäer im Umkreise Pekings zerstört und verbrannt hatten, begannen sie am 13. ihre vernichtende Thätigkeit innerhalb der Mauern der Stadt selbst. Schon Tags zuvor wufste man, dafs die Rebellen in gröfseren Scharen durch die Thore eindrangen, um sich in Tempeln zu vereinigen und dort sich den Übungen ihrer Sekte hinzugeben. Am 12. früh gelang es sogar, eines Mitgliedes derselben habhaft zu werden, das mit Turban und rotem Gürtel angethan, in einem Karren die Legationsstrafse entlang fuhr. Baron Ketteler, der sich zufällig vor dem Gesandtschaftsgebäude befand, liefs sofort das Gefährt anhalten, ein Insasse entkam, während der andere dingfest gemacht wurde. Der Kaiserliche Gesandte entsandte sofort den Dolmetscher Herrn Cordes an das Tsungli Yamen, um sich den Besuch des Polizei-Präfekten von Peking zu erbitten, den er mit dem Gefangenen zu konfrontieren wünschte, da er ersteren der Förderung der christen-europäerfeindlichen Bewegung für dringend verdächtig hielt. Chung li traf mit grofser Begleitung nachmittags auf der Gesandtschaft ein, und mufste sich von Baron Ketteler auf den Kopf zusagen lassen, dafs er als Polizei-Präsident Pekings nicht nur keine Mafsregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen, sondern dafs er selbst die ganze Boxerbewegung begünstige. Der Mandarin suchte sich diesen Vorwürfen zu entwinden; seine Unschuldsbeteuerungen wurden aber noch am nämlichen Tage durch Schriftstücke widerlegt, die in einem unweit des Gesandtschaftsviertels belegenen Tempel — einem notorischen Zusammenkunftsorte der Boxer — von Soldaten des Kaiserlichen Detachements bei einer dort vorgenommenen Razzia beschlagnahmt wurden. Diese Schriftstücke sind insofern für die Geschichte der Boxerbewegung von Interesse, als sie ein Programm der in Peking auszuführenden Unthaten enthielten, und den unzweifelhaften Beweis dafür erbringen, dafs die fremdenfeindliche Bewegung innerhalb der Stadt gerade von denjenigen höheren chinesischen Beamten und Polizeikommissaren unterstützt wurde, die vermöge ihrer Stellung und ihres Amtes zur Unterdrückung derselben berufen gewesen wären. Ich darf mir gehorsamst vorbehalten, seinerzeit einen Auszug aus diesen Dokumenten, beziehungsweise eine Übersetzung derselben, Euerer Durchlaucht zu überreichen. || Am Abend des nämlichen Tages (13. Juni) unternahmen die Boxer den ersten Angriff auf die Gesandtschaften. || Im Laufe der vorhergehenden Tage hatten bereits Zusammenkünfte der einzelnen Detachementsführer stattgefunden, in denen man sich über die Art und Weise einer etwa notwendig werdenden Verteidigung besprochen hatte, und die zu dem Ergebnisse führten, dafs das gesamte Gesandtschaftsviertel als solches gehalten werden sollte. Jedes Detachement würde in erster Linie seine eigene Gesandtschaft schützen, und die Umgebung derselben beziehungsweise die auf dieselben führenden Strafsen und Gassen durch sein Gewehrfeuer frei halten. Dadurch konnte den Boxern, solange es sich nur um solche handelte, die, wie man

wufste, lediglich mit Lanzen und Schwertern bewaffnet waren, der Zutritt zu dem Gesandtschaftsquartier untersagt, und vor Allem die bei den Rebellen besonders beliebte Brandstiftung verhindert werden. || Allerdings wurde schon damals von einigen die Möglichkeit eines Angriffs gut bewaffneter chinesischer Truppen erwogen, und für diesen äufsersten Fall als letzter gemeinschaftlicher Verteidigungspunkt die englische Gesandtschaft ins Auge gefasst, die durch ihre Lage für Verteidigungszwecke am geeignetsten erschien, und infolge ihrer räumlichen Ausdehnung und Weitläufigkeit ihrer Baulichkeiten im Notfall allen Europäern eine, wenn auch beengte Unterkunft bieten konnte. || Gegen 8 Uhr abends drangen neue Scharen bewaffneten Gesindels aus der Chinesenstadt in die Mandschustadt ein, steckten sofort eine kleine Kapelle der amerikanischen Mission in Brand, und versuchten dann in die Gesandtschaftsstrafse einzubiegen. Hier wurden sie von vorgeschobenen italienischen und französischen Posten mit Gewehrfeuer empfangen, worauf sie umkehrten und ihren Weg auf der Hatamenstrafse fortsetzten. Kurz darauf wurden 5 grofse Feuer sichtbar, denen die französische Kathedrale — der Tungtang —, die Münze, Wohnhäuser der europäischen Zollbeamten und viele andere von Christen bewohnte Gebäude zum Opfer fielen. In späterer Abendstunde drangen die Rebellen mit Brandfackeln gegen die am nordöstlichen Ende des Gesandtschaftsviertels gelegene österreichische Gesandtschaft vor, wurden aber durch einige Gewehrsalven zum Rückzug genötigt.

Nr. 12227. Deutsches Reich. 25. Aug. 1900.

Am folgenden Tage wurde die Gesandtschaftsstrafse für den allgemeinen Verkehr gesperrt, und nur besonders legitimierten Einheimischen der Durchgang gestattet. Zahlreiche Chinesenchristen flüchteten sich mit Hab und Gut in die Gesandtschaften und fanden dort Schutz und Aufnahme. Ähnliche Angriffe, wie am 13. Juni, erfolgten auch an den folgenden Abenden, während gleichzeitig die Chinesenstadt von den Aufständigen terrorisiert wurde. Am 16. wurde dort Feuer an mehrere Warenhäuser gelegt, die sich durch Führung europäischer Artikel die Wut der Rebellen zugezogen hatten; dabei brannte — wahrscheinlich unbeabsichtigter Weise — ein grofser Häuserkomplex nieder, wodurch die meisten Seidenlager, Porzellan- und Antiquitätenläden, deren Wert auf Millionen geschätzt wird, vom Feuer vernichtet wurden. Auch der mittlere Eingang des Chienmen-Thores, der stets verschlossen gehalten wird, und durch den allein der Kaiser zu ziehen berechtigt ist, wurde an jenem Abend ein Raub der Flammen. || Gegen diese Unthaten wurde in keiner Weise seitens der chinesischen Regierung eingeschritten. Die gegenüber der Kaiserlichen Gesandtschaft befindliche Polizeistation hatte längst ihren Posten geräumt; nirgends stellte der Sicherheitsdienst der Stadt sich den Rebellen entgegen. Auch die Bevölkerung sah ruhig diesem Treiben zu, und beugte sich widerstandslos unter die Schreckensherrschaft der Rebellen. Das Programm derselben war aber der Regierung vorgelegt und von derselben gebilligt worden, das Publikum war anwesend, und das Stück mufste gespielt werden. || Als einer der Hauptautoren der ganzen Bewegung wurde damals und wird auch heute

Nr. 12227. Deutsches Reich. 25. Aug. 1900.

noch der Prinz Tuan bezeichnet, der Vater des Prinzen-Thronfolgers, und seine Ernennung zum Präsidenten des Tsungli Yamen, die am 10. Juni den fremden Vertretern angezeigt wurde, mag zum Beweise dafür dienen, dafs die chinesische Regierung ihn auch allgemein als solchen betrachtet zu wissen wünschte. Die Berufung des Prinzen Tuan kann als der Augenblick bezeichnet werden, in dem die chinesische Regierung die Maske fallen liefs, und der Umstand, dafs er nicht die sonst üblichen Besuche bei dem diplomatischen Korps machte und sich auch an den Geschäften des Tsungli Yamen nicht beteiligte, zeigt zur Genüge, dafs seine Ernennung keinen blofsen Personenwechsel bedeutete, sondern einer Kriegserklärung gleichkam, für die die chinesische Regierung den Augenblick geeignet erachtete. || Bis zum 17. Juni hatte sich ein Zusammenstofs der Schutzdepartements mit chinesischen Truppen vermeiden lassen. Ein Theil derselben, dessen Stärke und Zahl schwer zu ermitteln war, hielt sich in ziemlicher Entfernung des Gesandtschaftsviertels im Norden der Stadt auf. Das Hatamen- und Chien-men-Thor, d. h. der östliche und westliche Punkt der im Süden unmittelbar an das Gesandtschaftsviertel grenzenden Stadtmauer, war durch Bannertruppen besetzt, die durch ihr vollständig passives Verhalten keinen Anlafs zu Beschwerden und Befürchtungen geben konnten. Eine Abteilung der gleichen Truppe lagerte — angeblich zum Schutze der Kaiserlichen Gesandtschaft gegen die Boxer — auf der Strafse zwischen dem Gesandtschaftsgrundstück und der grofsen Stadtmauer, und wurde eigentlich erst dadurch bemerkbar, dafs, nach Absperrung der Strafsen durch Soldaten der verschiedenen Detachements, der sie befehlende Offizier sich mit der flehentlichen Bitte an Baron Ketteler wandte, ihm die Verproviantierung seiner Truppen zu gestatten, da er und seine Leute sonst verhungern müfsten.

Am 17. Juni kam es zum ersten Renkontre zwischen einer Abtheilung des Kaiserlichen Detachements und chinesischen Truppen. Erstere hielt die elektrische Zentralanstalt besetzt und wurde bei einem Patrouillengang von chinesischen Soldaten mit Steinen beworfen, worauf unsere Leute Feuer gaben, ohne dafs dasselbe erwidert wurde. Baron Ketteler schrieb noch am nämlichen Tage an das Tsungli-Yamen, teilte ihm den Vorfall mit und ersuchte um Zurückziehung der chinesischen Truppen, damit ein erneuter Zusammenstofs nach Möglichkeit vermieden werde. || Da dieser Vorfall keine weiteren Folgen hatte, so bestand noch immer die Hoffnung, die chinesische Regierung durch Vorstellungen und Drohungen zurückführen zu können, und dies um so mehr, als täglich und stündlich das Eintreffen des Entsatzkorps unter Admiral Seymour erwartet wurde, über dessen Schicksal noch keine Nachricht nach Peking gelangt war. Statt dessen liefs das Tsungli-Yamen am 19. Juni, Nachmittags 4 Uhr, an sämtliche Vertreter der fremden Mächte die Aufforderung ergehen, innerhalb 24 Stunden mit ihren Angehörigen und den Detachements die Stadt zu verlassen. In einer sofort einberufenen Konferenz waren die Gesandten sich darüber einig, dafs an ein Aufgeben der Gesandtschaften und an eine unmittelbare Abreise unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken sei.

Die erwähnte Note sprach selbst davon, dafs die Hauptstadt von Mitgliedern der Faustsekte wimmele, dafs die Stimmung der Bevölkerung sehr erregt sei und dafs es der Regierung selbst zweifelhaft erscheinen müsse, ob sie für ausreichenden Schutz der Gesandtschaften würde sorgen können, und gar eine Eskorte chinesischer Truppen flöfste niemandem Vertrauen ein. Man mufste vielmehr annehmen, dafs sich dieselbe, sobald die Gesandtschaften verlassen waren, auf die Abziehenden stürzen und dieselben im Verein mit den Boxern niedermachen würde. Es wurde daher beschlossen, zunächst in einer Note noch nähere Aufklärungen von der chinesischen Regierung zu verlangen, und ihr vor allem vorzustellen, dafs es nach der Zerstörung der Bahnstrecke bis Tientsin unmöglich sei, innerhalb 24 Stunden die nötigen Transportmittel sowie Proviant für die immerhin 4 bis 5 Tage in Anspruch nehmende Reise zu beschaffen. Als am folgenden Tage, gegen 11 Uhr vormittags, die nichtssagende Antwort des Tsungli-Yamen eintraf, war Baron Ketteler bereits das Opfer eines wohlerwogenen ruchlosen Mordanschlags geworden, und niemand konnte mehr daran zweifeln, dafs die chinesische Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, um den Vertretern der fremden Mächte sowie sämtlichen hier lebenden Europäern und Chinesenchristen ein gleiches Schicksal zu bereiten.

Nr. 12227. Deutsches Reich. 25. Aug. 1900.

v. Below.

Nr. 12228. DEUTSCHES REICH. — Die Gesandtschaft in Peking an den Reichskanzler. Genauer Bericht über die Ermordung Kettelers. Aussage des Augenzeugen, Gesandtschafts-Dolmetschers Cordes.

Peking, den 29. August 1900.

Nach Abgang der in meinem gehorsamen Berichte Nr. A. 112 vom 25. d. M. erwähnten Note des diplomatischen Korps vom 19. Juni, in welcher der chinesischen Regierung vorgestellt wurde, dafs die Abreise der in Peking residierenden Gesandtschaften im Laufe der nächsten 24 Stunden eine Unmöglichkeit sei, entschlofs sich Baron Ketteler am Abend desselben Tages, auch noch von sich aus eine Depesche an das Tsungli-Yamen zu richten, in welcher er darauf hinwies, dafs er von dem Verlangen der Übergabe der Taku-Forts nicht unterrichtet sei und mithin darauf bestehen müsse, am folgenden Morgen um 9 Uhr von dem Prinzen Ching und Tuan im Gebäude des Tsungli-Yamen zum Zwecke einer Besprechung empfangen zu werden. Am 20. Juni, früh um 8 Uhr, begab sich Baron Ketteler in die französische Gesandtschaft zu einer Konferenz der diplomatischen Vertreter. Hier wurde beschlossen, zunächst die Antwort des Tsungli-Yamen abzuwarten, und sich später, je nach dem Ausfalle derselben, über ein Verbleiben in Peking oder über die Notwendigkeit schlüssig zu werden, die Stadt zu verlassen. In dieser Versammlung ist Herr von Ketteler von seinen sämtlichen Kollegen dringend gebeten worden, den beabsichtigten Besuch bei den Prinzen aufzugeben, da

Nr. 12228. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

Nr. 12223. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

dieser Schritt nach Lage der Verhältnisse keine Aussicht auf Erfolg biete, und ihm möglicherweise gefährlich werden könne. || Trotz dieser Warnung bestand der Kaiserliche Gesandte auf seinem Entschlufs. Über die nun folgenden Vorgänge hat der den Minister begleitende Dolmetscher Herr Cordes ein Promemoria verfafst, das ich Euerer Durchlaucht in der Anlage (1) gehorsamst zu überreichen mich beehre. Da aufser ihm kein Europäer bei dem Vorfall zugegen war, so mufs seine Darstellung der Ereignisse als die einzig authentische bezeichnet werden. || Die gleichfalls hier abschriftlich beigefügte Aussage des Reitknechts Liu-yu-cheng, der am 21. Juni von dem Dolmetscher Herrn Dr. Merklinghaus vernommen wurde (Anlage 2), enthält nur wenige Angaben, da Liu unmittelbar nach Ausübung der That nach dem Tsungli-Yamen eilte, um den Vorfall dort zur Kenntnis zu bringen. Die wichtigste seiner Aussagen war die, dafs er mit Bestimmtheit versicherte, den Kaiserlichen Gesandten in der Sänfte zurückgelehnt und regungslos erblickt zu haben, sodafs wir uns wenigstens der Hoffnung hingeben durften, dafs Baron Ketteler nicht etwa lebend in die Hände der Verbrecher gefallen, sondern dafs der Tod unmittelbar eingetreten sei. || Während der Vorreiter Liu erst im Laufe des späteren Nachmittags zurückkehrte, erschien der zweite Amtsreiter, der den Sänften in unmittelbarer Nähe gefolgt war, mit verhängten Zügeln gegen $9^1/_2$ Uhr auf der Gesandtschaft und brachte die erste Kunde von der schrecklichen Mordthat. Premierleutnant Graf von Soden eilte sofort mit 20 Soldaten des Schutzdetachements und in Begleitung des Dolmetschers Dr. Merklinghaus nach der Unglücksstätte, konnte aber nicht mehr bis dahin gelangen, da er aus den Häusern der Hatamenstrafse stark beschossen wurde und ein weiteres Vordringen bei der Übermacht der im Norden der Strafse aufgestellten chinesischen Truppen unmöglich erschien, die bei seiner Annäherung ein lebhaftes Gewehrfeuer eröffneten. Inzwischen war auch die Nachricht hierher gelangt, dafs Herr Cordes verwundet sei, dafs es ihm aber möglich gewesen, sich nach der amerikanischen Mission zu retten. Der der Kaiserlichen Gesandtschaft beigegebene Stabsarzt Dr. Velde begab sich sofort mit einigen Trägern dorthin und Herr Cordes wurde zunächst hierher und dann nach Anlegung eines Notverbandes von Soldaten des Detachements auf die englische Gesandtschaft gebracht, da sein Aufenthalt hier nicht sicher genug erschien, und die englische Gesandtschaft, wie ich in meinem Bericht Nr. A 112 zu erwähnen mir gestattete, als letzter Verteidigungspunkt ins Auge gefafst worden war. || Die Kunde von der Ermordung des Kaiserlichen Gesandten verbreitete sich wie ein Lauffeuer und rief gewaltige Erregung hervor. Wer noch bis dahin mit der Möglichkeit gerechnet hatte, nachmittags nach Tientsin aufzubrechen, der mufste jetzt einsehen, dafs an ein Entkommen nicht mehr zu denken sei.

Gegen 2 Uhr nachmittags erhielt ich folgenden Brief aus dem Tsungli-Yamen: „Das Sekretariat des Tsungli-Yamen beehrt sich mitzuteilen, dafs ihm soeben vom Prinzen Ching die folgende mündliche Weisung zugegangen ist.

Nr. 12228. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

Am Eingang der zu unserem Yamen führenden Gasse seien zwei in Sänften befindliche Beamte Ihrer Gesandtschaft, gerade als sie in die Gasse einbiegen wollten, nachdem sie selbst zuerst gefeuert hätten, von Soldaten ihrerseits angegriffen worden, wobei eine der in den Sänften befindlichen Personen getötet worden sei; man wisse aber nicht, wer der Betreffende sei. Wegen dieses wieder ganz aufsergewöhnlichen Ereignisses sollen sofort Lienfang und Tu-ko-shih sich auf Ihre Gesandtschaft begeben, um vorläufig zu kondolieren und die Soldaten, welche gefeuert hätten, sollten sogleich ermittelt und aufs schwerste bestraft werden. || Dies ist die Weisung, welche wir erhalten haben. Da indessen gegenwärtig auf den Strafsen keine Sicherheit herrscht, so vermag der Dolmetscher Lienfang und sein Kollege sich nicht zu Ihnen zu begeben. || Indem wir uns beehren, dies zu erklären, bitten wir um gefällige weitere Veranlassung."

Form und Inhalt dieses Briefes liefsen deutlich erkennen, dafs die Verfasser desselben, oder vielmehr diejenigen, in deren Auftrag er geschrieben war, sich wohl bewufst waren, wer der Ermordete sei. Das Schreiben trug nicht die sonst übliche Adresse: „An den Kaiserlich deutschen Gesandten", sondern war an die deutsche Gesandtschaft als solche gerichtet: jede Anrede war im Text vermieden, auch lagen nicht die Karten der Minister bei, wie dies sonst der Fall zu sein pflegt. || Ich bestätigte sofort den Empfang dieses Schreibens und teilte dem Tsungli-Yamen mit, dafs der Ermordete der Kaiserlich deutsche Gesandte gewesen sei. Gleichzeitig ersuchte ich das Yamen, alle Bemühungen eintreten zu lassen, um die Leiche aufzufinden und sie der Kaiserlichen Gesandtschaft zu übergeben. Eine Antwort auf dies Schreiben habe ich nie erhalten. || Am späteren Nachmittage traf dann noch eine Note des Tsungli-Yamen an den Doyen des diplomatischen Korps ein, in der erneut auf die Unsicherheit in den Strafsen der Hauptstadt hingewiesen und an die Gesandten die Bitte gerichtet wurde, falls sie dem Tsungli-Yamen Mitteilungen zu machen hätten, dies schriftlich zu thun, da bei einem persönlichen Besuch ein Unglück sich ereignen könne. Am Schlusse wurde hinzugefügt, dafs diese Note erst nach Rücksprache mit den Prinzen im Laufe des Vormittags hätte redigiert, und dann infolge des Gewehrfeuers auf den Strafsen nicht sofort hätte übergeben werden können. Auch wenn diese Note eher eingetroffen wäre, hätte sie wohl kaum den Erfolg gehabt, den Kaiserlichen Gesandten von dem einmal gefafsten Entschlufs abzuhalten, sich persönlich nach dem Yamen zu begeben, und mit diesem Schritte einen letzten Versuch zur Rettung der Situation zu wagen. Nach seiner Ermordung redigiert, bot sie nur einen Beweis mehr für das schmachvolle Spiel, das die chinesische Regierung bisher und seitdem mit den Vertretern der Mächte getrieben. || Nachdem Graf Soden ohne Nachricht über den Verbleib der Leiche des Herrn Gesandten hierher zurückgekehrt war, und ich auch aus den Erzählungen des Dolmetschers Cordes die feste Überzeugung gewonnen hatte, dafs an dem Tode Baron Ketteler's nicht mehr zu zweifeln sei, verblieb mir die schwere Pflicht, die

Nr. 1222S. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

Wittwe des Ermordeten von dem Schrecklichen zu unterrichten. Ich hatte Mrs. Conger, die Gattin des amerikanischen Gesandten, gebeten, mir hierbei hilfreich zur Seite zu stehen, und es gelang uns schliefslich, Frau von Ketteler zu bewegen, nach der englischen Gesandtschaft überzusiedeln, wohin bereits die meisten Damen des diplomatischen Korps ihre Zuflucht genommen hatten; dort ist Frau von Ketteler auch bis 16. August geblieben.

Da vom Nachmittag des 21. Juni ab das Feuer der chinesischen Truppen auf uns begann, und wir derartig von ihnen eingeschlossen wurden, dafs niemand mehr das Gesandtschaftsviertel zu verlassen vermochte, so war für mich keine Möglichkeit mehr vorhanden, irgend welche Erkundigungen über den Verbleib der Leiche einzuziehen, geschweige denn, bei dem gänzlichen Mangel eines Kommunikationsmittels mit der Regierung, auf die Herausgabe derselben in irgend einer Weise zu bestehen. Gegen Ende Juni wurde mir durch Chinesen gerüchtweise mitgeteilt, dafs die Leiche vergraben sei, jedoch ohne Angabe des Ortes. Ich konnte diesem Gerüchte schon im Hinblick auf seine Quelle keinen Glauben beimessen, und war auch infolge des Belagerungszustandes nicht imstande, dasselbe auf seine Zuverlässigkeit hin zu prüfen. | Als später am 18. Juli ein Beamter des Tsungli-Yamen auf der englischen Gesandtschaft erschien, um gewissermafsen das Einstellen der Feindseligkeiten zu verabreden, wurde das oben erwähnte Gerücht von demselben mit dem Hinzufügen bestätigt, dafs die Leiche in einem schönen Sarge geborgen und letzterer wiederum in einem würdigen Raume untergebracht sei. || Erst am 16. August konnte Näheres festgestellt werden. Am Vormittage dieses Tages wurde mir gemeldet, dafs die Leiche Baron Kettelers in einer kleinen Seitengasse der Hatamenstrafse in unmittelbarer Nähe des Orts vergraben sei, an dem die Mordthat verübt wurde. Ich begab mich sogleich in Begleitung des Stabsarztes Dr. Velde, des Premierleutnants Graf von Soden, des der Gesandtschaft attachierten Leutnants von Loesch und des Dolmetschers Dr. Merklinghaus dorthin; an der bezeichneten Stelle fanden wir einen Erdhügel; nach einigen Spatenstichen wurde der Sarg sichtbar, der Deckel wurde geöffnet und es bestand für uns Alle kein Zweifel mehr, dafs wir die Leiche des Ermordeten vor uns hatten. Dieselbe wurde noch am nämlichen Abend in die Kaiserliche Gesandtschaft übergeführt und am 18. d. M. um 9 Uhr morgens auf einer friedlichen Stelle des Gartens zur ewigen Ruhe bestattet. || Stabsarzt Dr. Velde hatte die Leiche vorher einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Abschrift des über die Auffindung der Leiche aufgenommenen Protokolls beehre ich mich, Euerer Durchlaucht anliegend gehorsamst zu überreichen (Anlage 3). || Zur Beisetzungsfeierlichkeit waren das gesamte diplomatische Korps sowie die Generäle mit ihren Stäben erschienen. General Liniwitsch hatte seine Militärkapelle entsandt; ein Detachement französischer, österreichischer und japanischer Soldaten bildeten neben dem Detachement der Kaiserlichen Gesandtschaft eine Ehrenwache. Nachdem Msgr. Jarlin, Bischof der französischen Mission in Petang, die Leiche eingesegnet und ein kurzes Gebet gesprochen

hatte, wandte sich Herr de Cologan, der spanische Gesandte und Doyen des diplomatischen Korps, an die Trauerversammlung mit einer Ansprache. Ein Choral bildete den Schlufs der schlichten Feier, die obwohl ohne kirchliches Gepränge, einen tiefen und erhebenden Eindruck auf alle diejenigen machte, die erst vor kurzem aus so schwerer Bedrängnifs befreit waren. || Die Trauer über das Hinscheiden Herrn von Ketteler's und die Teilnahme an dem verhängnifsvollen Schicksale, das ihn betroffen, ist hier eine wahre und aufrichtige gewesen: sein männliches Wesen, seine Thatkraft und seine Entschlossenheit hatten ihm die Liebe und Achtung der weitesten Kreise gesichert. An jenem Tage, an welchem die chinesische Regierung die Aufforderung ergehen liefs, Peking innerhalb 24 Stunden zu verlassen, war er einer von denen gewesen, die sich dagegen gesträubt, ihren Posten zu verlassen, indem er auf die Gefahr hingewiesen hatte, die ein solcher Entschlufs für Alle zur Folge haben würde. Erst als die Kunde eintraf von dem ruchlosen Mordanschlage, dem er zum Opfer gefallen, erkannte man allgemein, wie recht er gehabt, und ein jeder fühlte, dafs er durch seinen Tod alle gerettet. von Below.

Anlage 1
zum Berichte der Kaiserlichen Gesandtschaft zu Peking vom 29. August 1900.

Die Ermordung des Kaiserlichen Gesandten, Freiherrn von Ketteler in Peking.

Angaben des Augenzeugen, Gesandtschafts-Dolmetschers Cordes.

Ich war am Nachmittage des 19. Juni vom Kaiserlichen Gesandten, Freiherrn von Ketteler zum Tsungli Yamen geschickt, um, wie am Tage vorher, abermals die Zurückziehung der unserem Posten in der Lichtzentrale auf wenige Schritte Entfernung gegenüberliegenden Tungfu-hsiangschen (Kansu) Truppen nachträglich zu verlangen. Der mich empfangende Abteilungs-Direktor, Sekretär Sung, eine mir seit Jahren bekannte Persönlichkeit, war aufserordentlich nervös und sprach in abgerissenen Sätzen von „einer grofsen Veränderung der Sachlage“ — „es werde schwer halten die chinesischen Truppen im Zaume zu halten“ — „in der chinesischen Regierung gehe alles drüber und drunter“ — „eine Note von Chün-chi-chu (Staatsrath, oberste Reichsbehörde) sei schon unterwegs an die Gesandtschaften, und daraus werde ich das Übrige ersehen.“ || Ich hielt unter diesen Umständen jedes weitere Palaver für überflüssig, machte Sung dafür verantwortlich, dafs die Forderung meines Chefs, betreffend die Zurückziehung der Kansu-Truppen an den betreffenden Oberstkommandierenden, Grofssekretär Jung-lu, gelange, und ging zurück. Bei meiner Rückkunft in die Gesandtschaft meldete ich Herrn von Ketteler sofort, was ich erfahren hatte, und machte kein Hehl daraus, dafs ich die Sachlage für sehr bedenklich halte. Nach kurzer Zeit (5 Uhr) kam die Note des Yamen, worin der Gesandtschaft eine Frist von 24 Stunden bis zum Verlassen der Hauptstadt gegeben wird. — Herr von Ketteler sträubte sich dagegen, zu glauben, dafs

Nr. 12228. Deutsches Reich. 20. Aug. 1900.

die chinesische Regierung ernsthaft meine, was in der Depesche gesagt sei. Sie sei vom Wahnsinn diktiert. Wir müfsten die beiden Prinzen persönlich noch einmal sehen, um ihnen ernsthaft ins Gewissen zu reden. Wir dürften, ohne den letzten Versuch zu machen, eine schwer errungene diplomatische Position nicht aufgeben, die Milliarden kosten werde, um sie wiederzuerlangen. — So wurden in einer Antwortnote, welche dem Yamen um 9 Uhr abends zugestellt wurde, und über deren rechtzeitige Ablieferung im Yamen eine Quittung vorliegt, die beiden Prinzen Ching und Tuan für den nächsten Morgen 9 Uhr um eine Unterredung im Tsungli Yamen gebeten. || Abends spät hatte ich noch eine längere Unterredung mit meinem Chef im Garten. Ich versprach mir nach dem am Nachmittag im Yamen gewonnenen Eindruck wenig Erfolg von der Unterredung mit den Prinzen, zweifelte überhaupt stark daran, ob wir dieselben am nächsten Morgen im Yamen antreffen würden. Ich suchte auf einen Entschlufs zu drängen, ob wir gehen oder bleiben wollten. Wenn es möglich sei, so sollten wir meines Erachtens pflichtmäfsig bis zur Ankunft der Ersatztruppen uns halten. Dies sei zwar, da morgen um 4 Uhr nachmittags die Soldaten wahrscheinlich gegen uns losgelassen würden, fast sicherer Tod, aber es sei nicht zu verkennen, dafs der Abzug mit dem grofsen Trofs an Frauen, Kindern und Chinesen, den wir mitzunehmen gezwungen seien, mit Rücksicht auf die gänzliche Unzuverlässigkeit der chinesischen Truppen auch seine grofsen Gefahren habe. Ich gebrauchte bei dieser Gelegenheit das Bild von Hunden, die man im Zaume halten könne, so lange man ihnen die Stirn zeige, die sich aber in blinder Wut auf uns stürzen würden, sobald wir den Rücken wenden sollten. Herr von Ketteler war ganz meiner Meinung, wollte aber auf den letzten Versuch nicht verzichten, persönlich auf die leitenden chinesischen Regierungsvertreter einzuwirken. || Am 20. Juni, morgens um 8 Uhr, kam der Herr Gesandte zum Yamen-Besuch angezogen zu mir und sagte, er gehe voraus nach der französischen Gesandtschaft, wo eine Konferenz der fremden Vertreter stattfinde. Ich möge 20 Minuten später mit den beiden Sänften folgen. Eine bewaffnete Eskorte (1 Unteroffizier und 4 Mann vom Schutzdetachement) solle bei der österreichischen Gesandtschaft auf uns warten. || Ich verliefs, wie angewiesen, die deutsche Gesandtschaft mit zwei Sänften und den gewöhnlichen beiden Amtsreitern (Chinesen) um 8 Uhr 20 Minuten vormittags und wartete in einer der Vorhallen der französischen Gesandtschaft auf die Beendigung der Konferenz. Da ich den Herrn Gesandten ohne Waffen hatte fortgehen sehen, so hatte auch ich den Winchester-Karabiner, den ich auf Anraten des Gesandten auf diesen Wegen in den letzten Tagen stets mitgenommen hatte, zu Hause gelassen. — Kurz nach $8\,^1/_2$ Uhr kam Herr von Ketteler allein aus der Versammlung. Er sah etwas nervös aus. Als wir die Sänften bestiegen, meinte er, ob es nicht vielleicht gerathen sei, die bewaffnete Eskorte zurückzulassen. Ich antwortete — hatte ich doch an den beiden vorhergehenden Tagen denselben Weg unangefochten allein gemacht, ohne dafs dem Yamen mein Besuch angekündigt und damit eine Gelegenheit

gegeben wäre, für die Sicherheit des Weges zu sorgen —, dafs die bewaffnete Eskorte geeignet sei, Aufsehen zu erregen und deshalb wohl besser zurückbleibe. Ich mache aber darauf aufmerksam, dafs ich gänzlich unbewaffnet sei: Wir müfsten die Verantwortung für alles, was geschehe, der chinesischen Regierung überlassen, die auf unsern Besuch vorbereitet sei. Der Gesandte antwortete hierauf nicht. Ich hatte, indem ich mich der Meinung des Gesandten, dafs die Eskorte besser zurückbleibe, anschlofs, besonders Patrouillen und kleinere Trupps bewaffnete und unbewaffnete Kansusoldaten im Auge, auf die ich bei anderen Gelegenheiten nördlich des Gesandtschaftsviertels gestofsen war. Sie hatten mich bisher frei passieren lassen, ja sogar mehr oder weniger freundlich mit mir gesprochen. Der Anblick von 5 mit Gewehren bewaffneten fremden Soldaten mufste aber auf diese verwilderte und von grofsem Selbstvertrauen beseelte Soldateska entschieden eine herausfordernde Wirkung haben und sie zu Thätlichkeiten reizen, zumal die Kansuleute leicht in grofser Überzahl auftreten konnten und erst drei Tage vorher mehrere ihrer Kameraden, welche sich aggressiv benommen hatten, von einer unserer Patrouillen ganz nahe der Gegend erschossen waren, die wir zu passieren hatten. || Wir verliefsen die französische Gesandtschaft und bogen hinter derselben gleich links in die nach dem Zollhaus und der österreichischen Gesandtschaft führende Querstrafse ein. An der österreichischen Barrikade auf der Chang-an-Strafse stand unsere Eskorte. Der Herr Gesandte schien im Vorübergehen an derselben noch einen Moment zu schwanken, ob er sie mitnehmen solle oder nicht. Erst als er die Barrikade passiert und die Eskorte das Gewehr über genommen hatte, um zu folgen, sagte er zu dem Unteroffizier: „Sie bleiben hier, bis wir aus Sicht sind. Dann kehren Sie in die Gesandtschaft zurück; ich brauche Sie nicht.“ —

Wir gingen die Chang-an-Strafse nach Osten hinab. Ich sah, wie der Führer der Sänftenträger den Vorhang vor der Sänfte des Gesandten herablassen wollte, und hörte, wie Herr von Ketteler sich dieses verbat. Mir gefiel dieses neue Zeichen der männlichen Art meines Chefs, und ich folgte seinem Beispiele. So bogen wir mit offenem Visier in die Hatamen-Strafse hinein. Hier stand eine Menge Menschen, welche uns mit Interesse betrachteten, ohne jedoch die geringste Neigung zu Feindseligkeiten zu zeigen. Unsere beiden Sänften gingen auf dem erhöhten Strafsendamm dicht hintereinander. Von den beiden chinesischen Reitknechten ritt einer wie gewöhnlich vorauf, der andere folgte den Sänften. Als wir den Tungtan-Pailou (Ehrenbogen) passierten, sah ich einen von 4 bis 5 Lanzenträgern begleiteten chinesischen Karren vor uns. Dieser Karren fesselte eine Weile meine Aufmerksamkeit. Als ich den Blick von ihm wieder auf die 3 Schritte vor mir getragene Sänfte des Herrn Gesandten richtete, sah ich ein Bild, welches mein Blut eine Sekunde zum Stocken brachte: Links neben der Sänfte, welche soeben die Polizeistation nördlich des genannten Pailou passiert hatte, stand wie aus der Erde gewachsen ein Bannersoldat (augenscheinlich Mandschu) in voller Uniform, Mütze

Nr. 12228. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

mit 6. (?) Rangknopf und blauer Feder, in Anschlagstellung, die Gewehrmündung kaum einen Meter von dem Seitenfenster der Sänfte entfernt, genau da, wo sich der Kopf des Herrn von Ketteler befinden mufste — mit dem Gewehr der Bewegung der Sänfte folgend. Nicht einer der neun Sänftenträger, deren Aufmerksamkeit allerdings wohl auf den Boden gerichtet war, hatte von dem Auftreten der Erscheinung das Geringste gesehen oder gehört, denn jeder ging ruhig seines Weges. Ich rief entsetzt „halt". In demselben Augenblick krachte der Schufs des Bannersoldaten vor mir — die Sänften wurden hingeworfen — ich sprang auf und erhielt in diesem Moment einen Schufs von links hinten, der den oberen Teil meines linken Oberschenkels und den Unterleib durchbohrte. Der Schufs war wahrscheinlich, ebenso wie bei Herrn von Ketteler auf meinen Kopf gezielt gewesen, aber durch das Hinwerfen der Sänfte und mein Aufspringen deplaciert worden. || Als ich den eine Halbthür bildenden Vorhang vor meiner Sänfte entfernt hatte und in der Öffnung derselben stand, sah ich die Sänfte des Herrn Gesandten noch vor mir stehen. Von ihm selbst war nichts zu sehen oder zu hören. Ein Augenblick des Zauderns war sicherer Tod. Ich lief, so gut ich konnte, von lebhaftem Gewehrfeuer verfolgt, nach der nächsten schützenden Strafsenecke halbrechts etwa 50 Schritte vor mir. Im Moment, bevor ich dieselbe erreichte, sah ich mit einem Blick nach rückwärts die Sänfte des Gesandten noch auf dem Strafsendamme stehen, ohne von ihm selbst jedoch das Geringste zu bemerken. — Die Seitenstrafse war ganz menschenleer. Man feuerte weiter in die enge Gasse hinein hinter mir her. Ich glaubte, ich sei in der T'angtze-Hutung, in der das Tsungli Yamen liegt. Dort konnte ich den Vorfall gleich melden und vielleicht Schutz finden. || Ich lief, solange meine Kräfte reichten. Allmählich hörten die Schüsse auf; aber ein paar mit Lanzen bewaffnete Leute ohne weitere Abzeichen (vielleicht dieselben, welche vorhin den Karren begleitet hatten) wollten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, einen ermatteten Fremden zu töten. Sie verfolgten mich eine ganze Weile und ich hörte den Einen dem Andern zurufen: „Der thut's nicht mehr lange." Dann fühlte ich meine Kräfte schwinden. Ein Halbdunkel legte sich vor meine Augen. Ich sah hinter mir nur noch einen Lanzenträger, der im Laufen Stofsbewegungen nach mir machte. Auf alles gefafst, ging ich langsamer und hielt das mit schwarzem Tuch überzogene Armbrett der Sänfte, welches ich instinktiv mitgenommen hatte, zum Schutze gegen die Sonne über meinen unbedeckten Kopf. Dieses Armbrett mufs mein Verfolger wohl für eine der unheimlichem Waffen gehalten haben, mit denen die Chinesen uns Fremden stets ausgerüstet glauben. Die Lanze blieb zurück.

Dafs ich nicht in die T'angtze-Hutung, sondern in eine Parallelstrafse derselben, die Shih-Tajen-Hutung geraten war, hatte ich inzwischen gemerkt und suchte deshalb, an der nächsten Strafsenecke nach Süden abbiegend, die amerikanische Mission am Hatamen zu erreichen. Ich schleppte mich mit halbgeschlossenen Augen und bluttriefenden Kleidern durch eine Menge be-

lebter Nebengassen, jeden Augenblick den Zusammenbruch meiner Kräfte oder das Wiederauftauchen der Mordgesellen erwartend. Die Chinesen in den Strafsen liefen bei meinem Anblick zum Teil in die Häuser, teils starrten sie mich stumm und ausdruckslos an. Ein paar Mal fragte ich, ob ich auf dem Wege zum Hatamen sei. Man antwortete nicht, um sich den Nachbarn nicht als Helfershelfer verdächtig zu machen. — Nach etwa halbstündiger Wanderung sah ich endlich erst die ersehnte Krenelierung der Stadtmauer und dann die Gebäude der amerikanischen Mission vor mir. Ich kroch, von freundlichen Chinesen unterstützt, durch einen Stacheldrahtzaun und sah wenige Schritte von mir zwei europäische Gestalten. Dann brach ich ohnmächtig zusammen. Nur der Gedanke an das grausame Spiel, das man mit mir treiben würde, wenn ich den Schlächtern lebend in die Hände fiel, hatte mich bis dahin aufrecht erhalten. || Man trug mich in eins der Missionshäuser und verband meine Wunden. Zugleich schickte man, da ich zu meinen Landsleuten gebracht zu werden gebeten hatte, nach unserem Stabsarzt Dr. Velde. Durch ihn schickte ich die erste Nachricht von dem Geschehenen an die Gesandtschaft und wurde dann — es war inzwischen gegen Mittag geworden — von Soldaten unseres Detachements in die deutsche Gesandtschaft getragen. Von den unsere Sänften begleitenden Chinesen ist, wie der Vorreiter Liu mir nachträglich erzählte, aufser einem Sänftenträger, der von einer Kugel wohl zufällig an der Schulter gestreift wurde, niemand verletzt. Der hinter den Sänften befindliche Reitknecht Chou ist nach der Gesandtschaft zurückgekommen, und der Vorreiter Liu ist nach dem Tsungli Yamen geritten und hat dort von der Mordthat Meldung erstattet. Er hat auf dem Yamen einen ihm von Gesicht bekannten Abteilungsdirektor (Sekretär) gesprochen, dessen Namen er nicht wufste. Ein Prinz oder Minister ist nach Liu's glaubhaften Angaben um die für unseren Besuch festgesetzte Zeit nicht auf dem Yamen gewesen. Liu ist von einem Beamten des Yamen nach der Gesandtschaft zurückgeleitet worden. An der Stelle, wo Herr von Ketteler ermordet wurde, hat eine zerfetzte Sänfte noch auf der Strafse gestanden. Von der Leiche ist nichts zu sehen gewesen. Auf die Frage des den Liu begleitenden chinesischen Beamten nach dem Verbleibe der Leiche haben die Leute auf die der Tsung-pu-Hutung gegenüber bei der Polizeistation in die Hatamen-Strafse mündende Quergasse gezeigt. Dort hinein sei die Leiche geschleppt worden. || Ich bin der Meinung, dafs der Kaiserliche Gesandte, Herr Freiherr von Ketteler von der Kugel des Bannersoldaten durch den Kopf geschossen, sofort lautlos tot auf seinem Sitze zusammengesunken ist. Ob Herr von Ketteler eine Schufswaffe bei sich führte, kann ich mit Sicherheit nicht angeben. Er pflegte auf Gängen aufserhalb der Gesandtschaft einen kleinen Revolver am Riemen über die Schulter gehängt zu tragen. Auf dem verhängnisvollen Gange habe ich den Revolver nicht gesehen. Herr von Ketteler kann ihn aber untergeschnallt getragen oder in die Sänfte gelegt haben. Jedenfalls weifs ich jedoch mit voller Bestimmtheit, dafs der erste Schufs, welcher fiel, von dem Bannersoldaten gegen den Kopf des unglücklichen Gesandten gefeuert

Nr. 12228. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

Nr. 12228. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

wurde, und dafs weder Herr von Ketteler, noch ich, noch irgend Jemand von unseren Leuten überhaupt geschossen hat. || Dafs durch die Mitnahme der bewaffneten Eskorte von 1 Unteroffizier und 4 Mann unseres Detachements der Gesandtenmord hätte verhindert werden können, halte ich für unwahrscheinlich, glaube vielmehr, dafs dadurch nur weitere 5 für die Verteidigung der Stellung in Peking höchst wertvolle Leben verloren gewesen wären. Ein unmittelbar nach dem Attentat von einer Offiziers-Patrouille unseres Detachements nach der Hatamen-Strafse gemachter Vorstofs ist mit einem aus der Richtung der Mordstelle kommenden starken Gewehrfeuer empfangen worden, sodafs er aufgegeben werden mufste. Über die Einzelheiten des Vorstofses bin ich nicht unterrichtet.

Ich halte die ruchlose Blutthat für einen sorgfältig vorbereiteten Racheakt eines oder mehrerer hochstehender Vertreter der chinesischen Regierung, die Herr von Ketteler in seiner offenen, männlichen Art des doppelten Spieles und der Kollusion mit den Faustleuten in letzter Zeit wiederholt und zum Teil ins Gesicht beschuldigt hatte. Dies waren hauptsächlich: || Kang-yi, Jung-lu, Prinz Tuan, Ch'ung-li, Herzog Lan, Ying-nien, T'ung-fu-hsiang u. A. || Ich werde in dem oben angegebenen allgemeinen Eindrucke bestärkt durch folgende Indizien: || 1) Das Yamen wufste durch die Note vom 19. abends, dafs der Gesandte am 20. um 9 Uhr morgens kommen würde, um die beiden Prinzen zu sprechen. Nach des Reitknechts Angaben war aber um die Zeit weder ein Prinz, noch irgend einer der Minister auf dem Yamen. Warum hatte man nicht abgeschrieben, oder wenigstens einen reitenden Boten mit der Absage geschickt, wie das unter ähnlichen Umständen stets geschah? — Man hat dies unterlassen, um den Gesandten in den Hinterhalt zu locken. || 2) Die Leute, welche die Mordthat ausführten, waren nicht etwa Marodeure oder Angehörige der gewaltthätigen, wegen ihres Fremdenhasses und der Freundschaft zu den Faustleuten bekannten irregulären Korps, sondern in voller Uniform befindliche, augenscheinlich mandschurische Bannertruppen. || 3. Dieses Exekutions-Kommando hatte unmittelbar neben einer Polizeistation Stellung genommen, welche dem Polizei-Präsidenten Ch'ung-li (s. obige Namen) unterstand. Die deutsche Gesandtschaft besafs gewisse für Ch'ung-li und andere Beamte des Polizei-Präsidiums kompromittierende Schriftstücke. Dieselben stammten aus einem von unseren Soldaten ausgenommenen Neste der Faustleute, und es ging aus den Papieren hervor, dafs Ch'ung-li u. s. w. in Verbindung mit der Sekte standen. || Die Mordgesellen müssen sich, um die Ankunft des Gesandten abzuwarten, in und bei der Polizeistation aufgehalten haben. Sobald die Sänften in Sicht kamen, haben die Mannschaften der Polizeistation, denen unser Vorreiter — ich bin von der Station aus bei jedem Vorüberkommen stets sichtlich beobachtet worden — längst genau bekannt war, uns als „Deutsche Gesandtschaft" identifiziert und die Henkersknechte haben sich an der Station mit aller Mufse aufgestellt. Sie müssen die Gewehre schufsbereit auf der uns abgewandten (linken) Seite gehalten und lautlos in Anschlag gebracht haben,

als wir heran waren. — Die Aufstellung des Kommandos war so, dafs die Sänfte des Gesandten bereits bei dem äufsersten Posten derselben angekommen war, als der verhängnisvolle erste Schufs fiel. Durch diese Aufstellung wurde uns ein Entkommen nach rückwärts unmöglich gemacht. || 4) Es war auf den Kaiserlichen Gesandten, nicht auf einen Fremdenmord überhaupt abgesehen, sonst hätte man nicht mich, wenn auch aus mehreren Wunden stark blutend, entrinnen lassen. Mit Gewehren bewaffnete Soldaten, die mich noch weiter hätten verfolgen können und die mich unter anderen Umständen gewifs auch noch weiter verfolgt hätten, um mir den Garaus zu machen, waren genug vorhanden. Aber der Auftrag lautete auf den Kopf des Gesandten. Der Auftrag war erledigt und die Leiche des Ministers hatte für die Schurken mehr Interesse als meine Person. — || 5) Der Überfall ist nicht von den Faustleuten ausgegangen; denn eine unter dem Einflusse der Sekte stehende Soldateska würde auch die chinesischen Gefolgsleute der Fremden nicht haben entrinnen lassen. Es ist aber von unseren 11 Leuten nur Einer, und zwar offenbar zufällig, durch einen Streifschufs verletzt worden. Den Reitknecht Liu sah ich, als ich die Ecke der Shih Tajen Hutung nahezu erreicht hatte, auf dem Pferde in geringer Entfernung vor den Sänften halten und rückwärts schauen.*) || Man hat den uns begleitenden Chinesen kein Leid anthun wollen. Das widerspricht strikt den Gepflogenheiten der Faustleute, deren Wut sich gleichmäfsig gegen Fremde, Christen und alle solche Chinesen richtet, welche „der Fremden Reis essen". || Obige Angaben sind an beiden auf das Attentat folgenden Tagen zunächst in Form von Bleistiftnotizen im Hospital niedergeschrieben, und sobald ich im Bette aufsitzen konnte, mit Tinte zu Papier gebracht.

Peking, Britische Gesandtschaft, den 4. Juli 1900.

gez. Heinrich Cordes.

Anlage 2

zum Berichte der Kaiserlichen Gesandtschaft zu Peking vom 29./8. 1900.

Verhandelt Peking, den 21. Juni 1900.

Vor dem unterzeichneten Dolmetscher bei der Kaiserlichen Gesandtschaft erscheint der Gesandtschafts-Reitknecht Liu-yu-chêûg und giebt, über seine Kenntnis von dem Überfall auf den Kaiserlichen Gesandten Freiherrn von Ketteler vernommen, folgende in Übersetzung wiedergegebene Erklärung ab. || „Gestern Vormittag gegen 9 Uhr, als der Herr Gesandte sich mit dem Dolmetscher Cordes auf das Tsungli Yamen begab, ritt ich, wie gewöhnlich, den Sänften vorauf. Als wir auf der Hatamenstrafse bis vor den Eingang der

*) Von dieser Stellung aus hat Liu in die Sänfte des Gesandten hineinsehen können. Herr von Ketteler hat nach seiner nachträglichen Angabe „tot auf seinem Sitze gesessen. Der Oberkörper ist gegen die Rücklehne gefallen und der Kopf hat weit nach hinten übergehangen".

Nr. 12228. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

Tsungpuh'utung (Gasse) gekommen waren, fielen von der linken Seite der Straſse, wo sich eine Polizeiwache befindet, plötzlich Schüsse und einige chinesische Soldaten drangen, mit Gewehren bewaffnet, auf die Sänften ein. Die Sänftenträger, wohl durch das Schieſsen erschreckt, lieſsen die Sänften niederfallen. Ich sah noch, als ich mich umdrehte, wie der Herr Gesandte in die Sänfte zurückgesunken regungslos dalag, und wie der Dolmetscher Cordes, anscheinend verwundet, davoneilte. So schnell ich konnte, ritt ich darauf zum Tsungli-Yamen, wo nur ein Sekretär anwesend war. Diesem erstattete ich Anzeige von dem Vorfall und er schickte darauf einen Beamten mit mir an die von mir bezeichnete Stelle. Dort sah ich nur noch das Gerüst einer Sänfte stehen.|| Vorübergehende Leute sagten, daſs man den Leichnam des Herrn Gesandten in eine anliegende Gasse geschleppt habe; der Name der Gasse ist mir entfallen. Ich wurde darauf in die chinesische Wachtstube am Hatamen-Thore geführt, von wo ich in die Kaiserliche Gesandtschaft zurückgelangte." || Die vorstehende Verhandlung ist dem Zeugen in chinesischer Sprache vorgelesen, von ihm genehmigt und, da er des Schreibens unkundig, mit seinem Handzeichen an Stelle der Unterschrift versehen worden.

gez. †††

Geschlossen wie oben.

gez. Dr. Merklinghaus.

Anlage 3
zum Berichte der Kaiserlichen Gesandtschaft zu Peking vom 29./8. 1900.

Peking, den 16. August 1900.

Auf die am heutigen Tage von chinesischen Anwohnern der Hatamen-Straſse erstattete Anzeige, daſs die Leiche des am 20. Juni d. J. ermordeten Kaiserlichen Gesandten Freiherrn von Ketteler in einer Seitengasse der Hatamen-Straſse begraben sei, begab sich der unterzeichnete Kaiserliche Geschäftsträger mit den nachbenannten Personen: || 1) Stabs- und Gesandtschafts-Arzt Dr. Velde, || 2) Oberleutnant Graf von Soden, Detachementsführer, || 3) Leutnant von Loesch, kommandiert zur Kaiserlichen Gesandtschaft, || 4) Referendar Dr. Merklinghaus, Dolmetscher bei der Kaiserlichen Gesandtschaft, || 5) Kanzleischreiber Pifrement, || zur Feststellung des Thatbestandes an Ort und Stelle. || Es wurde Folgendes festgestellt: || In der „Shuai-fu Hutung" genannten Seitengasse der Hatamen-Straſse, wenige Schritte von der Stelle entfernt, wo nach Angabe des Dolmetschers Cordes die Ermordung stattgefunden hatte, war an die Aufsenmauer eines auf der nördlichen Seite der Gasse gelegenen Hauses ein Erdhügel aufgehäuft, unter welchem ein groſser chinesischer Holzsarg vorgefunden wurde. Nach Öffnung des äufseren massiven und eines inneren leichten Deckels fand sich eine schon stark in Verwesung übergegangene Leiche vor. || Dieselbe wurde von sämtlichen Erschienenen: || 1) an der Farbe und Länge des Haupthaares, || 2) an der Farbe und Form des Schnurbartes, || 3) an der Gröſse und Gestalt des Körpers, || 4) an den bei der Leiche vorgefundenen Kleidungsstücken, als

diejenige des Kaiserlichen Gesandten, Freiherrn von Ketteler || anerkannt. || Hierauf wurde der Sarg geschlossen und nach der Gesandtschaft überführt. || Die vorstehende Verhandlung wurde den Erschienenen vorgelesen, von denselben genehmigt und unterschrieben. Nr. 12228. Deutsches Reich. 29. Aug. 1900.

gez. Velde
„ Graf von Soden
„ von Loesch
„ Dr. Merklinghaus
„ Pifrement.

Geschlossen wie oben.

Der Kaiserliche Geschäftsträger.
gez. von Below.

Nr. 12229. DEUTSCHES REICH. — Legationsrat von Below in Peking an den deutschen Gesandten in China. Bericht über den Mörder des Gesandten von Ketteler.

Bericht des Kaiserlichen Legationsrats von Below an den Kaiserlichen Gesandten Dr. Mumm von Schwarzenstein über den Mörder des Freiherrn von Ketteler.

Peking, den 25. September 1900.

Durch einen Zufall ist es gelungen, den Mörder Baron Ketteler's festzunehmen. || Am 6. d. M. bot ein Chinese dem Oberst Shiba, Führer des japanischen Detachements während der Belagerungszeit, eine silberne Uhr zum Kauf an, die mit Wappen und Namenszug des Verstorbenen geschmückt war. Oberst Shiba liefs sogleich nachforschen, woher die Uhr stamme, und die Spuren führten alsbald auf den Mandschu-Soldaten, der am 20. Juni den tödlichen Schufs auf Freiherrn von Ketteler abgegeben. Derselbe leugnete keinen Augenblick seine Thäterschaft. Am 7. d. M., unmittelbar vor der Abreise Frau von Ketteler's, übergab mir Oberst Shiba die Uhr, und ich bat ihn um die Auslieferung des Verbrechers, der in das Lager des See-Bataillons in sicheres Gewahrsam gebracht wurde. Hier erfolgte seine Vernehmung durch den Zweiten Dolmetscher der Kaiserlichen Gesandtschaft, Herrn Cordes, zunächst am 8., zuletzt am 21. d. M., und beehre ich mich Abschrift der hierüber aufgenommenen beiden Protokolle in der Anlage gehorsamst zu überreichen. || An der Richtigkeit der Aussagen En-hai's ist nicht zu zweifeln. Im Gefühl, als Soldat auf höheren Befehl gehandelt und seine Schuldigkeit gethan zu haben, hat er sich freiwillig als Mörder bekannt, nicht um Gnade gefleht, sondern nur gebeten, da er doch sterben müsse, die Exekution möglichst zu beschleunigen. Wer der „Prinz" gewesen ist, der den Befehl zum Erschiefsen der Fremden gegeben hat, scheint En-hai wirklich nicht zu wissen, was bei seiner untergeordneten militärischen Stellung kaum wunderbar erscheinen dürfte. Nr. 12229. Deutsches Reich. 25. Sept. 1900.

von Below.

Nr. 12229.
Deutsches
Reich.
25.Sept.1900.

Anlage 1.

Peking, den 8. September 1900.

Protokoll.

Vorgeführt aus Haft: En-hai, 52 Jahre, Mandschu, schlichtes weifses Banner, 6. Rangknopf, blaue Feder (sog. kleine Feder), gehört zum mittleren Infanterielager des Shen chi Ying, auch genannt Ting tze Tui. || Unser Lager-Hauptmann (Ying tsung) heifst Fu-liang. Schreiben kann ich nicht. Der Befehl war am Tage vorher (19. Juni) gegen Abend vor dem Dunkelwerden vom Prinzen, weifs nicht von welchem, gekommen: „Es ist Krieg; wenn ihr Fremde seht, schiefst sie nieder.“ Ich führte daraufhin auf Befehl des Yingtsung 30 Mann von unserem Lager auf dem Shuaifu Juan'rh nach dem Platze, wo die Shuaifu Juan'rh Hutung in die Hatamen-Strafse mündet. Wir standen an der Polizeistation. Ich habe den ersten Schufs auf den Gesandten in der Sänfte abgeschossen. Als wir dann in die Sänfte hineinsahen, war der darin auf dem Sitze hintenübergefallene Gesandte tot. Er ist nicht weiter verwundet.

gez. Cordes,
komm. Civilpräfekt von Deutsch-Peking.

Anlage 2.

Peking, den 21. September 1900.

Protokoll.

Vorgeführt aus Haft: En-hai, der Mandschu-Soldat, welcher den Todesschufs auf Freiherrn von Ketteler abgab. — Er bestätigt seine Angaben vom 8. September, auch sein Geständnis; er sagt weiter aus: Mein Truppenteil heifst mit vollem Namen „Wei ting chih shêng, Pu tui Chung-ying“, und wird gewöhnlich Ting tze Tui genannt. Wir waren seit zwei Jahren mit Mausergewehren bewaffnet. Unser Yingtsung Fu-liang hatte den 4. Rang. Das Shenchi Ilng-Korps, dem wir angehörten, hat sich am 14. August Nachts aufgelöst. Die Leute haben sich in alle vier Winde zerstreut und teils ihre Waffen ins Lager geworfen, teils sie mitgenommen. Ich warf mein Gewehr ins Lager und ging nach meiner Wohnung in der Chê-nien-tien Hutung am Anting hen. Dort habe ich, obwohl die japanischen Soldaten den Stadtteil schon besetzt hatten, ruhig gelebt, bis mich die Uhr des Gesandten verraten hat. Am 6. September haben mich die Japaner in meiner Wohnung festgenommen. Ich bitte, da ich doch sterben mufs, die Exekution möglichst zu beschleunigen. || Am 19. Juni, Mittags gegen 1 Uhr, kam der Befehl vom Prinzen, die Strafsenecken zu besetzen. Ich bezog mit 30 Mann die Ecke der Shuaifu Hutung. Andere Abteilungen von uns bezogen die nächsten Strafsenecken nördlich von uns. Südlich von der Shuaifu-Hutung waren die Strafseneingänge nicht mehr besetzt. Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr wurde mir der Befehl des Prinzen bekannt gegeben: „Wenn Fremde euch zu Gesicht kommen, so schiefst sie nieder.“ An dem Nachmittage habe ich keinen

Nr. 12229. Deutsches Reich. 25. Sept. 1900.

Fremden mehr vorüberkommen gesehen. Wenn Sie, Herr Präfekt, kurz nach 4 Uhr dort vorübergekommen sind, ohne dafs auf Sie geschossen ist, so ist der Befehl in dem Moment noch nicht zu uns gedrungen gewesen. Wäre dies der Fall gewesen, so würde auf Sie geschossen sein. || Ich weifs wirklich nicht, welcher von den Prinzen den Befehl gegeben hat. Prinz Ching war unser Höchstkommandierender und Prinz Tuan war der Chef des Hu shen Ying-Korps. || Als der Befehl zu mir kam — er wurde mir nur mündlich übermittelt —, war ich erst zweifelhaft. Ich ging deshalb noch einmal in das nahe gelegene Lager zurück und liefs mir vom Kommandanten Fuliang die Echtheit der Nachricht bestätigen. Dann ging ich auf meinen Posten zurück. || In der Nacht ist kein weiterer Befehl mir zugekommen. Auch am nächsten Morgen habe ich keine weitere Weisung erhalten. Es ist uns nicht besonders befohlen worden, auf einen Gesandten oder gar auf den deutschen Gesandten zu schiefsen, sondern es hiefs in dem Befehl nur: „schiefst auf Fremde!“ — || Als wir am 20. Juni Morgens die beiden Sänften vom Süden heraufkommen sahen, machten wir unsere Gewehre fertig und stellten uns auf. Wir nahmen eigentlich keine ordentliche Stellung ein. Ich stand allein ein wenig nach Norden heraus und nahm die vorderste Sänfte auf mich. Meine Leute standen weiter nach Süden. In dem Polizeihause standen wir nicht. Wir gingen wohl hinein, um unsere Pfeifen anzustecken, und plauderten mit den Polizisten. Die letzteren wufsten auch, dafs auf Fremde geschossen werden sollte. || Ich schofs den ersten Schufs und gab meinen Leuten das Zeichen zum Feuern. || Als Sie, Herr Präfekt, sich nach der Shih Tajen-Hutung fortschleppten, habe ich meinen Leuten verboten, Sie weiter zu verfolgen, weil wir Befehl hatten, die Strafsenecke besetzt zu halten, und dieselbe nicht verlassen durften. Ob Lanzenträger hinter Ihnen hergelaufen sind, weifs ich nicht. || Als ich geschossen hatte, hat der Gesandte noch eine Patrone aus einem Revolver abgefeuert. Ich habe den Knall nicht gehört, wohl aber die Kugel pfeifen gehört. Der Gesandte hat auch noch etwas gesagt, was ich aber nicht verstanden habe. Dann ist er sofort hintenüber gefallen und tot gewesen. Der Revolver lag, als wir die Sänfte entzwei rissen, auf dem Fufsboden derselben. Es war ein Fünflader, und es fehlte eine Patrone. Ich habe den Revolver an mich genommen und ihn an den Kommandanten für die Lagerkammer abgeliefert. Als die Leiche in die Shuaifu-Hutung geschleppt wurde, lugte die Uhr aus der Tasche heraus. Es nahm sie jemand heraus, und ich bat sie mir aus. Ob der Leiche noch andere Sachen abgenommen wurden, kann ich nicht sagen. || Meine Leute schleppten sie in die Gasse, und ich habe mich persönlich nicht weiter darum bekümmert. Ich habe aber die Leiche, welche an der Stelle, wo die Shuaifu-Hutung nach Norden abbiegt, hingelegt wurde, noch bewachen lassen. Wir legten sie dorthin, weil wir sie den Blicken der als wild bekannten Tungfu-hsiang'schen Soldaten entziehen wollten. Es ist der Leiche weiter nichts geschehen. Auch die Kleider sind ihr nicht ausgezogen worden. — || Als die Schüsse auf die Sänften gefallen waren, strömten eine Menge Soldaten von

Nr. 12229. Deutsches Reich. 25. Sept. 1900.

allen Seiten aus den nächsten Lagern herbei, Infanterie und Reiter, auch Tungfuh-hsiang'sche Soldaten, welche westlich von uns lagen. Als dann die fremden Soldaten (Soden'sche Patrouille) kamen, schossen sie alle mit. Wir waren wohl 70 Mann stark. Die fremden Soldaten zogen sich zurück. || In der folgenden Nacht wurde ich von meinem Posten abgelöst. Die Leiche wurde aber auf besonderen Befehl unseres General-Kommandeurs, Bannergenerals (Fu-tu-tung) Su-lu-tai durch einen Posten weiter bewacht. || Ich habe später gehört, dafs sie begraben sei.

gez.: H. Cordes.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

Nr. 12230. DEUTSCHES REICH. — Vertrag mit der Aktiengesellschaft „Deutsche Ostafrikalinie" über die Einrichtung und die Unterhaltung von Postdampferverbindungen mit Afrika.

9./21. Juli 1900.

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

Zwischen dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe, handelnd im Namen des Reichs, einerseits und der Aktiengesellschaft „Deutsche Ostafrika-Linie" zu Hamburg andererseits ist heute nachstehender Vertrag abgeschlossen worden:

Artikel 1.

Die Deutsche Ostafrika-Linie, als Unternehmer, verpflichtet sich, die nachstehend aufgeführten Postdampferlinien einzurichten und während des im Artikel 43 näher bezeichneten fünfzehnjährigen Zeitraums zu unterhalten: || A. eine Hauptlinie mit zweiwöchentlichen Rundfahrten um Afrika und zwar abwechselnd|| 1. von Hamburg über Bremerhaven, einen niederländischen oder belgischen Hafen, Lissabon, Las Palmas, Kapstadt, Port-Elizabeth, East-London, Durban, Delagoa-Bay, Beira, Mozambique, Zanzibar, Dar-es-Salaam, Tanga, Aden, Suez, Port-Said, Neapel, Lissabon, einen niederländischen oder belgischen Hafen, Bremerhaven, zurück nach Hamburg (westliche Rundfahrt), || 2. von Hamburg über Bremerhaven, einen niederländischen oder belgischen Hafen, Lissabon, Neapel, Port-Said, Suez, Aden, Tanga, Dar-es-Salaam, Zanzibar, Mozambique, Beira, Delagoa-Bay, Durban, East-London, Port-Elizabeth, Kapstadt, Las Palmas, Lissabon, einen niederländischen oder belgischen Hafen, Bremerhaven, zurück nach Hamburg (östliche Rundfahrt); || B. eine Zwischenlinie mit vierwöchentlichen Fahrten von Hamburg über einen niederländischen oder belgischen Hafen, Neapel, Port-Said, Suez, Aden, Tanga, Dar-es-Salaam, Zanzibar, Kilwa, Lindi, Mikindani, Ibo, Mozambique nach Beira und zurück über dieselben Häfen. Die Fahrten dieser Linie sind so zu legen, dafs in Verbindung mit denen der Linie A 2 in zweiwöchentlichen Zeitabständen eine Abfahrt von Neapel nach Deutsch-Ostafrika stattfindet. || Die Bestimmung des niederländischen und des belgischen Anlaufhafens erfolgt durch den Reichskanzler. Der Unter-

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

nehmer ist verpflichtet, auf Verlangen und nach Bestimmung des Reichskanzlers ohne besondere Entschädigung die ausgehenden Dampfer der Linie A 2, die einkommenden Dampfer der Linie A 1 sowie sämtliche Dampfer der Linie B einen niederländischen und einen belgischen Hafen anlaufen zu lassen. || Der Unternehmer ist ferner verpflichtet, die Dampfer der von ihm aufservertragsmäfsig betriebenen Bombay-Linie die Häfen Pangani und Bagamoyo regelmäfsig alle vier Wochen, sowie auf rechtzeitiges Ansuchen des Kaiserlichen Gouvernements von Deutsch-Ostafrika auch die Häfen Saadani, Kilwa und Lindi (die beiden letzteren nur während des Nordost-Monsuns) nach Bedarf, nötigenfalls alle vier Wochen, ohne besondere Entschädigung anlaufen zu lassen.

Artikel 2.

Die Geschwindigkeit der Fahrten mufs im Durchschnitte mindestens betragen: || auf der Linie A 1 || von Hamburg bis Kapstadt, sowie von Dar-es-Salaam bis Neapel 12 Knoten, auf den übrigen Strecken $10^1/_2$ Knoten, || auf der Linie A 2 || von Neapel bis Dar-es-Salaam sowie von Kapstadt bis Hamburg 12 Knoten, auf den übrigen Strecken $10^1/_2$ Knoten, || auf der Linie B 10 Knoten. || Vorübergehend kann der Reichskanzler für ältere, bereits vor dem 1. April 1900 in die ostafrikanische Reichspostdampferlinie eingestellte Schiffe eine geringere als die vorbezeichnete Geschwindigkeit zulassen, die aber auf der Hauptlinie nicht unter $10^1/_2$ Knoten herabgehen darf. || Bei Fahrten gegen den Monsun ist ein Abschlag von einem Knoten für die Stunde gestattet; für die Durchfahrt durch den Suezkanal wird eine den Verhältnissen entsprechende Zeit eingesetzt. || Hiernach wird die Zeitdauer der Reise unter Berücksichtigung des Aufenthalts in den Häfen ermittelt und durch den Fahrplan festgesetzt.

Artikel 3.

Der Unternehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Reichskanzlers innerhalb der Vertragsdauer auf der Hauptlinie für neu zu erbauende Schiffe eine Erhöhung der im Artikel 2 angegebenen Fahrgeschwindigkeit eintreten zu lassen, soweit auf einer ausländischen Konkurrenz-Postlinie eine Steigerung der vertragsmäfsigen Fahrgeschwindigkeit erfolgt. Diese Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit hat ohne besondere Gegenleistung des Reichs zu erfolgen, soweit der Unternehmer der ausländischen Postlinie die für seine Dampfer vorgeschriebene Fahrgeschwindigkeit ohne Erhöhung der vertragsmäfsigen Gegenleistung steigert.

Artikel 4.

Auf Verlangen des Reichskanzlers müssen die für die Hauptlinie neu zu erbauenden Schiffe mit solcher Maschinenkraft ausgestattet werden, dafs sie imstande sind, in voll beladenem Zustand eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 13 Knoten zu entwickeln.

Artikel 5.

Die Dampfer haben die Post an den fahrplanmäfsig hierzu zu bestimmenden Häfen (Posthäfen) aufzunehmen und abzuliefern. In den europäischen

Posthäfen müssen die Dampfer bei der Ausreise zu der fahrplanmäfsig festgesetzten Stunde bereit liegen, um sogleich nach Empfang der Post die Fahrt antreten zu können. Die Abfahrt darf nicht früher erfolgen, als bis die Post an Bord ist.

Artikel 6.

Der Unternehmer hat alljährlich den Fahrplan aufzustellen und dem Reichskanzler zur Genehmigung und endgültigen Feststellung zu unterbreiten. Der Entwurf des Fahrplans mufs mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkte der Einführung eingereicht, die Genehmigung zu Fahrplanänderungen mindestens zwei Monate vor dem Zeitpunkte, zu welchem sie eintreten sollen, eingeholt werden. || Der Reichskanzler ist berechtigt, zu jeder Zeit unter den im Artikel 35, letzter Absatz, festgesetzten Bedingungen eine Änderung des bestehenden Fahrplans, sowie das Anlaufen noch anderer, als der im Artikel 1 benannten Häfen anzuordnen. Für diejenigen Fälle, in denen es sich um eine Änderung in der Fahrgeschwindigkeit oder in der Anzahl der Fahrten handelt, finden die Bestimmungen der Artikel 3 und 40 Anwendung. Die angeordnete Änderung ist dem Unternehmer mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkte, zu welchem sie in Kraft treten soll, schriftlich mitzuteilen.

Artikel 7.

Andere als die fahrplanmäfsigen Häfen dürfen ohne besondere Genehmigung des Reichskanzlers von den Dampfern nicht angelaufen werden. Sind letztere infolge schlechten Wetters oder eines anderen Umstandes, welcher bei Anwendung der gehörigen Sorgfalt nicht zu vermeiden war, gezwungen, dem Fahrplane zuwider einen Nothafen anzulaufen, so ist die gesetzlich vorgeschriebene Verklarung, falls sie im Auslande zu bewirken ist, wenn thunlich vor dem deutschen Konsul abzulegen. Kann ein genügender Entschuldigungsgrund für das fahrplanwidrige Anlegen in glaubhafter Weise, insbesondere durch die abgelegte Verklarung und durch den Inhalt des Schiffstagebuchs nicht nachgewiesen werden, so ist für das erste Anlegen eine Strafe von 1000 (eintausend) Mark und für das zweite Anlegen auf derselben Fahrt eine solche von 2000 (zweitausend) Mark verwirkt; bei einer drittmaligen und jeder ferneren Zuwiderhandlung auf ein und derselben Fahrt liegt es in der Befugnis des Reichskanzlers, eine Strafe in Höhe von 2000 bis 5000 (fünftausend) Mark festzusetzen. || Die vorstehenden Bestimmungen finden sinngemäfse Anwendung auf diejenigen Fälle, in welchen fahrplanmäfsige Häfen nicht angelaufen werden.

Artikel 8.

Jede Verspätung in der Abgangs- oder der Ankunftszeit an den Anfangs- und Endpunkten der Haupt- und der Zwischenlinie wird, sofern sie nicht erwiesenermafsen durch einen Umstand, welcher bei Anwendung der gehörigen Sorgfalt nicht zu vermeiden war, oder durch verspätete Zuführung der Post verursacht ist, mit einer Strafe von 30 (dreifsig) Mark für die Stunde belegt.

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9. 21. Juli 1900.

Bei einer nicht gerechtfertigten Verspätung von über 12 (zwölf) hintereinanderfolgenden Stunden erhöht sich die Strafe von der dreizehnten Stunde ab auf das Doppelte. || Diese Strafbeträge können verdoppelt werden, wenn eine derartige Verzögerung in der Abfahrt durch Verladung von Gütern herbeigeführt worden ist. || Der Reichskanzler ist berechtigt, Strafen bis zu gleicher Höhe auch für Verspätungen der Abfahrt an den Zwischenhäfen festzusetzen. || Die in diesem und dem vorhergehenden Artikel vorgesehenen Strafen sollen in keinem Falle die Höhe der Vergütung übersteigen, welche auf die betreffende Fahrt bei Zugrundelegung des im Artikel 35 bestimmten Satzes für die Seemeile entfallen würde. || Zur Prüfung der planmäfsigen Ausführung der Fahrten ist nach dem jedesmaligen Wiedereintreffen eines Dampfers am Anfangspunkte der Reise ein alle erforderlichen Angaben enthaltender beglaubigter Auszug aus dem Schiffstagebuch an den Reichskanzler einzureichen. Letzterer ist berechtigt, die bezeichnete Prüfung auch in anderer Weise ausüben zu lassen. Sollte aus dem Umstande, dafs die Dampfer nicht zur fahrplanmäfsigen Zeit abgehen, die Notwendigkeit eintreten, die Post auf einem anderen Wege zu befördern, so hat der Unternehmer in allen Fällen die baren Auslagen zu ersetzen, welche durch diese Beförderung entstehen.

Artikel 9.

Der Unternehmer hat zur Ausführung der im Artikel 1 bezeichneten Fahrten Dampfer in einer den Anforderungen des Reichskanzlers genügenden Zahl einzustellen und zu erhalten. || Von diesen Dampfern sind neu zu erbauen und spätestens einzustellen:

a) in die Hauptlinie || 1 Dampfer am 1. April 1901,
2 „ „ 1. „ 1902,
2 „ „ 1. „ 1904;
b) in die Zwischenlinie || 2 Dampfer am 1. April 1901,
2 „ „ 1. „ 1908,

Die in die Fahrt eingestellten Dampfer dürfen ohne Genehmigung des Reichskanzlers zu Fahrten auf anderen als den im Vertrage bezeichneten Linien nicht verwendet werden.

Artikel 10.

Der Bruttoraumgehalt der neu einzustellenden Dampfer, soweit sie zur dauernden Verwendung auf den Linien bestimmt sind, soll wenigstens betragen:|| 5000 Registertons für die Hauptlinie, || 2400 Registertons für die Zwischenlinie.

Artikel 11.

Sämtliche in die Linien einzustellenden Dampfer dürfen in ihrer Bauart und Einrichtung, namentlich inbezug auf Sicherheit und Bequemlichkeit für die Reisenden, sowie hinsichtlich der Verpflegung den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachstehen und müssen insbesondere den nachstehenden Anforderungen entsprechen. || Die Dampfer sollen,

abgesehen von den für die Schiffsbesatzung und den zur Aufnahme der Post und deren etwaigen Begleiter bestimmten Räumlichkeiten, Einrichtungen zur Beförderung von Reisenden dreier verschiedener Klassen haben. || Die Räume müssen mit allen für die Reisenden notwendigen Gegenständen ausgerüstet sein. In den Räumlichkeiten der dritten Klasse sind Schlafeinrichtungen, bestehend aus Matratze und Kopfkissen, in genügender Anzahl herzurichten. Für einzeln reisende Personen weiblichen Geschlechts sind besondere Abteilungen herzurichten, welche verschliefsbar sein müssen. || An Bord jedes Dampfers mufs sich ein in Deutschland approbierter Arzt befinden. || Hinsichtlich der Einteilung des Schiffsraums in wasserdichte Abteilungen, der Ausrüstung mit Booten, Rettungsgeräten und Sicherheitsrollen, der Feuerlöscheinrichtungen, der Einrichtung zur Herstellung von Frischwasser, der Ausstattung mit Krankenräumen und Arzneimitteln müssen die Dampfer den Vorschriften des Bundesrats über Auswandererschiffe entsprechen. Soweit danach bezüglich der Prüfung der Schotteinteilung der See-Berufsgenossenschaft oder deren Organen Befugnisse vorbehalten sind, stehen dieselben für die Reichs-Postdampfer dem Reichskanzler zu. Der Reichskanzler ist befugt, in allen Fällen die Vorlage von Schwimmfähigkeitsberechnungen zu verlangen. || Die Dampfer müssen die von der Marineverwaltung als erforderlich bezeichneten Schiffspläne an Bord führen. || Rücksichtlich der Zwischenlinie bleibt dem Reichskanzler die Befugnis zur Ermäfsigung der in diesem Artikel gestellten Anforderungen vorbehalten.

Artikel 12.

In die Linien einzustellende neue Dampfer müssen auf deutschen Werften und thunlichst unter Verwendung deutschen Materials gebaut werden. || Die Pläne für den Bau unterliegen der Genehmigung des Reichskanzlers und sind in drei Exemplaren einzureichen. || Die Schiffe sind zur höchsten Klasse beim Germanischen Lloyd zu klassifizieren. Die an den Dampfern vorzunehmenden gröfseren Instandsetzungen müssen, soweit thunlich, ebenfalls auf deutschen Werften zur Ausführung gelangen.

Artikel 13.

Der Kohlenbedarf für die Dampfer ist, soweit er in deutschen Häfen oder in dem nach Artikel 1 anzulaufenden niederländischen oder belgischen Hafen eingenommen wird, ausschliefslich durch deutsches Erzeugnis zu decken. Abweichungen hiervon sind nur mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig. In denselben Häfen ist der Proviant thunlichst aus deutschen Quellen zu beziehen.

Artikel 14.

Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch Sachverständige, welche der Reichskanzler ernennt, geprüft und als den Anforderungen genügend anerkannt sein. || Der Reichskanzler ist berechtigt, diese Prüfung während der Vertragsdauer jederzeit wiederholen zu lassen und auf

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

Grund des Ergebnisses der Prüfung ein Schiff für ungeeignet zu erklären. In letzterem Falle ist der Unternehmer verpflichtet, binnen der ihm gestellten Frist das betreffende Schiff zurückzuziehen und für einen geeigneten Ersatz nach Maßgabe der im Artikel 15 getroffenen Festsetzungen zu sorgen. Kommt der Unternehmer dieser Verpflichtung nicht nach, so hat derselbe für jeden Tag der verspäteten Einstellung eines geeigneten Schiffes eine Strafe von 300 (dreihundert) Mark zu zahlen. || Die in Deutschland und den betreffenden ausländischen Häfen geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die amtlichen Besichtigungen etc. der zur Personenbeförderung dienenden Dampfschiffe hat der Unternehmer unter eigener Verantwortlichkeit und auf seine Kosten zu erfüllen.

Artikel 15.

Im Falle ein auf den Vertragslinien verwendetes Schiff in Verlust gerät, hat der Unternehmer einen neuen Dampfer zu beschaffen und bis zu dessen Fertigstellung für den ungestörten Fortgang des Dienstes Sorge zu tragen. Vorübergehend können in solchem Falle sowie bis zur Fertigstellung der nach Artikel 9 neu zu erbauenden Schiffe an Stelle der letzteren mit Genehmigung des Reichskanzlers auch Schiffe eingestellt werden, welche nicht allen vertragsmäßigen Bedingungen entsprechen. || Zum Ersatz eines in Verlust geratenen Schiffes durch einen allen Bedingungen Genüge leistenden neuen Dampfer wird eine Frist von 18 Monaten gewährt. Erfolgt der Ersatz in dieser Zeit nicht, so hat der Unternehmer eine Strafe von 300 (dreihundert) Mark für jeden Tag der verspäteten Einstellung des neuen Schiffes zu zahlen.

Artikel 16.

Im Falle einer teilweisen oder vollständigen Mobilmachung der Marine steht es dem Reichskanzler frei, die auf den Linien verwendeten Dampfer gegen Erstattung des vollen Wertes anzukaufen oder gegen Vergütung sonst in Anspruch zu nehmen. Die Ermittelung des Wertes, beziehungsweise die Feststellung der Vergütung erfolgt in Gemäßheit der Bestimmungen im § 24 (beziehungsweise § 23) des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873. || Ein Verkauf oder eine mietsweise Überlassung der Dampfer an eine fremde Macht darf ohne Genehmigung des Reichskanzlers auch im Frieden nicht stattfinden.

Artikel 17.

Die Dampfer führen die deutsche Postflagge nach Maßgabe der über die Führung derselben durch derartige Schiffe bestehenden Allerhöchsten Bestimmungen und befördern die Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung. Letztere sind auch unentgeltlich zu verpflegen, und zwar Beamte wie Reisende I. Klasse und Unterbeamte wie Reisende II. Klasse. Jedem Postbegleiter ist ein besonderes Zimmer mit angemessener Ausstattung zur Benutzung zu überweisen. || Unter Post sind alle Briefbeutel, Zeitungssäcke, Wert- und Paketsendungen zu verstehen, welche den Dampfern von der deutschen

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

Reichs-Postverwaltung oder von den in Betracht kommenden ausländischen Postverwaltungen zur Beförderung übergeben werden. || Alle aus dem Postbeförderungsdienste herrührenden Einnahmen bezieht das Reich. || Werden die Dampfer von Postbeamten nicht begleitet, so ist die Post seitens des Schiffsführers am Anfangspunkte der Fahrt und an den Unterwegsorten gegen Quittung zu übernehmen und in einem eigens zu diesem Zwecke hergerichteten, gegen Nässe, Feuersgefahr und sonstige Beschädigung geschützten und gehörig gesicherten Raume während der Fahrt unter Verschluſs aufzubewahren. Ingleichen hat der Schiffsführer in dem bezeichneten Falle die Verpflichtung, die übernommenen Postsachen an den betreffenden Unterwegsorten beziehungsweise am Endpunkte der Fahrt an die zur Empfangnahme derselben berechtigten Personen abzuliefern. || Die Übernahme und die Ablieferung der Postsachen hat unter Beachtung der in dieser Beziehung von der Reichs-Postverwaltung erteilten Vorschriften zu erfolgen. Findet eine Begleitung der Post durch Postbeamte statt, so ist den Beamten aufser dem erwähnten Aufbewahrungsraum ein geeigneter, den Anforderungen der Reichs-Postverwaltung entsprechender heller Raum zur Bearbeitung der Post während der Fahrt postdienstmäfsig einzurichten und zur Verfügung zu stellen; die Erleuchtung, Heizung und Reinigung dieses Raumes hat der Unternehmer auf seine Kosten bewirken zu lassen. Die Übernahme und Ablieferung der Postsachen liegt in diesem Falle den Postbeamten ob. Jedoch ist der Unternehmer verpflichtet, auf Verlangen der Postbeamten die zur Beförderung der Postsäcke zwischen dem Postdienstraum und dem Aufbewahrungsraum u. s. w. erforderliche Hülfe durch die Schiffsmannschaft zu gewähren. || Wenn der Postbeamte während der Fahrt aus irgend einem Grunde verhindert werden sollte, seinen Dienst weiter fortzusetzen, so hat der Unternehmer die volle Verantwortlichkeit für die Postladung zu übernehmen und den Postdienst bis auf Weiteres nach Mafsgabe der für derartige Fälle von der Reichs-Postverwaltung erteilten besonderen Vorschriften besorgen zu lassen. || Auf jedem Schiffe mufs auf Kosten des Unternehmers mindestens ein verschliefsbarer den Anforderungen der Reichs-Postverwaltung entsprechender Briefkasten angebracht werden. Sofern eine Begleitung der Dampfer durch Postbeamte nicht stattfindet, hat der Schiffsführer durch einen von ihm zu bestimmenden Schiffsoffizier den Briefkasten rechtzeitig leeren und die darin vorgefundenen Sendungen nach Mafsgabe der von der Reichspostverwaltung gegebenen bezüglichen Bestimmungen behandeln zu lassen. || Die Einschiffung und Landung der Post hat in allen Häfen auf Gefahr und Kosten des Unternehmers zu erfolgen. || Die Landung der Post hat sofort nach dem Eintreffen der Dampfer in dem betreffenden Hafenorte beziehungsweise auf der zugehörigen Rhede zu geschehen. Wenn der Dampfer durch Postbeamte begleitet wird, so ist der erste Beamte in jedem Hafen oder Platze, wo Posten abzuliefern oder einzunehmen sind, sobald und so oft er es im dienstlichen Interesse für notwendig hält, ans Land zu befördern und von dort an das Schiff zurückzubringen, entweder gleichzeitig mit der Post, oder wenn

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.]

der Beamte dies für zweckmäfsig halten sollte, ohne die Post, und zwar in einem angemessenen, seetüchtigen, mit gehöriger Mannschaft und Ausrüstung versehenen Boote.

Artikel 18.

Der Unternehmer darf mit den Dampfern keine anderen Briefe oder sonstigen postzwangspflichtigen Gegenstände befördern lassen, als solche, welche ihm entweder von den Postbehörden überwiesen, oder die mittelst der im vorhergehenden Artikel erwähnten Briefkasten eingeliefert worden sind. || Der Unternehmer ist auch dafür verantwortlich, dafs weder von den Schiffsführern noch von der übrigen Schiffsmannschaft Briefe und sonstige postzwangspflichtige Gegenstände mitgenommen werden. Für jede Zuwiderhandlung hat der Unternehmer den Betrag des hinterzogenen Portos und aufserdem nach näherer Festsetzung der Reichs-Postverwaltung eine Strafe bis zu 50 (fünfzig) Mark zu entrichten. || Dem Unternehmer bleibt es jedoch gestattet, mit seinen Agenten und Beauftragten im Auslande mittelst der Schiffe Briefsendungen auszutauschen, ohne dieselben der Post zur Beförderung zu übergeben, soweit dies nicht nach den Bestimmungen des betreffenden Landes verboten ist.

Artikel 19.

Falls ein Dampfer unterwegs einen Unfall erleidet und aus diesem Grunde die Reise unterbrechen mufs, hat, wenn an Bord sich ein Postbeamter befindet, dieser in Benehmen mit dem Schiffsführer, in allen anderen Fällen letzterer allein für die Weiterbeförderung der Postladung mit dem nächsten deutschen oder fremden, nach dem Bestimmungsort der Postsachen fahrenden oder mit Zwischen- beziehungsweise Ankunftsplätzen in Verbindung stehenden Dampfer zu sorgen. Da sich in dieser Beziehung ein- für allemal bestimmte Vorschriften nicht erteilen lassen, so müssen der Postbeamte an Bord und der Schiffsführer, beziehungsweise letzterer allein, je nach Lage des einzelnen Falles die schnellste Weiterbeförderungsgelegenheit für die Post wählen. || Die für diese Weiterbeförderung etwa entstehenden Kosten fallen stets dem Unternehmer zur Last.

Artikel 20.

Der Unternehmer haftet dem Reiche für den Schaden, welcher durch Verlust, Beschädigung oder verzögerte Beförderung von Postsachen in der Zeit zwischen der Übernahme und der Abgabe entsteht, in demselben Umfang, in welchem die Reichs-Postverwaltung durch Gesetze oder Verträge den Absendern von Postsendungen gegenüber zum Schadensersatz verpflichtet ist. Die die Haftverbindlichkeit beschränkenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs finden hierbei keine Anwendung. Insbesondere wird die Haftpflicht des Unternehmers für Kostbarkeiten, Gelder und Wertpapiere nicht dadurch bedingt, dafs dem Kapitän beziehungsweise Schiffsoffizier diese Beschaffenheit oder der Wert bei der Übernahme angegeben worden ist. Immerhin wird die Postverwaltung nach Thunlichkeit dafür Sorge tragen, dafs den Schiffsführern von dem Vorliegen

bedeutender Wertsendungen bei Zeiten Mitteilung gemacht wird. Sofern sich jedoch ein mit der Beaufsichtigung der Postladung beauftragter Postbeamter an Bord befindet, bleibt der Unternehmer von der Haftpflicht für die in dem Gewahrsam des Beamten befindlichen Postsendungen befreit.

Artikel 21.

Für die Fahrten auf den im Vertrage bezeichneten Linien dürfen Vereinbarungen mit fremden Regierungen wegen der Postbeförderung oder wegen der Beförderung von Regierungsgütern und Regierungspassagieren ohne Genehmigung des Reichskanzlers nicht abgeschlossen werden.

Artikel 22.

Falls der Unternehmer auf den im Vertrage bezeichneten Linien Schiffe für besondere eigene Rechnung fahren läfst oder sich an dem Schiffahrtsbetrieb anderer Rhedereien beteiligt und der Reichskanzler Mafsnahmen für notwendig erachtet, um die Vertragslinien vor Beeinträchtigung in ihren Erträgnissen zu schützen, ist der Unternehmer verpflichtet diese Mafsnahmen durchzuführen. Bei dauernden Zuwiderhandlungen des Unternehmers gegen die vom Reichskanzler getroffenen Anordnungen ist dieser berechtigt, ohne Entschädigung vom Vertrage zurückzutreten.

Artikel 23.

Die Einnahme an Fracht- und Überfahrtgeldern fällt dem Unternehmer zu. Die Festsetzung der Tarife erfolgt im Einvernehmen mit dem Reichskanzler. || Hinsichtlich der Veröffentlichung der Tarife sowie deren Abänderungen hat der Unternehmer die etwa ergehenden Bestimmungen des Reichskanzlers zu befolgen.

Artikel 24.

Der Tarif für die Güterbeförderung soll für Bremen und Hamburg völlig gleich gehalten werden. Demgemäfs hat der Unternehmer die Güter zwischen Hamburg und Bremen bis znm Postdampfer oder von demselben auf dem Wasserwege kostenfrei und ohne Verzögerung zu befördern. || Ingleichen dürfen für die Güterbeförderung die Frachtsätze nach und von dem deutschen Schutzgebiet in Ostafrika nicht höher gehalten werden, als für die Beförderung nach und von Zanzibar. Alle den Verladern und Reisenden im Verkehre mit Zanzibar oder den portugiesischen und britischen Besitzungen in Ostafrika gewährten Preisermäfsigungen, Vergütungen, Rückprämien und ähnliche Vorteile sind in gleicher Höhe und Form auch im Verkehre mit dem deutschen Schutzgebiete zu gewähren. || Der Unternehmer verpflichtet sich, an denjenigen Orten, welche der Reichskanzler bezeichnen wird, Agenturen zu errichten und zu unterhalten, welche als Sammelstellen für die zur Beförderung mit den Postdampferlinien aufgegebenen Waren bestimmt sind. Diese Agenturen müssen ermächtigt sein, auf Verlangen des Absenders den Vertrag über die ganze Beförderung von der Sammelstelle bis zu dem überseeischen Bestimmungsorte der

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

Frachtgüter abzuschliefsen. || Die in das Konnossement aufzunehmenden allgemeinen Bedingungen für die Güterbeförderung sind dem Reichskanzler zur Genehmigung vorzulegen. Die Konnossemente sowie die Fahrscheine und die Anschläge auf den Schiffen müssen in deutscher Sprache abgefafst sein. Wenn die Abfassung in mehreren Sprachen erfolgt, mufs der deutsche Text vorangestellt werden. || Für die Beförderung gefährlicher Güter sind die einschlägigen Vorschriften des Bundesrats über Auswandererschiffe mafsgebend.

Artikel 25.

Der Reichskanzler ist befugt, landwirtschaftliche Erzeugnisse des Auslandes, die mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, — mit Ausnahme von Tabak, Bienenwachs, Häuten, Fellen und Wolle — von der Einfuhr durch die Reichs-Postdampfer nach deutschen, niederländischen und belgischen Häfen auszuschliefsen. Zuwiderhandlungen gegen die vom Reichskanzler getroffenen Bestimmungen unterliegen im Einzelfall einer vom Reichskanzler festzusetzenden Strafe bis zu 3000 (dreitausend) Mark und berechtigen bei dauernder Wiederholung den Reichskanzler, ohne Entschädigung vom Vertrage zurückzutreten.

Artikel 26.

Deutsche oder für Deutschland bestimmte Güter oder Güter von oder nach deutschen Schutzgebieten haben bei gleichzeitiger Anmeldung den Vorzug in der Beförderung vor ausländischen oder für das Ausland bestimmten Gütern.

Artikel 27.

Der Unternehmer ist verpflichtet: || a) die im Dienste des Reichs oder eines Bundesstaats oder eines deutschen Schutzgebiets stehenden Beamten, sonstigen Angestellten und Militärpersonen sowie deren Familienangehörige und Dienstboten, || b) Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und Proviant der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen sowie sonstige Sendungen für Rechnung des Reichs, eines Bundesstaats oder eines Schutzgebiets gegen um 20 (zwanzig) Prozent ermäfsigte Sätze zu befördern. Jedoch darf die Stärke von Mannschaftstransporten auf ein und demselben Schiffe ohne Zustimmung des Unternehmers nicht über 65 (fünfundsechzig) Köpfe hinausgehen. || Die Personen und Güter unter a und b sind, wenn die Anmeldung bei Gütern mindestens vier Wochen, bei Personen mindestens drei Wochen vor Abgang der Schiffe erfolgt, unter allen Umständen zu befördern und haben auch nach dieser Frist ein Vorrecht vor anderen gleichzeitig oder später zur Beförderung angemeldeten Personen oder Gütern. || Für die Beförderung Kranker aus dem Dienstbereiche der Kaiserlichen Marine oder eines deutschen Schutzgebiets ist stets ein dem erfahrungsmäfsigen Bedürfnis entsprechender Raum im Schiffshospital ohne besondere Vergütung zur Verfügung zu halten. || Für die Munitionsbeförderung sind die im Sicherheitsinteresse vorgeschriebenen Einrichtungen auf den Schiffen zu treffen. || Die im Abs. 1 vorgesehene Preis-

ermäfsigung für die Beförderung von Personen und Gütern ist auch denjenigen Vereinen, die für Zwecke der Krankenpflege oder der Mission in den deutschen Schutzgebieten wirken und für welche der Reichskanzler diese Vergünstigung in Anspruch nimmt sowie für wissentliche Sendungen zu gewähren. Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

Artikel 28.

Der Unternehmer ist verpflichtet, Personen, welche zum Zwecke der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung einer deutschen Behörde, oder deutscherseits einer fremden Behörde überliefert werden sollen, unter nachfolgenden Bedingungen zu befördern. || Diese Personen, mögen sie von einem Polizeibeamten begleitet sein oder nicht, sind während der Fahrt der Regel nach in einer verschlossenen Kammer unterzubringen. || Dem Schiffsführer (oder, im Falle einer amtlichen Begleitung, dem begleitenden Beamten nach vorherigem Benehmen mit dem Schiffsführer) bleibt es überlassen, ein zeitweiliges Verweilen dieser Personen auf Deck unter Aufsicht zu gestatten. || Die Beförderung derartiger Personen nebst etwaigem Begleiter ist auf Verlangen der zuständigen inländischen Behörden oder im Auslande der Gesandten und Konsuln des Reichs zu den tarifmäfsigen Sätzen zu übernehmen. Auf ein und derselben Fahrt sollen ohne Zustimmung des Unternehmers mehr als vier derartige Personen nicht befördert werden. || Aufser den Gefangenen sind auf Ersuchen der genannten Behörden auch die Untersuchungsakten und beschlagnahmten Beweisstücke mitzubefördern, ohne dafs hierfür eine besondere Vergütung gewährt wird.

Artikel 29.

Dem Vorstand oder dem Aufsichtsrate der unternehmenden Gesellschaft dürfen Ausländer ohne Genehmigung des Reichskanzlers nicht angehören. Geschieht dies dennoch, so ist der Reichskanzler, unbeschadet der von ihm etwa zu erhebenden Ansprüche auf Schadensersatz, befugt, sofort ohne jede Entschädigung des Unternehmers von dem Vertrage zurückzutreten.

Artikel 30.

Die von dem Unternehmer für den Betrieb der Postdampferlinien angestellten Personen, einschliefslich der in ausländischen Plätzen bestellten Agenten, sollen, soweit durch besondere Verhältnisse nicht Ausnahmen geboten sind, deutsche Reichsangehörige sein. || An solchen Orten des Auslandes, in denen der Unternehmer Agenten unterhält, sollen letztere auf Verlangen des Reichskanzlers verpflichtet sein, Postdienstgeschäfte nach Mafsgabe der von der Reichs-Postverwaltung zu erteilenden näheren Vorschriften wahrzunehmen. Die für solche Dienstverrichtungen unter Umständen zu gewährende Vergütung wird von der Reichs-Postverwaltung festgesetzt. || Schiffsführer und sonstige im Betriebe der Postdampferlinien Angestellte, welche einer erheblichen Verletzung oder Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten sich schuldig machen, sind aus dem Dienstbetriebe der Postdampferlinien zu entfernen,

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

sofern der Reichskanzler auf Grund des Ergebnisses der anzustellenden Untersuchung dies verlangt.

Artikel 31.

Die zur Deckmannschaft und zum Maschinenpersonale gehörige Besatzung der Dampfer, soweit sie im Inland angemustert ist und nicht aus Minderjährigen besteht, mufs aus Angehörigen des Beurlaubtenstandes der Kaiserlichen Marine oder aus solchen Personen bestehen, die sich schriftlich verpflichten, als Kriegsfreiwillige in den Dienst der Marine überzutreten, wenn der Dampfer bei einer teilweisen oder vollständigen Mobilmachung von der Marine gekauft, gemietet oder requiriert wird. || Farbige Mannschaften dürfen nur für den Dienst in den Maschinen- und Kesselräumen insoweit verwendet werden, als die Verwendung europäischer Mannschaften aus gesundheitlichen Rücksichten unthunlich ist. || Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen sind nur mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig. || Für jede Person der Besatzung, die nach dem 1. April 1901 diesen Bestimmungen zuwider länger als drei Monate hintereinander oder in Zwischenräumen an Bord der Dampfer Dienst thut, verwirkt der Unternehmer eine Strafe von 100 (einhundert) Mark für den Kopf und die Zeitdauer von je drei, auch nur angefangenen, Monaten. || Der Unternehmer ist verpflichtet, zur Überwachung der Einhaltung dieser Bestimmungen den Seemannsämtern auf deren Verlangen die Musterrollen und die Personalausweise der Mannschaft jederzeit vorlegen zu lassen.

Artikel 32.

Auf jedem Dampfer wird ein Beschwerdebuch ausgelegt. || Bei Verabreichung neuer Beschwerdebücher werden die alten eingefordert und zurückgelegt, sobald alle in denselben befindlichen Beschwerden ihre Erledigung gefunden haben. || Das Beschwerdebuch wird von dem mit der Aufbewahrung desselben beauftragten Schiffsoffizier den Reisenden auf Verlangen verabfolgt. Die niedergeschriebenen Beschwerden sind von dem Schiffsführer sogleich gründlich zu untersuchen. Demnächst hat derselbe unter Einreichung der Beschwerde in beglaubigter Abschrift und der etwaigen Verhandlungen an den Reichskanzler Bericht zu erstatten, damit der Sachverhalt geprüft und die Erledigung der Beschwerde veranlafst werden kann. || In allen für die Reisenden der verschiedenen Klassen bestimmten Räumen ist durch einen Anschlag ersichtlich zu machen, welcher Schiffsoffizier mit der Aufbewahrung des Beschwerdebuchs und der Verabfolgung desselben an die Reisenden beauftragt ist.

Artikel 33.

Der Reichskanzler behält sich vor, jederzeit — in Häfen oder auf der Fahrt — den Zustand des Dienstes durch einen Beauftragten prüfen zu lassen. Letzterem ist auf sein Verlangen ungehinderter Zutritt zu allen Schiffsräumen zu gestatten und in allen geforderten Beziehungen Aufschlufs zu erteilen. || Die Beförderung und Verpflegung des Beauftragten auf den Schiffen erfolgt gegen

Entrichtung des Überfahrtgeldes (Artikel 27 unter a); jedoch ist dem Beauftragten stets ein besonderes Zimmer zuzuweisen. Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

Artikel 34.

Die regelmäfsigen Fahrten müssen spätestens im Laufe des April 1901 in vollem Umfang aufgenommen werden. Geschieht solches nicht, so hat der Unternehmer für jeden Tag der Verspätung eine Strafe von 300 (dreihundert) Mark zu zahlen.

Artikel 35.

Für die Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeiten empfängt der Unternehmer vom 1. April 1901 ab aus der Reichskasse eine Vergütung von jährlich 1350000 (eine Million dreihundertfünfzigtausend) Mark, zahlbar in monatlichen Teilbeträgen am letzten Tage jedes Monats. || Diese Vergütung wird insoweit gekürzt, als die vertragsmäfsig bedungenen Fahrten nicht zur Ausführung gekommen sind. Die Kürzung erfolgt — sei es, dafs eine Fahrt ganz oder teilweise ausgefallen ist — in der Weise, dafs für jede gegenüber dem Fahrplane zu wenig zurückgelegte Seemeile der Betrag von 2,09 Mark von den nächstfälligen Monatsbeträgen zur Reichskasse einbehalten wird. Für die Berechnung der Entfernungen sind die im Fahrplan enthaltenen Festsetzungen der Seemeilenzahl mafsgebend. || Die von dem Unternehmer eintretenden Falles auf Grund der Artikel 7, 8, 14, 15, 18, 25, 31 und 34 zu zahlenden Geldstrafen, welche der Reichskanzler endgültig festsetzt, sowie die nach Artikel 8, 19 und 20 zu erstattenden Beförderungskosten und Entschädigungen werden — unbeschadet der Bestimmung im Artikel 37 — von dem zunächst fällig werdenden Vergütungsbetrag einbehalten. || Wenn der Reichskanzler das Anlaufen noch anderer als der im Artikel 1 benannten Häfen anordnet, so soll, wenn die dadurch entstehende Verlängerung oder Verkürzung des Kurses (die Hin- und Rückreise zusammengenommen) gegenüber dem beim Inkrafttreten dieses Vertrags geltenden Fahrplane nicht mehr als 250 (zweihundertfünfzig) Seemeilen beträgt, eine Änderung in der Höhe der Vergütung nicht eintreten. Beträgt dagegen die Verlängerung oder Verkürzung des Kurses mehr als 250 Seemeilen, so wird für jede im Vergleiche zu dem bezeichneten Fahrplane mehr oder weniger zurückzulegende Seemeile die Vergütung um 2,09 Mark erhöht, beziehungsweise gekürzt.

Artikel 36.

Der Unternehmer hat über die Schiffe, welche auf den nach diesem Vertrage zu unterhaltenden Linien verwendet werden, gemäfs den bisher bei ihm üblich gewesenen Grundsätzen eine Sonderrechnung zu führen. || Dabei dürfen als Abschreibung einschliefslich etwaiger Überweisungen an ein Reparaturkonto oder einen Erneuerungsfonds nicht mehr als 7 Prozent vom Anschaffungswerte der Schiffe in Rechnung gestellt werden und, soweit eine Selbstversicherung stattfindet, als Versicherungsprämie nicht mehr als 5 Prozent

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

vom Buchwerte der Schiffe. || Ergiebt sich hiernach ein Überschufs von mehr als 6 Prozent des Buchwerts der Schiffe, so ist der Reichskanzler befugt, von dem Unternehmer weitere oder erhöhte Leistungen zur Durchführung der in diesem Vertrage verfolgten Zwecke, namentlich durch Steigerung der Geschwindigkeit der Fahrten zu verlangen, sofern nicht in den drei letzten Jahren der Überschufs durchschnittlich weniger als jährlich 6 Prozent vom Buchwerte der Schiffe betragen hat. In letzterem Falle ist zunächst der Minderbetrag aus dem Überschusse des abgelaufenen Jahres zu decken. Anderenfalls können entsprechende Mehrleistungen verlangt werden. Insbesondere ist der Unternehmer verpflichtet, bei denjenigen Schiffen, welche seit dem Inkrafttreten des Vertrags in die Hauptlinie eingestellt sind, oder welche für dieselbe noch neu gebaut werden, die Fahrgeschwindigkeit auf der ganzen Hauptlinie um einen Knoten über die vertragsmäfsige Höhe zu steigern. || Weigert sich der Unternehmer, eine ihm hiernach vom Reichskanzler auferlegte Leistung auszuführen, so wird die Reichsbeihülfe entsprechend gekürzt. || Dem Reichskanzler steht es jederzeit frei, von den Geschäftsbüchern des Unternehmers Einsicht zu nehmen.

Artikel 37.

Zur Sicherstellung der Erfüllung der aus diesem Vertrage sich ergebenden Verbindlichkeiten bestellt der Unternehmer dem Reiche eine Kaution von 120000 (einhundertzwanzigtausend) Mark durch Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reichs oder eines Bundesstaats, welche nach dem Nennwerte zu berechnen sind. Die Schuldverschreibungen sind nebst Talons und den über vier Jahre hinausreichenden Zinsscheinen bei der Reichs-Hauptkasse oder der sonstigen, ihm von der Reichsverwaltung zu bezeichnenden Stelle zu hinterlegen. || Diese Kaution soll dem Reiche dergestalt haften, dafs der Reichskanzler berechtigt ist, wegen der Forderungen des Reichs aus dem gegenwärtigen Vertrag an Kapital und Zinsen, eintretenden Falles auch wegen der Strafen, sowie wegen der durch Ermittelung der Schäden entstehenden gerichtlichen und aufsergerichtlichen Kosten durch sofortigen aufsergerichtlichen Verkauf der Wertpapiere an einer innerhalb des Reichsgebiets belegenen Börse Befriedigung zu suchen, insofern der Unternehmer der schriftlichen Aufforderung des Reichskanzlers zur Zahlung nicht innerhalb eines von dem letzteren festzusetzenden Zeitraums nachkommen sollte. Der Unternehmer ist in solchem Falle verpflichtet, die ihm belassenen, noch nicht fälligen Zinsscheine dem Reichskanzler auszuantworten. || Die Kaution ist von dem Unternehmer demnächst binnen Monatsfrist wieder auf die ursprüngliche Höhe zu ergänzen. Im Unterlassungsfalle ist der Reichskanzler berechtigt, die Ergänzung durch Einbehaltung des erforderlichen Betrags von der zunächst fällig werdenden Vergütung zu veranlassen. || Nach Ablauf dieses Vertrags wird die Kaution oder der nicht in Anspruch genommene Teil derselben dem Unternehmer zurückgegeben, sobald feststeht, dafs dieser aus dem Vertrage nichts mehr zu vertreten hat.

Artikel 38.

Der Unternehmer darf ohne schriftliche Genehmigung des Reichskanzlers das Unternehmen weder an Andere überlassen noch ganz oder teilweise in Afterpacht geben. Geschieht solches dennoch, so ist der Reichskanzler — unbeschadet der von ihm etwa zu erhebenden Ansprüche auf Schadensersatz — berechtigt, sofort ohne jede Entschädigung des Unternehmers von dem Vertrage zurückzutreten.

Artikel 39.

Sofern sich der Unternehmer Vertragswidrigkeiten irgend einer der in den Artikeln 7 und 8 bezeichneten Arten auf einer Linie in einem Jahre bei mehr als der Hälfte der fahrplanmäfsigen Fahrten hat zu Schulden kommen lassen, oder sobald auf einer Linie mehr als drei fahrplanmäfsige Fahrten hintereinander ausgefallen sind und dieses Ausfallen nicht durch Krieg oder höhere Gewalt, oder einen ungeachtet der Anwendung gehöriger Sorgfalt unvermeidlich gewesenen Unfall verursacht ist, steht dem Reichskanzler das Recht zu, entweder den Betrieb mit den in die Linien eingestellten Schiffen für Rechnung und auf Gefahr des Unternehmers zu übernehmen oder aber ohne jede weitere Entschädigung des Unternehmers als für die ausgeführten Fahrten von dem gegenwärtigen Vertrage zurückzutreten.

Artikel 40.

Erachtet der Reichskanzler in der Zahl der Fahrten oder, abgesehen von dem Falle des Artikels 3, in der Fahrgeschwindigkeit der Dampfer eine Änderung für notwendig, so ist der Unternehmer verpflichtet, die entsprechenden Einrichtungen gegen angemessene Vergütung zu treffen. || Kann in diesen sowie in den im Artikel 36 vorgesehenen Fällen eine Einigung zwischen den vertragschliefsenden Teilen über die Höhe der für die anderweit auszuführenden Leistungen zu zahlenden Vergütung nicht erzielt werden, so soll hierüber ein Schiedsgericht endgültig entscheiden. || Das Schiedsgericht soll eintretenden Falles in der Weise gebildet werden, dafs jeder Teil zwei Schiedsrichter bestellt und von sämtlichen Schiedsrichtern ein Obmann gewählt wird. Können die Schiedsrichter sich über die Person des Obmanns nicht einigen, so wird derselbe von dem Präsidenten des hanseatischen Oberlandesgerichts ernannt.

Artikel 41.

Der Reichskanzler kann sich in der Ausübung der ihm durch diesen Vertrag eingeräumten Befugnisse durch Beamte oder Behörden des Reichs ganz oder teilweise vertreten lassen. Die betreffenden Beamten oder Behörden werden von dem Reichskanzler eintretenden Falles dem Unternehmer schriftlich bezeichnet werden.

Artikel 42.

Streitigkeiten, welche aus dem gegenwärtigen Vertrag entspringen, sind von den vertragschliefsenden Teilen einem Schiedsgerichte zur Entscheidung zu unterbreiten, welches in der im Artikel 40 angegebenen Weise zu bilden ist.

Nr. 12230. Deutsches Reich. 9./21. Juli 1900.

Artikel 43.

Dieser Vertrag erstreckt sich vom 1. April 1901 ab auf fünfzehn Jahre. || Die Verpflichtungen des Unternehmers aus diesem Vertrage sind jedoch erst dann beendigt, wenn die Aus- und die Rückreise des letzten bis zum Schlusse des Monats März 1916 aus dem deutschen Abgangshafen abgelassenen Dampfers ausgeführt sind. || Über die etwaige Fortsetzung des Vertrags über den Zeitraum von fünfzehn Jahren hinaus wird eintretenden Falles eine besondere Verständigung mit dem Unternehmer stattfinden.

Artikel 44.

Der unterm 9./5. Mai 1890 abgeschlossene Vertrag über die Einrichtung und den Betrieb einer regelmäfsigen deutschen Postdampferverbindung mit Ostafrika wird bis zum 31. März 1901 verlängert.

Artikel 45.

Den gesetzlichen Stempel für die Ausfertigungen und Ergänzungen des Vertrags trägt der Unternehmer. || Urkundlich ist gegenwärtiger Vertrag zweifach gleichlautend ausgefertigt und von beiden Teilen unterschrieben und untersiegelt worden.

Berlin, den 21. Juli 1900.
Der Reichskanzler.
(L. S.) gez. Fürst zu Hohenlohe.

Hamburg, den 9. Juli 1900.
Deutsche Ostafrika-Linie.
(L. S.) gez. Ed. Woermann,
gez. A. Hertz.

Nr. 12231. DEUTSCHES REICH. — Nachtrag zum Vertrag über die Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien vom $\frac{12. \text{ September}}{30. \text{ Oktober}}$ 1898. (Vgl. 11998.)

$\frac{6. \text{ September}}{8. \text{ Oktober}}$ 1900.

Nr. 12231. Deutsches Reich. 6. September / 8. Oktober 1900.

Zwischen dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe, handelnd im Namen des Reichs, einerseits und dem Norddeutschen Lloyd in Bremen andererseits ist heute das Folgende vereinbart worden.

Einziger Artikel.

Dem Artikel 1 des Vertrages über die Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien vom $\frac{12. \text{ September}}{30. \text{ Oktober}}$ 1898 wird am Schlusse der nachstehende Absatz hinzugefügt: || An Stelle der unter A 4 vorgesehenen Anschlufslinie von Singapore nach dem Neu-Guinea-Schutzgebiet und zurück können nach Vereinbarung unter den vertragschliefsenden Teilen eine oder mehrere Anschlufslinien von Anlaufhäfen der chinesisch-japanischen Hauptlinie nach dem genannten Schutzgebiet und nach den sonstigen Inselgruppen des deutschen Südsee-Schutzgebiets unter solchen Betriebsbedingungen

eingerichtet werden, dafs die Gesamtleistung des Unternehmers auf diesen Anschlufslinien gegenüber der Gesamtleistung der unter A 4 vorgesehenen Anschlufslinie nicht verringert wird. || Diese Vereinbarung ist urkundlich in zweifacher Ausfertigung von beiden Teilen unterschrieben und untersiegelt worden. Nr. 12231. Deutsches Reich. 6. September 8. Oktober 1900.

Berlin, den 8. Oktober 1900. Der Reichskanzler. (L. S.) gez. Fürst zu Hohenlohe.

Bremen, den 6. September 1900. Norddeutscher Lloyd. (L. S.) gez. Wiegand, gez. pp. Gans.

Nr. 12232. VERTRAGSSTAATEN. — Erklärung über eine Abänderung der Sanitätskonvention vom 19. März 1897. (Nr. 11651.)

Rom, 24. Januar 1900.

Déclaration.

Les États signataires de la convention sanitaire internationale de Venise du 19 mars 1897 ayant reconnu la nécessité de modifier l'art. 35 du règlement spécial „Mesures à prendre à bord des navires à pèlerins", inséré au chapitre I du règlement général annexé à la dite convention, en vue de le mettre en harmonie avec l'art. 11 du même règlement, les soussignés, à ce dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, declarent ce qui suit: || Nr. 12232. Vertragsstaaten. 24. Jan. 1900.

L'art. 35 du règlement spécial précité est ainsi modifié:

„Tout capitaine convaincu d'avoir ou d'avoir eu à bord des pèlerins sans la présence d'un et, éventuellement, d'un second médecin commissioné, conformément aux prescriptions de l'art. 11, est passible d'une amende de 300 livres turques."

Cette déclaration sera soumise à l'approbation du corps législatif dans les pays où cette approbation est requise; elle entrera en vigueur dès que les ratifications en seront échangées, à Rome, dans la forme convenue pour les ratifications de la convention à laquelle elle se réfère. || Faite à Rome, en quatorze exemplaires, le 24 janvier 1900. (Unterschriften.)

Nr. 12233. DEUTSCHES REICH und URUGUAY. — Übereinkunft zwischen dem Reiche und der Orientalischen Republik Uruguay über das Wiederinkrafttreten des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 20. Juni 1892.

Berlin, 5. Juni 1899.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preufsen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Excellenz der Präsident des Freistaats Uruguay andererseits, gleichmäfsig von dem Wunsche beseelt, die vertragsmäfsigen Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufleben zu lassen, haben beschlossen, zu diesem Zweck eine Übereinkunft Nr. 12233. Deutsches Reich u. Uruguay. 5. Juni 1899.

Nr. 12233. Deutsches Reich. Uruguay. 5. Juni 1899.

abzuschliefsen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preufsen: || Allerhöchstihren Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Bernhard von Bülow || und || Seine Excellenz der Präsident der Orientalischen Republik Uruguay: || den uruguayschen Ministerresidenten in Deutschland, Doktor Luis Garabelli, || welche nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten sich über folgende Artikel geeinigt haben:

Artikel 1.

Der zwischen dem Deutschen Reiche und der Orientalischen Republik Uruguay am 20. Juni 1892 abgeschlossene Handels- und Schiffahrtsvertrag, welcher mit dem 31. Juli 1897 aufser Kraft getreten ist, wird, die Bestimmungen des Artikels 6 ausgenommen, wieder in Kraft gesetzt.

Artikel 2.

Die gegenwärtige Übereinkunft soll sobald als möglich ratifiziert und die Ratifikations-Urkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. || Die gegenwärtige Übereinkunft tritt mit Beginn des 30. Tages nach dem Tage, an welchem der Austausch der Ratifikations-Urkunden erfolgt ist, in Kraft und bleibt in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tage, an welchem einer der vertragschliefsenden Teile dem andern seine Absicht, die Wirksamkeit dieser Übereinkunft aufhören zu lassen, amtlich kundgegeben haben wird. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Übereinkunft in doppelten, in deutscher und spanischer Sprache ausgefertigten Originalen unterzeichnet und gesiegelt.

So geschehen zu Berlin am 5. Juni 1899.

(L. S.) B. von Bülow.

Denkschrift,

dem deutschen Reichstage mit vorstehendem Vertrage vorgelegt.

Zwischen dem Reiche und der Orientalischen Republik Uruguay war am 20. Juni 1892 ein Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen worden, der im Wesentlichen die gegenseitige Meistbegünstigung festsetzte. || Durch Kündigung von Seiten Uruguays ist dieser Vertrag mit dem 31. Juli 1897 aufser Kraft getreten, nachdem auch die Handelsverträge Uruguays mit England, Frankreich und Italien bereits vorher ihre Wirksamkeit verloren hatten. || Die uruguaysche Regierung, welche uns seit dieser Zeit thatsächlich die Meistbegünstigung gewährt, während bei uns die Herkünfte aus Uruguay dem Generaltarif unterliegen, brachte im vergangenen Jahre in Anregung, bis zum Abschlufs eines neuen Abkommens den früheren Vertrag wieder aufleben zu lassen. || Es schien im deutschen Interesse angezeigt, diesem Vorschlage Folge zu geben, um für unsere Handelsbeziehungen zu Uruguay wieder eine feste Grundlage zu schaffen. Dies war um so wünschenswerter, als England, Italien und Frankreich durch

Unterzeichnung eines Protokolls ihre früheren Vertragsbedingungen zu Uruguay gleichfalls wieder hergestellt haben. || Die Verhandlungen haben zur Unterzeichnung der Übereinkunft geführt, wonach der frühere Vertrag mit Uruguay wieder in Kraft treten soll, jedoch mit der Maßgabe, daß eine bestimmte Dauer des Vertrags nicht vorgesehen ist, derselbe vielmehr mit einjähriger Frist gekündigt werden kann.

Nr. 12233. Deutsches Reich u. Uruguay. 5. Juni 1899.

Nr. 12234. VERTRAGSSTAATEN. — Konvention zur Beschränkung der Einfuhr von Spirituosen in bestimmte Gebiete Afrikas.

Brüssel, 8. Juni 1899.

Nr. 12234. Vertragsstaaten. 8. Juni 1899.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand; Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté le Roi d'Espagne et en Son nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume; Sa Majesté le Roi-Souverain de l'État Indépendant du Congo; le Président de la République Française; Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande Impératrice des Indes; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, etc., etc.; Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies; Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, etc.; et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans; || Voulant pourvoir à l'exécution de la clause de l'article XCII de l'Acte général de Bruxelles qui prescrit la révision du régime d'entrée des spiritueux dans certaines régions de l'Afrique; || Ont résolu de réunir à cet effet une Conférence à Bruxelles et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand: || le Sieur Frédéric-Jean Comte d'Alvensleben, Son Chambellan et Conseiller intime actuel, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges, || et || le Sieur Guillaume Göhring, || Son Conseiller intime de Légation; || Sa Majesté le Roi des Belges: || le Sieur Auguste Baron Lambermont, Son Ministre d'État, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire, || et || le Sieur Auguste van Maldeghem, Conseiller à la Cour de Cassation de Belgique; || Sa Majesté le Roi d'Espagne, et en Son nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume: || le Sieur W. Ramirez de Villa-Urrutia, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Sa Majesté le Roi-Souverain de l'État Indépendant du Congo: || le Sieur Paul de Smet de Naeyer, Son Ministre d'État, Membre de la Chambre des Représentants de Belgique, || et || le Sier Hubert Droogmans, Secrétaire général du Département des Finances de l'État Indépendant du Congo; || le Président de la République Française: || le Sieur A. Gérard, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la République Française près Sa Majesté le Roi des Belges; || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes: || Sir Francis Plunkett, Son Envoyé Extraordinaire et

Nr. 12.234. Vertragsstaaten. 8. Juni 1899.

Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges, || et || le Sieur H. Farnall, du Foreign Office; || Sa Majesté le Roy d'Italie: || le Sieur R. Cantagalli, Son Envoyé Ertraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas: || le Jonkheer Rudolphe de Pestel, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves: || le Sieur Antoine-Marie, Comte de Tovar, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || le Sieur N. de Giers, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège: || le Sieur Auguste-L.-Fersen, Comte Gyldenstolpe, Son Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Sa Majesté l'Empereur des Ottomans: || Étienne Caratheodory Efendi, Haut Dignitaire de Son Empire, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Lesquels, munis de pouvoir en bonne et due forme, ont adopté les dispositions suivantes:

Article I.

A partir de la mise en vigueur de la présente Convention, le droit d'entrée sur les spiritueux, tel qu'il est réglé par l'Acte général de Bruxelles, sera porté, dans toute l'étendue de la zone où n'existerait pas le régime de la prohibition visé à l'article XCI dudit Acte général, au taux de 70 francs par hectolitre à 50 degré centésimaux, pendant une période de six ans. || Il pourra exceptionnellement n'être que de 60 francs par hectolitre à 50 degrés centésimaux dans la colonie du Togo et dans celle du Dahomey. || Le droit d'entrée sera augmenté proportionellement pour chaque degré au-dessus de 50 degrés centésimaux; il pourra être diminué proportionnellement pour chaque degré au-dessous de 50 degrés centésimaux. || A l'expiration de la période de six ans mentionnée ci-dessus, le droit d'entrée sera soumis à révision en prenant pour base les résultats produits par la tarification précédente. || Les Puissances conservent le droit de maintenir et d'élever la taxe au delà du minimum fixé par le présent article dans les régions où elles le possèdent actuellement.

Article II.

Ainsi qu'il résulte de l'article XCIII de l'Acte général de Bruxelles, les boissons distillées qui seraient fabriquées dans les régions visées à l'article XCII dudit Acte général et destinées à être livrées à la consommation, seront gravées d'un droit d'accise. || Ce droit d'accise, dont les Puissances s'engagent à assurer la perception dans la limite du possible, ne sera pas inférieur au minimum du droit d'entrée fixé par l'article Ier de la présente Convention.

Article III.

Il est entendu que les Puissances qui ont signé l'Acte général de Bruxelles ou y ont adhéré et qui ne sont pas représentées dans la Conférence actuelle conservent le droit d'adhérer à la présente Convention.

Article IV.

Nr. 12234. Vertragsstaaten. 8. Juni 1899.

La présente Convention sera ratifiée dans un délai qui sera le plus court possible et qui, en aucun cas, ne pourra excéder un an. || Chaque Puissance adressera sa ratification au Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges, qui en donnera avis à toutes les autres Puissances signataires de la présente Convention. Les ratifications de toutes les Puissances resteront déposées dans les archives du Royaume de Belgique. || Aussitôt que toutes les ratifications auront été produites, ou au plus tard un an après la signature de la présente Convention, il sera dressé acte du dépôt dans un Protocole qui sera signé par les Représentants de toutes les Puissances qui auront ratifié. || Une copie certifiée de ce Protocole sera adressée à toutes les Puissances intéressées.

Article V.

La présente Convention entrera en vigueur dans toutes les possessions des Puissances contractantes situées dans la zone déterminée par l'article XC de l'Acte général de Bruxelles, le trentième jour à partir de celui où aura été dressé le Protocole de dépôt prévu à l'article précédent. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leur cachet.

Fait à Bruxelles, le huitième jour du mois de juin mil huit cent quatre-vingt-dix-neuf. (Unterschriften.)

Nr. 12235. DEUTSCHES REICH. — Denkschrift dem deutschen Reichstage über Nr. 12234 vorgelegt.

Nr. 12235. Deutsches Reich. 14. Nov. 1900.

Berlin, 14. Nov. 1900.

In Kapitel 6 der Brüsseler Generalakte vom 2. Juli 1890 nebst Deklaration dazu (Reichs-Gesetzbl. 1892 S. 605) sind Maßregeln zum Zwecke der Beschränkung des Handels mit Spirituosen in bestimmten Gebieten Afrikas vereinbart. Zur Sicherung der Erreichung des angestrebten Zweckes ist in dem zu Kapitel VI gehörigen Artikel XCII die Höhe des von Spirituosen bei der Einfuhr in diese Gebiete zu erhebenden Einfuhrzollminimums für die Dauer von sechs Jahren und nach Ablauf derselben eine Revision des Einfuhrzolls auf Grundlage einer vergleichenden Untersuchung der durch diese Tarifbestimmungen gezeitigten Ergebnisse vereinbart. Diese Revision hat in einer am 20. April 1899 in Brüssel zusammengetretenen Konferenz stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Konferenz sind in der am 8. Juli 1900 in Kraft getretenen Konvention vom 8. Juni 1899 zusammengefaßt. Danach ist vereinbart,

daß der Minimaleinfuhrzoll auf Spirituosen für die in Betracht kommenden Gebiete 70 Frcs. für 1 Hektoliter von 50 Grad Alkoholgehalt betragen soll, mit Ausnahme der Kolonien Togo und Dahomey, wo derselbe nur 60 Frcs. für 1 Hektoliter von 50 Grad zu betragen braucht,

Nr. 12235. Deutsches Reich. 14. Nov. 1900.

dafs der Einfuhrzoll für jeden Grad über 50 Grad Alkoholgehalt verhältnismäfsig zu erhöhen ist, derselbe indes für jeden Grad unter 50 Grad Alkoholgehalt verhältnismäfsig herabgesetzt werden darf,

dafs die Mächte das Recht behalten, die Zollsätze auch über das in der gegenwärtigen Konvention festgesetzte Minimum hinaus aufrecht zu erhalten oder zu erhöhen,

dafs eine Steuer von Spirituosen, welche in dem in Artikel XCII der Brüsseler Generalakte bezeichneten Gebieten fabriziert werden sollten und für den Bedarf im Innern bestimmt sind, erhoben werden soll, welche nicht niedriger sein darf, als der Minimalsatz des Einfuhrzolls, und

dafs beim Ablauf des vorstehend erwähnten Zeitraums von 6 Jahren der Einfuhrzoll auf der Grundlage der durch die bisherigen Tarifbestimmungen gezeitigten Ergebnisse einer Revision unterzogen werden soll.

Nr. 12236. DEUTSCHES REICH und BRASILIEN. — Notenaustausch und Vereinbarung zwischen dem Reiche und den Vereinigten Staaten von Brasilien über die Mitwirkung der beiderseitigen konsularischen Vertreter bei der Regelung von Nachlässen ihrer Staatsangehörigen. — Erläuternde Denkschrift.

30. November 1897.
15. Februar 1898.

Nr. 12236. Deutsches Reich u. Brasilien. 30. Nov. 1897. 15. Feb. 1898.

Kaiserlich deutsche Gesandtschaft an den brasilianischen Minister des Auswärtigen.

Petropolis, den 30. November 1897.

Herr Minister. || Einem mir von der Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preufsen erteilten Auftrage gemäfs beehre ich mich, an Eure Excellenz die Bitte zu richten, dafür Sorge tragen zu wollen, dafs die Anwendung der in dem Dekret Nr. 853 vom 8. November 1851 enthaltenen Bestimmungen auf die Nachlässe der in den Vereinigten Staaten von Brasilien verstorbenen Deutschen angeordnet wird. || Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs wird dann für die Nachlässe der im Deutschen Reiche verstorbenen Brasilianer die gleiche Behandlung eintreten lassen. || Die Anwendung der bezeichneten Bestimmungen soll im Deutschen Reiche wie in den Vereinigten Staaten von Brasilien drei Monate nach dem Tage beginnen, an dem durch eine sobald als möglich in Rio de Janeiro abzugebende Erklärung der deutschen Regierung festgestellt sein wird, dafs die getroffene Vereinbarung die verfassungsmäfsig notwendige Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reichs gefunden hat. || Ich benutze auch diesen Anlafs, um Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Der Kaiserlich deutsche Geschäftsträger.
von Griesinger.

Der brasilianische Minister des Auswärtigen an den deutschen Gesandten.

Nr. 12236. Deutsches Reich und Brasilien. 30. Nov. 1897. 15. Feb. 1898.

Rio de Janeiro, Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, den 15. Februar 1898.

Übersetzung. || Eine grofse Zahl dringender Angelegenheiten hat mich bisher verhindert, auf die Note zu antworten, die der Geschäftsträger des Deutschen Reichs, Herr Freiherr von Griesinger unterm 30. November v. J. an mich gerichtet und worin er den Antrag gestellt hat, dafs die Bestimmungen des Dekrets Nr. 855 vom 8. November 1851, die sich auf Nachlässe beziehen, auf Grund der Gegenseitigkeit auch auf die Nachlässe der in Brasilien verstorbenen Deutschen angewandt werden möchten. || Der Herr Freiherr weifs bereits, dafs dieser Anwendung unter den folgenden Voraussetzungen keine Schwierigkeiten entgegenstehen. || Es ist unerläfslich, dafs in der Übereinkunft, die hierdurch zwischen Brasilien und Deutschland mittelst Notenaustausches geschlossen wird, die Erklärung enthalten ist, dafs die in Frage stehenden Bestimmungen nur auf Nachlässe Anwendung finden, die nach dem Inkrafttreten der erwähnten Übereinkunft angefallen sind, und dafs, im Falle des Erlöschens des Abkommens, alle Nachlässe, die dann noch nicht abgewickelt sind, nach dem Dekret Nr. 2433 vom 15. Juni 1859 oder nach den dann geltenden Bestimmungen geregelt werden sollen. || Die Bundesregierung wird, sobald ihr amtlich bekannt gemacht worden ist, dafs die Übereinkunft in Deutschland zur Ausführung gelangen kann, eine Verordnung erlassen, worin sie die Ausführung des Abkommens verfügt und hierzu einen Zeitraum von drei Monaten festsetzt.

Ich benutze mit Vergnügen diese Gelegenheit, dem Herrn Geschäftsträger die Versicherung meiner sehr ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Dionisio E. de Castro Cerqueira.

Denkschrift,

dem deutschen Reichstage am 15. Juni 1899 mit vorstehenden Noten vorgelegt.

Seitdem der Konsularvertrag zwischen dem Reiche und Brasilien vom 10. Januar 1882 — Reichs-Gesetzbl. S. 69 — infolge der von der brasilianischen Regierung ausgesprochenen Kündigung am 22. September 1887 aufser Kraft getreten ist, entbehren die Befugnisse der konsularischen Vertreter des Reichs in Brasilien einer vertragsmäfsigen Grundlage. Es ist gegenwärtig auch keine Aussicht dafür vorhanden, dafs sich der Abschlufs einer neuen Konsularkonvention zwischen dem Reiche und Brasilien in nächster Zeit ermöglichen lassen wird. Denn Brasilien, das seinerzeit nicht nur den Konsularvertrag mit dem Reiche, sondern auch alle übrigen mit auswärtigen Staaten geschlossenen Konsularverträge gekündigt hatte, zieht es auch gegenwärtig noch vor, die Stellung der in seinem Staatsgebiete wirkenden Konsularvertreter dieser Mächte aus eigenem Rechte zu regeln. || Zur Zeit ist für die Befugnisse und sonstigen Rechtsverhältnisse der fremden Konsularbeamten in

Nr. 12236. Deutsches Reich und Brasilien. 30. Nov. 1897. 15. Feb. 1898.

Brasilien das brasilianische Dekret vom 8. November 1851 maſsgebend. Dieses enthält neben Vorschriften, die unterschiedslos und ohne weitere Vorausetzungen für alle konsularischen Vertreter auswärtiger Staaten Geltung haben, in den Artikeln 2 bis 8 und 11 über die Mitwirkung der Konsuln bei der Regelung von Nachlässen ihrer Staatsangehörigen Bestimmungen, die nach Artikel 24 des Dekrets nur auf Grund einer besonderen Verordnung auf die Konsularbeamten der einzelnen fremden Staaten Anwendung finden dürfen. Der Erlaſs einer solchen Verordnung setzt aber den vorgängigen Austausch von Gegenseitigkeitserklärungen zwischen Brasilien und dem betreffenden auswärtigen Staate voraus. Eine deutsche Übersetzung der erwähnten Artikel 2 bis 8, 11 und 24 des Dekrets vom 8. November 1851 ist in der Anlage beigefügt. Auf Grund der Bestimmung des Artikels 24 des Dekrets haben sich Belgien, Frankreich, Italien, Portugal, die Schweiz und Spanien durch Auswechselung entsprechender Gegenseitigkeitserklärungen die Anwendbarkeit der Vorschriften der Artikel 2 bis 8 und 11 des Dekrets auf ihre Konsularvertreter und ihre Unterthanen gesichert. || Das Fehlen einer festen Grundlage für die Befugnisse der Konsuln des Reichs in Brasilien hat sich besonders bei den zahlreichen Regelungen von Nachlässen Deutscher in Brasilien als ein fühlbarer Mangel geltend gemacht. Das Bedürfnis nach Beseitigung des gegenwärtigen unsicheren Zustandes dürfte in nächster Zeit infolge der auf Grund des Gesetzes über das Auswanderungswesen möglicherweise eintretenden Zunahme der deutschen Auswanderung nach Brasilien noch dringender werden. Die Kaiserliche Regierung ist deshalb nach dem Vorbilde der vorher erwähnten Regierungen wegen der Anwendung der Bestimmungen in den Artikeln 2 bis 8 und 11 des brasilianischen Dekrets vom 8. November 1851 auf die Konsuln des Reichs und auf Deutsche mit der brasilianischen Regierung in Verhandlungen eingetreten, die zum Austausche der Erklärungen des damaligen Kaiserlichen Geschäftsträgers in Petropolis vom 30. November 1897 und des damaligen brasilianischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 15. Februar v. J. geführt haben. Das Maſs an Rechten, das hierdurch den Konsuln des Reichs bei der Ordnung von Nachlässen gewährleistet wird, bleibt allerdings hinter dem zurück, was unseren Konsularvertretern durch den früheren deutsch-brasilianischen Konsularvertrag eingeräumt worden war. || Es ist dabei aber zu berücksichtigen, daſs einerseits nach Lage der Verhältnisse nicht mehr zu erreichen war, und daſs andererseits durch die Zuziehung der deutschen Konsularbeamten zu Nachlaſsregelungen in dem durch das Dekret vom 8. November 1851 vorgesehenen Umfang im allgemeinen den beteiligten Deutschen genügender Schutz gewährt wird. || Die Erklärung in der Note des brasilianischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, daſs die Bestimmungen des Dekrets vom 8. November 1851 nur auf die nach dem Inkrafttreten des Abkommens anfallenden Nachlässe Anwendung finden, und daſs im Falle der Aufhebung der Übereinkunft die noch in der Schwebe befindlichen Nachlaſsregelungen nach dem brasilianischen Dekrete vom 15. Juni 1859 oder nach dem dann

geltenden Rechte behandelt werden sollen, entspricht den allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Die Kaiserliche Regierung hat deshalb kein Bedenken getragen, sich damit einverstanden zu erklären. || Das erwähnte Dekret vom 15. Juni 1859 enthält das gegenwärtig in Brasilien geltende Recht über die Regelung von Nachlässen Verstorbener und von herrenlosen Nachlässen.

Nr. 12236. Deutsches Reich und Brasilien. 30. Nov. 1897. 15. Feb. 1898.

Berlin, den 26. Mai 1899.

Übersetzung der Artikel 2 bis 8, 11 und 24 des brasilianischen Dekrets Nr. 855 vom 8. November 1851.

Artikel 2.

Wenn ein in Brasilien wohnhafter Ausländer stirbt, ohne eine letztwillige Verfügung errichtet zu haben und ohne einen im Lande lebenden Gatten oder Erben und namentlich solche Erben zu hinterlassen, die im Lande anwesend sind und denen als Haupt der Familie die Verwaltung der Nachlafsmasse behufs Errichtung eines Inventars und Vornahme der Teilung zusteht; oder selbst wenn ein in Brasilien wohnender Ausländer mit Hinterlassung einer letztwilligen Verfügung stirbt, seine Erben jedoch Ausländer und ebenso wie die Testamentsvollstrecker abwesend sind, so hat der für die Angelegenheiten Verstorbener und Abwesender zuständige Richter mit dem betreffenden konsularischen Vertreter die Feststellung der Erbschaftsmasse, deren Gewahrsam dem konsularischen Vertreter anvertraut wird, vorzunehmen. Zu diesem Zwecke hat der Richter alsbald von Amtswegen in Gegenwart des Konsularvertreters zu der Aufnahme des Inventars zu schreiten. || Ist ein Erbe brasilianischer Bürger, so findet eine solche Mitwirkung der konsularischen Vertreter nicht statt, selbst wenn der betreffende Erbe abwesend sein sollte.

Artikel 3.

Ist das Inventar abgeschlossen, so geht die Erbschaftsmasse zur Verwaltung und Liquidierung an den konsularischen Vertreter über; dieser kann über ihre einzelnen Bestandteile oder ihre Erträge weder verfügen noch sie den rechtmäfsigen Erben ausantworten, bis nicht durch vorgängige unmittelbar nach der Feststellung der Nachlafsmasse erlassene Veröffentlichungen in den Zeitungen festgestellt ist, dafs innerhalb eines Jahres kein Erbschaftsgläubiger aufgetreten ist. Das Gleiche gilt, solange über die Erbschaft ein Rechtsstreit schwebt, und solange nicht die gesetzmäfsige Erbschaftssteuer entrichtet ist. Um festzustellen, ob eine Erbschaftssteuer zu zahlen ist oder nicht, hat der konsularische Vertreter durch genügende und gehörig beglaubigte Urkunden den Verwandtschaftsgrad zwischen dem Verstorbenen und seinem oder seinen Erben nachzuweisen.

Artikel 4.

Ist nach Ablauf des im vorhergehenden Artikel erwähnten Jahres wegen der Erbschaft kein Rechtsstreit anhängig, und ist die gesetzliche Erbschafts-

Nr. 12236. Deutsches Reich und Brasilien. 30. Nov. 1897. 15. Feb. 1898.

steuer entrichtet, oder ist festgestellt, dafs eine solche nicht zu zahlen ist, so kann der konsularische Vertreter über die Erbschaft verfügen und sie den Erbberechtigten in Gemäfsheit der ihm erteilten Anweisungen ausfolgen. Er wird dabei von den brasilianischen Gerichten als Vertreter des oder der Erben angesehen und ist diesen allein verantwortlich.

Artikel 5.

Falls Schulden vorhanden oder Rechtsstreitigkeiten anhängig sind, die nur einen Teil der Erbschaft betreffen, so können nach Ablauf des Jahres und nachdem die Erfordernisse des Artikels 3 erfüllt sind, die Bestimmungen des vorstehenden Artikels auf den durch Schulden nicht belasteten oder nicht strittigen Teil der Erbschaft Anwendung finden. Es wird dann ein der Schuldsumme oder dem Streitwert entsprechender Betrag öffentlich hinterlegt oder der Streitgegenstand selbst zurückbehalten.

Artikel 6.

Wenn ein in Brasilien wohnhafter Ausländer unter den im Artikel 2 vorgesehenen Verhältnissen an einem Orte stirbt, wo ein konsularischer Vertreter seines Staates nicht vorhanden ist, so hat der für die Angelegenheiten Verstorbener und Abwesender zuständige Richter die Feststellung und die Inventarisierung des Nachlasses in Gegenwart zweier glaubwürdigen, demselben Staate wie der Verstorbene angehörigen Zeugen, und in deren Ermangelung in Gegenwart von zwei vertrauenswürdigen Kaufleuten oder dort Grund und Boden besitzenden Männern vorzunehmen. Die Betreffenden sind dann Verwalter oder Liquidatoren der Erbschaft, bis über das Schicksal des zur Auszahlung fähigen und nicht strittigen Nachlasses bestimmt werden kann.

Artikel 7.

In dem im vorstehenden Artikel vorgesehenen Falle hat der Richter innerhalb 15 Tagen, nachdem er von dem in seinem Amtsbezirk erfolgten Ableben eines Ausländers Kenntnis erhalten hat, wenn dabei die Voraussetzungen des Artikels 2 zutreffen, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten nebst einem Totenschein eine Mitteilung über Alter, Wohnort, Geburtsort und Beruf des verstorbenen Ausländers sowie über alles, was sonst über dessen Nachlafs und Verwandte festgestellt werden kann, einzureichen, damit der genannte Minister sich mit der betreffenden Gesandtschaft oder mit dem betreffenden konsularischen Vertreter wegen der Verfügung über die zur Auszahlung zu bringende Nachlafsmasse ins Benehmen setzen kann.

Artikel 8.

Weder die konsularischen Vertreter, noch die nach Mafsgabe des Artikels 6 eingesetzten Verwalter dürfen irgend eine Schuld des Verstorbenen ohne Ermächtigung des Richters zahlen; dieser darf seinerseits ohne Anhören des konsularischen Vertreters oder der Verwalter keine Zahlung anordnen.||

Ausgenommen sind die Begräbniskosten, zu deren Bezahlung der Richter oder die Bezirkspolizeibehörde unter Berücksichtigung der vorhandenen Erbschaftsmittel, wenn möglich alsbald, Ermächtigung erteilt. Nr. 12236. Deutsches Reich und Brasilien. 30. Nov. 1867. 15. Feb. 1898.

Artikel 11.

Stirbt ein fremder konsularischer Vertreter, so wird sein Nachlafs ebenso in Verwahrung genommen, wie die Nachlässe von Mitgliedern des diplomatischen Korps. Ausgenommen ist der Fall, dafs ein konsularischer Vertreter ein Handelsgewerbe im Lande betreibt; dann greift die allgemeine Regel Platz.

Artikel 24.

Die Artikel 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 11 treten für die konsularischen Vertreter und ihre Staatsangehörigen erst in Kraft, nachdem auf Grund eines Übereinkommens durch Notenaustausch die Gegenseitigkeit zugesichert und infolgedessen die Erfüllung der Gegenseitigkeit von der betreffenden Regierung angeordnet worden ist.

Nr. 12237. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen östlich und westlich vom Niger und der Interessensphären östlich vom Niger. — Erklärung vom 21. März 1899.

Paris, 14. Juni 1898.

Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et le Gouvernement de la République Française, ayant résolu, dans un esprit de bonne entente mutuelle, de confirmer le Protocole avec ses quatre Annexes, préparé par leurs Délégués respectifs pour la délimitation des Colonies Britanniques de la Côte d'Or et de Lagos, et des autres possessions Britanniques à l'ouest du Niger, et des possessions Françaises de la Côte d'Ivoire, du Soudan, et du Dahomey, ainsi que pour la délimitation des possessions Britanniques et Françaises et des sphères d'influence des deux pays à l'est du Niger, les Soussignés, son Excellence le Très Honorable Sir Edmund Monson, Ambassadeur de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, près le Président de la République Française; et son Excellence M. Gabriel Hanotaux, Ministre des Affaires Étrangères de la République Française, dûment autorisés à cet effet, confirment le Protocole avec ses Annexes, dressé à Paris le 14 Juin, 1898, et dont la teneur suit:— Nr. 12237. Grofs-britannien u. Frankreich. 14. Juni 1898.

Protocole.

Les Soussignés, Martin Gosselin, Ministre Plénipotentiaire, Premier Secrétaire de l'Ambassade de Sa Majesté Britannique à Paris; William Everett, Colonel dans l'armée de terre de Sa Majesté Britannique, et Assistant Adjudant-Général au Bureau des Renseignements au Ministère de la Guerre; René

Nr. 12237. Grofsbritannien u. Frankreich. 14. Juni 1898.

Lecomte, Ministre Plénipotentiaire, Sous-Directeur Adjoint à la Direction des Affaires Politiques du Ministère des Affaires Étrangères; Louis Gustave Binger, Gouverneur des Colonies, hors cadres, Directeur des Affaires d'Afrique au Ministère des Colonies; délégués respectivement par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et par le Gouvernement de la République Française à l'effet de préparer, en exécution des Déclarations échangées à Londres le 5 Août, 1890, et le 15 Janvier, 1896, un projet de délimitation définitive entre les Colonies Britanniques de la Côte d'Or et de Lagos, et les autres possessions Britanniques à l'ouest du Niger et les possessions Françaises de la Côte d'Ivoire, du Soudan, et du Dahomey, et entre les possessions Britanniques et Françaises et les sphères d'influence des deux pays à l'est du Niger, sont convenus des dispositions suivantes, qu'ils ont résolu de soumettre à l'agrément de leurs Gouvernements respectifs: —

Article I.

La frontière séparant la Colonie Britannique de la Côte d'Or des Colonies Françaises de la Côte d'Ivoire et du Soudan partira du point terminal nord de la frontière déterminée par l'Arrangement Franco-Anglais du 12 Juillet, 1893, c'est-à-dire de l'intersection du thalweg de la Volta Noire avec le 9e degré de latitude nord, et suivra le thalweg de cette rivière vers le nord jusqu'à son intersection avec le 11e degré de latitude nord. De ce point elle suivra dans la direction de l'est le dit parallèle de latitude jusqu'à la rivière qui est marquée sur la Carte No. 1 annexée au présent Protocole, comme passant immédiatement à l'est des villages de Souaga (Zwaga) et de Sebilla (Zebilla). Elle suivra ensuite le thalweg de la branche occidentale de cette rivière en remontant son cours jusqu'à son intersection avec le parallèle de latitude passant par le village de Sapeliga. De ce point la frontière suivra la limite septentrionale du terrain appartenant à Sapeliga jusqu'à la Rivière Nouhau (Nuhau), et se dirigera ensuite par le thalweg de cette rivière en remontant ou en descendant, suivant le cas jusqu'à un point situé à 3,219 mètres (2 milles) à l'est du chemin allant de Gambaga à Tingourkou (Tenkrûgu), par Bankou (Bawku). De là, elle rejoindra en ligne droite le point d'intersection du 11e degré de latitude nord avec le chemin indiqué sur la Carte No. 1 comme allant de Sansanné-Mango à Pama, par Djebiga (Jebigu).

Article II.

La frontière entre la Colonie Britannique de Lagos et la Colonie Française du Dahomey, qui a été délimitée sur le terrain par la Commission Anglo-Française de Délimitation de 1895, et qui est décrite dans le Rapport signé le 12 Octobre, 1896, par les Commissaires des deux nations, sera désormais reconnue comme la frontière séparant les possessions Britanniques et Françaises de la mer au 9e degré de latitude nord. || A partir du point d'intersection de la Rivière Ocpara avec le 9e degré de latitude nord, tel qu'il a été

déterminé par les dits Commissaires, la frontière séparant les possessions Britanniques et Françaises se dirigera vers le nord, et suivra une ligne passant à l'ouest des terrains appartenant aux localités suivantes: Tabira, Okouta (Okuta), Boria, Tere, Gbani, Yassikéra (Ashigere), et Dekala. || De l'extrémité ouest du terrain appartenant à Dekala la frontière sera tracée dans la direction du nord, de manière à coïncider autant que possible avec la ligne indiquée sur la Carte No. 1 annexée au présent Protocole, et atteindra la rive droite du Niger en un point situé à 16,093 mètres (10 milles) en amont du centre de la ville de Guiris (Géré) (port d'Ilo), mesurés à vol d'oiseau.

Article III.

Du point spécifié dans l'Article II, où la frontière séparant les possessions Britanniques et Françaises atteint le Niger, c'est-à-dire, d'un point situé sur la rive droite de ce fleuve à 16,093 mètres (10 milles) en amont du centre de la ville de Guiris (Géré) (port d'Ilo), la frontière suivra la perpendiculaire élevée de ce point sur la rive droite du fleuve jusqu'à son intersection avec la ligne médiane du fleuve. Elle suivra ensuite en remontant la ligne médiane du fleuve jusqu'à son intersection avec une ligne perpendiculaire à la rive gauche et partant de la ligne médiane du débouché de la dépression, ou cours d'eau asséché, qui, sur la Carte No. 2. annexée au présent Protocole, est appelé Dallul Mauri, et y est indiqué comme étant situé à une distance d'environ 27,359 mètres (17 milles) mesurés à vol d'oiseau d'un point sur la rive gauche en face du village ci-dessus mentionné de Guiris (Géré). || De ce point d'intersection, la frontière suivra cette perpendiculaire jusqu'à sa rencontre avec la rive gauche du fleuve.

Article IV.

A l'est du Niger la frontière séparant les possessions Britanniques et Françaises suivra la ligne indiquée sur la Carte No. 2, annexée au présent Protocole. || Partant du point sur la rive gauche du Niger, indiqué à l'Article précédent, c'est-à-dire la ligne médiane du Dallul Mauri, la frontière suivra cette ligne médiane jusqu'à sa rencontre avec la circonférence d'uu cercle décrit du centre de la ville de Sokoto avec un rayon de 160,932 mètres (100 milles). De ce point elle suivra l'arc septentrional de ce cercle jusqu'à sa seconde intersection avec le 14e degré de latitude nord. De ce second point d'intersection elle suivra ce parallèle vers l'est sur une distance de 112,652 mètres (70 milles); puis se dirigera au sud vrai jusqu'à sa rencontre avec le parallèle 13° 20′ de latitude nord; puis, vers l'est, suivant ce parallèle sur une distance de 402,230 mètres (250 milles); puis au nord vrai jusqu'à ce qu'elle rejoigne le 14e parallèle de latitude nord; puis vers l'est sur ce parallèle, jusqu'à son intersection avec le méridien passant à 35′ est du centre de la ville de Kuka; puis ce méridien vers le sud jusqu'à son intersection avec la rive sud du Lac Tchad. || Le Gouvernement de la République Française reconnaît comme tombant dans la sphère Britannique le territoire à l'est

Nr. 12237. Großbritannien u. Frankreich. 14. Juni 1893.

du Niger compris entre la ligne susmentionnée, la frontière Anglo-Allemande, et la mer. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît comme tombant dans la sphère Française les rives nord, est, et sud du Lac Tchad, qui sont comprises entre le point d'intersection du 14e degré de latitude nord avec la rive occidentale du lac et le point d'incidence sur le lac de la frontière déterminée par la Convention Franco-Allemande du 15 Mars, 1894.

Article V.

Les frontières déterminées par le présent Protocole sont inscrites sur les Cartes Nos. 1 et 2 ci-annexées. || Les deux Gouvernements s'engagent à désigner, dans le délai d'un an pour les frontières à l'ouest du Niger, et de deux ans pour les frontières à l'est de ce même fleuve, à compter de la date de l'échange des ratifications de la Convention qui doit être conclue aux fins de confirmer le présent Protocole, des Commissaires qui seront chargés d'établir sur les lieux les lignes de démarcation entre les possessions Britanniques et Françaises, en conformité et suivant l'esprit des stipulations du présent Protocole. || En ce qui concerne la délimitation de la portion du Niger dans les environs d'Ilo et du Dallul Mauri visée à l'Article III, les Commissaires chargés de la délimitation, en déterminant sur les lieux la frontière fluviale, répartiront équitablement entre les deux Puissances Contractantes les îles qui pourront faire obstacle à la délimitation fluviale telle qu'elle est décrite à l'Article III.

Il est entendu entre les deux Puissances Contractantes qu'aucun changement ultérieur dans la position de la ligne médiane du fleuve n'affectera les droits de propriété sur les îles qui auront été attribuées à chacune des deux Puissances par le procès-verbal des Commissaires dûment approuvé par les deux Gouvernements.

Article VI.

Les deux Puissances Contractantes s'engagent réciproquement à traiter avec bienveillance ("consideration") les Chefs indigènes qui, ayant eu des Traités avec l'une d'elles, se trouveront, en vertu du présent Protocole, passer sous la souveraineté de l'autre.

Article VII.

Chacune des deux Puissances Contractantes s'engage à n'exercer aucune action politique dans les sphères de l'autre, telles qu'elles sont définies par les Articles I, II, III, et IV du présent Protocole. || Il est convenu par là que chacune des deux Puissances s'interdit de faire des acquisitions territoriales dans les sphères de l'autre, d'y conclure des Traités, d'y accepter des droits de souveraineté ou de Protectorat, d'y gêner ou d'y contester l'influence de l'autre.

Article VIII.

Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique cédera à bail au Gouvernement de la République Française, aux fins et conditions spécifiées dans la modèle de bail annexé au présent Protocole, deux terrains à choisir par le Gouver-

nement de la République Française de concert avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, dont l'un sera situé en un endroit convenable sur la rive droite du Niger entre Leaba et le confluent de la Rivière Moussa (Mochi) avec ce fleuve, et l'autre sur l'une des embouchures du Niger. || Chacun de ces terrains sera en bordure sur le fleuve sur une étendue de 400 mètres au plus, et formera un ténément dont la superficie ne sera pas inférieure à 10 hectares ni supérieure à 50 hectares. Les limites exactes de ces terrains seront indiquées sur un plan annexé à chacun des baux. || Les conditions dans lesquelles s'effectuera le transit des marchandises sur le cours du Niger, de ses affluents, de ses embranchements et issues, ainsi qu'entre le terrain ci-dessus mentionné situé entre Leaba et le confluent de la Rivière Moussa (Mochi), et le point à désigner par le Gouvernement de la République Française sur la frontière Française, feront l'objet d'un Règlement dont les détails seront discutés par les deux Gouvernements immédiatement après la signature du présent Protocole. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage à donner avis quatre mois à l'avance au Gouvernement de la République Française de toute modification dans le Règlement en question, afin de mettre le dit Gouvernement Français en mesure d'exposer au Gouvernemeut Britannique toutes représentations qu'il pourrait désirer faire.

Article IX.

A l'intérieur des limites tracées sur la Carte No. 2, annexée au présent Protocole, les sujets Britanniques et protégés Britanniques, les citoyens Français et protégés Français, pour leurs personnes comme pour leurs biens, les marchandises et produits naturels ou manufacturés de la Grande-Bretagne et de la France, de leurs Colonies, possessions, et Protectorats respectifs, jouiront pendant trente années à partir de l'échange des ratifications de la Convention mentionnée à l'Article V, du même traitement pour tout ce qui concerne la navigation fluviale, le commerce, le régime douanier et fiscal, et les taxes de toute nature. || Sous cette réserve, chacune des deux Puissances Contractantes conservera la liberté de régler sur son territoire et à sa convenance le régime douanier et fiscal et les taxes de toute nature. || Dans le cas où aucune des Puissances Contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'échéance du terme précité de trente années son intention de faire cesser les effets du présent Article, il continuera à être obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Puissances Contractantes l'aura dénoncé. En foi de quoi, les Délégués soussignés ont dressé le présent Protocole et y ont apposé leurs signatures.

Fait à Paris, en double expédition, le 14 Juin, 1898.

(Signed) Martin Gosselin.
William Everett.
René Lecomte.
G. Binger.

Nr. 12237. Grofs-britannien u. Frankreich. 14. Juni 1898.

Anlage 1 und 2 sind Karten.

Anlage 3.

Bien que le tracé des lignes de démarcation sur les deux cartes annexées au présent Protocole soit supposé être généralement exact, il ne peut être considéré comme une représentation absolument correcte de ces lignes, jusqu'à ce qu'il ait été confirmé par de nouveaux levés. || Il est donc convenu que les Commissaires ou Délégués locaux des deux pays, qui seront chargés, par la suite, de délimiter tout ou partie des frontières sur le terrain, devront se baser sur la description des frontières telle qu'elle est formulée dans le Protocole. || Il leur sera loisible, en même temps, de modifier les dites lignes de démarcation en vue de les déterminer avec une plus grande exactitude et de rectifier la position des lignes de partage, des chemins ou rivières, ainsi que des villes ou villages indiqués dans les cartes susmentionnées. || Les changements ou corrections proposés d'un commun accord par les dits Commissaires ou Délégués seront soumis à l'approbation des Gouvernements respectifs.

(Signed) Martin Gosselin.
William Everett.
René Lecomte.
G. Binger.

Anlage 4.

Modèle de Bail.

1. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique cède à bail au Gouvernement de la République Française un terrain situé . du Niger, ayant en bordure du fleuve un développement de , et formant un tènement d'une superficie de hectares, dont les limites exactes sont indiquées sur le plan annexé au présent bail. || 2. Le bail aura une durée de trente années consécutives à partir de , mais, dans le cas où aucune des Parties Contractantes n'aura notifié douze mois avant l'échéance du terme susmentionné de trente ans son intention de mettre fin au présent bail, le dit bail restera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties Contractantes l'aura dénoncé.

3. Le dit terrain sera soumis aux lois en vigueur pendant cette période dans le Protectorat Britannique des districts du Niger. || 4. Une partie du territoire ainsi cédé à bail, et dont l'étendue n'excédera pas 10 hectares, sera utilisée exclusivement pour les opérations de débarquement, d'emmagasinage et de transbordement des marchandises, et pour toutes fins pouvant être considérées comme subsidiaires à ces opérations, et les seuls résidents permanents seront les personnes employées pour le service et la sécurité des dites marchandises, avec leurs familles et leurs domestiques.

5. Le Gouvernement de la République Française s'engage — || (*a.*) A clore la partie du dit terrain mentionnée à l'Article 4 du présent bail (à

l'exception du côté bordant le Niger) par un mur ou par une palissade ou par toute autre sorte de clôture continue, dont la hauteur ne sera pas inférieure à 3 mètres; il n'y aura qu'une seule porte sur chacun des trois côtés de la clôture. || (*b.*) A ne pas permettre, dans la dite partie de terrain, la réception ou la sortie d'aucune marchandise en contravention avec les Règlements Douaniers Britanniques. Tout acte fait en violation de cette stipulation sera considéré comme équivalent à une fraude de droit de douane, et sera puni en conséquence. || (*c.*) A ne pas vendre ni autoriser à vendre des marchandises au détail sur la dite partie de terrain. La vente de quantités d'un poids ou d'une mesure inférieure à 1,000 kilog., 1,000 litres, ou 1,000 mètres, sera considérée comme vente au détail. Il est entendu que cette stipulation n'est pas applicable aux marchandises en transit. || (*d.*) Le Gouvernement de la République Française, ou ses sous-locataires ou agents, auront le droit de construire, sur la dite portion de terrain, des magasins, des maisons pour bureaux, et tous autres édifices nécessaires pour les opérations de débarquement, l'emmagasinement, et le transbordement des marchandises, et également de construire, dans la partie de l'avant-rivage du Niger comprise dans le bail, des quais, des ponts, des docks, et tous autres ouvrages nécessaires en vue des dites opérations, pourvu que les plans de tout ouvrage à construire, ainsi sur l'avant-rivage du fleuve soient communiqués pour examen aux autorités Britanniques, afin que vérification puisse être faite que ces ouvrages ne sauraient en aucune manière gêner la navigation du fleuve, ni être en opposition avec les droits de tiers ou avec le système Douanier. || (*e.*) Il est entendu que l'embarquement, le débarquement et l'emmagasinement des marchandises sur la dite partie de terrain seront effectués, à tous égards, conformément aux lois alors en vigueur dans le Protectorat Britannique des districts du Niger.

6. Le Gouvernement de la République Française s'engage à payer annuellement au Gouvernement Britannique, le 1er Janvier de chaque année, un loyer de 1 fr. || 7. Le Gouvernement de la République Française aura le droit de sous-louer tout ou partie du terrain faisant l'objet du présent bail, pourvu que les sous-locataires ne fassent usage de ce terrain à d'autres fins que celles stipulées dans le présent bail, et que le dit Gouvernement demeure responsable envers le Gouvernement de Sa Majesté Britannique de l'observation des stipulations du présent bail. || 8. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage à remplir à l'égard du preneur à bail toutes les obligations qui lui incombent en sa qualité de propriétaire du dit terrain. || 9. A l'expiration du terme de trente ans spécifié à l'Article 2 du présent bail, le Gouvernement Français, ou ses souslocataires, pourront rester pour une période qui, cumulée avec le dit terme de trente ans, n'excédera pas quatre-vingt-dix-neuf ans, en possession et jouissance des constructions et installations qui auront été faites sur le terrain cédé à bail. Toutefois, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se réservera, à l'expiration ou à la mise à terme du présent bail

Nr. 12237. Grofs-britannien u. Frankreich. 14. Juni 1898.

survenue dans les conditions spécifiées à l'Article 2, le droit de racheter à dire d'experts, qui seront nommés par les deux Gouvernements, les dites constructions et installations, moyennant que notification de son intention soit donnée au Gouvernement Français, au plus tard dix mois avant l'expiration ou mise à terme du bail. En cas de dissentiment entre eux, les experts désigneront un tiers Arbitre, dont la décision sera définitive. || Pour calculer la valeur des constructions et installations ci-dessus mentionnées, les experts se guideront d'après les considérations suivantes:— || (*a.*) Dans le cas où le bail expirerait à la fin des trente premières années, la valeur de rachat des biens sera la pleine valeur marchande. || (*b.*) Dans le cas où le bail cesserait postérieurement au terme de trente ans, la valeur à payer sera la pleine valeur marchande, moins une fraction, dont le numérateur sera le nombre d'années qu'aura duré le bail, diminué de trente, et dont le dénominateur sera soixante-neuf. || 10. Le terrain compris dans le bail sera arpenté et délimité sans retard. || 11. Dans le cas où une différence d'opinion surgirait entre les deux Gouvernements sur l'interprétation du bail ou sur tout autre sujet se rapportant à ce bail, la question sera réglée par l'arbitrage d'un jurisconsulte d'une nationalité tierce, désigné d'accord par les deux Gouvernements.

(Signed) Martin Gosselin.
William Everett.
René Lacomte.
G. Binger.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris dans le délai de six mois, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Soussignés ont signé la présente Convention, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 14 Juin. 1898.

(Signed) Edmund Monson.
G. Hanotaux.

Protokoll
über die Verlängerung der Frist bis zur Ratifikation.

Paris, December 8, 1898.

Les Soussignés, son Excellence le Très Honorable Sir Edmund Monson, G.C.B., Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, près le Président de la République Française; et son Excellence M. Delcassé, Ministre des Affaires Étrangères de la République Française, dûment autorisés à cet effet, sont convenus de ce qui suit:— || Le délai de six mois, fixé par la Convention du 14 Juin, 1898, pour l'échange des ratifications de la dite Convention, est prorogé de six mois et porté à une année.

Fait en double, à Paris, le 8 Décembre, 1898.

(Signed) Edmund Monson.
Delcassé.

Déclaration.

Nr. 12237. Grofs-britannien u. Frankreich. 14. Juni 1898.

London, 21. März 1899.

Les Soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, ont signé la Déclaration suivante:— || L'Article IV de la Convention du 14 Juin, 1898, est complété par les dispositions suivantes, qui seront considérées comme en faisant partie intégrante:— || 1. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage à n'acquérir ni territoire ni influence politique à l'ouest de la ligne-frontière définie dans le paragraphe suivant, et le Gouvernement de la République Française s'engage à n'acquérir ni territoire ni influence politique à l'est de cette même ligne. || 2. La ligne-frontière part du point où la limite entre l'État Libre du Congo et le territoire Français rencontre la ligne de partage des eaux coulant vers le Nil de celles qui s'écoulent vers le Congo et ses affluents. Elle suit en principe cette ligne de partage des eaux jusqu'à sa rencontre avec le 11e parallèle de latitude nord. A partir de ce point elle sera tracée jusqu'au 15e parallèle de façon à séparer en principe le Royaume de Quadai de ce qui était en 1882 la Province de Darfour; mais son tracé ne pourra en aucun cas dépasser à l'ouest le 21e degré de longitude est de Greenwich (18° 40′ est de Paris), ni à l'est le 23e degré de longitude est de Greenwich (20° 40′ est de Paris). || 3. Il est entendu en principe qu'au nord du 15e parallèle la zone Française sera limitée au nord-est et à l'est par une ligne qui partira du point de rencontre du Tropique du Cancer avec le 16e degré de longitude est de Greenwich (13° 40′ est de Paris), descendra dans la direction du sud-est jusqu'à sa rencontre avec le 24e degré de longitude est de Greenwich (21° 40′ est de Paris), et suivra ensuite le 24e degré jusqu'à sa rencontre au nord du 15e parallèle de latitude avec la frontière du Darfour telle qu'elle sera ultérieurement fixée. || 4. Les deux Gouvernements s'engagent à désigner des Commissaires qui seront chargés d'établir sur les lieux une ligne-frontière conforme aux indications du paragraphe 2 de la présente Déclaration. Le résultat de leurs travaux sera soumis à l'approbation de leurs Gouvernements respectifs. || Il est convenu que les dispositions de l'article IX de la Convention du 14 Juin, 1898, s'appliqueront également aux territoires situés au sud du 14° 20′ de latitude nord, et au nord du 5e degré de latitude nord entre le 14° 20′ de longitude est de Greenwich (12e degré est de Paris) et le cours du Haut-Nil.

Fait à Londres, le 21 Mars, 1899.

(Signed) Salisbury.
(Signed) Paul Cambon.

Nr. 12238. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Deklaration über die britische und französische Interessensphäre in Centralafrika.

Nr. 12238. Grofs-britannien u. Frankreich. 21. März 1899.

London, 21. März 1899.

Les Soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, ont signé la Déclaration suivante: — || L'Article IV de la Convention du 14 Juin,

Nr. 12238. Grofs-britannien u. Frankreich. 21. März 1899.

1898, est complété par les dispositions suivantes qui seront considérées comme en faisant partie intégrante: || 1. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage à n'acquérir ni territoire ni influence politique à l'ouest de la ligne frontière définie dans le paragraphe suivant, et le Gouvernement de la République Française s'engage à n'acquérir ni territoire ni influence politique à l'est de cette même ligne. || 2. La ligne frontière part du point où la limite entre l'État libre du Congo et le territoire Français rencontre la ligne de partage des eaux coulant vers le Nil de celles qui s'écoulent vers le Congo et ses affluents. Elle suit en principe cette ligne de partage des eaux jusqu'à sa rencontre avec le 11e parallèle de latitude nord. A partir de ce point elle sera tracée jusqu'au 15e parallèle de façon à séparer en principe le Royaume de Ouadai de ce qui était en 1882 la Province de Darfour; mais son tracé ne pourra en aucun cas dépasser à l'ouest le 21e degré de longitude est de Greenwich (18° 40′ est de Paris), ni à l'est le 23e degré de longitude est de Greenwich (20° 40′ est de Paris). || 3. Il est entendu en principe qu'au nord du 15e parallèle la zone Française sera limitée au nord-est à l'est par une ligne qui partira du point de rencontre du Tropique du Cancer avec le 16e degré de longitude est de Greenwich (13° 40′ est de Paris), descendra dans la direction du sud-est jusqu'à sa rencontre avec le 24e degré de longitude est de Greenwich (21° 40′ est de Paris), et suivra ensuite le 24e degré jusqu'à sa rencontre au nord du 15e parallèle de latitude avec la frontière du Darfour telle qu'elle sera ultérieurement fixée. || 4. Les deux Gouvernements s'engagent à désigner des Commissaires qui seront chargés d'établir sur les lieux une ligne frontière conforme aux indications du paragraphe 2 de la présente Déclaration. Le résultat de leurs travaux sera soumis à l'approbation de leurs Gouvernements respectifs. || Il est convenu que les dispositions de l'Article IX de la Convention du 14 Juin, 1898, s'appliqueront également aux territoires situés au sud du 14° 20′ de latitude nord, et au nord du 5e degré de latitude nord entre le 14° 20′ de longitude est de Greenwich (12° est de Paris) et le cours du Haut-Nil.

Fait à Londres, le 21 Mars, 1899.

(L. S.) Salisbury.
(L. S.) Paul Cambon.

Nr. 12239. GROSSBRITANNIEN und SIAM. — Abkommen über die Grenze auf der Malaiischen Halbinsel.

Bangkok, 29. November 1899.

Nr. 12239. Grofs-britannien u. Siam. 29. Nov. 1899.

The Government of His Siamese Majesty on the one part and the Government of Her Britannic Majesty on the other part acting in the names and on behalf of the Sultans of Perak and Pahang, considering that it is desirable to settle all frontier disputes in the Malay Peninsula and to define the boundaries between the Siamese province of Raman and Siamese Dependencies of Kedah, Kelantan and Tringanu on the one side and the above-named States

of Perak and Pahang on the other, the undersigned—His Siamese Majesty's Minister for Foreign Affairs and Her Britannic Majesty's Minister Resident— duly authorized to that effect, have agreed as follows:— Nr. 12239. Grofs-britannien u. Siam. 29.Nov.1899.

1.—The boundary between Kedah and Perak is as follows:—From the point on the Krian river near Bukit Toongal along the Krian river to its source in Bintang as shown in the map annexed to this agreement and marked (A to B).

2.—The boundary between Raman and Perak as shown in the map annexed to this agreement and marked B. C. D. E. F. is as follows:— || I. A straight line from Bintang to Kenderung (from B to C). || II. A straight line from Kenderung to a point on the River Rui about four miles above its mouth (from C to D). || III. From the point marked D. a straight line to the end of the spur on the Perak river near Jeram Pala (marked E) which marks the northern drainage of the River Sengo. || IV. The line of the northern drainage of the River Sengo to the main watershed (from E to F).

3.—The boundary between Kelantan on the one side and Perak and Pahang on the other is the main watershed.

4.—The boundary between Tringanu and Pahang is: (i) the main watershed; (ii) then the southern drainage of the Kemaman river until it meets the watershed of the Chendar River; (iii) then the northern drainage of the Chendar River to Tanjong Glugor on the sea coast.

In witness whereof the Undersigned have signed the same in duplicate and have affixed thereto their seals at Bangkok on the twenty-ninth day of November in the year 1899 of the Christian era corresponding to the one hundred and eighteenth year of Ratanakosindr.

(Signed) Devawongse Varoprakar [L. S.]
(Signed) George Greville [L. S.]

Nr. 12240. GROSSBRITANNIEN und SIAM. — Vertrag über die Registrierung britischer Unterthanen in Siam.

Bangkok, 29. November 1899.

The Governments of His Majesty the King of Siam and of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, recognizing the necessity of having a satisfactory arrangement for the Registration of British subjects in Siam, the Undersigned—His Siamese Majesty's Minister for Foreign Affairs und Her Britannic Majesty's Minister Resident— duly authorized tho that effect, have agreed as follows:— Nr. 12240. Grofs-britannien u. Siam. 29.Nov.1899.

I.

The registration according to Article V. of the Treaty of April 18, 1855, of British subjects residing in Siam, shall comprise the following categories.|| 1.—All British natural born or naturalized subjects, other than those of Asiatic descent. || 2.—All children and grandchildren born in Siam of persons

Nr. 12240. Grofs-britannien u. Siam. 29. Nov. 1899.

entitled to be registered under the first category, who are entitled to the status of British subjects in contemplation of English law.

Neither great-grandchildren nor illegitimate children born in Siam of persons mentioned in the first category are entitled to be registered. || 3.—All persons of Asiatic descent born within the Queen's Dominions or naturalized within the United Kingdom or born within the territory of any Prince or State in India under the suzerainty of or in alliance with the Queen. || Except natives of Upper Burma or the British Shan States who became domiciled in Siam before January 1st, 1886. || 4.—All children born in Siam of persons entitled to be registered under the third category. || No grandchildren born in Siam of persons mentioned in the third category are entitled to be registered for protection in Siam. || 5.—The wives and widows of any persons who are entitled to be registered under the foregoing categories.

II.

The lists of such registration shall be open to the inspection of a properly authorized representative of the Siamese Government on proper notice being given.

III.

If any question arises as to the right of any person to hold a British certificate of registration or as to the validity of the certificate itself, a joints inquiry shall be held by the British and Siamese authorities and decide according to the conditions laid down in this Agreement, upon evidence to be adduced by the holder of the certificate, in the usual way.

IV.

Should any action, civil or criminal, be pending while such inquiry is going on, it shall be determined conjointly in what Court the case shall be heard.

V.

If the person, in respect of whom the inquiry is held, come within the conditions for registration laid down in Article I, he may, if not yet registered, forthwith be registered as a British subject and provided with a certificate of registration at Her Britannic Majesty's Consulate; otherwise he shall be recognized as falling under Siamese jurisdiction and if already on the lists of Her Britannic Majesty's Consulate, his name shall be erased.

In witness whereof the Undersigned have signed the same in duplicate and have affixed thereto their seals at Bangkok on the twenty-nineth day of November in the year one thousand eight hundred and ninety-nine of the Christian era corresponding to the one hundred and eighteenth year of Ratanakosindr.

(Signed) Devawongse Varoprakar [L. S.]
(Signed) George Greville [L. S.]

Nr. 12241. RUSSLAND und SIAM. — Handelsvertrag.

Nr. 12241. Rußland u. Siam. 11./23. Juni 1899.

Bangkok, 11./23. Juni 1899.

Le Gouvernement Royal du Siam et le Gouvernement Imperial de Russie, désirant faciliter les relations entre les deux pays, sont convenus d'un commun accord, jusqu'à la conclusion d'un traité d'amitié et de commerce, de ce qui suit: || Que pour tout ce qui a rapport à la juridiction, au commerce, et à la navigation les sujets Siamois sur le territoire de la Russie et les sujets Russes sur le territoire du Siam jouiront dorénavant, jusqu'à l'expiration du présent arrangement, de tous les droits et priviléges accordés aux sujets des autres nations, respectivement au Siam ou en Russie, par les traités actuellement en vigueur, ainsi que par les traités qui pourront être contractés dans l'avenir.|| Cet arrangement sera appliqué des deux côtés à partir du jour de la signature jusqu'à l'expiration de six mois depuis le jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncé. || La présente Déclaration ayant été rédigée en Siamois, Russe, et Français, et les trois versions ayant la même portée et le même sens, le texte Français sera officiel et fera loi sous tous les rapports. || En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont dressé la présente Déclaration, qu'ils ont munie de leurs signatures et du cachet de leurs armes. || Fait à Bangkok le vingt-trois juin cent dix huit de l'ère Siamoise, équivalant au onze Juin de l'année mil huit cent quatrevingt dix neuf du calendrier Russe.

L. S. Signé: Devawongse Varoprakar.
L. S. Signé: A. E. Olarovsky.

Nr. 12242. VERTRAGSSTAATEN und MAROKKO. — Zollvertrag.

„Règlement concernant le droit des portes (article 13 de la Convention de Madrid) concerté entre Sid Mohammed Torres, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Chériffienne, Sid Abdelkrim Brisha, Envoyé spécial de Sa Majesté Chériffienne, et les Réprésentants des autres Puissances signataires de la Convention de Madrid; et destiné à remplacer les paragraphes 10 à 17 du règlement du 30 Mars 1881."

Tanger, 2. Juni 1896.

Nr. 12242. Vertragsstaaten und Marokko. 2. Juni 1896.

Article 1.

Le droit des portes ne sera payé qu'une fois.

Article 2.

Pour les marchandises expediées d'une Ville à une autre, ce droit sera payé contre délivrance d'un récépissé à la sortie de la Ville de départ.

Article 3.

Les marchandises et produits de la campagne payeront le droit des portes en entrant en ville sans délivrance de récépissé, mais si les produits sont destinés à un autre endroit qu'à la première ville où ils entrent, l'administrateur du droit des portes délivrera un récépissé à l'entrée de cette première Ville.

Article 4.

A l'exception du cas mentionné dans l'article précédent, le paiement du droit des portes ne se fera que contre délivrance d'un récépissé. || Le récépissé devra être gardé par le muletier pour être exhibé dans les Villes qu'il traversera, à la demande de l'autorité compétente. Le muletier devra le remettre à l'administrateur du droit des portes à l'entrée de la Ville de destination. || Le récépissé aura la forme suivante: || N s'est présenté avec (nombre) charges de (chameau, cheval, mule, âne); il a payé le droit de susdites charges soit (nombre) réaux, et il n'est plus tenu à aucun paiement pour les dites charges.

(Endroit) (Date)

Signature de l'adel et cachet de l'administrateur.

Le récépissé servira de preuve que le droit a été payé.

Article 5.

Les droits seront payés, au choix de celui qui les acquitte, en monnaie espagnole ou en monnaie hassani, mais les fractions inférieures à un réal pourront être payées en blanquillos d'après le cours de l'endroit du paiement.

Article 6.

On payera

par charge de	chameau	6	réaux.
„ „ „	cheval ou de mule	4	„
	d'âne	2	„

Article 7.

Les marchandises et produits de la campagne (art.° 3) payeront

par charge de	chameau	4	réaux
„ „ „	cheval ou de mule	2	„
	d'âne	1	réal

Article 8.

Les céréales, quelles qu'elles soient, payeront

par charge de	chameau	2	réaux
„ „ „	cheval ou de mule	1	réal
	d'âne	1/2	„

Article 9.

L'Alfa, la feuille de palmier nain et les fruits frais payeront

Par charge de chameau 3/4 de réal
" " " cheval ou de mule 1/2 réal
d'âne 1/4 de réal

Article 10.

La paille, l'herbe, la racine de palmier pour les fours des villes, le charbon de bois et tous les légumes frais ne payeront aucun droit.

Article 11.

Pour les marchandises destinées à Rabat et à Saffi, qui sont débarquées à cause du mauvais temps, à Casablanca pour Rabat, à Mazagan ou à Mogador pour Saffi, le droit des portes sera payé à la sortie de la Ville de débarquement par le négociant qui réexpédiera la marchandise à sa véritable destination. Le négociant recevra des administrateurs du port de débarquement un récépissé spécifiant le nombre des charges arrivées en destination de Rabat ou de Saffi. Les commerçants de ces deux Villes auxquelles les marchandises sont destinées, auront le droit d'en réexpédier le même nombre de charges sans rien payer contre présentation du récépissé des administrateurs du port de débarquement.

Article 12.

Les administrateurs du droit des portes ont la faculté d'ouvrir les charges sur le contenu desquelles ils auraient des doutes, mais il est entendu qu'ils l'exerceront sans vexation inutile.

Article 13.

Les administrateurs du droit des portes qui ne se conformeront pas strictement à ce règlement, principalement aux prescriptions de l'article précédent, seront punis par le gouvernement marocain.

Article 14.

La taxe des portes ne pourra être augmentée sans nouvel accord entre Sa Majesté Chérifienne et les Puissances signataires de la Convention de Madrid.

Tanger le 2 Juin 1896.

f.° Bussche rep. l'Allemagne et les Pays-Bas.
f.° Urmenyi pour l'Autriche. Hongrie.
f.° Ed. Anspach, pour la Belgique et pour le Portugal.
f.° Emilio de Ojeda pour l' Espagne. sé Mohammed Torres.
f.° J. Judson Barclay for the U. S. of America. sé Abdelkrim Bricha.
f.° Monbel pour la France.
f.° A. Nicolson for Great Britain and Irland.
f.° J. Malmusi pour l'Italie.

Nr. 12243. VERTRAGSSTAATEN und MAROKKO. — Abkommen über den Tabakzoll.

Tanger, 2. Juni 1896.

Nr. 12243. Vertragsstaaten und Marokko. 2. Juni 1896.

1.° — Le tabac paiera par quintal équivalent à 50 k^{gs} 750 grammes, pour le tabac en feuilles 40 réaux de bellion
„ „ coupé 60 „ „
„ „ elaboré „ „
cigàres et cigarettes 100 „ „

2.° — Le tabac à fumer pourra seul être introduit et vendu à l'exclusion de toute autre espèce. || Si un marchand est soupçonné de vendre autre chose que du tabac à fumer, il sera dénoncé à son autorité par la personne chargée par le maklizen de surveiller la vente du tabac, une perquisition sera faite chez la personne soupçonnée avec l'autorisation du représentant de sa nation. Si l'ou trouve des articles prohibés, ils seront saisis et confisqués, de plus, le délinquant sera puni par son autorité.

3.° — Le tabac ne pourra être introduit au Maroc que par le seul port de Tanger; l'introduction dans tout autre port sera considérée comme un acte de contrebande, et le tabac sera confisqué.

4.° — Le présent arrangement signé par les Représentants du Sultan et par les Représentants Etrangers ne pourra être modifié que d'un commun accord entre les parties contractantes.

Fait à Tanger le 2 du mois de Juin 1896.

f.° Bussche rep. l'Allemagne et les Pays-Bas.
f.° Urmenyi pour l'Autriche-Hongrie.
f.° Ed. Anspach, pour la Belgique et pour le Portugal.
f.^{e} Emilio de Ojeda pour l'Espagne. sé Mohammed Torres.
f.° J. Judson Barclay for the U. S. of America. sé Abdelkrim Bricha.
f.° Monbel pour la France.
f.° A. Nicolson for Great Britain and Irland.
f.° J. Malmusi pour l'Italie.

Nr. 12244. PFORTE und SERBIEN. — Zollabkommen.

Konstantinopel, $\frac{19. \text{ April}}{1. \text{ Mai}}$ 1899.

Article I.

Nr. 12244. Pforte und Serbien. 19. April/1. Mai 1899.

Les produits d'origine ou de manufacture serbe qui sont importés en Turquie, et les produits d'origine ou de manufacture ottomane qui sont importés en Serbie seront respectivement soumis quant aux droits d'importation, d'exportation, de transit, quant à la réexportation, au courtage, à l'entrepôt, aux droits locaux et quant aux formalités douanières, au même traitement que les produits de la nation la plus favorisée. || Est excepté de la disposition ci-dessus, le tabac produit dans l'Empire ottoman, qui, lors de son exportation

en Serbie, restera assujetti à un droit d'exportation de quatre piastres par ocque, soit piastres trois cent douze et demie par cent kilogrammes. || De même, en vertu du paragraphe Ier du protocole final de la convention vétérinaire conclue entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie le 28 juillet (9 août) 1892, sont exceptés de ladite disposition l'introduction en Serbie et le transit par son territoire des bestiaux du territoire ottoman jusqu'à la conclusion d'une convention vétérinaire entre les deux hautes parties contractantes.

Article II.

Le gouvernement Royal de Serbie déclare appliquer aux articles d'origine ou de manufacture ottomane énumérés dans le tableau ci-annexé, les droits d'importation y inscrits, et aussi faire bénéficier ces articles des droits plus réduits qui seraient appliqués à l'égard des produits similaires d'un autre Etat.

Article III.

Pour établir en cas de besoin que les produits sont d'origine ou de manufacture ottomane ou serbe, les autorités douanières des deux parties contractantes auront la faculté de soumettre l'importateur à l'obligation de présenter à la douane du pays d'importation soit une déclaration officielle faite devant un magistrat siégeant au lieu de l'expédition, soit un certificat délivré par le chef du service de la douane du bureau d'exportation, soit un certificat délivré par les consuls ou agents consulaires du pays dans lequel l'importation doit être faite, et qui résident dans les lieux d'expedition ou dans les ports d'embarquement.

Article IV.

Chacune des parties contractantes s'engage à ne tolérer aucun acte de contrebande qui serait dirigé contre le territoire de l'autre, et à communiquer, par l'entremise de leurs autorités compétentes, toutes les informations qui pourraient être utilisées ou qui seraient demandées par les bureaux de douane de l'autre partie pour la constatation des fraudes.

Article V.

La présente convention recevra tous ses effets aussitôt après l'échange des ratifications et restera en vigueur jusqu'au 15/27 février 1900. || Les ratifications seront échangées à Constantinople le plus tôt possible. || Fait et signé à Constantinople le 19 avril (1er mai) 1899.

Protocole.

En procédant à la signature de la convention de ce jour, les plénipotentiaires respectifs déclarent que pour ce qui est des certificats d'origine, prévus par l'article III de la convention, les soussignés constatent qu'il ne sera usé de la faculté de les demander que dans le cas où il s'agirait d'établir la distinction des articles ottomans ou serbes favorisés par les dispositions de la

Nr. 12244. Pforte und Serbien. 19. April / 1. Mai 1899.

présente convention d'avec leurs similaires d'autre provenance soumis à un traitement moins favorable.

Tarif.

	Par 100 kilogram. Francs.
1. Citrons, oranges, oranges amères, cédrats, grenades	3
2. Raisins et autres fruits frais	3
3. Raisins secs noirs (Tireh)	2
4. Figues sèches, en panier, en sac, en chapelet, dattes d'Arabie .	3
5. Raisins secs (dits Razaki, sultanine)	6
6. Amandes, pistaches et autres fruits de table	10
7. Sésame	$3^1/_2$
8. Poivre rouge, pilé et non pilé (paprika)	20
9. Tziris et maquereaux	4
10. Chanvre, lin et autres matières textiles végétales (des vilayets de Salonique et de Cossovo)	exempt
11. Olives fraîches, salées ou en saumure, en barils, en paniers ou en sacs	4
12. Halva et rahat-locoum	6
13. Ecorces d'oranges, de citrons et d'oranges amères	12
14. Gomme mastic, gomme arabique	30

Nr. 12245. GROSSBRITANNIEN und NIEDERLANDE. — Auslieferungsvertrag.

London, 26. September 1898.

Nr. 12245. Grossbritannien u. Niederlande. 26. Sept. 1898.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and Her Majesty the Queen of the Netherlands, having mutually resolved to conclude a new Treaty for the extradition of criminals, the said High Contracting Parties have named as Their Plenipotentiaries to conclude a Treaty for this purpose, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Impress of India, the Most Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquess of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Baron Cecil, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c., &c.; || And Her Majesty the Queen of the Netherlands, Alexander William Baron Schimmelpenninck van der Oye, Chargé d'Affaires, ad interim, of the Netherlands in London, Knight of the Order of Orange Nassau, &c., &c.; || Who, having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I.

The High Contracting Parties engage to deliver up to each other those persons who, being accused or convicted of a crime or offence committed in the territory of the one Party, shall be found within the territory of the other Party, under the circumstances and conditions stated in the present Treaty.

Article II.

The crimes or offences for which the extradition is to be granted are the following:— || 1. Murder, including infanticide, or attempt, or conspiracy to murder, including such crimes when directed against the Sovereign, his heir, or any other person whomsoever, provided that the crime is not of a political character. || 2. Manslaughter, including the manslaughter of a child. || 3. Assault occasioning actual bodily harm. || 4. Maliciously wounding or inflicting grievous bodily harm. || 5. Counterfeiting or altering money, or uttering counterfeit or altered money. || 6. Forgery, counterfeiting or altering, or uttering what is forged, counterfeited or altered. || 7. Embezzlement; fraud by a bailee, banker, agent, factor, trustee, or director or member or public officer of any Company, made criminal by any law for the time being in force; or larceny. || 8. Malicious injury to property if the offence be indictable. || 9. Obtaining money, goods, or valuable securities by false pretences. || 10. Crimes against bankruptcy law. || 11. Perjury, or subornation of perjury. || 12. Rape. || 13. Carnal knowledge, or any attempt to have carnal knowledge, of a girl under 16 years of age. || 14. Indecent assault. || 15. Administering drugs, or using instruments with intent to procure the miscarriage of a woman. || 16. Abduction. || 17. Child stealing. || 18. Kidnapping of minors and their false imprisonment. || 19. Burglary or house-breaking. || 20. Arson. || 21. Robbery with violence. || 22. Any malicious act done with intent to endanger the safety of a railway train. || 23. Threats by letter or otherwise, with intent to extort. || 24. Piracy by law of nations. || 25. Sinking or destroying a vessel at sea, or attempting to do so. || 26. Assaults on board a ship on the high seas, with intent to destroy life, or do grievous bodily harm. || 27. Revolt by two or more persons on board a ship on the high seas, against the authority of the master. || 28. Dealing in slaves in such a manner as to constitute a criminal offence against the laws of both States. || Extradition is also to be granted for participation in any of the aforesaid crimes, provided such participation be an extradition crime by the laws of the State applied to. || In the foregoing cases extradition shall take place only when the crime, if committed within the jurisdiction of the country on which the claim for surrender is made, would constitute an extradition crime by the laws of that country. || Extradition may also be granted, at the discretion of the State applied to, in respect of any other crime for which, according to the laws of both the Contracting Parties for the time being in force, the grant can be made.

Nr. 12245. Grofsbritannien u. Niederlande. 26.Sept.1898.

Article III.

Either Government may, in its absolute discretion, refuse to surrender its own subjects to the other Government.

Article IV.

The extradition shall not take place if the person claimed on the part of the British Government, or the person claimed on the part of the Netherland Government, has already been tried and discharged or punished, or is actually upon his trial, within the territory of the other of the two High Contracting Parties, for the crime for which his extradition is demanded. || If the person claimed on the part of the British Government, or if the person claimed on the part of the Netherland Government, should be under examination, or is undergoing sentence under a conviction, for any other crime within the territories of the two High Contracting Parties respectively, his extradition shall be deferred until after he has been discharged, whether by acquittal, or on expiration of his sentence, or otherwise.

Article V.

The extradition shall not take place if, subsequently to the commission of the crime, or the institution of the penal prosecution, or the conviction thereon, exemption from prosecution or punishment has been acquired by lapse of time, according to the laws of the State applied to.

Article VI.

A fugitive criminal shall not be surrendered if the offence in respect of which his surrender is demanded is one of a political character, or if he proves that the requisition for his surrender has in fact been made with a view to try or punish him for an offence of a political character.

Article VII.

A person surrendered may in no case be kept in prison, or be brought to trial in the State to which the surrender has been made, for any other crime or on account of any other matters than those for which the extradition shall have taken place, until he has been restored or had an opportunity during one month of returning to the State by which he has been surrendered. || This stipulation does not apply to crimes committed after the extradition.

Article VIII.

The requisition for extradition shall be made through the Diplomatic Agents of the High Contracting Parties respectively. || The requisition for the extradition of an accused person must be accompanied by a warrant of arrest issued by the competent authority of the State requiring the extradition, and by such evidence as, according to the laws of the place where the accused is found, would justify his arrest if the crime had been committed there. || If the

requisition relates to a person already convicted, it must be accompanied by the sentence of condemnation passed against the convicted person by the competent Court of the State that makes the requisition for extradition. || A sentence passed in contumaciam is not to be deemed a conviction, but a person so sentenced may be dealt with as an accused person.

Article IX.

If the requisition for extradition be in accordance with the foregoing stipulations, the competent authorities of the State applied to shall proceed to the arrest of the fugitive.

Article X.

Pending the presentation of the demand for extradition through the Diplomatic channel, a fugitive criminal may be apprehended under a warrant issued by any Police Magistrate, Justice of the Peace, or other competent authority in either country, on such information or complaint, and such evidence, or after such proceedings as would, in the opinion of the authority issuing the warrant, justify the issue of a warrant if the crime had been committed or the person convicted in that part of the dominions of the two Contracting Parties in which the Magistrate, Justice of the Peace, or other competent authority exercises jurisdiction; provided, however, that in the United Kingdom the accused shall, in such case, be sent as speedily as possible before a Magistrate. He shall, in accordance with this Article, be discharged, as well in the Netherlands as in the United Kingdom, if within the term of twenty days a requisition for extradition shall not have been made by the Diplomatic Agent of the demanding country in accordance with the stipulations of this Treaty. The same rule shall apply to the cases of persons accused or convicted of any of the crimes or offences specified in this Treaty, and committed on the high seas on board any vessel of either country which may come into a port of the other.

Article XI.

If the fugitive have been arrested in the British dominions he shall forthwith be brought before a competent Magistrate, who is to examine him, and to conduct the preliminary investigation of the case, just as if the apprehension had taken place for a crime committed in the British dominions. || In the examinations which they have to make in accordance with the foregoing stipulations, the authorities of the British dominions shall admit as valid evidence depositions or statements on oath or the affirmations of witnesses taken in the Netherlands, or copies thereof, and likewise the warrants and sentences issued therein, and certificates of, or judicial documents stating the fact of, a conviction, provided the same are authenticated as follows: — || 1. A warrant must purport to be signed by a Judge, Magistrate, or officer of the Netherlands. || 2. Depositions or affirmations, or the copies thereof, must purport to be certified under the hand of a Judge, Magistrate, or officer

Nr. 12245. Grofsbritannien u. Niederlande. 26.Sept.1898.

of the Netherlands, to be the original depositions or affirmations, or to be the true copies thereof, as the case may require. || 3. A certificate of, or judicial document stating the fact of, a conviction must purport to be certified by a Judge, Magistrate, or officer of the Netherlands. || 4. In every case such warrant, deposition, affirmation, copy, certificate, or judicial document must be authenticated either by the oath of some witness, or by being sealed with the official seal of the Minister of Justice, or some other Minister of State of the Netherlands; but any other mode of authentication for the time being permitted by the law in that part of the British dominions where the examination is taken may be substituted for the foregoing.

Article XII.

If the fugitive have been arrested in the dominions of the Netherlands the officer of justice shall prefer a requisition within three days after the arrest, or, if the arrest have not taken place, or if it have taken place prior to the application for extradition, then within three days after the receipt of authority for that purpose from the Netherland Government in order that the person claimed may be interrogated by the Court, and that it may express its opinion as to the grant or refusal of extradition. || Within fourteen days after the interrogatory the Court shall forward its opinion and its decision, with the papers in the case, to the Minister of Justice. || The extradition shall only be granted on the production, either in original or in authenticated copy— || 1. Of a conviction; or, || 2. (*a*) Of a warrant of arrest (which, by the law of the British dominions, is the only document which is granted when it is adjudged upon evidence taken on oath that the accused ought to be taken into custody), issued in the form prescribed by British law, and indicating the offence in question sufficiently to enable the Netherland Government to decide whether it constitutes, in contemplation of Netherland law, a case provided for by the present Treaty; and, || (*b*) Of the evidence. || In the examinations which they have to make in accordance with the foregoing stipulations, the authorities of the Netherland dominions shall admit as valid evidence depositions or statements on oath, or the affirmations of witnesses taken in the British dominions, or copies thereof, and likewise the warrants and sentences issued therein, and certificates of, or judicial documents stating the fact of, a conviction, provided the same are authenticated as follows:— 1. A warrant must purport to be signed by a Judge, Magistrate, or officer of the British dominions. || 2. Depositions or affirmations, or the copies thereof, must purport to be certified under the hand of a Judge, Magistrate, or officer of the British dominions, to be the original depositions or affirmations, or to be true copies thereof, as the case may require. || 3. A certificate of, or judicial document stating the fact of, a conviction, must purport to be certified by a Judge, Magistrate, or officer of the British dominions. || 4. In every case such warrant, deposition, affirmation, copy certificate, or judicial document must be authenticated either by the oath of some witness, or by being sealed

with the official seal of one of the Principal Secretaries of State, or some other Minister of State of the British dominions, but any other mode of authentication for the time being permitted by law in that part of the dominions of the Netherlands where the examination is taken may be substituted for the foregoing.

Article XIII.

The extradition shall not take place unless the evidence be found sufficient, according to the laws of the State applied to, either to justify the committal of the prisoner for trial, if the crime had been committed in the territory of the said State, or to prove that the prisoner is the identical person convicted by the Courts of the State which makes the requisition, and that the crime of which he has been convicted is one in respect of which extradition could, at the time of such conviction, have been granted by the State applied to. The fugitive criminal shall not be surrendered until the expiration of fifteen days from the date of his being committed to prison to await his surrender.

Article XIV.

If the individual claimed by one of the two High Contracting Parties in pursuance of the present Treaty should be also claimed by one or several other Powers, on account of other crimes or offences committed upon their respective territories, his extradition shall be granted to that State whose demand is earliest in date.

Article XV.

All articles seized which were in the possession of the person to be surrendered, ad the time of his apprehension, shall, if the competent authority of the State applied to for the extradition has ordered the delivery thereof, be given up when the extradition takes place, and the said delivery shall extend not merely to the stolen articles but to everything that may serve as a proof of the crime.

Article XVI.

The respective Governments mutually renounce all claim for the repayment of expenses incurred by them in the arrest and maintenance and transport of the person to be surrendered, and all other expenses which may be incurred within the limits of their respective territories until the person to be surrendered is placed on board ship, together with the expenses of giving up and returning all seized articles and of sending and returning the papers containing proof of the crime, or other documents, and they reciprocally agree to bear all such expenses themselves. || The above stipulations, however, shall not apply to extradition to and from Canada, as regards which Colony all the expenses shall be borne by the demanding State. || The person to be extradited shall be sent to the port which the Diplomatic or Consular Agent of the demanding State shall indicate.

Nr. 12245. Grofsbritannien u. Niederlande. 26.Sept.1898.

Article XVII.

If in any criminal matter pending in any Court or Tribunal of one of the two countries it is thought desirable to take the evidence of any witness in the other, such evidence may be taken by the judicial authorities in accordance with the laws in force on this subject in the country where the witness may be; and any expenses incurred in taking such evidence shall be defrayed by the country in which it is taken.

Article XVIII.

The stipulations of the present Treaty shall apply to the Colonies and foreign possessions of the two High Contracting Parties, but being based upon the legislation of the mother country, shall only be observed on either side so far as they may be compatible with the laws in force in those Colonies or possessions. || The demand for the extradition of an offender who has taken refuge in a Colony or foreign possession of either Contracting Party may also be made directly to the Governor or principal functionary of that Colony or possession by the Governor or principal functionary of a Colony or possession of the other Contracting Party when the two Colonies or foreign possessions are situated in Asia, Australia (including New Zealand and Tasmania), the Pacific and Indian Oceans, or South or East Africa. || The same rule shall be followed if the two Colonies or foreign possessions are situated in America (including the West India Islands). || The said Governors or principal functionaries shall have the power either of granting the extradition or of referring the question to their Government. || In all other cases, the demand for extradition shall be made through the Diplomatic channel. || The period of provisional arrest provided for in Article X shall for the purposes of this Article be extended to sixty days.

Article XIX.

From the day when the present Treaty shall come into force the Treaty of Extradition between the two countries of the 19th June, 1874, shall cease to have effect; but the present Treaty shall apply to all crimes within the Treaty, whether committed before or after the day when it comes into force.

Article XX.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged as soon as possible. || The Treaty shall come into force three months after the exchange of the ratifications. It may be terminated by either of the High Contracting Parties at any time on giving to the other six months' notice of its intention to do so. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done in duplicate at London, this 26th day of September, 1898.

(Signed) Salisbury.
Schimmelpenninck v. d. Oye.

Nr. 12246. GROSSBRITANNIEN und CHILE. — Auslieferungsvertrag.

Santiago, 26. Januar 1897.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Excellency the President of the Republic of Chile, having determined, by common consent, to conclude a Treaty for the extradition of criminals, have, accordingly named as their Plenipotentiaries: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, John G. Kennedy, Esq., Minister Resident of Great Britain in Chile; and his Excellency the President of the Republic of Chile, Señor don Cárlos Morla Vicuña, Minister of Foreign Affairs; who, after having exhibited to each other their respective Full Powers, and found them in good and due form, have agreed upon the following Articles:—

Article I.

The High Contracting Parties engage to deliver up to each other, under certain circumstances and conditions stated in the present Treaty, those persons who, being accused or convicted of any of the crimes or offences enumerated in Article II, committed in the territory of the one Party, shall be found within the territory of the other Party.

Article II.

Extradition shall be reciprocally granted for the following crimes or offences:— || 1. Murder (including assassination, parricide, infanticide, poisoning), or attempt or conspiracy to murder. || 2. Manslaughter. || 3. Administering drugs or using instruments with intent to procure the miscarriage of women. 4. Rape. || 5. Carnal knowledge or any attempt to have carnal knowledge of a girl under 14 years of age, if the evidence produced justifies committal for those crimes according to the laws of both the Contracting Parties. || 6. Indecent assault. || 7. Kidnapping and false imprisonment, child stealing. || 8. Abduction. || 9. Bigamy. || 10. Maliciously wounding or inflicting grievous bodily harm. || 11. Assault occasioning actual bodily harm. || 12. Threats, by letter or otherwise, with intent to extort money or other things of value. || 13. Perjury, or subornation of perjury. || 14. Arson. || 15. Burglary or house-breaking, robbery with violence, larceny, or embezzlement. || 16. Fraud by a bailee, banker, agent, factor, trustee, director, member, or public officer of any Company, punishable with imprisonment for not less than one year by any law for the time being in force. || 17. Obtaining money, valuable security, or goods by false pretences; receiving any money, valuable security, or other property, knowing the same to have been stolen or unlawfully obtained. || 18.—(*a.*) Counterfeiting or altering money or bringing into circulation counterfeited or altered money. || (*b.*) Knowingly making, without lawful authority any instrument, tool, or engine adapted and intended for the counterfeiting of the coin of the realm. || (*c*) Forgery, or uttering what is forged. || 19. Crimes against bankruptcy

Nr. 12216. Grofs-britannien u. Chile. 26. Jan. 1897.

law. || 20. Any malicious act done with intent to endanger the safety of any persons travelling or being upon a railway. || 21. Malicious injury to property, if such offence be indictable. || 22. Piracy and other crimes or offences committed at sea against persons or things which, according to the laws of the High Contracting Parties, are extradition offences, and are punishable by more than one year's imprisonment. || 23. Dealing in slaves in such manner as to constitute a criminal offence against the laws of both States. || The extradition is also to be granted for participation in any of the aforesaid crimes, provided such participation be punishable by the laws of both Contracting Parties. || Extradition may also be granted at the discretion of the State applied to in respect of any other crime for which, according to the law of both the Contracting Parties for the time being in force, the grant can be made.

Article III.

Each party reserves the right to refuse or grant the surrender of its own subjects or citizens to the other party.

Article IV.

The extradition shall not take place if the person claimed on the part of Her Majesty's Government, or the person claimed on the part of the Government of Chile, has already been tried and discharged or punished, or is still under trial in the territory of the Republic of Chile or in the United Kingdom respectively, for the crime for which his extradition is demanded. || If the person claimed on the part of Her Majesty's Government, or on the part of the Government of Chile, should be under examination for any other crime in the territory of the Republic of Chile or in the United Kingdom respectively, his extradition shall be deferred until the conclusion of the trial, and the full execution of any punishment awarded to him.

Article V.

The extradition shall not take place if, subsequently to the commission of the crime, or the institution of the penal prosecution or the conviction thereon, exemption from prosecution or punishment has been acquired by lapse of time, according to the laws of the State applying or applied to. || It shall likewise not take place when, according to the law of either country, the maximum punishment for the offence is imprisonment for less than one year.

Article VI.

A fugitive criminal shall not be surrendered if the offence in respect of which his surrender is demanded is one of a political character, or if he proves that the requisition for his surrender has, in fact, been made with a view to try or punish him for an offence of a political character.

Article VII.

A person surrendered can in no case be kept in prison or be brought to trial in the State to which the surrender has been made, for any other

matters, than those for which the extradition shall have taken place, until he has been restored, or has had an opportunity of returning to the State by which he has been surrendered. || This stipulation does not apply to crimes committed after the extradition.

Article VIII.

The requisition for extradition shall be made through the Diplomatic Agents of the High Contracting Parties respectively. || The requisition for the extradition of an accused person must be accompanied by a warrant of arrest issued by the competent authority of the State requiring the extradition, and by such evidence as, according to the laws of the place where the accused is found, would justify his arrest if the crime had been committed there. || If the requisition relates to a person already convicted, it must be accompanied by the sentence of condemnation passed against the convicted person by the competent Court of the State that makes the requisition for extradition. || A sentence passed in contumaciam is not to be deemed a conviction, but a person so sentenced may be dealt with as an accused person.

Article IX.

If the requisition for extradition be in accordance with the foregoing stipulations, the competent authorities of the State applied to shall proceed to the arrest of the fugitive.

Article X.

A criminal fugitive may be apprehended under a warrant issued by any Police Magistrate, Justice of Peace, or other competent authority in either country, on such information or complaint, and such evidence, or after such proceedings, as would, in the opinion of the authority issuing the warrant, justify the issue of a warrant if the crime had been committed or the person convicted in that part of the dominions of the two Contracting Parties in which the Magistrate, Justice of Peace, or other competent authority, exercises jurisdiction; provided, however, that in the United Kingdom the accused shall, in such case, be sent as speedily as possible before a Police Magistrate in London. He shall, in accordance with this Article, be discharged, as well in the Republic of Chile as in the United Kingdom, if within the term of ninety days a requisition for extradition shall not have been made by the Diplomatic Agent of his country in accordance with the stipulations of this Treaty. The same rule shall apply to the cases of persons accused or convicted of any of the crimes or offences specified in this Treaty, and committed in the high seas on board any vessel of either country which may come into a port of the other.

Article XI.

The extradition shall take place only if the evidence be found sufficient, according to the laws of the State applied to, either to justify the committal

Nr. 12246. Grofsbritannien u. Chile. 6. Jan. 1897.

of the prisoner for trial, in case the crime had been committed in the territory of the same State, or to prove that the prisoner is the identical person convicted by the Courts of the State which makes the requisition, and that the crime of which he has been convicted is one in respect of which extradition could, at the time of such conviction, have been granted by the State applied to; and no criminal shall be surrendered until after the expiration of fifteen days from the date of his committal to prison to await the warrant for his surrender.

Article XII.

In the examinations which they have to make in accordance with the foregoing stipulations, the authorities of the State applied to shall admit as valid evidence the sworn depositions or the affirmations of witnesses taken in the other State, or copies thereof, and likewise the warrants and sentences issued therein, and certificates of, or judicial documents stating the fact of a conviction, provided the same are authenticated as follows:— || 1. A warrant must purport to be signed by a Judge, Magistrate, or officer of the other State. || 2. Depositions or affirmations, or the copies thereof, must purport to be certified, under the hand of a Judge, Magistrate, or officer of the other State, to be the original depositions or affirmations, or to be true copies thereof, as the case may require. || 3. A certificate of, or judicial document stating, the fact of a conviction must purport to be certified by a Judge, Magistrate, or officer of the other State. || 4. In every case such warrant, deposition, affirmation, copy, certificate, or judicial document must be authenticated, either by the oath of some witness, or by being sealed with the official seal of the Minister of Justice, or some other Minister of the other State; but any other mode of authentication for the time being permitted by the law of the country where the examination is taken may be substituted for the foregoing.

Article XIII.

If the individual claimed by one of the High Contracting Parties in pursuance of the present Treaty should be also claimed by one or several other Powers on account of other crimes or offences committed upon their respective territories, his extradition shall be granted to the State whose demand is earliest in date.

Article XIV.

If sufficient evidence for the extradition be not produced within two months from the date of the apprehension of the fugitive, or within such further time as the State applied to, or the proper Tribunal thereof, shall direct, the fugitive shall be set at liberty.

Article XV.

All articles seized which were in the possession of the person to be surrendered at the time of his apprehension shall, if the competent authority

of the State applied to for the extradition has ordered the delivery of such articles, be given up when the extradition takes place, and the said delivery shall extend not merely to the stolen articles, but to everything that may serve as a proof of the crime.

Article XVI.

All expenses connected with extradition shall be borne by the demanding State.

Article XVII.

The stipulation of the present Treaty shall be applicable to the Colonies and foreign possessions of Her Britannic Majesty, so far as the laws in such Colonies and foreign possessions respectively will allow. || The requisition for the surrender of a fugitive criminal, who has taken refuge in any of such Colonies or foreign possessions, shall be made to the Governor or chief authority of such Colony or possession by the chief Consular officer of the Republic of Chile in such Colony or possession. || Such requisition may be disposed of, subject always, as nearly as may be, and so far as the law of such Colony or foreign possession will allow, to the provisions of this Treaty, by the said Governor or chief authority, who, however, shall be at liberty either to grant the surrender or to refer the matter to his Government. || Her Britannic Majesty shall, however, be at liberty to make special arrangements in the British Colonies and foreign possessions for the surrender of Chilean criminals who may take refuge within such Colonies and foreign possessions, on the basis, so far as the law of such Colony or foreign possession will allow, of the provisions of the present Treaty. || Requisitions for the surrender of a fugitive criminal emanating from any Colony or foreign possession of Her Britannic Majesty shall be governed by rules laid down in the preceding Articles of the present Treaty.

Article XVIII.

The present Treaty shall come into force ten days after its publication in conformity with the forms prescribed by the laws of the High Contracting Parties. It may be terminated by either of the High Contracting Parties by a notice not exceeding one year, and not less than six months. || It shall be ratified, after receiving the approval of the Congress of the Republic of Chile, and the ratifications shall be exchanged at Santiago as soon as possible. In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and affixed thereto their respective seals.

Done at Santiago, the twentysixth day of January, in the year 1897.

(L. S.) J. G. Kennedy.

(L. S.) C. Morla Vicuña.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

327.08
S775
v.64

UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 2553